

### Zur Lage in der Schweiz

Wenn von grundsätzlichen Forderungen, die leicht aufzustellen sind, zu positiven Vorschlägen übergegangen werden soll, dann beginnen die Schwierigkeiten. Man kann gespannt darauf sein, wie die Waadtländer ihr Postulat, die Vollmacht des Bundesrates sei auf die gegenwärtigen Notwendigkeiten des Landes zu begrenzen, auszuführen gedenken. Worin ist der Bundesrat über die Notwendigkeit hinausgegangen? Welche Maßnahmen, die er kraft seiner außerordentlichen Vollmachten getroffen hat, sind überflüssig geworden? Und wie verhält sich die Forderung, die Militärgewalt sei wieder der Zivilgewalt zu unterstellen, mit der verlangten Beschränkung derselben Zivilgewalt?

Darin ist den Waadtländern Recht zu geben, daß das Gesetz den Zustand zwischen Krieg und Frieden, in dem wir seit Ausbruch des Völkerringens leben, rechtlich nicht befriedigend gefaßt hat. Die Militärorganisation kennt nur den Friedensdienst und den aktiven Dienst. Der letztere ist ganz auf den Kriegszustand zugeschnitten; wir stehen, rechtlich gesprochen, „in Kriegszeiten“, und der Bundesrat hat denn auch eine Verordnung über Strafbestimmungen für den Kriegszustand erlassen, die seit August 1914 in Kraft steht und angewandt werden muß. Es wird sich wohl empfehlen, den tatsächlichen Verhältnissen durch Einführung eines besondern Rechtszustandes der „bewaffneten Neutralität“ Rechnung zu tragen. Aber auch hier ist das Fordern leicht und das Ausführen schwer. Auf eine Zusammenfassung der ganzen Wehrmacht und Aufstellung eines für alle militärischen Maßnahmen verantwortlichen Armeekommandos kann man nicht verzichten; ebenso wenig auf die Einräumung außerordentlicher Befugnisse an die politische Leitung des Landes.

Etwas anderes ist die Forderung nach vorläufiger Rechenschaftsablage vor der Bundesversammlung. In der Dezembertagung des Nationalrates hat Ador die Frage aufgeworfen, ob die eidgenössischen Räte nicht den Bericht der für die Neutralitätsmaßnahmen des Bundesrates eingesetzten Kommission entgegennehmen sollte. Er verwies auf das Beispiel von 1870/71. Damals ist auch vor Ende der Truppenaufstellung ein solcher Bericht, dem ein Rapport des Generals Herzog beigegeben war, dem Parlament vorgelegt worden. Was im Dezember entbehrlich erscheinen konnte, ist jetzt unumgänglich geworden. Der Bundesrat hat selber das größte Interesse daran, vor der Landesvertretung zum Worte zu kommen, je eher, desto besser. Sobald das Urteil in der Oberstenaffäre gefällt ist, wird das Feld frei zur parlamentarischen Aussprache. Man hofft, die Bundesversammlung schon auf Anfang März einberufen zu können.

Unterdessen sollte die Öffentlichkeit auf der Hut sein vor allen Manövern, die etwas anderes bezwecken, als die Klarstellung der Tatsachen und die Ueberwindung der innern Krise. Wenn man aus der Nähe gesehen hat, was hinter gewissen Mienen und Gegenmienen steckt, dann schätzt man den innern Wert dieser Manöver nicht hoch ein.

Soute es der Bundesrat sachlich gerechtfertigt und nötig finden, in dem einen oder andern Punkte eine Aenderung der gesetzlichen Grundlagen der gegenwärtigen Ordnung vorzunehmen, dann wird man das im ganzen Lande verstehen, auch in den Kreisen, die jetzt vielleicht geneigt sind, über die ganze Angelegenheit in großen Stiefeln wegzumarschieren. Es handelt sich nicht um eine west-, sondern um eine allgemein schweizerische Sache. Mit gegenseitigen Vorwürfen, aus denen man gewissenorts, hüben und drüben, ein wahres System gemacht hat, ist jedem geschadet, weil die gemeinsame Interesse darunter leidet. Jetzt mehr als je müssen wir die Forderung erheben, das eigene Land allem voranzustellen und das Identifizieren des eigenen und des andern Volksstamms mit dem verwandten Ausland nicht noch weiter zu treiben.

Die Schweiz kann den ungeheuern Schwierigkeiten, die ihrer bis zum Frieden und bei der nachfolgenden Neuordnung der wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse warten, nur dann mit Aussicht auf Erfolg begegnen, wenn sie die Kräfte ihres Volkes wieder zusammenfaßt. Es geht um das Heil des Ganzen und um das damit untrennbar verbundene Wohl jedes einzelnen Bürgers.

Jetzt ist wahrlich nicht die Zeit, um unser persönliches Verhältnis zum Ausland lang und

breit zu besprechen. Wir können jenseits der Grenzen nur lernen, wie man dem eigenen Land alles andere unterordnet.

L 70000

1916

8.7. - 27.7.

Anpass. Politik

18.



8.7.1916

## Die Kriegsbeute Deutschlands.

Beinahe eineinhalb Millionen Kriegsgefangene.

Berlin, 7. Februar. Wie zuständigen Orts mitgeteilt wird, beträgt die im Innern Deutschlands befindliche Kriegsbeute:

an Kriegsgefangenen 1,429.971 Mann,  
an Geschützen rund 9700, an Munitions-  
und sonstigen Fahrzeugen 7700, an Gewehren  
1,300.000 und an Maschinengewehren rund 3000.

Diese Zahlen bleiben erheblich hinter der Wirklichkeit zurück, da von den Gefangenen viele in österreichisch-ungarische Gefangenelager übergeführt, von den Geschützen viele unbrauchbare auf den Schlachtfeldern zurückgelassen und brauchbare von den Truppen gegen die Feinde in Gebrauch genommen wurden.



8. II. 1916

**Einberufung der Griechen im Auslande.**

Athen, 7. Februar. (Meldung der Agence Havas.) Der König unterzeichnete einen Erlass durch den alle Griechen der Jahrgänge 1892 bis 1914, die sich im Auslande aufhalten und sich der Wehrpflicht entzogen haben, unter die Fahnen gerufen werden.

Ausgenommen sind diejenigen, die in Rußland, der Türkei, in Bulgarien oder Rumänien ihren Wohnsitz haben.



8.7. 1916

### Depeschenwechsel zwischen dem König von Sachsen und dem König von Bulgarien.

Dresden, 7. Februar.

Anlässlich der durch den König jetzt erfolgten Verleihung des Militär-St. Heinrichs-Ordens an den König Ferdinand von Bulgarien fand zwischen den Majestäten folgender Telegrammwechsel statt:

„An Se. Majestät den König von Sachsen, Warschau!  
Sofia, Palais, 4. Februar. Soeben empfang ich Deinen außerordentlichen Gesandten und lieben alten Freund meines Hauses Grafen v. Key in feierlicher Audienz, der mir Dein Handschreiben sowie die Insignien des Ritterkreuzes und Großkreuzes Deines Militär-St. Heinrichs-Ordens überreichte. Als Herzog zu Sachsen bin ich tief ergriffen, die Insignien zu diesem höchsten Orden Deines königlichen Hauses zu besitzen. Als oberster Kriegsherr der bulgarischen Wehrmacht erfüllt es mich mit Stolz, die seltenste, schwer zu erringende Auszeichnung für Verdienste im Kriege von meinem königlichen Vetter in Sachsen erhalten zu haben. Ich bitte Dich daher, für diese mich und meine Armee aufs höchste erfreuende außergewöhnliche Ehrung meinen wärmsten Dank entgegenzunehmen. Großes leisteten unsere in treuer Waffenbrüderschaft eng verbündeten Truppen in den gemeinsamen schweren Kämpfen. Herrliche Siege wurden errungen. Möge dieser gemeinsame Wille zu einem endgültigen Siege, von dem jetzt unsere Völker durchdrungen sind, für immer als dauerndes Erbteil in jedem Herzen zurückbleiben, damit nach erkämpfter glücklicher Friedenszeit die Nationen in edlem Wettbewerb den Werken der Kultur, der Freiheit und der friedlichen Entwicklung dienen können. In dieser Beziehung teile ich vollkommen Deine Ansicht über die zukünftigen engen wirtschaftlichen Beziehungen unserer beiden Länder. Ich erhoffe davon eine große merkantile Zukunft. Bis dahin aber möge der Allmächtige unsere tapferen Kämpfer weiter mit siegreichen Erfolgen segnen. Ferdinand.“

König Friedrich August erwiderte hierauf mit folgender Depesche:

„An Se. Majestät den König der Bulgaren, Sofia!  
Vielen herzlichen Dank für Dein freundliches Telegramm. Es war mir eine besondere Freude, Dir in Anerkennung der hervorragenden Leistungen Deiner Armee meinen Militär-St. Heinrichs-Orden verleihen zu können. Dies ist um so mehr der Fall, als wir ja enge Verwandte sind. Gott helfe uns weiter.“

Friedrich August.“



8. II. 1916

## Uebersitt der Deutschen in Kamerun auf spanisches Gebiet.

Nach anderthalbjährigem Ringen gegen gewaltige  
Uebermacht.

London, 6. Februar.

Das Reutersche Bureau meldet aus Madrid:  
Nützlich wird mitgeteilt:

900 Deutsche und 1400 Eingeborne sind  
aus Kamerun nach Spanisch-Guinea  
übergetreten. Sie wurden entwaffnet und interniert.  
Die Regierung sorgt für ihre Verpflegung.

Das Wolffsche Bureau bemerkt hierzu: Auf Grund  
dieser amtlichen spanischen Meldung ist kaum noch daran  
zu zweifeln, daß die Reste der tapferen Ver-  
teidiger Kameruns nach anderthalbjährigem helden-  
mütigen Ringen der gewaltigen Uebermacht weichen  
mußten. Mit Freude können wir es begrüßen, daß es  
ihnen wenigstens noch gelungen ist, die feindlichen Ein-  
kreisungsversuche zu vereiteln und sich auf neutrales  
spanisches Gebiet zurückzuziehen. Wenn die gemeldeten  
Zahlen zutreffend sind, so ist anzunehmen, daß fast alle  
noch in Kamerun befindlich gewesenen Deutschen  
nunmehr in Sicherheit sind. Es liegen schon seit einiger  
Zeit Meldungen vor, daß die spanische Regierung  
es sich in der anerkanntesten Weise  
angelegen sein läßt, für das Wohlergehen der  
ihrem Schutz sich anvertrauenden Flüchtlinge zu  
sorgen.

Berlin, 7. Februar.

Laut telegraphischer Berichtigung muß es in der amt-  
lichen Madrider Meldung über den Uebersitt von Deut-  
schen und Eingebornen aus Kamerun nach Spanisch-  
Guinea richtig heißen: 900 Deutsche und 14.000 Ein-  
geborne sind aus Kamerun nach Spanisch-Guinea über-  
getreten.

Das Wolffsche Bureau bemerkt hierzu: Die 14.000  
übergetretenen Eingebornen sind natürlich nicht etwa nur  
Soldaten der Schutztruppe, denn so groß ist die Schutz-  
truppe während des ganzen Ringens nie gewesen, sondern  
hauptsächlich Träger und die Familien der ein-  
geborenen Soldaten sowie andere Flüchtlinge.



8. II. 1916

**Berichte der feindlichen Generalstäbe.**

Wien, 7. Februar. Aus dem Kriegspressequartier wird gemeldet:

**R u s s l a n d.**

6. Februar. Die Fliegertätigkeit der Deutschen in der Gegend von Riga und südlich Uverhill dauert an. Unsere Flieger warfen

Bomben auf den Bahnhof und die Eisenbahnbrücke über die Da in Mitau. Im Abschnitt des Generals Zwanow erkundeten unsere Aufklärer eine Reihe von Flatterminen des Feindes und verbanden diese durch Draht mit ihren Gräben, von denen aus sie ungefähr vierzig zur Explosion brachten. An der Chaussee von Brzezany (45 Kilometer westlich Larnopol) bereiteten wir einen Versuch des Gegners, sich unsern Gräben zu nähern. In der Gegend von Bojan machte der Feind große Anstrengungen, durch das Feuer der Minenwerfer und Handgranaten den von uns in der Nacht zum 3. d. besetzten Trichter zurückzuerobern.



**Berichte der feindlichen Generalkübe.**

Wien, 8. Februar. Aus dem Kriegspressequartier wird gemeldet:

**Italien.**

5. Februar. Im Val Sugana kleinere Gefechte zwischen Roncegno und Torcegno. Der Feind wurde zurückgeworfen und ließ einige Gefangene in unsern Händen. Im Wölschgraben von Tolmein griff der Feind beim Morgenrauschen des 4. d. unsere Stellungen bei Santa Maria an. Obwohl dichter Nebel ein Eingreifen der Artillerie unmöglich machte, wurde der Feind mit Hilfe sofort eingetroffener Reserven mit empfindlichen Verlusten zurückgeschlagen. Auch auf den Höhen von Podgora nordwestlich von Görz versuchte der Feind in der Nacht auf den 4. d. zweimal, sich unsern Stellungen zu nähern. Beim zweiten Versuch machten unsere Truppen einen Gegenangriff, schlugen den Feind in die Flucht und nahmen ihm auch einige Gefangene ab.

Die Schilderung der Vorkommnisse bei Tolmein ist unrichtig und einseitig entstellt. Der erwähnte Angriff am 4. d. morgens auf Santa Maria kann nur mit einer Unternehmung einer unserer Patrouillen identisch sein. Eine solche erkletterte eine vom Feinde besetzte Kuppe nordöstlich Santa Maria und brachte einen Offizier und 65 Mann des italienischen Infanterieregiments Nr. 66 an Gefangenen ein. Der Rest der Besatzung wurde niedergemacht. In die Unternehmung hatte auch eine andre Patrouille unterstützend eingegriffen und ihrerseits sieben Gefangene gemacht. Der Verlust unsererseits beträgt neun Leichtverwundete. Ein Gegenangriff des Feindes erfolgte nicht.

6. Februar. Außer Artillerieaktionen fand längs der ganzen Front kein Ereignis von Bedeutung statt.

**Frankreich.**

7. Februar, 3 Uhr nachmittags. Aus dem Verlaufe der Nacht ist kein Ereignis von Bedeutung zu verzeichnen.

11 Uhr nachts. In Belgien beschloß unsere Artillerie erfolgreich die Schanze Bauban bei Het Saas und die feindlichen Gräben vor Steenstraate. Im Artois verursachte das Feuer unserer Batterien heftige Explosionen innerhalb der deutschen Linien bei St-Laurent, nordöstlich Arras und zwischen Dife und Wisne. Ein Blockhaus des Feindes an der Bisière südlich des Walbes Burscampe wurde zerstört. In der Champagne rief die Beschießung durch unsere schwere Artillerie in den Bauten des Feindes bei Challerange einen großen Brand hervor. Auf der übrigen Front Artilleriekampf.

**Belgischer Bericht.**

Zeitweilige Artillerietätigkeit an verschiedenen Stellen der Front. Unsere Batterien führten auf feindliche Arbeiten und Beobachtungsposten ein vernichtendes Feuer aus.



9. / II. 1916.

### Aus der Sozialdemokratie.

**Reichstags- und Landtagsfraktion.** In einer Auseinandersetzung mit dem Vorsitzenden der sozialdemokratischen Landtagsfraktion Hirsch, der in letzter Zeit auf die Seite der Radikalen getreten ist und dadurch in der Landtagsfraktion die Bildung einer radikalen Mehrheit ermöglicht hat, stellt der sozialdemokratische Landtagsabg. Hüß, der zur gemäßigten Fraktionsminderheit gehört, Hirsch das Zeugnis aus, daß dieser sich von Kriegsausbruch an endlich bemüht habe, die Gegensätze in der Landtagsfraktion zu überbrücken. — Die sozialdemokratische Landeskommission hat es bekanntlich der Landtagsfraktion zur Pflicht gemacht, die Politik der Reichstagsfraktion nicht zu durchkreuzen. Aus der Mehrheit der Landtagsfraktion ist gegen diese Bevormundung scharf Protest erhoben worden. Darauf antwortet Abg. Hüß in der „Arbeiterztg.“ in Essen: „Kein Mensch in der Landeskommission oder der Fraktion hat Hirsch den Vorwurf gemacht, was er und die übrigen Vertreter der verlesenen „Erklärung“ sagten, sei unsozialdemokratisch. Kein Mensch hat die „Unterordnung der Landtagsfraktion unter die Reichstagsfraktion“ verlangt, obgleich früher, als es sich um die Haltung süddeutscher Landtagsfraktion zur Budgetfrage handelte, gerade von der Seite, auf der nun Hirsch steht, ausdrücklich die Uebereinstimmung der Reichstags- und Landtagspolitik als ein Gebot der Parteimehrheit gefordert worden ist. Jetzt aber heißt es gerade von dieser Seite: „Die Landtagsfraktion ist souverän“, ja, es wurde sogar, wenn auch nicht von Hirsch, eine Stellungnahme der Landtags- gegen die Reichstagsfraktion gefordert, was Hirsch, der sich mit Leibesträften dagegen wehrte, nicht bestreiten wird.“



9. II. 1916

**Berichte der feindlichen Generalstäbe.**

Wien, 8. Februar. Aus dem Kriegspressequartier wird gemeldet:

**R u ß l a n d.**

7. Februar. In der Gegend von Riga heftiger Artilleriekampf. Wir stellten gute Einschläge unsrer Geschosse in den feindlichen Batterien und Arbeitergruppen fest. In der Gegend von Jakobstadt führten unsre Freischärler und Kavallerie eine gelungene Erkundung längs des Flusses Sussej jenseits der feindlichen Drahthindernisse aus und verzagten die Deutschen. Auf dem rechten Flügel der Stellungen bei Dinaburg wurde ein deutsches Panzerautomobil, das sich vorbewegte, von einer Granate getroffen; es zerbrach und stürzte. Die Deutschen beschossen den Bahnhof Lifsno (12 Kilometer nordwestlich von Dinaburg) mit schweren Geschützen. Unsre Truppen stellten einwandfrei den Gebrauch unsrer Abzeichen auf deutschen Flugzeugen fest. Im Abschnitt der Kampffront des Generals Fetichitzky (nördlich Bojan) ließen wir eine Mine unter den mit einem Drahthindernis versehenen Gräben des Feindes springen; die

Gräben wurden verschüttet, die Drahthindernisse beschädigt. Bald nach der Explosion stürzten unsre Truppen zum Angriff vor und besetzten den Trichter, bewarfen den Feind mit Bomben und breiteten sich sodann in den feindlichen Gräben aus; sie fanden dort zahlreiche Leichen. In derselben Gegend schlich sich Korporal Gluschtsenko — in Wirklichkeit ein junges Mädchen namens Tschernawsta — der um einen Erkundungsauftrag gebeten hatte, zwischen die feindlichen Stacheldrähte, führte trotz einer schweren Verwundung am Bein mit Knochenbruch seinen ihm erteilten Auftrag aus und kehrte dann kriechend in unsre Gräben zurück.



**Einberufung der Duma.**

S. Petersburg, 7. Februar. (Meldung der Petersburger Telegraphenagentur.) Durch kaiserlichen Erlass werden die Duma und der Reichsrat für den 9./22. Februar einberufen.

S. Petersburg, 7. Februar. „Njetšč“ meldet, daß der Rücktritt Goremykin's lediglich durch seine Weigerung, die Duma einzuberufen, veranlaßt worden sei. Das Blatt fügt hinzu, es bestehe jetzt die Sicherheit, daß die Duma alle von ihr gewünschten Gegenstände verhandeln werde.



## Der Wirtschaftskrieg nach dem Krieg.

## Industrielle Schutzmaßnahmen in England.

Der Unterausschuß des dem englischen Handelsamte beigegebenen Beratungskomitees hat vor kurzem einen ausführlichen Bericht über jene Maßnahmen veröffentlicht, die geeignet sein sollen, „gewissen Zweigen der britischen Industrie nach dem Kriege Schutz zu verleihen“. Der am 13. Juli 1915 eingesetzte Unterausschuß hatte sich nur mit zwölf bestimmten Industriezweigen zu befassen (zum Beispiel Papierindustrie, Gold- und Silberwaren, Glaswaren, elektrische Apparate u. a.), deren Gesamteinfuhr nach Großbritannien und Irland im Jahre 1913 sich auf rund 16 Millionen Pfd. St. belaufen hat; darunter befanden sich Waren im Werte von einer halben Million Pfund, die aus Oesterreich-Ungarn, und von 7.7 Millionen Pfd. St., die aus Deutschland eingeführt worden sind. Außerdem dürften beide Staaten in die englischen Kolonien und nach Indien die betreffenden Fabrikate in einem Werte von zumindest 3 Millionen Pfd. St. in demselben Jahre exportiert haben. Die während des Krieges zur Verhinderung dieses Imports teilweise unter staatlichem Beistand auf englischem Boden neu erkundene Industrie würde, sich selbst überlassen, nach Beendigung des Feldzuges den größten Gefahren entgegengehen.

Eine Ueberflutung des Marktes mit Fabrikaten österreichisch-ungarischer und deutscher Provenienz sei zu befürchten. Erstens, weil sich in diesen Ländern während der Absperrung vom überseeischen Verkehr in manchen Artikeln ungeheure Vorräte aufgehäuft haben. Zweitens — und dieser Umstand wird selbst in dem Bericht des Unterausschusses viel stichhaltiger angesehen als der vorhergehende — weil die Mittelmächte alle nur möglichen Anstrengungen machen werden, um die vor dem Kriege von ihnen eingenommene Position wiederzugewinnen und die inzwischen ins Leben gerufene Industrie erfolgreich zu bekämpfen. Beides könne durch Erstellung niedriger Preise geschehen. Die Waren der Mittelmächte werden billig sein, vielleicht zuweilen billiger als vordem, und dies wird selbst im vereinigten Königreich zahlreiche Kaufleute veranlassen, sie zu kaufen, obwohl sonst die Marke „Made in Austria“ und „Made in Germany“ abschreckend wirken würde.

Der drohenden Vernichtung der erwähnten Betriebe könne nur durch Schutzmaßnahmen erfolgreich begegnet werden. Damit wären im Verkehr mit den englischen Kolonien und mit den übrigen Mächten des Vierverbandes Vorzugszölle zu verbinden. Der finanzielle Ertrag weit ausgreifender und entsprechend hoher Einfuhrzölle wird zugleich, so meint der Unterausschuß, auf eine weitere Erhöhung der inländischen direkten Steuern hemmend einwirken können. Letztere bewirken schon jetzt ein Steigen des Zinsfußes, während das Vorhandensein billigen und flüssigen Geldkapitals im allgemeinen Interesse, auch in dem der Arbeiterbevölkerung, liege.

Weit über die Frage des Schutzzolles hinausgehend, wünscht der Bericht im Interesse der englischen Produktion eine ganze Reihe neuer Einrichtungen, von denen folgende erwähnt werden mögen: Förderung der industriellen wissenschaftlichen Forschung und Ausbildung; Errichtung eines Handelsministeriums; Errichtung eines hervorragenden Tribunals, das zu verhindern hätte, daß dem ausländischen Handel von den britischen Schiffahrt- oder Bahnunternehmungen niedrigere Frachttarife gewährt werden; Verbesserung und Erweiterung des Kanalsystems. Des ferneren wird verlangt: daß die Patentgesetzgebung im Gesamtreich gleichmäßig sei; daß die Banken der heimischen Industrie eine größere Förderung als bisher angedeihen lassen; daß staatliche und lokale Behörden nur britische Waren kaufen; daß der Konsulardienst eine größere kommerzielle Tätigkeit entfalte; daß unter Kontrolle des Handelsamtes häufige Ausstellungen errichtet werden u. a. m.

In der dem Bericht vorhergehenden Einleitung wird auf die im Unterhaus von Mr. Runciman abgegebene Erklärung hingewiesen, wonach der Unterausschuß bei Erstattung seiner Anträge den Kreis der von ihm zu behandelnden Industriezweige überschritten und damit auch in andere Industrien und Interessen eingegriffen hat. Könne mithin für manche Folgerungen keine Verantwortung übernommen werden, so sei es doch vorteilhaft, wenn der Bericht zur Veröffentlichung und zur Kenntnis der Allgemeinheit gelange.



### Die Handelskonferenz der Entente.

Stockholm. Das russische Reichsratsmitglied Professor Basiljew teilt in der „Rjetsch“ mit, daß die in Paris einzuberufende Handelskonferenz der Ententestaaten, deren Eröffnung am 6. März stattfinden solle, folgende acht Punkte erörtern werde: 1. Gemeinsame legislative Maßnahmen zur Regelung der Handelsbeziehungen zwischen den Kriegführenden. 2. Abwehrmaßnahmen gegen den deutschen Handel im Frieden. 3. Herabsetzung der Post-, Telegraphen- und Telephongebühren für die Alliierten. 4. Einführung eines Minimaltarifes für die Eisenbahn- und Seetransporte. 5. Errichtung eines internationalen Patentbureaus. 6. Vorkehrungen zur Einschränkung des Metallgeldumlaufes. 7. Gegenseitige gerichtliche Exekution in Konkursfällen. 8. Gegenseitige Vorzugstarife auch in den Kolonien.



**Türkische Kammer.**

**K.** Konstantinopel, 7. Februar. Zu Beginn der heutigen Kammeritzung wurde das Beileidstelegramm des ungarischen Abgeordnetenhauses anlässlich des Todes des türkischen Thronfolgers verlesen. Die Kammer beschloß die Absendung eines Danktelegrammes.

Hierauf gelangte das Antworttelegramm des Präsidenten des österreichischen Abgeordnetenhauses Dr. Schivester zur Verlesung, worin der Hoffnung Ausdruck gegeben wird, daß die brüderlichen Gefühle, die die beiden Nationen miteinander verknüpfen, nach Abschluß eines ehrenvollen Friedens weiter bestehen werden, und an den Allmächtigen die Bitte gerichtet wird, er möge der tapferen ottomanischen Armee auch künftig neue Siege gewähren. Das Telegramm wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen.

Die Regierung brachte in der Kammer einen Gesetzentwurf ein, der die Abänderung einiger Artikel der Verfassung beinhaltet.

Die Kammer hat dem Gesetzentwurf, womit der aus Deutschland einzuführenden Kohle für die Dauer des Krieges die Zollfreiheit gewährt wird, die Dringlichkeit zuerkannt.



**Der König von Rumänien an König Peter.**

Budapest, 8. Februar. (Tel. des „Fremden-Blatt“.)  
„Mz Est“ meldet aus Bukarest: Nach Melbungen Athener  
Blätter hat König Ferdinand von Rumänien zum  
griechischen Neujahr ein Telegramm an König Peter von  
Serbien gerichtet, in dem es heißt:

„Seiner Majestät, dem König Peter von Serbien in  
Saloniki sende ich anlässlich des neuen Jahres meine herz-  
lichsten Glückwünsche. Meine Gedanken ziehen zu Eurer  
Majestät mit dem Ausdrucke meiner aufrichtigsten  
Sympathie. Ferdinand, König von Rumänien.“



## Der Angriff auf Saloniki.

Eine Ankündigung des bulgarischen Regierungsorgans.

S. Sofia, 8. Februar. Das Regierungsorgan „Narodni Prawa“ schreibt:

Wir stehen heute gemeinsam mit unseren großen Verbündeten an der griechischen Grenze nicht als Feinde, sondern mit der Hoffnung, gute Nachbarn Griechenlands zu werden. Auch sind wir nicht schuld, daß unsere Feinde die Neutralität Griechenlands verletzt haben und auf griechischem Boden stehen.

Lehtere dürfen dort nicht bleiben, wo sie sind. Wir haben das Recht, unseren Feind dort zu suchen und zu vernichten, damit er uns nicht bedrohe. Es mag für Griechenland schwer sein, fremden Truppen auf seinem Boden zu sehen, aber wir können uns davon nicht abhalten lassen, uns zu wehren.

Obgleich es den griechischen Staatsmännern schwer fallen mag, sich zu entscheiden, hoffen wir doch, daß sie schließlich erkennen werden, wo ihre wahren Freunde sind, und daß dann ein dauerndes Freundschaftsband zwischen Griechenland und Bulgarien geknüpft werden wird. Jedenfalls muß gesagt werden, daß wir unmöglich unseren Feind in der Nähe unserer Grenzen stehen lassen können. Dieser Feind muß vertrieben werden. Wir sind bereit, allen Eventualitäten zu begegnen in vollstem Vertrauen auf unsere Kraft und auf den Endsieg.



## Zur Lage auf dem Balkan

(Von unserem Pariser Korrespondenten)

3 Paris, 8. Febr.

Die Balkanpolitik der Entente hat zu einem Defizit geführt. Der serbische Verbündete ist aus seinem Lande vertrieben worden, was wiederum die Lage in Montenegro unhaltbar machte. Wie es nun auch mit dem wahren Verhältnis zwischen Oesterreich-Ungarn und Montenegro stehen mag, für die Entente ist das montenegrinische Gebiet und der größere Teil der montenegrinischen Armee verloren. Auch durch einen Friedensschluß Montenegros wäre indes der Londoner Pakt in keiner Weise durchbrochen worden, denn die Montenegriner sind niemals eingeladen worden, diesen Pakt zu unterzeichnen. Bis jetzt ist ihm noch kein Kleinstaat der Entente beigetreten; sogar der Beitritt Belgiens, von dem eine Zeitlang die Rede war, ist auf gewisse Widerstände gestoßen. Der Londoner Pakt ist ein wahrer Bündnisakt zwischen den großen kriegführenden Nationen des Vierverbandes, zwischen denen, die bei den Friedensverhandlungen für die ganze Entente das Wort führen werden; ein Beitritt der Kleinstaaten der Entente ist noch nie gewünscht worden.

Nachdem die Irrtümer im Balkan einmal geschehen waren, handelte es sich für die Ententeleitung darum, sie so viel als möglich wieder gutzumachen. Die französische Regierung war der Ansicht, daß Saloniki unter allen Umständen besetzt und gehalten werden müsse, und sie setzte diese Ansicht bei ihren Verbündeten auch durch. Frankreich und Italien zusammen nahmen die Rettung der Reste der serbischen Armee an die Hand. Bis jetzt sollen nach französischen Angaben gegen 80,000 kampffähige serbische Soldaten in Korfu angekommen sein; man hofft, im ganzen eine serbische Armee von 120,000 Mann wieder operationsfähig machen zu können. Die kleinen Reste der montenegrinischen Armee haben sich mit der Gefolgschaft von Essad Pascha verbunden. Das sind die Streitkräfte, die die Entente aus dem Balkan retten konnte. Die Entente hat vielleicht angefaßt der schlechten Verhältnisse vor drei Monaten allen Grund, mit diesem Ergebnis zufrieden zu sein; weniger Grund zur Befriedigung haben die Serben und Montenegriner, die wenigstens vorläufig ihr Land verloren haben.

Vor wenig Wochen noch zitterte man in Paris und London für das Schicksal der damals noch sehr schwachen Expeditionsarmee von Saloniki. Inzwischen ist diese Armee ganz bedeutend verstärkt worden; ihre Stellungen sind so ausgebaut, daß ihre Eroberung ein schweres und blutiges Stück Arbeit kosten würde. Man hat sich gefragt und fragt sich noch immer, warum wohl die Zentralmächte und die Bulgaren, nachdem sie gedroht hatten, die französischen und englischen Truppen ins Meer zu werfen, dem feindlichen Heere die nötige Zeit ließen, alles zum wirksamen Empfang eines Anmarsches auch starker Truppen vorzubereiten. Auf diese Frage sind verschiedene Antworten gegeben worden. Zuerst nahm man an, daß die Offensive an der russischen Südfront Deutsche und Oesterreicher genötigt habe, die zum Sturm gegen den Raum von Saloniki bereitgestellten Divisionen den Russen entgegenzuwerfen. Die Bulgaren allein hätten sich nicht getraut, das Werk zu wagen. Nachher wurde gesagt, daß zwischen den Bulgaren und den Zentralmächten Unstimmigkeiten ausgebrochen seien. Ferdinand wolle seine Truppen nur gegen bestimmte Versprechungen hergeben, und man habe sich nicht einigen können.

Diese letztere Theorie hat besonders Jean Herbet im „Echo de Paris“ versucht und zur Unterstützung seiner Argumentation folgendes ausgeführt: Seitdem der serbische Widerstand aus dem Balkan verschwunden ist, gehen die bulgarischen und die deutsch-österreichischen Interessen auseinander. Das Interesse der Deutschen und Oesterreicher geht dahin, die eigene Herrschaft so viel als möglich auszubreiten, damit der Weg nach Konstantinopel sicher ist. Bulgarien aber will sich zur ersten Balkanmacht machen. Daraus entstehen mindestens zwei Kontraste.

Man kann sich also mit den bis jetzt bekannten Antworten auf die Frage, warum die Zentralmächte und Bulgarien noch nicht gegen Saloniki vorgegangen sind, nicht wohl zufrieden geben und muß nach andern Antworten suchen. Dabei denkt man an Rumänien. Daß die Bulgaren sich nicht gerne tief gegen

die französischen und englischen Armeen einlassen würden, wenn sie befürchten müßten, Rumänien wiederhole die Taktik von 1913, erscheint als sehr wahrscheinlich. Das erklärt auch die vermehrte Tätigkeit der feindlichen Diplomaten in Bukarest. Französische Blätter haben gemeldet, daß die russischen Anstrengungen im Süden in Rumänien einen großen Eindruck gemacht und sehr für den Anschluß an die Entente geworben hätten. Der Umstand, daß die Engländer eine Menge Getreide, das sie nicht beziehen können, schon bezahlt haben, wird als günstiges Zeichen für die Entente ausgelegt. Daß die deutsche Presse einigermaßen beunruhigt ist, weiß man auch. Hingegen glauben auch die Optimisten nicht, daß Rumänien an der Seite der Entente in den Krieg eintreten wird, bevor die Russen nicht mindestens Cernowitz eingenommen haben. Es ist unzweifelhaft, daß der Faktor Rumänien, so wie er jetzt in der Balkanrechnung steht, zugunsten der Entente wirkt, und diejenigen mögen nicht unrecht haben, die meinen, größere Operationen im Balkan werden erst dann ins Rollen kommen können, wenn die Haltung Rumäniens abgeklärt ist.



## Rumänien wartet

Von einem Rumänen.

I.

Seit Beginn der Feindseligkeiten, als sich die Ereignisse überstürzten und besonders nachdem die Schlacht an der Marne den Schüßengrabenkrieg eingeleitet hatte, richtete sich die Aufmerksamkeit aller Diplomaten auf die Haltung Rumäniens. Die einen glaubten, daß Rumänien als Verbündeter des von Deutschland inspirierten Oesterreich und unter dem Druck der von diesen beiden Ländern auf dem rumänischen Markt angelegten großen Kapitalien an der Seite der Mittelmächte in das Feld ziehen werde. Andere stützten ihre Vermutungen auf die Tatsache, daß die nationalen Bestrebungen Rumäniens naturgemäß auf die unerlösten Gebiete hinweisen und, was schwer ins Gewicht falle, die Rumänen fühlten, daß ihre Brüder jenseits des Gebirges bereit wären, in die Reihen der rumänischen Armee einzutreten. Also würde Rumänien mit der Entente marschieren.

Es wurde nichts daraus. Rumänien blieb und bleibt neutral.

Prüfen wir den rumänischen Gesichtspunkt ohne Rücksicht auf Vermutungen, Einflüsse und diplomatische Verlockungen. Der rumänische Gesichtspunkt ist vor allem national. Rumänien treibt Opportunitätspolitik. Seine Lage zwischen Hammer und Amboss ist sehr beunruhigend. Es ist ein hervorragend landbautreibendes Land. Die Agrarfrage beherrscht alles. Die Schließung der Dardanellen war ein harter Schlag, der unmittelbar gegen die Lebensader Rumäniens geführt wurde: die Ausfuhr von Getreide, Holz, Fellen, Petrol und Petrolderivate. Die ganze Ernte konnte auf den Hafensplätzen verschimmeln. Jahresernte häuften sich auf Jahresernte, unermesslicher Schaden erwuchs für Landwirtschaft und Handel. Eine Panik brach aus, man verlor den Kopf. Man ereiferte sich über das Recht auf Verkehr und empörte sich über den Angriff auf die wirtschaftliche Existenz. Dann beruhigte man sich und versuchte so gut als möglich zu verkaufen.

Wer verkaufen will, muß liefern können, und leider besitzt Rumänien herzlich wenig Eisenbahnwagen; es ist auf das österreichische und deutsche Rollmaterial angewiesen. Aber Deutschland-Oesterreich wollte dem Land halb drakonische Bedingungen nach dem Muster des Frankfurter Vertrages auferlegen. Rumänien hätte den für die Türkei und später für Bulgarien bestimmten deutschen Kriegsverkehr über sein Gebiet rollen lassen müssen. Inzwischen schmuggelten die Deutschen in Kisten, die Rotkreuzmaterial enthielten, Munition und selbst zwei zerlegte Unterseeboote. Die rumänischen Zollbehörden unterbanden dann endgültig ein solches Vorgehen, die Untersuchungen wurden mit unerbittlicher Strenge durchgeführt. Nichts ging mehr durch. Man erinnert sich des Zornausbruchs der

Deutschen. Drohungen und Einschüchterungsversuche der Presse und der Diplomatie vermochten aber die Haltung der Regierung nicht zu ändern. Aber das Sprichwort sagt: Der Hunger treibt den Wolf heraus. Man verständigte sich schließlich auf einen wirtschaftlichen Vergleich. Zweimal je achtzig Wagenladungen Weizen und andere Lieferungen gingen nach Deutschland. Es trat eine Entspannung ein. Dann schlossen die Engländer einen Handel ab, indem sie für dreihundertfünfzig Millionen Weizen kauften, der erst nach dem Kriege zu liefern, aber zum voraus in Gold zu bezahlen ist. Das war ein empfindlicher Schlag für Deutschland, dem damit die Versorgung aus Rumänien abgeschnitten war. — Das ist in groben Strichen die wirtschaftliche Sachlage.

Und nun die militärische und die politische. Zu Beginn der Feindseligkeiten mobilisierte Rumänien 600,000 Mann, um die Neutralität zu schützen. Es fanden Entlassungen und neue Einberufungen statt; aber immer waren 600,000 Mann an der Front. Im Frieden hat Rumänien fünf Armeekorps; mit allen Reserven kann das Land 1,200,000 Mann aufstellen; das ist eine Zahl, die weit über die verhältnismäßige Stärke anderer Armeen hinausgeht; denn die ganze Einwohnerzahl beträgt nur rund acht Millionen. Die Disziplin ist sehr streng, die Instruktion genau und die Ausdauer des rumänischen Soldaten, der sehr nüchtern ist, herorragend. Die äußere Haltung läßt nichts zu wünschen übrig. Der Patriotismus hat nichts von ungarischem

Chauvinismus oder deutscher Emphase, ist aber unerschütterlich fest. Die Artillerie gilt als eine der besten. Die Infanterie ist nach dem besten, dem deutschen Muster (man gebe dem Kaiser, was des Kaisers ist!) glänzend eingeebnet. Auch die Luftschiffahrt wird eifrig gepflegt.

Seit sechzehn Monaten sind beständig militärtechnische Kommissionen im Ausland, um Munition, Gewehre, Geschütze, Rollmaterial und all den materiellen Bedarf des modernen Krieges aufzukaufen, um am „großen Tag“ gerüstet dazustehen. Wann wird er kommen? Chi lo sa? Sicher ist soviel, daß Rumänien heute kriegsbereit dasteht und mit ruhigem Vertrauen auf seine Armee blickt, auf die es mit Recht stolz ist.



### Der Vormarsch in Albanien

Drahtbericht von unserem Kriegskorrespondenten bei der österreichisch-ungarischen Armee.)

E. L. Kriegspressequartier, 9. d. So große Schwierigkeiten auch die Terrainbeschaffenheit der albanischen Aktion bereitet, so wurde die Offensive doch gestern wieder um ein bedeutendes Stück vorgetragen. Mit großer Tatkraft wurde die schwierige Ueberquerung des Ismi bewerkstelligt und daraufhin sofort der Vormarsch weitergeführt. Bei Preza stehen österreichisch-ungarische Truppen noch etwa 20 Kilometer von Durazzo entfernt. Westlich von ihnen ist bei Valies eine Gruppe auf rund zwölf Kilometer an Tirana hergekommen. Beide Verbände stehen dicht an der nach Norden ausgebogenen Straße Durazzo-Tirana, die dadurch für den Gegner gesperrt ist. Durazzo ist dadurch gegen Nordosten abgeschlossen. Die Erreichung der Straße Durazzo-Tirana dürfte aber auch auf das Tempo des Vormarsches günstig einwirken, da sie den Angriffstruppen gestattet, statt auf den Maultierpfaden, auf einer einigermaßen erträglichen Kommunikationslinie vorzurücken. Dem Gegner bleibt für seinen Rückzug nur noch der Küstenstreifen gegen Valona.



## Der Balkanfeldzug

### Die Offensive in Mazedonien

Sp. Mailand, 10. d. Der Spezialkorrespondent des „Corriere della Sera“ meldet aus Saloniki: Die Gerüchte über eine unmittelbar bevorstehende Offensive der Deutschen und Bulgaren tauchen immer wieder auf, aber alle diese Gerüchte bleiben phantastisch. Höchstwahrscheinlich wird noch ein Monat verstreichen, bevor auf dem mazedonischen Kriegstheater sich Ereignisse von hervorragender Bedeutung abspielen werden. Die Zeit geht dahin ohne die geringste Möglichkeit eines sofortigen Angriffs. Eben diese Zeit, welche früher den Alliierten unerlässlich war zur Befestigung des Lagers von Saloniki, ist heute sehr kostbar geworden für den Gegner, der die Tage vergehen ließ, ohne sich auf seinen innegehaltenen Linien fest zu sichern. An dem Tage, an welchem eines der beiden Heere imstande sein wird gegen das andere zu marschieren, wird dieses sich den stärksten Hindernissen gegenübersehen. Jeder Tag, der verstreicht, fügt ein neues Hindernis hinzu, auch in Anbetracht der ankommenden Verstärkungen und neuer Nachschübe, von denen mit großer Sicherheit gesprochen wird. Die Alliierten werden in Saloniki kraftvoll dastehen, als Vorhut für den letzten Schlag des großen Krieges.

### Der Krieg und die albanische Frage

Mailand, 10. d. Die Römerblätter weisen auf die vermehrte diplomatische Geschäftigkeit in der Konsulta hin, welche augenscheinlich Bezug habe auf die albanischen Angelegenheiten. Sonnino bespricht sich sehr häufig mit dem russischen Botschafter Giers. Auch die griechischen Interessen, welche gegenwärtig in der Aktion der Entente betreffs der albanischen Frage einen nicht gering zu schätzenden Punkt bilden, unterliegen einem speziellen Studium Sonninos, der gestern allein zwei Besprechungen mit dem griechischen Botschafter Coromillas hatte. Außer dem serbischen Gesandten wurde auch der rumänische Botschafter, Ghika, wieder empfangen, welcher letzterer seit langer Zeit in der Konsulta nicht mehr vorgeprochen hatte.



10./II. 1916

**Verichte der feindlichen Generalstabe.****Italien.**

Wien, 9. Februar. Aus dem Kriegspressequartier wird gemeldet:

7. Februar. Im Trentino und in Carnien gewohnte Tätigkeit der Artillerie und unserer Aufklärungsabteilungen. Von der ganzen Sonzo-front wird ein Zunehmen der Geschütz- und Fliegertätigkeit seitens des Feindes gemeldet. Unsere Artillerie erwiderte heftig das Feuer und nötigte die feindlichen Flugzeuge, sich in großer Höhe zu halten. Im Abschnitt

von Sagora (mittlerer Sonzo) griff einer unserer Flieger kühn zwei feindliche Flugzeuge an und zwang sie zur Flucht durch sein Maschinengewehrfeuer.



## Der Friedenspreis dem Friedenspapste.

Antrag des Präsidenten der ungarischen  
Akademie der Wissenschaften.

Budapest, 9. Februar.

Das Ung. L.-S.-B. meldet: Ueber Anfrage des Nobelausschusses der schwedischen Akademie beantragte der Präsident der ungarischen Akademie der Wissenschaften Albert Herczegh, wie das „Budapester 8-Uhr Blatt“ meldet, für den Friedenspreis den P a p s t Benedikt XV.

Einem Mitarbeiter des genannten Blattes sagte Herczegh: Als ungarischer Abgeordneter und Mitglied des Haager Schiedsgerichtes erhielt ich, wie alljährlich, auch diesmal die Aufforderung, für den Friedenspreis einen Antrag zu stellen. Ich empfahl den P a p s t, da Seine Heiligkeit sich in diesem Kriege um die Aufrechterhaltung des Friedensgedankens durch seine in erhabenem Geiste gehaltene Enzyklika und seine sonstigen Erklärungen die meisten Verdienste erwarb. Seine Tätigkeit und seine im Interesse des Friedens entwickelte Agitation blieb auch nicht erfolglos, da zwischen den feindlichen Staaten viele Fragen infolge seiner Anregungen im Geiste der Humanität gelöst wurden, so u. a. in erster Linie der Austausch der invaliden Kriegsgefangenen, wodurch viele Tausende glücklich geworden sind.



10. II. 1916

**Ein französischer Marinebericht.**

Paris, 8. Februar. (Amtlicher Marinebericht.) Am Abend des 6. Februar trafen ein englischer Kreuzer und ein Torpedoboot des französischen Geschwaders, das die Begbringung der serbischen Armee schützt, im Adriatischen Meer mit vier feindlichen Torpedobootzerstörern zusammen. Die Torpedobootzerstörer wurden sofort beschossen und flüchteten nach Cattaro. Am folgenden Morgen wurden die beiden alliierten Schiffe von neuem vor Durazzo von einem feindlichen Unterseeboot angegriffen, das den englischen Kreuzer in den Grund zu bohren versuchte. Der Torpedo verfehlte jedoch das Ziel und

das Unterseeboot, das verfolgt wurde, konnte den Angriff nicht wiederholen.

Aus Sebastopol wird gemeldet: Russische Torpedoboote entdeckten an der anatolischen Küste ein feindliches Unterseeboot, machten Jagd darauf und eröffneten ein lebhaftes Feuer. Das Unterseeboot schoss einen Torpedo ab, der das Ziel verfehlte. Das Unterseeboot tauchte unter, von Granatsplittern durchlöchert. Der Ausgang des Kampfes ist unbekannt.



## König Ferdinand im Deutschen Hauptquartier.

Besprechungen unter Teilnahme Bethmann  
Hollwegs und Jagows.

B. Berlin, 9. Februar. Das Wolffsche Bureau meldet:

Se. Majestät der König der Bulgaren ist zu mehrtätigem Aufenthalt im Großen Hauptquartier eingetroffen. In seiner Begleitung befinden sich Ministerpräsident Radoslawow und der Oberbefehlshaber der bulgarischen Armee General Jelow.

Zu den Besprechungen haben sich auch der Reichskanzler Dr. v. Bethmann Hollweg und der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes v. Jagow in das kaiserliche Hauptquartier begeben.

### Die Trinksprüche.

B. Berlin, 9. Februar. Im Großen Hauptquartier fand heute zu Ehren des Königs der Bulgaren ein Frühstück statt, wobei der Kaiser folgenden Trinkspruch ausbrachte:

„Eure Majestät heiße ich auf deutschem Boden im eigenen Namen sowie im Namen meines Heeres und Volkes vom Herzen willkommen. Wie in der Begegnung auf dem blutig erstrittenen Boden von Risch, die mir unbergänglich bleiben und in der Geschichte Deutschlands und Bulgariens fortleben wird als sichtbarer Ausdruck irreuer Waffenbrüderschaft, so erblicke ich auch in dem heutigen Besuch Eurer Majestät das Symbol der Zusammengehörigkeit unserer Reiche. Diese Zusammengehörigkeit wird nicht nur durch die Gemeinsamkeit der politischen und wirtschaftlichen Interessen gewährleistet, sie wird getragen von den wechselseitigen Empfindungen der Sympathie, der Achtung und des Vertrauens — eines Vertrauens, das die Weihe durch das Blut erhalten hat, welches die Söhne beider Völker im gemeinsamen Kampfe für gleiche Ideale und Ziele vergossen haben. Möge es dem bulgarischen Volke unter der weisen und weitblickenden Führung Eurer Majestät vergönnt sein, das Erworbene mächtig auszubauen für die Gegenwart und die Zukunft zu sichern. Ich erhebe mein Glas auf das Wohl der siegreichen bulgarischen Armee, des edlen bulgarischen Volkes und seines erlauchten Führers. Seine Majestät der Zar der Bulgaren Hurra!“

Darauf antwortete der König der Bulgaren:

„Mit aufrichtiger Freude trat ich die Reise hieher an, um Eurer Majestät für die Verleihung des Feldmarschallstabes nochmals persönlich Dank zu sagen. Tief gerührt von den gnädigen, bedeutungsvollen Worten, die Eure Majestät an mich zu richten geruhten, gereicht es mir zur besonderen Genugtuung, Eurer Majestät als obersten Heerführer der unbesiegbaren deutschen Truppen heute auf deutschem Boden im deutschen Hauptquartier meine aufrichtige Bewunderung über die dank Gottes Gnade erreichten Rumesstufen des unvergleichlichen deutschen Volkes zum Ausdruck bringen zu dürfen. Der gnädige Besuch Eurer Majestät in Risch wird mit goldenen Buchstaben in der Geschichte des bulgarischen Volkes verewigt werden als Tag, der den Beginn einer neuen verheißungsvollen Zukunft für das nunmehr geeinigte Bulgarien bedeutet. Auch ich bin stolz auf die durch gemeinsam vergossenes Blut begründete Waffenbrüderschaft und auf die Gemeinsamkeit der politischen und wirtschaftlichen Interessen. Möge es dem edlen, tapferen deutschen Volke vergönnt sein, unter der erhabenen, festen und weitblickenden Führung Eurer Majestät den ihm aufgezwungenen Kampf so zu beenden, daß die Macht und die Sicherheit des Deutschen Reiches für alle Zeiten gewährleistet ist. Ich erhebe mein Glas auf das Wohl des siegreichen deutschen Heeres und seines erlauchten Führers. Seine Majestät Kaiser Wilhelm Hurra!“



**Die Gewerkschaften während des Weltkrieges.**

Ueber die Probleme der Gewerkschaftsbewegung hat Genosse Adolf Braun eine Reihe wertvoller Arbeiten veröffentlicht. Kurz vor Kriegsansbruch gab er sie gesammelt heraus in dem Buche „Die Gewerkschaften, ihre Entwicklung und ihre Kämpfe“. Während des Krieges hat Adolf Braun zu vielen brennenden Gewerkschaftsfragen von heute und von morgen in einer Reihe vielbeachteter und auch viel bestrittener Aufsätze Stellung genommen, die nunmehr in einem Bande „Gewerkschaften — Betrachtungen und Ueberlegungen während des Weltkrieges“ gesammelt erschienen. Die Anführung der Titel der in dem Buche vereinigten Aufsätze zeigt, daß es sich um ein wichtiges und lesenswertes Werk handelt. Wir führen die Kapitelüberschriften an: Der Krieg und die Gewerkschaften; Die Gewerkschaften vor, während und nach dem Kriege; Kriegspsychologie und Gewerkschaften; Realismus und Utopismus in den Gewerkschaften; Gewerkschaftliche Arbeit im Frieden; Die Erneuerung der Tarifverträge; Arbeiter- und Kriegsinvalidenfragen; Kriegsinvaliden und Hausindustrie; Keine Rentenpsychose; Die internationalen Beziehungen der Gewerkschaften; Gewerkschaftliche Solidarität; Die Einheit der Partei und die Gewerkschaften; Politische Wurzeln des Syndikalismus, und endlich Bildungsprobleme in der Arbeiterbewegung.

Ein Teil der Aufsätze ist in unserem „Kampf“ erschienen. Diese Sammlung der Aufsätze des heute wohl unbestritten ersten Theoretikers der Gewerkschaftsbewegung ist eine wertvolle und notwendige Ergänzung seines vor dem Kriege erschienenen

Hauptwerkes und kann auf viele Leser rechnen. Sie ist durch alle Buchhandlungen, vor allem durch die Parteibuchhandlungen zum Preise von 1.50 Mark broschiert und 2 Mark gebunden zu beziehen.



### Aus der Sozialdemokratie.

**Einen angeblichen Disziplindreher aus der Reichstagsmehrheit** glaubte die vom Reichstagsabg. Wittmann geleitete „Bergische Arbeiterstimme“ in dem Reichstagsabg. Geck entdeckt zu haben. Sie warf dem Abg. Geck vor, daß er in der Mannheimer Stadtverordnetenversammlung im Gegensatz zu seinen dortigen Fraktionskollegen als einziger Sozialdemokrat für die badische Ostpreußenhilfe gestimmt habe. Nun muß aber die „Bergische Arbeiterstimme“ eine Erklärung des Abg. Geck abdrucken, worin es heißt: „Ich war schon einige Wochen zuvor auf anderem Wege mit der Frage der badischen Ostpreußenhilfe befaßt worden und hatte von Anfang an den Standpunkt vertreten, daß auch unsere badischen Städte nach Maßgabe ihrer Mittel dabei mittun müßten. Von diesem meinem Standpunkt machte der Fraktionsvorsitzende in der erwähnten Sitzung dem Kollegium auch Mitteilung und fügte hinzu, daß ich in der Bürgerausschüßsitzung nicht nur für den städtischen Antrag stimmte, sondern voraussichtlich auch für ihn sprechen würde. Es fiel meinen Fraktionskollegen natürlich nicht ein, mir daraus einen Vorwurf zu machen oder mir dies gar zu verbieten — aus den eingangs erwähnten Gründen.“

**Gegen ein Mitglied der Fraktionsmehrheit.** Der Wahlkreis Randow-Griffenhagen wird den sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Rörsten vertreten, der am 21. Dezember für die Kriegskredite gestimmt hat. Fünfzehn sozialdemokratische Funktionäre dieses Wahlkreises hielten am Sonntag eine erweiterte Vorstandssitzung ab. Sie beschloßen zunächst einstimmig, die Stellungnahme zu den Vorgängen in der Reichstagsfraktion bis nach Beendigung des Krieges zu vertagen und erklärten sodann gegen drei Stimmen, „daß sie in der übergroßen Mehrheit auf dem Boden der Minderheit stehen“.

**Eine entgegenkommende Erklärung eines belgischen Sozialistenführers.** Das Kopenhagener Blatt „Socialdemokraten“ hatte seinerzeit bedauernd geschrieben, daß die französischen und belgischen Parteigenossen nicht eher mit deutschen zur Verhandlung im Haag zusammentreffen wollten, als die Deutschen von französischem und belgischem Boden vertrieben seien. Nun erhält „Socialdemokraten“ von dem belgischen Sozialistenführer Camille Huysmans aus dem Haag eine Zuschrift, wonach dies für Belgien nicht zutrifft.



### Neue russische Angriffe abgeschlagen

(Drahtbericht von unserm Kriegskorrespondenten bei der österreichisch-ungarischen Armee.)

E. L. Oester.-ungarisches Kriegspressquartier, 11. d. Nach der verhältnismäßig langen Ruhepause, die die Russen seit dem 19. Januar eintreten ließen, sind sie seit gestern wieder auf der ganzen Nordostfront in lebhafter Aufklärungstätigkeit begriffen, ohne daß allerdings bis zur Stunde wieder einer der groß angelegten Massenanstürme unternommen worden wäre. Es kann daher noch nicht gesagt werden, ob es sich bei den zahlreichen Ueberfällen auf vorgeschobene Feldwachen um Anzeichen eines erneuten Aufstommens der großen Durchbruchversuche handelt. Die russischen Angriffe tasteten gestern den ganzen Raum von der Sumpfgrenze in Wolhynien bis zur hekarabischen Front ab. Es war ihnen jedoch nirgends ein dauernder Erfolg beschieden. Wo es russischen Bataillonen gelang, sich in Vorstellungen, denn nur um solche handelte es sich bei diesen Aktionen, festzusetzen, wurden ihnen diese vor die eigentliche Front geschobenen Grabenstücke stets wieder weggenommen. Im Kampf standen namentlich Abteilungen der Armeen Pflanzler-Baltin, Bothmer und Erzherzog Josef Ferdinand. Bei der Armee Pflanzler-Baltin gelang es einem schneidig durchgeführten Angriff des kroatischen Landwehrintanterieregiments 25 bei Doborouh einen russischen Bataillonsabschnitt der ungleich vorragte, zu nehmen und auszuräumen. Im Kampfbereich der Armee Bothmer entwickelten sich namentlich in der Gegend von Hluboczek nordwestlich von Tarnopol Gefechte. Russische Abteilungen rückten hier im Raum der Bahnlinie vor. Es gelang ihnen, schwächere Vortruppen zu verdrängen und deren Vorfeldgräben zu nehmen. Doch bedurfte es keiner größeren Anstrengung, um sie wieder zu vertreiben. In Wolhynien wurde besonders die Linzer Division angegriffen. Das Regiment 14 hatte dabei Gelegenheit, seinen erprobten Kriegsrühm und seine Tüchtigkeit aufs neue durch rascheste Zurückweisung der russischen Bemühungen zu erweisen. Die russischen Bataillone, die gleich spanische Reiter usw. mitbrachten, um sich in den überrumpelten Feldwachbedungen schnell einrichten zu können, wurden von geschickt dirigierter Artillerie zusammengeschoßen. Die Verluste waren sehr beträchtlich und da das Feuer sich auch auf die Rückzugslinie konzentrierte, ging ein Großteil der Angreifer zu den österreichisch-ungarischen Stellungen durch. Die Deckungen, die nicht freiwillig geräumt wurden, gelangten dann durch Infanterieangriffe wieder in den Besitz der österreichisch-ungarischen Streitkräfte. In einem von dem Fähnrich Adam des Regiments 14 mit einer kleinen Patrouille erstürmten Graben, in dem zwanzig Gefangene gemacht wurden, lagen über 170 Tote.



## Unterredung mit dem Reichskanzler

### Das Verhältnis Deutschlands zu Amerika.

Berlin, 11. Februar. (Tel. d. „Fremden-Blatt“.) Der „Totalanzeiger“ bringt ein zur Veröffentlichung zugelassenes Interview des Vertreters des „New-York World“ Karl v. Wiegand mit dem Reichskanzler, der folgendes sagte:

„Was Ihre Regierung verlangt, ist eine unmögliche Demütigung. Ich bin weitgegangen, um die herzlich-freundlichen Beziehungen, die zwischen Ihrem Lande und Deutschland bestehen, seit vor 125 Jahren Preußen die erste Nation war, welche Amerikas Unabhängigkeit im Kriege mit England anerkannte, aufrechtzuerhalten. Sie wissen, daß ich in dieser Frage eine entgegenkommende versöhnliche Gesinnung Ihrem Lande, Ihrem Volke gegenüber gezeigt habe. Ich war und bin willens, Amerika alles zuzugestehen, was Deutschland innerhalb der Grenzen der Vernunft und der Gerechtigkeit, des Rechtes und der Ehre gewähren kann. Aber ich kann eine Erniedrigung Deutschlands und des deutschen Volkes nicht zugestehen, selbst um den Preis, Amerika zu befähigen und die Fortdauer dieser herzlichen Beziehungen mit Ihrem Lande zu sichern, welcher jeder wahre Deutsche wertschätzt und aufrichtig wünscht, ausgenommen um den Preis einer nationalen Demütigung. Ich sage Ihnen dieses nicht leichten Herzens, aber indem ich es Ihnen sage, bin ich mir der Tatsache bewußt, daß ich das Empfinden des vereinigten deutschen Volkes zum Ausdruck bringe.“

So sprach der Kanzler Bethmann Hollweg zu mir nach meiner Rückkehr von Amerika. Der Kanzler, von Natur tiefernst, zu dessen bewunderungswerten Charakterzügen seine bemerkenswerte Offenheit und seine Abgeneigtheit, diplomatische Ausflüchte zu machen, gehört, erschien noch gedankenvoller als an dem Tage, an dem er mir vor zehn Wochen sagte: „Es ist nichts daran diesem Friedensgerede in der ausländischen Presse. Ich kann den Frieden noch nicht sehen.“

Wiegand stellt fest, daß seit seiner Rückkehr von Amerika in Deutschland eine viel entschiedeneren Stimmung bei Beurteilung der deutsch-amerikanischen Lage herrschte. Auch der Kanzler machte keinen Versuch, den Ernst des Augenblickes zu verschleiern, er gab offen zu, daß

zwar weder Regierung noch Volk leichtfertig oder gleichgültig über einen Bruch mit Amerika dächten, daß aber die Note Lansing's so abgefaßt sei, daß kein anderer Ausweg bleibe, als sie zu verwerfen. Er habe aber das Vertrauen auf den gesunden Menschenverstand des amerikanischen Volkes nicht aufgegeben, das erkennen werde, daß Deutschland alles Mögliche in Erfüllung amerikanischer Wünsche getan, und er sagte wörtlich:

„Wir kämpfen tatsächlich für unsere Existenz. Das deutsche Volk gibt in wunderbarer Geschlossenheit, Einigkeit und Heldenhaftigkeit, in Opfern ohnegleichen sein Blut und Geld und Vermögen für sein Land. Wir befinden uns nicht im Kriege mit Amerika und wollen dies auch nicht. Es kann uns doch sicherlich kein Mensch solchen Wahnsinn zutrauen. Ich habe alles getan und fahre fort, alles zu tun, was in meiner Macht steht, um Krieg zu vermeiden, aber es gibt Dinge, die ich nicht zu tun vermag. Wenn derselbe Geist größter Aufrichtigkeit und des Strebens nach einem für beide Nationen ehrenhaften Uebereinkommen in Amerika ebenso vorwiegt wie bei der deutschen Regierung und dem deutschen Volke, dann wird kein Bruch in den 125 Jahr alten freundschaftlichen Beziehungen beider Länder eintreten.“

In ähnlichem Sinne sind die Antworten, die Wiegand in seinem Gespräch mit anderen hohen Beamten und Finanzleuten erhielt. In letzteren Kreisen sprach man allerdings den Verdacht aus, daß die New-Yorker Finanzwelt einen Bruch mit Deutschland begünstige, weil sie die Niederlage der Alliierten fürchte und damit die Möglichkeit das Geld zu verlieren, welches Amerika den Alliierten vorgestreckt hat.

Die „Bölnische Zeitung“ schreibt hierzu: Die obigen Nachrichten werden vom deutschen Volke mit dem Gefühl der Erleichterung aufgenommen werden. Sie zerstreuen alle Besorgnisse, als würden die deutsche Regierung oder unsere Verbündeten sich die scharfe Waffe des Tauchbootkrieges aus den Händen winden lassen, die unseren Feinden schon einen so großen Schaden zugefügt hat und von der wir noch viel in der Zukunft erwarten. Der Reichskanzler hat mit Ernst und Entschiedenheit, wofür ihm das deutsche Volk dankbar ist, der amerikanischen Öffentlichkeit mitgeteilt, daß Deutschland die Versenkung der „Lusitania“ nicht als gesetzwidrig bezeichnen und damit seinem ganzen Tauchbootkrieg das Todesurteil sprechen kann und daß es selbst auf die Gefahr eines Bruches mit den Vereinigten Staaten hin nicht die Taten verleugnen will, die unsere Helden in den kleinen Tauchbooten mit höchster Lebensgefahr und mit beispiellosem Mute verrichtet haben.



11./II. 1916

London, 9. Februar. Das Kriegsamt teilt mit: Um 3 Uhr 30 Minuten nachmittags näherten sich zwei deutsche Seeflugzeuge der Küste von Kent. Wenige Minuten später fielen drei Bomben in einem Felde in der Nähe von Ramsgate und vier Bomben in der Nähe einer Schule von Broadstairs nieder. Von letzteren sind drei explodiert. Verluste an Menschenleben sind nicht zu beklagen; auch soll kein Schaden verursacht worden sein, außer an Fensterscheiben.

London, 10. Februar. Nach einer amtlichen Meldung wurden bei dem gestern auf die Küste unternommenen Luftangriff zwei Frauen und ein Kind verletzt. Eine Anzahl Marine- und Militärflugzeuge stiegen zum Angriff gegen die feindlichen Flieger auf, die sich sogleich zurückzogen. Von einem Luftkampf wird nichts gemeldet.



11. II. 1916

**Berichte der feindlichen Generalstäbe.**

Wien, 9. Februar. Aus dem Kriegspressequartier wird gemeldet:

**Rußland.**

8. Februar. In der Gegend von Riga schossen die Deutschen mit schwerer Artillerie. Unsere Artillerie antwortete mit Erfolg. In der Stellung bei Dünaburg war das Gewehr- und Artilleriefeuer ein wenig lebhafter als gewöhnlich. Zwischen Meddum und dem Demmenssee versuchte eine starke Abteilung deutscher Aufklärer, sich unsern Gräben zu nähern, wurde jedoch durch unser Gewehrfeuer verjagt. In Galizien entspann sich an

der Front der mittleren Strypa eine Reihe kleinerer Gefechte zwischen unsern und feindlichen Aufklärern. Bei Uscieczko versuchte der Feind, von den Uebergängen des Flusses vorzurücken, wurde aber durch unser Feuer zurückgeworfen.

**Frankreich.**

9. Februar, 3 Uhr nachmittags. Im Artois zeigten sich die beiderseitigen Artillerien auf der Front zwischen Höhe 140 und der Straße von Neuville nach La Folie weiter tätig. Gegen Abend brachten die Deutschen zwei stark geladene Minen westlich von La Folie zur Explosion und drangen in einige Stücke unsres vorgeschobenen Grabens ein, der durch Sprengung zerstört worden war, sowie in gewisse Punkte unsres Hauptgrabens, aus denen wir sie durch einen in der Nacht unternommenen Handgranatenangriff zurückwarfen. Der Kampf dauert an. Südlich der Somme beschossen wir die feindlichen Gräben. In den Vogesen gegenseitiges Artilleriefeuer am Hartmannsweilerkopf. Auf der übrigen Front war die Nacht ruhig.

11 Uhr nachts. In Belgien setzt unsere schwere Artillerie das Bombardement des kleinen Forts Bauhan und der Gräben in der Gegend von Het Sas fort. Im Artois ziemlich heftiger Artillerietampf zwischen Höhe 110 und der Straße von Neuville nach Thelus. Nachdem der Feind vor den Gräben südwestlich der Höhe 140 eine Mine zur Explosion gebracht hatte, richtete er gegen unsre Stellungen einen Infanterieangriff, der abgeschlagen wurde. Zwischen Soissons und Reims, südlich Wille aux-Bois, machten wir Angriffe mit Handgranaten auf einen kleinen Posten, den der Feind räumen mußte. Südöstlich St.-Mihiel richteten unsre Batterien an den deutschen Stellungen im Walde von Apremont bedeutenden Schaden an. Heute zwischen 1/26 und 6 Uhr 40 Minuten nachmittags warf der Feind sieben schwere Geschosse auf Belfort und Umgebung.

Belgischer Bericht: An der Front der belgischen Armee der übliche Artilleriekampf.



11./II. 1916

**Die Politik Griechenlands.**

Athen, 9. Februar. (Meldung der Agence Havas.) In der Sitzung der Kammer waren alle Abgeordneten anwesend.

Ministerpräsident Skuludis verlas die Regierungserklärung über die Politik der Regierung, die vor allem darin besteht, die Kräfte der Nation unverfehrt zu erhalten und die nationalen Interessen zu wahren. Diese Politik, sagte der Ministerpräsident, fand die Billigung der Mehrheit der Nation, und wird fortgesetzt werden trotz des Druckes, den das Volk mutig ertragen wird.

Abg. Popp brachte seine abweichende Auffassung zum Ausdruck.

Minister des Innern Gunaris erwiderte ihm in längerer Rede, in der er das Programm der Regierung entwickelte.



**Das türkiſche Finanzerpoſé.**

Konſtantinopel, 9. Februar. In dem Finanzerpoſé, das der interimiftiſche Finanzminiſter Zalaat-Bei in der Kammer gab, ſtellte er zunächſt feſt, daß das Budget des nächſten Gebarungsjahres ein Defizit von rund 14 Millionen Pfund aufweiſe und um  $5\frac{1}{2}$  Millionen größer ſei als das für das laufende Finanzjahr vorgeſehene. Hieron entfallen  $3\frac{1}{2}$  Millionen auf vermehrte Ausgaben, während der Abgang von 2 Millionen ſich aus der Verminderung der Einnahmen erklärt. In den geſteigerten Ausgaben ſind u. a. enthalten 386,000 Pfund als Aufwendung des Unterrichtsminiſteriums für Univerſitäts-, Gymnaſial- und Normalſchulreformen ſowie für ſolche der Waiſenpflege, 100,000 Pfund als Aufwendung des Miniſteriums des Außern für den Ankauf von Gebäuden für die Botſchaft in Wien und die Geſandtschaft in Sofia, ſchließlich eine Poſt für die Reorganifiſation des Forſtweſens.

Die Voranſchläge für Krieg und Marine ſind faſt unverändert geblieben, nur für den Bau von Haſeneiſenbahnen durch die Militärverwaltung ſind 1,460,000 Pfund ausgeworfen.

Bezüglich der Ergebnisse des laufenden Gebarungsjahres ſtellte der Miniſter feſt, daß die Geſamtſumme der Ausgaben bei einem Voranſchlag von 35,600,000 Pfund und Ergänzungskrediten von rund 26 Millionen, darunter 20 Millionen hauptſächlich für Anforderungen des Kriegsminiſteriums, 62 Millionen Pfund erreichte. Zu Beginn des Jahres verfügte der Staatſchatz und die Militärkaſſen über 2 Millionen, davon eine halbe Million Depots, worin die Kaſſenbeſtände der Verwaltung der öffentlichen Schuld nicht inbegriffen ſind.

Die Einnahmen des erſten Halbjahres betragen rund 11 Millionen, die mit Oeſterreich-Ungarn und dem Deutſchen Reiche gegen Emission von Kaſſenſcheinen abgeſchloſſenen Vorſchüſſe ergaben die Summe von  $14\frac{1}{2}$  Millionen. Mit dieſen Geldbeſtänden konnte der Staatſchatz die Kriegsausgaben decken und ſoweit möglich die Koſten der Zivilverwaltung beſtreiten.

Die Einnahmen des zweiten Halbjahres werden ungefähr 10 Millionen abwerfen. Damit und mit dem Ergebnisse des Vorſchüſſes von 20 Millionen Pfund, der über Ermächtigung der Kammer mit der deutſchen Regierung abgeſchloſſen wurde, wird der Staatſchatz genügende Mittel beſitzen, um bis zum Ende des am 13. März ablaufenden Gebarungsjahres alle ordentlichen und außerordentlichen Ausgaben zu decken.

Im Voranſchlage für das nächſte Gebarungsjahr ſind 3 Millionen Pfund für die Unterſtützung erwerbsloſer Familien von Soldaten ausgeworfen. Außerdem wird an dieſe Familien Saatgut verteilt werden. Ferner wird der Staat dafür ſorgen, daß ihre Felder bebaut werden, um dadurch eine hinreichende Ernte im nächſten Jahre ſicherzuſtellen. Was die militäriſchen Requiſitionen betrifft, konnte der Staat, wie der Miniſter ausführte, ſie nicht ſämtlich bezahlen; dagegen habe er geſtattet, daß die Steuern mit Requiſitionsbons bezüglichen werden, und ſchließlich habe er die Requiſitionen ſelbſt ſoweit als möglich eingeleſt, indem alle Waſche bezahlt werden.



**Kriegskalender.**

1. Februar: Südlich der Somme vertieren die Franzosen im Handgranatenkampf noch weiteren Boden. — Zeppelinangriff auf Schiffe und Depots im Hafen von Saloniki. — Mobilisierung aller Reservelassen in Aegypten. — Rede Salandras in Turin. — Rücktritt Goremykins; Stürmer russischer Ministerpräsident. — Der Dampfer „Appam“ von einem deutschen Kriegsfahrzeug beschlagnahmt.



## Die Erklärungen des Reichskanzlers.

Während von englischer und amerikanischer Seite mit wachsender Bestimmtheit Nachrichten verbreitet wurden, daß die einschneidenden Meinungsverschiedenheiten zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten eine gütliche Erledigung gefunden haben, behandelt der Reichskanzler in der Äußerung, die er dem Vertreter der New Yorker „World“ gegenüber getan hat, den Streit noch als zugespitzt und den Ausgang als unsicher. Wir haben einen Drahtbericht über den Inhalt der Unterredung im größten Teil unserer heutigen Morgenausgabe veröffentlicht. Jetzt liegt auch der Wortlaut des umfangreichen Aufsatzes vor, den Herr Karl von Wiegand der „World“ gesandt hat. Er betont mit Nachdruck, daß die deutsche Presse, ohne sich chauvinistisch zu gebärden, einmütig den Standpunkt der Regierung billige und die Zumutung, den Angriff auf die „Lusitania“ als völkerrechtswidrig und schuldhaft zu erklären, als eine Demütigung betrachte, der sich ein auf seine Würde haltender Staat nicht fügen könne.

Die Stimmung des Volkes ist zutreffend geschildert. In der Tat empfindet es die öffentliche Meinung durchweg als unmöglich, eine Kriegsmaßregel, die von deutschen Seeleuten in Ausübung ihrer Pflicht und gemäß den Grundsätzen des Seekriegsrechts vorgenommen wurde, als willkürlich und verbrecherisch anzuerkennen. Eine große Reihe von Rechtslehrern, unter ihnen Männer, deren Namen auch weit über die deutschen Grenzen hinaus einen guten Klang haben, ist für die Rechtmäßigkeit des Verfahrens eingetreten. Dagegen wird im Ernst niemand behaupten, daß die „Lusitania“, die mit Geschützen ausgerüstet war und ungeheure Massen Kriegsmaterialien, insbesondere Munition für England an Bord hatte, nach den Regeln des Völkerrechts den Anspruch hatte, als friedliches Handelsschiff angesehen und geschont zu werden. Die deutsche Regierung hat den amerikanischen Forderungen gegenüber weitgehendes Entgegenkommen bewiesen, wie bei den früheren Verhandlungen, so bei der jüngsten Note des Staatssekretärs Lansing. Aber es gibt einen Punkt, bei dem es heißt: Bis hierher und nicht weiter. Weder kann Deutschland seine Ehre preisgeben noch sich die Waffe für den Unterseekrieg schlechthin entwenden lassen.

Mit Frug hebt Herr von Bethmann Hollweg hervor, daß Deutschland um so lieber die freundschaftlichen Beziehungen zu den Vereinigten Staaten aufrechtzuerhalten gewillt war und immer noch ist, als ein deutscher Fürst, Friedrich der Große, der erste war, der die Unabhängigkeit der Union freudig begrüßte und dem jungen Staatswesen seine Glückwünsche sandte. Deutsche Staatsmänner und Feldherren haben an dem Aufschwung des führenden Reiches jenseits des Atlantischen Ozeans regen und wirksamen Anteil genommen. Zwischen den Völkern hat der lebhafteste wirtschaftliche Verkehr bestanden. Es ist daher natürlich, daß Deutschland, wiewohl es seit Ausbruch des Weltkrieges mancherlei Unfreundlichkeit von Amerika erfahren hat, bereit bleibt, wie der Reichskanzler versichert, alles zuzugestehen, was es innerhalb der Grenzen der Vernunft und Billigkeit, innerhalb der Grundsätze des Rechts und der Ehre gewähren kann. Aber darüber hinaus zu gehen, hieße den Nacken unter ein laudinisches Joch beugen. „Keine deutsche Regierung kann eine solche Erniedrigung des Volkes hinnehmen und überdauern,“ sagte der Kanzler.

Er ist sich seiner schweren Verantwortung bewußt. Er redet „nicht leichten Herzens“. Er bezeichnet den Gedanken als wahnwichtig, Deutschland könne einen Krieg mit Amerika herausfordern, wenn es ihn zu vermeiden imstande sei. „Aber es gibt Dinge, die ich nicht zu tun vermag.“ Herr von Bethmann Hollweg so wenig wie irgendein anderer Kanzler. Darin pflichtet ihm das deutsche Volk durchaus bei, dieses Volk, dem er das berechtigte Zeugnis ausstellt, daß es in wunderbarer Geschlossenheit, Einigkeit und Selbstenhaftigkeit, in Opfern ohnegleichen, Gut und Blut für das Vaterland hingibt, dieses Volk, das für sein Dasein kämpft und zuversichtlich und vertrauensvoll weiter kämpfen würde, auch wenn sich die Zahl seiner Feinde noch mehren sollte. Indessen so ernst auch die Worte des Reichskanzlers sind und so wenig sie mit den Meldungen von einer schon erzielten Einigung übereinzustimmen scheinen, so geben sie doch selbst immer noch der Möglichkeit Raum, daß sich die drohenden

Wollen zerstreuen. Was über ein bereits getroffenes Abkommen zwischen Amerika und England oder über die Kriegskreidereien großer Geldleute der Vereinigten Staaten gemeldet wurde, waren Äußerungen des Berichterstatters der „World“, nicht des Herrn von Bethmann Hollweg. Dessen Erklärungen gipfelten in den Schlußworten:

„Wenn derselbe aufrichtige Wunsch, zu einer für beide Staaten ehrenhaften Übereinstimmung zu gelangen, in Amerika ebenso vorwiegt wie bei der deutschen Regierung und im deutschen Volke, so wird kein Bruch in den 125 Jahre alten freundschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Ländern eintreten.“

Besteht dieser Wunsch in Amerika nicht, so ist jede Nachgiebigkeit von deutscher Seite vergeblich, sondern ein neuer Vorwand zum Bruch leicht gefunden. Jedenfalls kann Deutschland der Zukunft mit jener Ruhe entgegensehen, die das gute Gewissen gibt, das Bewußtsein, alles getan zu haben, was in Ehren zu tun möglich war, um den Frieden mit den Vereinigten Staaten zu erhalten. Bei ihnen ist jetzt die Entscheidung, bei ihnen auch die Verantwortung.



12. / II. 1916.

## Aus der Sozialdemokratie.

„Wie war's in der Heimat?“ Ende Januar suchte in der Hauptversammlung des sozialdemokratischen Ortsvereins Kiel der Abgeordnete Ledebour die Ablehnung der Kriegskredite zu verteidigen. Ihm trat der Abgeordnete des Reichstagswahlkreises Kiel-Rendsburg, Legien, entgegen. Es kam zu Auseinandersetzungen zwischen Legien und Ledebour, wobei sich Szenen abspielten, die, wie die sozialdemokratische „Schleswig-Holsteinische Volkszeitung“ schreibt, man in Kiel sonst nicht kannte. Ein an der Westfront kämpfender Sozialdemokrat, der während seines Urlaubs jene Versammlung besucht hatte, schreibt, ins Feld zurückgekehrt, gegen die von Ledebour vertretene Politik in der „Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung“. Wie die „Volkszeitung“ bemerkt, stand dieser Feldgrawe jahrelang an der Spitze der Kieler Partei- und Gewerkschaftsbewegung, bevor er am 4. August 1914 in den Krieg zog. Er läßt sich u. a. also hören: „Von den Kameraden bin ich mit Fragen bestürmt worden, wie war's in der Heimat, und wie war's in der Versammlung? Man hat inzwischen den Bericht gelesen. Alles ist erstaunt, enttäuscht, bitter enttäuscht, enttäuscht. Von der Kieler Arbeiterschaft hat man eine andere Stellungnahme erwartet. Man kennt sie nicht wieder. Obs denn wirklich so gewesen ist, wie es der Bericht schildert? Ich soll erzählen, erzählen. Ich habe dann geschildert, welchen Eindruck ich von der Versammlung hatte. In der Rede des Genossen Ledebour ist mir aufgefallen, daß er nicht ein einzigesmal die Genossen erwähnt hat, die jetzt draußen in den Schützengräben liegen. Nur einmal hat er von seinem Freund, dem Genossen Dieblnecht, erwähnt, daß der arme Kerl es so besonders schwer hätte. Das hier vom Genossen Ledebour Gesagte gilt wohl nun noch für einen großen Teil der Dahemgebliebenen. Sie denken nur an sich und an einen kleinen Kreis ihrer Anhänger, und nicht an das große Ganze. Wem will denn die Minderheit dienen mit ihrem Treiben? . . . Muß man denn erst hinaus in die Schützengräben, um begreifen zu können, was für das ganze Volk und auch für die Arbeiterklasse auf dem Spiel steht? Muß man denn erst die zerstampften Fluren, die zerschossenen und zertrümmerten Häuser, Dörfer und Städte sehen, das Leben der Frauen und Kinder in den vom Kriege betroffenen Gebieten kennen lernen, um zu begreifen, daß auch der Arbeiter etwas zu verlieren hat? . . . Oder glaubt man, daß man uns hier draußen mit ihrem Tun und Treiben einen Dienst erweist und sich für uns opfert? Nein, nein und abermals nein! Ihr erweist uns keinen Dienst, und noch viel weniger verlangen wir einen solchen Dienst. Wir hier draußen sind früher auch nicht alle einer Meinung gewesen; der eine hat mehr links, der andere mehr rechts gestanden. Aber jetzt sind wir alle einer Meinung. Ich habe noch keinen gehört, der anderer Meinung wahr: wir stehen treu zur Mehrheit!“

Der Satz ist nach einer Meldung aus Petersburg Donnerstag zur Feldarmee abgereist.



Einige Gedanken über England

kulturellen Errungenschaften des feindlichen Volkes zu halten? Wäre bei uns ein Dichter möglich wie Shaw, der seinem Volke während des Krieges Heuchelei und Mitschuld am Kriege zum Vorwurf machte? Ein Oxford Theologieprofessor nannte Grey einen "stupid ass" und "unheilvollen Lügner", der "ewig Frieden auf den Lippen und Krieg im Herzen gehabt habe". Der sozialpolitische Schriftsteller Crawley schrieb in einem Flugblatt: "Wir haben lange darauf gewartet, über Deutschland herzufallen, um es zu zerschmettern und ihm zu fehlen, was sein ist." Darf bei uns auch nur das leiseste Wort über eine deutsche Mitschuld an der Weltkatastrophe gedruckt werden? Acht Edinburger Professoren haben während des Krieges ein Buch veröffentlicht unter dem Titel: "Deutsche Kultur, der Beitrag der Deutschen zu Wissenschaft, Literatur, Kunst und Leben"; als Zweck des Buches wird bezeichnet: "Die Vertriebenen über Deutschland zu forrieren." Hand aufs Herz, Herr Kollege, wäre ein ähnliches Buch über England etwa im gegenwärtigen Deutschland möglich? Und ist es nicht besänftend, daß ein solcher ehrender Freimut bei uns leider ganz ausgeschlossen scheint, ja daß die bloße Objektivität schon als unpatriotisch verfahren wird?

Erfreulich ist es, immer wieder zu hören, daß unsere Kämpfer an der Front durchaus gegen jede Mißachtung, Karikierung, Verhöhnung des Gegners protestieren. Die ritterliche Gesinnung hat ein Bedürfnis nach ebenbürtigen Gegnern. Warum müssen denn nun die Professorenhinter der Front unsere Gegner immer als Lumpenbagage ohne jeden Ernst zu nehmen den Kulturwert hinstellen? Mit dieser offenen Frage schließt, sehr geehrter Herr Kollege, Ihr ergebenster

F. W. Foerster

oder man soll die betreffenden Publikationen dann auch im Titel als "Kampfbücher" bezeichnen. Daß die Abneigung des Engländer gegen "State-Interference" den Ausbau der staatlichen Schutzgesetzgebung verlangsamt hat, ist zweifellos, aber die Bevorzugung der Selbsthilfe hat nicht bloß ein für alle Länder vorbildliches System sozialer Hilfsarbeit (Settlements, Heilsarmee) geschaffen, sondern auch eine hochorganisierte und national empfindende Arbeiterschaft emporkommen lassen, die auch ohne konsequentes Wahlrecht weit größeren politischen Einfluß erworben hat als die deutsche Sozialdemokratie. Dabei ist uns heute auch die englische Sozialpolitik in folgenden sehr wichtigen Punkten sogar voraus: gezielte Zehntunderttag; allgemeine völlige Sonntagsruhe; staatlicher Arbeitsnachweis, großzügig organisiert und seine Fühler bis ins kleinste Dorf ausstreckend; staatliche Arbeitslosenversicherung für zweieinhalb Millionen Maschinen- und Bauarbeiter; staatliche Subventionen an alle Gewerkschaften, die Arbeitslosenstellen besitzen; staatliche Alterspensionen für alle hilfsbedürftigen Personen über siebenzig Jahre; Mindestlohn-gesetze für die Bergarbeiter; Wohnämter für die Heimarbeitseinkaufsträger. Wo bleibt da der "Nachwächterstaat"?

Ganz erstaunlich war mir Ihre Behauptung, daß die Pressefreiheit im heutigen England nur den Vertuschern, Verdrehern und Beschönigern offen stehe. Ich frage jeden Leser dieses Blattes, mag er auch noch so erbittert gegen England sein, ob er sich nicht schon heimlich eingestanden hat, daß die große Freiheit der öffentlichen Kritik in England, mitten im Kriege, ihresgleichen kaum besitzt?

Nat bei uns je ein Minister Anlaß genommen, wie kürzlich Lloyd George, eine Rede auf die

Leider muß ich gestehen, daß gerade Ihr Artikel eine neue Illustration ist für das, was ich bekämpfe — nämlich für jenes absolute und unbedingte Herrunterreißen der englischen Kultur, als ob nun das jetzige England ein Land sei, von dem gar nichts mehr zu lernen sei, und als ob bei der englischen Kriegsentcheidung nicht auch viele Mißverständnisse auf Seiten der besseren Volksschichten mitgespielt hätten. Gerade dieses letztere psychologisch begreiflich zu machen, wäre Sache der Anglisten gewesen, damit nicht eine Verhöhnung entscheide, aus der es überhaupt keinen Ausweg mehr gibt. Die Unterwerfung des Gegners ist auch kriegstechnisch sehr gefährlich, auch die Unterwerfung des englischen Weltreiches und der moralischen Faktoren, die neben allen Faktoren niedrigerer Ordnung an seinem Aufbau und Ausbau mitgewirkt haben. Auch wird die generalisierende Mißachtung der politischen Institutionen Englands nur der Reaktion bei uns gute kommen.

Alles, was Sie, sehr geehrter Herr Kollege, über die innerpolitische Seite der englischen Kultur sagen, ist für den Kenner der tatsächlichen Sachlage geradezu peinlich, zu lesen. Es ist gewiß dem Vertreter englischer Sprache und Literatur nicht zu verübeln, daß er auf jenem weiteren Gebiet nicht orientiert ist, um so mehr aber sollte er dann auch die entsprechende Vorsicht des Urteils walten lassen. Die politische und soziale Leistung des englischen Volkes mit dem Worte "Nachwächterstaat" abtun, das ist das gleiche, als wenn der Ausländer den preussischen Staat einen Staat für Schlafmüden nennen wollte, weil hier die Zentrale vieles vollbringt, was drüben der privaten Initiative überlassen ist.

Solche Urteilsurteilen aber gehören doch nicht in repräsentative wissenschaftliche Gutachten —



12./II. 1916

## Italien und Deutschland.

### Italienisches Ein- und Durchfuhrverbot für deutsche Waren.

R. Rom, 11. Februar. Eine heute in Kraft tretende Verfügung des königlichen Statthalters bestimmt unter Bezugnahme auf die am 24. Mai erlassene Verfügung, daß als verboten gelte der Eintritt in das Königreich und die Kolonien zwecks Einfuhr oder Durchfuhr von allen Waren österreichisch-ungarischer Erzeugung oder solchen Ursprungs, aus welchem Lande sie herkommen mögen, sowie daß dieses Verbot und die Bestimmungen der Verfügung vom 24. Mai erstreckt werden auf den Handel zwischen Italien und Deutschland und den Eintritt von Waren deutscher Erzeugung oder deutschen Ursprungs.

Berlin, 11. Februar. (Tel. d. „Fremden-Blatt“.) Der „Lokalanzeiger“ meldet aus Lugano: Das Dekret, welches das Verbot der Ein- und Ausfuhr von österreichisch-ungarischen Waren auch auf alle in Deutschland hergestellten oder aus Deutschland kommenden Waren ausdehnt, bestimmt, daß Waren, die diesem Verbote zuwider in Italien eingeführt werden, der Beschlagnahme verfallen. Ausgenommen sind diejenigen Wareneinheiten, die vor der Veröffentlichung des Dekretes erfolgt sind. Der Finanzminister, für die italienischen Kolonien der Kolonialminister können von Fall zu Fall Ausnahmen gestatten für Wareneinfuhr aus Deutschland und Oesterreich-Ungarn.

„Secolo“ begrüßt das Dekret als einen ersten Akt des Kabinetts Salandra auf dem Wege zur gerechten patriotischen Pflichterfüllung gegenüber Deutschland. Es sei aber nötig, daß das Dekret auch streng durchgeführt werde und daß der Korruption alle Hintertüren verschlossen werden. Namentlich müsse das Ministerium darüber wachen, daß die Waren nicht wie bisher in der Schweiz ihre Nationalität ändern. Dieselbe Strenge sei auch nötig, um die mit Hilfe schweizerischer Agenten erfolgende Ausfuhr italienischer Waren nach Deutschland und Oesterreich-Ungarn zu verhindern.



**Kriegskalender.**

2. Februar: An der Wieselucha südlich von Duchecka Wola wird eine stärkere russische Abteilung aufgerieben. — In Albanien gewinnen unsere Vortruppen das Südufer des Mati-Flusses. — Im Seganatale greift westlich von Roncegno ein italienisches Bataillon mehrmals erfolglos an. — Der türkische Thronfolger begeht wegen schwerer Krankheit Selbstmord. — Musterung in der Schweiz. — Streikunruhen in Lissabon.

3. Februar: Nordöstlich von Dojan scheitert ein gegen unsere Stellungen gerichteter Handstreich. — In Albanien haben unsere Vortruppen die Gegend von Kruja gewonnen. — Am Tolmeiner Brückenkopf erweitern unsere Truppen durch Sappenangriff ihre Stellungen westlich von St. Lucia. — Drei unserer Seeflugzeuge bombardieren Valona; Vintenschiffsleutnant Konjovic rettet bei dieser Gelegenheit zwei abgeschossene Fliegeroffiziere. — Bei Lugano wird über Schweizer Boden ein italienischer Doppeldecker abgeschossen. — Der britische Dampfer „Velle of France“ versenkt.



## Eine Friedensvermittlungskongress.

N. Bern, 10. Februar. Heute fand in Bern eine Versammlung verschiedener National- und Ständeräte sowie von Vertretern und Vertreterinnen verschiedener schweizerischer Organisationen zur Entgegennahme des Referates der beiden Delegierten der Stockholmer Vermittlungskongress, Lohner und Evand, statt. Diese teilten mit, daß es sich darum handle, aus den wichtigsten neutralen Staaten je 5 Delegierte und 5 Ersatzmänner für die Kongress zu gewinnen, die binnen kurzem stattfinden soll und in Permanenz tagen wird.

Die Kongress wird in Verbindung mit Fachgelehrten aus verschiedenen Ländern, auch aus den kriegführenden, die Probleme eines baldigen Friedensschlusses studieren und das Ergebnis den Parlamenten und der Presse bekanntgeben mit dem Ersuchen, sich über die Vorschläge auszusprechen und mitzuteilen, ob man eventuell zu Unterhandlungen bereit wäre, wenn eine feindliche Mächtegruppe sich geneigt zeige, auf einer solchen Basis in Unterhandlungen einzutreten.

Nach Entgegennahme des Berichtes des Generalsekretärs Ford sprach sich die Versammlung einstimmig für die Beteiligung der Schweiz an der Stockholmer Vermittlungskongress aus und wählte ein Komitee mit der Aufgabe, die Bestrebungen in der Schweiz zu unterstützen und die Delegierten für Stockholm zu bezeichnen. An die Spitze dieses Komitees trat Nationalrat Scherrer-Füllmann (St. Gallen).

### Die Tagung in Stockholm.

N. Stockholm, 11. Februar. Die neutrale Friedenskongress begann gestern zu tagen. Der Stockholmer Bürgermeister Lindhagen wurde einstimmig zum Wortführer gewählt. Da die Vertreter aus Norwegen, Dänemark, Holland und der Schweiz noch nicht angekommen sind, gilt die Versammlung vorerst nur als provisorisch. Die Ankunft Fords wird demnächst erwartet.

Grundlage der Verhandlungen soll die Abschaffung der Rüstungen zusammen mit der Einführung einer internationalen Rechtsordnung bilden, welche die Völker und Individuen schützt und ihnen politische, wirtschaftliche und geistige Freiheit verleiht.



## Briand in Rom.

R. Rom, 10. Februar. Ministerpräsident Briand und seine Begleiter machten der Königin und der Königin-Mutter sowie dem Statthalter des Königs ihre Aufwartung. Briand, Bourgeois und Botschafter Barère hatten Besprechungen mit Salandra und Sonnino, Thomas und Pellet mit dem Kriegsminister.

Beim Abendmahl in der Consulta, woran außer den französischen Gästen und den Mitgliedern der Botschaft die Botschafter Rußlands, Englands und Japans, die Gesandten Serbiens und Belgiens sowie einige italienische Minister, Beamte und Offiziere teilnahmen, wedselten Sonnino und Briand Trinksprüche.

### Trinksprüche Sonninos und Briands.

Sonnino sagte: Ich bin erfreut, das Haupt der französischen Regierung, an die uns so viele alte Ueberlieferungen und die erneute Waffenbrüderschaft knüpfen, unter uns zu begrüßen. Die Anwesenheit Eurer Exzellenz ist ein neues Pfand unseres festen Vertrauens in das siegreiche Ende des Kampfes, den die Verbündeten mit der Kraft ihrer unerschütterlichen Einigung für die Sache der Freiheit und der Gerechtigkeit führen. Ich erhebe mein Glas auf das Wohl des Präsidenten der französischen Republik und der verbündeten Herrscher sowie Eurer Exzellenz, Sie willkommen heißend im Namen der italienischen Regierung und Nation.

Briand erwiderte: Im Namen der Regierung der Republik bringen meine Kollegen und ich der königlichen Regierung und ganz Italien den herzlichsten Gruß Frankreichs. Mit größter Bewunderung haben wir Euer edles Land dem Appell seines nationalen Gewissens entsprechen und seinen Platz im Lager der Verbündeten nehmen sehen, um mit ihnen das Recht und die Freiheit zu verteidigen. Unsere beiden Nationen sind gleichermaßen überzeugt, daß der Endsieg aus ihrem festen Willen erstehen wird, alle ihre Hilfsquellen, Energien und lebendigen Kräfte mit ihren Verbündeten gemeinschaftlich zu machen. Gestützt auf diesen unerschütterlichen Glauben, führen unter ihren erneut vereinten Fahnen in enger Verbrüderung von Masse und Waffen Italien und Frankreich den Riesenkampf, in dem neben ihren Schicksalen das Schicksal der Kultur auf dem Spiele steht. Mit diesen Gefühlen erhebe ich das Glas zu Ehren Ihrer Majestäten des Königs und der Königin von Italien und der verbündeten Herrscher und trinke auf das Wohl Eurer Exzellenz und der königlichen Regierung, deren hohen Wert und großherzige Gastlichkeit wir schätzen.



**Berichte der feindlichen Generalstäbe.**

Wien, 11. Februar. Aus dem Kriegs-  
pressequartier wird gemeldet:

**Rußland.**

9. Februar. Auf dem linken Flügel im  
Rigaabschnitt lebhafteres Feuer. An  
mehreren Orten zerstreute unsere Artillerie  
deutsche arbeitende Abteilungen und rief eine  
starke Explosion in den feindlichen Linien in der  
Gegend der Chaussee Baldon (16 Kilometer  
südwestlich Uexküll) hervor. Im Düna-  
abschnitt Livenhof-Bargrad, zwischen  
Jakobstadt und Dinaburg, und bei Dinaburg  
lebhaftes Gewehrfeuer unter Mitwirkung der  
schweren Artillerie, besonders auf beiden  
Seiten der Eisenbahn Poniewiez. In  
Galizien schöß der Feind gegen den Ab-  
schnitt Gladki-Worobijowka (16 Kilometer  
nordwestlich Tarnopol) mit großen Minen.  
Nordwestlich Zaleszczyki besetzten wir  
Uscieczko. Unsere Truppen gingen auf das  
westliche Dnestrufer über. Südwestlich  
Samuszan am Dnestr, flußabwärts  
Zaleszczyki (24 Kilometer östlich), ließ der  
Feind eine Rauchwolke ungeschickt aufsteigen.  
Es entstand eine Explosion in den feindlichen  
Linien, durch die ein Teil der Gräben ver-  
schüttet wurde. Südöstlich Zaleszczyki fiel der  
Prediger Alexander Jaslowezki als Opfer  
seiner Pflicht, als er, ein Kreuz in den Händen,  
Tote und Verwundete an den feindlichen  
Drahthindernissen aufhob.



12. II. 1916

## Der König der Bulgaren beim Armees- oberkommando.

Wien, 12. Februar. Aus dem Kriegs-  
pressequartier wird gemeldet:

Nach der Ankunft im Schlosse nahm der König der Bulgaren die Vorstellung des Gefolges des Feldmarschalls Erzherzog Friedrich entgegen und stattete dann Sr. Hoheit einen Besuch ab.

Bald darauf fuhr der König in der Uniform eines Feldmarschalls unserer Armee mit kleinem Gefolge zum Gebäude des Armeesoberkommandos. Beim Portal vom Chef des Generalstabes empfangen, begab sich der Monarch in die im zweiten Stockwerke untergebrachte Operationsabteilung, zog alle Herren dieses Dienstes ins Gespräch und verweilte dann drei Viertelstunden im Arbeitszimmer des Generalobersten Freiherrn Conrad v. Höhendorf.

Ins Schloß zurückgekehrt, empfing der König den Chef des Generalstabes Freiherrn v. Conrad in längerer Audienz.

Im weiteren Verlaufe des Nachmittags wohnte der König mit dem Feldmarschall Erzherzog Friedrich einer Vorführung von Kriegsfilmen im Kinotheater der Stadt bei, in dem sich die dienstfreien Offiziere und Beamten des Armeesoberkommandos eingefunden hatten. Der König, der mit den Klängen der bulgarischen Nationalhymne empfangen wurde, folgte mit regstem Interesse der Vorstellung, welche in einer Serie von Bildern die Kämpfe unserer Wehrmacht zur See und in den hohen Alpenregionen veranschaulichte und auch sehr interessante Episoden aus dem Balkanfeldzug brachte. Diese Darstellungen — insbesondere jene des vom König selbst geführten ersten Zuges von Niisch nach Sofia, der Monarchenbegegnung in Niisch sowie des Siegeszuges der bulgarischen Armee unter General Todorow — lösten rauschende Ovationen für den verbündeten Herrscher aus, die sich am Schluß der Vorstellung erneuerten. Der König dankte in wärmsten Worten den Veranstaltern der Vorstellung, die seine vollste Zufriedenheit gefunden hatte.

Um 8 Uhr fand im Schlosse eine Abendtafel statt, zu der außer dem Gefolge des Königs und des Feldmarschalls der Chef des Generalstabes Freiherr Conrad v. Höhendorf, der Vertreter des Ministeriums des Aeußern beim Armeesoberkommando, die Herren der deutschen Militärmission sowie die Generale und Abteilungschefs des Armeesoberkommandos zugezogen waren. Der König saß zwischen dem Erzherzog-Hausherrn und dem Generalobersten Freiherrn v. Conrad, der den bulgarischen Generalissimus Tschow zum Nachbar hatte. Zur Linken des Erzherzog-Feldmarschalls hatte Ministerpräsident Doktor Radoslawow Platz genommen. Im Laufe des Mahles wechselten der Erzherzog und sein hoher Gast herzliche Trinksprüche.

Wien, 12. Februar. Aus dem Kriegs-  
pressequartier wird gemeldet:

Der König der Bulgaren hat dem durchlauchtigsten Herrn Armeesoberkommandanten Feldmarschall Erzherzog Friedrich den bulgarischen Orden für Tapferkeit erster Klasse verliehen.

Mit dem gleichen Orden wurde der Chef des Generalstabes Generaloberst Freiherr Conrad v. Höhendorf ausgezeichnet.



12./II. 1916

**Der Besuch König Ferdinands im deutschen  
Hauptquartier.**

Berlin, 11. Februar.

Nach hieher gelangten Nachrichten aus dem Großen Hauptquartier verlief der Besuch des Königs der Bulgaren, der sich heute von Kaiser Wilhelm verabschiedete, außerordentlich befriedigend.



## Kaiser Ferdinand im österreichisch-ungarischen Hauptquartier.

Wien, 11. Februar.

Aus dem Kriegspressequartier wird gemeldet:  
Kaiser Ferdinand der Bulgaren ist heute  
um 2 Uhr 30 Minuten nachmittags im Standorte des  
I. u. I. Armeoberkommandos eingetroffen.

Der Monarch, der vom Ministerpräsidenten  
Dr. Radoslawow, dem Generalissimus Schekow  
und einem zahlreichen Geolge begleitet war, wurde im  
Bahnhof vom Armeoberkommandanten Feldmarschall Erz-  
herzog Friedrich, dem Chef des Generalstabes  
Generalobersten Freiherrn Conrad v. Höpendorf,  
den beim I. u. I. Armeoberkommandanten eingeteilten  
Vertretern des deutschen Heeres und von den Spitzen der  
Lokalbehörden empfangen.

Nach herzlicher Begrüßung und Vorstellung des Ge-  
folges fuhr der Kaiser an der Seite des Erzherzogs ins  
Schloß.

In den festlich geschmückten Straßen hatte eine dicke  
Menschenmenge Ausstellung genommen, die den verbün-  
deten Herrscher mit warmen Rufsen begrüßte.



13./II. 1916.

**Aus der Sozialdemokratie.**

**Wähler gegen Abgeordnete.** In sozialdemokratischen Blättern wird folgende Uebersicht veröffentlicht: Auf seiten der Mehrheit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion stehende Abgeordnete, deren Wahlkreis auf seiten der Minderheit steht, sind: Blos (Braunschweig), Richard Fischer (Berlin II), Pfannkuch (Berlin III) und König (Hagen); ebenso wahrscheinlich Scheidemann (Solingen), Schulz (Erfurt) und Cohen (Greiz).

Auf seiten der Minderheit stehende Abgeordnete, deren Wahlkreis auf seiten der Mehrheit steht, sind: Ed. Bernstein (Breslau), Erdmann (Dortmund), Herzfeld (Rostock), Hofrichter (Köln), Hüttmann (Rassel) und Schwarz (Lübeck); wahrscheinlich ebenso Haase (Königsberg) und Stolle (Zwickau).

Soch (Hanau) gehört zur erweiterten Minderheit, der Wahlkreis schwört auf die Zwanzig.

Zubeil (Teltow-Beeslow) gehört zu den Zwanzig, der Wahlkreis mißbilligt den Disziplinbruch.

Der „Karlsruher Volksfreund“ bemerkt dazu: „Den Abgeordneten zu einer Stellungnahme nach den Wünschen des Wahlkreises gegen seine Ueberzeugung zu zwingen, wurde bisher nicht versucht. Nur gegen die preussischen Landtagsabgeordneten, die zur Mehrheit halten, versucht Groß-Berlin einen solchen Zwang auszuüben, der natürlich ganz unzulässig ist.“



# Die Vereinigten Staaten.

Von  
Georg Münch.

Unseres Reichskanzlers Äußerungen über Wilsons Politik gegenüber Deutschland haben in würdiger Weise zu erkennen gegeben, daß Deutschland bis an die Grenze des Möglichen den amerikanischen Wünschen entgegenkommen zeigt und zeigen wird. Was seitdem von drüben her zu hören war, hat uns bewiesen, daß die Amerikaner für diesen Standpunkt Verständnis haben. Allen Deutschen ohne Ausnahme wäre es in der Tat unverständlich, was die Vereinigten Staaten zur gewaltsamen Herbeiführung eines Konflikts mit Deutschland veranlassen könnte. Die Handelsbeziehungen zwischen uns und der großen amerikanischen Republik sind so eng und vieltalig wie nur denkbar. Unsere Wareneinfuhr dorthin machte im Jahre 1913 mehr als 1700 Millionen M aus. Die Vereinigten Staaten standen seit zwei Jahren an der Spitze unserer Einfuhrstatistik. Wir bezogen von dort rund 15 pCt. unseres gesamten Warenimports. Demgegenüber kaufte die Union von uns im genannten Jahre für rund 700 Millionen Mark Waren, so daß für sie ein Nettouberschuß der Ausfuhr nach Deutschland in Höhe von einer Milliarde Mark verblieb. Mit der Vernichtung Deutschlands, die unsere Feinde anstreben, wäre den Amerikanern danach ein übler Dienst erwiesen. Auch die Anschauung, daß eine Niederlage Deutschlands die Vereinigten Staaten von einem Wettbewerber im Welthandel befreien würde, zumal auf dem südamerikanischen Markt, wäre grundfalsch. Wir unsererseits hatten stets zu bedauern, daß wir in den letzteren nicht mehr, als bisher geschehen, haben eindringen können. Unsere gesamte Ausfuhr nach allen Ländern des südamerikanischen Kontinents machte im Jahre 1913 noch nicht 7 pCt. unserer ganzen Wareneinfuhr aus: Bei der Bedeutung, die jene so importbedürftigen weiten Gebiete im Welthandel einnehmen, im Grunde genommen beschämend wenig! Nein, Deutschland ist wahrlich nirgends ein unangenehmer Konkurrent der Union, wohl aber sind es die Engländer und Franzosen, die, mit Hilfe von großzügigen Finanzgeschäften, in Südamerikas Einfuhr festen Fuß gefaßt haben. Die Ententestaaten kämen also als eine gefährliche Gegnerschaft in kommerzieller Hinsicht für die nordamerikanische Union in Frage. Nun tun die Yankees alles, was sie können, um die durch den Krieg herbeigeführte Störung des europäischen Verkehrs mit Südamerika für ihren Export auszunützen. Aber sie schaden den Briten und Franzosen damit erheblich mehr als uns. Das wäre ein Vorteil, den die Union vom Weltkriege hat. Ein anderer liegt in den bekannten, so viel erörterten Kriegslieferungen an unsere Feinde. Was beides zusammen ausmacht, läßt sich etwa an den folgenden Ziffern ermessen, welche die Gestaltung des Außenhandels der Vereinigten Staaten in den letzten Jahren beleuchten (alles in 1000 Dollar):

	1913	1914	1915
Ausfuhr	2 484 018	2 114 257	3 498 268
Einfuhr	1 792 596	1 789 022	1 774 944
Ausfuhrüberschuß	691 422	325 235	1 723 324

Niemals vorher waren die Ausfuhr und der Ausfuhrüberschuß Amerikas so ungeheuer groß wie 1915. Und doch spiegelt sich darin kein allgemeines Gedeihen des Wirtschaftslebens wider. Was der eine Teil an Kriegsmateriallieferungen nach Europa verdient, büßt der andere an dem Ausfall an Ausfuhr von allerhand Lebensbedürfnissen, die sonst Mitteleuropa dorthin bezog, ein. Insonderheit trifft das für Baumwolle zu. Dazu leiden wichtige gewerbliche Zweige unter dem Mangel deutscher Materialien, wie z. B. an Kali und Farbstoffen. Je länger der europäische Krieg dauert, desto mehr muß sich dieser zwiespältige Charakter der Konjunktur in Amerika äußern. Desto mehr steht aber des weiteren auch zu befürchten, daß die eigentliche Kriegskonjunktur in Amerika abflaut, und zwar deshalb, weil die führenden Ententestaaten sich immer krampfhafter bemühen, ihren Bedarf an Geschossen und Geschützen selbst herzustellen; ja sie müssen es sogar notgedrungen, denn, wie das Fiasko der ersten großen englisch-französischen Anleihe in Amerika gezeigt hat, besteht drüben nicht übermäßig viel Neigung, der Entente Kredit einzuräumen.

Kurzum, auch rein handelspolitische Erwägungen können für Amerika ebensowenig zu dem Ergebnis führen, daß eine Verlängerung des Krieges ein sicheres Geschäft für Amerika sei, wie dazu, daß Deutschlands Vernichtung für Amerika von Vorteil sein müsse. Die Amerikaner haben als große Handelsnation nur ein Interesse, nämlich die baldige Wiederherstellung des Friedens und die Verhütung eines Zusammenbruchs des europäischen Wohlstandes. Daß dies Ziel nicht mittels immer neuer Versorgung der Entente mit Waffen und Munition zu erreichen ist, dafür dümmert in Amerika selbst bereits das Verständnis.

Wäre für Amerikas Stellungnahme zum Weltkriege die Auffassung maßgebend, daß die Zerfleischung Europas schließlich um so sicherer eine handelspolitische Vorherrschaft der Vereinigten Staaten herbeiführen würde, so müßte dies auf eine große Enttäuschung hinauslaufen. Die Vorstellung, daß sich Amerika mühelos als Erbe des alten Europas im Welthandel etablieren könnte, würde auf einer entschiedenen Verkennung der Verhältnisse beruhen. Unsere obige kleine Tabelle gibt bereits in einem wichtigen Punkte einen Anhalt für den finanziellen Nutzen, den die Union aus dem Kriege zieht. Im Jahre 1914 besserte sich ihre Handelsbilanz nicht nur nicht, sondern sie verschlechterte sich sogar um 366 Millionen Doll. Das Jahr 1915 allerdings schuf einen Ausfuhrüberschuß von 1723 Millionen Doll. Kürzt man ihn um den Ausfall, den das Jahr 1914 gegen 1913 brachte, so schrumpft er im Vergleich mit der Friedenszeit jedoch auf noch nicht 700 Mill. Doll. mehr zusammen. 2¼ Milliarden Mark, so groß

diese Summe nun an sich auch sein mag, kann sie doch nicht das Verhältnis der Union zu Europa völlig verschieben. Ja, selbst einige weitere Milliarden Mark könnten es nicht. Die ganze wirtschaftliche Entwicklung Nordamerikas steht dem entgegen. Sie beruhte auf dem beständigen Zufluß europäischer Kapitalien. Ohne Zweifel hat sich Amerika von dieser Unterstützung im letzten Jahrzehnt unabhängiger gemacht. Ganz unabhängig davon ist es indes nicht geworden, und als wenig glaubhaft erscheint heute, daß es nach dem jetzigen Kriege völlig jeder europäischen Unterstützung entbehren könnte.

Gewiß kann es die paar Milliarden, die ihm die Kriegskonjunktur in den Schoß wirft, zur Verringerung seiner Verschuldung an Europa benutzen. Tatsächlich ist dieser Prozeß im Gange, einmal in der Gewährung von Kriegsdarlehen an die Entente, eledann durch Rückkauf amerikanischer Papiere, die bis dahin in europäischem Besitz waren. Bezeichnend genug aber ist es, daß es sich bei jenen Darlehen durchweg um kurzfristige handelt; das größte von ihnen, die 500-Millionen-Dollar-Anleihe an England und Frankreich, läuft auch nur fünf Jahre. Die amerikanischen Bankleute bekundeten so das richtige Gefühl dafür, daß ihr Land noch nicht reif für die Rolle des Geldgebers an Europa ist. Wieviel die von Europa an das Heimatland zurückverkauften amerikanischen Wertpapiere ausmachen mögen, ist zuverlässig nicht zu schätzen. Beziffern wir sie selbst auf ein paar Milliarden Mark, so wäre damit keineswegs bewiesen, daß die Vereinigten Staaten diese Papiere für alle Zeiten behalten wollen. Sie nehmen sie jetzt zurück, weil sie sie, schon dank den ihnen günstigen Wechselkursen, sehr preiswert erstehen können. Was nach dem Kriege sein wird, läßt sich daraus heute nicht mit Gewißheit folgern. Auf der anderen Seite weisen die Bemühungen der Vereinigten Staaten, sich eine große eigene Handelsflotte zu schaffen, und ihre Rüstungspläne bereits dahin den Weg, daß sie sowohl für friedliche wie militärische Zwecke ganz erheblich größere Aufwendungen als vor dem Kriege zu machen haben werden. Das aber wäre mit einer Anspannung der Mittel Amerikas gleichbedeutend. So lange es diese selbst dringend benötigt, kann es nicht der zentrale Geldmarkt der Welt werden.



13./II. 1916.

## Die Vereinigten Staaten.

Zur Ausfüllung solcher Stellung bedarf es eines großen Ueberschusses an freien Kapitalien, mittels deren sich der Kreditverkehr in jeder erdenklichen Form pflegen und an gewisse Mittelpunkte fesseln läßt. Nicht zufällig hat sich London zu solcher Zentrale entwickelt. Und wenn sich nicht gerade der Unkenruf der „Morning Post“, daß das Ende Britanniens, d. h. der Zerfall seines Kolonialreiches, beim Ausbleiben eines Sieges über Deutschland drohe, erfüllt, so wird auch nach dem Kriege London ein Mittelpunkt des Geldverkehrs der Welt sein.

Einer allerdings nur. Denn die finanziellen Methoden Englands standen vom ersten Tage des Krieges gegen uns so sehr im Widerspruch mit dem, was man unter „Treu und Glauben“ im kaufmännischen Verkehr versteht, daß an eine Wiederkehr des alten Vertrauens zur City nicht zu denken ist. Im übrigen wütet England selbst blindlings gegen seine bisherige kommerzielle Vormachtstellung: Die Handelskriegsgedanken für die Zeit nach dem Kriege, die englischerseits allen Ernstes immer wieder entwickelt werden, lassen ein rasches Herabsinken des Handels Englands von seiner überragenden Stellung voraussehen. Wenn es mit Gewalt jede Vermittlung des internationalen Handelsverkehrs von seinen Häfen, seinen Kaufmannskontoren und Bankschaltern abweist, so erleichtert es den kräftigen Wettbewerbern nur die Ausführung der Parole: „Los von London“, die unsere zielbewußte, patriotische Kaufmannschaft in allen ihren Schichten beseelt.

So begegnen sich im Grunde die deutschen und amerikanischen Interessen. In England selbst wächst die Erkenntnis, daß eine Weltherrschaft, sei es auf politischem Gebiete, sei es auf dem des Handels, nicht mehr in unsere Zeiten paßt. Das gigantische Völkerringen, das heute die Erde erschüttert, kann nicht darüber entscheiden, ob an die Stelle der einen Vormacht eine andere tritt. Deutschlands Ziel ist nicht die Errichtung einer Zwingherrschaft über die anderen Nationen, wie sie einst Napoleon I. anstrebte und alsdann England in zähem Ausbau seines Kolonialbesitzes und seiner Flotte tatsächlich schuf. Ganz im Gegenteil kämpft Deutschland, indem es gegen Englands weltumklammernde Macht ringt, für die Freiheit der Meere, an der alle Völker das gleiche Interesse haben. In erster Reihe trifft das für die Vereinigten Staaten zu, denen Englands willkürliche Ausnutzung seiner Seegewalt den Vorgeschmack von dem gibt, was eine Stärkung der britischen Vormachtstellung für den Welthandel bedeuten würde.



13. II. 1916

## Zur Kriegslage.

(Von unserem militärischen Mitarbeiter.)

Ereignisse auf der Westfront. — „Times“-  
Nachricht vom Doiransee. — Albanien,  
Kaukasus und Irak.

11. Februar.

In unserer Westfront haben sich die Erfolge, die wir schon in unserem letzten Bericht zur Kriegslage erwähnen konnten, bei Vimy ganz beträchtlich vermehrt. Südlich der Somme gelang es den Franzosen, durch heftiges Artilleriefeuer unter Auit, einen Graben von 100 Meter Breite in der von uns neueroberten Stellung zurückzugewinnen. Troz Stelgerung des Artilleriefeuers zu größter Festigkeit gelang es den Franzosen nicht, in einem zweiten Angriff weiter vorzukommen. Aber nicht einmal das Wenige, was sie genommen hatten, wurde ihnen von uns vergönnt. Schließliche Infanterie ging am Abend zum Gegenangriff vor und warf die Franzosen aus dem genommenen Grabenstück heraus, das seither wieder fest in unserer Hand ist. Das ist der Erfolg der Franzosen, der in ihren Berichten in seinem ersten Teil übertrieben wiedergegeben, in seinem zweiten Teil, wo also der anfängliche Erfolg verloren war, gänzlich verschwiegen wird. Ist das Ganze auch nur eine taktische Handlung von geringer Bedeutung im Riesenkampfe der Welt, so ist die Art und Weise, wie die französische Oberste Heeresleitung tendenziös berichtet, doch charakteristisch genug.

Die französische Heeresleitung steht mit solchen Berichten auf der gleichen Stufe wie die Presse der Entente, die von Schanzmüßeln am Doiransee zwischen Franzosen und Bulgaren berichtet, nur um die Welt glauben zu machen, daß die Armee von Salonik Offensivabsichten habe. Die „Times“, die diese Nachrichten gebracht hat, geht in ihrer Schlaueit soweit, sogar zu berichten, die Franzosen seien schwächer gewesen und hätten sich mit Erfolg mit zwei Verbänden zurückgezogen. Man glaube natürlich das ganze leichter, wenn ein kleiner eigener Rückzug eingestanden wird. Der Zweck dabei ist, auf Rumänien einzuwirken. Es wird aber schwerlich erreicht sein, denn jeder militärisch Geschulte wird sich sagen, daß solche Geplänkel ohne jede Absicht operativer Offensive, lediglich zum Zweck der Erkundung häufig vorkommen können und daß dies, wenn nördlich von Salonik derartige kleine Gefechte geführt wurden, nichts weiter zu bedeuten braucht.

In Albanien schreiten die Verhältnisse günstig für die dort operierenden österreichisch-ungarischen und bulgarischen Truppen fort. Die Aufgabe Durazzos und die Vereinigung des ganzen Widerstandes der Italiener und der Reste von Montenegrinern, Serben und Eschad-Anhängern in Valona ist die erste Frucht der von uns schon früher erwähnten konzentrischen Operation. An eine feindliche Offensive von Valona aus ist heute weniger zu denken als je. Die Italiener beginnen schon ernste Sorge um ihre Isonzo- und Alpenfront zu haben, wo sie ganz allmählich in die Defensiv zurückfallen und wenn die Nachrichten schweizerischer Blätter richtig sind, im Begriffe sind, in Oberitalien zweite Stellungen auszubauen. Sie beginnen demnach mit einer österreichisch-ungarischen Offensive zu rechnen. Daß sie bei diesem Gedanken nicht gleichzeitig in Albanien größere Operationen führen wollen, ist selbstverständlich.

Auf dem orientalischen Kriegsschauplatz sind die Türken schon seit längerer Zeit in der Umgruppierung ihrer Kräfte begriffen. Ihre Kaukasusfront bedurfte der Verstärkung. Hier haben die Russen mit dem linken Flügel am Wanssee festen Fuß gefaßt, das Zentrum bis nahe an Erzerum herangeschoben und versuchen gegenwärtig, auch ihren rechten Flügel vorzubringen. Nur ein Gegenstoß der Türken kann ihnen das, was sie gewonnen haben, wieder nehmen. Wie weit gegenwärtig allerdings der tiefe Schnee und die eisige Kälte größere Operationen der Türken verhindern, kann von hier nicht mit Sicherheit festgestellt werden. An der Irakfront entwickelt sich die Lage allmählich zur Entscheidung. Auch hier muß beachtet werden, daß der Monat Februar im allgemeinen zu den schlechtesten Monaten des Jahres gehört, wo die ganze Gegend unter Wasser liegt und Operationen sich in größerem Maßstabe nicht bewerkstelligen lassen. Ob die Meldung richtig ist, daß der Tausende von Quadratmetern in dieser Gegend im Winter bedeckende Schlamm in diesem Jahre schon eingetrocknet ist, läßt sich ebenfalls nicht nachprüfen. Sowie die Verhältnisse aber grö-

ßere Bewegungen wieder erlauben, wird englischerseits versucht werden die Vereinigung der drei Gruppen von Bercp Lake, Younghusband und Ahliner herbeizuführen und für die Türken wird es sich darum handeln, soviel Verstärkungen heranzuziehen, daß sie trotz dieser Vereinigung des Feindes in der zu erwartenden Schlacht die Oberhand behalten.

Die feindliche Presse beschäftigt sich auffallend viel mit der Frage, wo wir Deutschen angreifen werden. Unter der Besöhnung, daß diese deutsche Offensive der „letzte Wurf“ des Deutschen Reiches sein werde, haben sie doch anscheinend große Besorgnis. Die Einen beweisen uns haarscharf, daß diese deutsche Offensive nur in Rußland stattfinden kann, während andere versichern, die Deutschen werden auf Galat und Paris marschieren. Natürlich werden wir Deutschen, was wir auch tun mögen, besiegt werden. Wir können uns aber damit trösten, daß wir schon seit Anfang des Krieges auf dem Papier stets besiegt wurden, und wollen an unserem bewährten Grundsatz festhalten, das Papier nicht dazu zu benutzen, Siege zu erringen, sondern nur dazu, errungene Siege zu verzeichnen.

F. C. E.



13. II. 1916

**Berichte der feindlichen Generalstäbe.**

R u s s l a n d.

Wien, 11. Februar. Aus dem Kriegspressequartier wird gemeldet:

10. Februar. Bei Riga lebhafteres Artillerie- und Gewehrfeuer. An verschiedenen Orten wurden deutsche arbeitende Abteilungen durch unser Feuer zerstört. Südwestlich von Schloß Kokenhusen an der Düna, flussabwärts Friedrichstadt (21 Kilometer), wird erfolgreiche Artillerietätigkeit gemeldet. In der Nähe von Jakobstadt beschuß die deutsche Artillerie heftig unsere Stellungen am Pischtern und zwischen Livenhof und dem Fluß Sussei. Im Abschnitt von Düna burg lebhaftes Gewehrfeuer. In der Gegend von Tannenfeld schossen die Deutschen mit runden, grünen Geschossen mit erstickenden Gasen gegen unsere Gräben. In der Gegend des Swentensees verursachten unsere Aufklärer zwei gelungene Explosionen, machten Gefangene und erbeuteten Waffen und Munition. Westlich von Czermern, zwischen Rowno und Luck, bemächtigten sich Abteilungen von uns einer Höhe und schlugen einen sogleich angeetzten Gegenangriff des Feindes zurück.

Südlich von Cebrow (23 Kilometer nordwestlich von Tarnopol) stürmten unsere Truppen mit dem Bajonett eine Höhe, besetzten sie und machten Gefangene vom Infanterieregiment Kaiser. Ein Gegenangriff der Oesterreicher wurde abgewiesen. Unsere Artillerie warf den Gegner aus einem Minenrichter südwestlich Samuszyn (24 Kilometer östlich Zaleszczyki). Auf den Höhen östlich Karancze (12 1/2 Kilometer nordöstlich von Czernowitz) sprengte der Feind einen Minenherd. Die Oesterreicher wollten den Trichter besetzen, wurden aber durch Handgranaten und Gewehrfeuer daran verhindert.

11. Februar. Im Abschnitt Riga zwischen der Chaussee von Mitau und der Düna lebhafteres Artilleriefeuer. Unsere Artillerie zerstörte an verschiedenen Orten feindliche arbeitende Abteilungen. Fünf Werst südöstlich Nerküll beobachteten wir zwei Explosionen in einer feindlichen Batterie. In der Gegend von Ziluzt unterminierten wir ein feindliches Blockhaus und besetzten den Trichter. Ein Teil unserer Regimenter führte in der Gegend südlich Lubcza einen gelungenen Erkundungsauftrag aus und zerstörte eine Brücke, die der Feind über den Njemen zu schlagen begonnen hatte. Bei Czermern (zwischen Rowno und Luck) wiesen wir erneut zwei aufeinanderfolgende Gegenangriffe zurück, die der Feind nach Vorbereitung durch leichte und schwere Artillerie angezettelt hatte. Weiter südlich gelungene Erkundungen unserer Aufklärer. In der Cebrowgegend, 23 Kilometer nordwestlich Tarnopol, versuchte der Gegner die ihm gestern entzogene Höhe zurückzugewinnen. Er setzte daher einen Gegenangriff mit an Zahl überlegenen Kräften und Artilleriemunterstützung an. Wir blieben jedoch im Besitze der Höhe.



13. / II. 1916

### Italienische Gendarmerie auf Korfu Skuludis über die möglichen Folgen dieses Schrittes.

R. Bern, 12. Februar. Der „Bund“ erhält folgende Mitteilung:

Der Gesandte Italiens in Athen teilte dem Ministerpräsidenten Skuludis mit, daß Italien auf Korfu zur Reorganisation der Montenegriener und Serben Gendarmerie auf Korfu landen werde.

Ministerpräsident Skuludis gab in seiner Antwort der großen Verwunderung über diese Maßnahme Ausdruck, da sich keine Montenegriener mehr auf Korfu befinden, und die Mittel der Alliierten ausreichend seien, um die dort befindlichen Serben zu reorganisieren. Die Erregung in Griechenland über diesen Schritt sei derart, daß die Regierung ihre Rechnung tragen und die Verantwortlichkeit für alle Folgen ablehnen müsse, die sich aus Italiens Schritt ergeben könnten. Die Regierung richtete außerdem einen Einspruch an die italienische Regierung.



13. / II. 1916

## Kriegskalender.

4. Februar: In Nordalbanien haben unsere Truppen Aruja besetzt und den Ishmisluf erreicht. — Vor dem Dolmeiner Brückentopf gehen die Italiener auf die Hänge westlich der Straße Ciginj—Selo zurück. Das Schloß Duino wird durch mehrere italienische Granaten zerstört. Eine L. u. L. Kreuzergruppe beschießt mit gutem Erfolge die Bahnhöfe von Ortona und San Vito und zerstört die Eisenbahnbrücke über den Fluß Ariello nördlich Ortona. — Ein deutsches U-Boot versenkt in der Themsemündung mehrere Fahrzeuge. — Das deutsche Marineluftschiff „L 19“ geht an der englischen Küste nieder, die Besatzung des englischen Fischdampfers „King Stephen“ weigert sich, die verunglückte Luftschiffmannschaft zu retten. — Rede Salandras in Genua. — Brand im kanadischen Parlament. — Großfürst Georg in Tokio.

5. Februar: Deutsche Luftschiffe bombardieren die Befestigungen von Dünaburg. — Südlich des Kanals von La Vasse wird ein englischer Angriff abgewiesen; deutsche Artillerie beschießt ausgiebig die feindlichen Stellungen auf der Vogesenfront zwischen Diedolshausen und Sulzern. — Botschafter Bernstorff überreicht dem Staatssekretär Lanjing neue Mitteilungen über den „Lusitania“-Fall.



13. II. 1916

## Die deutsche Kriegführung zur See.

Eine Verwahrung der deutschen Regierung  
gegen die Staatshaushaltskommission.

B. Berlin, 12. Februar. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt: Zu dem heute veröffentlichten Beschluß der Staatshaushaltskommission des Hauses der Abgeordneten über die Verhandlungen mit Amerika und über die Führung des Krieges zur See haben wir folgendes zu bemerken:

Es ist erklärlich, daß die Kommission das Bedürfnis empfindet, in so ernster Zeit alle die Deutschland bewegenden Fragen des Krieges und der auswärtigen Politik in ihrem

Schoße vertraulich zu erörtern. Die gegen den ausdrücklichen Einspruch des Vertreters der königlichen Staatsregierung beschlossene Veröffentlichung indessen wird und muß den Eindruck erwecken, als wolle die Kommission eine Einwirkung auf die Fragen der auswärtigen Politik und der Anwendung bestimmter Kriegsmittel ausüben. Diese Veröffentlichung zwingt uns festzustellen:

Die Leitung der auswärtigen Politik und der Kriegführung ist ein ausschließliches verfassungsmäßiges Recht des deutschen Kaisers. Während die oberste Secretärsleitung parlamentarischen Einflüssen überhaupt nicht unterliegen kann, gehört die parlamentarische Behandlung auswärtiger Fragen vor das Forum des Reichstages. Der Reichskanzler, der heute früh aus dem Großen Hauptquartier zurückgekehrt ist, wird, wie wir hören, in seiner Antwort an den Präsidenten des Abgeordnetenhauses diesen Standpunkt zur Geltung bringen.



## Briand in Rom.

### Trinksprüche Briands und Salandras.

R. Rom, 12. Februar. Anlässlich der Anwesenheit des Ministerpräsidenten Briand fand gestern auf der französischen Botschaft eine Tafel statt. Ministerpräsident Briand brachte folgenden Trinkspruch aus:

„Ich bin besonders glücklich, den Leiter und die Mitglieder der königlichen Regierung in diesem Hause Frankreichs empfangen zu können, in dem so oft die Interessengemeinschaft und die Brüderlichkeit unserer beiden Völker bekräftigt wurden. Ich beglückwünsche mich ebenso wie meine Kollegen zu der Gelegenheit, die uns die gegenwärtigen schweren Zeiten bieten, mit Ihnen unsere Ansichten auszutauschen und unsere Entscheidungen in Uebereinstimmung miteinander zu bringen, um auf allen Gebieten unseren gemeinsamen Anstrengungen volle Wirksamkeit zu verleihen. Durch die Verbindung, die mit jedem Tage enger wird, wird die

Mannigfaltigkeit unserer militärischen Unternehmungen und unser wirtschaftlicher Kampf gegen die Feinde in allen Stadien zur Einheit des Handelns, die die sichere Bürgschaft des Sieges ist.

Ich erhebe mein Glas auf das Wohl des Königs-paars von Italien, der Königin-Mutter und der Mitglieder der königlichen Familie und bitte Eure Excellenzen, für sich selbst und die Mitglieder der Regierung den Ausdruck der Wünsche entgegenzunehmen, die uns für die Größe Italiens und den Ruhm seiner tapferen Armee befehlen.“

Ministerpräsident Salandra erwiderte darauf folgendermaßen:

„Mit lebhafter Genugtuung wiederhole ich mit Ihnen die Versicherung, daß der seit gestern mit Eurer Excellenz und den hervorragenden Persönlichkeiten Ihrer Begleitung gepflogene Gedankenaustausch nicht verfehlt, uns dem wesentlichen Ziele, die unumgänglich notwendige Einigkeit im Vorgehen der alliierten Regierungen zu erreichen, immer näher zu bringen. Unsere Aufgabe wird insbesondere durch die Tatsache erleichtert, daß der freundschaftliche Geist in den Beziehungen zwischen unseren beiden Ländern obwaltet, die, indem sie unter den schwierigen Verhältnissen die Bande der ruhmreichen Rasse befestigten, zu allen Opfern bereit sind und ihre Anstrengungen auf dem Wege vereinigen, der sie zum Siege führt.“

Ministerpräsident Salandra trank auf das Wohl des Präsidenten Poincaré, des Ministerpräsidenten Briand und seiner Begleiter sowie auf die Größe Frankreichs und den Ruhm seiner Armee.

### Empfang auf dem Kapitol.

R. Rom, 12. Februar. Ministerpräsident Briand und die übrigen Mitglieder der französischen Mission wurden in Anwesenheit der Senatoren und der Deputierten sowie der Spitzen der Militär- und Zivilbehörden auf dem Kapitol feierlich empfangen. Hieran schloß sich eine Tafel, bei der Ministerpräsident Briand und der Bürgermeister von Rom, Fürst Colonna, Ansprachen wechselten.

Abends fand vor der französischen Botschaft auf Veranlassung des interventionistischen Komitees eine Massenkundgebung statt.

### Weitere Ansprachen Briands.

R. Lugano, 12. Februar. Ministerpräsident Briand hielt noch eine Reihe anderer Reden. In Erwiderung auf den Willkommgruß, den der Bürgermeister von Rom Fürst Colonna unter Phrasen wie Brüderschaft, gemeinsamer Kampf für Gerechtigkeit, die lateinische Kultur und den unausbleiblichen Sieg entbot, gebrauchte Briand die gleichen Redewendungen mit angemessenen Zutaten über die Ueberlieferungen Roms, des Kapitols und der Familie Colonna und sagte: Seien Sie überzeugt, daß unser Siegesglaube dem Ihrigen gleich. Der Sieg erscheint uns bereits als die sichere Krönung unserer solidarischen Anstrengungen und die endgiltige Weihe der harmonischen Vereinigung unserer beiden Vaterländer.

Eine weitere Ansprache hielt Briand an die Vertreter der Organisationen der italienischen Presse, deren Wortführer, Dep. Torre, auseinandergesetzt hatte, daß Italien und Frankreich für die Völkerfreiheit, für ein neues, wahres Gleichgewicht der Nationalitäten und die Erneuerung der europäischen Kultur kämpfen und daß die italienische Presse Großes geleistet habe in der Revolutionierung des Volksgewissens und in der Stärkung der Regierung. Daher verlange die Presse, daß die Regierungen auf dem diplomatischen und dem militärischen Felde den Sieg sichern, den sie selbst unablässig moralisch vorbereitet habe.

Briand erwiderte, auch er sei Journalist und wisse, was er an der italienischen Presse habe. Niemand in Frankreich habe freilich daran gezweifelt, daß die politische und militärische Orientierung Italiens so sein werde wie sie erfolgte. Frankreich werde nie vergessen, daß in dieser wahrhaft tragischen Stunde, welche Europa umgestalte und die Freiheit der Völker aufs Spiel setze, Italien an die Seite der lateinischen Schwester getreten sei. Der Kampf sei zweifellos rauh, aber der Sieg sicher, weil ihn die Verbündeten erlangen wollen. Allerdings sei der Feind gut plaziert und könne in seiner zentralen Stellung äußerst leicht von einem Punkte seiner Fronten zum andern seine Kräfte verschieben, aber dieser Vorteil werde zu nichts werden, wenn die Verbündeten gleichzeitig mit absoluter Solidarität handeln und die Auffassung von einer einzigen Front, einem einzigen Kriege annehmen werden. Er sei überzeugt von der Notwendigkeit, daß das Einvernehmen der Verbündeten immer energievoller, tatkräftiger und dauerhafter werde. Um den Sieg zu erlangen, gebe es nur ein Mittel, nämlich enge Eintracht und unlösliche Gemeinschaft nicht bloß in den Entschlüssen, sondern auch in ihrer Durchführung. Eben diese Eintracht muß verwirklicht werden, ja sie ist bereits Tatsache und Wirklichkeit.

Eine dritte Rede hielt Briand vor republikanischen, freimaurerischen und irredentistischen Demonstranten, die mit Fahnen von Rovereto, Riva, Trient, Triest, Friaun und Dalmatien vor der Piazza Colonna über die Piazza Venezia unter Gebrüll „Nieder mit Oesterreich“, „Hoch die Armee“ und unter Abfingung der Oberdanlshymne und anderer italienischer und französischer Gesänge vor den französischen Botschaftspalast gezogen waren, wo ein Diner die französischen Gäste mit den italienischen Ministern vereinigte. Briand entbot vom Balkon im Namen Frankreichs den Quiriten seinen Gruß und versicherte ihnen, daß er niemals an ihrer Anhänglichkeit an die französische Sache gezweifelt habe. Der Ministerpräsident erinnerte an die Soldaten, die kämpfend sterben für den Endsieg, der zur Befreiung der Welt führen müsse.

Einer Abordnung der Demonstranten gegenüber, die ihre alte Gesinnungstüchtigkeit für Frankreich und gegen die Barbarenhorden betonte, sprach Briand noch sein Wohlgefallen an der Demonstration aus, die den sichtbarsten Beweis der Solidarität Italiens mit den verschwisterten Frankreich bilde. Gleich den Demonstranten sei auch er des Endsieges sicher.

### Besprechung mit Kardinal Mercier.

R. Rom, 12. Februar. Ministerpräsident Briand hatte auch eine Unterredung mit dem belgischen Kardinal Mercier.



## Aus der Sozialdemokratie.

**Eine Entscheidung der Breslauer Sozialdemokratie.**

Die beiden sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten für Breslau haben bei der Entscheidung über die Kriegskredite am 21. Dezember gegeneinander gestimmt: Bauer (Breslau-Ost) für, Eduard Bernstein (Breslau-West) gegen die Kredite. Am Sonntag hat nun der sozialdemokratische Verein in Breslau nach fünfstündiger Aussprache eine längere Resolution gegen die Kriegskreditverweigerer im Reichstag mit 400 gegen 10 Stimmen angenommen. Von den beiden Breslauer Reichstagsabgeordneten war Abg. Bauer-Berlin erschienen. Der erkrankte Abg. Eduard Bernstein hatte, wie uns aus Breslau gedrahlet wird, schriftlich um Verschiebung der Aussprache vergeblich ersucht.

**„Die Reichszentrale der Parteierzähler.“** Unter dieser Ueberschrift weist die sozialdemokratische „Chemnitzer Volksstimme“ auf eine Mitteilung des „Vorwärts“ hin, wonach die Polizei in Stuttgart von der Abhaltung einer nicht angemeldeten Vertrauensmännerversammlung Kenntnis erhielt „durch Beschlagnahme eines Briefes in Duisburg, in dem eine in der Sitzung gefasste Resolution enthalten war“. — Das sozialdemokratische „Bochumer Volksbl.“ sagt dazu: „Da ist endlich das eigene Eingeständnis der Parteierzähler von ihrer Zentralisation über das ganze Reich. Es ist uns seit längerer Zeit bekannt, daß Duisburg der Mittelpunkt der auf die Parteispaltung hinarbeitenden Elemente ist. Von dort ist auch der Plan der Reichskonferenz der Minderheit ausgegangen, der aber wieder fallen gelassen zu sein scheint. Die offizielle Parteiorganisation des Niederrhein hat natürlich mit diesen Geschichten nichts zu tun, aber wir glauben, daß ihr so viel davon bekannt geworden ist, daß sie in der Lage wäre, dem gefährlichen Treiben einen Riegel vorzuschieben. In dieses Wespennest mit fester Hand einzugreifen, läge im wohlverstandenen Interesse der Partei. Das Bestehen der Zentrale über das ganze Reich kann nun nicht mehr bestritten werden. Was interessierte es wohl Parteigenossen in Duisburg, was ein paar Crispinianer in Stuttgart in einer Sitzung beschlossen haben! Ein solches Interesse ist nur vorhanden beim Bestehen einer gemeinsamen Organisation, die planmäßig handeln soll, sich aber nicht durch öffentliche Bekanntmachungen verständigen kann.“ — Auch der „Chemn. Volksst.“ ist es bekannt, „daß die extreme Richtung der Minderheit (Gruppe Liebknecht-Nöldeke-Borchardt-Nadel) eine besondere Parteiorganisation bereits besitzt und planmäßig daran arbeitet, sie auf Kosten der sozialdemokratischen Parteiorganisation zu stärken“.

**Wolff Hoffmann gegen Hänisch.** Der sozialdemokratische Landtagsabg. Hänisch hat, wie wir berichtet haben, vor kurzem in einer Uebersicht der Bestrebungen zur Vergewaltigung der Minderheit in der sozialdemokratischen Landtagsfraktion durch die Fraktionsmehrheit im „Hamburger Echo“ geschrieben, sein Fraktionskollege Wolff Hoffmann habe mit der ihm auszeichnenden schönen Offenheit zugegeben, ihm — Hänisch — sei die Rede zum Kultusetat nicht wieder übertragen worden wegen seiner durchaus „nationalistischen“ Rede vom vorigen Jahr. Diese Darstellung ist, wie jetzt Abg. Wolff Hoffmann dem „Hamb. Echo“ schreibt, völlig unrichtig. In einem Privatgespräch im Wandelgang des Abgeordnetenhauses — schreibt Hoffmann — fragte mich Hänisch, was ich eigentlich persönlich gegen ihn hätte, und auf meine Antwort: „Nicht das Geringste, wenn ich auch sehr bedauere, mich politisch in Dir vollständig getäuscht zu haben.“ erwiderte er: „Ich halte heute noch meine vorjährige Kultusrede für die beste Rede, die ich je gehalten habe.“ Darauf gab ich ihm die Antwort: „Dann bist Du völlig unklar, denn die Rede war keine sozialdemokratische, sondern eine nationalliberale.“ Hier blieb er erstaunt stehen und fragte: „Nationalliberale sagst Du?“ Ich: „Ja — ich will aber damit die Nationalliberalen nicht diskreditieren.“ Aus der Entgegnung des Gen. Hänisch geht also hervor, daß er das Wort „nationalliberal“ bewußt in „nationalistisch“ umgeändert hat.



14. II. 1916

## Der Vormarsch in Albanien.

L. v. B. Wien, 13. Febr. (Priv.-Tel. Zens. Freist.) Unsere in Nordalbanien vorrückenden Streitkräfte stehen nur mehr wenige Kilometer vor Durazzo. Die Kräfteverteilung des Feindes im Raume Durazzo - Tirana - Valona ist stark beeinflusst durch die Küste. Sie ist die einzig mögliche Basis für Nachschub, Verbindung und Rückzug und ermöglicht das Eingreifen von Kriegsschiffen in den Landkampf. Die günstigsten Verteidigungsabschnitte und die besten Wege landeinwärts der Küste weisen vornehmlich eine westöstliche Richtung auf, während unsere Kolonnen an dem in der Nord-Süd-Richtung 130 Kilometer langen und 50 Kilometer breiten Operationsraum gegen die nördliche Schmal- und östliche Längsseite anscheinend gleichzeitig angreifen. Die unseren Truppen entgegenstehenden feindlichen Abteilungen wurden in der Richtung auf Durazzo und östlich davon zurückgeworfen, andere unserer Kolonnen der Armee von Koevek besetzten am 9. d. M. Tirana und die Höhen zwischen Preza und Bazar Sjal an der Straße von Tirana nach Durazzo. Die Höhen sind ein bewaldeter, ungefähr 200 bis 300 Meter hoher Ausläufer des nordalbanischen Berglandes. Die Entfernung von Tirana nach Durazzo beträgt 35 Kilometer, von dem Straßentnie bei Baljas nach Durazzo 20 Kilometer. Bei Bazar Sjal wird die Straße vom Arzenfluß gekreuzt und wird zwischen Bazar Sjal und Baljas von den Höhen der Mali Kuezoł umsäumt. Italienische Truppen stellten sich unseren vordringenden Kolonnen entgegen und versuchten die von ihnen gewonnenen Höhenstellungen westlich von Tirana in Besitz zu nehmen, ein Bemühen, das kläglich scheiterte.

Im russischen Hauptquartier finden große Beratungen statt, die auf Ereignisse an der bessarabischen Front schließen lassen. Hierin wird man bestärkt durch die immer wieder vor unsere Front auftauchenden Erkundungsabteilungen, welche den russischen Kommandanten Aufklärungen über unsere Stellungen und unsere Stärke bringen sollen. Sobald sich diese Vorposten in unsere Nähe wagen, werden sie von unseren Truppen mit blutigen Köpfen zurückgeschickt. Für die Vorbereitung kommender Ereignisse gilt auch als Symptom die seit einigen Tagen erhöhte Artillerietätigkeit.



14. 10. 1916

**Erstes Treffen mit den Italienern**

(Drahtbericht von unserm Kriegskorrespondenten bei der österreichisch-ungarischen Armee.)

E. L. Kriegspressequartier, 12. d. Nachdem die Anhänger Essad Paschas dem Vordringen der österreichisch-ungarischen Truppen in Albanien bisher keine erheblichen Schwierigkeiten bereitet, haben sich italienische Verbände der Armee des Generals Batazzi zu energischem Widerstand aufgerafft. Auf den die Straßen Tirana-Durazzo beherrschenden Höhen ist es zum ersten Zusammentreffen auf albanischem Boden gekommen. Die Italiener versuchten den Besitz der Höhen durch einen Angriff streitig zu machen, mußten aber weichen.

Die nächsten Tage müssen lehren, ob von Balona aus größere italienische Verbände zur Unterstützung der Verteidiger von Durazzo detachiert wurden, oder ob General Batazzi doch alle seine Kräfte bei Balona konzentrieren wird.

Oesterreichisch-ungarische amtliche Meldungen

Wien, 12. d. (W. A. B.) Amtlich wird verlautbart: Westlich von Tirana versuchten italienische Kräfte sich der von uns genommenen Höhenstellungen zu bemächtigen. Unsere Truppen schlugen alle Angriffe zurück.

(gez.) v. Höfer.

Wien, 13. d. (W. A. B.) Amtlich wird verlautbart: Es ist nichts Besonderes vorgelassen.

(gez.) Höfer.



14. / II. 1916

## Berichte der feindlichen Generalstäbe.

## Rußland.

12. Februar. Im Abschnitte von Riga beschossen die Deutschen unsere Schützengräben an der Düna mit schweren Minen. In der Stellung bei Dünaburg dauerte der Kampf um den Besitz eines Trichters, der durch die Explosion unserer Minen entstanden war, den ganzen Tag an und endete zu unseren Gunsten. Nach einem lebhaften Feuerkampf besetzten wir das Dorf Garbunowka (6 Kilometer südlich von Illust). In der Nähe des Swentensees heftiger Kampf mit Bomben. Bei Czernyyn zwischen Rowno und Luck machte der Feind von Zeit zu Zeit einen Ueberfall auf die von uns besetzte Höhe. In Galizien bemühte sich der Feind, uns bei Cebrow (23 Kilometer westlich von Tarnopol) aus der Höhenstellung, die wir besetzt hatten, hinauszumwerfen. Unter sehr großen Verlusten glückte es ihm. Jedoch eines unserer alten ruhmvollen Regimenter vertrieb ihn sogleich durch einen kühnen Gegenangriff von der Höhe. Bei dieser Höhe gemachte Gefangene bestätigten, daß unsere Artillerie dem Feinde sehr schwere Verluste zufügte. In der Nacht vom 11. auf den 12. d. versuchte der Feind, die Höhe bei Cebrow wieder zu nehmen; er machte drei verzweifelte Gegenangriffe, die sämtlich unter sehr schweren Verlusten für den Feind zurückgeschlagen wurden.

Aus dem Kriegspressequartier wird gemeldet: Die Länge und Detailliertheit der amtlichen russischen Tagesberichte steigt neuestens gerade im umgekehrten Verhältnis zu den tatsächlichen Ereignissen. Am 9. Februar wurde gemeldet: Nordwestlich Jaleczyn besetzten wir Uscieczko. Unsere Truppen gingen auf das westliche Dnjestrufer über. Es muß festgestellt werden, daß unsere Situation am Dnestr und bei Uscieczko unverändert ist. Oesterreichisch-ungarische Patrouillen in Uscieczko sind wohl zeitweilig genötigt gewesen, vor stärkeren feindlichen Abteilungen zurückzugehen — am heutigen Tage befinden sie sich jedoch sicher in dem Orte selbst. In den letzten Tagen hatten unsere Patrouillen nördlich des Dnestrlaufes bei allen Zusammenstößen mit dem Feind immer die Oberhand. Daß russische Truppen auf das westliche Dnjestrufer übergegangen sind, ist unrichtig. Auf dem rechten Ufer dieses Flusses befinden sich weder russische Patrouillen noch sonstige russische Truppenabteilungen.



## Te salutant redemptorem.

Antike Erinnerungen zur Römischen Kaiserrede.  
Von Dr. Engelbert Krebs (Freiburg i. Br.).

In Nr. 136 brachte die Kölnische Zeitung unter „Kunst, Wissenschaft und Leben“ eine Notiz mit der Überschrift „Ein bißchen Latein“. Darin ist das läppische Geschwätz eines Oxforder Gelehrten der verdienten Verachtung preisgegeben, der sich nicht entblödet hat, die berühmte englische Hochschule in so ernster Zeit wissenschaftlich derart bloßzustellen, daß man bedauert, ihn als „Philologus“ zeichnen zu sehen. Wenn er „victor et gloriose“ auf Grund seines Wortschatzes nur übersehen kann mit „siegreich und prahlerisch“, dann hätte er lieber seine Glossen zur Römischen Kaiserrede ungedruckt lassen sollen. Nein, was die Rede des bulgarischen Zaren an Interessantem für den Philologen enthielt, war ganz was anderes, und es hat mich, ehrlich gestanden, sehr gewundert, daß mir bis jetzt keine Zeitung unter die Augen gekommen ist, in welcher auf dieses interessante Stück der Rede hingewiesen worden ist. Der Zar hat, plötzlich die deutsche Sprache verlassend, seine Rede mit den lateinischen Worten ausklingen lassen: „Ave Imperator, Caesar et rex, victor et gloriose, ex Naissu antiqua omnes orientis populi te salutant redemptorem, ferentem oppressis prosperitatem atque salutem“.

Als ich diese Zeilen zum ersten Male las, tauchten vor meinen Augen uralte orientalische Prophezeiungen auf, Heilands- und Erlösungshoffnungen, die von Jahrhundert zu Jahrhundert weitergegeben wurden, bis die Völker sie in den Diadochenkönigen der hellenistischen Zeit und — nach vielen Enttäuschungen — in den siegesgewohnten Feldherrn, Imperatoren und Cäsaren des gewaltigen Römerreiches erfüllt glauben mußten. Und ich sagte mir: Der gelehrte Bulgarenzar schlägt hier Töne an, wie sie seit den Tagen des Pompeius, Cäsar und Augustus nicht mehr erklingen sind. Er schlägt sie an in der festen Zuversicht, daß das gelehrte Abendland sie zu verstehen und aus ihnen zu erkennen vermag, für wie bedeutungsvoll der Orient diesen Besuch des Kaisers aus dem Abendland erachtet. Aber es scheint wirklich, daß die merkwürdigen Worte des Zaren Ferdinand für die weitere Öffentlichkeit unverstanden geblieben sind. So möge dem hier ein Weniges von dem mitgeteilt sein, woran der gewaltige Redeschluß ohne Zweifel hat erinnern wollen.

Es sagte eben, daß uralte Prophezeiungen des Orients erhalten sind, aus denen hervorgeht, wie diese Völker „Glück und Heil“ (vergl. des Zaren Worte: prosperitatem et salutem) von kommenden mächtigen Fürsten und Herren erwarteten. Näheres hierüber enthalten die Arbeiten von Hans Lietzmann, „Der Weltheiland“ (eine Benaer Rosenwortlesung, Bonn 1909) und F. Kamper, „Alexander der Große und die Idee des Weltimperiums in Prophetie und Sage“ (Studien und Darstellungen von H. Grauert I 1901). Diese Prophezeiungen hatten zur Folge, daß in der nachalexandrinischen Zeit die Könige von Syrien, Ägypten, Nordwestindien und Bactrien auf Denkmälern und Münzen den Ehrennamen Soter, d. i. Heiland oder Erlöser sich beilegen ließen. (Vgl. F. Doelger, Ichthys I Rom-Freiburg 1910, S. 389, Hof. Dahlmann, Die Thomaslegende, Freiburg 1912, S. 38 und 44, E. Krebs, Heiland und Erlösung, Freiburg 1914, S. 142, wofelbst weit-

literaturverweise.) Und nun kam die Zeit, wo die Meister der Feldherrnkunst aus dem Abendland zuerst in den Gesichtskreis der Orientalen traten. Im Jahre 62 v. Chr. Geburt feiert die Stadt Mytilene in einer bei Dittenberger (Sylloge inscript. graec. I n. 259—261) abgedruckten Inschriftfolge den Imperator Pompeius, sowie dessen Freunde, Theophanes und Lesbonax, als „Wohltäter, Heilande“ (griechisch Soter, lateinisch Redemptor!) und Schöpfer der Stadt“. Ein Volksbeschluß der Welthandelsstadt Ephesus erklärte in einer (ebenda n. 269 abgedruckten) Inschrift den Imperator Gaius Julius Caesar zum „Gott auf Erden und allgemeinen Heiland für das Menschenleben“. Aber wenn bei den Diadochen-Königen einfach der Hoffstil, bei Pompeius und Caesar sicherlich die Bewunderung, verbunden mit verfrühten Hoffnungen die Ehrentitel diktiert hatten, so war es wohlberechtigte Dankbarkeit, welche im Jahre 9 vor Christi Geburt die Städte Kleinasiens veranlaßte, den Augustus mit ähnlichen Lobpreisungen zu begrüßen. Der zweite Cäsar erschien den Verfassern des Ehrendenkmals als ein „Geschenk der Vorsehung, die über dem Leben waltet“, und er wird gefeiert als einer, der vom Himmel „zum Wohl der Menschheit mit Kraft erfüllt“ und „den Lebenden und ihren Nachkommen als Heiland gesandt“ ist. (Der Text bei Dittenberger, Orientis inscriptiones II. n. 458). Wenige Jahre später nennt eine Inschrift von Halikarnass denselben August den „Wahrgott und Heiland des ganzen Menschengeschlechtes“ (Ancient Greek inscriptions in the British Museum n. 894). Die Heilandsidee, einmal auf den römischen Weltbeherrscher angewandt, wuchs schnell mit dem Kaisertum zusammen, und die Titel „Heiland des ganzen Menschengeschlechtes“ und „Heiland der Welt“ weichen nicht mehr aus der Reihe der kaiserlichen Ehrennamen, bis das Kaisertum selbst sich dem wahren Heiland beugte (Krebs, Das religionsgeschichtliche Problem des Urchristentums, Münster 1913, S. 56).

Die Völker des Ostens haben seit den blendenden und innerlich doch so schlimmen Zeiten des westlichen Römerreichs nichts wahrhaft weltgeschichtlich Großes mehr vom Abendland her kommen sehen. Die Kreuzzüge vermochten nicht, im Orient eine neue Zeit heraufzuführen. In unsern Tagen aber, da der Zweikaiserbund des Westens den kriegstüchtigsten Völkern des Orients die Hand gereicht hat zu einem unerhörten Siegeszug, da ahnt der Orient, daß wirklich eine neue Zeit für ihn beginnt. Und der Sprecher dieses Volkes des Ostens, Zar Ferdinand, sagte die Kaiserreise des abendländischen Verbündeten als „Erscheinung“ des Herrn der Welt von allen Städten, die er besuchte, mit Jubel begrüßt und als der Bringer des Glücks und Heils gefeiert wurde. Und rückgreifend auf jene uralten Formeln, nur unter Vermeidung ihrer den heidnischen Kaiser vergötternden Beiworte, grüßte er den hehren Gast in antiker Sprache mit den Worten: Ave Imperator, Caesar et Augustus, victor et gloriose, omnes orientis populi te salutant redemptorem, ferentem oppressis prosperitatem atque salutem. Der Gefeierte aber, als christlicher Kaiser, neigte mit „Gesüßten heißen Dankes gegen den Allmächtigen“ sein Haupt vor Gott, und zeigte durch seine Antwortrede, daß er sein Heilswerk nur mit Gottes gnädiger Hilfe“ zu vollbringen gedenkt.



15. II. 1916

**Der Vormarsch auf Valona.**

(Von unserem militärischen Mitarbeiter.)

Die konzentrischen Operationen in Albanien gehen in den letzten Tagen in beschleunigtem Tempo vor sich. Die österreichisch-ungarische Nordgruppe hatte schon am 9. ds. Mts. Tirana erreicht. Nach Gefechten mit den am Arzon stehenden Feind, offenbar einer Nachhut von Kräften, die in südlicher Richtung abzogen, gewannen die Oesterreicher das Südufer des Flüsschens am 13. ds. Mts. Die bulgarische Operationsgruppe geht geteilt vor. Ein Teil hat Elbassan erreicht und wirkt von hier flankierend auf den Gegner der österreichisch-ungarischen Tirana-Gruppe. Ein Teil ist über Berat in direktem und bemerkenswert raschem Vorgehen auf Valona geblieben und hat Fieri besetzt. Damit stehen die Bulgaren hier auf einen Tagesmarsch vor der schmalen und empfindlichen italienischen Operationsbasis. Den Italienern bleibt nur mehr ganz kurze Zeit für ihren entscheidenden Entschluß. Dieser Entschluß kann darin bestehen, den Angriff der Bulgaren in Valona oder im nächsten Vorgelände von Valona unter denkbar ungünstigen strategischen Verhältnissen zu erwarten oder aber in der kurzen Spanne Zeit, die sie noch von der taktischen Berührung mit den Bulgaren trennt, die gelandeten Truppen wieder abzutransportieren. Haben sie den Entschluß gefaßt, den Angriff anzunehmen, so ist es nicht unmöglich, daß sie noch in letzter Minute durch einen taktischen Vorstoß den Aufmarsch der Bulgaren vor Valona aufzuhalten versuchen. In erster Linie wird allerdings dieser Entschluß davon abhängen, wie das Verhältnis der beiderseitigen Kräfte sich darstellt, und ob etwa zur Entlastung der vom Arzon nach Süden ausgewichenen und anscheinend von Valona abgeschnittenen Kräften ein solcher Vorstoß sich als dringend notwendig erweist.

F. C. E.

**Salonik, Valona und Rumänien.**

■ Budapest, 14. Febr. (Priv.-Tel., zens. Fests.). Der Bukarester „Steagul“ betont, daß die Entscheidung des Schicksals der Städte Valona und Salonik weit mehr politische als strategische Bedeutung habe. Der Fall Valonas würde die Empörung der öffentlichen Meinung Italiens und wahrscheinlich den Sturz des Kabinetts Salandra, der Verlust Saloniks eine Kabinettskrise in Frankreich herbeiführen, für Rumänien habe Salonik besonderes Interesse, weil sich dort alle Hoffnungen jener konzentrieren, die Rumänien um jeden Preis im Interesse der Entente in den Krieg hineinzerrren wollen. Bisher sei noch nichts geschehen. Solange diese Situation anhält, könne die Regierung ihre Rolle frisch weiterspielen, und die Entente insgeheim unter der Maske der Neutralität unterstützen. Wenn jedoch die Salonik-Aktion für die Entente ungünstig ende, werde die Regierung sich sofort entscheiden müssen. Rumänien könne nicht so wie jetzt ohne jeden Freund bleiben.

**Bulgarien und Griechenland.**

△ London, 14. Febr. (Priv.-Tel., indir., zens. Fests.). Die „Times“ meldet aus Bukarest: Wie das „Journal des Balkans“ berichtet, hat die bulgarische Regierung vor kurzem auf Vorschlag der deutschen die griechische Regierung ersucht, ihre Haltung gegen Bulgarien festzulegen. In der letzten Woche hatte der griechische Gesandte in Sofia wegen dieses Ersuchens eine Unterredung mit Radoslawow, wobei der erste Sekretär der deutschen Gesandtschaft zugegen war. Im Laufe des Gesprächs, das länger als eine Stunde dauerte, soll, wie glaubwürdige Personen mitteilen, Griechenland erklärt haben, es werde seine Neutralität aufrechterhalten, selbst im Falle eines Angriffes der Bulgaren auf Salonik.



15./11. 1916

Die preußischen Parteiführer beim Kanzler. Nach dem Zusammenstoß zwischen der Reichsregierung und dem Hauptausschuß des preußischen Abgeordnetenhauses, den die „Nordd. Allg. Ztg.“ durch ihren Trompetenstoß verursacht hat, vernimmt man mit besonderem Interesse, daß der Reichskanzler unmittelbar nach seiner Rückkehr aus dem Großen Hauptquartier die Führer der Fraktionen des preußischen Landtages zu sich gebeten hat. Die Fraktionsführer folgten dieser Einladung in den Reichskanzlerpalast gestern abend. Wie es heißt, hatte Herr v. Bethmann Hollweg den Wunsch, mit den maßgebenden Persönlichkeiten des Landtages die Lage zu besprechen, wie sie durch die „Lusitania“-Frage und durch den deutschen Standpunkt in der U-Boot-Frage geschaffen worden ist. Die Aussprache hierüber sollte noch vor dem Erscheinen der Denkschrift stattfinden. Es kam jedoch nicht dazu, da Herr v. Bethmann Hollweg inzwischen zum Kaiser berufen worden war. Ueber den Verlauf der gestrigen Unterredung wurde strengstes Stillschweigen gefordert, doch errät es sich von selbst, daß in deren Verlauf der ungeschickte und überflüssige Vorstoß der „Norddeutschen“ eine wesentliche Rolle gespielt hat.

In der parteiamtlichen „Natlib. Korrr.“ lesen wir über die Stellungnahme des preußischen Abgeordnetenhauses zum U-Boot-Krieg:

„Die Veröffentlichung des Beschlusses der Budgetkommission des Abgeordnetenhauses über die Wiederaufnahme des Unterseebootkrieges hat durch den Abwehrartikel der „Nordd. Allg. Ztg.“ eine Deutung in einem Sinne erhalten, der ihr an und für sich nicht innewohnt. Die Veröffentlichung erschien zunächst aus einer Reihe von Gründen formeller Natur und in der Hauptsache wegen des Inhalts untunlich, von dem man nicht wissen konnte, ob er nicht dem Auslande gegenüber störend in die Politik der Reichsleitung eingreifen könnte. Der Antrag selber war aber zunächst eine Meinungsäußerung des Ausschusses des Abgeordnetenhauses in einer brennenden Lebensfrage unseres Volkes, zu der nach unserer Auffassung die Landesvertretung des größten Bundesstaates vollbefugt war. In einer Lage wie der jetzigen verfassungsmäßige Bedenken in den Vordergrund zu stellen, wäre überaus kleinlich gewesen, ganz abgesehen davon, daß anderen Bundesstaaten, z. B. Bayern, das Recht, sich mit Fragen der auswärtigen Politik zu befassen, niemals bestritten worden ist. Für die nachträgliche Veröffentlichung war daher lediglich der Umstand maßgebend, daß, nachdem der Reichskanzler nach seiner bekannten Aussprache mit einem amerikanischen Berichterstatter und nach der inzwischen veröffentlichten Denkschrift einen Standpunkt eingenommen hat, der sich mit dem des Ausschusses vollständig deckte, keine Veranlassung mehr vorlag, den Beschluß geheim zu halten. Wenn in einem Teil der Presse dem Ausschuß geflissentlich andere Beweggründe unterlegt und bestimmte Namen als Träger einer bewußten Opposition genannt werden, so können wir, soweit die Nationalliberale Partei in Betracht kommt, eine solche Unterstellung jedenfalls nur als eine illoyale und willkürliche bezeichnen. Anderen Parteien und ihren Vertretern können wir die Abwehr solcher Verdächtigungen selbst überlassen.“



## Aus dem Haushaltsausschuß des Abgeordnetenhauses.

Der verstärkte Ausschuß des Abgeordnetenhauses für den Staatshaushalt begann Montag die Beratung des Haushalts des Ministeriums des Innern und genehmigte die Einnahmen und Kapitel 83 (Ministerium) der Ausgaben.

Auf Anfrage des Berichterstatters über die

### Zulassung der galizischen Wanderarbeiter

erwiderte der Minister:

Die Staatsregierung ist fortgesetzt bemüht gewesen, die im russischen Besetzungsgebiet infolge der Kriegsverhältnisse brachliegenden Arbeitskräfte der inländischen Volkswirtschaft nutzbar zu machen. Es ist auch tatsächlich gelungen, eine nicht unerhebliche Anzahl von russischen Arbeitern unseren Landwirtschafts- und Industriebetrieben zuzuführen. Anfänglich bei der Anwerbung entstandene Schwierigkeiten sind überwunden worden. Pafschwierigkeiten werden den Arbeitern, die in geschlossenen Trupps von der deutschen Arbeiterhauptstelle hinübergeleitet werden, nicht gemacht. Die Anzahl der bei uns beschäftigten österreichischen Arbeiter ist im Vergleich zur Friedenszeit natürlich erheblich zusammengedrumpft, da ein großer Teil von ihnen der heimischen Wehrpflicht genügen muß. Im übrigen haben die Landwirtschaftskammern und die deutsche Arbeiterhauptstelle möglichst viele Arbeiter auch aus Oesterreich, insbesondere aus den galizischen Flüchtlingslagern, einzuführen gesucht. Im Frühjahr 1915 waren in dieser Beziehung Schwierigkeiten entstanden, die leider erst im Mai behoben werden konnten, so daß der Arbeiterzufluß allerdings eine empfindliche Hemmung erlitten hat. Wegen der Anwerbung von österreichischen Arbeitern für das laufende Jahr sind Verhandlungen mit der österreichischen Regierung eingeleitet, die hoffentlich zu einem befriedigenden Ergebnis führen werden.

Hierauf kam der Berichterstatter auf das Thema der

### Belastung der Städte

infolge des Krieges durch die Einnahmeausfälle und die Ausgaben-erhöhung zu sprechen: Die finanzielle Lage der Gemeinden ist durch den Krieg wesentlich in Mitleidenschaft gezogen worden. Die Ausgaben haben sich mit der Ausdehnung der Tätigkeit der Gemeindeverwaltung auf die Gebiete der Lebensmittelversorgung und der Kriegswohlfahrtspflege vermehrt, die Einnahmen sind zurückgegangen, namentlich in Gemeinden mit starker Arbeiterbevölkerung, in denen ein besonders großer Prozentsatz von Steuerzahlern im Felde steht; auch die Einnahmen der wirtschaftlichen Unternehmungen der Gemeinden sind vielfach infolge Rückganges des Verbrauches und infolge Steigerung der Gesehungs-kosten geringer geworden. In manchen Gemeinden haben die guten Steuerleistungen von Gewerbebetrieben, die durch Kriegslieferungen erhebliche Verdienste erzielten, einen Ausgleich gebracht. Im allgemeinen haben sich die Gemeinden, insbesondere die größeren, in erheblichem Umfange zu einer Erhöhung ihrer Umlagefähige verstehen müssen. Erschwerend ist es für die Gemein-den, daß die

### Inanspruchnahme des Anleihemarktes

nur in beschränktem Maße möglich ist. Soweit, wie besonders bei mittleren und kleineren Gemeinden, nur Schuldschein-darlehen in Betracht kommen, ist zur Entlastung des Haushalts der Gemeinden während und kurz nach dem Kriege durch Erlaß vom 8. Februar 1915 zugelassen worden, daß sowohl bei Neu-aufnahmen von Darlehen sowie mit Zustimmung der Gläubiger auch bei schon bestehenden Darlehen die Darlehnstilgung durch jährliche Tilgungsteile für die nächsten Jahre — je nach Lage der Verhältnisse — ausgesetzt bleiben kann. Soweit die — für große Gemeinden fast allein maßgebenden — Inhaberpapier-anleihen in Betracht kommen, ist die Inanspruchnahme des offenen Geldmarktes mit Inhaberpapieranleihen den Gemeinden für die Dauer des Krieges ganz verschlossen. Der offene Geldmarkt muß allein der Inanspruchnahme des Reiches für die Zwecke der Krieg-führung vorbehalten bleiben; auch der preußische Staat, ebenso wie die anderen Bundesstaaten, muß sich die erforderlichen Mittel ohne Ausgabe von Konsols oder auch nur von verzinslichen langfristigen Schatzanweisungen verschaffen. Angesichts dieser Sachlage war nicht angängig, der Anregung des Deutschen Städtetages auf Zu-lassung langfristiger verzinslicher Gemeinde-Schatzanweisungen näherzutreten. Es bleibt also den Gemeinden nur die Möglichkeit, wenn ihnen Inhaberpapieranleihen genehmigt werden, die Stücke bei den Darlehnskassen oder in geeigneten Fällen auch bei den Banken zu beleihen. Dabei wird ihnen nach Möglichkeit von der Verwaltung der Darlehnskassen entgegen-gekommen, um das Entstehen unnötiger Druckkosten zu vermeiden. Es wird zugelassen, statt der Anleihe-scheine in der sonst üblichen Stückelung lediglich gedruckte Zwischenscheine über hohe Beträge — bis zu 1 Million für den Schein — zur Lombardierung zu geben; auch ist, wenn für diese Stücke künftig bei der Herausgabe an den offenen Geldmarkt neue Stücke in der üblichen Stückelung ausgesetzt werden müssen, Steuerfreiheit für diese bei Nachweis der Versteuerung der alten Scheine zugesichert worden. Die Ge-meinden haben vielfach den Wunsch geäußert, bei den Anleihen von dem bisher höchsten zulässigen Zinssatz von 4 v. H. auf 4½ v. H. oder 5 v. H. heraufzuehen zu dürfen, da nach dem Kriege

die Verwertung vierprozentiger Anleihen bei dem höheren Zinssatz der neuen Reichsanleihen als ausgeschlossen angesehen werden müsse und die Umwandlung der auf 4 v. H. lautenden jetzt ge-nehmigten Anleihen in höher verzinsliche bei Beendigung des Krieges und Oeffnung des Anleihemarktes mit Kosten und Zeit-verlust verbunden sein würde. Diesem Wunsche konnte jedoch nicht stattgegeben werden. Es ist erforderlich, das 5-v.-H.-Papier zunächst noch als Ausnahmepapier der Reichsanleihe festzuhalten und auch eine schädliche Beeinflussung des Hypothekemarktes durch einen allgemeinen Uebergang auf den 5-v.-H.-Stand während des Krieges zu vermeiden. Was die Tilgung der Inhaberpapieranleihen anlangt, so ist es zwar ebenso wie bei den Schuldscheindarlehen zulässig, die Tilgung bei neuen Anleihen erst einige Jahre nach der Ausgabe beginnen zu lassen; dagegen kann bei schon auf-genommenen Anleihen die Aussetzung der Tilgung oder eine sonstige Abänderung der Tilgungsbedingungen nicht zugelassen werden, da bei Inhaberpapieren eine Zustimmung der Gläubiger nicht zu er-langen ist.

Hinsichtlich der

### Kriegsinvalidenfürsorge

teilte der Minister mit, daß die notwendige Organisation durchgeführt sei. Hinsichtlich der Einzelheiten der Organisation müßte der Gesichtspunkt maßgebend sein, daß die mit der Für-sorge betrauten Stellen nicht zu weit von den Invaliden entfernt wären. Aus diesem Grunde empfahl sich keine Verwaltung von einer Hauptstelle aus. Der Provinzialverband sei den Invaliden noch gerade nahe genug gewesen. Anerkannt sei es ja stets, daß die Invalidenfürsorge in erster Linie Reichssache sei. Das Reich habe bisher sich darauf beschränkt, 5 Mill. M. hierfür zur Verfügung zu stellen; es sei zu hoffen, daß die Fürsorgeorganisa-tionen, wie es ja auch in der Tat bereits der Fall gewesen sei, noch andere Geldquellen für diesen Zweck flüssig machen können, da es nicht sicher sei, in welchem Maße das Reich sich auch noch über den bisher gewährten Betrag hinaus beteiligen könne. Von den fünf Millionen Mark seien nach Maßgabe der Bevölkerungszahl etwas mehr als drei Millionen auf Preußen entfallen und diese drei Millionen seien wiederum auf die einzelnen Provinzen

zu einem Drittel ebenfalls nach Maßgabe der Bevölkerungszahl verteilt worden. Es sei ja ohne Frage, daß dieser Maßstab keine vollkommene Unterlage biete, und es werde sich vielleicht später die Möglichkeit ergeben, einen besseren Maßstab zu ge-winnen. Zurzeit aber habe ein anderer Maßstab nicht zur Ver-fügung gestanden. Dem Beispiel Brandenburgs, welches die Für-sorge auf den Provinzialverband als solchen übernommen habe, seien Ostpreußen, Hannover, Schleswig-Holstein und die Rhein-provinz gefolgt, bis zu einem gewissen Grade könne man auch die Stadt Berlin und den Landeskommunalverband von Hohenzollern hierher rechnen. In den übrigen Provinzen hätten sich freie Or-ganisationen gebildet, an deren Spitze der Landeshauptmann stehe. Für die Provinz Hessen-Nassau seien besondere Organisationen für den Bezirk Kassel und für den Bezirk Wiesbaden entstanden; in Kassel stehe ein Beamter des Bezirksverbandes an der Spitze, während für den Bezirk Wiesbaden die Fürsorge einem beson-deren Hauptauschuß übertragen worden sei, der sich in Frank-furt a. M. im Anschluß an den mitteldeutschen Arbeitsnachweis-Verband gebildet habe. Die Fürsorgeorganisationen in Preu-ßen hätten sich wiederum zu einem preußischen Aus-schuß und die Fürsorgeorganisationen des Reiches zu einem Reichs-ausschuß zusammengeschlossen, an dessen Spitze der Landesdirektor der Provinz Brandenburg stehe. Es sei zu hoffen, daß durch diesen Zusammenschluß eine gewisse Einheitlichkeit auf diesem wichtigen Gebiete für das ganze Reich erreicht werde.

Von mehreren Mitgliedern des Ausschusses wurde darauf hingewiesen, daß voraussichtlich nach dem Frieden die Ge-meinden auf eine finanzielle Unterstützung des Staates gar nicht oder in sehr beschränktem Umfange zu rechnen haben würden. — Demgegenüber wies der Minister darauf hin, daß der Staat beispielsweise doch bei den Schullasten erleichternd und ausgleichend wirken könne.

Aus dem Ausschuß wurde darauf hingewiesen, daß unter Umständen die sog.

### Notprüfung für das Verwaltungsexamen

die Durchschnittsausbildung der jungen Ver-waltungsbeamten gefährden könnte. — Der Unter-staatssekretär, der gleichzeitig Vorsitzender des Prüfungs-ausschusses ist, trat dem entgegen und teilte mit, daß über 90 v. H. der Regierungsreferendare mit der Waffe im Felde stehen. In den ersten vierzehn Tagen nach Kriegsbeginn sei das Examen summarisch an einem Tage erledigt worden, und zwar schriftliche Arbeit, Vortrag und mündliches Examen. In der ersten Zeit sei eine Abkürzung der Vorbereitungszeit nicht vorgekommen. Jetzt würden vier Monate des Feldzuges auf die Vorbereitungs-zeit angerechnet. Denjenigen Referendaren, denen mehr an der Vorbereitungszeit fehle, sei von den Kommandeuren Urlaub er-teilt worden, damit sie die Zeit nachholen könnten. 38 Referendare seien geprüft worden, von denen 24 die Vorbereitungszeit erledigt hätten. Von diesen 38 seien 34 Feldgraue gewesen, die sämtlich bestanden hätten.

Nächste Sitzung Mittwoch abend.



15. / 1. 1916

**Berichte der feindlichen Generalstäbe.**

Wien, 14. Februar. Aus dem Kriegspressequartier wird gemeldet:

**Rußland.**

Ohne Datum. Im Abschnitt Riga in der Gegend Olai-Berseremünde lebhafter Artilleriekampf. Unsere Artillerie rief beim Feind in der Nähe von Daer (vier Kilometer südwestlich Uexküll) eine Explosion hervor. In der Nähe von Jakobstadt versuchten deutsche Abteilungen sich unsern Gräben westlich Livenhof zu nähern, doch unsere Abteilungen warfen sie durch einen Gegenangriff zurück. Im Abschnitt von Dünaburg Gewehrfeuer, am lebhaftesten bei Illuxt, wo die Deutschen Handgranaten mit giftigen Gasen warfen. Der Versuch der Deutschen, das Dorf Gabunowka zu umzingeln, das wir soeben wegnahmen, wurde durch unser Kreuzfeuer abgewiesen.

**Frankreich.**

13. Februar, 3 Uhr nachmittags. Nördlich von Vic-sur-Meuse zerstreute unsere Artillerie einige feindliche Gruppen, die gegen unsere Drahtverhaue vorgingen. Nordöstlich Soissons konnten die Deutschen infolge des Bombardements unsern Schützengräben in der Umgebung der Straße nach Crouy erreichen. Ein Gegenangriff warf sie alsbald wieder zurück. Der Feind ließ Tote auf dem Gelände. Auch machten wir einige Gefangene, darunter einen Offizier. In der Champagne, in der Gegend nordöstlich Butte Dumesnil, richteten die Deutschen gestern am Ende des Tages und im Laufe der Nacht fünf Gegenangriffe hintereinander gegen die von uns vorher genommenen Schützengräben. Alle Versuche

wurden abgewiesen. In Lothringen Tätigkeit der beiden Artillerien im Abschnitt von Reillon und im Parroywalde. In derselben Gegend wurden mehrere feindliche Erkundungsabteilungen durch unser Feuer zerstört.

11 Uhr nachts. Im Artois war der Tag bemerkenswert durch eine Reihe von deutschen Angriffen von der Höhe 140 bis zur Straße von Neubville nach La Folie. Am Morgen war der erste Versuch westlich der Höhe 140 vergeblich. Am Nachmittag griff der Feind nach heftiger Beschließung unserer Stellungen an vier verschiedenen Punkten unserer Front an. Drei von diesen Angriffen wurden durch unser Scherzfeuer und durch das Feuer der Infanterie glatt angehalten. Im Laufe des vierten gelang es dem Feinde, in unsern Gräben der ersten Linie westlich der Höhe 140 einzudringen. Er wurde durch einen sofortigen Gegenangriff, der ihm merklliche Verluste an Toten und Verwundeten heibrachte, daraus wieder vertrieben. Ein deutsches Flugzeug, das von unsern Batterien getroffen worden war, fiel bei Klammes östlich von Givenchy herab. Südlich Trife scheiterte ein Handgranatenangriff auf unsere Werke. Desßlich der Dife haben wir die feindlichen Verschanzungen von Fortenoy beschossen. Zwischen Soissons und Reims war die deutsche Artillerie besonders tätig in den Abschnitten Soissons, Chassemy, Pompelle. Unser Scherzfeuer hielt die Tätigkeit der Infanterie während der Vorbereitung nieder. In der Champagne machten wir während eines Einzelgeßechtes zwischen der Straße von Navarin und von Saint-Souplet Gefangene. Desßlich der Straße von Tahure nach Sommeby faßte der Feind in einigen Teilen unserer vorgeschobenen Gräben Fuß. In den Argonnen vernichtendes Feuer auf die feindlichen Verschanzungen nördlich von Four de Paris. Im Oberelsaß wurde ein feindlicher Angriff östlich Seppois durch das Feuer unserer Artillerie angehalten.

**Belgischer Bericht.**

Sehr heftige Artillerietätigkeit im Abschnitt Dixmude und an dem Teil der Front, der sich nördlich von dieser Stadt ausdehnt. Zur Vergeltung für die von deutschen Flugzeugen in den letzten Tagen ausgeführte Beschließung von Orten, die von Zivilbevölkerung bewohnt sind, haben unsere Flieger während der letzten Nacht mit Erfolg den Flugplatz Ghisteltes angegriffen und dort einen Brand hervorgerufen.



## Verfassungsänderungen vor der türkischen Kammer.

Konstantinopel, 14. Februar.

Im Beisein des Großwesirs und der Mehrzahl der Minister verhandelte die Kammer den Gesetzentwurf, betreffend Abänderungen der Verfassung. Die Abänderungen sind von der Regierung vorgeschlagen und betreffen namentlich das Recht des Herrschers zur Auflösung der Kammer und das Recht des Senats, die Verfassung zu interpretieren.

Nach der gegenwärtigen Verfassung war das Recht der Auflösung durch den Artikel 35 begrenzt, der die Auflösung der Kammer nur für den Fall von Meinungsverschiedenheiten zwischen der Regierung und der Kammer vorsieht, wenn die Kammer einen Vorschlag einer Regierung, auf welchem diese beharrt, wiederholt zurückweist. In diesem Falle stand es dem Herrscher frei, das Kabinett zu wechseln oder die Kammer aufzulösen. Die neue Kammer, deren Ansicht verpflichtend sein sollte, mußte binnen vier Monaten zusammentreten.

Die Regierung schlägt nun vor, den Artikel 35 gänzlich aufzuheben, so daß der Artikel 7 über die Rechte des Herrschers diesem das unumschränkte Recht der Kammerauflösung gibt; die neue Kammer muß innerhalb vier Monaten gewählt und einberufen werden.

Namens der Regierung begründete Minister des Außen Hali Bey die Verfassungsänderung mit der Notwendigkeit, ein besseres Gleichgewicht der drei Gewalten herzustellen, da die seit Einführung des verfassungsmäßigen Regimes zu wiederholten Malen erfolgten Abänderungen der auf die Verfassung bezüglichen Artikel erfahrungsgemäß schlechte Ergebnisse gezeitigt haben. Der Minister hob hervor, daß in allen anderen konstitutionellen Staaten das Recht der Kammerauflösung des Herrschers ein unumschränktes sei, denn andernfalls wäre es unmöglich, das Gleichgewicht und die Unabhängigkeit der drei Gewalten zu wahren. Die Lage des Herrschers sei schwierig, wenn er, durch die Verfassung gebunden, nur im Falle eines Konfliktes zwischen der gesetzgebenden und der ausführenden Gewalt die Kammer auflösen zu können, eine durch die höchsten Staatsinteressen gebotene Auflösung der Kammer aus anderen Gründen für notwendig hielte.

Nach kurzer Debatte nahm die Kammer fast einstimmig diesen und die anderen von der Regierung vorgeschlagenen Abänderungsanträge an. Die letzteren betreffen die Wählbarkeit jedes Ottomane, der die erforderlichen Eigenschaften besitzt, in welchem Wahlbezirke immer, die Erhöhung der Entschädigung der Abgeordneten, die Aufhebung des Artikels 117, der dem Senat das Recht der Auslegung der Verfassungsartikel und dem Staatsrat, beziehungsweise Kassationshof dasjenige der Auslegung von Verwaltungs-, beziehungsweise Rechtsfragen gibt. Ein Zusatzantrag der Kommission zu Artikel 48 verbietet Senatoren und Deputierten, an Unternehmungen der Regierung beteiligt zu sein.

Schließlich wurde der gesamte Gesetzentwurf mit 193 von 208 Stimmen angenommen.



## Zur Kriegslage

Die Operationen in Albanien. Der konzentrische Angriff der Oesterreicher vor der Vereinigung. Rückzugslinien der Verteidiger. Zur Klarstellung des Geschehens an der Doggerbank und des U-Bootangriffs an der syrischen Küste. Der Verlust der „Arctusa“. Die Türken bei Erzerum.

Die Operationen in Albanien sind in sehr raschem Fluß gekommen; dem Anschein nach ist der konzentrische Angriff der Oesterreicher auf Durazzo bis zur Vereinigung der auf den Straßen Presa-Durazzo und Tirano-Durazzo vorstrebenden Kräfte gedeutet, oder nicht mehr weit davon entfernt. Die in Durazzo stehenden Italiener versuchen die österreichische Offensive etwa acht Kilometer vor der Stadt in befestigten Stellungen aufzuhalten. Haben die Oesterreicher den Zugang zur Lagune von Norden und Nordosten her und das versumpfte Arzentale von Südosten her erstritten, so wird die Defensive wenig mehr abtragen. Selbst ein Ausweichen der italienisch-serbisch-albanischen Kontingente zu Lande in südlicher Richtung ist heute schon sehr stark in Frage gestellt. Ob Entschluß von Valona aus noch möglich ist, hängt sehr, wie gestern schon erwähnt, von den Bewegungen der Bulgaren ab, die von Elbasan im Vormarsch sind und auf 25 Kilometer an Valona heranstehen.

Unter diesen Umständen wird der italienischen Flotte die Aufgabe erwachsen, den Verteidigern von Durazzo im Notfalle den Rückzug zur See zu sichern und sie an Bord der Transportschiffe zu nehmen. Da die österreichische Flotte nun zum Teil ihre Basis in der Bucht von Cattaro hat und ihre U-Boote und Torpedoschlotten der Küste entlang vorreibt, ist diese Aufgabe für die italienische Flotte mit Gefahren verknüpft. Solange die Stärke der bei Durazzo versammelten italienischen Kräfte nicht feststeht und auch die österreichischen Kolonnen sich nicht einschätzen lassen, wird man indes die gradlinige Entwicklung der Operationen nicht vorwegnehmen dürfen.

Die Vorgänge, die sich in den letzten Tagen zur See abgespielt haben, rücken allmählich ins Licht. Die von uns beobachtete Zurückhaltung in bezug auf die Einschätzung der Aktionen bei der Doggerbank war am Platze. Wie aus neueren Nachrichten hervorblickt, ist es wahrscheinlich, daß deutsche Torpedoboote an der Doggerbank nicht auf moderne Kampfkreuzer, sondern auf kleinere zur Aufklärung und zum Minensuchen bestimmte englische Kräfte gestoßen sind, die offenbar nicht in der Lage waren, den Kampf anzunehmen. Das auch von den Engländern als versenkt gemeldete Schiff, das nach deutschem Bericht den Namen „Arab“ führt, zählte nach der „Frkf. Ztg.“ nur 78 Mann Besatzung, also soviel als der von uns zuerst in Erwägung gezogene Zerstörer „Arab“. Es ist schwierig, bei nächtlichen Tagen feindliche Schiffe genau auszumachen, und Verwechslun-

gen liegen da nahe. Es bleibt eben zu überlegen, ob die Engländer moderne Kreuzer dem Risiko nächtlichen Wachdienstes im Aktionsbereich deutscher Torpedoboote ausgesetzt haben sollten. Seit dem großen Gefecht an der Doggerbank, aus dem die Engländer ihre prächtigen modernen Panzerkreuzer „Lion“ und „Tiger“ nach eigenem Bericht schwer zerschossen heimbrachten (nach deutschem Bericht ist der „Tiger“ gesunken, was eher zutrifft), hat die englische Admiralität keine modernen Schiffe zu Blockadezwecken mehr aufs Spiel gesetzt. Immerhin sind die von den Deutschen jetzt verjagten Schiffe dem Anschein nach neue Typen, die zu besonderen Zwecken gebaut wurden. An der syrischen Küste sollen Schiffbrüchige des „Admiral Charner“ angetrieben worden sein, während die „Suffren“ nach einer bestimmten Behauptung des „Temps“ in Toulon liege. Böllige Abklärung bleibt abzuwarten. Schmerzlich ist für die britische Admiralität der Verlust der gescheiterten „Arctusa“, mit der einer der schnellsten geschützten Kreuzer der „Aurora“-Klasse zugrunde geht, die 1913 auf 14 gebaut worden ist und mit ihren 3560 Tonnen Verdrang und 29 Seemeilen Geschwindigkeit den zweitbesten Typ geschützter englischer Kreuzer darstellt.

Eine amtliche türkische Meldung vom 15. Februar bestätigt indirekt die Bedrängnis der Türken im Zentrum ihrer Kaukasusfront. Die Meldung, daß sich dort die Gefechte an einigen Stellen bis in die vordersten Teile der Hauptstellung ausgebreitet hätten,

läßt sich mit der russischen Meldung von der Wegnahme einer Außenfeste Erzerums immerhin kombinieren, wenn auch nicht gesagt ist, daß es sich um ein permanentes Fort handelt; es kann sehr wohl eine Feldstellung gewesen sein, und weitere Entwicklung abzuwarten bleibt.

H. St.



16. VII. 1916

**Oesterreichisch-ungarische Fortschritte  
in Albanien**

(Drahtbericht von unserm Kriegskorrespondenten bei der österreichisch-ungarischen Armee.)

E. L. Kriegspressequartier, 14. d. Nach der Einnahme von Tirana haben die österreich-ungarischen Truppen ihren Vormarsch weiter fortgesetzt. Gestern gewann namentlich der rechte Flügel in der Richtung auf Durazzo Boden. Westlich von Preza, in der Nähe der Küste

vorgehend, überwand er nördlich des Arzene Flusses den feindlichen Widerstand, erreichte diesen Fluß und kam bei Juba auf etwa 10 Kilometer an Durazzo heran. Die Abwehrversuche des Gegners waren auch bei dieser durch die Bodenbeschaffenheit schwierigen Vorrückung nicht sehr stark. Auch die von Durazzo aus vorgerückten Italiener haben bisher wenig Lust gezeigt, sich wirklich energisch zur Wehr zu setzen. Auf österreichisch-ungarischer Seite hält der Zustrom freiwilliger Malissoren an.



**Berichte der feindlichen Generalstäbe.**

Wien, 15. Februar. Aus dem Kriegs-  
pressequartier wird gemeldet:

**Italien.**

13. Februar. Gewöhnliche Artillerietätig-  
keit mit günstigem Erfolg speziell gegen Train-

Kolonnen auf den Osthängen der Biaena  
(Clagarnita), gegen kleinere feindliche Ab-  
teilungen in der Nähe von Luserna (Safoci  
Stat) und gegen die Station von Caldonazzo  
(Val Sugana). Im Abschnitt des Sertentales  
wurde das Dolomitenhotel im Fischleintal von  
uns unter Feuer genommen und ging schließlich  
in Flammen auf. Im Becken von Flitsch  
gelanges dem Feinde bei Morgen-  
grauen am 12. d. durch einen kräftig  
geführten überraschenden An-  
griff in einen unserer Schützen-  
gräben im Abschnitt des Kombon  
einzudringen.

Im Abschnitt von Görz wurden feindliche  
Batterien, die von St. Andrae, Rubia und  
Savogna aus unsre Stellungen bei Podgora  
beschossen, durch unsre Artillerie zum  
Schweigen gebracht.

**Rußland.**

14. Februar. Das lebhafteste Feuer dauert  
auf beiden Seiten an. Zwischen Olai und der  
Insel Dalen (12 Kilometer südwestlich Riga)  
stellten wir eine gute Wirkung unsrer Artillerie  
fest. Südwestlich Dünaaburg verwendete der  
Feind Bomben mit erstickenden Gasen.

**Frankreich.**

14. Februar, 3 Uhr nachmittags. Im  
Artois ließen wir südlich vom Wege Neuville-  
La Folie eine Mine springen. Südlich der  
Somme gestattete uns ein gestern am Tages-  
schlusse von unsern Truppen gegen die  
deutschen Werke südlich von Frise unter-  
nommener Angriff, einige Teile der Schützen-  
gräben zu besetzen. Ein feindlicher Gegen-  
angriff wurde durch unser Feuer vereitelt.  
Eine deutsche Kompagnie wurde umzingelt und  
dezimiert, ein Hauptmann und 70 Ueber-  
lebende ergaben sich. Die Gesamtzahl der  
gegenwärtig in unsrer Macht befindlichen Ge-  
fangenen beträgt etwa 100; auch mehrere  
Maschinengewehre blieben in unsern Händen.  
Nach Gefangenenausagen und der Zahl der  
auf dem Schlachtfelde liegen geliebene  
deutschen Leichname sind die feindlichen Ver-  
luste beträchtlich. In der Champagne ließen  
wir im Laufe der gestern vom Feinde östlich  
der Straße Tahure-Somme-By ausgeführten  
Angriffe drei Minenkammern einer im voraus  
unter den vorgeschobenen Abschnitten, in die  
ihm einzudringen gelungen war, vorbereiteten  
Mine springen. Feindliche Versuche, bis zu  
unsern Schützengräben zweiter Linie vor-  
zudringen, scheiterten vollkommen. Trotz ernst-  
licher Verluste, die ihm durch die Explosion  
unsrer Minen und durch Artilleriefeuer zu-  
gefügt wurden, behauptete der Feind diese vor-  
geschobenen Abschnitte. Im oberen Elsaß  
brachte gestern abend eine neue Unter-  
nehmung der feindlichen Infanterie östlich von  
Sapois, der ein heftiges Bombardement  
vorausging, die Deutschen in den Besitz von  
ungefähr 200 Meter Schützengräben. Ein  
sofort unternommener Gegenangriff gab uns  
den größten Teil des Geländes zurück. Die  
sehr heftige Artillerietätigkeit in dieser Gegend  
dauert an.

11 Uhr abends. In Belgien sprengte  
unsre Artillerie ein Munitionsdepot nördlich  
von Boesinghe in die Luft. Nördlich von  
Soissons versuchte die feindliche Infanterie  
gestern abend nach einem heftigen Bombarde-  
ment auf der Straße nach Terny-et-Gorny  
und am rechten Aisneufer vorzubrechen, wurde  
aber durch unser Sperr- und Infanteriefeuer  
gleich niedergehalten. Auf dem Plateau von  
Baulerc war unser Artilleriefeuer gegen einen  
Vorprung der deutschen Linie wirksam. In  
der Champagne sehr lebhafteste Artillerietätig-  
keit in den Gegenden von Tahure, Massiges  
und Navarin, aber kein Infanterieangriff. Im  
Oberelsaß beschloß der Feind östlich von Sapois  
kräftig vorgeschobene Abteilungen, die wir im  
Laufe der Nacht zurückgenommen haben. In  
der gleichen Gegend belegten wir feindliche  
Verstärkungen, die von Niederlorg her in  
kleinen Gruppen vorwärtszukommen suchten,  
mit Sperrfeuer.

**Belgischer Bericht.**

Der Tag war verhältnismäßig ruhig. Im  
Abschnitt von Steenstraete wurde mit Bomben  
gekämpft. Unsre Batterien zersprengten einen  
deutschen Transport auf der Straße Dix-  
muden-Rehem.



**Kriegskalender.**

6. Februar: Südwestlich von Messines und südlich des Kanals von La Bassée wird ein englischer Vorstoß abgewiesen. — An der Kaukasusfront scheitern einige russische Angriffe. — Der kleine Kreuzer „Caroline“ von einem Zeppelin versenkt. Der englische Dampfer „Balgownie“ gesunken. — Russische Anleihe in Japan.

7. Februar: Zwischen dem Kanal von La Bassée und Arras sowie südlich der Somme heftiger Artilleriekampf. — In Ungarn wird das zweite Aufgebot des Landsturms einberufen. — Japanische U-Boote im Suezkanal.



16. II. 1916

**Die Rede Skuldis'.**

S. A. Athen, 9. Februar. Ministerpräsident Skuldis sagte in seiner Rede bei Eröffnung der Kammer u. a. noch, das Recht Griechenlands, sich neutral zu verhalten und den Streitigkeiten anderer fern zu bleiben, sei verkannt und das Land infolgedessen einer Reihe von Vergewaltigungen ausgesetzt worden. Dies sei bei der Besetzung von Korfu und Kara Burnu der Fall gewesen.

Der Ministerpräsident gab seinem Unwillen über die Landungen der Ententetruppen an diesen beiden Plätzen Ausdruck und fuhr fort: „Es ist möglich, daß diesen Schritten weitere Pressionen folgen werden. Die Regierung hegt jedoch die feste Zuversicht, daß das Land hiedurch aus seiner feststehenden politischen Richtung nicht abzulenken sein wird.“

Die Rede des Ministerpräsidenten wurde von dem ganzen Hause mit lebhafter Zustimmung und Beifall aufgenommen und der Regierung mit allen gegen eine Stimme das Vertrauen votiert.



16. II. 1916

## Die englische Thronrede.

London, 15. Februar. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Die bei Wiedereröffnung des Parlaments gehaltene Thronrede lautet:

„Meine Alliierten und mein Volk, die in diesem Konflikte mit immer stärker werdenden Banden Sympathie und Einverständnis vereinigten, bleiben fest entschlossen, Genugtuung für die Opfer des unprovokierten und nicht zu rechtfertigenden Verbrechens und wirksamere Garantien für alle Nationen gegen den Ueberfall seitens einer Macht zu erhalten, die fälschlich Gewalt als Recht, Zweckmäßigkeit als Ehre betrachtet.

Mit stolzem, dankbarem Vertrauen blide ich auf den Mut, die Hartnädigkeit und die Hilfsmittel meiner Flotte und Armee, von denen wir bei der würdigen Erreichung dieses Zieles abhängen.

Das Unterhaus wird für die Finanzierung der Kriegführung zu sorgen haben. Nur Maßregeln, die dazu beitragen, unser gemeinsames Ziel zu erreichen, werden dem Parlament vorgelegt werden.“



### Die Zukunft Elsaß-Lothringens. Eine Resolution des Bezirkstages von Unter- Elsaß.

Strasbourg, 16. Februar.

Der Bezirkstag von Unter-Elsaß hat die folgende Resolution beschlossen:

Der Bezirkstag von Unter-Elsaß gedenkt mit den heißesten Wünschen der im Osten und Westen die Grenzen des Vaterlandes schützenden und verteidigenden elsässischen Landeskinder. Die Mitglieder des Bezirkstages legen dabei nachdrücklich Verwahrung ein gegen die von den verantwortlichen Stellen als auch sonst in Frankreich immer wieder ausgesprochene Auffassung, welche die Angliederung Elsaß-Lothringens an Frankreich als Hauptkriegsziel bezeichnet. Sie erklären demgegenüber als Ausdruck ihrer Ueberzeugung, daß die wirtschaftliche Wohlfahrt Elsaß-Lothringens, das in 45jähriger Friedensarbeit ein Glied der deutschen Volkswirtschaft wurde, nur durch die Zugehörigkeit zum Deutschen Reiche unangefastet bleibt und daß die wurzelechte Zukunft unseres Landes nur im Anschluß an das gesamte deutsche Volksleben möglich ist.



17. J. 1916

**Die Verbündeten trösten Belgien.**

Paris, 16. Februar. (Meldung der „Agence Havas“.) Die diplomatischen Vertreter Frankreichs, Englands und Rußlands beim König der Belgier haben dem belgischen Minister des Aeußern am 13. Februar in Sainte Adresse gemeinsam folgende Erklärung überreicht:

Eure Exzellenz!

Die verbündeten Signatarmächte der Verträge, welche die Unabhängigkeit und Neutralität Belgiens gewährleisten, haben heute durch einen feierlichen Akt die Erneuerung der Verpflichtungen beschlossen, die sie gegen Ihr feines internationales Verpflichtungen heroisch treues Land übernommen haben. Infolgedessen haben wir Gesandte Frankreichs, Großbritanniens und Rußlands, von unseren Regierungen gehörig bevollmächtigt, die Ehre, folgende Erklärung abzugeben: Die verbündeten Garantiemächte erklären, daß die belgische Regierung im gegebenen Augenblick zur Teilnahme an den Friedensverhandlungen aufgefordert werden wird. Sie werden die Feindseligkeiten nicht beendigen, ohne daß Belgien in seiner politischen und wirtschaftlichen Unabhängigkeit wiederhergestellt und für die erlittenen Verluste reichlich entschädigt wird. Sie werden Belgien ihre Hilfe leihen, um seine wirtschaftliche und finanzielle Wiedergeburt zu sichern.

Baron Beyens antwortete:

Die Regierung des Königs ist den Regierungen der drei Garantiemächte der Unabhängigkeit Belgiens, die Sie bei ihr vertreten, tief dankbar für den hochherzigen Entschluß, den Sie faßten, indem Sie ihr heute diese Erklärung überbringen. Ich spreche Ihnen ihren heißen Dank dafür aus. Ihre Worte werden ein zitterndes Echo haben in den Herzen der Belgier, mögen sie an der Front kämpfen, im besetzten Lande leiden oder in der Verbannung die Stunde der Befreiung erwarten, alle von gleichem Mut befeelt. Die neuen Versicherungen, die Sie mir soeben gegeben haben, werden ihre unerschütterliche Ueberzeugung bekräftigen. Belgien wird aus seinen Ruinen wieder auferstehen und in vollständiger politischer und wirtschaftlicher Unabhängigkeit wiederhergestellt werden. Ich bin sicher, ihr Dolmetsch zu sein, wenn ich Ihnen sage, daß Sie volles Vertrauen zu uns haben müssen, wie wir volles Vertrauen zu unseren loyalen Garanten haben. Denn wir sind alle entschlossen, energisch mit ihnen bis zum Triumph des Rechts zu kämpfen, zu dessen Verteidigung wir uns ohne Zögern nach ungerechtfertigter Verletzung unseres heißgeliebten Vaterlandes geopfert haben.

Der italienische Gesandte kündigte dem Baron Beyens seinerseits an, daß Italien, obwohl es nicht zu den Garantiemächten der Unabhängigkeit und Neutralität Belgiens gehöre, kundtue, daß es nichts dagegen habe, daß die oben genannte Erklärung von den Verbündeten abgegeben wurde. Die japanische Regierung gab eine gleichlautende Erklärung ab.



## Ententevorbereitungen zu einem Wirtschaftskrieg nach Friedensschluß.

Die wirtschaftliche Weltmachtstellung des britischen Reiches ist durch den Krieg an vielen Stellen arg gefährdet worden. In ohnmächtiger Wut hat England zunächst mit einer Terrorisierung des Handels der Neutralen begonnen, die zur Gründung des niederländischen Ueberseezentrums und des schweizerischen Einfuhrzentrums, weiter zum Abschlusse des Handelsabkommens mit Dänemark führte und schließlich in eine Blockade Griechenlands sowie in eine Vergewaltigung des Handels der skandinavischen Staaten ausartete. Da alle diese Maßnahmen nicht geeignet waren, die wirtschaftlichen Grundfesten der Zentralstaaten zu erschüttern, tauche in England der Gedanke auf, den Krieg mit den Waffen, wenn er einmal durch einen Friedensschluß beendet sein wird, auf das wirtschaftliche Gebiet zu übertragen, um dann das verhasste Deutschland, das mit den Waffen nicht bezwungen werden konnte, zu vernichten. Daß derartige menschenfreundliche Ideen, welche aus dem zerstörenden Kriege eine Institution für immerwährende Zeiten machen möchten, überhaupt sich ernsthaft hervorwagen können, ist nur für die jetzige internationale Atmosphäre kennzeichnend. Trotz ihres Widersinnes häufen sich indes die Feindschaftsprojekte immer mehr.

Schon kürzlich hat das britische Handelsamt den Bericht des parlamentarischen Untersuchungsausschusses zum Schutze der Produktion, des Handels und der Schifffahrt Englands veröffentlicht, der strengere Patentgesetze und Ursprungsmarken zur Bekämpfung des Exports der Zentralstaaten vorschlägt. Weiter werden Vorzugstarife für die britischen Besitzungen sowie für die Verbündeten des Inselreiches empfohlen. Schließlich will man der britischen Handelschifffahrt dadurch besonderen Schutz angeheihen lassen, daß man die Schifffahrt der jetzt feindlichen Staaten völlig vom Seeverkehr mit England und seinen Verbündeten abschließt. Am 29. Februar beginnt in London ein für drei Tage anberaumter Kongreß der englischen Handelskammern, auf dem über den Handel nach dem Kriege beraten werden soll. An der Konferenz werden sich Vertreter der 120 Handelskammern der vereinigten Königreiche und Delegierte aller verbündeten Staaten beteiligen. Aus den bisher für den Kongreß erstatteten Gutachten läßt sich unverkennbar eine gegen den Freihandel gerichtete Tendenz erkennen, das Bestreben des englischen Reiches, seine Kolonien enger an das Mutterland anzuschließen, eventuell auch die jetzigen Bundesgenossen in diese Wirtschaftsgemeinschaft aufzunehmen, aber auf jeden Fall sich von Zentraleuropa wirtschaftlich abzuschließen. Man will unbedingt eine Rückkehr zu den vor dem Kriege bestandenen Verhältnissen unmöglich machen und Schritte unternehmen, um den deutschen Handel nach dem Kriege auszuschließen oder einzuschränken. Für den 5. Juni ist weiter nach London eine Versammlung des „British Imperial Council of Commerce“ einberufen. Auch diese Tagung hat den Zweck, über die Fortsetzung des Handelskrieges nach Friedensschluß zu beraten. Auf der Tagesordnung steht die Beschlußfassung über ein System von Vorzugstarifen innerhalb des Reiches und über die Einführung von Vorzugstarifen für die Verbündeten, weiter Maßnahmen innerhalb des Reiches gegen die feindliche Schifffahrt, ferner Abänderung der Naturalisationsgesetze und schließlich die Beratung eines Verbotes aller Verträge mit dem feindlichen Ausland, die geeignet sein könnten, den Handel des englischen Reiches zu schädigen.

17. II. 1916 48

Frankreich leistet seinem Verbündeten auf diesem Weg treue Gefolgschaft, vermag aber nicht in allen Punkten mit Großbritannien Hand in Hand zu gehen. Die internationale parlamentarische Handelskonferenz in Paris beschäftigt sich ebenfalls mit der Beratung der Wirtschaftsverträge nach dem Kriege. Der

Sekretär des Bureaus Eugen Baie erklärte jedoch gegenüber den englischen Projekten, daß ein Zollverein zwischen den einzelnen Staaten der Entente wegen der grundverschiedenen ökonomischen Verhältnisse eine sehr verwickelte und schwer zu lösende Frage sei, so daß der Abschluß von wechselseitigen Handelsverträgen vorzuziehen wäre. Jedenfalls steht auch dort die wirtschaftliche Bekämpfung Mitteleuropas in erster Linie auf der Tagesordnung; denn einen selbständigen Punkt der Beratungen bilden „Schutzmaßnahmen gegen das Eindringen deutscher Produkte“ beim Uebergang vom Kriegszustand in die Friedenswirtschaft.

Diese wohlbedachten Vorbereitungen der feindlichen Staaten zur Fortführung des Handelskrieges gegen die Mittelmächte im späteren Frieden werden bei uns und in Deutschland naturgemäß aufmerksam verfolgt, wengleich eine leidenschaftslose Prüfung zu dem Schlusse berechtigt, daß diesen feindlichen Tendenzen die Möglichkeit der Durchführung fehlt. Jedenfalls müssen die künftigen Friedensverhandlungen wirtschaftspolitischen Repressalien vorbeugen. In diesem Sinne äußerte sich auch kürzlich der Generaldirektor Heineken des Norddeutschen Lloyd in Bremen, der erklärte, daß die englischen Drohungen über die Fortsetzung des Handelskrieges wohl ernst gemeint seien, daß sich aber nicht erkennen lasse, wie diese Drohungen in die Tat umgesetzt werden könnten.

In Deutschland beschäftigt man sich ohne feindselige Tendenzen mit der Ueberleitung der deutschen Kriegswirtschaft in den Friedenszustand. Geheimrat Justizrat Professor Doktor Rieber sprach in einer von ihm geleiteten Versammlung des Hansabundes über die Ordnung der „Demobilisierung“. Die zweitägigen Verhandlungen des Hansabundes führten zu dem Beschluß, daß schon jetzt auf der Höhe des Krieges bei der Sicherheit des siegreichen Endes die Vorbereitungen für die Zeit des Eintrittes des Friedensstandes getroffen werden müssen.



17. II. 1916

### Kriegskalender.

8. Februar: Nordwestlich von Larnopol scheitern einige russische Angriffe. — Südlich der Somme lebhaftere Kampftätigkeit; ein durch starkes Feuer vorbereiteter französischer Angriff ist abgewiesen. — König Ferdinand von Bulgarien reist ins deutsche Hauptquartier. — Kundgebung des bulgarischen Regierungsblattes über die Saloniki-Frage. — Der britische Dampfer „Argo“ gesunken.

9. Februar: In Albanien besetzen unsere Truppen Breza und die Höhen nordwestlich dieses Ortes. — In Montenegro ist die Entwaffnung abgeschlossen. — Westlich von Vimy erstürmen die Deutschen die erste französische Linie in 800 Meter Ausdehnung. — Erklärung der k. u. k. Regierung über die Behandlung bewaffneter feindlicher Handelsschiffe als Kriegsschiffe.

10. Februar: In Ostgalizien und Böhmen starke Vorpostenkämpfe; an der bessarabischen Grenze wirft kroatische Landwehr ein russisches Bataillon aus einer gut ausgebauten Vorposition. — Deutscher Luftangriff auf Ramsgate. — Südlich der Somme werden mehrfache französische Teilangriffe abgeschlagen. — In England werden nach dem Dienstpflichtgesetz die Jahrgänge 1886 bis 1896 für den 3. März aufgerufen. — Erklärungen Studis und Cunaris in der Kammer. — Brand in Rom.



**Berichte der feindlichen Generalstäbe.**

Wien, 16. Februar. Aus dem Kriegs-  
pressequartier wird gemeldet:

**Italien.**

14. Februar. Gestern vielfach Artillerie-  
aktionen; besonders intensiv waren  
sie im Abschnitt des oberen  
Fonzo, wo auch feindliche  
Truppenbewegungen und er-  
höhte feindliche Tätigkeit in  
Schanz- und Straßenarbeiten ge-  
meldet wurden.

15. Februar. Am oberen Fonzo wurde  
gestern der Geschützkampf lebhaft fortgesetzt.  
Im Mrzli- und Bedil-Abschnitt (Arn) wurden  
feindliche Gräben und Unterkünfte zerstört.  
Auf der Podgorahöhe warfen kühn vorge-  
drungene Patrouillen zahllose Bomben gegen  
die feindlichen Gräben. Auch auf dem Karst-  
plateau verschüttete unsere Artillerie einige

feindliche Gräben, aus denen sie die Verteidiger  
vertrieb. Feindliche Flieger griffen Bren-  
tonico im Val Lagarina, Schio im Val Leagra  
und Latisana in der Tagliamento-Ebene an.  
Der Schaden ist klein, die Opfer gering und  
treffen fast ausschließlich die Zivilbevölkerung.  
Dem Bombardement von Schio wurde durch  
das Eingreifen eines unsrer Flugzeug-  
geschwader ein Ende bereitet. In der Richtung  
auf Görz griff ein eigener Flieger ein feind-  
liches Flugzeug an und zwang es zur Flucht.



## Preussisches Abgeordnetenhans.

### Keine Erörterung auswärtiger Angelegenheiten.

A. Berlin, 16. Februar. Vor dem Eingehen in die Tagesordnung gibt Präsident Graf von Schwerin-Löwis eine Erklärung ab, worin betont wird, daß nach Besprechung der Parteiführer eine vollkommene Übereinstimmung darüber herrsche, daß das Abgeordnetenhans zweifellos auch zur Erörterung auswärtiger Angelegenheiten des Reiches berechtigt sei. Auch dürfe es gerade in der gegenwärtigen ernsten Zeit ein begreiflicher und berechtigter Wunsch aller Parteien sein, ihren Anschauungen über die äußere Lage Ausdruck zu geben, und der Verzicht darauf daher für alle Parteien ein großes Opfer bedeuten. Dennoch glaube der Präsident, daß im gegenwärtigen Augenblick eine öffentliche Erörterung der äußeren Lage den Interessen des Landes nicht entsprechen würde, sondern sie möglicherweise schädigen könnte. Er schlägt vor, die Erörterung aller auswärtigen Angelegenheiten, insonderheit der Kriegsziele, der Kriegsführung sowie der Beziehungen zu den kriegsführenden und neutralen Staaten von den diesjährigen Etatsberatungen auszuschließen.

Abg. Hirsch (Sozialdemokrat) spricht sich gegen den Vorschlag des Präsidenten aus, da für die Sozialdemokraten die Tribüne des Parlaments die einzige Möglichkeit bedeute, gegen den Beschluß der Staatshaushaltskommission in der U-Bootsfrage, welcher eine Ueberschreitung der Kompetenzen der Kommission bedeute, auf das entschiedenste Verwahrung einzulegen.

Der Vorschlag des Präsidenten wird mit allen gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und der Dänen angenommen.

Minister des Innern v. Löbell erklärt: Die Staatsregierung begrüßt den Beschluß des Hauses und wird ihrerseits gern davon absehen, die Meinungsverschiedenheiten über staatsrechtliche Fragen in dieser ernsten Zeit weiterhin zu erörtern.

Hiermit ist der durch den Beschluß der Budgetkommission bezüglich der Führung des U-Bootskrieges und durch die Zurückweisung dieses Beschlusses seitens der „Nordd. Allg. Ztg.“ hervorgerufene Zwischenfall erledigt.

Das Hans setzt die Etatsberatung fort.



## Zur Kriegslage

Zur Eroberung Erzerums. Ein strategischer Erfolg der Russen. Die Bedeutung Erzerums. Die Streitkräfte. Mutmaßungen über die Entwicklung der Operation.

Das Schicksal von Erzerum ist zu Ungunsten der Türken entschieden worden. Die Schlüsselstellung von Hocharmenien befindet sich seit wenigen Tagen in russischem Besitz. Damit haben die Russen nicht nur an ihrer Kaukasusfront, sondern, strategisch genommen, in Kleinasien einen bedeutenden Erfolg errungen, den ersten, den die Entente seit langer Zeit buchen kann. Zuerst und zunächst handelt es sich um einen russischen Erfolg. Bei der Exzentrizität der Kriegshandlungen der Entente als der Außenstehenden können ja Erfolge einzelner Verbandsmächte nur selten die unmittelbare allgemeine strategische Bedeutung erlangen, die jeden größeren Erfolg der auf den innern Linien Kämpfenden ohne weiteres kennzeichnen.

Von diesem Standpunkt aus betrachtet, hat die Einnahme von Erzerum hauptsächlich Bedeutung für die Sicherstellung der russischen Kaukasusfront und ihrer Offensive in Persien, läßt aber die strategische Lage auf den europäischen Kriegsschauplätzen unberührt. Doch darf nicht verkannt werden, daß diesmal der russische Erfolg mittelbar den Engländern in hohem Maße zugute kommt, denn wie hier wiederholt nachgewiesen worden ist, bildet der kleinasiatische Kriegsschauplatz vom Kaukasus bis Ägypten und von Konstantinopel bis Basra eine strategische Einheit und machen sich Erfolge und Rückschläge trotz der riesigen Entfernungen, trotz der mangelhaften Verbindungen und gewaltigen Geländeschwierigkeiten an allen Punkten geltend, wo sie auch lokalisiert sein mögen.

Drei Punkte von strategischer Bedeutung mußten die Türken unter allen Umständen zu behaupten trachten: Mersina-Adana, Erzerum und Bagdad. Von diesen haben sie nun Erzerum verloren, und wenn auch ein unmittelbarer Druck der in Hocharmenien stehenden Russen auf die türkische Trakarmee bei der riesigen Entfernung nicht stattfinden kann, so wirkt doch ein solcher Erfolg mittelbar und zwar moralisch, indem er die Tatkraft der Bundesgenossen belebt, und materiell, indem er türkische Kräfte vom Trak abzieht. Schon am 24. Jan. versuchte ich die Lage zu kennzeichnen, die durch den Vorstoß der Russen gegen Erzerum geschaffen werden könnte. Es hieß in dieser Betrachtung: „Nach der russischen Meldung vom 19. Januar hat die russische Offensive die türkische Verteidigungsstellung durchbrochen und gegen Erzerum Raum gewonnen. Die Entscheidung liegt bei Erzerum selbst. Solange die Türken dieses Verteidigungszentrum behaupten, können sie immer wieder offensiv wirken, und es ist anzunehmen, daß sie jetzt nach der Erledigung der Dardanellen-Aktion für Verstärkungen am Kaukasus sorgen werden. Man darf daher auf den weiteren Verlauf der Operationen gespannt sein.“ In den Betrachtungen von 1. und 6. Febr. wurde die Lage weiter geschildert, die Ausdehnung der Offensive auf den Flügeln analysiert, das Vordringen der Russen am Wan und Urmiassee behandelt und gesagt, daß sie, wenn Erzerum falle, unter Umständen in die Gegend von Diarbekr und an die großen Karawanenstrassen gelangen könnten, welche die Verbindungen mit Syrien und Mesopotamien herstellen. Endlich wurde festgestellt, daß alles auf die Festigkeit von Erzerum ankomme, und nun hat sich gezeigt, daß es den Türken nicht gelungen ist, diese Festung, ihren stärksten Rückhalt und ihre einzige Ausfallstellung an der weit vorgeschobenen Kaukasusfront zu behaupten, deren Wichtigkeit Moltke schon in den fünfziger Jahren betont hat.

Soweit man urteilen kann, muß es den Russen gelungen sein, die enormen Schwierigkeiten des Vormarsches im tiefverschneiten Bergland zu überwinden und die Festung von Südosten anzufallen, nachdem sie von Norden und Nordwesten her demonstrativ vorgegangen waren. Erzerum liegt in einem Talfessel, als Hauptfront ist die feindwärts gerichtete Seite ausgebaut (ähnlich wie dies bei den russischen Festungen in Polen der Fall war), gegen Norden wird der Platz durch das verumpfte Karasutal geschützt, das von zwei Forts beherrscht wird, dahinter die festen Werke der inneren Linie. Auch im Süden und Südwesten ist der Platz stark befestigt. Es wäre also möglich, daß es sich mehr um eine strategische

Überraschung handelt, welche die Festung gewissermaßen in der Kehle gepackt hat, wo die Verteidiger sich keines Hauptangriffs versehen.

Russische Militärkritiker haben behauptet, daß die Türken an der Kaukasusfront sehr stark seien; das ist nicht gerade wahrscheinlich, sie haben auch ihre große Offensive im Dezember 1914 nur mit drei Korps bestritten, und es ist nicht anzunehmen, daß sie jetzt an regulären Truppen dort wesentlich mehr zur Verfügung hatten. Bei der enormen Ausdehnung der Fronten war Mamud Kiamil Pascha gezwungen, sehr viel zu detachieren, und vielleicht ist er darin zu weit gegangen, hat sich am Wan- und Urmiassee durch die Russen zu exzentrischen Operationen verleiten lassen und dadurch im Zentrum zu sehr geschwächt.

Jedenfalls ist Erzerum von Judenitsch mit großer Energie angegriffen worden, und zum erstenmal in diesem Feldzug haben die Russen verstanden, ihre Kräfte am entscheidenden Punkte zur entscheidenden Operation zusammenzufassen und durchzubringen. Die weitere Entwicklung hängt davon ab, wie stark die Offensivkraft der Russen noch ist und was die Türken zur Wiederherstellung der Lage westlich Erzerum zu tun vermögen. Die Linie Trapezunt - Erzingjan - Diarbekr müssen sie unter allen Umständen behaupten. Es rächt sich, daß selbst Erzerum nur ein weit vorgeschobener Platz war, gut zum Vortragen des Angriffs auf Kars, aber von der eigentlichen türkischen Operationsbasis viel zu weit entfernt, um bei den schlechten Nachschubverhältnissen einem starken Feind gegenüber absolute Sicherheit zu bieten. Ob die Türken nach der Erledigung der Dardanellen-Aktion ihre Kräfte weiter zersplittern mußten, ob es überhaupt zu spät war, Verstärkungen nach dem Kaukasus zu leiten, was wahrscheinlicher ist, wird sich später klarstellen lassen; was ihnen am meisten fehlte, war die Bahn Angora-Trapezunt und die Beherrschung des Schwarzen Meeres.

H. St.



### Kriegskalender.

11. Februar: Nördlich des Orkneysee wird der Vorstoß einer stärkeren russischen Abteilung abgewiesen. — In Albanien besetzen unsere Truppen Tirana und die Höhen zwischen Preza und Bazar Sjal. — Nordwestlich von Vimy scheitern vier französische Angriffe. Neuerliche Beschädigung von Delfort; Räumung französischer Ortschaften an der Schweizer Grenze. — Deutsche Torpedoboote versenken an der Doggerbank den neuen Kreuzer „Arabis“. Ein deutsches U-Boot versenkt an der syrischen Küste das französische Linienschiff „Suffren“. Das französische Schiff „Duplex“ wird im Mittelmeer durch eine Seemine zerstört. — Der Zar reist zur Feldarmee.

12. Februar: Unsere Truppen räumen eine Vorpostenschanze nordwestlich Larnopol. — In Albanien greifen italienische Kräfte die von unseren Truppen westlich von Tirana genommenen Höhenstellungen vergeblich an. — Bei Flitsch erobern unsere Truppen eine feindliche Stellung im Rombongebiete. — Nach heftigstem Feuer bringen die Franzosen nordwestlich von Massiges auf 200 Meter Breite in die deutsche Stellung ein. — Italienische Gendarmerie auf Korfu. — In der Türkei wird die militärische Dienstpflicht bis zum 50. Lebensjahre ausgedehnt.



**Berichte der feindlichen Generalstäbe.**

Wien, 17. Februar. Aus dem Kriegspressequartier wird gemeldet:

**Italien.**

16. Februar. Im Tosanaabschnitt (oberes Boitetal) beschoß unsere Artillerie mit sichtbarem Erfolg Abteilungen feindlicher Truppen und Stützpunkte für Maschinengewehre. Im Seebachtale (Gailitz) rief die Tätigkeit unserer Abteilungen große Unruhe in den Linien des Gegners hervor. Im Rombonabschnitt (Flitscher Becken) wurde gestern vormittag ein neuerlicher Angriffsversuch des Feindes gegen unsere Stellungen unverzüglich abgeschlagen. Feindliche Flieger warfen einige Bomben auf die Orte in der Ebene zwischen Matifone und Nonzo. Es wurde niemand verletzt; der Sachschaden ist ganz gering.

**Rußland.**

15. Februar. Deutsche Flieger erschienen über dem Abschnitt von Riga. Der Kampf nimmt in dem ganzen Abschnitt an Lebhaftigkeit zu. Im Abschnitt von Dinaburg dauerte der heftige Kampf um einen Minentrichter bei Iluxt an. Wir besetzten den Trichter. Zwischen dem Meddumsee und dem Demmenssee besetzten unsere Truppen ein Waldstück südwestlich Rugenisch. An der

Gegend von Bripjati bei Fezierce (23 Kilometer nordwestlich von Kasalowka) griffen unsere Donkosaken einen österreichisch-ungarischen Posten an und vernichteten ihn. Am Oberlauf der Strypa beunruhigten zahlreiche Patrouillen von uns die ganze Nacht den Feind. Das durch die Patrouillen begonnene Feuer an einem Teil der Stellung in dieser Gegend dauerte den ganzen Tag über an. An der mittleren Strypa schoß unsere Artillerie gegen feindliche Flugzeuge. Ein Flugzeug wurde getroffen und fiel in den feindlichen Linien nieder.



## Vermittlung zwischen Nikita und seinen Ministern.

**Bitte der Minister an Nikita um Nominierung  
von Unterhändlern für Friedensverhandlungen.**

Wien, 17. Februar.

Das Korrespondenzbureau veröffentlicht heute folgende Mitteilung:

Am 2. d. hat der montenegrinische bevollmächtigte Minister Jovo Popovic in Begleitung des Generalsekretärs im montenegrinischen Ministerium des Aeußern, Ramabanovic, beim Vertreter des k. u. k. Ministeriums des Aeußern in Cetinje mit der Bitte vorgesprochen, er möchte einen vom montenegrinischen Ministerpräsidenten ad interim Justizminister Marko Radulovic gezeichneten Vortrag an König Nikolaus zur weiteren Beförderung übernehmen.

In dem erwähnten Schriftstück haben die montenegrinischen Minister ihren König, unter Berufung darauf, daß unsere Delegierten zur Stelle seien, um die vom König selbst erbetenen Friedensverhandlungen zu beginnen, seine Unterhändler unverzüglich nominieren und bevollmächtigen zu wollen.

Da die montenegrinischen Minister tatsächlich keine Möglichkeit besaßen, mit dem in Frankreich weilenden König in direkte Verbindung zu treten, hat die k. u. k. Regierung, nachdem sie sich der Vermittlung der königlich spanischen Regierung versichert hatte, den montenegrinischen Vortrag übernommen und der königlich spanischen Botschaft am Wiener Hofe mit dem Ersuchen um Weiterleitung übermittelt.

Auf eine bezügliche Anfrage der königlich spanischen Regierung wurde dieser eröffnet, daß die k. u. k. Regierung nichts dagegen habe, daß die französische Regierung, in deren Bereich König Nikolaus sich befindet, von dem Inhalt der für denselben bestimmten Mitteilung Kenntnis erhalte.

Vom König ist bisher keinerlei Antwort eingelangt.



187. 1916

## „Ein fröhliches Chaos“.

(Drahtmeldung unseres Sonderberichterstatters.)

Stockholm, 18. Februar. Unter dem Titel „Ein fröhliches Chaos“, gibt der „Djen“ folgende Schilderung der russischen Verhältnisse, die wir hier im Auszug wiedergeben wollen:

Das Leben in Rußland hat sich bis zur Unkenntlichkeit verwandelt. Noch vor einem Jahre hätte man von einer gewissen Ruhe sprechen können. Wenn auch der politische Horizont dunkel war, so hat man doch einen moralischen Zusammenhalt verspürt, der mit einem festen Band alle Kräfte des Landes einte. Besonders stark ist dies im letzten Sommer in Erscheinung getreten. Mit dem Herbst ist ein völliger Umschlag in der Stimmung erfolgt. Es gab einen Riß im Innern des Reiches. Die Stimmung verschlechterte sich zusehends. Die Begeisterung kühlte allmählich ab; der frische Mut ging verloren; der Wille wurde geschwächt, und ganz allmählich begann die Lüge, von der unser Reich erfüllt ist, hervorzutommen und offen ihr Antlitz zu zeigen. Die Einrichtungen, die zum Zwecke der Versorgung der Armee erstanden, arbeiteten zuerst sehr gut. Aber auch hier trat bald ein Umschwung ein, dem Gerüchte über Mißbräuche folgten. Die unwiderleglichen Tatsachen der völligen Auflösung in der ganzen Industrie, die allgemeine Nüchternheit machte seit dem Herbst einer allgemeinen Trunkenheit Platz. Das Alkoholverbot scheint nicht mehr vorhanden zu sein und wird nirgends mehr beachtet. Der Luxus und die Verschwendungssucht nahmen in einem Maße zu, daß ernste Schritte dagegen ergriffen werden mußten. Die Gewinnsucht beherrscht alle Klassen der Bevölkerung. Die Preise sind für alle Arten von Waren ins Fabelhafte gestiegen. Spekulanten und Händler benutzten die Gelegenheit, um das Publikum übers Ohr zu hauen. Die Spekulation ist eine Massenkrankheit, mit der alle Arten von Betrug, Fälschungen und Bestechungen verbunden sind. Unter dem Rascheln des Geldpapiers wird die Heimat verraten, die Bevölkerung betrogen, alles Hohe in den Schmutz gezogen. Nur das Einkommen steigt. Immer schneller und schneller greifen diese Erscheinungen um sich, und keiner tritt ihnen entgegen. Die Duma hat schweigen müssen, und die der Regierung nahestehenden Kreise haben große Worte im Munde geführt und zugehört, wie die Unordnung immer mehr zunahm und die Seele des russischen Volkes dem Verfall entgegenschritt. Alles entwickelte sich harmonisch. Sorglos und zufrieden lebten die Leute in den Tag hinein und füllten ihre Taschen mit dem leichterwordenen Gelde, und um sie herum ein unentwirrbares Durcheinander. Die Kräfte des Volkes zur Untätigkeit verdammt, die Duma in eine ägyptische Mumie verwandelt. Das Gefühl der Verantwortung schwand. Die Versuche, sich zu betätigen, wurden im Keime erstickt. Wie eine Schlange kroch überall die Verzweiflung ans Licht. Das sind die Zustände, die die Duma bei ihrer Eröffnung erwarten. Sie selbst ist machtlos und kann nur in Trauer und Zweifel zusehen. Das Land geht aber einer moralischen Verwilderung, einer Abstumpfung jeden Gefühls für bürgerliche Pflichten entgegen.

So weit der „Djen“. Nur das eine kann verwundern, daß die Zensur diesen Artikel nicht gestrichen hat.



**Der amtliche russische Bericht.**

Petersburg, 16. Februar.

Amtlicher Kriegsbericht vom Dienstag:

**Kaukasus:** Bei unserer Offensive in der Gegend von Erzerum nahmen wir nach Artillerievorbereitung noch ein Fort der Festung im Sturm. Wir erbeuteten 20 Geschütze, Munition und machten Gefangene.

Amtlicher russischer Bericht vom 16. d.; Kaukasus: Außer den beiden kürzlich besetzten Forts von Erzerum eroberten am Abend des 15. d. unsere tapferen Truppen noch sieben Forts. In unseren Händen befinden sich die Forts: Karazinbel, Tasta, Tschobandele, Tassanghez, Uzuatmen-Karatol, Uzuatmen Nr. 1, Raburga, Ortajuk, Ortajuk-Iljaveffi.

Berlin, 18. Februar. (Privat.)

Reuter meldet aus Petersburg vom 16. d.: Erzerum ist eingenommen.

Das „Berliner Tageblatt“ schreibt zum Falle der Festung: Die strategische Bedeutung der Festung Erzerum ist nicht allzu groß. Die Erinnerung an die ruhmreiche Geschichte der Stadt wird, davon dürfen wir überzeugt sein unsere türkischen Verbündeten zu ihrer Rückeroberung anspornen.



## Neuer Gewaltstreich gegen Griechenland.

### Einberufung des griechischen Kriegsrates.

N. Frankfurt a. M., 18. Februar. Die „Frankfurter Zeitung“ meldet aus Konstantinopel:

Nach amtlichen Athener Telegrammen haben die Gesandten Englands, Frankreichs, Rußlands und Italiens einen gemeinsamen Schritt beim Ministerpräsidenten Skuludis unternommen, um ihn trocken anzukündigen, daß der in Paris tagende Kriegsrat die militärische Besetzung aller griechischen Eisenbahnen und Telegraphenstationen in Thessalien und Morea durch die Ententetruppen angeordnet habe.

Die Gesandten bemerkten nur, daß, falls Griechenland sich dem Beschlusse nicht freiwillig füge, Gewalt angewendet werden würde.

Auf Grund dieser Mitteilung wurde sofort ein Kriegsrat einberufen, um über die neugeschaffene Lage zu beraten.



19. 11. 1916

**Wirtschaftliche Aktionen in Italien.**

(Telegramm der „Neuen Freien Presse“.)

Lugano, 18. Februar.

Ein Dekret gewährt die steuerfreie Einfuhr nach Italien von Maschinen und Maschinenteilen, die für die Einrichtung von Fabriken bestimmt sind, welche neue Produkte in Italien herstellen wollen. Die Steuerfreiheit währt fünf Jahre und ist auch auf die Fabrikations- und Einkommensteuer ausgedehnt.

Ein anderes Dekret ermächtigt den Finanzminister zur Ermäßigung des Einfuhrzolles auf Zucker.

Nach einer offiziellen Note der „Agenzia Italiana“ verhandelt die italienische Regierung mit der englischen wegen der Versorgung mit Kohlen der Staatsbahnen und der übrigen Staatsverwaltungen, die insgesamt weniger als ein Drittel des gesamten Kohlenbedarfes Italiens verbrauchen. Für die Beschaffung von mehr als zwei Drittel werde also der Privatindustrie freier Spielraum gelassen werden, und ihre Aufgabe werde durch die wegen der Abmachungen mit der englischen Regierung in bezug auf den staatlichen Bedarf bewirkten Ermäßigungen der Schiffsfrachten erleichtert werden. Die Regierung hat den Preis für die von den Staatsbahnen an die Kleinbahnen abzulassenden Kohlen auf 160 Lire per Tonne herabgesetzt.



**Berichte der feindlichen Generalstäbe.**

Wien, 18. Februar. Aus dem Kriegs-  
pressequartier wird gemeldet:

**Italien.**

17. Februar. Im Ronbonabschnitt (Flitscher Becken) schlugen wir eine starke Abteilung von 27er Landwehr, welche einen vorgeschobenen Posten von uns überfallen wollte, durch Sturmangriff zurück. Der Offizier, der die Abteilung befehligte, und einige Soldaten wurden gefangengenommen. Lebhaftige Tätigkeit der eigenen Patrouillen im Sabotinoabschnitt und auf dem Karstplateau führte zur Erbeutung zahlreicher im Stiche gelassener Gewehre. Auf der Front von Oslavija wurde gestern abend lebhaftige feindliche Feuer-tätigkeit durch unsere Artillerie niedergekämpft. Feindliche Batterien bei Görz und Savogna wurden nach lebhaftem Kampf zum Schweigen gebracht. Ein Flieger von uns warf Bomben auf Nabresina.



20. II. 1916

## Der Vormarsch in Albanien.

L. v. B. Wien, 19. Febr. (Priv.-Tel., zens. Freist.)  
Durch den Vorstoß nach Kavaja ist den Verteidigern von Durazzo der Landweg gegen Valona abgesperrt und unsere Truppen haben einen großen Halbkreis vom unteren Argen bis nach Kavaja gebildet. Das Gelände südlich Kavaja bietet dem Vormarsch größerer Truppenverbände bedeutend geringere Schwierigkeiten als die bereits überwundenen nordalbanischen Gebiete. Der Ort Kavaja, obwohl er zu den bedeutenderen Albanien zählt, scheint auf den ersten Blick größer zu sein, als er tatsächlich ist. Weit zerstreute Häuser beherbergen zirka 7000 Einwohner, die zum Teile Mohammedaner, Orthodoxe und Muslime sind. Kavaja, das am Ufer des Letizajflusses 18 Kilometer südöstlich von Durazzo liegt, ist von der Küste  $6\frac{1}{2}$  Kilometer entfernt und bildet den Abschluß der Bai von Durazzo. Unsere Truppen haben durch die Besetzung dieses Ortes den südlichsten Teil des Anlandes dieser Bai in Besitz. Im Nordosten und im Norden von Kavaja erhebt sich der bewaldete Höhenzug *Maneze*, der mit dem 442 Meter hohen *Kjel* kulminiert. Dieser sehr reich gegliederte Höhenzug, der in südöstlicher Richtung streicht und sich gegen das Landinnere allmählich abflacht, wird im Norden durch den Argenfluß von dem südlichen Teile des *Mali-Kuezo* getrennt. Im Südosten endet dieser Gebirgszug, der später den Namen *Callumani* annimmt, am Flusse *Stumbi*. Die aus den Truppen *Essad Paschas* bestehende Besatzung von Kavaja rettete sich zu Schiff vor der drohenden Gefangennahme.

Bekanntlich haben nach Meldung aus Salonik die Franzosen sämtliche *Wardarbrücken*, die Griechen dagegen die Flussufer von *Lopitschin* bis zur Mündung besetzt. Südlich von *Lopitschin* führen vier Brücken über den Fluß, über die man in die große sumpfige Ebene gelangt, die sich westlich des *Barbar* bis gegen *Berria* und *Bodena* erstreckt. Die Besetzung der *Wardarbrücken* dürfte nur dazu dienen, sich die Flanke von Norden her zu schützen, was aber die Griechen verhindern dürften, da allem Anschein nach sie nicht gewillt sind, eine weitere Ausdehnung der Entente-Truppen zu dulden.



## Die Italiener auf Korfu.

### Erregte Debatte in der griechischen Kammer.

A. Mailand, 18. Februar. „Corriere della Sera“ meldet über die Sitzung der griechischen Kammer vom 15. d. M.:

Der Deputierte Sotallis aus Korfu protestierte gegen die Landung italienischer Truppen auf Korfu und richtete scharfe Worte gegen Italien.

Der Präsident unterbrach Sotallis, dessen Worte ungeheuren Eindruck machten.

Ministerpräsident Skuludis erwiderte, er habe im Namen der griechischen Regierung nicht nur Einspruch erhoben, sondern auch entschieden erklärt, daß er die Landung italienischer Truppen auf Korfu nicht erlaube.

Der italienische Gesandte protestierte bei Skuludis wegen der von Sotallis gebrauchten Worte.

### Die Erklärung Skuludis'.

A. Athen, 16. Februar. (Verspätet eingetroffen.)

Nach dem „Messager d'Athènes“ lautete die Erklärung, welche Ministerpräsident Skuludis in der Kammer in Beantwortung der vom Deputierten Sotallis wegen der Landung italienischer Truppen auf Korfu erhobenen Beschwerden abgab, folgendermaßen:

Die griechische Regierung stimmte nicht einer Landung italienischer Truppen auf Korfu zu. Auf die diesbezügliche Ankündigung der italienischen Regierung erklärte sie, keineswegs einer Landung italienischer Truppen zuzustimmen, aber sie konnte sich nicht entschließen, Gewalt entgegenzusetzen, weil die Verbündeten Italiens erklärten, daß sie Italien als ihnen gleichgestellt betrachten. Die Kammer wird die Bedeutung dieser meiner Worte leicht begreifen. Wir sind vor der Gewalt gewichen, ohne es zu einem Konflikt kommen zu lassen, der leider unnützlich gewesen wäre. Wir haben von diesen Mächten mehrmals die Versicherung erhalten, daß die Integrität Griechenlands werde geachtet werden und daß Korfu, sobald die Gründe, die zu seiner Besetzung führten, weggefallen sein werden, uns so werde zurückgegeben werden, wie es die Mächte heute erhielten. Ich glaube, die übertriebenen Befürchtungen, welche der Deputierte Sotallis und mit ihm die ganze griechische Nation wegen Korfus hegt, beruhigen zu können. Wir haben amtliche Zusicherungen, daß die militärischen Kräfte, welche Italien nach Korfu entsendet,

die Zahl von 50 Karabinieri nicht überschreiten werden. Ich glaube, daß diese kleine Streitmacht nach Korfu geht, um einfach die Mitwirkung Italiens den Verbündeten darzutun, und daß diese wenigen Leute nicht die Furcht eingeben können, daß eine Gefahr Korfu bedrohe.

Die italienische Regierung teilte mir mit, daß sie entsprechend der mir am 23. Jänner von den vier Mächten übergebenen Note Truppen entsenden würde, um das montenegrinische Heer aus denselben Gründen, welche die vier Verbündeten in ihrer Note erwähnten, zu geleiten. Gemäß dieser Note hatten die Verbündeten die Absicht, das serbische Heer nach Korfu zu befördern, um, wie ihre Mitteilung wörtlich besagte, es vor Hunger und Leiden zu erretten. Die griechische Regierung protestierte nicht bloß gegen die Landung von italienischen Truppen auf Korfu, sondern erklärte präzise und kategorisch, daß sie niemals einer Landung zustimmen würde. Gestern wurde die Regierung benachrichtigt, daß vorgestern 20 italienische Karabinieri in Begleitung eines Offiziers, des Generals *Marro*, früheren Militärattachés bei der italienischen Gesandtschaft in Athen, auf Korfu landeten. Ich weiß nicht, ob diese Zahl bis 50, das ist die von der italienischen Regierung angenommene Zahl, ansteigen wird. Unwahrscheinlich ist es nicht — aber ich behaupte es nicht — daß die Sendung sich auf die gestern gelandeten 20 Karabinieri beschränken wird. Ich wiederhole, daß die mir von den Verbündeten gegebenen Versicherungen kategorisch und sehr klar sind, daß nämlich ihre auf Korfu befindlichen Truppen die Insel verlassen werden, sobald die Gründe, aus denen sie hingegangen sind, geschwunden sein werden.



20.7.1916

**Die Bewaffnung der Handelsschiffe.****Debatte im amerikanischen Senat.**

W. Washington, 18. Februar. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Im Senate befürwortete Sterling eine Resolution gegen die Zustimmung der Vereinigten Staaten zur Note Deutschlands betreffs der bewaffneten Handelsschiffe. Er erklärte, Deutschlands Befehl an die Marine habe den Vereinigten Staaten die schwerste international Krise gebracht. Sterling verteidigte Englands Recht, Handelsschiffe zur Verteidigung zu bewaffnen, und fragte, was dem amerikanischen Handel geschehen würde, wenn England nicht Herrin der Meere wäre.

Senator Lodge gab zu, daß die Unterstützung des deutschen Befehls durch die Vereinigten Staaten ein unneutraler Akt sein würde.



20. II. 1916

**Oesterreich-Ungarn und Bulgarien.**

S. Sofia, 18. Februar. Zum Besuche des Königs der Bulgaren in Wien schreibt die offiziöse „Narodni Prava“: Der König der Bulgaren fand in Wien einen so herzlichen Empfang, daß sich das ganze bulgarische Volk als Gast der verbündeten Monarchie fühlte. Diese Monarchie hat uns unseren geliebten Herrscher gegeben. Mit ihrer Unterstützung konnte Bulgarien vor acht Jahren seine Unabhängigkeit proklamieren, und Oesterreich-Ungarn war es, das vor drei Jahren seine Stimme zugunsten des gedemüthigten und beraubten Bulgariens erhoben hat. Die Ereignisse haben Oesterreich-Ungarn und Bulgarien zu Nachbarn gemacht. Bulgarien fühlt sich stolz und glücklich, die Monarchie zum Nachbarn zu haben. Der Krieg hat die hohen militärischen Tugenden Oesterreich-Ungarns und Bulgariens gezeigt und sie zu einem Bündnis vereinigt, das in Zukunft der Schutz ihres Glückes und Gedeihens sein wird und von dem alle Völker der Monarchie und Bulgariens den größten Nutzen ziehen werden. Wir senden daher unsere brüderlichen Grüße den Völkern der Monarchie.



## Die englische Handelsflotte.

Eine heftige Debatte im Unterhause.

London, 18. Februar. In der gestrigen Sitzung des Unterhauses sagte Staatssekretär des Innern Samuel auf eine Anfrage, ein weiblicher Spion sei zum Tode verurteilt worden; die Todesstrafe sei in lebenslängliches Zuchthaus umgewandelt worden.

Auf eine andere Frage antwortete Premierminister Asquith, die Beschränkung der persönlichen Freiheit beziehe sich nur auf britische Untertanen feindlicher Herkunft oder mit feindlichen Verbindungen.

In Fortsetzung der Adressdebatte beantragte Peto (Unionist), das Unterhaus solle sein Bedauern darüber aussprechen, daß die Regierung die Handelsflotte nicht unter Staatskontrolle gestellt und ihre Bewegungen sowie die Frachtraten bestimmt habe. Redner führte aus, daß fast zwei Drittel der Handelsmarine für Kriegszwecke requiriert seien, daß aber von ihnen kein ökonomischer Gebrauch gemacht werde. Eine sehr beträchtliche Anzahl von Schiffen sei durch feindliche Kreuzer und später durch Unterseeboote zerstört worden. Die Handelsflotte der Mittelmächte sei ausgeschaltet gewesen und jeder Bau von neuen Schiffen habe aufgehört. Es sei nichts geschehen, um die durch den Krieg erlittenen Verluste wettzumachen. Der Schiffsmangel sei durch die Ueberfüllung der Häfen vermehrt worden; es herrsche ein Chaos in der Schifffahrtswelt. Das Verbot der Einfuhr dieser oder jener Artikel löse das Problem nicht. Nachdem die Regierung zwei Drittel der Handelsflotte requiriert habe, dürfe der Rest nicht nach dem Grundsatz des „laissez faire“ fortbestehen.

Erster Lord der Admiralität Balfour erklärte, die Admiralität handle in Schifffahrtsfragen nach dem Rate von 18 bedeutenden Reedern. Der Vorschlag, der Handelschifffahrt Frachtraten vorzuschreiben, sei unmöglich, solange die Schiffe der Alliierten und der Neutralen die Marktconjunktur benutzen dürften. Die Admiralität sei für die Verschwendung des Schiffsraumes für Regierungszwecke nicht verantwortlich, weil sie nicht die Kontrolle über andere beteiligte Ressorts besitze. Die Verschwendung des Schiffsraumes könnte vermindert werden, wenn jeder General oder Admiral, der beispielsweise Operationen im Mittelmeer ausführt, die volle Kenntnis eines erfahrenen Reeders besitze. Es bestehe ein beständiger Konflikt zwischen den Bedürfnissen des Schiffsraumes und den Bedürfnissen der Kriegführung. Der Schiffsmangel sei wesentlich eine Folge der ungeheuren Anforderungen der allgemeinen Militärpolitik der Alliierten insgesamt, nicht Englands allein. Es wäre jedoch der denkbar größte Fehler, die Militärpolitik zu beschränken oder zu ändern, selbst wenn es sich um die wichtigsten subsidiären Rücksichten handle.

Souston (Unionist) sagte, die ganze Schwierigkeit des unzureichenden Schiffsraumes sei dadurch entstanden, daß die Admiralität früher die kleinen Kriegsschiffe abgeschafft und nur Dreadnoughts, Ueberdreadnoughts und Kreuzer gebaut sowie die Handelsstraßen unbeschützt gelassen habe. Infolgedessen sei die Admiralität bei Ausbruch des Krieges genötigt gewesen, eine große Zahl von Ozeanfahrem der Handelsflotte wegzunehmen und sie als Kreuzer für andere Zwecke auszurüsten. Redner kritisierte es, daß Italien britische Schiffe beanspruche, statt die in italienischen Häfen liegenden deutschen Schiffe zu benutzen. Redner führte Beispiele für die große Verschwendung an Schiffsraum durch die Admiralität an; so wurden Dampfer in Transportdampfer verwandelt und später wieder zu Dampfern gemacht. Dies sei eine verrückte und verbrecherische Verschwendung gewesen. Für militärische Zwecke seien so viele Schiffe beansprucht worden, daß England in der Zufuhr von Lebensmitteln fast ganz von den Neutralen abhängt.

Minister Runciman erklärte, von je hundert Schiffen, die vor dem Kriege für den Handel verfügbar waren, seien jetzt nur etwa 67 verfügbar. Davon seien 21 bis 24 neutrale Schiffe. Dies zeige, in welcher gewaltigen Maße England von den Diensten der neutralen Schifffahrt abhängt. Eine Festsetzung von Höchstfrachtraten gehe nicht an. Eine der größten Gefahren wäre der Eintritt von Schiffsmangel, um die Vorräte für England, Italien, Frankreich und Rußland zu beschaffen. Die Staatskontrolle der Schifffahrt sei jetzt so weit, daß kein Schiff ohne Erlaubnis ausreisen dürfe.

Der Antrag Peto wurde abgelehnt.



## Ritchener über die Zeppeline.

St. London, 18. Februar. In der gestrigen Sitzung des Oberhauses erörterte Lord Dranmore die Zeppelinge-fahrt und fragte die Regierung, welche Maßregeln sie plane, die künftig eine größere Sicherheit gegen diese Angriffe geben würden, und ob die Regierung den Bau einer Luftschiff-Flotte beabsichtige oder andere bessere Mittel für die Verteidigung habe. Redner erklärte es als wünschenswert, daß ein Minister für Luftfahrwesen ernannt werde.

Lord Peel fragte, ob die Regierung sicher sei, daß sie den besten Flugzeugtyp besitze, um gegen die deutschen Fokker-Maschinen aufzukommen. Redner habe erfahren, daß der Bau der Flugzeuge in Farnborough nicht in den Händen von Männern liege, die eine praktische Kenntnis der Bedürfnisse der Armee in Frankreich besäßen. Die an der Front befindlichen Flugzeuge seien nicht die für Manöver und einen Angriff geeignetsten.

Minister Lord Ritchener erwiderte, die öffentliche Erörterung dieser Dinge könnte dem Feinde Information und Hilfe geben. Bei dem Bau von Flugzeugen werde alle praktische Erfahrung zu Rate gezogen. Alle neuen Typen würden im Felde ausgeprobt. Die Besprechung des Luftkrieges im Parlament und in der Presse dürfe beim Feinde nicht den Eindruck hinterlassen, als ob der durch die Luftangriffe angerichtete materielle

und moralische Schaden größer wäre, als er wirklich ist, denn das würde die Deutschen zu weiteren Angriffen ermutigen. Die bisherigen Angriffe haben die Kriegsführung nicht beeinflussen können. Redner glaube nicht, daß die Nation ihnen allzu große Bedeutung beizulegen und die Kriegsoperationen durch sie beeinflussen zu lassen wünsche. Wir haben, erklärte Redner, Vertrauen zu dem Volke, daß es seine bisherige Kaltblütigkeit bewahren wird, denn im Kriege kann man nicht immer und überall Sicherheit gewähren, sondern muß hier und da Gefahr laufen, um an den Punkten, auf die es ankommt, stark sein zu können. Das Kriegsamt dachte beim Flugwesen zunächst an die Bedürfnisse der verschiedenen Kriegsschauplätze und das Fliegerkorps verdient alle Anerkennung. Den britischen Inseln können wir nicht verbürgen, daß die Luftangriffe sich nicht wieder holen. Der Informationsdienst wird im ganzen Lande eingerichtet, um das Publikum zu warnen und die Verteidigung zu organisieren. Die Herstellung von Abwehrgeschützen hat große Schwierigkeiten gemacht, sie hat aber jetzt den Vorrang vor allem anderen Geschützweisen. Sobald die Geschütze fertig sind, werden sie über das ganze Land verteilt werden. Das Flugzeugmaterial vermehrt sich schnell. Das Kriegsamt wird nichts ungeschehen lassen, um die Verteidigung gegen Luftangriffe im höchsten Maße zu vervollkommen. Wir werden fortfahren, in der Entwicklung des Luftdienstes energische Schritte zu tun, die uns ermöglichen, den Angreifern schwersten Schaden zuzufügen.

## Eine erregte Debatte.

St. London, 16. Februar. (Verspätet eingetroffen.) (Unterhaus.)

Johnson-Sicks brachte einen Zusatzantrag zur Thronadresse ein, worin das Unterhaus seinem Bedauern darüber Ausdruck gibt, daß die Thronrede keine Maßregeln ankündige, um den Luftdienst auf eine festere und stärkere Basis zu stellen. Redner kritisierte die Untätigkeit der Regierung vor dem Kriege und ironisierte die früheren Versprechungen Churchill über die Schutzmaßregeln gegen Luftangriffe. Er hoffe, daß mit der Uebertragung der Luftverteidigung Londons an General French dem Volke nicht wieder Sand in die Augen gestreut werde. Der Redner führte weiter aus: Die Zeppeline flogen bei dem letzten Angriff auf Midlands nur 2000 bis 3000 Fuß hoch, so daß die Abwehrgeschütze sie hätten treffen müssen. Die Geschütze wurden entweder nicht benützt oder sie waren nicht da. Ein Geschütz an der Ostküste feuerte auf einen Zeppelin und schoß vorbei. Der Rückstoß war so groß, daß sich das Geschütz überschlug und nicht mehr feuern konnte. Eine Abwehrbatterie, die etwa 3000 Quadratmeilen verteidigen sollte, bestand aus zehn Maximgeschützen aus dem Burenkriege. Man könnte ebenso mit Blasrohren auf Elefanten schießen. Auch an der Westfront zeigen sich die deutschen Flugzeuge überlegen, da sie völlig ungehindert ausflären konnten.

Der Parlamentsuntersekretär des Kriegsamtens Tennant legte dar, was die Regierung alles getan habe, und sagte, solche Neben seien geeignet, Panik zu erzeugen.

Ellis Griffith bestritt, daß die Erörterung dem Zwecke diene, Panik hervorzurufen, und kritisierte die häufigen Aenderungen der Politik der Regierung die keine Verbesserungen gewesen seien.

Der Erste Lord der Admiralität Balfour erklärte, es sei bekannt, daß England unvorbereitet in den Krieg ging. Die Regierung habe nicht versäumt, Kriegsmaterial zu bestellen, aber sie habe nichts erhalten. Der Minister erwähnte, daß auch die Kriegsflotte nicht alle Geschütze habe, die sie brauche.

Henry Dalziel fragte, wann die Regierung die Geschütze bestellt habe. Es sei nicht 18, nicht 12, nicht 6 Monate her. Vor sechs Monaten seien viele Werkstätten des ganzen Landes nur halb beschäftigt gewesen und hätten gerne Aufträge für Flugzeuge angenommen. Es sei unrecht, dem Parlamente zu sagen, daß man Maschinen und Flieger nicht bekommen könnte; das wahre Geheimnis sei die völlige Nachlässigkeit der Regierung. Redner möchte wünschen, daß eine Abstimmung stattfinde.

Bonar Law versprach, dem Hause neue Gelegenheit zur Debatte zu geben. Die Regierung sei keineswegs mit dem Luftdienste daheim zufrieden; sie versuche, den Uebelständen abzuwehren.

Hierauf zog Johnson-Sicks seinen Antrag zurück.

Die Liberalen waren sehr besorgt, daß eine Abstimmung über den Antrag stattfinden könnte. Auf ihre Veranlassung gestand Premierminister Asquith zu, daß die Frage noch mal zur Debatte gestellt werde.



20. II. 1916

**Berichte der feindlichen Generalkäbe.**

Wien, 19. Februar. Aus dem Kriegs-  
pressequartier wird gemeldet:

**Italien.**

18. Februar. Feindliche Artillerieaktionen gegen Grosano im Lagarinatale, Roncegno und Borgo im Val Sugana verursachten daselbst einigen Schaden. Unsere Artillerie zerstreute feindliche Abteilungen auf der Straße von Luserna und Arbeitertrupps im Abschnitt vom Istico. Infanteriegefechte wurden im Val Sugana gemeldet. Die unsrige vertrieb den Feind und nahm ihm Gefangene ab. Am mittleren Fianzo bei Canale nahm eine eigene Batterie Kühne unter Feuer, die der Feind daselbst heimlich versammelt hatte. Am Karstplateau östlich von Vermegliano brach eine eigene Abteilung in einen feindlichen Schützengraben ein und fügte der Besatzung desselben Verluste zu.

**Rußland.**

16. Februar. Im Abschnitt von Riga wurde ein deutscher Luftballon, der nordöstlich Krepen (12 Kilometer nordwestlich Mitau) aufstieg, zum Sinken gebracht, nachdem er von unsern schweren Granaten Feuer erhalten hatte. Die feindliche schwere Artillerie beschöß heftig eine halbe Stunde lang den Brückenkopf Verküll. Im Abschnitt Düna burg gelang es uns, zwei Explosionen in einer feindlichen schweren Batterie bei Iluzt hervor-zurufen. Zwei deutsche Angriffe auf das Dorf Garbunowka und den Abschnitt nördlich davon wiesen wir ab. In der Gegend der oberen Ikwä bereitete unsere Artillerie Versuche des Gegners, auf unsere Gräben mit Bombenwerfern zu schießen. Am 14. d. griff unser Luftschiff die Stadt und den Bahnhof Bobhaje (9 Kilometer nordwestlich Dubno) an. Auf den Bahnhof wurden sieben Bomben geworfen, wovon jede ein Pud (16,38 Kilogramm) wog. Fünf Bomben zu zwei Pud und drei Bomben zu einem Pud wurden auf die Depots der Stadt geworfen. Die gegnerischen Flugzeuge, welche dem Luftschiff begegneten, wichen dem Kampf aus und flogen davon. Ein Versuch des Feindes, unsere Gräben bei Usziczko anzugreifen, wurde vereitelt. Nördlich Bojan ließ der Gegner eine Mine springen; nach einem Handgranatenkampf blieb der Trichter in unsern Händen.

17. Februar. An der Düna zwischen Jakobstadt und Düna burg beschöß der Feind heftig den Bahnhof von Mischtelg (23 Kilometer nördlich von Düna burg) und den Abschnitt zwischen dem Bahnhof von Latwonskaja und dem Bahnhof von Zargrad (21, beziehungsweise 13 Kilometer), südlich von Lievenhof. Im Abschnitt Düna burg nahm der Feind den Angriff gegen Garbunowka auf, wurde aber zurückgeworfen. Unsere Meger warfen Bomben auf ruhende Truppen im Abschnitt von Düna burg ab.

In Galizien am Dnjestr in der Gegend des Dorfes Michaleze (drei Kilometer nordwestlich von Usziczko) vereitelten wir einen Versuch des Gegners, sich unsern Gräben zu nähern.

**Frankreich.**

18. Februar, 3 Uhr nachmittags. Die Nacht verlief an der gesamten Front ruhig.

11 Uhr nachts. Im Artois brachten wir nordwestlich der Höhe 140 eine Mine zur Explosion unter einem deutschen Graben, der schwere Beschädigungen erlitt. Eine andre Mine verurteilte zwischen den beiderseitigen Gräben einen ungeheuren Trichter, dessen Südrand wir besetzten. Ein Versuch der Deutschen, uns daraus zu vertreiben, wurde durch unser Feuer glatt angehalten. In der Gegend südlich Trise führte unsere Artillerie gemeinsam mit der britischen Artillerie ein Sperrfeuer aus, das einen in Vorbereitung befindlichen feindlichen Angriff zum Scheitern brachte. Nördlich der Höhe in der Gegend der Cholerafarm richteten wir auf einen Vorsprung der feindlichen Linie ein Verstärkungsfeuer, das gute Ergebnisse zeitigte. Im oberen Obas griff der Feind nach heftiger Artillerievorbereitung unsere Stellungen nördlich von Lorgizen an und konnte einen Augenblick in unserm Graben Fuß fassen. Ein Gegenangriff vertrieb ihn sofort wieder daraus.

**Belgischer Bericht.**

Kampf mit Bombenwerfern im Abschnitt von Steenstraate, wo die Artillerie heute sehr tätig war. Ruhe an der übrigen Front.



**Oesterreich-Ungarn im Weltkrieg**

(Von unserem Korrespondenten)

nk. Wien, anfangs Februar 1916.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß insbesondere Rußland und das kleine Serbien selbst keinen so hartnäckigen Standpunkt vor Ausbruch des Krieges eingenommen hätten und daß das Vorgehen der Entente gewiß ein anderes gewesen wäre, wenn man nicht im Ausland so vielfach angenommen hätte, daß die österreichisch-ungarische Monarchie infolge angeblicher zentrifugaler Bestrebungen einzelner in ihr vertretenen Nationen so innerlich morsch sei, daß sie keinen Krieg aushalten dürfte.

Gleich der Beginn des Krieges hat aber gezeigt, wie ganz falsch diese Ansicht war. Alle Völker der Monarchie scharten sich einmütig um ihren greisen geliebten Kaiser und König, in allen Loberte gleicher Weise die Fackel der heiligen Begeisterung auf für das Recht, das auf seiner Seite stand. Die Kriegserklärung gegen Serbien und Rußland wurde mit vollem Verständnis in allen Gauen der Monarchie ausgenommen und frenetischer Jubel ertönte nach den ersten Siegen unserer tapferen Truppen und nach den glanzvollen Waffentaten unserer Verbündeten.

Mörgeleinde Stimmen des feindlichen Auslandes haben jene Kundgebungen als eine Komödie bezeichnet und in der Folge manche Erscheinungen, die dort und da unter Tschechen oder Ruthenen oder unseren Serben vorgefallen sein mögen, tendenziös aufgebauscht.

Wie falsch dies letztere ist, zeigt eine Schrift, die zugleich die treffendste Antwort auf die jüngst wieder in einem Teil der Entente-Presse neuerlich unternommenen Versuche, die Treue und Loyalität des tschechischen Volkes in ein schiefes Licht zu rücken, bildet. Eine tschechische Veröffentlichung, geschmückt mit dem Bilde des Kaisers Franz Joseph I. ist soeben zur Erinnerung an die Festversammlung erschienen, die am 2. Dezember 1915 auf Veranlassung der Verbände der tschechischen Bezirke und Städte im Königreich Böhmen von deren Vertretern veranstaltet wurde. Mehrere Hunderte von Abgeordneten jener autonomen Körperschaften traten an diesem Tag, dem 67. Jahrestag der Thronbesteigung Franz Joseph I. in Prag zusammen, um eine Huldigungsadresse an den Kaiser zu beschließen. Im Namen der gesamten Bevölkerung der tschechischen Städte und Bezirke versicherten sie den Kaiser ihrer unerschütterlichen Treue und sprachen ihren Dank aus für die wirtschaftlichen und kulturellen Fortschritte, die das „allezeit treue tschechische Volk“ während der „langjährigen segensreichen Regierung“ dieses Monarchen erzielt habe. Die Versammelten brachten einstimmig ihr festes Vertrauen zum Ausdruck, „daß die sieghaften Waffen der herrlichen Armeen allen das berühmte österreichisch-ungarische Vaterland bewohnenden Völkern einen siegreichen Frieden sichern werden“. Die trefflich ausgestattete Zeitschrift enthält die Reproduktion von Photographien dieser Versammlung, die Namen ihrer Teilnehmer und den Inhalt der gehaltenen Reden, sowie der gefaßten Resolution.

Diese Kundgebung war eine absolut spontane und sie ist im Zusammenhang mit unzähligen Auszeichnungen, Belobungen und Anerkennungen österreichisch-ungarischer Offiziere und Mannschaften tschechischer Nationalität, ein treffender neuer Beweis für die bei allen Kennern des tschechischen Volkes und seiner Geschichte aufkeimende Tatsache, daß dieses Volk — mag es auch innerpolitisch wiederholt schon zu vielfachen Schwierigkeiten Anlaß gegeben haben — gleich den übrigen Nationalitäten der Monarchie, treu zur Dynastie hält und seine Zukunft in der Kraft und Entwicklung des Reiches, das von ihm mitbegründet worden ist, sucht.

Vor einigen Tagen erschien auch eine Huldigungs-Deputation aus dem Königreich Dalmatien, das bekanntlich von Italienern, Kroaten und Serben bewohnt wird, vor dem Kaiser in Schönbrunn. Der Sprecher dieser Deputation, der Landtagspräsident Dr. Jucevic betonte, daß die glänzenden Siege unserer Truppen „hauptsächlich einer Macht zu verdanken sind, mit der die Feinde nicht gerechnet haben, nämlich der Liebe, der Treue und der Anhänglichkeit aller Völker der Monarchie an das Kaiserhaus“.

Schon früher waren ähnliche Deputationen vor dem Kaiser erschienen, um ihm zu huldigen. Wie erinnerlich, kamen im September vorigen Jahres die Ungarn und Kroaten, die in Wien begeistert empfangen wurden. Später führte Roasignore Jaidutti die Abgeordneten der Bevölkerung der Küstenländer Istriens, Görz und Südtirols in derselben Absicht vor die Stufen des Thrones. Unter besonderem Gepränge huldigten ferner die polnischen Aristokraten und die Vertreter der niederösterreichischen Städte dem Kaiser in Schönbrunn.

Alle diese Kundgebungen verdienen nicht nur eine besondere Beachtung im Ausland, weil sie — durchwegs spontan und aus innersten Gefühlen entstanden — zeigen, wie die wahre Stimmung der Völker der Monarchie ihrem greisen Monarchen gegenüber ist, sondern sie sind auch von innerpolitischem Standpunkt aus sehr bedeutsam. Sie erlauben nämlich jetzt schon die sichere Hoffnung, daß der Weltkrieg, weit entfernt, die Monarchie zu zertrümmern, wie ihre Feinde geglaubt, den künftigen nationalen Frieden innerhalb der Monarchie gewährleisten und ihre innere Einheit befestigen wird, wie jeder patriotische Oesterreicher und Ungar von Anfang an vorausgesehen hat.



## Zwischen Durazzo und Balona.

Im Conrad von Höhenborfs Lager herrscht der Geist des alten Vaters Mächtig. Der, wie alle wirklich großen Männer, oftmals verkannte, geniale österreichisch-ungarische Generalstabchef hat es fertiggebracht, den vierzehnsprachigen Heereskörper der Doppelmonarchie, diese rassenverschiedenste Armee Europas, aus einem Guß zu gestalten und mit Sicherheit und Vertrauen zu erfüllen. „Unser Conrad“ heißt heute überall im Habsburger Reich der Bescheidene, der einmal sagte, es sei für einen General in diesen Zeiten schon sehr viel, wenn er überhaupt einmal erwähnt werde. In stiller Arbeit hat er sein Vaterland vorbereitet für die großen Entscheidungen im Dreifronten-Krieg, und es, wie wir voll Bewunderung sehen, stark und wehrfähig gemacht.

Bereits als junger Offizier hat er den Karst gründlich kennen gelernt, und seine Gedanken über den Gebirgskrieg sind längst zum Allgemeingut der österreichisch-ungarischen Armee geworden. Der Siegeslauf des k. u. k. Heeres von Bosnien südwärts bis bereits gegen Balona ist sein Werk, sein Verdienst. Die aus der Bodenbeschaffenheit entspringenden Schwierigkeiten des albanischen Geländes haben wir im Abendblatt vom 19. Februar gekennzeichnet. Man staunt mit Recht, wie schnell die k. u. k. Truppen in Albanien operieren. Kaum sind sie vor Durazzo aufgetaucht, haben sie auch schon die Verbindung dieser Hafenstadt mit Balona unterbrochen. Der Gegner, der da drinnen zu bezwingen ist, ist der Erbfeind Oesterreich-Ungarns, der Verräter und Treubracher Italiens. Der hat den Widerstand organisiert. Wenn die uns zugehenden Nachrichten richtig sind, so hat Italien auf albanischem Boden zwei eigene Divisionen Infanterie stehen, zu denen sich einige tausend Mitalinge Essads und etwa ebensoviele serbische Flüchtlinge geschlagen haben dürften. Generalleutnant Vertozzi, den der römische Ministerpräsident mit der Führung der Verteidigung Albanien's betraut hat, steht vor einer schweren Aufgabe. Die ihm zur Verfügung stehenden Kräfte gruppieren sich um Durazzo, Balona und Korfu. Da die Oesterreicher-Ungarn dem Feinde bereits die Verbindung zwischen Durazzo und Balona auf dem Landwege abgeschnitten haben, steht den Italienern nur die „sehr bittere Adria“ als Operationsbasis zur Verfügung.

Wie planmäßig Conrad von Höhenborf in Albanien arbeitet, zeigte die am 9. Februar vorgenommene Besetzung von Tirana. Im gestrigen österreichisch-ungarischen Heeresbericht war die Rede von der Eroberung einer italienischen Vorstellung von Bazar Sjal, so daß unser Bundesgenosse das ganze Durazzo nördlich und östlich vorgelagerte Gebirgs Gelände in der Hand hat. Seit die Armee Köves den Arzen in seinem Mittel- und Unterlauf überschritten hat, war es her von Albanern unterstützten k. u. k. Armee möglich, Durazzo auch von Süden her anzugreifen. Daß dies geplant ist, besagte vor einigen Tagen die Meldung von der Einnahme von Kawaja.

Mit Nachdruck möchten wir unsere Leser auf die Tatsache hinweisen, daß durch den gestrigen österreichisch-ungarischen Heeresbericht festgestellt ist, daß die Italiener tatsächlich noch nicht Durazzo geräumt haben, wie immer und immer wieder aus Italien gemeldet wird. Damit sind auch unsere Zweifel an der verlogenen italienischen Darstellung glänzend gerechtfertigt. Ebensovienig ist die aus derselben wieder römischen Quelle

stammende Nachricht von der längst erfolgten Besetzung der Orte Berat und Fier richtig. Wie recht wir hatten, diese Meldungen zu bezweifeln, beweist die gleichfalls im gestrigen österreichisch-ungarischen Heeresbericht gemeldete Einnahme von Berat, Ljusna und Pertini. Von Fier aber, das etwa 26 Kilometer nördlich von Balona liegt, ist noch immer nicht die Rede.

Unser im k. u. k. Kriegspressquartier weilender Kriegsberichterstatler schildert uns in nachstehendem Drahtbericht die letzten Operationen in Albanien folgendermaßen:

K. u. k. Kriegspressquartier, 20. Februar. (Drahtbericht unseres Kriegsberichterstatlers.) Unter den ungeheuerlichen Schwierigkeiten, die das öde Bergland und die Ungangbarkeit der wenigen elenden Sammpfade bieten, sehen die k. u. k. Truppen den Vormarsch in Mittelalbanien fort. Abermals hat es einen heftigen Zusammenstoß zwischen den Vorposten oder vielmehr Nachhutten der italienischen Garnison von Durazzo und den vorgeschobenen österreichisch-ungarischen Truppen gegeben. Oesterreichisch-ungarische Heereskräfte, die vor kurzem bei Valias eine Abteilung von Gendarmen Essads sowie serbische Soldaten geschlagen haben, waren, der sogenannten Straße folgend, durch das niedere Hügel Land bis Bazar Sjal vorgebrungen, wo die Straße den Arzenbach kreuzt, um dann, durch die Küstenebene hindurchführend, Durazzo zu erreichen. Die Stellung vor Bazar Sjal war von einer italienischen Abteilung besetzt.

Während bei Bazar Sjal der Zusammenstoß zwischen Italienern und Oesterreichern-Ungarn mit dem Erfolg der Unseren endete, errangen in der Gegend von Elbassan kiptetarische Scharen unter Führung österreichisch-ungarischer Offiziere schöne Erfolge, indem sie Berat, einen der historischen Hauptorte Albanien's, eroberten. Berat liegt auf halbem Wege zwischen Elbassan und Balona. Die von anderen Albanerscharen besetzten Ortschaften Ljusna und Pertini liegen nordwestlich von Berat. Die sogenannte Armee des ententefreundlichen Albanerführers Essad, dem sein bisheriger Paschawiel jetzt nicht mehr gebührt, ist nicht imstande, stärksten Widerstand zu leisten. Die alle Reize des Landes verstoffeln, gebend eiserne Energie und der Rahmen einer klugen modernen Heeresorganisation dazu, aus den unzuverlässigen und eigentlich nur im Krieg erfahrenen Albanern brauchbare Truppen zu machen. Ein Essad konnte das nicht. Daß der k. u. k. Heeresleitung kiptetarische Banden bereits ganz gute Dienste leisten, zeigt, was mit Disziplin und Organisation in diesem Lande noch zu erreichen ist.

Karl Fr. Nowak.



## Nikitas Krieges, of.

Montenegro, im Februar.

Sicherlich hat das kleine Montenegro, dessen Widerstand nunmehr endgültig gebrochen ist, die längste Zeit über vom Kriege weit weniger verspürt, als alle anderen Länder, denen König Nikita verbündet war. Im Anfang, da die Mittelmächte sich gegen erbrüchende Ueberlegenheit des Feindes nach allen Seiten schwer genug zu wehren hatten: im Anfang war die Zeit der montenegrinischen Glorie. Putnikowitsch zog mit den brüderlichen Serben weit in österreichisch-ungarisches Land hinein; man kam sogar bis Pale, noch ein Duzend Kilometer von Serajewo entfernt. Der großserbische Traum schien sich zu erfüllen: ein Stück der Reichslande — immer schon Nikitas, immer schon Peters Traum — war gewonnen. Kühn zogen überdies montenegrinische Brigaden in die Sutomore ein, nahmen die Berge dort bis ans Meer: kühn, weil der Feind vorläufig keinen Widerstand entgegensetzte — er hatte Wichtigeres, hatte Schwächeres vorerst zu tun. Er kümmerte sich vorläufig überhaupt nicht um König Nikitas Heer, um König Nikitas Eroberung; frieblich lagen, mitten im Weltkrieg, unterm blauen Adriahimmel das Königreich Montenegro und seine neuen Provinzen...

Und so war's über ein Jahr lang ein ungetriebenes Jöpsl auch am Hofe, ein Jöpsl selbst an der Front. Der B o w e n war zwar das Wichtigste, aber, weil ihn ja niemand nehmen konnte, weil dieser „Heilige Berg“ überhaupt gar nicht antastbar war, zugleich die harmloseste Gefahr der Welt. Er war natürlich die Prestige-Angelegenheit, war der Stolz und der Riefe der Schwarzen Berge: Petrus Peter, der tüchtigste unter den Prinzen, der beliebteste unter ihnen, bekam das Kommando. In dem kleinen, einfachen Stammhause bei Negusi, aus dem die Königsfamilie ihren Ursprung herleitet, war Prinz Peters Quartier. Viel strategische Arbeit gab es dort nicht; aber häufig kam aus Cetinje das königliche Auto die Bahstraße herauf und brachte Besuche. Die Königin kam nie, die Prinzessinnen oft, der König selten. Man fuhr gern bis zur Lovcenhöhe vor, denn von unten trachte kein Schuß herauf, und die Prinzessinnen liebten es, mit dem Fernrohr nach Cattaro zu blickens: Cattaro in der blauen Bucht, das ein Klein-Paris war für alle Leute aus Cetinje, Cattaro, in der sonst des Abends Nacht verankert lag und in der Majestät Nikolaus einen seiner Paläste hatte. Prinz Peter aber liebte vor allem die Militärmusik. Sie kugelte vor dem Stammhause der Petrovitsch fast täglich. Und Prinz Peter muß Sinn für Objektivität sowohl als auch für Ironie gehabt haben. Denn die Militärmusik liebte vor allem Wiener Walzer.

Und unter den Wiener Walzern vor allem die Dreiviertelstakte aus der „Lustigen Witwe“...

Im Schloß zu Cetinje gingen die Tage, die Wochen, die Monate während des Hauptteiles des Krieges friedlich und heiter hin. Nikolaus führte seine Art, zu leben, ruhig weiter, als gäbe es keinen Krieg. Er zeigte sich gern dem Volk zu Pferde; er liebte es, mit den Gesandten, mit seinen Würdenträgern am Kartentisch — am Spielkartentisch — zu sitzen. Meist brach dabei endlich der Morgen herein, worauf der immer noch kraftstrotzende Siebziger sich auf seinen Araber zu setzen und zwei Stunden zu galoppieren pflegte. Es war oft 7 Uhr morgens, da er zu Bett ging... Bei den kleinen Gesellschaften, die man im Schloß gab, fehlte er nicht. Er hatte sicherlich eine reizende Art, mit den Prinzessinnen und den Damen des Hofes zu scherzen: sein Wit war heiter, treffend und ohne Spigen. Jetzt noch erzählt mir einer der zurückgebliebenen Herren seines Hofes die hübsche Antwort, die er in Cattaro einmal dem Kaiser Franz Joseph gab, zu dessen Besuch er herübergekommen war. Der Kaiser sah zu den ungeheuren, ragenden Kolossen empor, an deren Stamm die montenegrinische Grenze sich hinzog, und meinte lächelnd zu König Nikolaus: „Ein wenig hoch droben thront mein montenegrinischer Nachbar.“ Der montenegrinische Nachbar war nicht einen Augenblick lang verlegen: „Die Erde, Majestät, haben mir die Türken weggenommen. Das Meer besitzen die Oesterreicher. So ist mir wirklich nur der Himmel geblieben.“

Das Jöpsl des Königsjünglings teilten auch die Paläste der Prinzen. So lange Danilo im Lande weilte, gab es in seiner weißen Villa musikalische Abende, die von Partysfesten abgelöst wurden. Die Gesandten fanden sich zu Tennispartien ein. Die Frau des französischen Gesandten De la Roche, des bösesten Hebers bis ans Ende, der keinen Kriegsgefangenen ungehorsam ließ und jeden Tag einen anderen Anlaß fand, Schritte zur grundlosen Verschlechterung ihrer Lage zu unternehmen, die Gesandtenfrau und ihre Tochter sollen die meisten Siege im Tennis errufen haben. Die Turniere endeten, als Danilo das Königreich verließ. Ueberhaupt wurden von da die Tage trüber.

Die Vorräte schmolzen selbst im Königs-palaste zusammen. Die Verbündeten schickten nichts. Was doch von Zeit zu Zeit eintraf nach vielen Bittgesuchen, wurde in den Magazinen aufgestapelt. Es hatte keinen Sinn, fünfshundert Mäntel unter die Truppen zu verteilen, wenn man 20 000 brauchte. Man wollte kein Bataillon vorziehen, man wollte warten, bis man annähernd genug beisammen hatte und die Verteilung gleichmäßig vornehmen konnte. Aber draußen die Truppen, das Volk in den Städten wühlten von eingetroffenen Sendungen und begriffen nicht, weshalb sie zurückgehalten wurden. Soldaten und Volk begannen zu murren: die Stimmung wurde ungemütlich... Was der König für den eigenen Gebrauch an Mehl und Mais hatte, gab er her. Endlich aßen König, Königin, Prinzen und Dienerschaft Tag um Tag das Gleiche: Rindfleisch mit Reis. Es gab nur einen einzigen Gang. Der König schien bedrückt, alle Schönen bedrückt. Die Ausritte unterblieben. Manquam sah man den König in einem klei-

nen zweirädrigen Wagen, dessen Pferd ein Gardist führte — und ein Gardist ritt hinterdrein —, langsam im Schloßpark spazierenfahren. Aber es begann selten zu werden, daß er sich in der Stadt zeigte.

Dafür kamen immer häufiger seltsame Flieger. Zuletzt fast täglich. Die königliche Familie bezog dann ihre Kellerquartiere. Dort wurden immer Herzen bereitgehalten, ein Lehnstuhl stand für den König da. Der ganze Hof, den Koch noch unbegriffen und den Chauffeur, residierte unterirdisch. Nur die kleine übermütige Prinzessin Lenka pflegte sich gern fortzusehen und vom Schloßpark aus mit dem Heiß die Flieger zu beobachten. Wenn die Aeroplane fortjuckten, begann die Besichtigung der Schäden. Man fuhr im Auto zu den Stellen, an denen Bomben gefallen waren. Der König empfand die ständigen Umgruppierungen aus dem Salon in den Keller schieflich als recht un bequem. Er wollte oben bleiben. Es gab Auseinandersetzungen mit der Königin, es gab Bitten und Tränen. Nikita murrte und bezog wieder den Lehnstuhl mit Herzenbesuchung.

Als das Ende mit der Lovcen-Katastrophe nahte, ging in Nikitas Schloß alles brunter und drüber. Die Königin mußte mit den Prinzessinnen Hals über Kopf fort. Der König versprach, nachzukommen. Wenige Stunden später ging auch er: zu Pferde, weil er das Aussehen des abrollenden Reiseautos vermeiden wollte, bei Nacht und Nebel, von einem einzigen Getreuen begleitet. Das Auto wartete außerhalb der Stadt. Auf dem Mittsprach Nikita kein Wort, stumm blieb er auch im Auto. Als Scherzen, aller Wit war ihm vergangen.

„Es war die traurigste Fahrt, die ich mit ihm machte, und die traurigste meines Lebens.“ sagt trüb König Nikitas in Podgorica jetzt vereinsamer Chauffeur, „und alles wäre nicht notwendig gewesen — verdammte Entente...“

Karl Fr. Nowak



### Die City gegen die Regierung.

Ein Telegramm hat bereits Bericht erstattet über ein Massenmeeting in der City im Carnon Street Hotel, das am 14. d. stattgefunden und einmütig eine Resolution angenommen hat, in welcher „ernste Beunruhigung“ zum Ausdruck gebracht wurde über die enormen Quantitäten von Gütern, die dem Feinde durch die Nordsee zugehen, und die Regierung aufgefordert wird, der Flotte die Freiheit zu geben, volleren und wirksameren Gebrauch von der englischen Seemacht zu machen. Dasselbe Telegramm hat auch berichtet, daß die Namen von Mr. Asquith, Sir Edward Grey, Lord Salisbury und Mr. Runciman, wenn sie von Rednern erwähnt wurden, von der Versammlung ausgezischt wurden.

Als Hauptredner traten auf Lord Devonport und Mr. Bowles. Der letztere sagte unter anderem: Die Bürger von London hätten sich hier versammelt, weil sie nach einer Kriegsbauer von 18 Monaten ihrer Meinung Ausdruck geben wollten, daß sie mit der Methode, in der der Krieg geführt wird, nicht zufrieden seien. Der Wähler werde auf das Parlament verwiesen, das Parlament werde beherrscht von den koalitierten Parteien und die Presse werde durch den Zensur gegängelt. Es gebe daher keinen andern Ort als die City, die alte Heimat der freien Rede, wo die Beunruhigung, die ernste Sorge und tiefe Unzufriedenheit des Landes ihre Stimme erheben könnten. Die Versammlung wolle auf bestimmte Fehlgriiffe hinweisen, die bezüglich der Flotte begangen wurden, wolle darauf hinweisen, wo die Fehler liegen, und die nötige Remedur verlangen. Vom Krieg zu Lande wolle er nichts sagen; in dieser Hinsicht spreche die Landkarte deutlich genug. Auch die Luft führe schon eine herabde Sprache. Bevor wir unsere Vergeltung an Berlin nehmen, müssen wir vor allem die Mittel ausfindig machen, London zu verteidigen... Die Flotte, die voll Begierde ist, ihre Pflicht zu erfüllen, ist verwirrt und zur Verzweiflung getrieben worden durch widersprechende Proklamationen und Befehle. All die Zeit hindurch ist das Land mit Versprechungen gesättigt worden... Die Schuld an dem gegenwärtigen Stande der Dinge fällt hauptsächlich dem sklavischen Unterhause zur Last, welches seine eigene Existenz und seine Diäten ohne Rücksicht auf die Wähler prolongierte. Sie fällt noch mehr zur Last den dominierenden Mitgliedern der Regierung, die niemals Mut gezeigt haben, außer in der Verteidigung ihrer eigenen Kosten. Mr. Asquith gedachte uns zu ermutigen, indem er Sparsamkeit predigte, die Museen schloß und uns die Versicherung gab, daß er seinen

Gehalt in allen Fällen beziehen werde. Mister Lloyd George perorirte über „Silberkugeln“ für den Feind und sorgte dabei für Goldbillette für seine Freunde. (Gelächter.) Wir werden niemals diese Atmosphäre der Angst und Unentschlossenheit los werden, bis wir nicht die gegenwärtige Regierung weggesetzt haben. (Laute Cheers.) Nach neunmonatlicher Kriegsbauer hatte die Regierung ihre Niederlagen eingestehen, und sie schloß eine Allianz mit ihren parlamentarischen Gegnern, aus der ein Bastard hervorging ohne Stolz auf die Vergangenheit und ohne Hoffnung auf die Zukunft. (Gelächter.) Der Koalitionsbastard hat ebenso vollkommen versagt wie das liberale Floß. Innerhalb und außerhalb des Parlaments gibt es Männer genug, die Regierungsposten einzunehmen und begangene Fehler zu verbessern. Dem Sir Edward Grey möchte er den Rat geben, sich ins Privatleben zurückzuziehen, solange noch Zeit ist. Ernste, vielleicht schreckliche Zeiten stehen bevor. Wir hoffen, daß mit Hilfe unsrer Verbündeten der Landsieg uns nicht fehlen wird. Wenn er jedoch ausbleibt, sollen wir einen schmachvollen Frieden schließen? Wenn nicht, so müssen wir auf das Meer gehen, unsre Flotte entfalten und sie ihr Bestes leisten lassen. Wir können die Geschichte des Landes nicht länger in den Händen von Männern lassen, die den Krieg verpfuscht haben, und wir könnten es ihnen auch nicht anvertrauen, einen ehrenvollen und dauernden Frieden zu schließen. Wir haben alles hingegeben, was wir hatten: unsre Söhne, unsern Wohlstand, unsre Rechte und unsre Freiheiten, aber wir wollen unser Land nicht aufgeben!



21. II. 1916

**Berichte der feindlichen Generalstäbe.**

Wien, 20. Februar. Aus dem Kriegs-  
pressequartier wird gemeldet:

**Italien.**

19. Februar. Längs der ganzen Front  
mannigfache Artilleriekämpfe. Als Repräsentation  
gegen die vielfachen Völkerrechtsverletzungen,  
welche der Feind mit unbilliger Hartnäckigkeit  
seit Beginn des Krieges begeht, wurden auch  
Ortschaften beschossen. Gestern vormittag  
unternahm eines unserer Capronigeschwader  
einen Angriff auf Laibach. Die kühnen Flieger  
erreichten, trotzdem sie durch das Feuer zahl-  
reicher Abwehrbatterien verfolgt wurden und  
feindliche Fluggeschwader sie angriffen,  
glücklich ihr Ziel. Durch Wolkensstreifen ließen  
sie sich zur Stadt herab und warfen einige  
Duzend Granaten, Minen und Bomben.  
Einer der Caproniapparate wurde von sechs  
österreichischen Fliegern angegriffen, um-  
zingelt und zur Landung auf feind-  
lichem Gebiet gezwungen. Die  
übrigen kehrten unverfehrt glücklich zu unsern  
Linien zurück.

**Rußland.**

18. Februar. Die Streifzüge der Zeppeline  
und Flugzeuge im Abschnitt von Riga werden  
häufiger. An vielen Stellen wurden Bomben  
abgeworfen. In der Gegend der Chaussee bei  
Baldon (15 Kilometer südwestlich von Uexküll)  
heftiger Artilleriekampf. Unsere Flieger warfen  
Bomben in die deutschen Linien südlich von  
Dalen (12 Kilometer südöstlich von Riga). In  
der Gegend von Jakobstadt verbreiteten die  
Deutschen erstickende Gase in unsern Gräben.

In Galizien warfen unsere Flieger am  
16. d. Bomben auf Buczacz. Am Dniestr setzte  
der Feind nach langer Artillerievorbereitung  
einen Angriff auf unsere Gräben bei Us-  
ciezko an, wurde aber durch Feuer abge-  
wiesen. Nordöstlich von Czernowiz zerstörte  
unsre schwere Artillerie durch Feuer eine  
feindliche Batterie.

19. Februar. Eine unserer schweren  
Batterien zwang bei Tszterna nordwestlich von  
Tarnopol einen Gesselballon zum Niedergang.  
Auf der übrigen Front Artillerie- und  
Infanteriefener und die gewöhnlichen Pa-  
trouillenkämpfe.

**Frankreich.**

19. Februar, 3 Uhr nachmittags. Im  
Artois versuchten die Deutschen gegen  
Abend nördlich Blangy einen kleinen Angriff,  
der leicht zurückgeschlagen wurde.

11 Uhr nachts. Im Artois ließen wir  
nordwestlich der Höhe 140 eine Mine unter

einem deutschen Vorsprung explodieren, der  
zerstört wurde. Zwischen der Duse und der  
Aisne nahm unsere Artillerie nördlich von  
Vic-sur-Aisne eine feindliche Infanterie-  
abteilung unter Feuer. In Lothringen Bom-  
bardement auf die feindlichen Stellungen.  
Bei Demevre wurde eine Feuersbrunst fest-  
gestellt. Im oberen Elsaß Tätigkeit unserer  
Artillerie auf die deutschen Gräben östlich  
Seppois und Lavigen.

**Belgischer Bericht.**

Der Tag war ruhig, außer in der Gegend  
von Dignude, wo einige ziemlich lebhaft  
Artilleriekämpfe stattfanden.



21./II. 1916

**Völliger Mißerfolg Briands in Rom.**

(Drahtmeldung unseres Sonderberichterstatters.)  
Lugano, 20. Februar. Das Tagesereignis in Italien ist ein Pariser Artikel des „Secolo“, in dem der Mitarbeiter des Blattes, Campolonghi, seit langem das rein französische Sprachrohr Briands und Poincarés, den vollständigen Mißerfolg der Reise Briands feststellt, um Italien durch Drohungen mit der Mißstimmung Frankreichs gefügig zu machen. Campolonghi erklärt zunächst:

Briand verlangte keine Kriegserklärung an Deutschland, weil die restlose Annahme der übrigen Vorschläge Frankreichs Italien früher oder später in den tatsächlichen Kriegszustand mit Deutschland gestellt hätte. Diese Vorschläge Frankreichs und Englands betrafen sofortige Schaffung zweier permanenter Konferenzen in Paris, eine politische und eine militärische, die direkt über alle Kriegshandlungen des Vierverbandes ohne die Befragung der Regierungen für jeden einzelnen Fall entscheiden sollten. Diese Vorschläge hat Italien rundweg abgelehnt, wie Campolonghi voll Bitterkeit enthüllt. Italien stimmte nur der Einberufung einer vorbereitenden Konferenz in Paris zu, die erst über die Zweckmäßigkeit der Einrichtung permanenter Konferenzen entscheiden soll. Dieser Vorschlag hat die Engländer und Franzosen sehr verstimmt. Sie drängen daher, daß wenigstens Sonnino, Cadorna oder Salandra persönlich nach Paris gehen.

Der „Secolo“ schließt seinen Artikel mit einem heftigen Angriff gegen die Regierung, die eine höchst unsichere Lage geschaffen habe. Entweder, sagt das Blatt, hält man die Vorschläge Briands für annehmbar, dann empfahl sich ihre Annahme ohne Verzögerung, oder man hält sie für unannehmbar, und dann erweckt man durch die Verzögerung bei den Verbündeten eine gefährliche Täuschung.

Der Artikel erregt ungeheures Aufsehen. Daß die Verbündeten Italien in italienischen Blättern so abzulanzeln, zeigt, wohin die Dienstwilligkeit gewisser Zeitungen gegenüber Frankreich und dem Botschafter Barrère führt. Jedenfalls ist aber nunmehr der Mißerfolg der Reise Briands authentisch festgestellt.

(Drahtmeldung unseres Sonderberichterstatters.)

Genf, 20. Februar. Die Nachwirkung der Kammerdebatte über die Ausdehnung der parlamentarischen Kontrolle auf alle mobilisierten Wehrkräfte macht sich auch heute noch in allen politischen Kreisen geltend. Die Zensur Briands wütet in den Pressekommentaren. Gleichwohl bleibt von den gegen den Ministerpräsidenten gerichteten Vorwürfen, namentlich in der radikalen und der radikal-sozialistischen Presse noch genug übrig, um den allgemeinen Eindruck zu bekräftigen, daß das Kabinett nur durch die Drohung des Ministerpräsidenten mit seinem Rücktritt vor einem regelrechten Sturze gerettet wurde. Die „Humanité“ erklärt dies ausdrücklich, und auch Clemenceau nimmt die Debatte und ihr Ergebnis zum Anlaß, um den Mangel einer zielbewußten, von Sonderinteressen nicht beeinflussten Regierung zu beklagen.

Diesen Erläuterungen des Magistrats ist nicht viel hinzuzusetzen; ein Viertelpfund Butter in der Woche ist besser als nichts, und da diese Menge jedem Inhaber einer Brotkarte zusteht, so können auch köpferreiche Familien mit dieser Notmaßregel auskommen, denn eine Einschränkung im Butterverbrauch ist schließlich nicht das Schlimmste, was die Kriegszeit, die uns in anderen Dingen so opferbereit fand, von uns heischt. Einprägen muß sich aber jeder, daß die Brotkarte zwar zum Kauf von einem Viertelpfund berechtigt, aber nicht die Gewähr bietet, daß auch jeder diese Menge unbedingt erhält! Das kann erst nach und nach kommen, wenn durch die Beschränkung des Kaufes sich größere Mengen Butter ansammeln, was dadurch beschleunigt werden wird, daß den Butterhamstern das Handwerk gelegt wird. Daher muß ein jeder zunächst etwas Geduld haben bis das Reich eingreift; auch bei der Einführung der Brotkarte gab es zunächst „Stürme“, die sich rasch legten, als die Einsicht von der Notwendigkeit und von dem Nutzen der Maßregel durchdrang.

Bereits am Montag tritt die Brotkarte ihr neues Amt an; an ihrem „Jubiläumstage“, denn Montag vor genau einem Jahre trat unsere Brotkarte in Kraft. Möge dieses zufällige Zusammentreffen als gutes Vorzeichen dafür gelten, daß die Brotkarte als Butterkarte ein ebenso starkes Kampfmittel gegen die niederträchtige Aushungerungspolitik unserer Feinde sein wird bis die Reichsbutterkarte sie ablöst!

B. G.



### Nikita vom Bierverband verstoßen.

□ Berlin, 21. Februar. (Drahtbericht unseres Berliner Büros.) Die Petersburger „Birshewija Wiesdomost“ schreibt: „In der Angelegenheit der montenegrinischen Waffenspendung eingeleitete Untersuchung wurde von den Diplomaten der Entente unannehmlich beendet. Von russischer Seite nahm Giers, von italienischer Salandra und Sonnino, von französischer Denys Cochin teil. Die Genannten unterzogen die Berichte über die informativen Gespräche mit Nikita und seinem Ministerpräsidenten einer genauen Prüfung und gelangten einstimmig zu der Meinung, daß Nikita nicht in der Lage sei, die Behauptung der österreichisch-ungarischen Diplomaten anzustreifen. Es erschien erwiesen, daß die Initiative der Waffenspendung nicht von General Rubež, sondern von Nikita ausgegangen sei. Die Ententestaaten beschloßen deshalb, Nikita einen von den Hauptstädten des Bierverbandes entfernt liegenden Ort bis zum Kriegsende als Aufenthaltsort zuzuweisen. Nikita habe sich jeder politischen Tätigkeit und Neußerung fern zu halten und auch jeden Versuch, mit dem in Montenegro verbliebenen Prinzen Mirko oder anderen Persönlichkeiten in Verbindung zu treten, anzugeben.“



22./II. 1916.

## Aus der Sozialdemokratie.

**Wirkungen in der Ferne.** Reichstagsabg. Scheidemann versucht in der von seinem Fraktionskollegen Wels herausgegebenen „Fackel“ die 20 Verweigerer des Kriegskredits vom 21. Dezember zu überzeugen, daß ihre Politik „die verkehrteste ist, die man anschlagen kann, wenn man dem Frieden dienen will“. Er schreibt:

Durch ein sächsisches Parteiblatt ist kürzlich eine auch mir vorher schon bekanntgewesene Aeußerung des Ministers eines der gegen uns kriegsführenden Länder erwähnt worden. Dieser Minister soll bereits im September v. J. gesagt haben: „Wenn die deutsche Sozialdemokratie ihre Politik beibehält, müssen wir sehen, sobald wie möglich den Krieg zu beenden.“ Zwei Monate später, nachdem allerlei Schwindelnachrichten ins Ausland gekommen waren über „furchtbare Hungerrevolten“, „Straßentämpfe“, „Anwachsen der Opposition innerhalb der sozialdemokratischen Partei“ usw., soll derselbe Minister erklärt haben: „Jetzt hat sich die Situation wesentlich geändert! In Deutschland geht die Eintigkeit in die Brüche und die Hungersnot nimmt zu — nun müssen wir den Krieg nach Möglichkeit in die Länge ziehen! Je länger er dauert, um so schlimmer wird es in Deutschland, um so mehr steigen unsere Aussichten auf den Sieg!“

Inzwischen haben die französischen Sozialisten auf ihrem Kongreß eine Resolution angenommen, die nach Scheidemann in der Hauptsache aus zwei Rezepten besteht. Er sagt:

„Nach dem ersten sollen wir verfahren, damit unser Land sicher unter die Räder kommt. Nach dem zweiten Rezept sollen die französischen Sozialisten verfahren, damit sie ihrem Lande und seinem Bundesgenossen, dem Jaren, den Sieg über Deutschland sichern. Oppositionelle „Handlungen“ bei uns sind die Hoffnungen der Franzosen. Von uns verlangen sie die Ablehnung der Kredite, von den Sozialisten in der französischen Deputiertenkammer verlangen sie „gemäß den Prinzipien“ die „Bewilligung“ der Kredite, die Mittel zum Siege.“

Nun bezeichnet es Scheidemann als eine Aufgabe „der deutschen Opposition, den französischen Sozialisten auf die Pariser Resolution eine entsprechende Antwort zu geben“. — Ob sich seine Hoffnung wohl erfüllen wird?



22. / II. 1916

In Albanien

Oesterr.-ungar. Kriegspressequartier, 20. d. (Eigen. Drahtber.) Die vorzüglich durchgeführten Anordnungen der österreichisch-ungarischen Heeresleitung in Albanien zeigen bereits ihre Wirkung. Der Vormarsch der österreichischen Truppen, die alle Kommunikationshindernisse überwältigten, geht nun flott vonstatten. Gestern sind sie an der Straße bei Bazar Sjak, das nicht ganze zehn Kilometer von Durazzo liegt, auf italienische Stellungen gestoßen. Durch einen gut angelegten Angriff wurden die Italiener aus ihren Stellungen geworfen. Eine unter österreichischem Kommando stehende Skiptarengruppe stieß von Elbasan kommend gegen Berat vor und besetzte diese Stadt. Essads Anhänger, die dort standen, flüchteten in südlicher Richtung oder wurden gefangen genommen, ebenso nahmen andere Gruppen von Albanern, die unter österreichischer Führung stehen, die Orte Ljusna und Pekinj. Der Vormarsch österreichischer Truppen verengert den Halbkreis um Durazzo auch im Südosten immer mehr.

Paris, 21. d. (Havas) Man meldet dem „Petit Parisien“, daß der griechische Kreuzer „Helle“ in Durazzo eingetroffen ist, um die Griechen, die in dieser Stadt und in deren Umgebung wohnen, im Falle der Ankunft von Bulgaren und Türken zu schützen.



## Der Balkanfeldzug

Oesterreichische Fortschritte in Albanien

(Drahtbericht von unserm Kriegskorrespondenten bei der österreichisch-ungarischen Armee.)

E. L. Oesterreichisch-ungarisches Kriegspressquartier, 21. d. Die unter österreichisch-ungarischem Kommando stehenden Albanerguppen sind nun von Kavaja aus bis an die Adriaküste vorgeedrungen. Durch die Besetzung Kavajas und der Landstrecke bis zum Meer beherrschen nun die österreichisch-ungarischen Truppen den Golf von Durazzo von allen Seiten. Langsam aber sicher schließt sich der eiserne Ring um Durazzo. Durch die Besetzung der von Kavaja ausgehenden Straße zum Meer ist auch die einzige Verbindung von Durazzo

gegen Valona gesperrt, was für die künftigen Aktionen des österreichisch-ungarischen Heeres von großer Bedeutung ist. An den andern Stellen der albanischen Front entwickeln sich die Operationen ebenfalls plangemäß.

### Zur Haltung Montenegros

Paris, 22. d. (Havas) Miustowitsch veröffentlicht folgende Note: Trotz den förmlichen Erklärungen, welche der Chef der montenegrinischen Regierung, der mit der königlichen Familie nach Frankreich geflüchtet war, der Presse unlängst hat zugehen lassen, bleibt die österreichisch-deutsche Diplomatie nicht ruhig. Ihre Manipulationen zielen darauf ab, Verwirrung anzurichten und in der Oeffentlichkeit Zweifel zu verbreiten. Der österreichisch-ungarische Botschafter in Madrid hat kürzlich eine Note veröffentlicht, wonach eine Petition der im Lande verbliebenen Mitglieder der montenegrinischen Regierung dem König unterbreitet worden sein soll, damit dieser sie zum Abschluß des Friedens ermächtigt. Glücklicherweise wird keine verbündete oder neutrale Regierung auf eine derart plumpe Manipulation hereinfallen. Wenn König Nikolaus und das Haupt seiner Regierung gezwungen waren, Montenegro zu verlassen, um dem Feinde zu entgehen, nachdem sie Weisung gegeben hatten, unter keinem Vorwand in Verhandlungen einzutreten, so geschah es sicherlich nicht, um dann den Ratschlägen von Persönlichkeiten zu folgen, welche unter dem Druck des Eroberers handeln, welchen Druck dieser ja auf mannigfache Weise auszuüben imstande ist. Auch mag es gut sein, zu wiederholen, daß der König und die rechtmäßige Regierung Montenegros sich in derselben Lage befinden, wie die Herrscher und Regierungen Belgiens und Serbiens. Das Schicksal Montenegros ist durch die allein verantwortlichen Führer, die sich gegenwärtig in Frankreich befinden, dem Schutze der großen Verbündeten anheimgegeben und diese letzteren mögen versichert sein, daß jene keine Sonderverhandlungen eingehen werden.



## Die Schlacht bei Czartorysk.

Von unserm zum Ostheer entsandten Kriegsberichterstatler  
Rolf Brandt.

Bug-Armee, Anfang Februar.

Ende September hatte sich die österreichische Armee in etwa 20 Km. tief in der deutsch-österreichischen Front, das schnelle Vorrücken über Luzl hinaus gegen Nowonrussische Zentrum war an diesem 19. Oktober Kullfi. Kur zögernd gingen die russischen Spitzen weiter. Un- erreicht, als ein starker russischer Gegenstoß es rätlich er- leugbar war ein, wenn auch begrenzter, Erfolg errungen. scheinen ließ, die durch stetige Märsche und Kämpfe ermüde- aber ihn rücksichtslos auszunutzen, dazu fehlte den Russen ten Truppen bis Luzl zurückzunehmen. Mitten durch das die Enschlossenheit, während die deutsche Armeeführung alle Sumpfsgebiet wurde ein deutscher Stoß in die Kräfte zusammennahm, um den unangenehmen spitzen Reif Flanke der Russen angefehrt. Die Lage war so, daß zurückzutreiben. In schweren und aufopfernden Kämpfen, die Österreicher das linke Styr-Ufer hielten und von die hohe Anforderungen stellten, gelang dies. Die ganze Die Trockenheit hatte den Sumpf passierbar gemacht, so daß Sumpfebene des Styrbogens ist ein einziges großes Schlach- es möglich war, trotz aller Hindernisse die deutschen Kräfte teld darüber geworden. von Norden her herunterzuschieben und über Kollfi fast senk- recht auf die russische Flanke anzusehen. Kavalleriemassen gingen gleichzeitig, um zu verschleiern, gegen den Styr vor. Als die Russen schließlich die deutsche Absicht merkten, gingen sie in stuchtartigen Märschen zurück. Immerhin hatte auch die Kavallerieverseleierung ihre Schuldigkeit getan; 10.000 Gefangene, darunter 50 Offiziere, 20 Maschinengewehre waren der Gewinn der Operation, die außerdem jeden weite- ren Offensivgedanken der Russen zunächst erstickte. Bis zur Putilowka ging der Südflügel der Russen zurück, die österreichisch-ungarische Armee verfolgte sie bis hier. Im Zentrum erkürnten die deutschen Truppen Czernysz und Berecsian, die auf Sandinseln im Sumpfe beherr- schende Stützpunkte für den Uebergang zum Stellungskrieg abgeben sollten. Die weitere Linienführung am Kormin- Bach erwies sich als schwierig, da das Gelände zu versumpft war. Die Stellung mußte auf Silmki am Styr zurückgebogen werden. Der Styr-Bogen bei Czartorysk war daher auch der Planfierung von Süden ausgesetzt.

Auf dem rechten Styrufer wurden zwei Brückenköpfe bei Nowosielki und Kulikowiczyn ausgebaut und schließlich verbunden. Die Mündung der Dlonka in den Styr, einen Kilometer nördlich von Nowosielki, war ge- sichert. Nördlich der Dlonka schlossen deutsche Truppen an. Im Laufe des 16. Oktober wurde auf dem ganzen Front- abschnitt stärkeres russisches Artilleriefeuer und das Vor- schieben russischer Kräfte bemerkt. Russische Ueberläufer sagten aus, daß ein Angriff beabsichtigt sei. Die Nacht vom 16. zum 17. Oktober war sternenlos und tiefdunkel. Bei Czartorysk wurde wieder ein Ueberläufer ausgebracht. Er erklärte: ein russisches Bataillon ist durch. Die Meldung wurde noch telephonisch weitergegeben. Des Morgens um 5 Uhr erfolgte ein Frontalangriff. Die Russen setzten sechs Divisionen zum Sturm an. Gegen Kuli- kowiczyn, Nowosielki, Czartorysk und gegen Kasalowka. Bei Kasalowka wurden die österreichisch-ungarischen Truppen zurückgedrängt, hielten bei Kostindnowka in guter Stel- lung fest.

Im Styrbogen war inzwischen der Einbruch erfolgt. Der Brückenkopf Nowosielki wurde vom Rücken beschossen. Ein furchtbarer Kampf, bei dem die Russen jeden Vorteil hatten, spielte sich in dem Sumpfwald an der Dlonka ab. Die Russen gingen über Stellen vor, die man bis dahin für unpassierbar gehalten hatte. Sie sprangen in flaches Wasser, dessen Grund trug, und vermieden Biesen- stede, die den Mann, der den Sprung wagte, versinken ließ. Gleichzeitig etwa, um 7 Uhr, waren die Russen auch an den Brückenkopf von Kulikowiczyn heran und nahmen ihn. Da- mit war die gesamte Brückenkopfstellung gefallen, die Lage der Truppen in Czartorysk war entschieden. Noch glaubte man, nach rechts Anschluß zu haben, weil eine preußische Kompagnie, die sich über die Dlonka zurückgezogen hatte, den Flügel bildete, aber die Lücke war schon tief. Die Dlonka war Grenzfluß gegen die Russen geworden.

Am 18., im Morgengrauen, wurde Czartorysk von drei Seiten angegriffen. Die sibirischen Schützen stürmten in dichten Massen. Ein paar Kompagnien ostpreussischer Grenadiere, die vom linken Flügel noch hereingeworfen wurden, konnten den Truppen in Czartorysk nicht mehr helfen. In schweren und blutigen Bajonett- kämpfen fiel die Stadt, fiel ein Teil des heldenmütigen Re- giments, das sich Löwentapfer schlug.



## Der Vormarsch in Albanien.

Die Truppen des Generals v. Kövez werden bei ihrem Vormarsch durch Albanien von eingeborenen Streitkräften unterstützt, die unter der Führung österreichisch-ungarischer Offiziere stehen. In erster Linie sind sie aus Angehörigen der katholischen Bergstämme gebildet, die seit Jahrhunderten in ihren kirchlichen Verhältnissen eine Schutzherrschaft des Kaisers von Österreich anerkennen, das auch internationale Gültigkeit hatte. Die Geistlichen wurden in österreichischen Anstalten ausgebildet, entstammen aber durchweg dem Lande, nicht nur bei der Weltgeistlichkeit, sondern auch bei den Franziskanern, die zahlreiche Pfarreien haben. Die kirchliche Einteilung kennt das Erzbistum Skutari mit den Bistümern Pulati, Sapa und Alessio, das Erzbistum Ustüb, das Erzbistum Durazzo und die selbständige Abtei Alexander der Mirditen. Österreich-Ungarn erwirkte die Genehmigung der von der Kurie vorgeschlagenen Anwärter diese Stellen von der Pforte, solange die osmanische Herrschaft bestand. Der Einfluß der Geistlichkeit, besonders des Abtes von Alexander bei den Mirditen ist sehr groß. Gegen ihre Tätigkeit richteten sich in erster Linie die italienischen Umtriebe in Albanien, die damit, wie überhaupt in Mazedonien und Albanien, dem nach dem Dreibundvertrag verbündeten Nachbarn Boden abgewinnen wollten und stets mit den Feinden des Kaiserreichs zusammengingen. Essad Pascha war von jeher mit den albanischen Katholiken verfeindet und hat seinerzeit die Stellung als Gendameriekommandeur in Skutari zu argen Gewalttaten gegen sie ausgenützt, die Empörungen hervorriefen. Außer diesen Elementen sollen sich aber auch mohammedanische Albanier in größerer Zahl den österreichisch-ungarischen Truppen angeschlossen haben. Wenn auch militärisch wenig geschult, bieten diese Elemente doch als Freischaren zur Aufklärung und Marschsicherung ein geeignetes Material, das auch den Gendarmen Essad Paschas durchaus gewachsen ist, besonders bei straffer Führung durch Berufssoldaten. Nach den letzten Nachrichten haben albanische Vortruppen die Küste der Adria, nordwestlich von Kawasi, erreicht und damit die völlige Absperrung Durazzos von der Landverbindung mit Wallona durchgeführt. Die Truppen des Generals v. Kövez, die auf den Höhen westlich von Tirana Gegenstöße der Italiener abweisen, sind dann weiter gegen das Meer zu vorgedrungen und haben eine italienische Vorpostung bei Basar Schjak am Übergang der Straße von Durazzo in das Innere über den Arzenfluß genommen. Sie halten die Höhen, die das Vorgelände der Stadt beherrschen. Gleichzeitig gelang es einem österreichisch-ungarischen Unterseeboot erfolgreich gegen die Seeverbindung Durazzos vorzustößen. Auch der Bergrücken, der die Ebene von Kawaja von dem Tal des Schtumbi trennt, ist in der Hand unseres Bundesgenossen. Er erhebt sich im Mali Bittcherit zu 225 Meter und fällt nach einer Längenausdehnung von 14 Kilometern im Kap Vaghi in das Meer. Albanische Freischaren sind auch weiter im Süden aufgetreten und haben an der Straße von Elbassan nach Kawaja den Ort Pikenj am Schtumbi kurz vor dem Eintritt des Flusses in die Küstenebene, besetzt, ferner das 13 Kilometer südlich liegende Ujusna auf den Ausläufern des Gebirges und den wichtigen Knotenpunkt Berat. Überall wurden die Gendarmen Essad Paschas mit leichter Mühe vertrieben und teilweise zu Gefangenen gemacht. Bei den sehr schlechten Wegen in Albanien kann sich das Vorrücken der Truppen des Generals v. Kövez nur langsam vollziehen, aber ihre Leistungen sind der höchsten Anerkennung wert, da es weniger der feindliche Widerstand als natürliche Hindernisse sind, die überwunden werden müssen. Über die Tätigkeit der Bulgaren fehlen seit der Einnahme von Elbassan genauere Mitteilungen.

WTB Wien, 22. Febr. (Telegr.) Der österreichisch-ungarische Konsul in Korfu, Theodor Edl, dem die Flucht vor seiner Verhaftung durch die in Korfu gelandeten Franzosen gelungen ist, ist in Wien angekommen. Er schildert in der Zeit die Besetzung der Insel durch die am 10. Januar, nachts 2 Uhr, gelandeten französischen Truppen, die in Begleitung eines Geschwaders eingetroffen waren. Ein französischer Offizier erschien wiederholt im österreichisch-ungarischen Konsulat und forderte unter Gewaltandrohungen die Entfernung der österreichisch-ungarischen Fahne. Konsul Edl weigerte sich, dem Verlangen zu entsprechen, konnte aber schließlich nicht verhindern, daß die Fahne entfernt wurde. Hierauf wurden die französischen Wachen vom Konsulat zurückgezogen. Edl konnte sich nunmehr frei bewegen. Auf dem Mast vor dem Achilleion weht eine französische Fahne, oberhalb dieser befand sich längere Zeit auf dem Flaggenmast eine deutsche Kaiserkrone, die derart besetzt war, daß die Franzosen sie nicht entfernen konnten, weshalb sie schließlich den Mast absägten. Den herrlichen Park durchwühlten die Franzosen nach allen Richtungen auf der Suche nach versteckten Benzinvorräten für deutsche Unterseeboote. Es ist unnötig zu sagen, daß die Franzosen kein Benzin vorfanden. Am 5. Februar gelang es Edl endlich, Korfu zu verlassen und nach einer mehrtägigen Automobil- und Bahnreise die bulgarische Grenze zu erreichen, wo er von dem Präfekten nach Monastir gebracht wurde.

W. Basel, 22. Febr. (Telegr.) Der griechische Gesandte in Rom, Koromillas, begab sich gestern nach der Consulta, wo er eine einstündige Unterredung mit Sonnino hatte. Offenbar bemüht sich die italienische Regierung, den Zwischenfall mit Griechenland friedlich beizulegen.



22. II. 1916

### Im Anmarsch auf Durazzo.

L. v. B. Wien, 21. Febr. (Priv.-Tel., pers. Kfst.) Auf dem südöstlichen Kriegsschauplatz haben die unter Führung unserer Offiziere stehenden albanischen Abteilungen den Fluß Darci überschritten und sich der sieben Kilometer westlich von Kavaja befindlichen Küste an der Adria bemächtigt. Das adriatische Ufer ist von Saffo Bianco, der 8 Kilometer südöstlich von Durazzo knapp an die Bai herantritt, bis zur Nordspitze des Gebirges Malzija, das mit dem 108 Meter hohen Kap Vaghi die Bai von Durazzo im Süden abschließt, eine flache, ebene Küste, die sich beiderseits des Flusses Darci ausdehnt und vielfach Brackwasser führt. Das Kap Vaghi liegt in der Luftlinie etwa 20 Kilometer südlich von Durazzo.

Nach einer Luganer Meldung soll General Betozzi mit den unter seinem Kommando stehenden italienischen Truppen auf den Durazzo beherrschenden Höhen östlich der Stadt zur Verteidigung derselben Stellung genommen haben.

Nach einer anderen Meldung bestehen die albanischen Freischaren, die auf unserer Seite kämpfen, aus Mohammedanern und Christen. Die Besetzung der Stadt Berat durch diese soll nach dieser Quelle die Erhebung des gesamten süd-albanischen Berglandes gegen Italien mit sich bringen.



22. / II. 1916

## An der Front in Wolhynien.

## II. Am Strykfluß und vor Rowno.

Bei der Bugarmee, Mitte Februar.

Breit, träge und lössig fließt zwischen den feindlichen Heeren der Stryk, ein launischer Geselle, dem es beliebt, bald ordentlich und bescheiden innerhalb seiner Ufer zu bleiben, bald Wiesen und Felder ringsum seiner Herrschaft untertan zu machen. Wenn man von den Türmen der Polenburg in Luft hinabsieht auf die weite Ebene, die bald schönste Grasgaloppierbahn, bald mächtiger Stausee zum Verkehr mit flachen Motorbooten und Rähnen ist, erkennt man die Macht des Flusses, der unseren Heeren so gewaltig zu schaffen machte. Bei Luck haben wir ihn weit hinter unserer Front gelassen und die dem gleichfalls gefürchteten Gorzyn zuströmende Pułłowa ist trotz aller Tüden doch leichter zu kontrollieren. Aber weiter oben vor Czartorhyl strömt er vor unseren Gräben vorbei und es ist ein schwacher Trost, daß seine Dämme und Ueberraschungen die in tieferes Gelände eingebetteten Russen noch empfindlicher treffen als uns. Landschaftlich ist das Bild so übel nicht, wenn man über den Schützengrabenenwall schaut. Ein mächtiges silbriges Band wälzt sich vor dem Hintergrunde dunkler Wälder daher und umschlingt die hochgelegene Stadt Czartorhyl, oder besser gesagt, deren Trümmer. Gewaltige Brände haben kaum ein Haus verschont, nur die Giebelmauern der Kirche sind stehen geblieben und die dicken Quadern tragen auch den Artilleriegeschossen. Die große weiße Kirchenmauer leuchtet weithin herüber und man erkennt sogar deutlich das farbige Giebelbild, dem allerdings die Kämpfe übel mitgespielt haben.

Das Leitwort dieses Stellungskrieges heißt bauen und es gilt nicht nur für uns, sondern auch für die Russen. Und man begreift es vollkommen, wenn die Truppen viel lieber im Schützengraben liegen, als etwa in Ruhstellung, denn diese Ruhe bedeutet in doppeltem Maße bauen und wieder bauen. Im Gebiete einer einzigen Division liegen ungefähr 50 Kilometer Knüppeldämme oder, wie die Oesterreicher sagen, Prügelwege. Den Wert der dazu in den Kofitnowäldern abgeholzten Stämme berechnet man auf nahezu 4 Millionen Kronen. Das ist freilich keine geordnete Waldwirtschaft mehr, sondern Raubbau, der dem Forstmann ins Herz schneiden mag, den aber das Wohl und die Versorgung der Truppe erfordert. Daß ein großer Teil der so mißhandelten Wälder Jagdgebiete von Nikolaj Nikolajewitsch sind, verletzt den Aexten der Soldaten besondere Wucht. Ohne dies nahezu phantastische System von solchen Holzwegen wäre eine Kriegsführung mitten in den Sümpfen ganz undenkbar, in welchem Maße aber das Heranschieben der dicken Stämme und der erste Bau eines Knüppeldammes sowie die ständig nötigen Reparaturen die Kraft von Truppen wie Arbeiterbataillonen anstrengen, davon bekommt man in den Kofitnowäldern einen Begriff. Die so durch Wege erschlossenen Riesenzwälder ermöglichen aber auch erst den Ausbau der Stellungen.

Ein Ausheben von Schützengräben, ein einfaches in die Erde Graben ist ja an manchen Orten, besonders in versumpften Morasten unmöglich, weil das Grundwasser über der undurchlässigen Erdschicht, die das Absinken der Niederschläge verhindert, zu hoch steht. Deshalb müssen die Verteidigungsanlagen an einzelnen Stellen hoch gebaut werden, ein Erdwall wird hochgeworfen und dadurch entsteht vor der Deckung ein breiter mit Wasser gefüllter Graben, der gleichzeitig hinter dem starken Drahtverhaue als weitere Sicherung dienen kann. Die Erdwalldeckung selbst aber bekommt innen eine richtige Holzbekleidung aus Stämmen und Brettern und das alles muß nach allen Seiten hin gestützt und versteift, verdrachtet und verankert werden. Der Boden bekommt einen Holzrost und Gefälle nach Senkflöchern hin, aus denen Pumpwerke das aufgespeicherte Wasser in den Wassergraben von der Deckung werfen. Schwieriger ist noch der Stellungsbau auf den kleinen unbewaldeten Sanddünen. Der feine Sand rutscht, wenn er naß wird, und plakt in breiten Platten ab, wenn er dann wieder gefriert. Man versucht ihn durch besondere Vorrichtungen festzuhalten, wie breite geflochtene Astverhaue, immer wieder stürzen ganze Stellen und Gänge über Nacht polternd zusammen und es bleibt schließlich nichts übrig, als auch in diese Gräben feste Holzbalkenwände einzuziehen, Laufgräben, Unterstände, kurz alles was überhaupt benötigt wird, „mit Stämmen zu tapezieren“. Das ist in den ersten, zweiten und dritten Stellungen, in den feilichen „Riegelstellungen“, die Schutz nach ge-

fährdeten Nebenabschnitten hin bieten sollen, eine ganz ungeheuerliche Arbeit.

Sie wäre gar nicht zu leisten wenn es den Russen nicht eben so schlecht oder schlechter ginge. Die möglichst gute und geschickte Wahl der Linienführung wird im übrigen nicht nur durch militärisch-strategische, sondern in hohem Maße durch klimatisch-geographische Gründe bestimmt und so kommt es, daß die Linien der Gegner hier durch oft mehrere Kilometer breite Sumpfböden getrennt sind. Die eigentlich erste Stellung liegt dann in verhältnismäßiger Ruhe, es sind nur Beobachtungswachen aufgestellt. Die Kampflosigkeit ist zu den in die freie Zone von beiden Seiten vorgetriebenen Feldwachen gelegt und in die einzelnen Stützpunkte, von denen dann bei Tag und bei Nacht Patrouillen weiter vorgeführt werden, um das Gelände zu sichern.

Von hier geht dann die ganze Kampflust aus. Namentlich bei Nacht ist das Ausheben von Patrouillen, das Wegfangen und Ueberrumpeln von Wachen schon ein wahrer Sport geworden. Man bildet besondere Jagdkommandos unter schneidigen und unsiichtigen Führern und mit erprobten geschickten Mannschaften, die zu nächtlichen Streifen ausrücken. Große Schlachten und Gefechte zu liefern, ist nicht ihre Aufgabe, es soll da mehr mit List und nötigenfalls mit dem Kolben gearbeitet werden. Gar nicht selten gelingt es so, ein paar Russen mitten aus ihren Vorpostierungen herauszuholen, oder sie zum wenigsten, wie der Fachausdruck lautet, „garnisonsdienstfähig zu heuen“. Dann rächen sich die Russen, indem sie die Stützpunkte oder die Ausnahmestellungen etwas mit Artilleriefeuer bedecken und dafür folgt die Strafe auf dem Fuße, ein plötzlich und überraschend auf wohlverhohlene Punkte niederprasselndes Trommelfeuer von kurzer Dauer. Das hilft dann zumeist. Wenn so die Arbeit vieler Wochen mit einem Schläge vernichtet wird und die Leute drüben von neuem anfangen müssen zu bauen und schleppen, dann hören diese Aktionen, die als ganz „persönliche Gemeinheiten“ empfunden werden, bald wieder auf und dafür verschärft sich die Hartnäckigkeit und Kühnheit der Jagdkommandos um so mehr.

Dr. Fritz Bertheimer, Kriegsberichterstatter.



## Die neue Anleihe von zehn Milliarden in England.

### Annahme im Unterhause.

London, 21. Februar.

Ministerpräsident Asquith brachte im Unterhause eine Kreditvorlage im Betrage von 420 Millionen Pfund ein. Davon fallen 120 Millionen noch in das laufende Finanzjahr und 300 Millionen in das Finanzjahr 1916, so daß sich die gesamten Kredite für das Finanzjahr 1915/16 auf 1420 Millionen und die Kredite seit Beginn des Krieges auf 2082 Millionen belaufen.

Asquith sagte, man sei der Meinung gewesen, daß der im November bewilligte Kredit bis Mitte Februar reichen würde, er werde jedoch die Staatserfordernisse bis zum 10. März decken. (Beifall.)

London, 21. Februar.

Das Unterhaus hat die Kriegskreditvorlage einstimmig angenommen.



Altmühl,  
22./II. 1916

76

### Einberufungen in England.

R. London, 21. Februar. (Meldung des Reuterschen  
Bureaus.) Alle unverheirateten 19jährigen  
Männer wurden unter die Waffen be-  
rufen.



## Der römischen Frage Ende und Anfang.

Der bekannte Schriftsteller P. Robert von Rostk-Neck S. J. vereinigt in einem Sonderabdruck aus den „Stimmen der Zeit“ eine Reihe von historischen Erinnerungen über „Ende und Anfang der römischen Frage“. Einige dieser wertvollen Feststellungen mögen hier Platz finden.

Seitdem das Wort *Roma capitale* amtlich als Ziel der italienischen Politik ausgerufen worden war (Cavour tat dies im Turiner Parlament am 11. Oktober 1860), seitdem ein Parlamentsbeschluss es als den unwiderleglichen Volkswillen festzulege hatte (das geschah durch die Tagesordnung vom 27. März 1861), wurde in den neitalienischen Kriegen ständig und überall von der „römischen Frage“ gesprochen. Der Ausdruck kam auf zur Bezeichnung der Frage: Wie erwerben wir Rom, die Hauptstadt des Einheitsstaates? Diese römische Frage finden wir in Manifesten des Königs unzähligmal während der Sechzigerjahre in den Parlamentsreden der Minister und Abgeordneten in Turin, später Florenz, in Paris und London, in den diplomatischen Notizen der Außenminister Ricasoli, Rattazzi, Pasolini, Durando, Visconti, Venosta, in den Kundgebungen der Revolutionsparteien, in den Organen des gesamten europäischen Präsliberalismus. Als aber der Einheitsstaat die urbs orbis zur Hauptstadt Neutaliens herabgesetzt hatte, erklärten die amtlichen Stellen wie die Revolutionäre, von einer römischen Frage nichts mehr zu wissen; sie sollte als gelöst und erledigt angesehen werden. So hatte sich nach dem Jahre 1870 das Blatt gewendet. Die Päpste wiesen in ihren Protesten auf die römische Frage hin und allen Weltteilen tönte das Echo zurück: „römische Frage.“

Die erste, nahezu erschöpfende Parlamentsverhandlung über die neue römische Frage fand in der Nationalversammlung zu Versailles statt, und Thiers, der früher als Oppositionsredner mit blendender Klarheit über die italienische römische Frage gesprochen hatte, redete nun als Staatsoberhaupt mit beklemmender Verlegenheit über die katholische römische Frage. Die bischöfliche Eingabe, die zu der Versailler Debatte Anlass geboten hatte, enthielt ein Zitat aus einer Rede Thiers' vom Jahre 1865. Er traf damals den Kern der Sache, wenn auch die Wendung, deren er sich bediente, vielleicht nicht gerade die richtigste war. Er sagte damals, es war bald nach der Septembertagung: keine Nation werde die Obmacht des Papstes anerkennen, wenn er abhängig geworden wäre, oder nur die Vermutung zulässig schien er sei es. Wie zutreffend dieser Gedanke ist, kann man auch daraus abnehmen, daß er, wenigstens in anderer Fassung, im ersten Rundschreiben Benedikts XV. bequeinet. Nirgends aber ist mit beharrlicherer Treue die katholische römische Frage immer wieder vorgelegt worden als auf den Generalversammlungen der Katholiken Deutschlands und Oesterreichs. Und zugleich doch mit kluger Maßhaltung im Ausdruck, unter oft schwieriger

Verhältnissen, zumal seit das Bündnis mit Italien bestand. Logisch und formell sind nur drei Lösungen der römischen Frage denkbar: ohne Italien, gegen Italien, mit Italien. Die erste ist ausgeschlossen, da der Papst, mitten im Königreich wohnend, von dessen Regierung, Beamten, Soldaten, Gesetzen, Einrichtungen, Verfügungen, Verkehrsmitteln ringsum eingeschlossen ist. Die zweite, gegen Italien, war durch die staatspolitischen Umstände ausgeschlossen und liegt nicht in der Kompetenz „friedlicher Staatsbürger“. Bleibt die dritte Möglichkeit: mit Italien. Man kann sie verwirklicht denken durch Druck und Zwang oder durch freiwillige Entschliebung Italiens. Von italienischer Seite wird behauptet, Italien habe ja aus freier Entschliebung die römische Frage gelöst und geregelt. Indes hat es nur ein Nest von Widersprüchen hergestellt und trägt diese tragische Schuld, weshalb man hier von Hausfluch und der Erbsünde Neutaliens sprechen kann. Sie kommt darin zur Geltung, daß Italien dem Heiligen Stuhl einen internationalen Wert wegnahm, kein Einzelstaat aber in solchem Falle fähig ist, Schadenersatz zu leisten. Indem Italien dem Friedensjunktim der Entente-mächte nur unter der Bedingung beitrug, daß beim Friedensschluß keine Internationalisierung des Garantiegesetzes erfolge, noch irgend eine Veränderung dieses Gesetzes zugunsten des Papsttums, offenbarten sich von neuem die unlösbaren Widersprüche, in die es sich verwickelt hat. Durch fast ein halbes Jahrhundert hat Neutalieu sich dagegen gesträubt und es schärfstens abgelehnt, daß das Garantiegesetz, diese angeblich rein innere Angelegenheit Italiens, Gegenstand einer Verhandlung mit auswärtigen Mächten sein könne. Und nun fordert Italien selbst, daß es ihm durch ein völkerrechtliches Abkommen mit anderen Mächten verbürgt werde: durch eben den Londoner Vertrag.

Wenn ein so bedeutender Staatsmann wie Thiers, der selbst Liberaler war, den bloßen Verdacht, daß der Papst von einem Staat abhängig wäre, für eine der schwersten Erschütterungen des päpstlichen Ansehens hielt, was wäre die Folge gewesen, wenn Pius IX. das Garantiegesetz angenommen und damit eine feindliche Kammermehrheit zur Grundlage seiner gesamten äußeren Rechtsstellung gemacht hätte, sonach täglich und stündlich von ihr abhängig gewesen wäre! Das einzige Mittel, einen letzten Rest von Unabhängigkeit und Freiheit zu retten, war die Nichtannahme des Garantiegesetzes, ein wahrhaft heroisches Mittel, das aber Wunder gewirkt hat. Man braucht nur die Geschichte der letzten Päpste an der Erinnerung vorbeiziehen zu lassen, um dieses Wunder gewahr zu werden, den Ausgang Pius' IX., das Walten Leo's XIII. und Pius' X. So gewiß als der Einsturz eines mehrstöckigen Hauses erfolgen müßte, wenn das unterste Stockwerk weggezogen würde, so sicher erwartete der europäische Präsliberalismus den Einsturz der Papstmacht nach der Wegnahme der weltlichen Herrschaft. Die eigentliche und wesentliche Souveränität des Heiligen Vaters, seine geistliche, war im Bewußtsein der gebildeten Welt stark verblaßt. Daher ein maßloses Erstaunen, als nach dem Sturz der weltlichen Herrschaft in den Siebziger- und Achtzigerjahren die geistliche Souveränität sich machtvoll in Erinnerung brachte und weltbekannte Erfolge errang. Lediglich aber dadurch blieb das Papsttum von Italien unabhängig, grundsätzlich und rechtlich unabhängig, daß es jenes heroische Mittel ergriff, im Vatikan zu bleiben und die Annexion der Ewigen Stadt durch das Königreich nebst deren staatspolitischen Folgen nicht anzuerkennen.

Wenn aber die weltliche Herrschaft des Papstes vor 1870 und später als unentbehrlich und notwendig bezeichnet wurde, so kann man in den Formen und Formeln, die verwendet wurden, die große Weisheit bewundern, welche als das Erbgut der römischen Kirche erscheint. Die Notwendigkeit des Kirchenstaates mußte damals in den stärksten Ausdrücken hervorgehoben werden, und doch tat man es nie so, daß allen andern Zukunftsmöglichkeiten alle Türen verriegelt worden wären. Die 265 Bischöfe, welche 1862 jene Pfingstadresse dem Papst überreichten, sagten: „Wir stehen nicht an, zu erklären, daß diese weltliche Herrschaft bei der gegenwärtigen Lage der Dinge der Kirche zum Nutzen gereicht, zu deren freier Leitung wie zur freien Leitung der Seelen durchaus notwendig ist.“ Dazu wurde vor 50 Jahren in den „Stimmen von Maria-Baach“ bemerkt und wir übernehmen nach einem halben Jahrhundert die Bemerkung als völlig zutreffend: Die hier



*Die römische Frage und Lösung.*

ausgesprochene Notwendigkeit ist eine relative und moralische; es handelt sich nicht um eine Notwendigkeit für den absoluten Bestand der Kirche, sondern um eine solche, die das Wohl der Kirche unter den gegenwärtigen Umständen durchaus verlangt.

Am Ausgang des Jahres 1861 schrieb der französische Außenminister Thonbenel an den Herzog von Gramont, der mittlerweile die Wiener Botschaft übernommen hatte, es sei die feste Absicht des Kaisers, die balkanischen Fragen, die orientalische Frage sagte man damals, zur Lösung der italienischen Frage zu verwenden. In den Kreisen der „kosmopolitischen Revolutionspartei“, König Viktor Emanuel hat selbst diesen Ausdruck gebraucht, trug man sich mit ähnlich weitgreifenden Plänen. Den in den Balkanländern und unter den Völkern der habsburgischen Monarchie glimmenden Nationalismus hoffte man zu zerstörendem Feuerbrand ansachen zu können. Viktor Emanuel nahm wiederum heimlich Fühlung mit diesen Kreisen.

Vor und unmittelbar nach der Einnahme Roms gab die italienische Regierung den internationalen Charakter der durch die Einnahme entstandenen römischen Frage zu und war bereit, in diesem Sinne mit den Mächten zu verhandeln. Wir wollen an eine Episode vom Jahre 1891 erinnern, welche ein grelles Licht auch auf das Jahr 1870 warf. Es sind die römischen Kammeritzungen vom 3. bis 7. Dezember. In der österreichischen Delegation hatte der Delegierte Zollinger am 27. November eine Interpellation über die römische Frage eingebracht, welche der Außenminister Graf Kalnoky alsbald beantwortete. Die Antwort war vorzüglich abgefaßt, hob hervor, daß das politische Bündnis mit Italien „eine der Grundlagen unserer Politik“ und der Wunsch in Oesterreich-Ungarn allgemein sei, mit Italien „in Frieden und Freundschaft zu leben“. Kalnoky äußerte zudem, „eine praktische Lösung des Problems sei noch nicht gefunden“, gemeint, nicht genannt, war die „römische Frage“; er gab dem Wunsche Ausdruck, es möge die Stellung des Heiligen Vaters eine solche sein, daß sie ihm die gebührende und notwendige Unabhängigkeit gewähren, zugleich eine solche, die den Heiligen Vater selbst befriedige. Das genügte um in Rom ein viertägiges Wort- und Redegewoge zu entfesseln. Bovio schrieb es hinaus: Für uns existiert keine römische Frage; und die Ministerbank erwiderte: Für uns existiert keine römische Frage. So Nicotera am 28. November und Rudini erklärte am 5. Dezember, das Garantiefgesetz sei ein der inneren Politik angehöriger Regierungssakt. Man blieb dabei, daß im Jahre 1871 das Garantiefgesetz zwar bei einem Paar ein internationaler Vertrag geworden wäre, der „Stern Italiens“ aber, wie Crispi sagte, das Unheil verhinderte. Crispi, der die Kammeritzungen vor der Einnahme Roms mitgemacht hat, sprach aus seinen Erinnerungen; Rudini nach den Akten des auswärtigen Amtes. Crispi erinnerte an Visconti Venostas Rundschreiben vom 29. August 1870 mit dem Vorschlag, aus dem Garantiefgesetz einen internationalen Vertrag zu machen. Hätte Europa das angenommen, so wäre Italien in „ewige Knechtschaft“ geraten. Marchese Rudini dagegen wollte die Mißstimmung gegen Oesterreich dämpfen und erinnerte an die Verdienste des Grafen Beust um Italien. Die Regierung Italiens sei verpflichtet gewesen, das Garantiefgesetz den Mächten mitzuteilen. Was war zu tun, wenn sie Änderungen wünschen? Wenn sie aber förmlich und amtlich ihre Zustimmung geben, hätte es dadurch einen halb internationalen Charakter erhalten. Da rettete Beust Italien. Er erklärt dem italienischen Geschäftsträger Curtopassi, jede Zustimmungssakts seinerseits verstoße gegen das Nicht-Interventionsprinzip, er könne das Garantiefgesetz nur zur Kenntnis nehmen. Das sei die erste Stimme gewesen, welche den wahrhaft innerstaatlichen Charakter des Garantiefgesetzes ausrief. In seinem Bemühen, die Gefühle der Kammer zu besänftigen, sagte Rudini auch ein Wort über das Bündnis mit Oesterreich-Ungarn: „Wir wissen, daß, wenn je der Tag käme, an dem die Einheit, und es gibt keine Einheit ohne Rom, an dem sage ich, die Einheit und Unabhängigkeit unseres Vaterlandes bedroht wäre, Oesterreich-Ungarn an unserer Seite stünde, sie zu verteidigen.“

Da der Delegierte Zollinger zu diesem Riesenlärm Anlaß gegeben hatte, bemerkte damals das Blatt aus der Wiener Fichtegasse im Anschluß an Rudinis Rede, „nur die Ultramontanen, die „Katholikentagsredner“, wie es hämisch und höhnisch schrieb, „nur diese Leute seien, durch die römische Frage verblendet, in dem Maße, an der Aufrichtigkeit und zuverlässigen Dauerhaftigkeit der italienischen Bündnistreue zu zweifeln“. Dasselbe Fichtegassenblatt schrieb am 8. Februar 1916 einen langen Artikel, um die Unzulänglichkeit des Garantiefgesetzes darzulegen und dessen Internationalisierung zu verlangen.



22./7. 1916

## Die wirtschaftlichen Beziehungen nach dem Kriege.

Ein Vorschlag Sasonows.

S. Petersburg, 21. Februar. Der „Rjetsch“ zufolge hat Minister des Aeußern Sasonow dem Ministerrate einen Vorschlag bezüglich einer engeren wirtschaftlichen Zusammenarbeit der Alliierten nach Beendigung des Krieges unterbreitet.



**Berichte der feindlichen Generalstabe.**

Wien, 21. Februar. Aus dem Kriegspressquartier wird gemeldet:

**Italien.**

20. Februar. Im Val Sugana fortgesetzt kleine kühne Angriffe unsrer Infanterie; der Feind verlor einige Gefangene. An der übrigen Front gewohnte Geschütztätigkeit. Unsere Artillerie bombardierte Uggowis im Sellatal, wo starke Truppen- und Trainbewegungen gemeldet waren. Ein feindlicher Flieger warf einige Bomben auf Maab, ohne uns Schaden zuzufügen.

**Frankreich.**

20. Februar, 3 Uhr nachmittags. Von der Nacht ist kein Ereignis von Bedeutung zu melden.

11 Uhr nachts. In Belgien versuchten die Deutschen nach einer heftigen Beschießung unsrer Stellungen bei Steenstraete den Herkanal zu überschreiten. Einige feindliche Gruppen gelangten bis zu unserm Schützengraben der ersten Linie, von wo sie alsbald vertrieben wurden. In der Champagne beschoss unsere Artillerie feindliche Werke nördlich von Tuhure und östlich von Nabarin. In der Argonnen sprengten wir bei Rauquois zwei Minen, welche die feindlichen Arbeiten vernichteten. Zwischen Maas und Mosel ge-

schossen unsere Batterien feindliche Werke in sehr heftige Explosion hervor. Südlich Saint-Hilaire und riefen mehrere Brände und eine der Richtung auf Etain, Barquord, Saint-Mihiel richteten wir ein vernichtendes Feuer auf die deutschen Werke westlich des Waldes von Apremont. Ein feindliches Flugzeug warf mehrere Bomben auf Düntzchen, ohne Schaden anzurichten. Ein andres deutsches Flugzeug warf in der letzten Nacht zwei Geschosse ab, die auf eine Wiese südlich Lunéville niederfielen.

**Belgischer Bericht.**

Der Tag verlief an der Front der belgischen Armee ruhig. In der Gegend von Steenstraete wurde mit Bomben gekämpft.



**Das Zauberwort „Organisation“.**

Aus einer sehr unterrichtenden Rede des Abgeordneten **Sue**, des bekannten Bergarbeitergenossen, die er über die Lage der Industrie, im Rahmen der zweiten Lesung des Stats, im preussischen Abgeordnetenhause gehalten hat, heben wir folgendes hervor:

Die Arbeitslosigkeit war in den ersten Monaten des Krieges ungeheuer groß und hat dann allmählich abgenommen. Im Laufe des Krieges sind mehr als dreißig Millionen Mark durch die freien Gewerkschaften für Arbeitslosen- und sonstige Unterstützungen ausbezahlt worden. Dazu kommen Millionen, die die anderen Gewerksvereine gezahlt haben, sowie die Summen, die aus lokalen Fonds der Gewerkschaften ausgeworfen wurden. Der Berichterstatter sprach von dem Zauberwort „Organisation“. Das kann ich besonders in Anspruch nehmen für die Organisation der Arbeiter. Jeder Arbeiter, der denkfähig ist und weiß, was er seiner Klasse, seinen Volksgenossen schuldig ist, sollte das Wort Organisation nicht nur im Munde führen, sondern sich mit feinesgleichen organisieren. Wären nicht erst 30 bis 40 Prozent, sondern 80 bis 90 Prozent der weiblichen und männlichen Arbeiter organisiert gewesen, dann hätte sich die Umorganisation der gewerblichen Verhältnisse noch leichter durchführen lassen. Alle Bestrebungen, die sich früher bemerkbar machten auf Hemmung der Arbeiterorganisationen, haben sich also als gemeinschädlich herausgestellt. Ganz bedeutende Schichten des sogenannten Mittelstandes sind durch den Krieg entweder ganz oder so gut wie ganz um ihre Selbständigkeit gebracht worden. Zahllose Existenzen aus diesem Mittelstand werden durch den Krieg in das Proletariat hinabgestürzt. Eine Unmenge von kleinen Kaufleuten und Handwerkern sieht an heute zur Fabrik gehen und ebenso zahlreiche Frauen und Mädchen des Mittelstandes. Das Angebot an Arbeitskräften ist kolossal gestiegen. Es waren 1915 an 400.000 weibliche Arbeitskräfte mehr vorhanden als offene Stellen für sie. Auch bei den Privatangestellten herrschen ähnliche Verhältnisse. Zweifellos erhält ein Teil der Arbeiter und Arbeiterinnen, namentlich soweit sie bei den großen Heereslieferungen beschäftigt sind, Löhne, die man als an emessen mit den jetzigen Lebensmittelpreisen bezeichnen kann. Aber die Lohnerhöhungen haben doch Summa Summarum einen Ausgleich für die Lebensmittelerhöhung nicht geschaffen. Wenn es nicht möglich wäre, die Lebensmittelpreise für die wichtigsten Nahrungsmittel namhaft herunterzusetzen, so müßte die notwendige Folge eine entsprechende Erhöhung der Löhne sein. Das wird dann eine starke Belastung der Produktionskosten geben, und es ist auch fraglich, ob es sich die meisten Industrien jetzt leisten können, die Löhne zu erhöhen, so daß sie einen Ausgleich bieten für die Lebensmittelerhöhung. Aber wir stehen da vor einem Dilemma: entweder — oder. Entweder Sie müssen niedrigere Lebensmittelpreise herbeiführen oder höhere Löhne; ein Drittes gibt es nicht.

Dazu kommt, daß sich ein großer Teil der Lohnerhöhungen aus Ueberstunden rekrutiert, die teilweise schon über die Kräfte der Arbeiter hinausgehen. Ich möchte die Regierung bitten, die Frage zu prüfen, ob es nicht gerade im Interesse der Förderung der Produktion richtig wäre, die Zahl der Ueberstunden zu beschränken, damit nicht schließlich die Arbeiter so erschöpft werden, daß sie die notwendigen Leistungen nicht mehr vollbringen können. Die kolossale Vermehrung der Frauenarbeit ist nicht zu übersehen. In Groß-Berlin waren Anfang 1915 468.000 weibliche Krankenkassenmitglieder, im Jänner 1916 schon 658.000. Der Berichterstatter hat in der Kommission festgestellt, daß sogar Frauen bei Nacht zwölfstündige Schichten ableisten. Es ist das in der Eisenindustrie der Fall. Selbstverständlich muß die Beschäftigung von Frauen in solchen Betrieben, die dem weiblichen Organismus besonders gefährlich sind, unterbleiben; hier handelt es sich einfach um den Schutz der Mutterschaft. Was die Entlohnung der Frauen betrifft, so wäre es gerecht, sich an den Grundsatz zu halten: für gleiche Arbeit gleicher Lohn. Ich kann aber durch Lohnzettel, auch aus der Berliner Munitionsindustrie, nachweisen, daß für Frauenarbeit, die der Leistung der Männer vollkommen gleichwertig ist, dreißig bis fünfzig Prozent weniger bezahlt wird. Dies hat der Deutsche Transportarbeiterverband insbesondere auch für den Straßenbahnbetrieb nachgewiesen, in dem bereits vierzehntausend Frauen beschäftigt sind, davon mehr als zwölftausend fünfhundert Schaffnerinnen. In einzelnen Fällen beträgt die Minderbezahlung sogar fünfzig Prozent. Auf dem Arbeitsmarkt hatten wir bei Anfang des Krieges mit Millionen Abgehender zu rechnen, bei Friedensschluß mit Millionen Zurückkommender. Da ist es notwendig, daß Reichs- und Staatsregierung an eine straffe Zentralisation des Arbeitsnachweises über das ganze Reich herangehen, und zwar unter Mitwirkung der Arbeiter- und Unternehmerorganisationen.

Die Klasse des Proletariats wird ungeheuer vermehrt durch den Krieg und die Folge ist eine Verschärfung der Klassenengefährdung. In England hat ein Großindustrieller bereits erklärt, daß man dort mit kolossalen Wirtschaftskämpfen nach dem Kriege rechne. Sollen nun die Kämpfe auch bei uns kommen? Wer hat ein Interesse daran, daß wir uns bei der allgemeinen Erschöpfung im eigenen Lande gegenseitig die Häse abschreiben? Die Gewerkschaften haben den Kampf niemals erklärt um des Kampfes willen und sie haben immer gesagt, daß sie dem Kampfe vorziehen, das Mögliche friedlich zu erreichen. Wenn aber die Arbeiter zum Kampfe gezwungen würden, dann dürfen Sie damit rechnen, daß die Arbeiter die Kampfeslust und Entschlossenheit, die sie jetzt in den Schützengräben draußen zeigen, auch auf dem wirtschaftlichen Kampfplatz erweisen werden. In diejenigen Herzen, die auf die Unternehmer Einfluß haben, richte ich die Aufforderung, den Unternehmern nahezu legen, ob es zeitgemäß ist und im allgemeinen Interesse liegt, an der auch während des Krieges beobachteten ablehnenden Haltung gegenüber den Arbeiterorganisationen festzuhalten; überlegen Sie das reiflich und fassen Sie meine Worte auf als die Mahnung eines Mannes, der wiederholt schon in der Leitung der größten wirtschaftlichen Kämpfe gestanden hat, die Deutschland erlebte, und der daher zu würdigen weiß, was ein solcher Kampf nach dem Kriege bedeuten würde. Niederlegen Sie, ob sich

diese Unternehmer nicht dem größten Teile ihrer Berufskollegen anschließen sollen, die heute schon den vormärzlichen Standpunkt der Nichtanerkennung der Arbeiterorganisationen verlassen haben. Wir sehen doch bei jeder Syndikatsverhandlung im Kohlenbergbau, wie die Unternehmer untereinander nicht zu einer Vereinbarung kommen können, wie niemand nachgeben will und wie schließlich trotz dieser scharfen Gegensätze immer wieder eine gemeinsame Verständigungslinie doch erreicht wird. Das sollte doch auch möglich sein gegenüber den Arbeiterorganisationen, namentlich angesichts der kolossalen Schwierigkeiten, die wir nach dem Kriege haben werden. Die Gewerkschaften haben wiederholt ihre Bereitwilligkeit ausgesprochen zu einer Verständigung, die im beiderseitigen Interesse liegt. Ich kann diese Bereitwilligkeit der Gewerkschaften auch heute ausprechen, die Gewerkschaften sind bereit, mit den Unternehmerorganisationen im allgemeinen Interesse zusammenzuwirken.

Der Abgeordnete **Rosenow** von der Volkspartei betonte danach: Den Ausführungen des Vorredners, daß in Zukunft jede kleinliche Behandlung der Gewerkschaften aufhören muß, stimmen wir zu. Millionen von Arbeitern haben sich in diesem schweren Kampfe Deutschlands gezeigt. Gewiß, ein einzelner Stand rückt nicht vor anderen wegen Betätigung der vaterländischen Pflichten gelobt zu werden, aber jede ungerechte Behandlung der Organisationen nach diesem Kriege wäre ein Unrecht...



### Äußerungen Bonar Law's.

#### Die wirtschaftlichen Beziehungen nach dem Kriege.

L. London, 20. Februar. (Melbung des Reuterschen Bureaus.) Bonar Law hatte eine Unterredung mit dem Korrespondenten der „New-York Times“, in der er u. a. über die ökonomische Entente der Alliierten im Kriege sagte, er glaube, daß durch den Krieg die finanziellen Differenzen werden beigelegt werden. Vor dem Kriege hatte Deutschland Westrußland durch eine Art kommerzielle Durchdringung fest in seiner Macht. Dieses Gebiet müsse in der Zukunft in anderen Händen sein, vornehmlich in denen Frankreichs und Englands. Der deutsche Handel war vor dem Kriege in Italien mächtig, sein Einfluß war in Frankreich merkbar, in England groß. Deutschland werde von vielen Märkten vertrieben werden. Die Alliierten werden wahrscheinlich eine wirtschaftliche Entente eingehen.

Bonar Law sprach ferner die Erwartung aus, daß nach dem Kriege eine Periode reger industrieller Tätigkeit anbrechen werde. Die Munitionsarbeit habe der englischen Maschinenkunde neues Leben eingehaucht, die Hilfsmittel der Produktion vermehrt, die Findigkeit und das Anpassungsvermögen des Volkes gestärkt und ihm gezeigt, was es kann.

Auf die Frage, ob der Krieg eine Veränderung der Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und Großbritannien bringen werde, antwortete Bonar Law, sie werde vielleicht kommen, wenn nämlich ein Friedensbund gegründet werde, um zu verhindern, daß sich eine Katastrophe wie die jetzige wiederhole. Falls dies ein bewaffneter Bund sein soll, müssen die Vereinigten Staaten aber stärker werden, um ihre Rolle als internationale Polizeimacht ausfüllen zu können. Nur mächtige neutrale Staaten können Übertretungen des Kriegesrechtes verhindern. In diesem Kriege fand eine derartige Intervention nicht statt. In der Zukunft würde, wenn die Rüstungen nicht ernstlich beschränkt werden, keine Macht stark genug sein, um durchzusetzen, daß die internationalen Verträge eingehalten werden und eine Wiederholung des gegenwärtigen Schreckens unmöglich gemacht wird.



## Die Frage der bewaffneten Handelschiffe.

### Erklärung des Staatssekretärs Lansing.

Nach Mitteilungen aus amerikanischen Kreisen.

Wien, 21. Februar.

Am 15. d. hat Mr. Lansing, der amerikanische Staatssekretär, in einem Interview mit den Vertretern der Presse folgende Erklärung abgegeben:

„Die Regierung der Vereinigten Staaten gibt zu, daß Kauffahrteischiffe gesetzlich das Recht haben, sich einzig für den Zweck der Verteidigung zu bewaffnen.

Die Regierung fühlt aber, daß die jetzige Regel des Völkerrechts, die es Handelschiffen der Kriegführenden erlaubt, sich zu bewaffnen, geändert werden sollte. Denn der amerikanischen Regierung erscheint das Argument vernünftig, wonach die Vermutung dafür spreche, daß ein Handelschiff für Angriffszwecke bewaffnet sei, wenn es heutzutage eine Bewaffnung führt, die es im Angriff dem Unterseeboot, gegenwärtig einer anerkannten Waffe des Seekrieges, überlegen macht.

Nichtsdestoweniger fühlt die Regierung nicht, daß sie während des Krieges eine feste Regel des Völkerrechts ohne Zustimmung der Kriegführenden Parteien abändern oder unberücksichtigt lassen kann.

Der von der amerikanischen Regierung den Ententemächten gemachte Vorschlag bezüglich eines Modus vivendi für den Schutz unbewaffneter Handelschiffe gegen einen ohne Warnung erfolgenden Angriff durch Unterseeboote ist gemacht worden, um im Interesse der Menschlichkeit die Zustimmung der Kriegführenden Mächte dazu zu erlangen, daß im gegenwärtigen Kriege jede Art von Bewaffnung von Handelschiffen entfernt werde.

Dieser Vorschlag wurde einzig den Ententemächten und nicht förmlich gemacht, und so lange er nicht von den Ententemächten angenommen ist, besteht keine Absicht, ihn den Zentralmächten zu unterbreiten.

Hoffentlich werden die Ententemächte, um die Gefahr für Menschenleben zu verringern, es möglich finden, das Arrangement zu akzeptieren. Wenn die Ententemächte es aber ablehnen, wird sich die Regierung der Vereinigten Staaten natürlich gezwungen fühlen, ihre Bemühungen zur Annahme des Modus vivendi aufzugeben und wird sich auf das gegenwärtige Gesetz stützen, daß Handelschiffe nur das Recht haben, sich für Zwecke der Verteidigung zu bewaffnen. Jedoch wird die Regierung sich frei fühlen, ihre Regeln in bezug auf die Beweise, nach welchen in amerikanischen Häfen anliegende Handelschiffe als bloß für Verteidigungszwecke bewaffnet angesehen werden können, zu ändern.

Gegenwärtig besteht nicht die Absicht, amerikanische Bürger vor dem Reizen auf Handelschiffen der Kriegführenden, die bloß für Verteidigungszwecke mit Geschützen besücht sind, zu warnen.

Wenn Amerikaner auf einem so bewaffneten Handelschiff ihr Leben infolge eines ohne Warnung erfolgten Unterseebootangriffes verlieren sollten, wird es notwendig sein, dies als einen Bruch des Völkerrechts und der förmlichen Zusicherungen der deutschen Regierung zu betrachten. Jedoch wird jeder einzelne Fall, bevor man sich zur Aktion entschließt, in bezug auf den Tatbestand untersucht werden müssen.

Bis jetzt hat Amerika bei den Zentralmächten nicht protestiert wegen ihrer neuerlichen Erklärung in bezug auf den Unterseebootkrieg. Jedoch mag die amerikanische Regierung vielleicht bei diesen Mächten anfragen, wie sie zwischen bewaffneten und unbewaffneten Handelschiffen unterscheiden wolle.“

## Die Auffassung Amerikas nach der Erklärung des Staatssekretärs.

Nach dem oben mitgeteilten authentischen Wortlaut der Erklärung des amerikanischen Staatssekretärs in der Frage der bewaffneten Handelschiffe läßt sich die gegenwärtige Auffassung der amerikanischen Regierung folgendermaßen darstellen:

1. Amerika hält es für eine geltende Regel des Völkerrechts, daß Handelschiffe zum Zwecke der Verteidigung bewaffnet sein können; allerdings ausschließlich für die Verteidigung und nicht zum Zwecke des Angriffs.

2. Amerika hält dafür, daß die von ihm als geltend angenommene Regel, die Handelschiffen die Bewaffnung zu Verteidigungszwecken erlaubt, der Aenderung bedürftig ist.

3. Dieser Aenderung müßte jedoch von allen kriegsführenden Mächten zugestimmt werden.

4. Sollte es infolge Weigerung der Entente, jene Regel zu ändern, bei der Benützung bewaffneter Handelschiffe bleiben, so hat die amerikanische Regierung die Absicht, folgende Praxis einzuschlagen:

a) sie behält sich vor, neue Beweisregeln zur Feststellung der Frage aufzustellen, ob ein in ihre Häfen einlaufendes Schiff wirklich bloß zu Verteidigungszwecken bewaffnet ist;

b) sie wird an die amerikanischen Bürger keine Warnung vor der Benützung bewaffneter Handelschiffe ergehen lassen;

c) sollten sich Fälle ereignen, daß durch Torpedierung bewaffneter Handelschiffe amerikanische Staatsbürger geschädigt werden, wird die Regierung in jedem einzelnen Fall nach den besonderen Umständen handeln.

5. Gegen die Erklärung der Zentralmächte über die bewaffneten Handelschiffe erhebt Amerika keinen Protest, behält sich jedoch vor, anzufragen, wie die Zentralmächte zwischen bewaffneten und unbewaffneten Handelschiffen unterscheiden werden.

Deutlich geht aus der Erklärung des Staatssekretärs Lansing hervor, daß die Angelegenheit der „Lusitania“ von der amerikanischen Regierung nicht mit der neuen Frage der bewaffneten Handelschiffe in Zusammenhang gebracht wird. Die Regelung des „Lusitania“-Falles, die bekanntlich im wesentlichen beigelegt ist, geht unbehindert und unbeeinflusst durch die Erklärungen der Zentralmächte über die bewaffneten Handelschiffe ihren Gang.

## Die Auffassung Oesterreich-Ungarns und Deutschlands.

Oesterreich-Ungarn und Deutschland haben ihre Haltung gegenüber den bewaffneten Handelschiffen der Ententemächte am 10. Februar kundgegeben, Oesterreich-Ungarn in einer Zirkularnote an die Neutralen, Deutschland in einer Denkschrift. Die Zentralmächte haben danach folgende Auffassung:

1. Bewaffnete Handelschiffe sind nicht als friedliche Schiffe nach dem Völkerrecht zu betrachten, auch nicht, wenn sie nur zum Zwecke der Verteidigung bewaffnet werden.

2. Nach dem Vorgehen der bewaffneten feindlichen Handelschiffe und nach den auf englischen Kauffahrern gefundenen geheimen Instruktionen sind die Handelschiffe der Entente nicht bloß zu Verteidigungs-, sondern auch zu Angriffszwecken bewaffnet.

3. Die Zentralmächte betrachten daher jedes mit Geschützen versehene Kauffahrteischiff als kriegsführendes Schiff.

4. Nach dem 29. Februar werden die Kriegschiffe der Zentralmächte jedes bewaffnete feindliche Kauffahrteischiff als kriegsführend behandeln.

5. Die Zentralmächte teilten diese Auffassung den neutralen Mächten mit, damit diese ihre Staatsbürger vor der Benützung bewaffneter Kauffahrteischiffe warnen.

## Die bewaffneten Handelschiffe nach dem Völkerrecht.

Die amerikanische Regierung nimmt, wie die Erklärung des Staatssekretärs Lansing angibt, an, daß die Zulässigkeit der Bewaffnung von Handelschiffen zu Verteidigungszwecken



eine geltende Regel des Völkerrechts ist. Es sei daher kurz der Stand dieser Frage nach der Völkerrechtswissenschaft dargestellt:

Bis zur Pariser Seerechtsdeklaration von 1856 wurden allgemein Handelschiffe bewaffnet, um sich gegen Kaperschiffe des Feindes, die selbst nichts anderes als bewaffnete Rauffahrtschiffe waren, verteidigen zu können, eventuell, sofern sie überlegen waren, den angreifenden Kaper selbst zu überwältigen und zu kapern. Die Pariser Seerechtsdeklaration erklärte die Kaperei ein für allemal für abgeschafft. Zum Angriff auf feindliche Handelschiffe sind seither nur Kriegsschiffe berechtigt. Es stand daher außer Zweifel, daß ein Widerstand von Handelschiffen gegen die das Kriegsrecht handhabenden Kriegsschiffe nicht zulässig ist. Die Bewaffnung von Handelschiffen kam außer Übung. Das Verbot von Handlungen der zweiten Haager Konferenz von 1907 stellte nur Regeln über die Umwandlung von Handelschiffen eines kriegführenden Staates in Kriegsschiffe auf. Gegen solche aus Handels- in Kriegsfahrzeuge verwandelte Schiffe können natürlich Rauffahrtschiffe, wenn man sie genügend bewaffnet, unter Umständen wieder aussichtsreichen Widerstand leisten. Es entstand nun die Frage, ob man wieder die Bewaffnung der Handelschiffe zulassen solle. Diese Frage hat die englische Admiralität im Jahre 1913 einseitig gelöst, indem sie einen Typ von bestückten Handelschiffen schuf, allerdings mit der ausdrücklichen Bemerkung, daß die Kanonen nur zum Zweck der Verteidigung gegen „Hilfskreuzer“, das ist gegen Handelschiffe, die nach den Haager Regeln den feindlichen Seestreitkräften einverleibt sind, benützt werden. Im Verlaufe dieses Krieges hat jedoch, wie bekannt, England und nach seinem Beispiele die anderen Ententemächte die Handelschiffe auch gegen Unterseeboote, das ist also gegen Kriegsschiffe, bewaffnet. Dies die Praxis auf der Entente-Seite.

Die Rückkehr zur Bewaffnung der Handelschiffe ist sofort nach Ankündigung der englischen Admiralität im Jahre 1913 aus völkerrechtlichen Gründen, und zwar auch in England, mit großen Bedenken aufgenommen worden. Man machte geltend, daß die neue Praxis der englischen Admiralität in logischer Folge wieder zum Kaperkriege zurückführen müsse. Eine Reihe hervorragender deutscher Völkerrechtslehrer haben vor dem Kriege, in den Jahren 1913 und 1914, die Bewaffnung von Handelschiffen, weil dies mit dem neueren Völkerrechte in Widerspruch stehe, auf das schärfste bekämpft. Auf der Oxford-Tagung des Instituts für Völkerrecht im August 1913 kam die Frage, ob Handelschiffe Widerstand leisten dürfen, zur Sprache. Gegen die Lehre, daß bewaffnete Handelschiffe Widerstand leisten dürfen, haben eine Reihe von Teilnehmern mehr oder minder starke Bedenken und Vorbehalte ausgesprochen. Die Mehrheit sprach sich allerdings für das Widerstandsrecht aus und es wurde ein Satz angenommen, der den Schiffen der Kriegführenden allerdings verbietet, feindselige Handlungen gegen den Feind vorzunehmen, es ihnen jedoch gestattet, zur Verteidigung gegen den Angriff eines feindlichen Schiffes Gewalt zu brauchen.

Es fragt sich nun, welche Bedeutung dem Oxford-Beschluß zukommt. Eine Regel des vertragsmäßig vereinbarten Völkerrechts stellt er nicht dar, da er bloß die Meinung einer Privater Vereinigung von Gelehrten enthält. Neben dem vertragsmäßigen Völkerrecht gibt es allerdings auch völkerrechtliches Gewohnheitsrecht. Dieses kommt jedoch nur durch die übereinstimmende Praxis der Staaten zustande. Eine solche hat sich in der Frage der bewaffneten Handelschiffe seit der Pariser Seerechtsdeklaration nicht herausgebildet. Von 1856 bis zum Jahre 1913 kamen bewaffnete Handelschiffe in der Praxis der europäischen Staaten nicht mehr vor. Die Frage hat erst in diesem Kriege wieder Bedeutung gewonnen. Hier hat sich aber keine übereinstimmende Praxis herausgebildet, die Auffassungen gehen vielmehr auseinander.

Alle Mächte stimmen darin überein, daß bewaffnete Handelschiffe jedenfalls nicht zum Angriff übergehen dürfen. Theoretisch ist auch England dieser Meinung. Seine Praxis widerspricht aber seiner Theorie und rechtfertigt die vor dem Kriege von den Gegnern der bewaffneten Handelschiffe erhobenen Bedenken, daß der Rauffahrer, einmal

Bewaffnet, nicht bei der Verteidigung stehen bleiben werde. Diese Auffassung teilt in der Theorie auch der amerikanische Staatssekretär Lansing, denn er sagt in seiner Erklärung, der amerikanischen Regierung erscheint das Argument vernünftig, wonach die Vermutung dafür spreche, daß ein Handelschiff für Angriffszwecke bewaffnet ist, wenn es heute eine Bewaffnung führt, die es im Angriff dem Unterseeboot, gegenwärtig einer anerkannten Waffe des Seekrieges, überlegen macht.



\* (Briefe eines Wieners aus China.) Ein seit mehreren Jahren in Schanghai in China lebender Kaufmann aus Wien hat an seine Angehörigen Briefe gerichtet, aus welchen interessante Mitteilungen über die Stimmung unserer Landsleute in China während des Krieges zu entnehmen sind. Nachstehende Auszüge aus diesen Briefen wurden uns zur Verfügung gestellt: Schanghai, 24. September 1915. Die Hauptsache ist, daß es uns in der Heimat auf allen Kriegsschauplätzen gut geht. Wenn Ihr bekannte Kriegsgefangene in Sibirien habt, so könnt ihr Korrespondenzen über Schanghai vermitteln und Gelder überweisen, wie mir dies schon in zahlreichen Fällen gelungen ist. Ihr könnt mir auch allgemein gewünschte englische oder französische Grammatiken als Drucksache über Amerika zur Weiterbeförderung an die österreichischen Kriegsgefangenen schicken. Hier sind keine mehr aufzutreiben. Wir haben hier das größte Interesse an allem, was in der Heimat vorgeht. Auch gute Artikel zur Aufnahme in die deutschen Zeitungen wären sehr erwünscht. Alles wirkt aufklärend, vorbereitend für die Zeit nach dem Kriege. Es wird jetzt auch von den Deutschen eine englische Zeitung gegründet, da die Propaganda unter den Chinesen sehr wichtig ist, die nur wenig deutsch verstehen. Wer weiß, wie viele Lücken unter unseren Freunden und Bekannten durch die Verluste im Felde eingetreten sind. Wir bedauern nichts, als daß wir hier untätig sein müssen. Ich wünschte viel lieber an der Front zu sein. — Schanghai, 8. Oktober 1915. Wir haben herrliche, strahlende Herbsttage und können es gar nicht glauben, daß es auf der Welt so viel Jammer und Elend geben kann. Wir sind hier von allem ausgeschaltet und können uns kein richtiges Bild von der Zeit machen, in der wir leben. Im hiesigen Kino bekommt man sogenannte Kriegsbilder zu sehen, nichts anderes als gestellter Unsinn, britischen und französischen Ursprungs. Aber unlängst hat es Films des deutschen Generalstabes gegeben, vom deutschen Ingenieurverein besorgt. Die Vorstellungen waren von Österreichern, Deutschen sowie auch von Chinesen besucht. Zuerst hat es Bilder von unserem und vom deutschen Kaiser gegeben; es wurde die Kaiserhymne, die „Wacht am Rhein“ und „Heil dir

im Siegerkranz“ gesungen, es war schön und erhebend! Hier ist jeder zuberstlich. Unseren österreichischen Kriegsgefangenen in Sibirien geht es im allgemeinen gut, wie uns Durchreisende vielfach erzählen. Ich bitte dies zu verbreiten, es wäre vielen Frauen und Müttern ein Trost. Unsere sibirischen Kriegsgefangenen betätigen sich bei der Bevölkerung je nach ihrem Beruf und machen sich dadurch beliebt und verdienen Geld. Wir haben den Kriegsgefangenen Pakete warmer Wollfachen, Kleider, Winteranzüge, Pöster, Decken und Geld geschickt. Schokolade, Seife und ähnliche Kleinigkeiten gehen mit Feldpostbriefen, welche meist ankommen. Dieses soll unsere Landsleute zu Hause beruhigen. Uns geht es unverbiedt gut. Ihr dürft keinem Gefühl der Bangigkeit um uns Raum geben. Wir haben uns in Schanghai so eingelebt, als wären wir immer hier gewesen. — Schanghai, 5. Nov. 1915. Unsere besten Wünsche für Weihnachten und Neujahr! Wie schön wäre es, wenn dies Jahr der Frieden kommen würde! Warum eigentlich noch weiter gekämpft werden muß, weiß ich nicht. Die Tatsache, daß wir auf allen Fronten siegreich sind, ist doch nicht mehr zu ändern. Wir versprechen uns viel von der neuen großen Offensive nach Serbien, welche ja verblüffend rasch vorwärts geht. Wir sehen schon deutsch-österreichische Truppen am Suezkanal, dessen Sperrung ein kolossaler Prestigeverlust für die Engländer wäre, in Indien sowie auch hier in China. Dort ist England am meisten verwundbar. Dies können wir hier am besten beurteilen. Inzwischen haben wir mit der dritten österreichischen Kriegsanleihe viel zu tun. Es sind ganz unerwartet große Zeichnungen zugelommen. Hoffentlich ist unsere erste Zeichnung von 450.000 Kronen in den Wiener Zeitungen veröffentlicht worden. Es muß als Ansporn dienen, wenn aus China so große Beträge kommen. Die Deutschen in China haben sich auch bei der Zeichnung für unsere Kriegsanleihe als treue Bundesbrüder bewährt. Wir haben schon für die zweite Kriegsanleihe einen ansehnlichen Betrag zusammenbekommen, aber für die dritte haben wir eine weit umfassendere und energisichere Agitation aufgeben. — Schanghai, 3. Dezember 1915. Bis zu Beginn dieses Krieges hat man im Orient namentlich die Engländer gefürchtet. Nachdem der Entente Schlag auf Schlag versetzt wurde, haßt man sie und verliert die Achtung vor ihrer Weltmachtstellung. Es scheint fast unglaublich, mit welcher Spannung alle asiatischen Völker, Perser, Afghanen, Indier und Chinesen die Berichte von den Kriegsschauplätzen erwarten, und wie sich allgemeiner Jubel auslöst, wenn ein deutscher Sieg oder ein Sieg unserer Monarchie gemeldet wird. Besonders in Indien verfolgt man mit fieberhafter Spannung unsere Erfolge. Dort stimmt es an allen Ecken und Enden, und wenn wir siegreich aus diesem Kampfe gehen und es verstehen werden, Persien frei zu machen von dem Druce der Engländer im Süden und der Russen im Norden und wenn wir die kriegerischen Afghanen gewinnen, dann wird wohl in Indien ein Brand auslobern, der die Weltherrschaft Englands in Frage stellen dürfte. Täglich erscheinen die deutschen Berichte im „Ostasiatischen Bloß“. Wir sind nicht nur auf Reuters Lügenberichte angewiesen und trotz der englischen Zensur werden die deutschen Berichte nach Indien eingeschmuggelt, wo sie von Hand zu Hand gehen. Die österreichische Kriegsanleihe haben wir mit 1.100.000 Kronen abgeschlossen. Um dieses Resultat zu erzielen, bedurfte es vieler Arbeit. Wir freuen uns, wenigstens auf diesem Wege unseren patriotischen Eifer betätigt zu haben. Die österreichisch-ungarische Vereinigung für China in Schanghai ist gerne bereit, Korrespondenzen mit den österreichischen Kriegsgefangenen in Sibirien zu vermitteln und auch Gelbanweisungen, die bei der Kreditanstalt in Wien eingezahlt werden können. Die Zentrale der Hilfsaktion befindet sich in Tientsin.



**Kriegskalender.**

13. Februar: Westlich von Baranowitschi werden die Russen aus den letzten zwei Borwerken auf dem westlichen Szesawa-Ufer gemorfen. — Bulgärische Truppen besetzen Ekbasan. — Im Kambongebiete wird ein italienischer Nachtangriff abgewiesen. — In Lothringen und in den Vogesen lebhafteste Artilleriekämpfe; in der Champagne erstürmen die Deutschen südlich von Sainte Marie-a-Py die französischen Stellungen in 700 Meter Breite. Zepeline über Rouen und Havre. — In der Umgebung von Aiden werden die Engländer gemorfen. — Der britische Dampfer „Springwell“ torpediert; der französische Panzerkreuzer „Amiral Charner“ vermisst. — Große Kämpfe in China. — König Ferdinand von Bulgarien in Wien.

14. Februar: In Albanien gewinnen unsere Vortruppen den unteren Arzen. — Im Kambongebiete scheitern wieder einige italienische Angriffe. — In der Champagne werden zwei französische Gegenangriffe südlich von St. Marie-a-Py abgewiesen; nordwestlich von Lahure erstürmen die Deutschen 700 Meter der französischen Stellung, bei Obersept (an der französischen Grenze nordwestlich Pfirt) werden 400 Meter französischer Gräben erobert. — An der Kaukasusfront zunehmende Geeschäftigkeit. — Brand an der Mongolfront.



23./II. 1916.

## Die Anarchie in Persien.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

\* Budapest, 22. Februar.

In Konstantinopel traf gestern aus Persien der ungarische Reichstagsabgeordnete und gewesene Generalkonsul Bela Rakovszky ein, den man in Ungarn bereits für verschollen gehalten hatte. Rakovszky wollte über Persien nach Afghanistan, konnte es jedoch nicht erreichen, da ein Kurdenstamm seine Karawane angriff und ausraubte. Er rettete kaum das nackte Leben. Er sagt, daß nach seiner Ueberzeugung die englische Unternehmung in Mesopotamien mit vollständigem Mißerfolg enden müsse. Auf Persien können die Mittelmächte nicht rechnen, da dort vollständige Anarchie herrscht. Die Teheraner Regierung ist den Provinzen gegenüber machtlos, die Gouverneure handeln jeder wie er will. Die meisten Perser hassen die Engländer und Russen, aber Militär kann trotzdem nicht gegen sie benützt werden. Die unter Führung russischer Offiziere stehenden Kurdenstämme kämpfen gegeneinander. Rakovszky hat den Eindruck, daß die Lage Persiens in den letzten Jahren noch trostloser

geworden ist als je und daß Persien nur noch ein geographischer Begriff ist.



23./II. 1916

**Gegen den Handel mit Deutschland.**

N. Wellington (Neuseeland), 21. Februar. Die Vereinigung der Reisenden der Großhandels Häuser bildete einen großen Bund gegen jeden zukünftigen Handel mit Deutschland.



**Berichte der feindlichen Generalfübe.**

Wien, 21. Februar. Aus dem Kriegs-  
pressequartier wird gemeldet:

**R u ß l a n d.**

20. Februar. An mehreren Stellen der  
Rigafront erschienen zahlreiche Flugzeuge und  
warfen Bomben ab. Die Deutschen entwickelten  
ein heftiges Artilleriefeuer gegen den Abschnitt

Kirchholm-Nerküll. Bei Nerküll und in der  
Gegend westlich von Oger und westlich  
Probstingshof (4 Kilometer südlich Oger) wird  
eine wirksame Tätigkeit unserer Artillerie ge-  
meldet. Nördlich von Kreuzburg (2 Kilometer  
nördlich von Jakobstadt) warfen deutsche Flug-  
zeuge mehrere Bomben ab. Nördlich Düna-  
burg überflogen zwei Zeppeline die Gegend  
von Muschel (20 Kilometer nördlich von  
Dünaburg). Bei Dünaburg steigerte der Feind  
sein Artilleriefeuer. In der Gegend des  
Swentensees zerstörte unsre Artillerie zwei  
deutsche Blockhäuser.

Am Dnjestr bei Michalczze ließen wir eine  
Mine springen, die das feindliche Draht-  
hindernis sowie das Minenfeld zerstörte und  
den Schützengraben verschüttete. Versuche des  
Gegners, uns aus dem Minenrichter durch  
schweres Artilleriefeuer und Bomben zu ver-  
treiben, hatten keinen Erfolg.

21. Februar. Bei Schloßberg (16 Kilo-  
meter nordwestlich Dünaburg) beschloß unsre  
Artillerie eine größere deutsche Abteilung, die  
mit Arbeiten beschäftigt war. Die Deutschen  
flüchteten. Bei Illuzt sprengten wir fünf  
Minen unterhalb fünf deutscher Blockhäuser.  
Wir besetzten den durch die Explosion ent-  
standenen Trichter. Um den Besitz zweier  
Trichter entstand ein heftiger Kampf. Zuletzt  
blieben sie in unserm Besitz. In der Nacht vom  
21. Februar warfen unsre Flieger einige  
Duzend Bomben auf Stadt und Bahnhof von  
Buczacz. Nach dem Abwurf einer Bombe von  
16 Kilogramm wurde starke Feuer- und Rauch-  
erscheinung beobachtet. Unser zweites Luft-  
geschwader warf auf den Bahnhof von  
Monasterzyska (15 Kilometer westlich Buczacz)  
10 Bomben von 30 Kilogramm und fünf von  
80 Kilogramm Gewicht. Am Dnjestr in der  
Gegend von Uscieczko vereitelte unser Feuer  
einen Versuch des Gegners, sich unsern Gräber  
zu nähern.



24. II. 1916

## Die Finanznot des Vatikans und der Weltkrieg. Dekretierung eines Jubiläums- und Friedens- jahres.

Von unserem Korrespondenten.

Brüssel, 18. Februar.

Die belgischen Bischöfe haben in der letzten Zeit in ihren Diözesanblättern wiederholt die Gelegenheit wahrgenommen, die Aufmerksamkeit der Gläubigen auf die durch den Weltkrieg verursachte prekäre Finanzlage des Heiligen Stuhls zu lenken. Wie man weiß, nimmt der Heilige Stuhl die im italienischen Garantiefesetz vom Jahre 1871 vorgesehene Apanage von 3,250.000 Lire aus dem Staatsschatz des Königreiches nicht an, bestreitet vielmehr seine ungefähr acht Millionen Lire jährlich betragenden Ausgaben vornehmlich aus zwei Quellen: aus dem vom Papst Pius IX. hinterlassenen Kirchenvermögen, das seinerzeit auf ungefähr hundert Millionen geschätzt wurde, und aus den freiwilligen Beiträgen der Gläubigen, dem sogenannten Peterspfennig.

Nun ist es ein öffentliches Geheimnis, daß unter dem Pontifikate des Papstes Leo XIII. ein Teil des Kirchenvermögens in mehrfachen verunglückten Kapitalanlagen verloren gegangen ist, so daß der Wert desselben heute kaum 70 Millionen überschreiten dürfte. Dem Vatikan ersteht also von dieser Seite ein ständiger Ausfall an Einkünften, der sich in diesen Kriegszeiten durch die Verminderung der Dividenden der im Kirchenvermögen investierten Wertpapiere noch weiter vermehrt hat.

Was den Peterspfennig betrifft, so kann man sich leicht vorstellen, in welchem Maße diese vatikanische Einnahmsquelle während des Krieges versiegt ist. Von jeher waren Frankreich und Belgien diejenigen katholischen Länder, die drei Viertel der gesamten Peterspfennigeinnahme ausbrachten. Beide befinden sich seit mehr als anderthalb Jahren in einem Kriege, der auch die reichsten Leute finanziell hart mitnimmt. Mit jedem Tage verringern sich daher die französischen und belgischen Beiträge zum Peterspfennig. Uebrigens verweigert Papst Benedikt XV. mit Rücksicht auf die Notlage der einheimischen Bevölkerung die Annahme von Geldspenden, die aus Frankreich und Belgien kommen. Der Papst hat dem Kardinal-Erzbischof Amette von Paris und dem Kardinal-Erzbischof Mercier von Mecheln mehr als einmal seinen Wunsch ausgedrückt, in ihren notleidenden Ländern keine Peterspfennigsammlung mehr zu veranstalten, vielmehr alle verfügbaren Geldmittel zur Linderung der eigenen Volksnot zu verwenden.

So hat denn die vatikanische Finanzverwaltung für 1914 und 1915 ein Defizit von mehr als sechs Millionen zu verzeichnen, und für 1916 stellt sich die Lage noch viel

tröstlicher dar. Soweit dies in seiner Macht steht, hat Papst Benedikt XV. Ersparnisse in der päpstlichen Hof- und Haushaltung und in der Regierung der katholischen Kirche eingeführt. Alle Gehalte der Beamtenschaft, die Einkünfte der Kardinäle wurden bis auf das zulässigste Maß beschränkt. Aber es bleiben noch immer erhebliche unbedeckte Beträge für die notwendigsten Ausgaben übrig, die durch Bankdarlehen aufgebracht werden müssen. Solange der Weltkrieg dauert, kann in diesen Verhältnissen nur eine Verschlechterung und keine Besserung eintreten. Nach dem Friedensschluß hofft aber die römische Kurie den Ausfall wieder hereinbringen zu können.

Papst Benedikt XV. hat beschlossen, dem Friedensschluß ein sogenanntes Jubiläumsjahr folgen zu lassen, also eine allgemeine Wall- und Pilgerfahrt an die Gräber der Apostelfürsten Petrus und Paulus, die für die daran teilnehmenden Personen bekanntlich mit besonderen Ablässen verbunden sind. Sie bringen Millionen von Gläubigen in die ewige Stadt und füllen durch deren Gaben die vatikanischen Kassen reichlich mit Gold. Die Einrichtung stammt vom Papst Bonifaz VIII., der das Jahr 1300 als Jubiläumsjahr dekretierte. Ein solches fand dann zunächst alle 100, später, im sechzehnten Jahrhundert, alle 25 Jahre statt. Indessen war das Jubiläumsjahr 1825 unter dem Papst Leo XII. das letzte im neunzehnten Jahrhundert, und erst Papst Leo XIII. feierte wieder ein solches im Jahre 1900. Nunmehr wird Papst Benedikt XV. vermutlich das Jahr 1918 ausnahmsweise als Jubiläumsjahr und Friedensjahr mit außerordentlichen Ablässen ausstatten, um so die katholische Christenheit nach Rom zu ziehen und den päpstlichen Stuhl mit neuem Glanz zu umgeben.



23. II. 1916

### Die Widerlegung der italienischen Kriegsberichte durch das k. u. k. Kriegspressequartier.

#### Zurückweisung einer halbamtlichen italienischen Auslassung.

Wien, 22. Februar.

Aus dem Kriegspressequartier wird gemeldet:

Die italienische halbamtliche Agenzia Stefani wendet sich in einer am 13. Februar erschienenen Verlautbarung gegen die Dementis des k. u. k. Kriegspressequartiers und behauptet, daß die gegen die italienischen amtlichen Berichte gerichteten Dementis aus dem Grunde nicht durch das Armeekommando, sondern durch eine „witterhafte Institution, nämlich durch das Kriegspressequartier“ veröffentlicht werden, damit das Oberkommando nicht die Verantwortung für diese täglichen Lügen übernehmen muß.

Diese Behauptung verrät die peinliche Lage der italienischen Heeresleitung, die sich der Pflicht sachlicher Widerlegung unserer Dementis in der Weise

zu entledigen sucht, daß sie die Bedeutung der Dementis mit schlecht fingierter Naivität herabzusetzen bestrebt ist. Da es allbekannt ist, daß das k. u. k. Kriegspressequartier unter dem Kommando eines k. u. k. Generals ein in den Organisationsbestimmungen für die Armee im Felde vorgesehenes Organ des Armeekommandos ist, durch welches seit Kriegsbeginn sämtliche halbamtlichen Mitteilungen aus dem Kreis der Armee im Felde der Öffentlichkeit übermittelt werden, bedarf die Behauptung der Agenzia Stefani bezüglich der Stellung des Kriegspressequartiers keiner weiteren Widerlegung. Die Dementis werden aus dem Grunde in der Regel nicht im amtlichen Tagesbericht veröffentlicht, da die Uebersichtlichkeit dieser die Kriegsergebnisse der eigenen Armee betreffenden kurzgefaßten Mitteilungen durch Einschalten ähnlicher Einzelheiten leiden müßte. Wenn die italienische Heeresleitung auch nur in einem einzigen Falle imstande gewesen wäre, die Unhaltbarkeit einer Angabe dieser Dementis nachzuweisen, hätte sie es keinesfalls unterlassen, und es wäre ihr nicht schwer gefallen, da das k. u. k. Kriegspressequartier eine feindliche Behauptung sachlichen Inhaltes in der Regel mit präziser Angabe der zeitlichen, örtlichen und militärischen Einzelheiten zum Gegenstande einer Entgegnung macht. Ohne nähere Detaillierung wird nur in solchen Fällen auf die Unwahrheit der feindlichen Behauptung bei präziser Wiedergabe des feindlichen Originaltextes hingewiesen, in welchem die Meldung des Feindes ganz willkürlich erfunden ist und wo es sich naturgemäß außer der Feststellung der Unwahrheit um keine Einzelheiten handeln kann. Es ist wohl überflüssig, besonders zu betonen, daß das Kriegspressequartier seine Verlautbarungen in jedem Fall auf strengstens kontrollierte amtliche Angaben und Meldungen basiert.



**England und der neutrale Handel.**

London, 22. Februar. (Oberhaus. Meldung des Reuterschen Bureaus.) Lord *Shdenham* brachte einen Antrag ein, worin erklärt wird, daß auch in Uebereinstimmung mit dem Völkerrecht und den berechtigten Ansprüchen der Neutralen ein wirksamerer Gebrauch von den alliirten Flotten gemacht werden könnte, um zu verhindern, daß Vorräte nach feindlichen Ländern gelangen.

Der Antragsteller sagte: Bisher war die Wirkung unserer Politik, daß große Vorräte, welche die Deutschen benötigten, tagtäglich den Feind erreichen konnten. Der Antragsteller wiederholte sodann die Behauptungen bezüglich einer das gewöhnliche Maß überschreitenden Einfuhr durch die Neutralen, wobei er die Fleischeinfuhr in Holland und Dänemark als Beispiel anführte; er betonte, daß diese Länder selbst in großer Menge Fleisch produzieren. Wir sollten, fuhr er fort, auf das bestimmteste uns gegen die Behauptung wenden, daß die Neutralen das Recht hätten, außergewöhnliche Gewinne zu machen. Die Neutralen hätten nur das Recht, zu fordern, daß die für ihre Bedürfnisse gewöhnlich erforderlichen Vorräte durchgelassen werden und daß dies mit möglichst geringer Behinderung geschehe. Es sei angedeutet worden, daß eine Einmischung in das gewinnbringende Geschäft der Neutralen die Beziehungen Englands zu ihnen gefährden würde. Wenn jedoch die Alliierten hinsichtlich der endgültigen Regelung der Frage eine feste Haltung annähmen, würden die Schwierigkeiten des englischen Auswärtigen Amtes in seinen Verhandlungen mit den Neutralen bald überwunden sein. Es liege in der Macht Englands, das Ende des Krieges durch die Anwendung seiner Flotte zu beschleunigen.



23./II. 1916

### Die Rede Tittonis.

N. Lugano, 21. Februar. Anlässlich von Wohltätigkeitsveranstaltungen erschien in Nizza, der Geburtsstadt Garibaldi's, der italienische Botschafter Tittoni. Auf die Begrüßung des Bürgermeisters, welcher die italienische Wesenheit Nizzas vollkommen ignorierte, erwiderte Tittoni mit einer langen Rede. Er sagte unter anderem:

Selbstverleugung und Opferinn werden auch nach dem Friedensschlusse nötig sein, um die ungeheure Breche in den Staatsfinanzen auszubessern und den Wirtschaftsorganismus wieder herzustellen, für die zahlreichen Anforderungen des bürgerlichen Fortschritts zu sorgen und den sozialen Frieden zu bewahren. Möge es nicht befremden, daß ich bereits von der Zeit nach dem Kriege spreche, während uns noch die Probleme der Gegenwart so stark bedrücken. Mir scheint indessen, daß die wachsame, unaufhörliche Sorge für die Vorbereitung des Sieges es zuläßt, daß der Geist der Staatsmänner sich auch ferneren Zielen zuwende. Dies hat eine besondere Wichtigkeit zwischen Frankreich und Italien. Damit die auf den Schlachtfeldern sich festigende, auf Sympathien und Erinnerungen begründete Brüderlichkeit beider Völker andauere, müssen die Völker sich stets bewußt sein, die Gemeinsamkeit ihrer Sache zu bewahren. Es ist natürlich, daß zwei große, nicht bloß in ihren nationalen Territorien, sondern auch in ihren Kolonien benachbarte Nationen Interessen haben, welche nicht

immer konvergieren. Eben darum muß sich die Umsicht und der klare Blick der Staatsmänner offenbaren. Die Interessen des Handels, der Industrien, der Finanz, der Kolonien, der Arbeit und der Arbeiter müssen zwischen Frankreich und Italien Gegenstand von Uebereinkommen werden, die den Krieg überleben und ein sicheres Bild ihrer Eintracht und Einigung sind. Es läßt sich die Koexistenz des politischen Bündnisses und der wirtschaftlichen Schranken nicht denken. Ich wünsche mir auch, daß zugunsten der italienischen Arbeiter, die nach Frankreich kommen und hier eine freundliche Aufnahme verdienen, ein neuer Arbeitervertrag zustandekomme, welcher den sozialen Beifand und Schutz vervollkommet.

Im Jahre 1906 sagte ich in der italienischen Kammer: „Wer würde ohne Schaudern die furchtbaren Folgen eines Krieges unter den europäischen Großmächten hervorzurufen wagen? Wer möchte ohne ewige Gewissensbisse das eigene Land leichtfertig einem nicht notwendigen Kriege aussetzen? Wenn ein solcher ausbrechen sollte, so können seine Folgen meines Erachtens in dem Worte zusammengefaßt werden: der Bankrott Europas. Nun denn, dieser nicht notwendige Krieg ist ausgebrochen und ich will nicht wiederum die nunmehr genau und klar festgesetzte Verantwortlichkeit erörtern. Dieser Krieg ist für die Kultur ein Fleck, der nur auf eine einzige Weise ausgemerzt werden kann, nämlich mit einem Frieden, der Gerechtigkeit und Recht wiederherstellt und, wenn auch nicht für immer, so wenigstens für eine sehr lange Zeit die Menschheit gegen eine Wiederholung ähnlicher Katastrophen sichert. Dies ist der Friede, welchen wir ersehnen und für welchen wir kämpfen, bis er erreicht ist.“



## Die vierverbändlerischen Wühlereien gegen die Schweizer Wehrmacht.

Eine Stellungnahme des Bundesrates.

Bern, 23. Februar

(Schweizerische Telegraphenagentur)

In dem zweiten Bericht des Bundesrates an die Bundesversammlung über die von ihm auf Grund des Bundesbeschlusses vom 3. August 1914 getroffenen Maßnahmen betont der Bundesrat in bezug auf die Verfehlungen zweier Offiziere des Armeestabes, daß er darauf gehalten habe, daß der Richter frei und unbeeinflusst seines Amtes walten könne. Deshalb habe der Bundesrat auch den Schein vermeiden wollen, daß durch parlamentarische Erörterungen ein Druck in irgendeiner Richtung ausgeübt werden sollte. Aus diesem Grunde wurde eine Eingabe der sozialdemokratischen Partei betreffend die Einberufung der Bundesversammlung und die Einsetzung einer parlamentarischen Untersuchungskommission vom Bundesrat abgelehnt. Die tiefgehende Erregung im Lande habe indes den Bundesrat überzeugt, daß durch eine möglichst baldige parlamentarische Erörterung der brennenden Fragen viel gefährlicher Zündstoff beseitigt werden kann und daß es für den Bundesrat unumgänglich notwendig sei, zu wissen, auf welcher staatsrechtlichen Grundlage künftig seine verantwortungsvolle Tätigkeit zu fußen habe und ob er noch das erforderliche Vertrauen genieße.

Der Bericht erörtert dann eingehend die verschiedenen Postulate. Einer Einschränkung der erteilten Vollmachten oder gar deren Entziehung glaubt der Bundesrat sich unbedingt widersetzen zu müssen, indem er darauf hinweist, daß die Schweiz nach wie vor von schweren Gefahren bedroht sei, deren Unterschätzung gefährlich wäre.

Der Bericht erörtert hierauf die Frage der Unterordnung der militärischen Gewalt unter die bürgerliche sowie die bekannten Bundesratsbeschlüsse über die Einschränkung der militärischen Kompetenzen. Schließlich nimmt der Bundesrat entschiedene Stellung gegen den Gedanken, daß ein Oberbefehlshaber der Armee zur Zeit überhaupt entbehrlich sei und daß der Armeestab, wie auch die jeweils aufgebotenen Truppen dem Militärdepartement untergestellt werden könnten. Dieser Gedanke beweist die vollständige Verkennung der tatsächlichen Lage. Kriegsergebnisse, die sich vor den Augen der Schweizer abrollen, müßten wenigstens die Ueberzeugung gezeitigt haben, daß die Neutralität der Schweiz nur solange einen Schutz für ihre Unabhängigkeit bilde, als sie nicht nur vom Willen des ganzen Volkes getragen werde, sondern auch mit ausreichenden militärischen Schutzmitteln ausgestattet sei und daß der Zustand der Neutralität nicht nur Rechte, sondern auch Pflichten schaffe. Die oberste Pflicht gehe dahin, durch Aufwendung entsprechender Verteidigungsmittel sämtliche Kriegführenden Beweise zu liefern, daß

die Schweiz den Schutz ihrer Grenzen nicht nur bewertstelligen wolle sondern auch könne.

Der Bundesrat beschloß, die Bundesversammlung für den 6. März einzuberufen.



### England für Schutzölle.

Rotterdam, 22. Februar.

Der „Rotterdamische Courant“ meldet aus London: In der Jahresversammlung der Handelskammer von Manchester stimmten 988 für und 527 gegen die Zurückweisung des Memorandum des Direktoriums zugunsten des Freihandels nach dem Kriege. Morgen werden zwei Anträge eingebracht werden, der eine geht dahin, daß ein Schutzoll gegen deutsche, österreichische und ungarische Waren eingeführt werden soll, der andere, daß deutsche, österreichische und ungarische Schiffe und Produkte ganz aus den Häfen Großbritanniens und seiner Verbündeten ausgeschlossen werden sollen.



## Der Seekrieg.

Herr v. Jagow

über die bewaffneten Handelsschiffe.

42 Berlin, 23. Febr. (Telegr.) Herr v. Wiegand, der Vertreter der New York World, veröffentlicht einen Bericht über eine Unterredung, die er am Sonntag mit dem Staatssekretär v. Jagow hatte. Nach diesem Bericht äußerte sich Herr v. Jagow, wie wir dem Berliner Lokal-Anzeiger entnehmen, wie folgt:

Die deutsche Regierung steht auf dem Standpunkt, 1. daß es in unsern Zeiten zu Verteidigungszwecken bewaffnete Handelsschiffe nicht mehr geben kann, und daß die Armierung solcher Schiffe mit Kanonen und Artilleristen diese Schiffe heutzutage zu Kriegshilfskreuzern für Offensivzwecke stempelt, und zwar vorsätzlich und tatsächlich; 2. daß bei den Bedingungen des jetzigen modernen Seekriegs kein Rechtsgrund mehr für die Armierung von Handelsschiffen besteht. Das internationale Gesetz, das seinerzeit die Armierung solcher Schiffe zu Verteidigungszwecken zuließ, gilt nicht mehr. Es wurde in einem frühern Zeitalter eingeführt, als noch die Kauffahrtschiffe von Seeräubern und Piraten angegriffen wurden. Aber Seeräuberei und Piratenschiffe bestehen schon seit 50 Jahren nicht mehr. Mein Standpunkt ist, daß die Gründe und Ursachen, welche seinerzeit das Gesetz schufen, wonach Handelsschiffe zu Verteidigungszwecken armiert werden dürfen, nicht mehr bestehen. Es gibt keine Piraten mehr, und die Pariser Konvention von 1856 machte auch der Kaperei dadurch ein Ende, daß die Signatarmächte dieser Konvention Kaperbriefe nicht mehr ausstellten. Es ist richtig, daß die Vereinigten Staaten diese Konvention nicht unterzeichnet haben, aber das berührt den gegenwärtigen Streitfall nicht, da ja die Vereinigten Staaten nicht zu den kriegführenden Mächten gehören. Wie die Dinge jetzt liegen, gibt es keine Piraten und keine Kaperschiffe, die das Meer unsicher machen, wie es in frühern Zeiten geschah. Es bestehen also nicht mehr länger die Voraussetzungen für jenes Gesetz. Damit hat das Gesetz selbst aufgehört.

Herr v. Jagow führte weiter aus, daß es einem bewaffneten Handelsschiffe nicht einfallen würde, einem modernen Kreuzer Widerstand leisten zu wollen und daß die von den Mächten jetzt armierten Handelsschiffe ausschließlich den Zweck verfolgen, die Unterseeboote zu zerstören, wenn diese den Versuch machen sollten, diese Schiffe anzuhalten und auf Bannware zu untersuchen. Wenn ein Unterseeboot zu diesem Zweck sich dem bewaffneten Handelsschiffe nähern und längsseit des Schiffes legen würde, könnte es mit einem Schuß zerstört werden. Da Deutschland den Beweis für den wirklichen Zweck der Bewaffnung der Handelsschiffe erbracht und durch Beispiele bereits erhärtet hat, sah es sich eben genötigt, andere Maßregeln zu treffen, um den Gefahren zu begegnen. Unterseeboote sind eine vollständig legitime Waffe im modernen Seekrieg, und sogar Amerika hat das auch anerkannt. Unser Unterseebootfeldzug ist uns aufgezwungen worden als eine Vergeltungsmaßregel gegen Englands vollständig ungesetzliche Aushungerungsmethode, die im völligen Widerspruch mit dem Völkerrecht steht, was ja der Protest des Präsidenten Wilson gegenüber England am besten beweist. Unsere jetzigen Maßnahmen sind lediglich solche der Selbstverteidigung gegen Englands Pläne, seine Handelsschiffe für Offensivzwecke zu armieren, Pläne, die jedem Recht zuwiderlaufen, und die nur den Zweck haben, uns die Hände zu binden. Wir haben den Beweis erbracht, daß die englische Admiralität genaueste Instruktionen gegeben hat, daß die bewaffneten Handelsschiffe gegen die Unterseeboote offensiv vorgehen sollen, und darum behaupten wir mit vollem Recht, daß diese sogenannte Bewaffnung zu angeblichen Defensivzwecken nur eine Finte ist, und diese Handelsschiffe lediglich Kriegshilfskreuzer sind und als solche behandelt werden müssen. Das wird auch Deutschland tun, nachdem die Frist, die es den Neutralen gegeben hat, abgelaufen ist.

Mit kurzen und klaren Worten kennzeichnet Herr v. Jagow hier nochmals den Tatbestand, der uns zur Verschärfung des Tauchbootkrieges gezwungen hat. Er hebt mit aller Schärfe die beiden Punkte hervor, auf die es ankommt, nämlich zum ersten, daß die feindlichen Handelsschiffe nicht zur Verteidigung, sondern zum Angriff bewaffnet sind, und zum andern, daß wir darauf mit einer militärischen Gegenmaßregel und nicht mit einem diplomatischen Vorschlag geantwortet haben. Beide Punkte werden in den Erörterungen der amerikanischen Presse ständig unterschlaan.

obwohl sie zur Beurteilung des Falles wesentlich sind. Wir dürfen nun von den eigens zur Verbreitung in Amerika bestimmten Äußerungen Herrn v. Jagows wohl erwarten, daß sie die Lage klären und ein richtigeres Urteil über den Beschluß, den Deutschland und seine Verbündeten gefaßt haben, im amerikanischen Volke herbeiführen werden.



## Zur Kriegslage

Neue Kämpfe an der Westfront. Das planmäßige deutsche Angriffsverfahren. Zur Bedeutung von Verdun. Der Nordostsektor. Die Kämpfe bei Haumont.

Die an allen Abschnitten der Westfront nachweisbare, bald hier, bald dort zu heftigen Vorstößen sich verdichtende Tätigkeit der Deutschen hat, wie nach den gestern gemeldeten und besprochenen Vorgängen zu erwarten war, im Raum Verdun zu noch stärkeren örtlichen Kämpfen geführt. Zur Herstellung des Zusammenhanges und der Gedankenverbindung seien hier die Sätze wiederholt, in denen gestern die deutsche Initiative im allgemeinen gekennzeichnet worden ist: „Fortgesetzt und planmäßig sucht die deutsche Heeresleitung die Front in allen Abschnitten zu verbessern, und ich möchte annehmen, daß dabei nach einem großzügigen, durchgearbeiteten Plan verfahren wird, in welchem sämtliche zu erzielenden Teilerfolge verzeichnet stehen, deren Summierung eine beträchtliche Verstärkung der deutschen Linien, sei es nun in Erwartung der englisch-französischen Offensive, sei es zur Vorbereitung einer großen deutschen Angriffsbewegung, bezweckt....“ „Die Planmäßigkeit des einheitlich geregelten deutschen Vorgehens, das abschnittsweise zu anscheinlichen Erfolgen führt, ist das charakteristische Merkmal der Lage im Westen.“

Seit anderthalb Jahren liegt die Front im Westen erstarrt. Verdun, beim Ausmarsch zu Beginn des Krieges der starke Nordpfeiler der französischen Ostfront, dann der Drehpunkt der französischen Nordfront, die zuerst nach Westen zurückgeworfen und bis Paris abgebogen werden mußte, sich nach der Marneschlacht aber wieder nach Norden hinaufzog, ist seit der Erstarrung des Bewegungskrieges für die ungebrochene französische Verteidigung noch wichtiger geworden. Nur diesem mächtigen, in die Front des Feldheeres einbezogenen Plaze mit seinen zahlreichen Batteriebauten und Zwischenstellungen verdanken die Franzosen den Zusammenhalt ihrer Nord- und Ostfront. Zwar hat Verdun nicht mehr die Bedeutung eines beweglichen Schultergelenkes, bildet aber trotz seiner Versteifung auch jetzt noch den Angelpunkt der ganzen französischen Front. Da die Franzosen es sich nicht selbst überlassen, sondern ihre Front so weit herumgelegt haben, daß der Platz nicht umschlossen werden kann, ist nur der Nordostsektor der Festung verwundbar. Der Versuch, Verdun im Süden abzuschneiden, ist ja zwar bis St. Mihiel durchgedrungen und hat die Deutschen in den Besitz eines Stückes der Maashöhen gebracht, wurde dann aber am linken Ufer der Maas aufgehalten.

Auch im Nordostsektor ist schon um einzelne Vorstellungen heftig gekämpft worden. Er wird durch die im rechten Winkel von Verdun auseinanderstrebenden Eisenbahnlinien Verdun-Stain-Meh und Verdun-Dun-Stenay radial begrenzt. Die zweitgenannte Linie läuft am linken Ufer der Maas nach Nordwesten, die erste ziemlich genau nach Osten. Die Kampflinie wird durch die Punkte Fromezey in östlicher und Consenvoye am rechten Ufer der Maas in nordwestlicher Richtung fixiert. Der Aktionsradius der Verduner Nordostfront betrug vor den jetzt gemeldeten Gefechten fünfzehn Kilometer. Vorgeschoben liegt Azaanes nordöstlich Beaumont, und zwar je zwölf Kilometer von Brabant und Fromezey entfernt am Scheitel eines rechten Winkels Brabant-Azaanes-Fromezey.

Diese Linie und noch ein Stück der Nordwestsektors in der Richtung Consenvoye-Malancourt ist von den Deutschen angegriffen worden. Natürlich war die Infanterieaktion nicht auf den ganzen mit Artillerie bearbeiteten Abschnitt Malancourt-Fromezey ausgedehnt, sondern beschränkte sich auf eine kürzere Linie und zwar das Mittelstück Consenvoye-Orne, das in verschiedenen Staffeln, die dem Anschein nach zeitlich von Westen nach Osten losbrachen, angegriffen wurde. Die Franzosen verloren den Ort Haumont, einen Teil der Wehölze zwischen Haumont und Beaumont und sehen nun die Front hier noch stärker eingedrückt, so daß der Kreisbogen sich in eine gerade Linie verwandelt hat, die von Fromezey (3,5 Kilometer westlich Etain) über Beaumont nach Brabant an die Maas führt. Der Gelände- und Materialverlust der Franzosen ist bedeutend; ob die Deutschen starke blutige Verluste erlitten haben, wie die französische Meldung behauptet, die im übrigen den

Mißerfolg zugibt, kann in Frage gestellt bleiben.

Es ist klar, daß so starke und über so weitverteilte Räume einheitlich angeordnete Vorstöße der Deutschen die Nervosität des Verteidigers auf der ganzen Front steigern müssen und es für ihn schwierig machen, zur Gegenoffensive überzugehen oder eine große Offensive vorzubereiten.

H. St.



### Amerika und Deutschland.

Paris, 23. Februar. (Meldung der Agence Havas.) „New York Herald“ erfährt aus Washington, die Regierung der Vereinigten Staaten habe beschlossen, ihre Beziehungen zum deutschen Botschafter Grafen Bernstorff abzubrechen und mit Berlin direkt weiter zu ver-

handeln. (Anmerkung des Wolffschen Bureaus: Die Nachrichten des strupellosen antideutschen Heßblattes „New York Herald“ sind mit der allergrößten Vorsicht aufzunehmen. Wie wir erfahren, ist an hiesiger amtlicher Stelle über diesen angeblichen Beschluß der Regierung der Vereinigten Staaten nichts bekannt.)

London, 23. Februar. „Morning Post“ erfährt aus Washington: Es sei Tatsache, daß Präsident Wilson mit den Führern der verschiedenen politischen Gruppen eine Unterredung hatte, der große Bedeutung beigemessen wurde. Einzelheiten fehlen, aber man glaubt, daß der Präsident die Führer über die Spannung der Beziehungen zu Deutschland unterrichtet und sie gebeten hat, öffentliche Erörterungen der Lage zu unterlassen, um zu vermeiden, daß die Erbitterung des Landes wachse. Wenn es zu einem Bruche kommen würde, würden die Demokraten und Republikaner die Politik des Präsidenten unterstützen. Man glaubt jedoch nicht, daß Deutschland leichten Herzens sich ein wichtiges neutrales Land entfremden würde.



24. / II. 1916

## Das Kabinett Salandra.

### Oppositionsbeschluß der Sozialdemokraten.

S. Lugano, 23. Februar. (Tel. d. „Fremden-Blatt“.)  
Aus Mailand wird gemeldet: Die sozialistische  
Kammergruppe beschloß am Sonntag mit allen gegen  
eine Stimme die bedingungslose parlamenta-  
rische Verleumdung des Kabinetts Sa-

*landra*



24. II. 1916

**Robert Cecil — Blockademinister.**

London, 23. Februar. Im Unterhause kündigte Premierminister Asquith an, daß Robert Cecil der Minister sein würde, dem die Blockadefrage unterstellt werde. Er werde den Rang eines Kabinettsministers haben, aber Unterstaatssekretär für auswärtige Angelegenheiten bleiben. Ihm werde ein Marine-Offizier im Range eines Admirals beigegeben werden.



## Eine Erklärung des montenegrinischen Ministerpräsidenten.

Der montenegrinische Ministerpräsident **Wustovic** hat in französischen Blättern unterm 22. d. M. folgendes Communiqué veröffentlicht:

„Trotz der ausdrücklichen Erklärungen, die der Chef der montenegrinischen Regierung, welcher sich mit der königlichen Familie nach Frankreich geflüchtet hat, kürzlich der Presse gab, bleibt die austro-deutsche Diplomatie nicht untätig.

Diese Tätigkeit bezweckt, ebenfalls Verwirrung hervorzurufen und Zweifel in der öffentlichen Meinung zu verbreiten.

Der österreichisch-ungarische Botschafter in Madrid hat soeben eine Note veröffentlicht, laut welcher die im Lande verbliebenen Mitglieder des montenegrinischen Kabinetts dem König die Bitte unterbreitet hätten, er möge sie ermächtigen, Frieden zu schließen.

Glücklicherweise wird sich keine verbündete oder neutrale Regierung in einer so ungeschickt gestellten Falle fangen lassen.

Wenn sich der König und das Haupt seiner Regierung feinerzeit genötigt gesehen haben, sehr klare Befehle zu geben, unter keinem Vorwande zu verhandeln, so geschah dies wahrlich nicht, um heute den Einflüsterungen von Personen nachzugeben, die unter dem Drucke der Eindringlinge handeln, von denen man weiß, daß sie jedwedes Zwangsmittel verwenden.

Auch ist es gut, zu wiederholen, daß sich der König und die rechtmäßige Regierung Montenegros in der gleichen Lage befinden wie die Herrscher und die Regierungen von Belgien und Serbien.

Das Los Montenegros ist von seinen einzigen verantwortlichen Hauptern welche sich in Frankreich befinden, unter den Schutz der großen Verbündeten gestellt worden, die die Sicherheit haben, daß sie über nichts getrennt verhandeln werden.“

Hiezu wird an hiesiger maßgebender Stelle Nachstehendes bemerkt:

Aus Anlaß dieser neuerlichen Stilübung des beschäftigungslosen montenegrinischen Ministerpräsidenten genügt es, auf die kürzliche Verlautbarung zu verweisen, wonach sich die in Montenegro zurückgebliebenen montenegrinischen Minister tatsächlich in einem Vortrag an ihren ins Ausland geflüchteten Souverän gewendet haben, um ihn zu bitten, er möge Friedensunterhändler für Verhandlungen mit Oesterreich-Ungarn namhaft machen.

Ob König Nikolaus diesen Wunsch seiner Minister erfüllen wird oder nicht, ist eine Angelegenheit, die nur ihn und seine Minister angeht; es steht ebenso auch ausschließlich bei König Nikolaus, wie er seine und die Interessen seines Landes am besten zu wahren glaubt.

Für Oesterreich-Ungarn wieder, das mit seiner Bereitwilligkeit, über den Frieden zu verhandeln, bloß seine auf Bitte des Königs erteilte Zusage erfüllen wollte, ist es die Hauptsache, daß auch der gegenwärtige Zustand in Montenegro den Interessen der Monarchie und den Bedürfnissen der montenegrinischen Bevölkerung vollauf entspricht.



24. II. 1916

## Lansdowne über die Abschließung Deutschlands.

London, 22. Februar. Im weiteren Verlaufe der Sitzung des Oberhauses erklärte Lord Lansdowne, die Politik, die verhindern solle, daß Vorräte Deutschland erreichen, würde schonungslos durchgesetzt werden. Redner hob aber hervor, wie verwickelt die Frage sei und welche Schwierigkeiten durch die Verschiebung des Handels hervorgerufen würden. Ein anderes störendes Element sei das Anwachsen neuer Industrien, wie zum Beispiel der Herstellung von Margarine.

Lansdowne gab darauf eine Statistik, um zu zeigen, daß keineswegs eine allgemeine Zunahme der an die Neutralen gehenden Güter erfolgte. Was wichtiger sei, sei die Tatsache, daß das Durchsickern von Gütern durch die Neutralen an den Feind, weit davon entfernt zuzunehmen, infolge der britischen Vorbeugungsmaßnahmen eine deutliche Tendenz zur Abnahme zeigte. Während die Einfuhr von Baumwolle nach Skandinavien und Holland für 1915 dreihundertzehn Tausend Tonnen betrug, seien während der letzten sechs Monate 1915 nur zweiundfünfzig Tausend Tonnen eingeführt worden, gegen neunundvierzig Tausend Tonnen im gleichen Zeitraum 1913. Lansdowne hob die Wirkung der getroffenen Maßnahmen hervor und sagte, der Verkehr in Öl in Landdampfern von Holland nach Deutschland schrumpfte mit Ende 1915 fast zu Nichts zusammen. Lansdowne gab eine Reihe von Zahlen, die den Rückgang in anderen Einfuhrstapelartikeln Skandinaviens und Hollands im Jänner 1916 zeigten im Vergleich zum Jänner normaler Jahre. Die Einfuhr an Waren von militärischer Bedeutung wäre nicht nennenswert höher als die Menge, die für den eigenen Verbrauch erforderlich wäre. Das Haus dürfe indessen nicht denken, daß keine Gefahr für das Wiederauftauchen des sehr gefährlichen Durchschmuggels bestände. Alle Kanäle des Schmuggels könnten nicht geschlossen werden.

Lansdowne schloß: Wie wohlwollend uns die neutralen Regierungen auch gesinnt sein mögen, wie aufrichtig und ehrlich auch die Kaufleute sein mögen, mit denen wir Vereinbarungen trafen, immer wird es doch gewissenlose Leute geben, die Mittel und Wege kennen, unsere Vorsichtsmaßnahmen zu durchkreuzen. Die größte Schwierigkeit war unsere Verpflichtung, mit den Neutralen in ehrlicher Weise zu verfahren. Es würde ganz unwichtig sein, Vorstellungen der Neutralen verächtlich beiseite zu schieben; es wäre der

Gipfel der Torheit, die Ansicht der Neutralen, die mit vollkommenem gesetzlichem Handel beschäftigt sind, mit Vorbedacht zu schmäheln.

Lansdowne setzte dann die Schritte auseinander, die England zur Selbstverteidigung zu ergreifen gezwungen sei. Es war, sagte er, nicht überraschend, daß es große Schwierigkeiten mit den Neutralen gab, die wir er suchten, sich zu erinnern, daß wir für unsere Existenz und Sache kämpften, die ebenso die Sache der Neutralen wie unsere eigene sei. Lansdowne teilte sodann noch mit, daß ein Komitee zur Bearbeitung der ganzen Blockadefrage eingesetzt werden würde.

Darauf vertagte sich das Haus.



## Die französisch-englische Parlamentarierkonferenz.

Neben des Lord Bryce, Clemenceaus und Deschanel's.

Paris, 22. Februar. Das interparlamentarische französisch-englische Komitee hat heute unter dem Vorstze Clemenceaus seine Arbeiten begonnen. Lord Bryce als Sprecher der englischen Delegation setzte den Zweck dieser Versammlungen auseinander, die — wie er sagte — jedes politischen Charakters entbehren und bestimmt seien, die Bande, welche die Völker und die Regierungen mit einander verknüpfen, noch fester zu schmieden und Zeugnis abzulegen von den gelungenen ständigen Bemühungen, allen Alliierten zu ermöglichen, daß sie die Macht derer richtig abschätzen, die an ihrer Seite kämpfen und kämpfen werden bis zum vollen entscheidenden Sieg. Diese Versammlungen seien aber auch die Antwort auf die falsche Rechnung des Feindes, der uns zu besiegen trachtet, indem er uns trennen will. Die heutige Versammlung ist ein endgiltiger Beweis unserer unzerstörbaren Einheit, der nichts widerstehen wird.

Clemenceau erwiderte in einer langen Rede, worin er ausführte, es sei gut, daß dieser repräsentative Schritt das symbolische Siegel unter das Bündnis der beiden Völker setze, die in so großem Maße beitragen, Europa in dem ihm durch Gewalttätigkeit aufgezwungenen Kriege zu verteidigen, und die von dem entschlossenen Willen befeelt sind, in der heutigen Versammlung die Wiege der Morgenröte des Friedens zu erblicken. Fördern wir das große Werk der Einigkeit, die nicht mehr wird zerstört werden können, und wir werden ein Werk erfüllt haben, das einen Markstein auf dem Wege der Humanität bedeuten wird.

Kammerpräsident Deschanel, der nachmittags die beiden Delegationen im Parlamentsgebäude empfing, begrüßte in seiner Ansprache die Innigkeit der Beziehungen beider Parlamente und fuhr fort: Das französische und das englische Genie stellen sich mit bewunderungswürdiger Geschmeidigkeit in den Dienst der unvorhergesehenen Anstrengungen eines der schrecklichsten Kriege. Vereint sind sie die Beschützer der durch die entsetzliche Rückkehr zur Barbarei bedrohten Zivilisation, vereint werden sie die Ehre der Menschheit retten.



## Friedensanfrage im englischen Unterhause.

„Keine Hoffnung auf den militärischen Sieg.“

L. London, 22. Februar. Bei Einbringung der neuen Kreditvorlage im Unterhause sagte Premierminister Asquith noch: Die ursprünglich eingesezte Kriegssparkommission beschränkte ihre Kontrolltätigkeit auf die Ausgaben des Zivilressorts. Seit einiger Zeit bestehen drei andere Kommissionen zur Beaufsichtigung der Ausgaben des Heeres, der Flottenverwaltung sowie des Munitionsministeriums. Die Kommissionen sind aus Männern mit großer Geschäftserfahrung zusammengesetzt. Es wurden sehr große Ersparnisse erzielt.

In der Debatte sagte Major (liberal), das Parlament habe das Recht, zu erfahren, wie die Lage bezüglich des Feindes sei und **ob eine ehrenvolle Möglichkeit bestehe, den endlosen Kampf zu beenden.** Wenn der Vorrat an Wertpapieren erschöpft sei, müßten die notwendigen gewaltigen Summen durch den Ausfuhrhandel aufgebracht werden. **Die Ziffern seien alarmierend.** Die Regierung habe keine bestimmten Maßnahmen, die die Lage erfordere, ergriffen. Die Regierung werde größtenteils nicht aus Vertrauen, das sie einflöße, sondern aus Patriotismus unterstützt.

King (liberal) bedauerte, daß Asquith nicht mehr über den Fortschritt der Kriegführung und der Politik der Verbündeten sagte. Redner konnte in den Reden der Minister **keine Hoffnung auf den militärischen Sieg** entdecken. Der Krieg würde ein **Erschöpfungskrieg** sein. Die Politik, welche die Regierung verfolge, werde **England nicht in den Stand setzen, länger auszuhalten als der Feind.**



## Frankreichs wirtschaftlicher Wiederaufbau.

Im Gegensatz zu vielen Politikern, Industriellen und Kaufleuten, die nur in dem unermüdlichen Boykott der austro-deutschen Waren die Möglichkeit des Wiederaufbaues der französischen Volkswirtschaft erblicken, zeigt sich der ehemalige Handelsminister Abgeordneter Raoul Peret, Generalberichterstatter des Budgets, viel zurückhaltender und ruhiger. Auf die Frage eines Mitarbeiters des „Petit Parisien“, wie der deutschen Konkurrenz nach dem Kriege ein Ende gemacht werden könnte, erwiderte er, ein derartiges Problem lasse sich nicht kurzweg lösen, sondern erheische eingehende Studien. Deshalb begnügte sich Abgeordneter Peret damit, nur einige Ideen auf diesem Gebiete anzuregen:

„Unser Handel muß, um nicht unter der fremden Konkurrenz zu leiden, von der Kundenschaft unterstützt werden. Die Franzosen müssen die französischen Industriellen

und Kaufleute bevorzugen und nur dann fremde Artikel kaufen, wenn es unmöglich ist, bei uns das zu finden, was sie brauchen. Auch unsere Fabrikanten müssen es verstehen, den Geschmack des Käufers mehr zu befriedigen, sich gewissen Ansprüchen zu fügen und sich endlich dazu entschließen, ihre alten Methoden aufzugeben und sich von denen teilen zu lassen, die ihren Konkurrenten so gelungen sind. Das ist die wahre Grundbedingung des Erfolges. Wenn der Käufer von dem französischen Produzenten oder Geschäftsmann das gleiche Produkt, das ebenfalls ihren Ansprüchen angepaßt, zu demselben Preise verkauft und ebenso rasch und zu den gleichen vorteilhaften Bedingungen geliefert wird, wie das, das sie von einem fremden Hause bezogen, dann werden sie keinen Grund mehr haben, sich an ein solches zu wenden. Man hat vorgeschlagen, den fremden Geschäftshäusern zu verbieten, in ihren Firmen oder Prospekten die Bezeichnung „französisch“ anzunehmen. Das ist ein Verfahren, das immerhin zu einigen Einwänden Anlaß gibt. Es wäre meiner Ansicht nach vorzuziehen, die französische Industrie anzuhalten, ihre Produkte durch eine Art nationaler Marke zu bezeichnen. Der Käufer wüßte, daß die Artikel, die diese Marke nicht tragen, fremden Ursprungs sind. Leider wäre die Durchführung einer derartigen Maßregel schwer und die Übertretungen nicht leicht festzustellen, da es möglich ist, daß gewisse Kaufleute ihr Interesse daran finden, Produkte aus dem Auslande zu beziehen, um sie in Frankreich zu verkaufen und dabei diesen eine fiktive nationale Marke zu geben. Mit einem Worte: Um der deutschen Konkurrenz zu begegnen, ist das beste Mittel das, mehr und billiger zu produzieren, als die Deutschen, d. h. unsere Industrie und unsern Handel zu entwickeln. Es gibt noch ein anderes Mittel, nämlich Deutschland zu erschöpfen, seine Produktion und Transportmittel einzuschränken, daß es für lange Zeit nichts exportieren kann. Daran arbeiten unsere Soldaten seit nahezu zwei Jahren mit bewunderungswürdigem Mute. Vom wirtschaftlichen Gesichtspunkte aus wird unser Sieg, wenn wir ihn auszunützen wissen, unberechenbare Resultate haben.“

Abgesehen von der gewissermaßen unvermeidlichen Siegeszuversicht klingen die Auslassungen dieses ehemaligen Ministers denn doch ganz anders, als die hohlen Phrasen, mit denen man bisher der Konkurrenz der Zentralmächte den Garaus zu machen suchte. Abgeordneter Peret sagt es klar und deutlich, daß man mit Gewalt keine einheimische Industrie schaffen und keine fremde Konkurrenz vernichten kann, sondern nur mit ehrlicher, zielbewußter und rationaler Arbeit. Und gerade da muß man sich fragen, ob das an Menschen und Geld so schwer geschädigte Frankreich auch imstande sein wird, mit eigenen Kräften den wirtschaftlichen Aufschwung herbeizuführen.



## Professor Uebersberger über das russische Kriegsziel.

Gestern fand unter dem Voritze des Präsidenten Dr. W. Ritter v. Gutmann eine Monatsversammlung des Industriellen-Klub statt, in der Universitätsprofessor Dr. Hans Uebersberger einen Vortrag über „Das russische Kriegsziel“ hielt. Der Vortragende führte im wesentlichen aus:

Wenn die leitenden Kreise Rußlands mit dem Zaren an der Spitze trotz aller Niederlagen und der ungeheuren Schwierigkeiten im Innern immer wieder ihren Entschluß verkünden, bis zum vollen Siege durchzuhalten und vor allem keinen Separatfrieden zu schließen, so hat dies in zwei Dingen seinen Grund. Es ist erstens die Hoffnung auf England, durch dessen Beitritt zum Vernichtungskampfe gegen die Zentralmächte man in Ueberschätzung der englischen Seemacht und Kapitalkraft die Erreichung des Kriegszieles als vollkommen gesichert ansah, und zweitens

dieses Kriegsziel selbst. Einzugestehen, daß das Kriegsziel, das gleich nach Ausbruch des Krieges in der Ansprache des Zaren an die Duma und den Reichsrat, in den Manifesten des Großfürsten Nikolai Nikolajewitsch, dann nach Eintritt der Psorte in einem neuerlichen Manifest des Zaren offiziell verkündet und in einer ganzen Reihe von Druckwerken den Massen verständlich zu machen versucht wurde, nicht nur nicht erreicht werden kann, sondern daß gerade das Gegenteil davon zur Wirklichkeit geworden ist, kann für den Bestand der gegenwärtigen russischen Staatsordnung und der Dynastie von so katastrophalen Folgen sein, daß niemand hierfür die Verantwortung zu übernehmen magt. Das russische Kriegsziel nun, wie es von der Höhe des Thrones, in Erklärungen der leitenden Staatsmänner und in den Erzeugnissen der russischen Kriegsliteratur uns entgegentritt, ist ein doppeltes, ein politisches und ein wirtschaftliches. Es ist außerdem, wie natürlich, abgestuft für die einzelnen Gegner, für unsere Monarchie, für Deutschland und für die Türkei. Was die politische Seite der russischen Wünsche betrifft, ist vor allem festzustellen, daß das erstrebenswerte Ziel gegen Oesterreich-Ungarn und das Osmanenreich eine islamische Föderation mit Rußland an der Spitze und einem russischen Konstantinopel als Zentrum ist. Dem Deutschen Reiche soll Preussisch-Schlesien, Posen, Ost- und Westpreußen abgenommen werden, wobei die Gebiete mit polnischer Bevölkerung einem autonomen Polen innerhalb des russischen Staatsverbandes einverleibt werden, Ostpreußen ein neues russisches Ostsee-Gouvernement bilden soll. Dafür wird die Ostgrenze des autonomen Polen merklich nach Westen gerückt. Uebereinstimmend wird auch die Beseitigung der im Spiegelsaale von Versailles geschaffenen Reichseinheit verlangt.

Die Hauptspitze des wirtschaftlichen Kriegszieles richtet sich gegen Deutschland. Es gipfelt in dem Verlangen freier Einfuhr der russischen landwirtschaftlichen Produkte (Getreide, Vieh) nach Deutschland und unbedingten Schutzes der russischen Industrie vor der deutschen. Der russischen Industrie ging es am Anfang des Krieges so gut wie nie zuvor. Die ausländische, vor allem die deutsche Konkurrenz, war vollständig ausgeschaltet. Mit einem lachenden und einem weinenden Auge sah man die Lahmlegung der Industrie im Königreiche Polen. Diesen Zustand zu einem dauernden zu machen, ist das Hauptstreben der russischen Industrie. Sie ist daher vor allem für den Krieg bis zum siegreichen Ende, sie schreut durch ihre Führer und ihre Presse die leitenden Kreise mit dem Staatsbankrott, wenn sie Frieden schließen. Durch ihr Geld und die politischen Parteien, die wie die Progressisten zur Gänze, wie die Oktoibristen und Kadetten zum Teil von ihr abhängig sind, übt sie den stärksten Einfluß.

Der Vorsitzende sprach dem Vortragenden unter lebhaftem Beifall der Versammlung den Dank für seine interessanten und inhaltsreichen Ausführungen aus.



**Kriegskalender.**

15. Februar: Ein italienischer Angriff gegen unsere neue Stellung im Montebonegebiete scheitert unter schweren Verlusten. Eines unserer Flugzeuggeschwader belegt den Bahnhof und die Fabriksanlagen von Mailand mit schweren Bomben. — Südöstlich Ypern erobern die Deutschen 800 Meter der englischen Stellung; bei Obersept wird ein nächtlicher Gegenangriff der Franzosen abgewiesen. — Wiedereröffnung des englischen Parlaments. Thronrede.

16. Februar: An der küstentländischen und im anschließenden Teil der Kärntner Front fortgesetzt heftiger Geschützkampf. — Südöstlich Ypern scheitern drei englische Angriffe; in der Champagne greifen die Franzosen nordwestlich Tahure vergeblich an. — Unsere Seeflugzeuge greifen Rimini an. — An der Kaukasusfront heftiger Kampf. — Kitchener bespricht im Oberhause die Kriegslage.



## Die Konferenzen der Polen in Lausanne.

Wien, 23. Februar.

Wie in polnischen Abgeordnetenkreisen versichert wird, hat der Verlauf der von mehreren Polenfürhern in Lausanne abgehaltenen Beratungen die Anhänger der russophilen Richtung vollständig enttäuscht.

Von den Konferenzteilnehmern vermochte niemand in Abrede zu stellen, daß der Krieg, insoferne dabei die Polen in Betracht kommen, alle Merkmale eines Emanzipationskampfes angenommen hat. Die Mehrzahl der Redner führte übereinstimmend aus, daß die Polen dem Westen angehören und unter allen Umständen ihre Stellung in der großen Völkerverfamilie, die sich die Freiheit zum Ideal ausersuchen hat, behaupten wollen. Rußland sei — so wurde betont — den Bestrebungen der Polen seit jeher feindselig gegenübergetreten. Was die russischen Machthaber der Proklamierung der „polnischen Autonomie“ nach dem Ausbruche des Krieges folgen ließen, sei blutiger Hohn auf das Augustmanifest des Großfürsten Nikolaus Nikolajewitsch gewesen. Für politisch denkende und geschichtserfahrene Leute bildet dieses Vorgehen Rußlands keinerlei Ueberraschung. Die jüngsten Äußerungen der russischen Kabinettsmitglieder im Budgetausschuß der Duma haben gleichfalls dazu beigetragen, den Nebel der lägenhaften Versprechungen zu zerreißen.

Sehr scharf waren die Angriffe, die gegen die nach Rußland geflüchteten Führer der nationaldemokratischen Partei gerichtet wurden. Der Bericht, den der frühere Obmann des Polenklubs in der Duma, Roman D m o w s k i, über das Ergebnis seiner Reise nach London und Paris erstattete, machte auf die Versammlung keinen sonderlich günstigen Eindruck, zumal dieser Apostel des Neoslawismus von seinem politischen Ausfluge nur nichtsagende Phrasen der tonangebenden Entente Politiker mitgebracht hatte.

D m o w s k i, der anfänglich das von ihm beliebte Spiel noch nicht ganz verloren gab, wurde schon am zweiten Konferenztag recht kleinlaut und mußte die Stichhältigkeit der von seinen Gegnern bei der Debatte ins Feld geführten Argumente zugeben, worauf er für eine Aenderung des bisherigen Aktionsplanes eintrat.

Eine gemeinsame Aussprache der galizischen, preußischen und russischen Polenfürher über die nationalen Fragen wurde allgemein als notwendig erkannt. Ein abschließendes Resultat hat die Lausanner Zusammenkunft vorläufig nicht ergeben.

Es wird noch mitgeteilt, daß der Obmannstellvertreter des Polenklubs im österreichischen Abgeordnetenhause, Graf Alexander S k a r b e k, der sich seit nahezu anderthalb Jahren in der Schweiz aufhält, in der Versammlung nicht zugegen war.



## Das Vorgehen gegen die bewaffneten Handelschiffe.

### Äußerungen des Staatssekretärs v. Jagow über den deutschen Standpunkt.

(Telegramm der „Neuen Freien Presse“.)

Berlin, 23. Februar.

Die „Tägliche Rundschau“ meldet:

Der Berliner Korrespondent der „Newyork World“ schreibt seinem Blatte aus Berlin, daß ihm der Standpunkt der deutschen Regierung in einer Unterredung mit dem Staatssekretär v. Jagow auseinandergesetzt wurde. Die deutsche Regierung gibt nicht zu, daß zurzeit Handelschiffe zu Verteidigungszwecken bewaffnet werden können. Durch die Montierung moderner Geschütze mit geübten Artilleristen an Bord von Handelschiffen erhalten diese den Charakter von Hilfskreuzern mit feindseligen Absichten. Die deutsche Regierung ist der Ansicht, daß durch die jetzigen Verhältnisse des modernen Seekrieges keine gesetzlichen Gründe für die Zulässigkeit der Bewaffnung von Handelsdampfern mehr vorhanden sind und daß das Völkerrecht, das eine derartige Bewaffnung gestattete, in einem früheren Jahrhundert geschaffen wurde und auf andere Verhältnisse als die jetzt vorliegenden zugeschnitten sei.

v. Jagow hat noch keine endgültigen Berichte erhalten; er erklärt, nicht sagen zu können, welche Haltung Lansing mutmaßlich einnehmen werde. Die über London einlaufenden Privatdepeschen aus den Vereinigten Staaten seien so widersprechend, daß man aus ihnen keine richtige Vorstellung von den Plänen der amerikanischen Regierung schöpfen könne.

Berlin, 23. Februar.

Der „Lokalanzeiger“ veröffentlicht den ausführlichen Inhalt des Gesprächs zwischen Staatssekretär v. Jagow und dem Berliner Vertreter der „Newyork World“. Wie schon gemeldet, erklärte der Staatssekretär, daß jedes bewaffnete Handelschiff als Kriegsschiff angesehen werden müsse. Die ehemalige Bestimmung, wonach Handelschiffe zu ihrer Verteidigung bewaffnet sein dürfen, gelte nicht mehr, weil die Voraussetzungen dieses Rechtes erloschen sind. Es gibt keine Piraten mehr, und die Pariser Konvention vom Jahre 1856 machte auch der Kaperei dadurch ein Ende, daß die Signatarmächte dieser Konvention Kaperbriese nicht mehr ausstellten. Es ist richtig, daß die Vereinigten Staaten diese Konvention nicht unterzeichnet haben, aber das berührt den gegenwärtigen Streitfall nicht, da ja die Vereinigten Staaten nicht zu den kriegführenden Mächten gehören. Die englischen Handelschiffe sind nur dazu bewaffnet, um die Unterseeboote zu zerstören, wenn diese den Versuch machen sollten, diese Schiffe anzuhalten und auf Konterbande zu untersuchen.

Wenn ein Unterseeboot zu diesem Zweck sich dem bewaffneten Handelschiff nähern und längsseits des Schiffes legen würde, könnte es mit einem Schuß zerstört werden. Unser Unterseebootsfeldzug ist uns aufgezwungen worden als eine Bergeltungsmaßregel gegen Englands vollständig ungesetzliche Aushungerungsmethode, die im völligen Widerspruch mit dem Völkerrecht steht, was ja der Protest des Präsidenten Wilson gegenüber England am besten auch beweist. Unsere jetzigen Maßnahmen sind lediglich solche der Selbstverteidigung gegen Englands Pläne, die jedem Recht zuwiderlaufen und die nur den Zweck haben, uns die Hände zu binden. Wir haben den Beweis erbracht, daß die englische Admiralität genaueste

Instruktionen gegeben hat, daß die bewaffneten Handelschiffe gegen die Unterseeboote offensiv vorgehen sollen, und darum behaupten wir mit vollem Recht, daß diese sogenannte Bewaffnung zu angeblichen Defensivzwecken nur eine Finte ist und diese Handelschiffe lediglich Kriegshilfskreuzer sind und als solche behandelt werden müssen. Das wird auch Deutschland tun, nachdem die Frist, die es den Neutralen gegeben hat, abgelaufen ist.



## Erklärungen Sazonows.

Petersburg, 22. Februar.

Minister des Äußern Sazonow hielt in der Duma folgende Rede: Mit Zustimmung des Kaisers bin ich zum vierten Male seit Beginn des Krieges im Begriffe, Ihnen ein Gesamtbild der politischen Lage zu entrollen. Der Kampf geht weiter, ein Kampf, wie es noch nie einen gab, ein Weltkampf. Weniger als je ist es möglich, das Ende abzusehen. Aber ich kann erklären, daß die Regierung, wie bisher, unerschütterlich bleibt in dem Entschlusse, den Kampf bis zur Besiegung des Feindes fortzusetzen. Das war und ist der Entschluß des russischen Volkes und seiner treuen Alliierten.

### Wichtigster Versuch, die Verantwortung abzulehnen.

Dieser Krieg ist das größte Verbrechen gegen die Menschheit. Diejenigen, die ihn verschuldeten, tragen eine schwere Verantwortung. In der gegenwärtigen Stunde sind sie zur Genüge entlarvt. Wir wissen, wer die unzähligen Leiden entfesselte, unter denen Europa jetzt leidet. Es wäre völlig überflüssig, hierauf zurückzukommen, wenn nicht Deutschlands Staatsmänner und Presse sich darauf versteiften, die Verantwortung auf uns zurückzuschieben und auf unsere Alliierten. Aber schließlich erklärt sich diese Hartnäckigkeit vor allem durch die Notwendigkeit für die deutsche Regierung, zu versuchen, sich vor der öffentlichen Meinung des eigenen Landes zu rechtfertigen; denn man beginnt dort einzusehen, daß das deutsche Volk getäuscht wurde durch die, die, falsch unterrichtet durch eine unfähige Diplomatie, die Stunde der Verwirklichung der lang gehegten Raubpläne für

gekommen glaubten. In dem Maße, wie die Augen sich öffnen, wächst die Unzufriedenheit und beginnt bereits zum Ausdruck zu kommen. Wir haben und unsere Alliierten sind in diesen Krieg zur Verteidigung der heiligsten Rechte hineingezerrt worden. Wir haben ihn als unabwendbares Verhängnis vor uns gesehen, daher behalten wir Ruhe, trotz der Opfer und Verluste.

### Die Übereinstimmung mit den Alliierten schwer zu erzielen.

Die Gewähr des Erfolges liegt in einem engen Bündnis mit den Alliierten, in einer völligen Übereinstimmung ihrer Anstrengungen. Diese Übereinstimmung ist schwer zu erzielen infolge der Entfernung zwischen Rußland und den westlichen Alliierten. Es sind jedoch alle Maßregeln getroffen worden, um zu diesem Ziele zu gelangen. Unsere Vertreter, die mit den nötigen Vollmachten versehen sind, nehmen lebhaften Anteil an der Beratung aller Fragen, die von den Alliierten in Konferenzen in Frankreich und England behandelt werden. Außer zum Zwecke dieser politischen und militärischen Beratungen wünschten die Alliierten, Vertreter zur Besprechung von Maßregeln zusammenzutreten zu lassen, die zur Vorbereitung eines künftigen wirtschaftlichen Bündnisses ergreifen werden müssen. Die Wichtigkeit dieser Frage liegt auf der Hand. In der Tat, wenn ein Bündnis unerlässlich ist zur Erreichung eines Erfolges in der Zeit des Krieges, ist es nicht weniger notwendig, um die Zukunft aller zu sichern in der Zeit, wenn wieder Friede ist.

### Das Kriegsziel der Alliierten.

Wenn man es mit einem Feinde wie Deutschland zu tun hat, das in langen Jahren unter dem Deckmantel traditioneller Freundschaft die Aufmerksamkeit der Nachbarn einzuschläfern sich bemühte, während es zu gleicher Zeit das Schwert schärfte, ist es gut, beizeiten an nützliche Mittel zu denken, um einer Wiederholung von Ereignissen zuvorzukommen, wie sie sich mit solcher Schnelligkeit vor eineinhalb Jahren entrollten. Die deutsche Regierung gleicht dem Volke gegenüber ihren Generalen, die die Soldaten bei ihren Angriffen berauschen, um sie ungestümer zu machen. Die deutsche Regierung ist bemüht, den kriegerischen Eifer der Massen aufzustacheln und diese glauben zu machen, daß die Gegner die vollständige Vernichtung des deutschen Volkes wollen. Ist es nötig, zu sagen, daß eine solche Behauptung sinnlos ist? Wer könnte darauf rechnen, eine Nation von 70 Millionen verschwinden zu lassen? Die Alliierten hatten niemals einen solchen Gedanken. Sie fordern für sich das Recht, sich in Freiheit in ihrem Lande zu entwickeln, und rühren nicht an die legitimen Rechte anderer Nationen. Der Erhaltungstrieb fordert nur, daß sie dem unerbittlichen Egoismus und dem raubgierigen

Apetit, den kennzeichnenden Zügen des Preußentums, das nicht immer die Sympathien Deutschlands hatte, ein Ende zu machen. Dieses Preußentum muß ein für allemal zur Machtlosigkeit gezwungen werden. Wenn es anders wäre, wären alle Opfer der Alliierten vergebens.

Wir sehen klar, ebenso wie die Alliierten, das Ziel, das wir erreichen müssen. Wie sie, folgen wir ohne Schwanken dem Wege, den wir uns vorzeichneten. Dieses Bündnis gestalteten wir zu einem vollständigen, ohne daß einer der Alliierten einen Teil seiner Unabhängigkeit und Persönlichkeit zu opfern brauchte. Es ist nicht wie bei unseren Feinden: Dort werden die Alliierten Kasaffen. Es ist tatsächlich schwer, noch von Oesterreich-Ungarn, der Türkei und Bulgarien als von unabhängigen Staaten zu sprechen, da die Hände der Deutschen dort zähe die Armees und in allen Zweigen der Verwaltung die Macht an sich rissen.

### Frankreich, England, Italien.

Die Gewohnheit einer engen Zusammenarbeit mit dem alliierten Frankreich erlaubte den beiden Ländern, alle Hilfsmittel leicht und schnell zu organisieren und zu vereinheitlichen seit dem Tage, wo das Bündnis die Feuertaupe erhielt. Ich bin glücklich, die aufrichtige Bewunderung auszusprechen vor der Energie und dem Talent, die das französische Volk zur Vorbereitung des Sieges entfaltete. Die von Frankreich auf diesem Gebiete geleisteten Dienste, die oft einem oberflächlichen Beobachter entgehen können, sind nicht weniger groß als die glänzenden Erfolge des tapferen Heeres. Das für die gemeinsame Sache vergossene Blut macht die Bande, die die beiden Länder verketten, unzerreißbar.

Ich bin glücklich, noch einmal zu bemerken, daß die früheren Mißverständnisse, die lange über den Beziehungen zu England schwebten, endgültig beseitigt wurden. Sie verschwanden, sobald sie klaren Blickes aus der Nähe betrachtet wurden, wie nächtliche Visionen beim ersten Lichte des Tages verschwinden. Meine Herren Abgeordneten! Diejenigen, die bald die Verbündeten besuchen werden, werden mit eigenen Augen alles sehen, was von ihnen und ihren ruhmvollen Soldaten zu Lande und zu Wasser geleistet worden ist. Uebermitteln Sie ihnen die herzlichsten Grüße des russischen Volkes.

Die italienischen Truppen, die die Schwierigkeiten eines Gebirgskrieges zu überwinden haben, treiben den Feind Schritt für Schritt zurück, aus Gegenden, deren Bevölkerung seit langem von der Rückkehr zum italienischen Vaterland träumt. Auf dem balkanischen adriatischen Ufer bekämpfen die Italiener gemeinsam mit den Verbündeten den gemeinsamen Feind. Wir begrüßen die zwischen uns und Italien hergestellte Brüderlichkeit der Waffen.

### Die törichten Sonderfriedensgerüchte.

Sie wissen, daß Rußland, Frankreich und England, um den von den Feinden verbreiteten lügnerischen Gerüchten über einen von einem Alliierten unterzeichneten Sonderfrieden ein Ende zu machen, schon zu Anfang des Krieges erklärten, daß sie untrennbar verbunden sind, und das denkwürdige Abkommen vom 5. August unter-



zeichneten. Letzthin schlossen sich Japan und Italien an. Der Vertrag wurde am 30. November 1915 in London unterzeichnet. Man kann also glauben, daß die törichten Gerüchte von einem Sonderfrieden, die beständig wieder auftauchen, ein für allemal Lügen gestraft sind, denn die Mächte, welche den Vertrag unterzeichneten, betrachten die internationale Verpflichtung nicht als einen Fehlgang Papier.

#### Umschwägung Polens.

Eraurige Nachrichten gelangen zu uns aus den zeitweilig vom Feinde besetzten Gebieten. Sie sehen, was bei der Schwefelation Polen vor sich geht, in dem heroischen Belgien, in dem heimgesuchten Serbien. Dort herrschen überall unverföhnlicher Schrecken und Elend. Es genügt, an das ungeheure Beispiel der Ermordung Herr Gabel zu erinnern, um das Leben unter deutscher Herrschaft in den Gebieten zu würdigen, auf welchen Deutschland seine eiserne Faust ruhen läßt. Den unglücklichen Opfern, die unter den harten Prüfungen schmachten, können wir zurufen: Nur Mut! Die Stunde der Befreiung hat geschlagen!

Wie grausame Ironie schallt das Lob, das die Deutschen sich selbst erteilen für die Wohltaten, mit denen sie die Bevölkerung der besetzten Gegenden angeblickt überhäufen. Die deutsche Presse ist besonders stolz auf die Gründung einer polnischen Universität in Warschau. Das ist eine Falle, mit der man das Vertrauen des durch die Deutschen zerstörten Polen zu gewinnen rechnet. Aber das Unternehmen ist im voraus zu einem Mißerfolg verurteilt. Seit dem Beginn des Krieges schrieb Rußland die Vereinigung der Teile des zerstörten Polens auf seine Fahne. Dieses Ziel, vom Herrscher und vom Oberbefehlshaber kundgetan, liegt der russischen Gesellschaft am Herzen. Es erhielt die Billigung der Verbündeten und unveränderlich jetzt wie früher. Wie sieht Deutschland diese geheiligten Bestrebungen des ganzen polnischen Volkes an? Sobald es Deutschland und Oesterreich-Ungarn gelang, in Polen einzudringen, beeilten sie sich, diesen Teil des bis dahin ungeteilten polnischen Gebietes unter sich zu teilen.

Um den Eindruck abzuschwächen, den das Attentat gegen die Verwirklichung des polnischen Strebens hervorrief, glauben sie, einigen untergeordneten Wünschen der polnischen Bevölkerung entgegenkommen zu müssen. Deshalb wurde die polnische Universität gegründet. Aber man muß nicht vergessen, daß die Autonomie Polens, die hier auf dieser selben Tribüne vom Chef der kaiserlichen Regierung proklamiert wurde, polnische Nationalschulen aller Grade, den Universitätsunterricht eingeschlossen, mit sich bringt. Man kann also nicht erwarten, daß gegen das von den Deutschen angebotene Linsengericht das polnische Volk auf seine geheiligten Bestrebungen verzichtet, vor der neuen von Deutschland vorbereiteten Unterjochung die Augen verschließt und die Brüder in Posen vergißt, wo, um den deutschen Kolonisten zu gefallen, die all-polnischen Elemente hartnäckig vernichtet werden. Man spricht von Deutschlands Absichten, gegen neue Versprechen und imaginäre Zugeständnisse in den okkupierten Gebieten einige 100.000 Polen auszuheben, damit sie sich als Kanonensfutter für den Triumph des Germanismus töten lassen. Ich will nicht glauben, daß das von hohem Nationalgefühl besetzte polnische Volk, das sich gleich bei Kriegsbeginn beeilte, sich zur Verwirklichung des jedem Polen teuren nationalen Ideals den Russen anzuschließen, sich verleiten lassen könnte, einzuwilligen, sein Blut für die Tyrannen Polens zu vergießen.

#### Schweden.

Ich komme zu unseren gegenwärtigen Beziehungen zu den Neutralen, zuerst zu unseren skandinavischen Nachbarn. Oft erklärte ich, sei es im Schoße der Duma, sei es in Unterredungen mit verschiedenen Persönlichkeiten und Vertretern der Presse, daß wir gegenüber Schweden keine andern Gefühle hegen als diejenigen aufrichtiger Freundschaft und nur wünschen, die engen Beziehungen guter Nachbarschaft aufrechtzuerhalten. Unglücklicherweise gibt es auf der anderen Seite des botanischen Meerbusens noch Leute, die durch die Macht eingewurzelter Vorurteile und unter dem gewissen Einfluß von Verleumdungen unserer Feinde Vorurteile und Mißtrauen gegen uns hegen. Es ist indessen ganz klar, daß Rußland und Schweden von der Natur selbst bestimmt sind, im Frieden miteinander zu leben und ihre gegenseitigen wirtschaftlichen Interessen Früchte tragen zu lassen. Der Vorwand von Kollisionen kann nur ein künstlicher sein. Weder sucht Schweden nach den Worten seiner leitenden Männer territoriale Vergrößerung auf Kosten Finnlands, noch streben wir nach dem Gebiete unserer Nachbarn im Norden. Was sollte uns in der Tat in dieser Hinsicht die skandinavische Halbinsel bieten? Einen eisfreien Hafen im Eismeer? Wir haben einen auf eigenem Gebiete und die intensive Arbeit der russischen Ingenieure wird bald alles getan haben, um ihn durch einen Schienenstrang mit dem Herzen Rußlands zu verbinden. Nicht nach den skandinavischen Gestaden fühlt sich Rußland durch seine Geschichte hingezogen, nach einer ganz andern Richtung muß es den Ausgang zum freien Meere gewinnen.

#### Rumänien.

Rumänien hielt während dieser Periode die von ihm gemächte Neutralität weiter aufrecht. Die Ententemächte finden sich mit dieser Lage ab, überzeugt, daß Rumänien seine eigenen Interessen nicht veraten und, wenn die Stunde geschlagen wird, die nationale Einheit auf Kosten seines Blutes zu verwirklichen wissen wird. Es kann sicher sein, daß es bei denen, zu denen die natürlichen Sympathien seines Volkes gehen, wirkliche Unterstützung

findet, wenn es sich gegen die Attentate des gemeinsamen Feindes auf die Unabhängigkeit seiner Entschlüsse wehrt.

#### Die „Abreise“ von Gallipoli.

In meiner letzten Rede erwähnte ich die militärische Unternehmung unserer Alliierten auf Gallipoli. Ohne sich durch kostspielige Opfer abhalten zu lassen, kämpften sie hartnäckig, um eine direkte Seeverbindung mit uns herzustellen. Veränderungen der strategischen Lage erforderten die Abreise dieser Truppen. Ein Teil wurde nach Saloniki geschickt.

#### Saloniki.

Was die Landung von Abteilungen der Alliierten in dieser Stadt und die Deutungen dieses Ereignisses in Berlin betrifft, glaube ich bemerken zu müssen, daß der deutsche Reichsanzler in seiner Rede vom 9. Dezember die Beziehungen der Ententemächte zu Griechenland berührte und ihr Vorgehen mit demjenigen der Deutschen in Belgien verglich. Nun sind der Einmarsch und die Verwüstung Belgiens wahrhaftig Verletzungen heiliger Verpflichtungen, die Preußen im Jahre 1839 übernahm. Aber in der ganz friedlichen Landung der Truppen der Alliierten in Saloniki gibt es nicht das geringste Attentat gegen das Recht. Ein Artikel des zweiten Londoner Vertrages vom 3. Februar 1830 gibt jeder der drei Schutzmächte das Recht, Truppen auf griechisches Gebiet, das sie besetzen, zu führen unter der Bedingung, daß die beiden anderen Mächte einwilligen. Es ist unnützlich hinzuzufügen, daß die Zustimmung Rußlands von Anfang an unseren Verbündeten zugesichert war, und so sind alle Erfordernisse des betreffenden Artikels des Vertrages erfüllt. Außerdem wurden die Truppen auf Verlangen des griechischen Kabinettschefs nach Saloniki geschickt, der in dieser ihm geleisteten Hilfe anschließend ein Mittel für Griechenland sah, seine Verpflichtungen gegenüber Serbien zu erfüllen.



**Griechenland und die „Seelengröße Serbiens“.**

Die Ungewißheit, ob Griechenland die Verpflichtungen seines Vertrages ausführen würde, hat die Serben gezwungen, sich eine gewisse Zurückhaltung aufzuerlegen, um sich der Mitwirkung Griechenlands nicht zu berauben. Das serbische Oberkommando hatte die Möglichkeit, die bulgarische Mobilisation durch eine rasche Offensive zu verhindern. Da nicht der geringste Zweifel bestand, daß eine solche Mobilisation sich gegen Serbien und die Verbündeten richten würde, wäre ein Angriff gegen Bulgarien im Augenblicke, da es seine Truppen zusammenzog, nichts weiter als eine berechtigte Verteidigungsmaßnahme gewesen. Trotzdem wollte die serbische Regierung nicht die Verantwortung dafür übernehmen, den Bruder mordenden Krieg begangen zu haben. Aber diese Seelengröße fand in Griechenland kein Echo. Die griechische Regierung hat ihre gegen Serbien übernommenen Verpflichtungen auf ihre Art ausgelegt. Die serbische Armee verrichtete Wunder von Ausdauer und Tapferkeit. Es gelang den Serben schließlich, sich den Weg bis ans Meer zu bahnen. Jetzt ist dank den Bemühungen unserer Alliierten, besonders Frankreichs, das serbische Heer nach Serbu gebracht. Natürlich ist diese militärische Streitmacht, auf die sich im Oktober die Deutschen, die Oesterreicher, die Ungarn und die Bulgaren warfen, nicht mehr so zahlreich, aber sie ist ein sicheres Unterpfand für die Wiedererhebung Serbiens.

**Montenegro.**

Das tragische Schicksal, das einstweilen Serbien niedergeworfen hat, verschonte Montenegro nicht. König Nikolaus hat mit seiner Familie und einem Teile der Regierung das Königreich verlassen, um nicht einen schmachvollen Frieden unterzeichnen zu müssen. Von Frankreich aus hat er dem Prinzen Mirko vorgeschrieben, die montenegrinischen Truppen zu retten und sie mit den Serben zu vereinigen, und dem Prinzen sowie den zurückgebliebenen Ministern verboten, in irgend welche Besprechungen mit Oesterreich-Ungarn einzutreten.

**Bulgarien.**

Man warf der Diplomatie der Alliierten vor, daß es ihr nicht gelungen sei, Bulgarien auf ihre Seite zu bringen. Ich gebe zu, daß die Diplomatie nicht den kürzesten und sichersten Weg wählte. Die Weisung Dedeagatsch' hätte das bulgarische Volk beeinflussen und es veranlassen können, einen Koburg, der ihm fremd ist, von der schiefen Ebene brudermörderischer Gelüste zurückzuhalten. Aber selbst in diesem Falle wäre es den Alliierten vielleicht nicht gelungen, Serbien die Katastrophe zu ersparen, denn übereinstimmende militärische Unternehmungen der Alliierten auf dem Balkan bieten immer außerordentliche Schwierigkeiten dar.

**Erzerum.**

Am 3. Februar ist Erzerum gefallen und unsere Truppen sind vorwärtsgerückt. Nach unserem Rückzuge von Wan haben die Türken die Grausamkeiten gegen die Armenier vervielfacht.

**„Das Kalifat von Berlin.“**

Sasonow spricht sodann von der angeblichen Absicht Deutschlands und der Türkei, ein ungeheures germanisch-muselmanisches Reich zu gründen, das von der Scheldemündung bis zum Perthischen Golf reichen soll. Dieses Reich, das in alldeutschen Träumen als neues Kalifat erscheint, welches den Namen Kalifat von Berlin verdient, soll nach Ansicht der Alldeutschen dem geschichtlichen Bestand Rußlands und Großbritanniens einen üblichen Stolz ver-

ehen. Ein erschreckender Traum! Aber Gott ist barmherzig. Die Berliner Politiker, die diese kühnen Pläne hegen, vergessen dabei nur eine Sache, die uns und unseren englischen Freunden einigen Trost verschafft: Wenn dieses Reich unter dem deutschen Hammer geschmiedet werden könnte, dann würde es nicht einen Tag dauern, nicht bloß wegen seiner inneren Schwächen, sondern vor allem, weil ihm das Unerklässliche zur Behauptung seiner Existenz fehlen würde, nämlich die Herrschaft über das Meer, die glücklicherweise in den starken Händen unseres ruhmreichen Verbündeten Großbritanniens ruht. Solange dem so ist, wird das Kalifat von Berlin unsere Existenz nicht bedrohen.

**Persien.**

Minister des Außern Sasonow wies fortfahrend auf die Särung in Persien hin, die ihn gezwungen habe, im vergangenen Herbst die dortigen russischen Kontingente zu vermehren. Die Lage besserte sich seither nach einigen entscheidenden Aktionen der russischen Truppen merklich. Der Schah drückte dem Zaren seine Ergebenheit aus sowie die feste Absicht, eine Rußland und dessen Verbündeten günstige Politik zu verfolgen. Auch das neue persische Ministerium sah ein, daß ein vollständiges Einvernehmen mit den Nachbarmächten Rußland und England im Interesse Persiens gelegen sei. Unsere Beziehungen zu der Regierung des Schah nahmen einen normalen Charakter an.

**Japan.**

Sasonow hob sodann hervor, daß Japan fortgesetzt am Kriege teilnehme. Besonders für Rußland sei diese Mitwirkung unendlich wertvoll. Sie betätige sich in einer Weise, die durch eine Reihe von Bedingungen festgesetzt und für die gegenseitigen Beziehungen beider Länder kennzeichnend sei. Der Sturm, der über die Welt segte, kräftigte die russisch-japanischen Beziehungen und zerstreute die letzten Spuren vergangener Vorurteile. Beide Länder, vor denen sich schöne Ausblicke eröffnen, müßten ihre gegenseitigen Interessen in Einklang bringen und sich vor gemeinsamen Gefahren in acht nehmen. In Japan begreife man ebenso gut wie in Rußland, daß die politischen und wirtschaftlichen Gewalttätigkeiten Deutschlands in China eine beständige Drohung für den Frieden in Ostasien bilden. Die russische Regierung sei hier für die Nichteinmischung. Wenn er einverständlich mit den vier Ententemächten dem Oberhaupt der Volksgewalt in China den freundlichen Rat erteilte, die Einführung der neuen Ordnung der Dinge auf einen späteren Zeitpunkt zu verschieben, so geschah dies nicht, um die souveränen Rechte Chinas zu verletzen, sondern, um darauf hinzuweisen, daß unter den gegenwärtigen Verhältnissen innere Umwälzungen China und den Ententemächten schädlich sein könnten.

**Amerika.**

Das Interesse, das die amerikanische Industrie dem russischen Markt entgegenbringe, gestatte die Hoffnung, daß außer den freundschaftlichen politischen Beziehungen, die gegenwärtig zwischen Rußland und Amerika bestehen, auch eine wirtschaftliche Annäherung sich vollziehen könne.

Nach einem Dank an die Regierungen Spaniens und Hollands für den Schutz, den sie den im feindlichen Ausland befindlichen Russen angedeihen ließen, schloß Sasonow seine Rede mit folgenden Worten:

„Die letzten Worte, die ich heute hier aussprechen werde, sollen die Hoffnung ausdrücken, daß die Kraft der Begeisterung, die Sie seit Beginn des Krieges bewiesen haben und die im Auslande unseren Freunden und Feinden gezeigt hat, daß Sie sich mit der Regierung eins fühlen im Kultus des Vaterlandes, unverfehrt bleiben wird, damit niemand, weder Freund noch Feind, sagen kann, daß sie gesunken ist; denn diese Kraft ist die Bürgschaft unseres Sieges.“



**Dumapäsident Rodzianto**

befonte in seiner Rede u. a. die historische Bedeutung des Zarenbesuches in der Duma sowie die Einigkeit zwischen dem Zaren und dem Volke, die für Rußland von großem und notwendigem Vorteile sei. Unter großem Beifall schlug der Präsident vor, dem Zaren Glückwünsche zu senden.

Redner erinnerte sodann an den tiefen Schmerz, mit welchem Rußland das Schicksal des brüderlichen Serbiens erfuhr. Es sei Pflicht Rußlands, tröstende Worte zu finden und Serbien Mut sowie Hoffnung auf seine Auferstehung einzuflöhen.

Der Präsident schloß, indem er die feste Hoffnung auf den endgiltigen Sieg zum Ausdruck brachte, die Duma aufzuforderte, zur Entwicklung der produktiven Kräfte des Landes unermüdet beizutragen, und eine enge, aufrichtige Einigkeit zwischen Regierung und Nation als Unterpfand des Sieges verlangte, ohne die es keinen Frieden gibt, sondern nur Kampf ohne Gnade bis ans Ende.



## Der Zar in der Duma.

Petersburg, 22. Februar.

Vor Eröffnung der Sitzung der Duma richtete der Zar an die Abgeordneten folgende Worte: Ich habe die Freude gehabt, gleichzeitig mit Ihnen Dankgebete an Gott zu richten für den ruhmreichen Sieg, den er unserem lieben Rußland und unserer tapferen Kaukasus-Armee hat zuteil werden lassen. Ich bin glücklich, mich unter euch zu befinden, unter meinem treuen Volke, dessen Vertreter ihr hier seid. Ich rufe den Segen Gottes auf eure kommenden Arbeiten herab, besonders in dieser so schweren Zeit. Ich glaube fest, daß ihr alle und jeder einzelne unter euch in der Arbeit, deren Verantwortung ihr vor dem Vaterlande und vor mir traget, seine ganze Erfahrung, seine volle Kenntnis der lokalen Verhältnisse und seine ganze warme Liebe für das Vaterland einsetze wird und daß ihr euch in diesen Arbeiten ausschließlich durch diese Liebe werdet führen lassen, die euch immer helfen und euch als Leitstern in der Erfüllung eurer Pflichten dem Vaterlande und mir gegenüber dienen wird. Ich wünsche der Reichsduma von ganzem Herzen fruchtbare Arbeit und vollen Erfolg.

Präsident Rodsjanko erwiderte mit folgender Rede: Majestät! Tief und freudig berührt hörten wir die bedeutungsvollen Worte des Monarchen, von Freude erfüllt, unseren Zaren in unserer Mitte zu sehen. In dieser schwierigen Zeit befestigten Sie heute das Band mit Ihrem treuen Volke, welches uns den Weg zum Siege zeigt.

### Zur Vorgeschichte des Dumabesuches.

Kopenhagen. (Meldung der „Korr. Rundschau“.) Der Besuch des Zaren in der Duma soll im Verlaufe der Besprechungen zwischen Stürmer und dem gegenwärtig allmächtigen Petersburger Metropolitan Pitirim beschlossen worden sein, denen Rodsjanko beigezogen worden war. Die Idee sei von der Zarin-Mutter ausgegangen, die seinerzeit mit der Großfürstin Xenia das Taurische Palais besichtigt und ihren Namen in das Goldene Buch eingetragen hatte. Der Zar ist eigens von der Front nach Zarstoje Selo zurückgekehrt, um dann die Duma zu besuchen. Es heißt, daß Goremykin die Absicht, der Zar solle am Eröffnungstage die Duma besuchen, bekämpft habe, weil er darin nur einen Schritt erblickte, der die Opposition noch hochmütiger und anspruchsvoller machen werde. Der Eindruck, den die Anwesenheit des Zaren auf die Deputierten ausübte, ist trotz der ungeheuren äußerlichen Aufmachung in den russischen Nachrichtenquellen nur gering gewesen, denn die Extremrechten sehen darin ein von ihrem Standpunkte aus absolut verdammenwertes Zugeständnis an die Opposition — hält doch die Rechte an der von ihren Führern proklamierten Parole fest: „Lieber ein verlorener Krieg, als ein Sieg der Linken mit einem Systemwechsel!“ — während die Linken den Besuch des Zaren als ein unerkennbares Symptom von Schwäche und Zerrüttung auffassen.

### Sicherheitsmaßnahmen.

Für den Eröffnungstag der Duma waren außerordentliche Sicherheitsmaßregeln vorgekehrt worden, und die Massenausweisungen, die nach vorangegangenen Verhaftungen in den letzten Tagen aus dem Petersburger Bereiche erfolgt sind, standen mit dem Bestreben der herrschenden Kreise im Zusammenhange, beim Zusammentritte der Duma alle irgendwie politisch „unverläßlichen“ Elemente entfernt zu wissen. Da man den bisherigen Petersburger Gouverneur für eine solch heikle Aera als nicht genügend verwendbar und energisch erachtete, war sogar ein Personenwechsel an dieser wichtigen Stelle erfolgt und Baron N. N. Medem zum Gouverneur von Petersburg ernannt worden. Eine Verordnung des Stadthauptmannes von Petersburg untersagte noch in letzter Stunde 52 Personen, darunter dem Adligen Jablonski, den Aufenthalt in Petersburg, gleichzeitig verfügte der Minister des Innern die Ausweisung von 23 meist in der Gesellschaft bekannten Leuten.



24. II. 1916

**Serbiens Wirtschaftslage.**

Frankfurt, 23. Februar. (Privattelegramm.) Der bisherige deutsche Finanzdeputierte bei der serbischen Monopolverwaltung Dürrenberger veröffentlicht in der Frankfurter Zeitung einen Artikel über Serbiens Finanz- und Wirtschaftslage. Danach brachte die serbische Nationalbank ihren Goldschatz von sechzig Millionen Franken nach Griechenland in Sicherheit. Die Entente schloß Serbien ohne Garantie vierhundert Millionen vor. Die Monopolverwaltung hielt den Vollbetrieb bis Ende September 1915 aufrecht. Die Besitzer serbischer Rente werden wohl mit einem Umtausch in bulgarischen und österreichisch-

ungarischen Titres für sich nehmen müssen. Die Wiederaufnahme der Zinszahlung vor Kriegsende erscheint ausgeschlossen. Die Errichtung von Filialen seitens Wiener und Budapester Banken in Serbien sei ein wahres Glück für Serbien, das sich infolge der reichen Hilfsquellen zweifellos bald wieder erholen werde.



24. II. 1916

## Oesterreich-Ungarn und Amerika.

K. Wien, 11. Februar.

Erst allmählich ist Oesterreich-Ungarn an der Auseinandersetzung zwischen Deutschland und Amerika in einem Umfang beteiligt worden, der die vollkommene Gemeinsamkeit des Vorgehens bei der neuesten Ansage des Unterseebootkampfes als natürlich und eigentlich als selbstverständlich erscheinen läßt. Bis vor einigen Monaten stand die Donaumonarchie bei diesen Differenzen abseits oder doch wenigstens sehr in zweiter Linie, und dementsprechend waren die Empfindungen, mit denen man hier der Entwicklung des Streites folgte, zwar immer absolut auf der Seite Deutschlands, dessen maritime Leistungen nirgendwo enthusiastischer bewundert wurden als in Oesterreich, aber man fühlte sich selbst doch vielfach nur indirekt, durch die Solidarität mit dem Bundesgenossen, als Teilhaber an dem Streitgegenstand. So war es, als Deutschland vor Jahresfrist den Krieg mit der unheimlichen Zwergrasse gegen alle feindlichen Kauffahrtschiffe eröffnete, als die Versenkung der „Lusitania“-Munition Hunderte von Passagieren ins Verderben riß; so stand es auch noch, als Herr von Burian im vorigen Sommer seinen Protest gegen die amerikanischen Munitionslieferungen nach Washington gehen ließ: auch diese diplomatische Note konnte noch darauf verweisen, daß es einen direkten Konflikt zwischen Oesterreich-Ungarn und Amerika nicht gebe, und die Note erhielt dadurch, mit dem deutsch-amerikanischen Schriftwechsel verglichen, einen beinahe akademischen Ton.

Daß es seither ganz anders gekommen ist, liegt an der Ausdehnung der Kriegsoperationen auf das Mittelländische Meer, den Balkan und den Orient, die der österreichisch-ungarischen Flotte in steigendem Maße Gelegenheit zur Aktion, speziell zur Beteiligung am Unterseebootkrieg, gab. Die vollkommene Verschmelzung des Krieges der beiden Zentralmächte, die für den Landkrieg schon seit den Karpatenkämpfen eingetreten war, vollzog sich nun auch für die See, und damit rückte Oesterreich-Ungarn automatisch in die Feuerlinie der deutsch-amerikanischen Auseinandersetzung. Die brüste Entfernung des Botschafters Dumba aus Washington war wie ein dumpfes Vorspiel zu dem, was sich vorbereitete; zu vollem Ausbruch aber kam die latente Krise durch die Torpedierung der „Persia“. Eines Tages traf hier die Note des Präsidenten Wilson ein, die in dem impetuosiven Stil dieses Diplomaten von Barbarei und Mord sprach, und nun mußte es dem Blindesten deutlich sein, daß Herr Wilson seine herrischen Ansprüche in der Tat ohne Unterschied der Person verfolgt; sie bedrohten Deutschland und Oesterreich-Ungarn in gleichem Maße. Unter dem Druck dieser Entwicklung mußte auch die Abwehr der Zentralmächte immer einheitlicher werden.

Die Frage, wie Amerika die angekündigte neueste Phase des Unterseebootkrieges aufnehmen wird, beschäftigt natürlich auch hier jedermann. Die Veröffentlichung erfolgte in einem Augenblick, da gerade hoffnungsvoll klingende Meldungen aus Amerika den Glauben an eine Verständigung belebt hatten, und so lag die Vermutung besonders nahe, daß der Beschluß der Zentralmächte nicht außerhalb jedes Zusammenhanges mit den Verhandlungen in Washington stehen und kein plötzliches Novum in sie hineinragen werde. Durch die ersten Äußerungen des deutschen Reichskanzlers gegenüber einem amerikanischen Journalisten wurde dann freilich heute die Zuversicht der Optimisten etwas unsanft daran erinnert, wie wenig Zuverlässiges wir über die Entwicklung dieser Dinge eigentlich wissen, und wie vorsichtig daher jedes Urteil sein muß. Die Tatsachen der nächsten Zeit werden ja immerhin einige Klarheit schaffen. Wenn Präsident Wilson wirklich der bis zum Doktrinarismus Gerechtigkeit liebende Staatsmann ist, als den er sich gibt, dann könnte ihm die Note der Zentralmächte gerade von seinem prinzipiellen Standpunkt aus eine willkommene Brücke zur Verständigung sein. Er hat in einer seiner jüngsten Reden, um den Ernst der Lage zu kennzeichnen, die Äußerung getan, daß er wohl Interessen opfern könne, nicht jedoch Grundsätze. Der Grundsatz aber, den er immer wieder zur Rechtfertigung seiner Haltung anführte, ist die Wahrung der anerkannten Sätze des Völkerrechts, dessen reine Flamme er auf seinem Altar gehütet habe und für das er

seine neuen Auslegungen zulassen will, oder — substantiell gesprochen — die Freiheit der Handelschiffahrt. Auf diese Freiheit berief er sich, als Deutschland den völkerrechtswidrigen Auslieferungskrieg Englands mit der Jagd auf die feindlichen Handelschiffe vergalt, und keinen Vergeltungsgesichtspunkt wollte er den Deutschen zubilligen, sobald die Freiheit der Handelschiffahrt dadurch eine Einschränkung erfuhr, die auch auf neutrale Benutzer der feindlichen Handelschiffe zurückwirken konnte. Die Auffassung der Zentralmächte läßt nun den formalen Grundsatz der freien Handelschiffahrt unangetastet; sie schränkt lediglich den Begriff der Handelschiffahrt ein, indem sie auf Grund einer unanfechtbaren Argumentation erklärt, daß Deutschland und Oesterreich-Ungarn feindliche Schiffe, die mit Geschützen bewaffnet sind, künftighin nicht mehr als Handelschiffe, sondern als Kriegsschiffe behandeln wird. Die Aufnahme, die diese nicht nur dem formalen Recht, sondern zugleich dem natürlichsten Billigkeitsgefühl entsprechende Erklärung in Washington findet, wird vielleicht erkennen lassen, welches die letzten Absichten des amerikanischen Präsidenten eigentlich sind.



25./II. 1916.

\* R. u. F. Kriegspressequartier, 24. Februar.

Drahtmeldung unseres Kriegsberichterstatters.

Die Verteidiger Durazzos, italienische Truppen und die Anhänger Essads, haben sich gestern eine schwere Niederlage geholt. Nachdem die Vorrückung in Albanien die österreichisch-ungarischen Verbände und die ihnen zugeteilten albanischen Abteilungen bis an die Durazzo in weitem Rund umgebenden Höhenzüge geführt hatte, begannen sie mit starkem Druck konzentrisch gegen die Stadt vorzustößen. Die Aufgabe wurde nicht nur durch die Terrainverhältnisse sehr erschwert, sondern alle Anzeichen deuteten auch darauf hin, daß die bei Durazzo versammelten gegnerischen Streitkräfte alles aufbieten würden, um Durazzo zu halten. Dem inneren Verteidigungsgürtel hatten sie eine starke äußere Befestigungslinie vorgelegt, die am unteren Arzen im Norden, an den rauhen Höhen von Bazar Esal im Nordosten und Osten und den Hügel-Dehnen im Südosten treffliche natürliche Anlehnung fand. Die Hügel waren in Stützpunkte umgewandelt, die starke Besatzungen aufwiesen. In der Morgenfrühe des gestrigen Tages setzte der allgemeine Angriff ein. Rings um Durazzo begann die Artillerie, die auf den schweren Pfaden erstaunlich rasch in Stellung gebracht worden war, ein heftiges Feuer gegen die Höhenrücken. Auf allen Abschnitten verstärkte sich der Druck gegen den weiten Halbkreis. Während es den rasch und energisch operierenden Infanterieabteilungen gelang, den Gegner aus den Vorstellungen nordöstlich Bazar Esal zu werfen, überschüttete die gegen den unteren Arzen herangeschobene Artillerie die noch das Südufer haltenden Italiener mit einem derartigen Geschosshagel, daß diese die Uebersehung des Flusses nicht mehr zu verhindern vermochten. Auf Balken gingen die wackeren Mannschaften über den Arzen, säuberten sein Ufer und rückten gegen Süden weiter. Mittags kam es auch östlich Bazar Esal zu einer Entscheidung. Dort hatte sich die italienische Brigade Savona in einer gut ausgebauten Hauptstellung lange tapfer zur Wehr gesetzt. Da gelang es den Angreifern in plötzlichem Anprall in den Graben einzubrechen. In eiliger Flucht gingen die Ueberrumpelten zurück. Das gleiche Schicksal ereilte die Verteidiger von Casso bianco, 10 Kilometer südöstlich Durazzo. Auch ihre Stellung wurde erstürmt und in festen Besitz genommen. Abends war der ganze äußere Gürtel eingedrückt und durchbrochen, der Gegner im Rückzug auf den inneren Ring. Es wurde dann festgestellt, daß die

Italiener sich mit allen Kräften bemühten, möglichst viele Truppen zu Schiff in Sicherheit zu bringen. Der Fall von Durazzo ist damit in nächste Nähe gerückt.

Eugen Lennhoff.



## Asquiths Rede.

London, 23. Februar.

Premierminister Asquith erwiderte im Unterhause auf die Reden Snowdens und des ehemaligen Ministers Trevelyan, der bei Ausbruch des Krieges sein Amt niedergelegt hat, über die Voraussetzungen, unter welchen es möglich wäre, den Krieg unter Erreichung des Kriegszieles der Alliierten zu beendigen. Es freute ihn, daß das Haus diesen Reden mit Geduld zugehört habe. Die beiden Mitglieder hätten sicherlich nicht für die demokratische öffentliche Meinung gesprochen (Beifall.)

Er bezweifle sogar, daß sie auch nur für ihre Wahlkreise gesprochen hätten. Snowdens Eingeständnis, daß man in England einig sei und bleiben werde in der Forderung, daß die Friedensbedingungen die Erreichung der Ziele Englands dauernd sicherstellen müßten, heiße er gut. Es herrsche völlige Einigkeit im Lande. (Beifall.) Der eigentliche Inhalt der Rede Snowdens sei, daß in Deutschland ein wahrhafter Wunsch nach Frieden bestehe. Worauf stütze sich nun diese Behauptung? Er verweise auf die jüngste Debatte im Reichstag, die Rede des Kanzlers, der gesagt zu haben scheint, er sei durchaus gewillt, die Annäherung von anderer Seite willkommen zu heißen. Jedermann würde bereit sein, Annäherungen von der anderen Seite willkommen zu heißen, aber der Kanzler habe nicht angedeutet, daß er bereit sei, die Initiative zu ergreifen, und da er seine Erklärung dadurch ergänzt zu haben scheine, daß er den Abgeordneten sagte, Deutschland habe sich nicht als Feind aller Nationen erwiesen — jenes Deutschland, das Belgien vernichtete und verwüstete und sein bestes tut, auch Serbien, Montenegro und Polen zu vernichten und zu verwüsten — so könne eine solche Erklärung in einem solchen Zusammenhang nur als gewaltige und schamlose Kühnheit bezeichnet werden. Ich würde, fuhr Asquith fort, den imaginären Friedensbedingungen des Kanzlers mehr Gewicht beilegen, wenn ihre Sprache auf Argumenten beruhte, die nicht von so durchsichtiger Heuchelei und Nulllosigkeit wären. Es ist wahr, daß einige Mitglieder der sozialdemokratischen Partei sehr mutig und höchst unvollständig ihre Stellung angesichts einer großen Verwirrung behaupteten. Aber was ist dabei erreicht worden, wenn bei der entscheidenden Abstimmung von einer Partei von 110 Mitgliedern nur 20 überredet werden konnten, gegen den Kriegskredit zu stimmen? Ich will jetzt der Sache auf den Grund gehen. Trevelyan fragte, warum ich die Friedensbedingungen nicht mitteile.

Darauf, sagte Asquith, habe ich zu erwidern: Ich teilte in klaren, direkten, verständlichen und gewichtigen Worten die Bedingungen mit, unter denen wir in England gewillt sind, Frieden zu schließen. Ich will sie heute wiederholen. Unsere Alliierten sind mit ihnen vertraut, dem deutschen Reichskanzler sind sie wohl bekannt.

Was ich am 9. November 1914 sagte, wiederhole ich jetzt:

Wir werden niemals das Schwert, das wir nicht leicht gezogen haben, wieder in die Scheide stecken, bevor nicht Belgien — und ich will hinzufügen, Serbien (anhaltender Beifall) — in vollem Maße alles und mehr als alles, was sie geopfert haben, wieder erlangen, bevor nicht Frankreich ausreichend gegen einen Angriff gesichert ist, bevor nicht die Rechte der kleineren Nationen Europas auf eine unangreifbare Grundlage gestellt sind und bevor nicht die militärherrschaft Preußens gänzlich und endgültig vernichtet ist.

Was fehlt hierbei noch an Klarheit und Deutlichkeit? Ich frage Trevelyan und den deutschen Kanzler, wie ich dies noch verständlicher machen

so, was ich noch mehr tun soll, um ihn und alle unsere Feinde zu überzeugen, daß erst, wenn der Friede auf diesen Grundlagen in Sicht und zu erreichen ist, und nicht eher, wird einer unserer tapferen Alliierten auch nur ein Jota davon ablassen werden, diesen Krieg weiterzuführen. (Stürmischer Beifall.)

### Das Ende der „Friedensdebatte“.

Dieses Schlusswort Asquith versetzte das Haus, das die Reden Snowdens und Trevelhans mit tödlichem Schweigen angehört hatte, in tiefste Erregung.

Die sogenannte „Friedensdebatte“ nahm im Unterhause ein schnelles Ende. Die andern Mitglieder der Arbeiterpartei gingen nicht auf Snowdens Initiative ein.

Das Mitglied der Arbeiterpartei **Wells** erklärte, es sei Sache der Angreifer, die ersten Anerbietungen zu machen. Warum sollte England einem Bande entgegenkommen, das jeden Vertrag gebrochen und viele Gewalttätigkeiten begangen habe. Bevor Deutschland seine Missetaten nicht eingestanden habe, sei es verfrüht, von Friedensanerbietungen zu sprechen.

Ein anderes Mitglied der Arbeiterpartei protestierte ernstlich gegen Snowdens Haltung und versicherte dem Hause, 95 Prozent der Arbeiter seien der Regierung gegenüber loyal.

Die Debatte wurde hierauf geschlossen und das Haus nahm das Budget in zweiter Lesung an.

## Die Reden Snowdens und Trevelhans.

Amsterdam, 24. Februar.

Ein hiesiges Blatt berichtet aus London über die gestrige Sitzung des Unterhauses:

Das Mitglied der Arbeiterpartei **Snowden** sagte, daß sich England aus uneigennütigen Motiven am Kriege beteiligte (1) und daß die Sache der Alliierten gerecht sei. Das ganze britische Volk wünsche einen befriedigenden Ausgang. Ein solcher Ausgang und ein dauernder Friede könne aber nur durch Verhandlungen, nicht durch die Fortsetzung des Krieges erreicht werden. Snowden führte den russischen Schriftsteller **Bloch** an, der vorausgesagt habe, daß der moderne Krieg niemals auf dem Schlachtfelde entschieden werden könne. Er glaube nicht an einen militärischen Sieg, der übrigens nur zu einem neuen Kriege führen würde. Snowden äußerte die Überzeugung, daß die Zeit für Friedensunterhandlungen gekommen sei. Er berief sich ferner auf die Erklärung **Conquets**, daß Frankreich den Krieg nicht werde durchhalten können. Zum Schluß forderte er die Regierung auf, ihre Friedensbedingungen kundzugeben.

**Trevelyan** (Liberal) gab zu, daß die deutsche Militärpartei offen sage, daß sie Belgien und einen Teil Frankreichs behalten wolle. Er sei überzeugt, daß der Friede nur möglich sei, wenn Deutschland Belgien herausgebe und von seiner herausfordernden Haltung ablasse, aber auch die Alliierten dürften nicht auf Eroberungen ausgehen.



## Das Exposé Sazonows.

## Tschechische Stimmen.

Brag, 21. Februar. Zur Rede des russischen Ministers des Aeußern Sazonow äußert sich der „Glas Naroda“ unter anderem folgendermaßen: Der russische Minister für auswärtige Angelegenheiten setzte in der Duma die politische Lage auseinander. Seiner angekündigten Rede sah man in Rußland mit großer Spannung entgegen. Das Reich war wohl nie in einer so verzweifelten Lage wie derzeit. Der siegreiche Feind besetzte den wirtschaftlich ergiebigsten Teil des Landes, das Kriegsglück hat sich von den russischen Heeren abgewendet, die Unterstützung seitens der Verbündeten hat sich als trügerisch herausgestellt, und der breiten Schichten des Volkes hat sich Kleinmütigkeit und Gleichmütigkeit statt Opfernuit und Begeisterung für die Verteidigung des Vaterlandes bemächtigt. Die Regierung hätte sie aufmuntern und mit Vertrauen in eine bessere Zukunft und besonders in den erfolgreichen Ausgang des blutigen Krieges erfüllen sollen. Die Auseinandersetzung Sazonows über die politische Lage hat das nicht erreicht. Sie ist eine Kollektion abgedroschener Phrasen und augenfälliger Unwahrheiten, eine Polemik mit Nachrichten, welchen sicher nicht einmal von den Russen sehr starker Glaube beigegeben wurde, eine Polemik, die rein nichts enthält, um den Geist des russischen Volkes in diesem kritischen Augenblick zu heben. Die Behauptung des russischen Ministers für auswärtige Angelegenheiten, daß Oesterreich-Ungarn und Bulgarien in diesem Kriege Deutschlands Vasallen wurden, charakterisiert am treffendsten das niedrige Niveau, auf das Sazonow in der Verteidigung seiner Politik gesunken ist. Es ist das dieselbe unlautere Taktik, welche zu Beginn des Krieges auf die Hilfe der slawischen Völker in unserm Reich spekulierte, eine Taktik, die den Polen goldene Berge versprach, damit sie sich in den Dienst Rußlands begeben, eine Taktik, die die slawischen Völker erwerben wollte. Durch Verdrehungen und Täuschungen hätten die Bundesgenossen für das große Rußland gewonnen werden sollen, welches nicht die Kräfte besaß, um sich allein zu verteidigen, geschweige denn andre zu schützen. Bezüglich Polens hat Sazonow noch nicht alle Hoffnungen aufgegeben, daß er sie schließlich doch noch betrügen werde. Die Errichtung von Hochschulen in Warschau sei nur ein Injunktgericht, solange nicht auch Mittel- und Volkshöheren gewährt würden. Die Russen hatten mehr als hundert Jahre Zeit dazu, und haben sie diese Schulen gewährt? Sazonow erläuterte sodann die Ereignisse auf dem Balkan und erklärte, daß der Biersverband imstande sein werde, die Bildung eines ungeheuren germanisch-moslimischen Reiches, welches angeblich die Berliner Politiker errichten wollen, zu verhindern. Es ist zweifelhaft, ob ein derartiger Trost der russischen Duma genügen werde, den gesunkenen Geist des russischen Volkes wird er sicher nicht heben.

„Gech“ führt aus: Sazonow hält es vorerst für notwendig, gegenüber der in Rußland bestehenden mächtigen Bewegung für einen Sonderfrieden mit Deutschland und dessen Verbündeten zu erklären, daß Rußland und seine Verbündeten den Krieg bis zur Befestigung des Gegners fortführen werde. Dies sei so zu verstehen, daß der Entschluß solange fortbestehen werde, solange Sazonow und seine

Richtung sich der Gunst des Zaren erfreuen werden. Wie lange dies aber währen werde, das sei eine andre Frage. Raffiniert sei Sazonow, das müsse man ihm lassen. Rußland hat die alte Diplomatenmaxime, *Rex divide et impera*, nicht vergessen. Nicht gegen die Deutschen, gegen das Preußentum und dessen Besatzung will Rußland kämpfen. Wir bezweifeln, daß diese Lockspeise den Bayern, Sachsen und andern Teilen des vereinigten Deutschland ziehen werde. Gleich erfreulich sei die Philippika Sazonows dort, wo er Oesterreich-Ungarn und Bulgarien einfach als Vasallen Deutschlands erklärt, die blind dem Diktat der Preußen gehorchen. Unser Reich hat sich bislang die Selbständigkeit seiner Entschlüsse gewahrt, und Italien könnte sich gratulieren, wenn es gegenüber Paris und London so viel Selbständigkeit genießen würde, wie sie Wien Berlin gegenüber besitzt, denn hier gilt das Wort Hablicials: Ich ein Herr, du ein Herr. Im ganzen läßt sich von dem Exposé Sazonows das gleiche sagen, was schon von ähnlichen Aeußerungen Briands und Asquiths gesagt worden ist: Worte, nichts als Worte.



**Der Bericht des französischen  
Generalstabes.**

Wien, 25. Februar. Aus dem Kriegs-  
pressequartier wird gemeldet:

**Frankreich.**

24. Februar, 3 Uhr nachmittags. Im  
Artois Handgranatenkampf östlich von  
Souchez. In der Gegend nördlich von  
Berdun dauerte der Kampf mit derselben  
Hestigkeit während der ganzen Nacht vom  
rechten Maasufer bis südlich Ornes an. In-  
folge der Hestigkeit der feindlichen Be-  
schießung unserer vorgeschobenen Stellung  
von Brabant-sur-Meuse  
räumten unsere Truppen das Dorf,  
von der Dunkelheit begünstigt und durch das  
Seitenfeuer von unsern Stellungen auf dem  
linken Maasufer unterstützt. Ein auf  
Samogneux gerichteter Angriff wurde  
abgeschlagen, ein anderer, durch mindestens  
eine Brigade unternommener, gegen den  
Wald von Caures gerichteter Angriff  
nahm uns einen Teil dieses Waldes wieder  
weg, dessen südlicher Zipfel von uns gegen-  
wärtig gehalten wird. Sämtliche auf Beau-  
mont gerichteten Angriffe waren nicht im-  
stande, uns aus diesem Ort zu vertreiben, vor  
welchem unsere Stellungen liegen. Döstlich  
dieses Abschnittes beherrschen wir die jenseits  
Ornes und südlich Herbebois gelegenen Lauf-  
gräben.

Die zur Vermeidung unnötiger Verluste  
vorgeschriebenen Rückzugsbewegungen wurden  
in ausgezeichnete Ordnung durchgeführt, ohne  
daß der Feind, der nur unter beträchtlichen  
Schwierigkeiten und Verlusten vordringt,  
unsre Front an irgendeinem Punkt zu durch-  
brechen vermochte. Langsame andauernde Be-  
schießung im Abschnitt Ornes-Fro-  
mezey. In Lothringen sackte der Feind  
in einem unserer vorgeschobenen Posten am  
Cheminothwald Fuß, woraus wir ihn  
sodort verjagten. Einige Patrouillenzusammen-  
stöße östlich von Meillon. Im Laufe der  
gestrigen Nacht warf eines unserer Be-  
schießungsgeschwader 45 Geschosse, darunter  
mehrere starken Kalibers, auf die Bahnanlagen  
von Metz, Sablons und auf die Gaswerke in  
dieser Gegend, wo wir sodort einen großen  
Brand beobachteten.

11 Uhr nachts. Auf die feindlichen Werke  
westlich Maisons-Champagne und  
südlich St.-Marie-a-Wy richteten wir ein  
wohlgezieltes Feuer. In den Argonnen Zer-  
störungseuer auf die deutschen Schanzwerke  
von Fille Morte. In Gegend nördlich Berdun  
fuhr der Feind fort, unsre Front von der

Maas bis südlich Fromezey mit der gleichen  
Hestigkeit zu beschießen. Zwischen Malancourt  
und dem linken Ufer der Maas nahm die  
Tätigkeit der Artillerie etwas ab. In dieser  
Gegend kam es noch zu keinem Infanterie-  
gefechte. Zwischen dem rechten Ufer der Maas  
und Ornes legte der Feind die gleiche Er-  
bitterung an den Tag wie gestern. Er ver-  
vielfältigte seine wütenden Angriffe und ließ  
Haufen von Leichen auf dem Gelände zurück,  
ohne daß es ihm gelang, unsre Front zu durch-  
brechen.

An den zwei Flügeln nahmen wir unsre  
Linie einerseits hinter Samogneux, ander-  
seits südlich Ornes zurück. Unsre Artillerie  
erwiderte ohne Unterlaß der Artillerie des  
Feindes. In Lothringen wiesen wir eine feind-  
liche Erkundungsabteilung, die sich dem kleinen  
Posten nördlich St.-Martin zu nähern suchte  
zurück und verfolgten sie.

**Belgischer Bericht.**

Geringfügige Tätigkeit der Artillerie an  
der Front der belgischen Armee.



## Die Besetzungsabsichten der Entente in Griechenland.

A. Frankfurt a. M., 24. Februar. Die „Frankfurter Zeitung“ erfährt aus Konstantinopel: Aus Athen wird amtlich gemeldet:

Ministerpräsident Skuludis hat die Antwort des griechischen Kabinetts auf die letzte Gesamtnote der Ententemächte dem englischen Gesandten überreicht. Die griechische Regierung weist darauf hin, daß die für die Besetzung in Aussicht genommenen Punkte von keinerlei Nutzen für die Entente sein können, während ihre Besetzung Griechenland sowohl vom politischen als auch vom finanziellen Standpunkt in eine schwierige Lage bringe.

Im Namen des Vierverbandes antwortete Gesandter Sir F. Elliot, der Verband werde alles aufbieten, um die wirtschaftliche und die finanzielle Lage Griechenlands nicht zu stören. Die Entente wolle eine erhebliche Steigerung der Lebensmittelzufuhr Griechenlands gestatten und auch der griechischen Handelsflotte einen größeren Spielraum gewähren.

### Truppenlandung in Patras.

Eine gemischte Truppenabteilung der Entente ist in Patras ans Land gegangen.



### Skuludis über die Gewalttate der Entente, Empörung über die Verhaftung unseres Vize- konsuls in Chios.

A. Athen, 19. Februar. (Verspätet eingetroffen.) In der Kammer interpellierte Telepsidis über die Verhaftung des österreichisch-ungarischen Vizekonsuls in Chios. In den schärfsten Worten warf er den Ententemächten vor, daß sie alle göttlichen und menschlichen Gesetze verletzen, und forderte energische Maßnahmen der Regierung.

Ministerpräsident Skuludis erwiderte, daß die Regierung die Empörung des Abgeordneten von Chios vollständig teile. Der von ihm gerügte Vorfall sei aber nur ein neues Glied einer langen — er wolle nicht sagen endlosen — Reihe ähnlicher Uebergriffe. Die Regierung könne unglücklicherweise nichts anderes tun, als in jedem einzelnen Falle mit aller Energie Protest erheben und die Freilassung der Verhafteten verlangen, ob nun diese Einheimische seien oder Fremde, welche ein Recht auf Griechenlands Gastfreundschaft haben. In Chios seien auch hellenische Staatsangehörige verhaftet worden. Leider muß ich konstatieren, daß alle erhobenen Proteste mit ganz seltenen Ausnahmen nicht den Erfolg gehabt haben, den sie mit Rücksicht auf das gute Recht Griechenlands hätten haben müssen.



**Kriegskalender.**

17. Februar: Ein italienischer Angriffsversuch gegen den Monte San Michele wird abgewiesen; bei Pola holen unsere Abwehrbatterien ein italienisches Flugzeug herab. — Die Franzosen besetzen die Bardarbrücken. — Die Russen nehmen Erzerum. — Unter dem Schutze eines Kreuzers plündern griechische Banden anatolische Küstenorte. — Essab Pascha wird mit Annullierung seines Grades aus den Ranks der türkischen Armee gestrichen. — Erklärungen Stulibis in der Kammer über die Verhandlungen der Italiener auf Korfu.



25. II. 1916

**Berichte der feindlichen Generalfüße.**

Wien, 24. Februar. Aus dem Kriegs-  
pressequartier wird gemeldet:

**Italien.**

22. Februar. Im Val Sugana haben unsere Truppen in methodischer Offensive den Gebirgsabschnitt des Collo zwischen Torrente Largenza und Ceggio erkämpft. Der Angriff wurde beim Morgenrauen und im tiefen Schnee begonnen. Abteilungen Infanterie, Alpini und freiwillige Aufklärer erreichten den Gipfel des Collo und die angrenzenden Höhen und vertrieben die feindlichen Besatzungstruppen. Von ihren Stellungen auf dem Fratwort, Monte Cola und Sopra Conella eröffnete die feindliche Artillerie ein heftiges Feuer, welches die unsrige wirksam bekämpfte. Aufeinanderfolgende Gegenangriffe des Feindes, gestützt auf seine Artilleriefeuer, wurden insgesamt zurückgeschlagen. In der Nacht auf den 19. erweiterten unsere Truppen das besetzte Terrain noch westlich des Sattels des Monte Cola. Die neuen Stellungen wurden stark ausgebaut und schützen das Becken von Borgo mit den Ortschaften Torcegno, Ronchi und Roncesgno.

**Rußland.**

23. Februar. Mehrere feindliche Flugzeuge überflogen die Gegend von Riga-Friedrichstadt-Jakobstadt und warfen Bomben ab. In der Gegend von Verhüll steigerten die Deutschen ihr heftiges Feuer. Zwei Zeppeline überflogen die Stellungen bei Dinaburg. Bei Illuxt lebt die Tätigkeit der beiderseitigen Artillerie wieder auf. Die Deutschen warfen Bomben schweren Kalibers. Im Laufe der Nacht beschoß der Feind heftig unsere Gräben westlich des Swentensees und weiter südlich bis zum Ilsensee.

**Frankreich.**

23. Februar, 3 Uhr nachmittags. Im Artois haben wir einige Teile Gräben im Gebiete des Waldes von Givenchy zurückerobert. In der Gegend nördlich Verdun dauerte die feindliche Beschießung fort, die kräftig von uns erwidert wurde. Im Laufe der Nacht entwickelten sich Infanteriegefechte auf einer Front von ungefähr 15 Kilometer. Der Kampf dauert in heftiger Weise vom rechten Maasufer bis südöstlich Herbebois an. Wir räumten das Dorf Hautmont, dessen Rand wir noch halten, nach einem hartnäckigen Kampfe, worin wir dem Feinde sehr erhebliche Verluste beibrachten. Westlich von diesem Orte gestattete uns ein Gegenangriff, den größeren Teil des hier vorspringenden Waldes von Caures, der gestern vom Feinde besetzt worden war, wieder zu nehmen. Nördlich von Beaumont wurde ein auf Herbebois gerichteter starker Angriff der Deutschen durch unser Sperrfeuer glatt angehalten. Nach Aussagen von Gefangenen sind einige deutsche Einheiten vollständig vernichtet. Während dieser Operationen langsamer, anhaltender Artilleriekampf auf beiden Seiten in der Gegend Haute-Cheriers und Fromezry. In Lothringen in Gegend Nomeny zeigte sich unsere Artillerie ziemlich tätig. Eine feindliche Erkundungsabteilung nördlich Letricourt konnte unsere Linien nicht erreichen.

11 Uhr nachts. In Belgien schoß das Zerstörungsfeuer unserer Artillerie mehrere Breschen in die deutschen Gräben von Steenstraete. Nördlich der Wisne zerstörten unsere Batterien die deutschen Werke auf dem Plateau von Bauciers. In der Gegend nördlich Verdun erweist sich der deutsche Angriff, wie vorausgesehen wurde, als sehr bedeutend und mit großen Mitteln vorbereitet. Der Kampf dauerte heute mit wachsender Heftigkeit an. Unsere Truppen hielten wacker stand und brachten dem Feinde sehr beträchtliche Verluste bei. Die ununterbrochene Beschießung mit Granaten großen Kalibers, die von unserer Artillerie mit gleicher Heftigkeit erwidert wurde, erstreckte sich auf eine Front von fast 40 Kilometer, von Malincourt bis in die Gegend von Esin. Die Tätigkeit der deutschen Infanterie in sehr großen Verbänden, die aus Truppen von sieben verschiedenen Armeekorps zusammengesetzt waren, wurde im Laufe

des Tages zwischen Brabant-sur-Meuse und Ornes fortgesetzt. Am Ausgange des Dorfes Hautmont konnte uns der Feind trotz aller Anstrengungen nicht aus unseren Stellungen am Walde von Caures werfen, von denen wir noch den größten Teil besetzt halten. Unsere Gegenangriffe brachten die deutschen Angriffe östlich des Waldes von Caures zum Stehen. Nach einer Reihe von blutigen Angriffen konnten die Deutschen in den Wald von Bavrille eindringen. Nördlich Ornes wurden die Angriffe des Feindes auf unsere Linie bei Herbebois durch unsere Gegenangriffe angehalten. Auf dem linken Maasufer und zwischen Ornes-Fremezry keine Infanterietätigkeit. Im Elsaß griff der Feind gestern gegen Ende des Tages unsere Stellungen südöstlich des Waldes von Rarspach und südwestlich Altkirch an. Ein sofortiger Gegenangriff warf den größten Teil aus den vorgeschobenen Stellungen wieder hinaus, in denen sie Fuß gefaßt hatten.

**Belgischer Bericht.**

Gegen Ende des Tages steigerte sich der Artilleriekampf, besonders in der Gegend von Dymunde und weiter südlich. Der Kampf mit Bombenwerfern war besonders lebhaft bei dem Fährmannhaus.



## Die „Schwesternation Polen“.

Die „Korr. Rundschau“ schreibt: Der allgemeine Eindruck, den die außergewöhnlich langatmigen Darlegungen des russischen Ministers des Aeußern geübt haben, bestätigt die Auffassung über den Zarenbesuch in der Duma: ein Gefühl der Schwäche hat sich der russischen maßgebenden Kreise bemächtigt, das ihnen Schritte und Erklärungen diktiert, die vollkommen von ihren bisherigen Gepflogenheiten abweichen und zu denen sie sich niemals entschlossen hätten, ständen sie nicht unter dem Zwang der höchsten Not. Ob die Ansicht gerechtfertigt ist, daß die Rede Sasonows gleichzeitig der Schwanengefang des Ministers war, wird die allernächste Zukunft lehren. Jedenfalls erregt der Passus, der den Ausdruck von der „Schwesternation Polen“ enthält, gewiß nicht jene Wirkung, die sich Sasonow davon versprochen haben mag. Denn die einen beurteilen ihn vom heiteren Standpunkt, die andern sind über solches Maß von Heuchelei und Entstellung erbost. Niemand aber betrachtet diese Tiraden als ernst oder auch nur einer seriösen Diskussion wert. Die geeignetste Antwort auf die Behauptungen Sasonows über diesen Punkt dürften die nachfolgenden Daten bilden, die zeigen, wie Rußland seine „Schwesternation“ in allerjüngster Zeit zu behandeln liebte:

Am 2. November 1905, sofort nach der Veröffentlichung des Oktobermanifestes, wurde auf dem Warschauer Theaterplatz eine friedliche Manifestation mit Waffengewalt unterdrückt, wobei 26 Personen getötet und 70 schwer verwundet wurden. Gleichzeitig wurde über das gesamte Warschauer Gebiet der Kriegszustand verhängt. Die Verhaftungen und Einkerkierungen nahmen solche Dimensionen an, daß die meisten Dorfämter Polens infolge Mangels an Dienstpersonal gesperrt werden mußten. Selbst in Warschau, Lodz und Radom kehrten die Polizei- und Gerichtsbehörden zur Folter zurück. Die Zahl der Todesurteile in Rußisch-Polen betrug in kaum zehn Monaten des Jahres 1908 nicht weniger als 25-3 Prozent der Gesamtzahl der in Rußland gefällten Todesurteile. Ein Drittel der in ganz Rußland vollzogenen Hinrichtungen fiel auf Rußisch-Polen. Im September 1906 war der polnische Turnverein „Sokol“ aufgelöst worden, der 16,000 Mitglieder zählte und sogar als antirevolutionär galt. Im Dezember 1907 kam der große polnische Schulverein „Matka“ an die Reihe, in dessen Schulen 63,000 polnische Kinder lernten und der in seinen Asylen 24,000 Kinder beherbergte. Alle andern polnischen Kulturvereine erlebte allmählich dasselbe Schicksal, so die „Volkshochschule“ des Radomer Bezirkes, den Verein der Kurse für Analphabeten, den Verein „Dicht“, Verein der polnischen Kultur u.

Zur Erhaltung der polnischen Privatschulen, in denen auf behördliche Anordnung die russische Sprache, Geschichte und Geographie obligat waren, bestand ein eigener polnischer Verein, der 80 Filialen besaß. Auch dieser wurde aufgelöst. An einem und demselben Tage wurden zum Beispiel 16 polnische Privatschulen geschlossen. Im Oktober 1909 wurde der „Katholische Verein“ mit seinen 360 Filialen gesperrt. Weitere drakonische Maßnahmen gegen die Polen folgten: die Reduzierung der polnischen Duma-mandate, die Bildung des Cholmer Gouvernements, die Entlassung Tausender polnischer Beamten und Beamtinnen. Unter solchen Umständen konnte der Warschauer Bischof Nikolai — ein orthodoxer Priester — im Reichsrat erklären: „Die historische Aufgabe des russischen Staates bestand und besteht in der Russifizierung alles Nichtrussischen sowie in der Befehrung aller Andersgläubigen zur Orthodozie!“ Und unter diesen Umständen begreift man die Interpellation, die der Deputierte PARUSZ-

Stawicz im Budgetausschuß der Duma einbrachte, als die Nachricht von der Errichtung der Warschauer Universität durch die Deutschen eintraf: „Wir haben die Warschauer polnische Universität aus der Hand des Feindes empfangen. Warum hat sich die russische Regierung niemals zu einer solchen Tat aufgeschwungen? Als ich den Gehilfen des Unterrichtsministers deswegen befragte, antwortete er mir, es gebe nicht genügende Lehrkräfte. Die Deutschen aber haben diese Lehrkräfte in kaum zwei Monaten gefunden und installiert!“



## Die Friedensdebatte im englischen Unterhause.

### Die Rede Snowdens.

Rotterdam, 24. Februar.

Der „Rotterdamische Courant“ meldet über die gestrige Friedensdebatte im Unterhause:

Es nahmen daran außer dem Arbeiterpartei-er Snowden und dem Liberalen Trevelyan auch Duthwaite, Ponsonby und der Unionist Mason teil.

Die „Times“ schreiben darüber: Das Haus hätte sein Selbstvertrauen nicht besser ausdrücken können, als dadurch, daß es aufmerksam den ganz unannehmbaren Reden Snowdens und Trevelyans zuhörte. Das Haus war in keinem Augenblick voll, aber die Mitglieder, welche anwesend waren, legten großes Interesse an den Tag, sie fielen den Rednern niemals ins Wort, obwohl deren Ausführungen ihnen als voreilig, vielleicht sogar als gefährlich vorkamen. Snowden und Trevelyan zeigten sich dafür erkenntlich. Der Premierminister beglückwünschte dazu das Haus. Das war, schreiben die „Times“, vielleicht das Bemerkenswerteste in der Debatte. Nichts könne die Deutschen so sehr von der festen Entschlossenheit des Landes überzeugen. Snowden ließ in seiner Rede von vornherein die Frage, wer die Schuld am Kriege habe, beiseite und sagte, daß die Geschichte darüber entscheiden werde. Er berief sich auf die Worte Bonar Law's, der erklärte, daß alle Parteien einen ehrenvollen dauernden Frieden mit beiden Händen annehmen würden, und auf Asquith, der sich im Dezember bereit erklärte, Friedensvorschläge durch Vermittlung einer neutralen oder irgend-einer anderen verantwortlichen Zwischenstelle entgegenzunehmen. Snowden sagte ferner, daß das begangene Unrecht wieder gutgemacht und eine Garantie gegen dessen Wiederholung geschaffen werden müsse. Er wandte sich energisch gegen die Absicht, Deutschland zu zerschmettern. Ein Friede, der von neuen Ungerechtigkeiten, unbefriedigenden Aspirationen begleitet wäre, der dem Bestand der kleinen Nationen nicht sichern und weitere Kriegsrüstungen nötig machen würde, wäre seiner Meinung nach nicht von Dauer. Er legte deshalb starken Nachdruck auf das, was er eine schreckliche Bestätigung der Prophezeiung des russischen Diplomaten Bloch über das militärische Schwachmannaute. Ein entscheidender Schlag sei nicht möglich. Der Krieg eröffnede auch keine Lösung der europäischen Frage.

Der Redner fuhr fort: Ihr wollt noch ein Kriegsjahr, fügt zur ersten Million Verluste die zweite Million, zur Nationalschuld noch 2000 Millionen Pfund. Ihr hofft auf den Sieg durch Erschöpfung. Was soll aus den Alliierten werden? Snowden erinnerte ferner an die Rede eines französischen Abgeordneten auf der Konferenz in Bristol, worin er die Verluste Frankreichs mit 800.000 Toten, 1.400.000 Verwundeten und 300.000 Gefangenen bezifferte. Er sagte, es sei frevelhaft, den Selbstbetrug zu ermutigen. 18 Monate seien die Armeen einander gegenübergestanden, nur einige Meter Grund seien gewonnen oder verloren worden. Solche Heere seien unbesiegt und unbesiegbar. Wo könne man da Hoffnung auf den Frieden finden? Die lächerliche Vorstellung von der Verteilung der deutschen

Flotte unter den Alliierten, von der Zerstückelung Deutschlands, der Veräußerung der Handelsflotte usw. sei reiner Unsinn. Eine bedingungslose Unterwerfung wäre die schlechteste Vorbereitung auf den Frieden. Wenn Deutschland zerschmettert wäre, würde auch der Zusammenhang des Bündnisses gegen Deutschland zu Ende sein. Dann wäre ein neuer großer Krieg nur eine Frage der Zeit.

Die „Times“ schreiben über die Antwortrede Asquith's: Sie war kurz und entschieden. Asquith sprach genau eine Viertelstunde. Am Schluß brach das Haus in anhaltenden lauten Beifall aus, wie er im Parlament nur äußerst selten vernommen wird.



### Feuerungsdemonstration in Budapest.

Budapest, 23. Februar. Eine mehrtausendköpfige Menge, bestehend aus Arbeitern und den armen Kreisen der Bevölkerung der Hauptstadt, zog gestern vor das Bürgermeisteramt, um gegen die Feuerung der Lebensmittel Verwahrung einzulegen. Der Polizeipräsident teilte den Abgeordneten der Menge mit, daß demnächst der Kammer ein Gesetz vorgelegt werden wird, das eine strenge Bestrafung des Wuchers mit Lebensmitteln, das Recht der Behörden zur Requirierung von Lebensmitteln sowie die Verpflichtung der Verkäufer, ihren Warenstand jeweils genau anzugeben, vorsehen wird. Nach einer friedlichen Kundgebung in den Straßen ging die Menge auseinander.



### **Vorgeschlagene Milchversendung nach Deutschland.**

**Einspruch Frankreichs.**

**N. New-York, 24. Februar.** Dr. Bonmach, der Vorsitzende des New-Yorker Bürgerausschusses für die Verschiffung von Nahrungsmitteln hat den Marinesekretär Daniels auf-

gefordert, ein Kriegsschiff mit Kindermilch nach Deutschland zu schicken. Bonmach erinnerte Daniels daran, daß der Kohlendampfer „Sterling“ auf dem Wege nach Ägypten eine Ladung ungesäuertes Brot von Alexandria nach Palästina führte, und befürwortete ein ähnliches Abkommen für die Milchversendung nach Deutschland.

Bonmach erhielt die Antwort, daß Frankreich gegen die menschenfreundliche Unternehmung der Vereinigten Staaten, Deutschland Kindermilch zu liefern, Einspruch erhoben habe und daß es für die Marine unmöglich sein würde, ein Schiff nach Deutschland zu senden, wofür Frankreich seine Einwände nicht zurückziehe.



**Berichte der feindlichen Generalstäbe.**

Wien, 25. Februar. Aus dem Kriegspressequartier wird gemeldet:

**Italien.**

23. Februar. Wirksame Aktionen unserer Artillerie werden aus den Hochtälern von Cordevole, Boite und Bisbende gemeldet. Im Arnabschnitt brach der Feind am Morgen des 22. d. nach intensiver Artilleriefeuer und Bombenangriff mit Macht gegen unsere Stellungen am Mzsi Brh vor; er wurde fast an der ganzen Frontlinie zurückgeschlagen, nur an einem kleinen Frontstück gelang es ihm, in unsere Linien am rechten Flügel einzudringen. Ein sofortiger kräftiger Gegenangriff warf ihn hierauf vollständig aus dem besetzten Schützengraben. Am Karstplateau Artillerietätigkeit wie gewöhnlich.

24. Februar. Im Popenatal (Rienz) entfaltete die feindliche Artillerie besondere Tätigkeit gegen unsere Stellungen am Monte Piano, ohne uns jedoch Schaden zuzufügen. Auf den Höhen nordwestlich von Görz näherten sich in der Nacht auf den 23. d. kleinere feindliche Abteilungen unsern Linien im Abschnitt von

Plumia und bewarfen dieselben mit Sticgasbomben. Das Feuer unserer Schützen und wenige präzise Schüsse einer Batterie genügten, um den Angriff abzuwehren. Auf dem ganzen Kriegsschauplatz fiel reichlich Schnee.

**R u s s l a n d.**

24. Februar. In der Gegend von Riga und im Abschnitt Dger-Probstingshof überflogen Deutsche Flugzeuge unsere Stellungen und warfen Bomben ab. In der Gegend von Dger nahm der Feind seine nächtliche Beschießung wieder auf. Er schickte eine Abteilung mit blanker Waffe gegen unsere Gräben vor, wurde aber durch unser Feuer vertrieben. In der Gegend von Dünaburg, bei der von Poniewiez kommenden Eisenbahn und nördlich von Scharthel warfen unsere Abteilungen den Gegner zurück und gingen selbst vor. In der Gegend von Belza (9 Kilometer südwestlich von Alyta) schickte der Feind anscheinend russische Frauen zum Arbeiten an die dem Feuer ausgesetzten Punkte vor. In Galizien, in der Gegend der Dörfer Gladki und Worobijowka (15 Kilometer nordwestlich von Tarnopol) ließen wir eine Mine springen; wir besetzten den Sprengtrichter. Der Feind beschloß die Stelle, wo die Explosion stattfand, ohne Erfolg. Er schleuderte mit Minen und mit Bombenwerfern Geschosse, die während ihres Fluges ein Geräusch wie Propeller herborriefen. Bei Michalce warf der Feind Bomben in einen von uns besetzten Sprengtrichter. Er versuchte anzugreifen, wurde aber durch unser Feuer zurückgeworfen.



## Die Duma.

Eine Erklärung der Polen.

*S. Petersburg, 25. Februar. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.)*

In der Sitzung der Duma erklärte Garujewitsch namens des polnischen Volkes, gleich bei Kriegsbeginn hätten sich die Polen in die Reihen derjenigen gestellt, die für die Unabhängigkeit der Völker kämpfen. Diesen Standpunkt hätten die Polen trotz allen Wendungen des Krieges beibehalten. Diese Treue schulden die Polen nicht nur dem saaklichen Bunde, welches die Polen mit Rußland verbinde, sondern sie gründe sich auf die Tradition der polnischen Idee, wie sie auf der geschichtlichen Erfahrung beruhe. Gegenseitiges Vertrauen zwischen dem russischen und dem polnischen Volke müsse die feste Grundlage und ein Stützpunkt werden für die unerschöpflichen Kräfte des geeinten slawischen Volkes. Die Polen seien sich über Sazonow's Erklärung, daß die polnische Erde nicht ein Tauschobjekt zwischen Rußland und dessen Feinden werden soll. Die Polen seien in den Erklärungen des Wärsierpräsidenten Stürmer das Versprechen, daß die polnische Nation ein wirkliches Verwaltungsrecht über die heimatische Erde unter dem Szepter des Zaren erhalten solle. Die Polen beklogen es, daß Stürmer nicht die Frage der Aufhebung aller nationalen und konfessionellen Schranken zwischen den Polen und dem ganzen russischen Reiche berührt habe. Die große freie Idee der Organisation des slawischen Volkes müsse im Gegensatz zu dem deutschen Imperialismus und Gewaltregiment aufgestellt werden. (Starker Beifall.)



## Zur Vorgeschichte des Krieges.

### Die deutsche Antwort an Sazonow.

B. Berlin, 25. Februar. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ bringt zu Sazonows Rede neue Enthüllungen über die Unterredungen des Botschafters Grafen von Pourtales in den kritischen Tagen mit dem russischen Minister, in welchen er mit steigender Dringlichkeit auf die Gefahr aufmerksam machte, die durch militärische Maßregeln von russischer Seite während des Ganges der Verhandlungen entstehen könnten.

Schon am 26. Juli wies Graf von Pourtales den Minister des Aeußern Sazonow mit großem Ernst darauf hin, daß es vor allem darauf ankomme, die diplomatische Arbeit nicht durch militärische Maßnahmen durchkreuzen zu lassen. In dieser Beziehung müßte der Botschafter dem Minister offen sagen, daß ihm Nachrichten über militärische Vorbereitungen Rußlands zugegangen seien, die ihn mit der größten Besorgnis erfüllten. Es zirkuliere sogar das Gerücht, daß mehrere Korps an der russischen Westgrenze schon die Mobilmachungsorder erhalten hätten.

Sazonow bestritt die Mobilmachungsorder, gab aber zu, daß einige militärische Vorbereitungen getroffen seien.

Der Botschafter setzte in langer eingehender Darlegung Sazonow auseinander, wie gefährlich es erscheine, die diplomatische Aktion durch militärische Druckmittel unterstützen zu wollen.

Der Minister wandte ein, militärische Maßnahmen, die man treffe, um nicht durch die Ereignisse überrascht zu werden, bedeuteten noch lange nicht, daß man den Krieg wolle.

Sazonow richtete darauf die Frage an den Botschafter: „Bei Ihnen ist doch die Mobilmachung auch noch nicht gleichbedeutend mit dem Krieg?“

Der Botschafter erwiderte: „Theoretisch vielleicht nicht, die Mobilmachung sei aber in einem hochkultivierten Staate wie Deutschland eine in alle Verhältnisse so tief einschneidende Maßregel, daß sie erst im letzten Augenblicke ausgesprochen werde, wenn der Krieg unvermeidlich erscheine, d. h., wenn die Sicherheit des Reiches ernstlich bedroht sei. Wenn dann allerdings auf den Knopf gedrückt und der Apparat der Mobilmachung in Gang gesetzt werde, dann sei kein Halten mehr. Die geographische Lage mit zwei zu verteidigenden Fronten zwingt Deutschland bei lebensgefährlicher Drohung zu raschem Handeln.“

Am 28. Juli wurden die militärischen Vorbereitungen Rußlands vom Botschafter wiederum bei Sazonow zur Sprache gebracht. Der Botschafter berichtet: „Ich habe den Minister auf zuverlässige Nachrichten hingewiesen, die keinen Zweifel ließen, daß militärische Vorbereitungen im Gange seien. Ich sehe mich genötigt, mit dem allergrößten Ernst auf die Gefahr hinzuweisen, die im gegenwärtigen kritischen Augenblick daraus entstehen könnte, daß weitgehende militärische Vorbereitungen getroffen würden.“

Au demselben Tage sah sich der Botschafter genötigt, gegen die Zerstörung des drahtlosen Telegraphen auf einem deutschen Handelsdampfer im Petersburger Hafen energisch zu protestieren.

Nachmalige bringende Warnungen erfolgten am 28. Juli abends und auf Ersuchen des Reichsflaglers in ernster Weise am 29. Juli.

Trotz der deutscherseits herbeigeführten Wiederaufnahme des zeitweise ins Stocken geratenen Gedankenaustausches zwischen Wien und Petersburg wurde in der Nacht vom 30. zum 31. Juli die allgemeine Mobilmachung der gesamten russischen Armee befohlen.

Der Botschafter begab sich sofort nach Bekanntwerden dieser Nachricht auf das Ministerium, um dort zu erklären, daß ihm der Krieg unabweislich erscheine, wenn dieser Befehl nicht zurückgenommen werde. Da er Sazonow nicht antraf, eröffnete er dessen Gehilfen Keratow seine Befürchtung, daß die neuerdings eröffneten Aussichten auf eine Verständigung durch die Mobilmachung endgiltig zunichte gemacht würden. Das Bekanntwerden der allgemeinen Mobilmachung werde in Deutschland wie ein Blitz einschlagen,

da diese Maßnahmen im gegenwärtigen Stadium der Verhandlungen eine schwere Bedrohung und Herausforderung Deutschlands bedeuten, die sich das deutsche Volk nicht gefallen lassen werde. Der Botschafter könne nicht begreifen, wie sich die russische Regierung, nachdem eben erst feierlich versichert worden war, daß militärische Maßnahmen gegen Deutschland nicht getroffen werden sollten, gerade in dem Augenblicke zu dem verhängnisvollen Schritt der allgemeinen Mobilmachung entschließen konnte, wo ihr bekannt war, daß der Kaiser und die deutsche Regierung mit dem größten Eifer und, wie sich eben erst gezeigt habe, mit Erfolg bemüht seien, zwischen Petersburg und Wien zu vermitteln. Die allgemeine Mobilmachung der russischen Armee könne nur dahin aufgefaßt werden, daß Rußland durchaus den Krieg wolle; sie werde in Deutschland einen Orkan entfesseln.

### Die Audienz des deutschen Botschafters beim Zaren.

Gleich nach seiner Unterredung mit Keratow begab sich der Botschafter zum Zaren, um dem Monarchen persönlich die Folgen vor Augen zu führen, welche die russische allgemeine Mobilmachung nach sich ziehen müßte. Graf v. Pourtales hat unter Hinweis auf die neuen Aussichten, welche die Bereitwilligkeit Oesterreich-Ungarns, mit Rußland zu verhandeln, für die friedliche Lösung der Krise biete, den Mobilmachungsbefehl zurückzuziehen, weil sonst die Erhaltung des Friedens ausgeschlossen erscheine.

Der Zar lehnte die Bitte mit der Begründung ab, daß eine Zurückziehung des Mobilmachungsbefehles aus technischen Gründen unmöglich sei.

In Frankreich wurde inzwischen die Nachricht von der russischen Mobilmachung unterdrückt, so daß die deutschen Gegenmaßregeln als Provokation Frankreichs erscheinen mußten. Damit führte man das französische Volk irre.

Rußland ist also nicht in den Krieg hineingezogen worden, sondern die russische Regierung hat den Krieg entfesselt. Sazonow wußte, welches die Folgen der russischen Mobilmachung sein würden. Er hat sie nicht verhindert, weil er den Krieg wollte, da er sich der Erfolge sicher glaubte.

Die „Kowoje Wremja“ hatte bereits am 7. März 1914 von der nahenden Stunde und von der Notwendigkeit geschrieben, an der Armee Tag und Nacht von oben bis unten zu arbeiten, und am 20. Juli 1914 gesagt: „Die Ueberlegenheit der Entente zu Wasser und zu Lande rechtfertigt eine energische Sprache bei den Beratungen Europas.“ Diese Siegesgewißheit hat auch in den kritischen Tagen vor Kriegsausbruch bei Sazonow alle Bedenken gegen eine kriegerische Lösung beseitigt.

Dazu kam das Vertrauen auf die Mithilfe Englands. Schon am 29. Juli 1914 wußte der Reuter-Korrespondent in Petersburg zu melden: „Eine kaiserliche Verfügung wird heute nachts ermarket. Im Vertrauen auf Englands Mithilfe, worüber die Zweifel beinahe völlig geschwunden sind, ist das russische Publikum entschlossen, den Krieg anzunehmen.“

Einen Tag später, am 30. Juli 1914, berichtete der Reuter-Korrespondent in Petersburg, daß die englische Maßnahme der Flottenbereitschaft in Verbindung mit Japans friedlichen Versicherungen den Entschluß Rußlands, es auf eine kriegerische Entscheidung ankommen zu lassen, mehr als bekräftigt hat.

Solche Belege werden Sazonow nicht angenehm sein; sie lassen sich aber nicht aus der Welt schaffen.



### Eine scharfe Erklärung Wilsons.

Amerika kann nicht nachgeben.

Washington, 26. Februar.

In dem Brief an den Senator Stone sagt Präsident Wilson:

Die Haltung, die die Mittelmächte, wie sie ankündigten, in Zukunft in der Unterseebootkriegsführung annehmen wollen, widerspricht so offenbar den ausdrücklichen Versicherungen, die sie uns jüngst gaben, daß ich annehmen muß, es werden demnächst Erklärungen folgen, die ein anderes Licht auf die Frage werfen.

Aber in jedem Falle liegt unsere Aufgabe klar vor uns. Keine Nation oder Gruppe von Nationen hat das Recht, während der Dauer des gegenwärtigen Krieges die Grundsätze zu ändern oder außer acht zu lassen, auf die sich alle Nationen zur Milderung der Schrecken und Leiden des Krieges geeinigt haben, und wenn die klaren Rechte amerikanischer Bürger etwa unglücklicherweise durch eine solche Handlung beeinträchtigt oder bestritten werden sollten, würde die Rücksicht auf unsere Ehre uns keine Wahl bezüglich unserer Haltung lassen. Ich kann keine Beeinträchtigung der Rechte amerikanischer Bürger nach irgendeiner Richtung zulassen. Ehre und Selbstachtung unserer Nation stehen auf dem Spiele. Wir lieben den Frieden und werden ihn um jeden Preis bewahren, außer um den Preis unserer Ehre. Unseren Mitbürgern zu verbieten, von ihren Rechten Gebrauch zu machen, aus Furcht, wir könnten in die Lage kommen, diese Rechte für sie geltend zu machen, wäre eine tiefe Erniedrigung und wäre in der Tat eine Zustimmung zur Verletzung der Rechte der Menschheit an jedem Ort, durch jede Nation und unter jedem Vorwand. Ein freiwilliges Aufgeben unserer bisherigen stolzen Haltung als Wortführer der Gerechtigkeit und des Rechtes mitten in den Wogen des Krieges würde alles, was wir bisher erreicht haben, bedeutungslos und wertlos machen. Wenn wir jetzt Rücksichtserwägungen an die Stelle von Grundsätzen treten ließen, wären noch weiteren Zugeständnissen Tür und Tor geöffnet. Man gestatte nur ein einziges Abweichen von dem Recht, und zahlreiche andere Demütigungen werden zweifellos folgen, und das ganze schöne Gebäude des Völkerrechtes würde unter unseren Händen Stück für Stück abbröckeln. Amerika kann nicht nachgeben, ohne die eigene Ohnmacht einzusehen und die unabhängige Stellung unter den Nationen der Welt tatsächlich preiszugeben.



### Stürmers Bekenntnisse.

Eine Verneigung vor dem Synod.

i Rōn, 26. Februar. (Priv.-Tel.)

Die Deutsche Orientkorrespondenz schreibt: Herr Stürmer besucht jetzt nacheinander die einzelnen Ministerien, läßt sich die Mitglieder vorstellen, freut sich, die Herren zu sehen und — redet. Im Ministerium des Innern ist er bereits gewesen; seine Rede dort ist nicht sonderlich bemerkenswert. Am 10. d. war er im Synod. Nach den einleitenden Worten über die Bedeutung dieses Ressorts für das russische Volksleben erklärte er der Nowoje Wremja zufolge:

„Das Ressort steht mir aus meinen innersten Gefühlen heraus nahe, da ich mich zu jenen Leuten rechne, die tief durchdrungen sind von der besonderen Bedeutung der orthodoxen Geistlichkeit für das Volksleben, die die Grundlagen schaffte für die geistige Erziehung des Volkes und seine moralische, verständige Aufklärung. Ich will nicht die Geschichte zitieren. Ich weise nur auf das eine hin: Der Krieg hat uns gezeigt, daß in dieser Zeit, da Deutsche und Oesterreicher, die sich beständig mit ihrer Kultur gebrüstet haben, zu schmachlichem Verfall gelangten durch ihre barbarische Behandlung unserer Kriegsgefangenen. Der russische Soldat ist mannhaft im Kampfe, wohlwollend und sanftmütig, wenn der Feind sich schon ergab oder um Vergebung flehte. Der russische Soldat ist aus dem Dorfe hervorgegangen. sein seelisches Fundament ist letzten Endes das Resultat der vorbildlichen Arbeit der orthodoxen Kirche und ihrer Geistlichkeit. Der nicht herrische und immer bescheidene orthodoxe Pöpe hingegen hat sein großes Werk vollbracht.“

Wenn der Franzose von einem Barbarenvolf spricht, so widert uns das als altes Klischee allmählich an, wenn es aber der Russe tut, so entbehrt das nicht der Romik. Das „Kulturvolf“ der orthodoxen Geistlichkeit bezüglich des „Wohlwollens“ und der „Sanftmut“ des russischen Soldaten haben wir am Werke gesehen während der Russenherrschaft in Ostpreußen und beim Säufen der Kosaken in Polen. Leider bekommen auch die Gefangenen in Rußland in schmerzlichster Weise die von Herrn Stürmer gerühmten russischen Tugenden zu spüren. Daß dagegen die russischen Gefangenen bei uns barbarisch behandelt werden, ist eine Verdächtigung, die Herr Stürmer durch keinerlei Tatsachen zu belegen imstande ist.



**König Ferdinand über die Siege bei Verdun.**

Koburg, 25. Februar.

Koburgs Jugend brachte abends dem König der Bulgaren einen Fackelzug. Nach einer Ansprache und Hurras auf den König, der mit seinen Söhnen und dem Herzog von Sachsen-Koburg und Gotha auf dem Balkon des Schlosses erschienen war, spielte die Kapelle die bulgarische Hymne „Schumi Mariza“.

Hierauf hielt der König folgende Ansprache: „Die Hulldigung, die Koburgs Jugend mir heute gebracht hat, erfüllt mein Herz mit tiefer Rührung und warmer, aufrichtiger Freude. Ich danke der Koburger Jugend, ich danke meinen Koburger Mitbürgern aus ganzem Herzen und aus meiner Seele, aber der heutige Tag gilt ja eigentlich den frohen Nachrichten, die vom Westen kommen. Diese frohen Nachrichten haben ihr Echo auch in meinem bundesfreundlichen Herzen gefunden und erfüllen mich mit Dankbarkeit gegen Gott, den Lenker der Schicksale, den Lenker des Schlachtenglücks, der Siege und Erfolge. Mit Koburgs Bürgerschaft zusammen, als treuer Bundesgenosse des deutschen Volkes, des deutschen Heeres und seines allergnädigsten Herrn und Kaisers rufe ich: Hoch die deutsche Armee! Hoch Kaiser Wilhelm! Hurra! Hurra! Hurra!“

Die Versammlung sang die Hymne, worauf der Zug unter brausenden Hurrarufen auf den König seinem Weg fortsetzte.



### Ein Rundschreiben französischer Sozialisten für einen Friedensschluß.

Deutschland unbeflegbar.

(Telegramm der „Neuen Freien Presse“.)

Berlin, 25. Februar.

Aus Genf wird der „Täglichen Rundschau“ berichtet: Mitglieder einer der französischen sozialistischen Parteien verfaßten ein Rundschreiben, in dem erklärt wird:

Da Deutschland unbeflegbar ist, sei es besser, Frieden zu schließen. Dieses Rundschreiben bekämpft Hervé in seinem Blatte; besonders wendet er sich gegen die in dem Rundschreiben aufgestellte Behauptung, es gäbe gegenwärtig keinen Sieger und keinen Besiegten. Dagegen schreibt Hervé:

Man behauptet, zwischen den kriegführenden Parteien herrsche Gleichheit? Die Wahrheit ist, daß bis jetzt nur die Mittelmächte Sieger sind. Sie besitzen Belgien, Polen, Serbien und sieben französische Provinzen. Die gegen sie ausgeführte Blockade ist erfolglos geblieben, ihre Flotte ist unbeflegt. Was bedeutet gegenüber ihren Siegen, durch die sie ganze Länder Europas eroberten, der Erfolg, den mehrere tausend Franzosen und Engländer über 50 Weiße und 500 Eingeborne davontrugen? Ein Friedensschluß unter solchen Verhältnissen bedeutet die Kapitulation vor Deutschland. Hoffentlich gibt es noch Männer unter den Sozialisten, die der Republik diese Schmach nicht zufügen wollen.



**Kriegskalender.**

18. Februar: In Albanien besetzen unsere Truppen Kavaja; feindliche Flieger greifen den Bahnhof von Subota an. — Die Italiener beschließen Malborghet; im Komboengebiet wird ein italienischer Angriff abgewiesen. — Südlich Ypern scheitern englische Angriffe; südlich der Somme bricht ein französischer Angriff zusammen. — Eines unserer U-Boote torpediert im Hafen von Durazzo einen französischen Dampfer. — Südwestlich Somban werden die Russen von persischen Freischärlern verjagt. — Die Deutschen räumen Kamerun und ziehen sich auf spanisches Gebiet zurück. — Erhöhung des rumänischen Militärcredits.

19. Februar: Im Saganagebiete wird ein italienischer Angriff auf den Collo abgewiesen; mißglückter Fliegerangriff auf Vairbach. — Südöstlich Ypern scheitert wieder ein englischer Angriff. — Gefecht am Laganjasee; Kämpfe am Kongo. — Debatte in der griechischen Kammer über die italienischen Sandungen auf Korfu. — Vertrag Amerikas mit Nicaragua über einen zweiten Kanal zwischen dem Atlantischen und Stillen Ozean.

20. Februar: Bei Savitsche (an der Beresina) bricht ein russischer Angriff zusammen; deutsche Flieger bombardieren Logischin und die Bahnanlagen von Larnopol. — An unserer Seite kämpfende Albanergruppen besetzen Berat, Ljusna und Pekinj; unsere Truppen schieben sich an die feindlichen Linien südöstlich von Durazzo heran und nehmen vor Basar Sjal eine Vorstellung. — Nördlich Ypern erstürmen die Deutschen etwa 350 Meter der englischen Stellung an Yserkanal; südlich von Loos lebhaftere Kämpfe. — Bombenwürfe auf Furnes.



26. II. 1916

## „Ein Kabinett von 22 Dilettanten.“

Debatte im Oberhause über die Blockade Deutschlands.

L. London, 22. Februar. (Verspätet eingetroffen.) In der Debatte über den Antrag Lord Sydenham sagte Lord Beresford, wenn England bei Kriegsbeginn die effektive Blockade errichtet und alle für Deutschland bestimmten Güter als Konterbande erklärt hätte, würde der Krieg nach seiner bestimmten Ueberzeugung jetzt vorbei sein. Er wünsche, daß die Londoner Deklaration offiziell für ungiltig erklärt und alle für Deutschland bestimmten Güter für absolute Konterbande erklärt würden, ferner daß alle feindlichen Güter auf neutralen Schiffen beschlagnahmt und die Pariser Deklaration aufgehoben würde. Diese sei bereits durch die königliche Verordnung vom März außer Kraft gesetzt.

Lord Beresford schloß: Der Krieg wird von einem Kabinett von 22 Dilettanten geführt. Nicht wir führen den Krieg, der Krieg führt uns. Die Kriegsführung verschlechterte sich noch seit der Bildung der Koalition, denn Kriege werden nicht durch Kompromisse gewonnen.

Nach Lord Lansdowne ergriff Lord Buxton das Wort. Er sagte: Kein Minister hat die Ueberzeugung ausgesprochen oder kann dies tun, daß wir den Krieg durch den Druck unserer Flotte zu Ende bringen könnten. Es ist eine sehr ernste Sache, die Erwartung zu erwecken, daß durch den uneingeschränkten Gebrauch einer Waffe ein erwünschtes Ziel erreicht werden könnte. Ich verstehe nicht, wie Lord Sydenham sein hohes Ansehen mit der Annahme aufs Spiel setzen kann, daß durch die von ihm vorgeschlagene Methode Deutschland auf die Knie gezwungen werden könnte. England würde sich nur in große Schwierigkeiten mit den Neutralen begeben. England ist bei dem Bezuge von Lebensmitteln und Schiffsraum von den Neutralen abhängig. Die Lebensmittelblockade hat in Deutschland wenig ausgerichtet und nur die Sparsamkeit und Opferwilligkeit des deutschen Volkes gestärkt. Der Druck der Flotte würde das Kriegsende nicht näher bringen. Die Regierungen und nicht die Völker Europas sind für den Krieg und seine Fortdauer verantwortlich. Der einzige Weg, den europäischen Kontinent vor unermesslichem Elend zu bewahren, ist den Krieg zu beenden.

## Die Legende von den Berliner Lebensmittelwahlen.

L. London, 24. Februar. In der Sitzung des Oberhauses vom 23. Februar sagte Lord Crewe bei Fortsetzung der Blockadedebatte: Wenn es auch unmöglich ist, Deutschland auszuhungern, kann man doch nicht der Ausfuhr nach Deutschland ruhig zusehen. Ausländische Blätter berichteten über ernste Lebensmittelwahlen in Berlin am 12. Jänner, die mit einem ernststen Verlust an Menschenleben unterdrückt wurden. Man darf die Schwierigkeiten der Flotte nicht unterschätzen, Ladungen unterwegs anzuhalten; dies liegt an der geographischen Gestaltung der Küsten. Außerdem gibt es noch andere Schwierigkeiten, worüber ich nicht offen sprechen kann. England muß das Völkerrecht achten. (!) Die Mißachtung des Völkerrechtes brachte die Deutschen dazu, durch Belgien zu gehen. England muß mit reinen (!) Händen aus dem Kriege hervorgehen. Man würde den Neutralen den größeren Teil des Beweises aufbürden, daß die Güter nicht für den Feind bestimmt sind, aber sagen, daß man den Feind durch die Blockade besiegen könne, heißt gewisse Tatsachen ignorieren. Man äußert damit eine gewisse Geringschätzung für die Anstrengungen der Armee.



# Die amerikanische Krisis.

„Amerika kann nicht nachgeben“.

Die immer neuen Verzögerungen und Verschleppungen in unseren diplomatischen Auseinandersetzungen mit Amerika, die wir schon lange als fühlbare Schädigungen der elementarsten Interessen unserer Kriegführung bedauern, führen uns zu immer neuen Wilson-Krisen. Wie oft ist nun schon durch unkontrollierbare Meldungen von drüben der Wahn geweckt worden, wir seien im Begriff, uns mit Amerika gütlich zu verständigen. Herr Wilson habe ein Einsehen in das Recht und die Billigkeit unseres Standpunktes gewonnen, und seine Regierung werde gemäß dieser Einsicht Stellung nehmen. Immer wieder aber erwies sich jedwede derartige rosenrote Ansicht der Lage und Aussichten als durchaus unbegründet. Jetzt wieder, durch die allerneueste „Reuter“-Meldung über den Inhalt des Briefes, den Präsident Wilson an den Senator Stone geschrieben hat, wird jeder Optimismus jäh und brutal niedergeschlagen. Wir waren schon in der Lage, unseren Lesern den Kern dieses Schreibens in Kürze festzustellen. Jetzt besagt eine „Reuter“-Meldung aus Washington darüber des näheren:

Washington, 25. Februar. (Meldung des „Reuterschen Büros“.) In seinem Briefe an den Senator Stone sagt Präsident Wilson:

Die Haltung, die die Mittelmächte, wie sie angefündigt haben, in Zukunft in der Unterseebootkriegführung annehmen wollen, widerspricht so offenbar den ausdrücklichen Versicherungen, die sie uns längst gegeben haben, daß ich annehmen muß, es werden demnächst Erklärungen folgen, die ein anderes Licht auf die Frage werfen. Aber in jedem Falle liegt unsere Aufgabe klar vor uns. Keine Nation oder Gruppe von Nationen hat das Recht, während der Dauer des gegenwärtigen Krieges Grundsätze zu ändern oder außer acht zu lassen, auf die sich alle Nationen zur Milde rung der Schrecken und Leiden des Krieges geeinigt haben, und wenn die klaren Rechte amerikanischer Bürger etwa unglücklicherweise durch eine solche Handlung beeinträchtigt oder bestritten werden sollten, so würde die Rücksicht auf unsere Ehre uns keine Wahl in bezug auf unsere Haltung lassen. Ich kann keine Beeinträchtigung der Rechte amerikanischer Bürger nach irgendeiner Richtung zulassen. Die Ehre und die Selbstachtung unserer Nation stehen auf dem Spiele.

Wir lieben den Frieden und werden ihn um jeden Preis bewahren, außer um den Preis unserer Ehre. Unseren Mitbürgern zu verbieten, von ihren Rechten Gebrauch zu machen, aus Furcht, wir könnten in die Lage kommen, diese Rechte für sie geltend zu machen, wäre eine tiefe Erniedrigung; es wäre in der Tat eine Zustimmung zur Verletzung der Rechte der Menschheit an jedem Orte, durch jede Nation und unter jedem Vorwande. Ein freiwilliges Aufgeben unserer bisherigen stolzen Haltung als Wortführer der Gerechtigkeit und des Rechtes mitten in den Wogen des Krieges würde alles, was wir bisher erreicht haben, bedeutungslos und wertlos machen.

Wenn wir jetzt Nützlichkeits erwägungen an die Stelle von Grundfähen treten ließen, so wäre noch weiteren Zugeständnissen Tür und Tor geöffnet. Man gestatte nur ein einziges Abweichen vom Rechte, und zahlreiche andere Demütigungen werden zweifellos folgen, und das ganze schöne Gebäude des Völkerrechtes würde unter unseren Händen Stück für Stück abbröckeln. Amerika kann nicht nachgeben, ohne seine eigene Ohnmacht einzugestehen und seine unabhängige Stellung unter den Nationen der Welt tatsächlich preiszugeben.

Das wäre die denkbar schroffste Absage Herrn Wilsons an Deutschland. Unerfindlich, wo danach noch Raum und Möglichkeit für weitere Verhandlung sein soll. Es muß gesagt werden: Wenn Herr Wilson diesen Brief so geschrieben hat, wie er von „Reuter“ wiedergegeben wird — und es besteht kaum eine Möglichkeit, an der Richtigkeit dieser Wiedergabe zu zweifeln —, so kann man nur annehmen: Herr Wilson will Deutschland um jeden Preis, auch um den eines Krieges, bei dem er sich und Amerika recht fern vom Schuß glaubt, vor den Kopf stoßen. Wenn dieser Brief an den Senator Stone die Auffassung wiedergibt, die Herr Wilson auch in seiner amtlichen Politik Deutschland gegenüber vertritt, so wäre das, soweit es auf Herrn Wilson ankommt, der Krieg. Denn diese Auffassung enthält aufs unverblümteste die Forderung, daß Deutschland weit hinter die Linde zurückweiche, die Selbsterhaltung und Ehre ihm unverrückbar vorschreiben.

Soweit Herr Wilson und sein Herr Lansing in Betracht kommen, sehen wir nach der Veröffentlichung dieses Briefes keine Möglichkeit einer Verständigung mehr. Die letzte Möglichkeit für Amerika, sich dagegen zu sichern, daß Wilson und Gefolgschaft es letzten Endes aus Gründen der Wahlagitation in einen vom amerikanischen Standpunkt geradezu irrsinnigen Krieg treiben, liegt

bei seinem Parlament und bei jenen verantwortlichen Führern seines politischen Lebens, denen nicht die spezifisch amerikanische, von Kennern der politischen Pünche Amerikas zur Genüge beschriebene Präsidentschafts Krankheit Herz und Hirn verwirrt hat, wie eben den Wilson und Roosevelt.

Nach besteht diese Möglichkeit. Wir möchten allerdings keine Häuser auf sie bauen. Zwar in demokratischen politischen Kreisen der Union scheint man nach wie vor, ja sogar in verstärktem Maße gegen das frivole Spiel zu sein, das Professor Wilson mit dem Kriegsfeuer treibt. Wir gaben die Äußerungen schon wieder, mit denen die angesehensten demokratischen Führer, mit denen führende Parteifreunde des Herrn Wilson selbst sich aufs schärfste gegen die in dem Briefe Wilsons an Stone vorgetragene, in ihrer geistigen und sittlichen Beschränktheit geradezu verhängnisvolle Auffassung wenden. Eben erst wieder hörten wir durch „Reuters Büro“, das gewiß nicht gern und ohne Not etwas zu ungunsten seines Herrn Wilson aussagt, daß die demokratischen Parteiführer geradezu drohen, sich von Wilson loszusagen und mit seiner Regierung wegen ihrer unerhörte parteiischen Haltung zugunsten Englands zu brechen. Das muß man gerade bei den amerikanischen Verhältnissen immerhin als ernststen Faktor in die politische Berechnung einstellen, denn nirgends ist der einzelne Politiker, und der Präsident vor allen, mehr abhängig von dem Willen der Parteien.

Minder klar als die Haltung der Demokraten erscheint nach „Reuters“ Darstellung, auf die wir trotz ihrer Erzerlogenheit nun einmal angewiesen sind, die Haltung der Republikaner. Darüber findet sich eine Andeutung in folgender Mitteilung:

Washington, 25. Februar. (Meldung des „Reuterschen Büros“.) Der Republikaner Lodge erklärte, daß er Wilson unterstützen werde. Verschiedene Parteiführer im Kongreß gaben Wilson bekannt, daß alle Mitglieder des Kongresses wünschten, daß die amerikanischen Bürger davor gewarnt werden, mit bewaffneten Handelsschiffen zu reisen. Sie versicherten ihm gleichzeitig, daß sie trachten würden, die Verhandlungen dieser Angelegenheit im Kongreß zu verhindern, solange die Verhandlungen über die „Lusitania“ noch schweben. Bryan sandte Programme an die Mitglieder des Kongresses, in denen er sich dafür einsetzt, daß die Amerikaner gewarnt werden sollen. Senator Jones brachte eine Entschließung ein, in der erklärt wird, der Senat sei der Auffassung, daß jede Streitfrage, welche die nationale Ehre berühre, im Kongreß verhandelt werden müsse, ehe eine Entscheidung falle, und daß auch kein Ultimatum geschickt und diplomatische Beziehungen nicht abgebrochen werden dürfen, ohne daß die Angelegenheit im Kongreß vorgelegt wird.

Ob der Republikaner Lodge mit seinem Unterstützungsangebot lediglich für seine Person oder auch wenigstens für einen Teil seiner Partei spricht, ist dem nicht zu entnehmen. Hätte er die Partei gar vollständig hinter sich, so würde „Reuters Büro“ wohl nicht verächtlich haben, das kräftig zu betonen. Insgesamt erhält man danach selbst aus den „Reuter“-Meldungen den Eindruck, daß Herr Wilson seine eigene Partei, die Demokraten, gegen sich und die Republikaner nicht für sich hat. Es wäre für alle Teile und letzten Endes selbst für Herrn Wilson das Beste, wenn dem so wäre, denn zweifellos würde Herr Wilson einst als eine tief tragische Figur in der Weltgeschichte stehen, wenn er, dieser pacifistisch gefärbte Geschichtsphilosoph, wirklich durch eine hilflose Verstrickung seines Gewissens in ideo-kratischen, alles sittlichen Urteils verlustig gegangenen Ehrgeiz zum kriegerischen Brandstifter an dem friedlichen Hause Amerikas würde.

Deutschland kann den Standpunkt den Herr Wilson in seinem Briefe an Stone einnimmt, überhaupt nicht mehr erörtern. Er ist für uns nach allem Vorhergegangenen undiskutierbar. Die Antwort, welche die Demokraten mit der Androhung einer Absage an die Regierung auf den Brief Wilsons geben, zeigt, daß sie das erkennen. Schon so lange haben wir ein wichtigstes, ein vielleicht entscheidendes Interesse unserer Kriegführung diesen unfruchtbaren Erörterungen mit den Wilson und Lansing hintangestellt. Jetzt müssen diese davon überzeugt werden, daß sie weiterhin auf Granit beissen. Mögen die Männer, denen im amerikanischen Kongreß Wohl und Wehe ihrer Nation zu verwalten obliegt, den im Gewissen verirrten Herrn Wilson auf einen Weg zurückzwingen, auf dem er nicht sein Volk ins Feuer eines Krieges verleiten kann, dessen Entzündung jede Erwägung des Verstandes und des Gewissens als ein Verbrechen an Amerika erkennen muß.



## Die Kriegslage.

(Von unserem militärischen Mitarbeiter.)

### Die Schlacht bei Verdun. — Die übrige Front in Frankreich. — Durazzo, Valona und die Dardanellen. — Die ausländische Presse.

25. Februar 1916.

In einem großen Bogen lief bis in die letzten Tage unsere Stellung um die Festung Verdun. Die Orte Malancourt (westlich der Maas) — Consenbohe (an der Maas) — Azannes — Stain — Fresnes-en-Boevre bezeichneten den Verlauf. Namentlich im Osten von Verdun mußte unsere Linie sehr weit von der Feste abbleiben. Die Ostfront von Verdun, aus modernen Forts sowie gepanzerten und ungepanzerten Batterien bestehend, liegt auf den waldigen Höhen ganz dicht westlich der Straße Haubumont—Sig—Azannes. Hier hebt sich das Hügelland plötzlich wie eine Terrasse auf über 100 Meter über die Boevreebene und die schweren Geschütze der Ostfront können bis an die Grenze ihres Schußbereiches die Straßen in der Ebene beherrschen.

Die Nordfront der Festung hingegen weist für den Verteidiger wesentlich ungünstigere Verhältnisse auf. Die Werke sind hier nahe an der Stadt gelegen und haben nur beschränktes Schußfeld, das im allgemeinen durch den von uns jetzt eroberten von Beaumont nach Südwesten steigenden Rücken (Louvemont-Rücken. D. Red.) begrenzt wird. Die Franzosen haben in Erkenntnis der Schwäche ihrer Festungs-nordfront ihre Feldstellung hier weit vor die permanenten Werke gelegt. Consenbohe, das am linken Flügel dieses Abschnittes lag, ist 10 Kilometer vor dem Werke von Charny, Azannes über 7 Kilometer vor den großen nördlichsten Forts von Douaumont gelegen. Da die schwere Artillerie des Angreifers immerhin mehrere Kilometer von der Stellung des Verteidigers abbleiben muß, so war bisher keine Möglichkeit gegeben, die Werke von Verdun wirksam zu beschießen. Die Entfernungen waren namentlich für schwere Stielfeuer zu groß.

Der deutsche Angriff auf die Feldstellungen vom 22., 23. und 24. hat im Norden von Verdun nicht nur einen lokalen Erfolg gehabt, er hat vielmehr die gesamte taktische Lage in diesem Abschnitt geändert. Mehrere hintereinanderliegende französische Stellungen sind völlig durchbrochen worden. Die deutsche Infanterie ist nicht nach Wegnahme der ersten Stellung erlahmt, sondern hat die Kraft zur Fortsetzung der Angriffsbewegung gefunden. Am 25. waren schon an manchen Stellen sieben Kilometer Raum nach vorwärts gewonnen. Das taktische Ereignis fängt durch diese Tatsache an, strategische Bedeutung zu gewinnen. Wir kamen damit an der Linie Champneuville—Louvemont—Ornes so nahe an die Festung heran, daß wir die permanenten Werke beschießen können. Der Höhenrücken von Champneuville ist vom nächsten Werk bei Chorny 3 Kilometer entfernt, während unsere vorderste Infanterielinie dicht an das Fort Douaumont herangedrückt war. Da die Franzosen wissen, daß unseren schwersten Kolibren keine Panzer- und keine Betondecke auch nur kurzen Widerstand leisten kann, so bemächtigt sich ihrer wieder jene Nervosität, die sich schon in ihren Berichten ausdrückt, und die uns der beste Beweis für die Größe unseres Erfolges ist. Ueber zwölf Kilometer Front der Franzosen sind völlig eingedrückt und nach der Zahl der Gefangenen und der Angabe, daß die blutigen Verluste des Feindes sehr groß waren, kann angenommen werden, daß der im Abschnitt des Durchbruchs stehende Feind geradezu vernichtend geschlagen ist. (Zwischen ist die Erstürmung des Forts Douaumont als Folge des hier bevorstehenden Einbruchs gemeldet und von uns im Abendblatt behandelt worden. D. Red.)

Auch die Verteidigung der Ostfront von Verdun wird unter dem Druck von Norden leiden. Während wir von Azannes aus durch große Wälder nordöstlich von Ornes in unserer Wirkung sehr beeinträchtigt waren, ist es jetzt ohne große Schwierigkeiten möglich, von den Höhen bei Ornes das Hochland der Ostfront, in dem sich die französischen Feldstellungen befinden, zu bestreichen.

Unsere oberste Heeresleitung bezeichnet unsere Verluste im Gegensatz zu den außerordentlich schweren des Feindes als erträglich. Damit ist gesagt, daß sie nicht schwerer sind als im Verhältnis zur Aufgabe und zum Erfolge zu erwarten war. Aber ohne Verluste läßt sich ein taktischer Erfolg nicht erringen, und bei der Schwierigkeit des Angriffes gegen eine

seit über einem Jahr mit allen Mitteln der Technik ausgebauten Stellung ist es schon erstaunlich, daß sie weit unter denen des Verteidigers blieben.

Auf der übrigen Front in Frankreich hielten auch in dieser Woche die kleineren Gefechte an. Wir hatten nördlich Ypern bei Souchez und an der Somme weitere Erfolge zu verzeichnen, die in ihrer Zusammenfassung doch ganz beträchtliche Gewinne einbrachten. Immer wieder wird in der Heimat die Frage aufgeworfen: Sind das Lastversuche und ist bei Verdun der entscheidende Durchbruch geplant? Wir können darauf unseren Lesern nur erwidern, daß die deutsche Heeresleitung nur eine offenkundige Absicht hat, nämlich ihre strategische Absicht streng geheim zu halten. Daß das das Richtige ist, beweisen schon die bis jetzt errungenen Erfolge. Die beim Feind verursachte Unsicherheit ist ein wichtiger Faktor der Strategie. Den darf und kann unsere oberste Heeresleitung nicht aus der Hand geben.

Angesichts der Ereignisse in Frankreich tritt das Interesse für den Balkankrieg sich aupaß augenblicklich etwas in den Hintergrund, obwohl gerade hier ein sehr erfreulicher Erfolg erzielt worden ist. Den planmäßigen und mit Energie ausgeführten konzertierten österreichischen Operationen ist es zu verdanken, daß die Italiener und die Scharen des heute schon feige geflüchteten Esad vor Durazzo empfindlich geschlagen wurden. Eine österreichisch-ungarische Kolonne ist von Osten her gegen die östlich des unteren Argen in einem Bogen um den Ort Bazar Sjal gezogene italienische Stellung vorgegangen, während gleichzeitig eine andere Kolonne von Süden her gegen den Raum zwischen Argen und der Stadt Durazzo operiert und die feindlichen Stellungen auf dem Sasso Bianco wegnahm. Damit ist die Verteidigung auf die nächste Umgebung Durazzos zurückgedrückt, und es bleibt den Italienern nichts übrig, als ihren schleunigen Abtransport ins Meer zu setzen. Das Schicksal Durazzos wird sich in den nächsten Tagen vollenden. Ein Ausweichen der Italiener nach Süden ist nicht mehr möglich. Aber auch der Abtransport zur See wird große Schwierigkeiten finden können. Die italienische Flotte wird diesen Transport zu schützen haben, dürfte aber bei dieser Gelegenheit möglicherweise mit österreichischen Unterseebooten zu tun bekommen, die von der ihnen ganz sicheren Basis Cattaro aus längs der Küste nach Süden vorstoßen können. Ueber Valona sind neue Nachrichten von Bedeutung nicht eingetroffen. Die Verzögerung der Angriffshandlung der Bulgaren hängt wohl einzig mit den schlechten Wegen zusammen, die das Nachführen der Artillerie außerordentlich erschweren.

An den Dardanellen finden andauernd englische Erkundungen statt, teils durch Schiffe, teils durch Flieger. Es ist den Engländern natürlich von großem Interesse, festzustellen, wieviel Kräfte die Türken in den Dardanellen belassen, wieviel sie gegen Salonik verwenden oder nach Armenien und Mesopotamien abtransportieren. Aus den Versuchen, dies festzustellen, entstehen die kleinen Artilleriegefechte von denen der türkische Tagesbericht erzählt und die weiter gar nichts zu bedeuten haben. Es ist allerdings ganz klar, daß die Engländer die artilleristische Verteidigung der Dardanellen ebenfalls dauernd beobachten werden. Sie würden, wie wir schon gleich nach dem Aufgeben der Dardanellenoperationen erwähnten, wohl die erste Gelegenheit zu einem Handstreich benützen, sobald die Wachsamkeit der Türken an den Dardanellen nachlassen würde.

In der Presse des feindlichen Auslandes mehren sich die Stimmen, die heftige Kritik an der Zersplitterung der Kräfte führen, wie sie augenblicklich bei den Ententeheeren zutage tritt. Es wird darauf hingewiesen, daß die Entscheidung im Westen oder Osten liegt, nicht aber auf dem Balkan, in Armenien, Mesopotamien oder am Sueskanal. Es wird sogar gegen die Eroberung deutscher Kolonien polemisiert mit dem sehr richtigen Satz, daß die Entscheidung über den Besitz der Kolonien nicht in den Kolonien selbst erkämpft werden könne. Italien bekommt noch dauernd Böses zu hören wegen der Zähe seiner Kriegsführung. Frankreich kann sich nicht genug darin tun, zu betonen, daß auf seinen Schultern die Hauptlast des Krieges liege und über den Kriegsrat in Paris finden sich schon sehr absprechende Bemerkungen, die von dem Gesichtspunkt ausgehen, den auch wir in unseren letzten Artikeln zur Kriegslage schon erwähnten, daß nämlich nationale Sonderzwecke, wie sie sich in der Entente nicht vermeiden lassen, durch ein gemeinsames Bureau nicht aus der Welt schaffen lassen. Die Energie der Handlung werde, wie wiederholt betont wird, durch eine Vielheit von Verantwortlichen nicht gewinnen.

F. O. E.



**Der Bericht des französischen Generalstabs.**

Wien, 26. Februar. Aus dem Kriegspressequartier wird gemeldet:

**Frankreich.**

25. Februar, 3 Uhr nachmittags. In den Argonnen unterhielten wir neuerlich Feuer auf die feindlichen Werke in der Gegend des Waldes von Chappy. Artillerietätigkeit mit Unterbrechungen zwischen Malancourt und dem linken Maasufer. In der Gegend nördlich von Verdun dauerte das Geschützfeuer weniger heftig an. Der Feind richtete nachts keinen Angriff gegen unsere Stellungen. Wir setzten uns auf einer Verteidigungslinie fest, die hinter Beaumont auf den östlich Champ-Neuville und südlich Ornes sich hinziehenden Höhen eingerichtet wurde. Auf der übrigen Front verlief die Nacht ruhig.

11 Uhr nachts. In der Champagne griffen wir vormittags einen feindlichen Vorsprung südlich St.-Marie-à-Py an und nahmen ihn. Im Laufe des Kampfes machten wir 300 Gefangene, darunter 16 Unteroffiziere und fünf Offiziere. In den Argonnen wirksames Zerstörungsgeschützfeuer auf deutsche Werke nördlich La Harazee.

In der Gegend nördlich von Verdun fiel den Tag über reichlich Schnee. Die Tätigkeit der beiderseitigen Artillerien noch immer außerordentlich heftig auf der ganzen Front, besonders östlich der Maas, wo der Kampf mit gleicher Erbitterung fortgesetzt wird. Mehrere Angriffe der Deutschen mit großen Verbänden, die mit unerhörter Heftigkeit gegen Poivre geführt wurden, blieben erfolglos. Ein anderer Angriff auf unsere Stellungen im Bois Vauche wurde gleichfalls angehalten. Westlich der Maas keine Infanterieaktion. In den Vogesen Artillerieduell im Fochthal.

\* \* \*



## Das künftige Schicksal Russisch-Polens.

Aus Wien wird uns telegraphiert: Eine beachtenswerte Veröffentlichung des „Neuen Wiener Tagblatt“ befaßt sich mit dem künftigen Schicksal von Russisch-Polen.

Ein Buch, das unter dem Titel „Die polnische Frage“ diesen Gegenstand behandelt, ist unlängst in Berlin herausgekommen und hier durch Auszüge in der „Frankfurter Zeitung“ bekannt geworden. Ausgehend von dem Gedanken, daß Deutschland in Russisch-Polen unbedingt eine militärische Flankensicherung brauche, schlägt der Verfasser des Buches, ein Herr Dr. Adolf Grabowsky, als angeblich einzig mögliche Lösung für die polnische Frage „die gemeinsame Herrschaft Deutschlands und Oesterreich-Ungarns über Russisch-Polen, das sogenannte Kondominium“ vor. Den so naheliegenden Hinweis auf die Erfahrungen mit Schleswig-Holstein begegnet Dr. Grabowsky damit, daß damals Preußen und Oesterreich auseinanderstrebten, während die Monarchie und Deutschland gegenwärtig zu einander streben. Das Kondominium stellt sich der Verfasser so vor, daß die zivile und militärische Verwaltung der an Deutschland grenzenden Gebiete Russisch-Polens Deutschland, die der an die Monarchie grenzenden Oesterreich zu übernehmen hätte. Dennoch aber müsse, und dies sei nachdrücklich zu betonen, Russisch-Polen ein Ganzes bleiben. Die Verwaltungstrennung dürfe nicht dazu führen, daß nur nominell eine Einheit, faktisch aber eine Teilung geschaffen wird. Die Zusammengehörigkeit der beiden Teile soll darin zum Ausdruck gelangen, daß die Gesetzgebung gemeinschaftlich wäre, die zentralen Instanzen gemeinschaftlicher Verwaltung unterlägen und eine gemeinsame Staatsangehörigkeit, oder besser Landesangehörigkeit der beiden Teile, durchaus unterschieden sowohl von der deutschen, wie von der österreichischen Staatsangehörigkeit, geschaffen würde. Jede der beiden Mächte hätte die in ihrem Verwaltungsteil rekrutierten Landesangehörigen für ihre Wehrmacht einzuziehen, so daß es sowohl in der deutschen wie in der österreichisch-ungarischen Armee polnische Regimenter geben würde. Der besonderen Landesangehörigkeit der Bewohner entsprechend, hätte auch die Gesetzgebung des Landes sich in selbständigen Bahnen zu bewegen. In immer stärkerem Ausmaße müßten die Landesangehörigen zur Lösung der Staatsaufgaben und zur Gesetzgebung herangezogen werden. Von einem polnischen Beirat zu Gesetzgebungszwecken würde man nach und nach zu dem selbständigen polnischen Parlament vorschreiten können. Die gemeinsame Herrschaft Deutschlands und der Monarchie über Polen würde, so meint Dr. Grabowsky, dadurch, daß sie aus Polen den für beide Mächte notwendigen Wall gegen Osten schaffen, die Lebensnotwendigkeiten der Zentralmächte, zugleich aber auch die beiden Hauptwünsche der Polen befriedigen: Russisch-Polen bleibt ein Ganzes, und es bleibt auch ein polnisches Ganzes.

An die Wiedergabe dieses Auszuges knüpft das „Neue Wiener Tagblatt“ die unseres Erachtens sehr

richtige Bemerkung: Wir haben unseren Lesern den Auszug aus dem Grabowskyschen Buch natürlich bloß unter dem Titel eines Kuriosums vorlegen wollen. Denn kurios ist das Bild, das sich Dr. Grabowsky von dem künftigen Russisch-Polen macht. Ein verwickeltes politisches Gebilde läßt sich kaum ausdenken. Noch kurioser aber ist es, daß der Verfasser anscheinend des Glaubens ist, daß irgendein vernünftiger Mensch in der Monarchie, jetzes gegenwärtig, sei es in Zukunft, etwa in einem Zusammenhang mit der viel erörterten Idee eines „Mittleuropas“, auf eine solche Lösung der polnischen Frage eingehen würde.



## Die Heldentaten der „Möwe“.

Mitteilungen des Kommandanten Leutnants Berg.

Wien, 26. Februar.

Ein Mitarbeiter des Newyorker „Deutschen Journals“ hatte in *Newport News* am 3. d. Gelegenheit, mit dem Kommandanten der „Möwe“, Leutnant Berg, zu sprechen. Auf die Frage nach der Herkunft der „Möwe“ sagte er:

„Ich bin willens, Ihnen alles über die Fahrt zu sagen, soweit es das militärische Interesse gestattet; es war die „Möwe“, woher der Vogel geflogen kam, ist Geheimnis. Was macht auch ihr früherer Name, auf alle Fälle war sie ein trefflicher Vogel. Sie hat in kurzer Zeit acht Schiffe aufgebracht, ehe wir sie verließen, und sie dürfte seither weitere gefapert haben. Wenigstens hoffe ich das. Ich wünsche, ich wäre auf ihr geblieben und hätte mich an der guten Arbeit beteiligt.“

Es war nicht weit von Madeira, als wir die „Appam“ sichteten. Wir hielten unsere Kriegsflagge und signalisierten ihr, heizulegen. Sie lehrte sich nicht an unser Signal, obgleich wir genügende Beweise unseres Charakters als deutsches Kriegsschiff gaben, ehe wir den Kampf begannen. Statt dessen versuchte die „Appam“, ihre Geschütze bereit zu machen, als wir mit dem Feuer begannen. Bald gab sie indes ihren Widerstand auf.

Ihre Matrosen, 20 Mann im ganzen, wurden als Kriegsgefangene nach der „Möwe“ gebracht. Die Mannschaften der ersten sechs von uns gefaperten und versenkten Schiffe hatten keinen Widerstand versucht. Wir brachten Explosivkörper an Bord und schickten die Schiffe, nachdem die Mannschaften in Sicherheit waren, auf den Meeresgrund.

Das einzige Schiff, welches Widerstand leistete, war die „Clan Mac Tavish“. Sie gab mehrere Schüsse auf uns ab, aber keiner davon traf die „Möwe“. Wir gaben zunächst einen blinden Schuß auf sie ab und signalisierten ihr, daß sie ihre Fahrt verlangsamem solle, was sie nicht tat. Sie setzte ihren Kurs so schnell als möglich fort und schoß weiter. Wir trafen sie mehrere Male, und schließlich platzte durch eine unserer Granaten das Hauptdampfrohr, was den Kapitän zum Beilegen zwang.

Persönlich weiß ich nicht, wie viele auf der „Clan Mac Tavish“ getötet wurden, aber wie ich hörte, sollen es 10 bis 15 gewesen sein. Nicht ein Mann auf der „Möwe“ wurde verletzt oder getötet. Der Rest der Besatzung der „Clan Mac Tavish“ wurde an Bord genommen.

Die Fahrt über den Atlantischen Ozean war sehr ruhig. Unsere Gefangenen betrugten sich nett, und ich schlief, wenn ich keinen Dienst hatte, jede Nacht. Selbstredend hatten wir Bomben plaziert, so daß wir das Schiff im Augenblick, als eine Meuterei erfolgte, versenken konnten.

Unsere Rationen waren ein wenig schmal geworden. Während der letzten Tage hatten wir keine Kartoffeln mehr und nur wenig Fleisch, aber wir hätten ein paar Tage länger aushalten können, falls dies notwendig gewesen wäre.“

Während Leutnant Berg sprach, kam ein junger englischer Unterleutnant auf zwei Krücken herbeigehumpelt, ergriß seine Hand und dankte ihm herzlich für die freundliche Behandlung, die ihm an Bord von den Deutschen zuteil geworden. Es war Leutnant J. S. Howell von der britischen Marine, der, in Afrika verwundet, sich auf der Rückfahrt nach England befand. Er durfte landen.



## Kundgebungen des Kardinals Mercier für Italien.

(Telegramm der „Neuen Freien Presse“.)

Lugano, 26. Februar.

Kardinal Mercier hat eine Nacht in Florenz verbracht und gestern die Messe in Santa Maria Novella zelebriert. Dann begab er sich in das belgische Nonnenkloster bei den Bädern von Ripoli, wo in Gegenwart vieler Damen und Herren der Aristokratie, des Senators del Lungo und des belgischen Konsuls ein Empfang stattfand, der sich zu einer begeisterten Kundgebung für Belgien gestaltete. Der Theateraal des Klosters war mit belgischen und italienischen Fahnen geschmückt. Auf die an ihn gerichteten Ansprachen antwortete Kardinal Mercier:

„Aus christlichem Herzen, aus aufrichtiger Seele wünsche ich Italien, als der Nation, von der das Licht der Zivilisation, welches die Welt erleuchtete, ausging, den vollen Sieg. Mein Herz wie das Herz jedes Belgiens schlägt zusammen mit eurer aller Herzen, mit dem Herzen aller Italiener. Ich weiß es, ganz Italien zittert um das Schicksal Belgiens, alle Städte dieses schönen Italien haben ihren Schmerz, ihre Entrüstung über den Ueberfall auf mein Land kundgegeben, aber wir vertrauen auf die Größe unserer Sache. Gott ist mit uns!“

Ich sende eurem Heere, eurem Vaterlande, euren Familien die aufrichtigsten Wünsche. Ihr werdet beten für die Befreiung, für den Sieg Belgiens. Ich werde beten für Italien, für den völligen Sieg seiner Waffen und wir alle werden beten für den Triumph der Zivilisation, der Gerechtigkeit und des Rechts!“

Die Schlußrufe des Kardinals verhallten unter den begeistertsten Rufen der Menge: Es lebe Belgien!

Einem Mitarbeiter der „Nazione“ von Florenz drückte Kardinal Mercier seine Dankbarkeit und Anhänglichkeit für die Großmut und Kraft aus, mit der die italienische Nation sich am Kampfe beteiligt. „Wir kennen eure Taten“, sagte er, „und folgen ihnen, wir wissen, daß ihr jenseits eurer Grenzen auf Feindesboden kämpft, und folgen ängstlich euren beständigen Fortschritten. Wir sind sicher, daß ihr siegen werdet, siegen, weil ihr das Recht und den Ruhm auf eurer Seite habt. Ihr werdet siegen zusammen mit Belgien. Mehr kann und mehr darf ich nicht sagen.“

„Nach Belgien kehre ich mit voller Sicherheit zurück. Ich habe keine Bedrohung und keine Gewaltmaßregel zu befürchten. Als ich den neuen deutschen Behörden von meiner Reise Erwähnung tat, erhielt ich die ausgedehnteste Garantie, daß meine Rückkehr keine Hindernisse finden werde. Ich kehre also ruhig in mein armes, schmerzgefülltes Belgien zurück, um meinen Kindern Mut zuzusprechen.“

Nachmittags reiste der Kardinal nach Bologna weiter, wo er ebenfalls eine Nacht verbleibt, um heute früh nach Mailand weiterzufahren.

## Mißstimmung in Rom über das Scheitern der Mission des Kardinals.

(Telegramm der „Neuen Freien Presse“.)

Lugano, 25. Februar.

Kardinal Mercier ist, wie gemeldet, gestern nachmittag von Rom abgereist, um nach Belgien zurückzukehren. Er wurde im Bahnhof begrüßt von den Gesandten Belgiens, Englands und Russlands beim Vatikan, vom belgischen Gesandten beim Quirinal, dem belgischen Generalkonsul, den belgischen Deputierten Vermerisch und Destrée, dem belgischen Militärattaché usw. sowie von vielem Publikum, das den Kardinal mit Hochrufen empfing.

Der Präsident des Vereines der auswärtigen Presse hielt an den Kardinal eine Ansprache, die mit den Worten schloß: „Auf Wiedersehen nach der Wiedervergeltung und dem Siege!“

„Secolo“ stellt fest, daß der Kardinal leider den Zweck seiner Mission in Rom nicht erreicht habe. Er habe mehr Begeisterung in den weltlichen als in den kirchlichen Kreisen erweckt und im Vatikan habe er nicht die Versicherungen erhalten, die dazu hätten dienen können, das in den katholischen Kreisen Frankreichs und Belgiens herrschende Mißtrauen gegen den Vatikan zu zerstreuen. Papst Benedikt habe sich darauf beschränkt, der belgischen Nation sein Wohlwollen aufs neue auszudrücken und seine Hoffnung auf ihre Wiederherstellung auszudrücken, aber er habe kein Urteil über das Vorgehen der belgischen Bischöfe und des Klerus abgegeben und dasselbe indirekt verurteilt, indem er sich auf die Mission des Christentums, der Religion der Liebe berief. Zwar könne nun Kardinal

Mercier dem auf seine Rückkehr harrenden Belgien keine Botschaft des Papstes bringen, um so mehr aber die Verheißungen Italiens und der Kardinal habe ja beim Abschied von Rom erklärt, er habe seinen Landesleuten viel zu sagen.



27. II. 1916

**König Konstantin und das griechische Volk.**

S. A. Zürich, 25. Februar. Ueber den Empfang des Präsidiums der griechischen Kammer durch König Konstantin liegt ein Athener Bericht vor, in dem die Rede des Vizepräsidenten der Kammer im Wortlaut wiedergegeben wird. Der Vizepräsident richtete an den König eine Ansprache, in der er sagte:

„Namens der Volksvertretung lege ich Eurer Majestät den tiefgefühltesten Dank dafür zu Füßen, daß Eure Majestät im Rahmen der königlichen Vorrechte in einem schwierigen Moment die für unsere Existenz drohende Gefahr abgewendet haben, daß Griechenland ebenso wie andere kleine Staaten in den großen europäischen Konflikt verwickelt wurde. Eure Majestät werden in vollem Einvernehmen mit allen staatlichen Faktoren bestimmen, wann die Stunde da sein wird, um unsere nationalen Interessen durch unsere nationalen Hilfsmittel zu vertreten. Das ganze Volk steht wie immer an der Seite Eurer Majestät und es ist zu jedem Opfer bereit. Es ist fest entschlossen, trotz dem unberechtigten Druck der Mächte, auf dem gegenwärtigen Wege fortzuschreiten, bis die Schicksalsstunde schlagen wird.“



27. 2. 1916

**Ein dänisch-französisches Handelsübereinkommen.**

Berlin, 26. Februar. (Tel. d. „Fremden-Blatt“.) Die „Frankfurter Zeitung“ meldet aus Kopenhagen: Die Verhandlungen des dänischen Industriekongresses und der Vereinigung der Großkaufleute mit der französischen Regierung endigten mit dem Abschluß eines dänisch-französischen Handelsübereinkommens, dessen Einzelheiten dem dänisch-englischen Übereinkommen vom November 1915 entsprechen. Die gesamten dänischen Institutionen sollen gegenwärtig den französischen Behörden Garantieerklärungen gegeben haben, daß die einzuführenden Waren nicht nach Deutschland weitergeführt werden.



**Die Deutschenhege in Rußland.**

K. Kopenhagen, 25. Februar. „National Tidende“ meldet aus Petersburg: Die Vertreter des rechten Flügels der Duma haben energische Maßnahmen gegen die in Rußland wohnenden Deutschen verlangt. Unter anderem wird von ihnen vorgeschlagen, daß Rußland alle seit 1870 vollzogenen Naturalisationen Deutscher für nichtig erkläre, ihr Eigentum mit Beschlagnahme belege und ihre Aktien in russischen Banken annulliere.



27./II. 1916

### Die Beschlagnahme der deutschen Schiffe in Portugal.

Lissabon, 25. Februar. In der Kammer erklärte der Ministerpräsident auf eine Anfrage, die Beschlagnahme der deutschen Schiffe sei infolge der wirtschaftlichen Lage des Landes notwendig geworden. Es seien gleichzeitig alle Schiffe beschlagnahmt worden, um Verzögerungen vorzubeugen, wovon

schwere Fälle auf sieben Schiffen festgestellt worden seien.

Köln, 26. Februar. (Tel. d. „Freuden-Blatt“.) Die deutsche Regierung hat nach einer Meldung der „Kölnischen Zeitung“ die portugiesische Regierung um Aufklärung wegen der Requirierung der deutschen Schiffe ersucht.



England & Amerikanerpolitik und der  
U-Boot-Krieg.

Daß eine Teilnahme Amerikas am Krieg Deutschland zur rücksichtslosesten Durchführung des U-Boot-Krieges einfach zwingen würde, ist so selbstverständlich, daß es kaum gesagt zu werden braucht. Amerika würde nicht in der Lage sein, die Wirksamkeit eines solchen Krieges irgendwie zu mindern.

Wenn man wirklich der Meinung ist, daß England den deutsch-amerikanischen Krieg wünscht, weil es die deutsch-amerikanische Verständigung fürchtet, so muß man überzeugt sein, daß Amerika, wenn Deutschland sich in der Führung des U-Boot-Krieges seinen Wünschen fügt, England zur Milderung seiner Absperrungsmaßnahmen nötigen wird. Mir scheint diese Annahme so trügerisch wie die, der unsere auswärtige Politik seit dem portugiesischen Vertrag von 1898 fast unentwegt nachgegangen ist, daß eine Verständigung, ja ein Zusammengehen mit England möglich sei. Diese Hoffnung ist am 4. August 1914 zusammengebrochen. Sollte sie wirklich noch wieder auftauchen? Nach gewissen Anzeichen möchte man es fast befürchten. Die ungeheure Mehrzahl politisch urteilsfähiger Deutscher hält sie mit Recht für irreführend.

Ueber die amerikanische Politik sollte man sich während dieses Krieges doch klar geworden sein, um so mehr, als in ihrer Haltung gegenüber Mexiko aus der allerjüngsten Vergangenheit eine Probe vorlag. Die Behandlung des „Lusitania“-Falles sollte doch völlig aufgeklärt haben. Die Berichte, die uns seit Wochen und Monaten über die Auffassungen und Absichten Washingtons ununterbrochen vorgelegt werden, erinnern wirklich an Gretchens Spiel im „Faust“, um keinen trivialeren Vergleich zu gebrauchen. Heute ist die „Uppam“ gute Priese, morgen nicht. Heute verbietet Wilson die Fahrt auf bewaffneten Handelsschiffen der Kriegführenden, morgen läßt er sie zu. Heute sollen solche Schiffe in amerikanischen Häfen als Hilfskreuzer angesehen und behandelt werden, morgen wieder nach ihrem ursprünglichen Charakter. Heute verstößt die Bewaffnung gegen das Völkerecht, morgen steht sie mit ihm im Einklang usw. Heute reden Senatoren prodeutsch, morgen proenglisch usw. Die amerikanischen Journalisten beherrschen ja in diesen Dingen — gelegentlich auch in anderen — unseren Nachrichtenmarkt. Wir aber kommen abermals über einen Zeitpunkt hinweg, der besonders geeignet ist, dem Kriege an seiner wichtigsten Stelle eine entscheidende Wendung zu unseren Gunsten zu geben.

Zu der Zusammenstellung von Bemerkungen englischer Blätter, wie Rohrbach sie versucht, sei doch bemerkt, daß sie losgelöst von ihrem augenblicklichen Zweck keinen Wert haben. Das gilt ja in gewissem Sinne überhaupt von diplomatischen Äußerungen, wie sie der Behandlung der laufenden Geschäfte dienen, eine Tatsache, die so überaus häufig bei der Verwendung Bismarckscher Äußerungen übersehen wird, und von der man vielleicht sagen darf, daß sie nicht allen unseren Staatsmännern jederzeit geläufig ist.

Es werden auch Meinungen geäußert über die Haltung der Neutralen, die unter der Störung des Seeverkehrs besonders leiden. Es wird erzählt, daß bei uns an entscheidenden Stellen gefürchtet werde, die Niederlande und die skandinavischen Staaten könnten sich unseren Feinden anschließen, andererseits, daß England besorgt sei vor dem Zustandekommen einer neuen „bewaffneten Neutralität“. Ueber beide Befürchtungen lohnt es kaum, Worte zu verlieren. Man schätzt die politische Einsicht der genannten Staaten denn doch zu gering ein, wenn man ihnen trotz der Erfahrungen, die Belgien, Serbien und Montenegro machten, den Gedanken einer Kriegserklärung an Deutschland ernstlich zutraut, und was eine „bewaffnete Neutralität“ betrifft, so heißt es doch: Exempla docent oder auch: Vestigia terrent. Die Versuche von 1780 und 1800 haben zu schlechte Geschäfte gemacht, als daß sie zur Wiederholung reizen könnten; die zweite endete im April 1801 mit dem Bombardement von Kopenhagen. Kann man im Ernst glauben, daß die heutigen Engländer sich vor den „tapferen, kleinen Nationen an der Nordsee“ fürchten?

Asquith hat es vor kurzem allen Schwerhörigen in deutschen Landen noch einmal wieder ins Ohr gebrüllt, um was es sich in diesem Kriege für uns handelt. Die leitenden englischen Männer, bis zum Könige hinauf und dieser selbst mit eingeschlossen, werden nicht müde, unser Volk und unsere Regierung zu verleumden und zu beschimpfen. Man sollte denken, daß in Deutschland jetzt auch der letzte Mann überzeugt sein müßte, daß es falsch ist, dem Phantom einer Verständigung mit England, nach dem auch Rohrbach zu Anfang dieses Jahres im Einführungsaufsatz zu seiner neuen „Deutschen Politik“ ausschaute, wiederum nachzulaufen. Hat es sich doch oft den Händen unserer Regierenden entzogen, wenn sie glaubten, nach ihm greifen zu können, zuletzt noch zu Beginn des Weltkrieges. Das Problem ist auch nicht zu lösen durch den allgemeinen Satz, der so oft als Argument verwendet wird, daß man in Zukunft doch mit einer Macht zusammengehen, an eine sich anlehnen müsse. Man sollte auch da von den Engländern lernen. Sie haben sich in ihrer zeitweisen splendid isolation nicht schlecht befunden. Sind wir nach geschlossenem Frieden stark, so wird die Möglichkeit, Bundesgenossen zu finden, wenn wir sie neben den gegebenen: Oesterreich-Ungarn, die Türkei, Bulgarien, brauchen, sich schon einstellen. Die Welt steckt voll von ungelösten Fragen, an denen unsere sämtlichen großen Gegner mit starken Interessen beteiligt sind und keineswegs immer im Einklang. Weise Voraussicht bindet sich nicht ohne Not. Zurzeit darf unsere auswärtige Politik nur ein Friedensziel kennen: Wahrung der eigenen Macht! Es gibt keine andere Sicherung unserer Zukunft.

Zu diesem Ziele gibt es aber nur einen Weg: Niederkämpfung Englands, wenigstens so weit, daß es verzichtet auf die Forderungen, die Asquith uns ins Gesicht schleudert. Dazu ist sofortige nachdrücklichste Führung des U-Bootkrieges unerlässlich. Unsere Staatsleitung steht vor einer schicksalsschweren Entscheidung, vielleicht der schicksalsschwersten des ganzen Krieges. Möge sie so entscheiden, daß sie vor dem Urteil der Geschichte bestehen kann. Es würde hart, sehr hart lauten über den Irrenden.



## Die politische Stellung Italiens.

Lugano, 6. Februar.

Italien ist von den Ländern, die der Gruppe unserer Feinde angehören, insofern in einer günstigen Lage, als kein feindlicher Soldatensattel seinen Boden betreten hat, und die Opfer der Kriegsführung vom Stillestehen zum Adriatischen Meere sind für das auch an Menschen fruchtbare Land immerhin noch erträglich. Andererseits ist aber kein anderes Land in einer so kritischen moralischen Stellung. Alle Versuche, die Gegensätze zu seinen Verbündeten mit schönen Reden von der unerschütterlichen Solidarität und Achtung zu überbrücken, sind täglich gescheitert. Nichts ist lehrreicher als der jüngste Leitartikel des einflussreichsten Presseorgans in Italien, des „Corriere della Sera“, worin es heißt, Presse und Diplomatie seien nicht aufrichtig, wenn sie von Einigkeit der Verbündeten sprechen, und worin der schwersten Sorge, die heute das Herz Italiens bedrückt, mit den Worten Ausdruck gegeben wird: „Wird die Schlussbilanz des Krieges ergeben, daß Italien bei den neuen Verbündeten das gewonnen hat, was es bei den alten aufgab?“ Nun fehlt es gewiß in Italien und bei den Verbündeten nicht an aufrichtigen Bemühungen, die beiderseitigen Verstimmungen und „Missverständnisse“ zu heben, aber so der gute Wille gegenüber der Macht der Tatsachen etwas vermag, ist eine andere Frage. Gewiß hat die Entente die Italiener gern aufgenommen, als sie mit liegenden Fahnen zu ihr übergingen. Aber das innere Mißtrauen gegenüber dem Ueberläufer ist im Verlaufe des Krieges durchaus nicht geschwunden. In aller Erinnerung sind noch die in fast einstimmigem Chöre von der englischen, französischen und russischen Presse gesungenen Klagelieder über die ausgebliebene Hilfe Italiens in Serbien und Montenegro. Immer wieder mußte deshalb die italienische Regierung, zuletzt noch durch eine Ende Januar veröffentlichte ausführliche Darstellung der obersten Kriegsleitung über die Leistungen des italienischen Heeres im Weltkrieg, darauf hinweisen, daß die Italiener, indem sie das österreichische Südwestheer — nach italienischer Angabe 25 Divisionen — banden, den Druck der Oesterreicher auf die übrigen Fronten abgeschwächt haben. Damit aber geben die Italiener zu, daß sie militärisch in diesem Kriege eine Nebenrolle spielen, indem sie in erster Linie nicht eigene Ziele erreicht, sondern den Verbündeten die Erreichung ihrer Ziele erleichtert haben. Ob im Frühjahr die Italiener an der Alpenfront oder in Albanien die erträumten Vorbeeren pflücken, das muß sich erst noch zeigen. Die Erfahrung von fast dreiviertel Jahren hat sie jedenfalls gelehrt, daß die österreichische Linie selbst mit der mehrfachen italienischen Uebermacht nicht so leicht einzustossen ist, wie das die Säger des Marsches auf Trient und Triest und die Propheten des Einzugs in Wien hingestellt hatten. Es wäre sicher übertrieben, von einer Entmutigung des italienischen Heeres zu sprechen, aber der alte Uebermut, der sich in antipathischen Beleidigungen des österreichischen Heeres äußerte, ist dahin. Auffallend ist es, wie viele italienische Ausreißer während der letzten Monate im Tessin eingetroffen sind.

Außer der ungenügenden militärischen Hilfe wirkt die Entente Italien vor, daß es Deutschland nicht den Krieg erklärt hat. Die Interventionisten und ihre Organe, vor allem „Idea Nazionale“, „Popolo d'Italia“, „Secolo“ und „Messaggero“ fordern schon seit vielen Monaten immer dringender diesen Schritt. Das Kabinett Salandra aber scheint sich zu scheuen, die letzte Brücke zu dem ehemaligen Verbündeten abzubrechen aus den Erfahrungen heraus, die Italien während dieses Krieges selbst gemacht hat: daß es nämlich neben den beiden Kolossen des Ostens und des Westens und neben Frankreich nur eine zweite Rolle spielt und sich unangenehme Dinge sagen lassen muß. Vor allem aber weiß Italien, daß seine Mittelmeerinteressen, die wichtigsten, die es überhaupt hat, bei Frankreich, England und dem nach den Dardanellen strebenden Rußland recht schlecht aufgehoben sind. Aus diesem Zwiespalt des Kopfes, nicht des Herzens, rührt auch die schwankende Politik Italiens, die sich sowohl im Verhalten gegen Deutschland als auch in der Orientkampagne zeigt, denn schon vor einem halben Jahr hat Italien der Bforte den Krieg erklärt, ohne daraus die geringste praktische Folgerung zu ziehen. Wie schlecht aber das wirkliche Verhältnis Italiens zu den kleinen verbündeten Balkanstaaten ist, das geht daraus hervor, daß weder Serbien, noch Montenegro, sei es durch größere Flüchtlingskolonien, sei es durch Regierungsorgane, die Gastfreundschaft des nächsten Nachbarn Italien in Anspruch genommen haben, daß König Peter von Serbien nach sechstägigem Aufenthalt in Brit-



## Zur Kriegslage

Nach der russischen Offensive. Die zu erwartenden neuen Operationen. Die Russen an der rumänischen Grenze. Die Lage bei Saloniki. Der Vormarsch der Oesterreicher in Albanien. Die Linie Kruja - Tirana - Elbasan. Die Italiener in der Defensive. Unruhe und Vorbereitungen an der Westfront. Die Kämpfe im Kaukasus, in Persien und an der Front.

Die allgemeine Kriegslage wird immer noch durch eine gewisse Operationsstille gekennzeichnet, die zu falschen Schlüssen verleiten könnte, wenn man nicht wüßte, daß es die Stille vor den Stürmen ist, die früher oder später ausbrechen werden.

Nachdem die russische Offensive an der Strypa- und Dnjeprfront erloschen ist, ohne bis jetzt wieder neu entzündet zu werden, kann man sich fragen, ob diese unmittelbar auf den Durchbruch zielende Angriffsbewegung der Russen eingestellt wurde, weil die gebrachten Opfer und die Erkenntnis, daß die Stellungen der Verbündeten unbezwingbar waren, die Fortsetzung unmöglich gemacht haben oder ob neue Angriffe erst in Koordination mit anderen Offensivbestrebungen der Alliierten auf der Balkanhalbinsel und im Westen Platz greifen sollen. Es ist bezeichnend, daß man sowohl auf Seite der Mittelmächte als auch auf Seite des Viererbands von Offensivabsichten des Gegners spricht. Wer die Betrachtungen der Militärkritiker in den verschiedenen Lagern verfolgt, kann feststellen, daß in der letzten Zeit beim Gegner bestimmte Offensivabsichten gesucht werden. Diese Erscheinung läßt sich zum Teil auf die lange Dauer der scheinbaren Pause im kriegerischen Akt zurückführen, wird zum Teil aber auch durch die starke Zurückhaltung bedingt, die seit einiger Zeit im offiziellen Nachrichtenverkehr der Heeresleitungen geübt wird. Nach meiner Auffassung weisen diese und andere Anzeichen daraufhin, daß die Vorbereitungen zu den zu erwartenden großen Operationen mit gesteigerter Sorgfalt getroffen werden, da man sich auf allen Seiten bewußt ist, daß nun, im Entscheidungsjahr, mit dem Einsatz der vollen und zugleich der äußersten Kraft gekämpft werden muß. Dabei werden alle technischen Errungenschaften und alle taktischen Erfahrungen dieses Riesenkrieges zur Anwendung gelangen. Falsch wäre es, nur zu glauben, daß wir es mit einer Verschleppung zu tun haben und daß die allgemeine Kriegslage räumlich und zeitlich in eine gewisse feste Form gebracht worden sei, die uns gestatten würde, das Ganze zu übersehen. Wir sind vielmehr keinen Tag vor überraschenden Wendungen und einer strategischen Neuorientierung sicher.

Während an der russischen Nordfront vermehrte Aufklärung eingesetzt hat und an der russischen Südfront Sappe und Mine in Tätigkeit getreten sind, haben die Russen mehr oder weniger demonstrativ Vorstöße an der rumänischen Grenze getroffen, die vorläufig auf eine strengere Aufsicht über den Schiffsverkehr auf der Donau hinauszulaufen scheinen. Daraus weitere Schlüsse zu ziehen, wäre bei der Unsicherheit der Meldungen verfrüht.

Auch vor Saloniki ist noch keine größere Offensive sichtbar geworden, auch dort hat aber die Aufklärung festere Gestalt angenommen, und es sollen bereits größere Vorpostenberührungen an der griechisch-mazedonischen Grenze stattgefunden haben. Dabei wird die Initiative den Verteidigern von Saloniki zugeschrieben, was richtig sein kann, wenn man auch dahinter keine strategische Offensive, sondern nur das Bedürfnis nach besserem Einblick in die Verhältnisse beim Gegner zu suchen braucht. Es ist nicht bekannt, ob die englisch-französischen Streitkräfte im Raume Saloniki auf wesentlich mehr als 200.000 Mann verstärkt worden sind. Zu einer Offensive großen Stils sind sie indes wohl noch nicht befähigt, und zwar um so weniger, als über die Verhältnisse weiter östlich bei Kavalla und in Albanien noch keine Sicherheit besteht und das griechische Problem noch ungeklärt ist. Eine kombinierte Offensive der Alliierten, die auf die Rückeroberung Serbiens und die Durchschneidung der zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn auf der einen Seite und Bulgarien und Türkei auf der andern Seite hergestellten Verbindung ausgeht, ist zurzeit aussichtslos. Ob eine Offensive zur Wegnahme der Defensivbasis Saloniki im Gange ist, wird sich nun bald entscheiden. Die Mittelmächte besitzen jetzt auf mindestens drei

Fronten Bewegungsfreiheit; es läßt sich daher nicht sagen, wo sie diese zu nützen trachten. Das war anders als man ihnen die Operationsfreiheit und Operationsnotwendigkeit nur in einer ganz bestimmten Richtung zuerkennen konnte. Und zwar war das nach dem Durchbruch von Gorlice, dem Durchbruch bei Przasnysz und dem Einbruch in das polnische Festungssystem im Sommer 1915 der Fall. Da wurde die Notwendigkeit und neben dieser auch die Möglichkeit sichtbar, daß die Mittelmächte nun den Uebergang über die Donau erzwingen und im konzentrischen Vorgehen mit den Bulgaren die Verbindung mit der Türkei und Asien freilegen würden. Welche Aufgabe den Heeresleitungen der Mittelmächte und ihrer Verbündeten heute als die dringlichste und erfolgreichste erscheint, das zu entscheiden muß der Zukunft überlassen bleiben. Der Angriff auf Saloniki kann indes als räumlich beschränkte Operation um so eher unternommen werden, als er jetzt noch vor strategischer Flankenbedrohung sicher ist und ein Entgegenwirken griechischer Streitkräfte kaum anzunehmen ist.

Ähnlich liegen die Verhältnisse, wenn auch im strategisch umgekehrten Sinn, auf Seiten der Entente, die sich fragen kann, auf welchem der vier oder fünf Kriegsschauplätze sie wieder einmal zur Offensive übergehen kann oder muß. Die Tatsache, daß die Oesterreicher und vermutlich auch ein Teil der bulgarischen Armee konzentrisch in Albanien vordringen, beweist, daß die Zentralmächte dort noch über genügende, ja sogar überlegene Kräfte zu gebieten glauben. Durazzo soll noch im Besitz Essad Paschas und gewürfelter serbisch-montenegrinisch-albanischer Streitkräfte sein. In Ballona steht Batazzi mit seinen Italienern. Die operative Entwicklung der nächsten Tage wird die Verteidiger von Durazzo voraussichtlich vor die Frage stellen, ob sie ihre Position aufgeben müssen, um in der Richtung auf Ballona Anschluß zu suchen, wenn sie nicht von dem über Kruja und in der Richtung Tirana konzentrisch vorrückenden Angreifer eingeschlossen werden sollen. Die Besetzung Gruzjas, 35 Kilometer nordöstlich Durazzos, sichert die Oesterreicher bei weiterem Vormarsch auf den Smilak in ihrer linken Flanke. Es kommt viel darauf an, wie es um Elbasan steht und wie weit von dort abwärts das große Skumbital von den Bulgaren bereits erschlossen ist. Daß die Italiener von Ballona aus eine erfolgreiche Offensivaktion unternehmen könnten, ist immer noch nicht wahrscheinlich. Sie haben jetzt eher dafür zu sorgen, ihre Kräfte in Ballona aufschließen zu lassen.

Es ist von Interesse festzustellen, daß der „Corriere della Sera“ von einem vollständigen Umschwung in der Beurteilung der italienischen Kriegseinstellungen durch die Militärkritiker der Entente zugunsten Italiens zu berichten weiß. Da ein Drahtbericht im gestrigen Abendblatt des „Bund“ darüber unterrichtet hat, darf wohl daran erinnert werden, daß die dort erwähnten revidierten Anschauungen über die militärischen Leistungen und die strategischen Notwendigkeiten Italiens von uns von Anfang an seit Beginn des italienischen Feldzuges vertreten worden sind. Die italienische Heeresleitung, die gewiß keine Opfer gescheut hat, die österreichische Defensivstellung zu durchbrechen, ist an der mustergültigen Verteidigung gescheitert und hat im Grunde kein Bataillon übrig für Operationen auf der Balkanhalbinsel. Sie ist heute sogar mehr als je darauf angewiesen, die Alpen- und Karstfront bis in die zweite und dritte Linie voll besetzt zu erhalten, um sich vor Ueberraschungen zu sichern. Verschiedene Anzeichen deuten darauf hin, daß man auf italienischer Seite mit dem Ausbau neuer rückwärtiger Stellungen beschäftigt ist.

An der Westfront hat die gesteigerte Tätigkeit nicht nachgelassen, sondern weitere Abschnitte ergriffen. Vom Meere bis zu den Vogesen sind Erkundungen und Artilleriegefechte im Gange. Besonders unruhig ist die Artoisfront. Es ist nicht ausgeschlossen, daß man sich gegenseitig durch kleine Teiloffensiven in der Vorbereitung einer großen Aktion zu stören sucht, es kann aber als ausgeschlossen gelten, daß eine solche mit dem Einsatz der vollen Kraft zu unternehmende Durchbruchoperation dadurch auf die Dauer oder auch nur längere Zeit hintangehalten werden könnte. Die Auslösung dieser Offensive müssen wir erwarten. Die gegenseitige Beschließung der dicht hinter der Front gelegenen Sammelorte, wie des französischen Epernay, des engli-

schen Poperinghe und des deutschen Lens sind bezeichnende Symptome.

Auf den asiatischen Kriegsschauplätzen wird trotz schwierigsten Verhältnissen andauernd gekämpft. Die Russen suchen an der Kaukasusfront nun auch ihren rechten Flügel vorzuschieben und haben mit dem linken am Vansee festeren Stand gewonnen, sind im Raume Erzerum dagegen offenbar nicht mehr vorwärts gekommen. Schneestürme beeinträchtigen die Operationen. In Persien wird noch südlich Hamadan, halbwegs Hamadan-Kirmanschahan, bei Kengover gekämpft ohne daß der von den Türken zur Flankensicherung von Bagdad vorgetriebene Keil bereits abgebrochen worden wäre. An der Trakfront soll eine allgemeine Aktion im Gange sein, was nach der Sachlage wohl möglich ist, da Percy Lake zahlreiche Verstärkungen herangeführt und die Kolonnen Younghausband und Aylmer aufgenommen haben dürfte. Es fragt sich, ob die in Bagdad zu vermutenden türkischen Verstärkungen rechtzeitig eintreffen, um das Gleichgewicht der Kräfte wieder herzustellen. Möglicherweise kommt es in der Nähe von Kut-el-Amara zu einer großen Schlacht, die nicht nur über das Schicksal Townshends, sondern auch über den ganzen Trakfeldzug entscheidet.

H. St.



Expedition: Effingerstraße 1

656 Telephon 656

Inserate: Haasenstein & Vogler

Postbankkonto 111/327

en des Pohnvereins: halbjährlich Fr. 24.50, vierteljährlich Fr. 12.25, einband-Zulassung. Man abonniert direkt bei der Expedition 6 Postanweisung. — Inserationspreis für die Schweiz 25 Cts. die Zeile; für das Ausland 30 Cts. Mehrpreis Fr. 1 die Petitzeile — und deren Filialen im In- und Auslande

### Rumänien wartet

Von einem Rumänen.

II.

Warum hat Rumänien nicht losgeschlagen? Wohl hauptsächlich deshalb, weil es zunächst nicht gerüstet war und weil seine Stunde noch nicht gekommen ist. Daß es nicht mit Deutschland-Oesterreich marschierte, ist sehr leicht zu verstehen. Vor allem standen die Sympathien des Volkes auf Seiten der Entente und ganz besonders auf Seiten der Franzosen. Es gibt wohl in und außer Europa kein Frankreichs freundlicheres Land, kein Land, das tiefer durchtränkt wäre von französischer Kultur, französischem Geschmack, französischem Empfinden in allen Dingen der Kunst und Literatur. Das geht nun wirklich bis zur Uebertreibung. Ich weilte siebenzehn Jahre in Frankreich und kann sagen, daß die Franzosen selber keine Ahnung davon haben. Sie waren durch die innere Politik viel zu stark in Anspruch genommen, um sich darum zu kümmern. Zu ihrem eigenen Schaden! Erst jetzt merken sie, daß sie in Rumänien einen Satelliten haben, eigener Art zwar, aber immerhin — meine Herren Rumänen, nehmen Sie das nicht trumm! — einen Satelliten. Frankreich und vor allem Paris ist der Traum des rumänischen Geistes, es ist ein Lebensziel, ein Höhepunkt des Daseins und eine Sache des guten Geschmacks. So mühsam auch die Reise nach Frankreich und so mannigfaltig die Plakereien unterwegs, man reist nach Frankreich, sobald irgend möglich, wäre es auch nur für eine Woche. Wenn man einmal Pariserluft eingesogen hat, kann man leichten Herzens und — Geldbeutels wieder nach Hause fahren. Doch genug davon.

Als der russische Vorstoß am weitesten in Feindesland vorgedrungen war, wurde Rumänien zum Anschluß aufgefordert. Herr Brătianu stellte Bedingungen: die völlige Rückgabe Besarabiens, das 1877 willkürlich annektiert wurde, nachdem die rumänische Armee den Russen geholfen hatte, die Türken zu schlagen. Der die russische Armee führende Großfürst hatte dem Fürsten Carol I. das ausdrucksvolle Telegramm gesandt: „Helfen Sie mir, die Türken haben uns dezimiert.“ Carol stellte 50,000 Mann ins Feld, nahm in sechs Monaten einen festen Platz nach dem andern und schlug die Türken schließlich aufs Haupt. Der Friede von San Stefano und der Berliner Vertrag endigten den Krieg. Rumänien hatte dadurch seine Unabhängigkeit errungen, aber gleichzeitig dank der russischen Mächenschaften Besarabien verloren. Dafür gab ihm Rußland die Donaumündung und die Dobrudscha, die andern gehört hatten. Eine sanfte Ironie — Rumänien war der gerupfte Teil.

Brătianu verlangte als Entgelt für die Teilnahme am Krieg, daß die Verbündeten ihm beistehen und die Rückgabe Besarabiens gewährleisten, sowie auch den Besitz der unter österreichischer und ungarischer Herrschaft stehenden unerlösten Gebiete Bulowina, Transylvanien und das Banat. Rußland antwortete, daß es als die größte Macht Europas nicht geruhe, sich bis zur Rückgabe Besarabiens zu erniedrigen, daß es aber gegen die andern Restitutionen nichts einzuwenden habe. Die Diplomatie der Entente war nicht auf der Höhe der Aufgabe und Rumänien blieb neutral. Unterdessen machte der Zweibund (Bulgarien und die Türkei) sich zurzeit keine Gefahr für Rumänien) alle Anstrengungen, um das Land auf seine Seite zu ziehen. Aber eine verbrühte Kage fürchtet sogar das kalte Wasser. Rumänien mißtraut den Versprechungen aus Berlin und noch mehr denjenigen vom Ballplatz. Es handelt lieber auf eigene Faust, wenn ihm die Zeit günstig scheint, und selbstverständlich mit so wenig Risiko, als immer möglich.

Rumänien fühlt sich heute stark, weil es gerüstet ist. Es will sein nationales Ideal verwirklichen und wartet nicht auf einen Messias, aber auf seine Stunde, um alles für alles einzusetzen. Es weiß, daß in der Stunde der Entscheidung des Schicksals sein frisch geschliffenes Schwert, geführt mit der Kraft des Selbstvertrauens, schwerer in die Waagschale fällt, als wenn das Land, durch einen langen Krieg erschöpft, dem Stärksten und Gierigsten zu Willen sein müßte.

Innere politische Streitigkeiten lassen noch glauben, daß Rumänien zugunsten bald der einen, bald der andern Seite eingreifen würde. Damit ist es nichts.



# Denkschrift der kaiserlich deutschen Regierung über die Behandlung bewaffneter Rauffahrteischiffe.

## I.

1) Schon vor Ausbruch des gegenwärtigen Krieges hatte die Britische Regierung englischen Reedereien Gelegenheit gegeben, ihre Rauffahrteischiffe mit Geschützen zu armieren. Am 26. März 1913 gab der damalige Erste Lord der Admiralität, Winston Churchill, im britischen Parlament die Erklärung ab, daß die Admiralität die Reedereien aufgefordert habe, zum Schutze gegen die in gewissen Fällen von schnellen Hilfskreuzern anderer Mächte drohenden Gefahren eine Anzahl erstklassiger Liniendampfer zu bewaffnen, die dadurch aber nicht etwa selbst den Charakter von Hilfskreuzern annehmen sollten. Die Regierung wollte den Reedereien dieser Schiffe die notwendigen Geschütze, die genügende Munition und geeignetes Personal zur Schulung von Bedienungsmannschaften zur Verfügung stellen.

2) Die englischen Reedereien sind der Aufforderung der Admiralität bereitwillig nachgekommen. So konnte der Präsident der Royal Mail Steam Packet Company, Sir Owen Phillips, den Aktionären seiner Gesellschaft bereits im Mai 1913 mitteilen, daß die größeren Dampfer der Gesellschaft mit Geschützen ausgerüstet seien; ferner veröffentlichte im Januar 1914 die britische Admiralität eine Liste, wonach 29 Dampfer verschiedener englischer Linien Heckschütze führten.

3) In der Tat stellten bald nach Ausbruch des Krieges deutsche Kreuzer fest, daß englische Liniendampfer bewaffnet waren. Beispielsweise trug der Dampfer „La Correntina“ der Houlder-Linie in Liverpool, der am 7. Oktober 1914 von dem deutschen Hilfskreuzer „Kronprinz Wilhelm“ aufgebracht wurde, zwei 4,7zöllige Heckschütze. Auch wurde am 1. Februar 1915 ein deutsches Unterseeboot im Kanal durch eine englische Jacht beschossen.

## II.

Was den völkerrechtlichen Charakter bewaffneter Rauffahrteischiffe betrifft, so hat

### die Britische Regierung

für die eigenen Rauffahrteischiffe den Standpunkt eingenommen, daß solche Schiffe so lange den Charakter von friedlichen Handelsschiffen behalten, als sie die Waffen nur zu Verteidigungszwecken führen. Demgemäß hat der Britische Botschafter in Washington der Amerikanischen Regierung in einem Schreiben vom 25. August 1914 die weitestgehenden Versicherungen abgegeben, daß britische Rauffahrteischiffe niemals zu Angriffszwecken, sondern nur zur Verteidigung bewaffnet werden, daß sie infolgedessen niemals feuern, es sei denn, daß zuerst auf sie gefeuert wird. Für bewaffnete Schiffe anderer Flaggen hat dagegen die Britische Regierung den Grundsatz aufgestellt, daß sie als Kriegsschiffe zu behandeln seien; in den Prize Court Rules, die durch die Order in Council vom 5. August 1914 erlassen worden sind, ist unter Nr. 1 der Order I ausdrücklich bestimmt: „ship of war shall include armed ship“.

### Die Deutsche Regierung

hat keinen Zweifel, daß ein Rauffahrteischiff durch die Armierung mit Geschützen kriegsmäßigen Charakter erhält, und zwar ohne Unterschied, ob die Geschütze nur der Verteidigung oder auch dem Angriff dienen sollen. Sie hält jede kriegerische Betätigung eines feindlichen Rauffahrteischiffes für völkerrechtswidrig, wenn sie auch der entgegenstehenden Auffassung dadurch Rechnung trägt, daß sie die Befähigung eines solchen Schiffes nicht als Piraten, sondern als Kriegsführende behandelt. Im einzelnen ergibt sich ihr Standpunkt aus der im Oktober 1914 der Amerikanischen Regierung und inhaltlich auch anderen neutralen Mächten mitgeteilten Aufzeichnung über die Behandlung bewaffneter Rauffahrteischiffe in neutralen Häfen.

### Die neutralen Mächte

haben sich zum Teil der britischen Auffassung angeschlossen und demgemäß bewaffnete Rauffahrteischiffe der kriegsführenden Mächte den Aufenthalt in ihren Häfen und Reeden ohne die Beschränkungen gestattet, die sie Kriegsschiffen durch ihre Neutralitätsbestimmungen auferlegt hatten. Zum Teil haben sie aber auch den entgegengesetzten Standpunkt eingenommen und bewaffnete Rauffahrteischiffe Kriegsführender den für Kriegsschiffe geltenden Neutralitätsregeln unterworfen.

## III.

1) Im Laufe des Krieges wurde die Bewaffnung englischer Rauffahrteischiffe immer allgemeiner durchgeführt. Aus den Berichten der deutschen Seestreitkräfte wurden zahlreiche Fälle bekannt, in denen englische Rauffahrteischiffe nicht nur den deutschen Kriegsschiffen bewaffneten Widerstand entgegensetzten, sondern ihrerseits ohne weiteres zum Angriff übergingen, wobei sie sich häufig auch noch falscher Flaggen bedienten. Eine Zusammenstellung solcher Fälle findet sich in einer Anlage, die nach Lage der Sache nur einen Teil der wirklich erfolgten Angriffe umfassen kann. Auch geht aus der Zusammenstellung hervor, daß sich das geschilderte Verhalten nicht auf englische Rauffahrteischiffe beschränkt, vielmehr von den Rauffahrteischiffen der Verbündeten Englands nachgeahmt wird.

2) Die Aufklärung für das geschilderte Vorgehen der bewaffneten englischen Rauffahrteischiffe enthalten die in den Anlagen photographisch wiedergegebenen

### geheimen Anweisungen der britischen Admiralität,

die von deutschen Seestreitkräften auf weggenommenen Schiffen gefunden worden sind. Diese Anweisungen regeln bis ins einzelne den artilleristischen Angriff englischer Rauffahrteischiffe auf deutsche Unterseeboote. Sie enthalten genaue Vorschriften über die Aufnahme, Behandlung, Tätigkeit und Kontrolle der an Bord der Rauffahrteischiffe übernommenen britischen Geschützmannschaften, die z. B. in neutralen Häfen keine Uniform tragen sollen, also offenbar der britischen Kriegsmarine angehören. Vor allem aber ergibt sich daraus, daß diese bewaffneten Schiffe nicht etwa

irgendeine seekriegsrechtliche Maßnahme der deutschen Unterseeboote abwarten, sondern diese

### ohne weiteres angreifen

sollen. In dieser Hinsicht sind folgende Vorschriften besonders lehrreich:

a. Die „Regeln für die Benutzung und die sorgfältige Instandhaltung der Bewaffnung von Rauffahrteischiffen, die zu Verteidigungszwecken bewaffnet sind“, bestimmen in dem Abschnitt „Gefecht“ unter Nr. 4: „es ist nicht ratsam, das Feuer auf eine größere Entfernung als 800 Yards zu eröffnen, es sei denn, daß der Feind bereits das Feuer vorher eröffnet hat“. Grundsätzlich hat hiernach das Rauffahrteischiff die Aufgabe, das Feuer zu eröffnen, ohne Rücksicht auf die Haltung des Unterseeboots.

b. Die „Anweisungen betreffend Unterseeboote, herausgegeben für Schiffe, die zu Verteidigungszwecken bewaffnet sind“, schreiben unter Nr. 3 vor: „Wenn bei Tage ein Unterseeboot ein Schiff offensichtlich verfolgt und wenn dem Kapitän augenscheinlich ist, daß es feindliche Absichten hat, dann soll das verfolgte Schiff zu seiner Verteidigung das Feuer eröffnen, auch wenn das Unterseeboot noch keine entschiedenen feindlichen Handlung, wie z. B. Abfeuern eines Geschützes oder eines Torpedos, begangen hat.“ Auch hiernach genügt also das bloße Erscheinen eines Unterseeboots im Kielwasser des Rauffahrteischiffes als Anlaß für einen bewaffneten Angriff.

In allen diesen Befehlen, die sich nicht etwa nur auf die Seekriegszone um England beziehen, sondern in ihrem Geltungsbereich unbeschränkt sind, wird auf die Geheimhaltung der größte Nachdruck gelegt, und zwar offenbar deshalb, damit das völkerrechtswidrige und mit den britischen Zusicherungen in vollem Widerspruch stehende Vorgehen der Rauffahrteischiffe dem Feinde wie den Neutralen verborgen bleibe.

3) Hiernach ist fargestellt, daß die bewaffneten englischen Rauffahrteischiffe den amtlichen Auftrag haben, die deutschen Unterseeboote überall, wo sie in ihre Nähe gelangen, heimtückisch zu überfallen, also rücksichtslos gegen sie Krieg zu führen. Da die Seekriegsregeln Englands von seinen Verbündeten ohne weiteres übernommen werden, muß der Nachweis auch für die bewaffneten Rauffahrteischiffe der anderen feindlichen Staaten als erbracht gelten.

## IV.

1) Unter den vorstehend bargelegten Umständen haben feindliche Rauffahrteischiffe, die mit Geschützen bewaffnet sind, kein Recht mehr darauf, als friedliche Handelsschiffe angesehen zu werden. Die deutschen Seestreitkräfte werden daher nach einer kurzen, den Interessen der Neutralen Rechnung tragenden Frist den Befehl erhalten, solche Schiffe als Kriegsführende zu behandeln.

2) Die Deutsche Regierung gibt den neutralen Mächten von dieser Sachlage Kenntnis, damit sie ihre Angehörigen warnen können, weiterhin ihre Person oder ihr Vermögen bewaffneten Rauffahrteischiffen der mit dem Deutschen Reiche im Kriege befindlichen Mächte anzuvertrauen.

Berlin, den 8. Februar 1916

### Aus den Anlagen:

#### Erklärung des Ersten Lords der Admiralität, Winston Churchill, in der Sitzung des britischen Unterhauses vom 26. März 1913.

Ich wende mich nun zu einer Seite des Handelschutzes, die besondere Beachtung verdient. Auf der zweiten Haager Konferenz und der Londoner Konferenz wurde es klar, daß einige Großmächte sich das Recht vorbehalten haben, Handelsschiffe in Kreuzer umzuwandeln, und zwar nicht nur in den eigenen Häfen, sondern auch, wenn nötig, auf hoher See. Man hat jetzt guten Grund, anzunehmen, daß eine beträchtliche Anzahl fremder Handelsschiffe durch Bewaffnung mit Geschützen schnell in bewaffnete Schiffe umgewandelt wird. Der überseeische Welthandel folgt wohl bekannten Seestrecken, auf denen fast überall der Schiffsraum der britischen Handelsmarine bei weitem vorherrscht. Unsere Dampfer in regelmäßiger Fahrt mit Nahrungsmitteln und unsere Schiffe mit Rohstoffen, die diesen Seehandelsstraßen folgen, würden in gewissem Umfang fremden bewaffneten und in der beschriebenen Weise ausgerüsteten Schiffen begegnen. Wenn die britischen Schiffe keine Bewaffnung hätten, so würden sie auf Gnade oder Ungnade jedem fremden Schiffe mit einem Geschütz und einiger Munition ausgeliefert sein. Es wäre offenbar unsinnig, der Möglichkeit einer beträchtlichen Anzahl fremder bewaffneter Hilfskreuzer auf hoher See durch den Bau einer entsprechenden Zahl von Kreuzern zu begegnen. Dadurch würde man, um eine Sondergefahr abzuwenden, unser Land zu einer Ausgabe veranlassen, die außer allem Verhältnis zu den Ausgaben stände, die irgendeiner fremden Macht durch die Herbeiführung dieser Gefahr verursacht werden. Feindliche Kreuzer werden, wo immer sie sich finden lassen, von britischen Kriegsschiffen gestellt und bekämpft werden, aber das richtige Gegenmittel gegen ein bewaffnetes Handelsschiff ist ein anderes Handelsschiff, das zur eigenen Verteidigung bewaffnet ist.

Auf diese Sachlage die Aufmerksamkeit der Reeder zu lenken, hat sich die Admiralität genötigt gesehen. Wir haben uns für berechtigt gehalten, ihnen die Gefahr für Leben und Eigentum auseinanderzusetzen, die entstehen würde, wenn ihre Schiffe vollständig unfähig wären, gegen irgendeinen Angriff Widerstand zu leisten. Die Reeder haben der Aufforderung der Admiralität mit Eifer entsprochen, und wesentliche Fortschritte sind in ihrer Durch-

führung gemacht, indem als Verteidigungsmaßnahme Vorzüge getroffen ist, eine Anzahl erstklassiger britischer Liniendampfer mit Abwehrmitteln gegen den Angriff eines fremden bewaffneten Hilfskreuzers auszurüsten. Obwohl diese Schiffe selbstverständlich einen vollständig anderen Charakter haben als die zu ordnungsmäßigen Hilfskreuzern bestimmten Handelsschiffe, wie wir sie durch das Cunardabkommen erlangen, so glaubt die Admiralität doch, daß der Hauptanteil der für die Ausrüstung notwendigen Kosten nicht den Reedern zur Last fallen sollte; wir haben uns deshalb entschlossen, die notwendigen Geschütze teilweise herzugeben, die Munition zu liefern und für die Ausbildung von Leuten der Schiffsbesatzungen zu Geschützbedienungsmanuskripten zu sorgen. Die Reeder ihrerseits haben die nicht erheblichen Kosten für den erforderlichen Umbau zu bezahlen. Die britische Handelsmarine wird selbstverständlich den Schutz der königlichen Kriegsstotte unter allen Umständen genießen; es ist aber offenbar unmöglich, allen einzelnen Schiffen, die auf ihren Reisen über die ganze Welt zerstreut sind, Sicherheit vor einem Angriff zu gewähren. Keiner wird behaupten, daß er diese Maßnahmen nicht mit Bedauern betrachte und mit der Hoffnung, daß der Zeit des Rücktritts auf der ganzen Welt, die sie nötig machte und die wir jetzt durchleben, Tage größeren Vertrauens und besserer Verständigung zwischen den Völkern folgen werden.

#### Aufzeichnung der deutschen Regierung betreffend die Behandlung bewaffneter Rauffahrteischiffe in neutralen Häfen, vom 13. Oktober 1914.

Nach einer amtlichen Mitteilung der „Westminster-Gazette“ vom 21. September 1914 hat das Staatsdepartement in Washington die Entscheidung getroffen, daß Schiffe einer kriegsführenden Macht, die mit Bewaffnung und Munition versehen sind, gleichwohl in amerikanischen Häfen als Rauffahrteischiffe behandelt werden sollen, sofern die Bewaffnung ausschließlich Verteidigungszwecken dient. Diese Entscheidung trägt den Grundsätzen der Neutralität nicht genügend Rechnung.

Zweck der artilleristischen Ausrüstung der britischen Rauffahrteischiffe ist der bewaffnete Widerstand gegen die deutschen Kreuzer. Ein solcher Widerstand ist völkerrechtswidrig, weil sich ein Rauffahrteischiff gegen ein Kriegsschiff nicht militärisch verteidigen darf; er würde dem Kriegsschiff das Recht geben, das Rauffahrteischiff mit Mannschaft und Passagieren in den Grund zu bohren. Es kann bezweifelt werden, ob derart bewaffnete Schiffe überhaupt in die Häfen eines neutralen Staates aufgenommen werden dürfen. Jedenfalls können aber solche Schiffe in neutralen Häfen keine bessere Behandlung genießen wie die zur legitimen Kriegführung bestimmten eigentlichen Kriegsschiffe; sie würden also mindestens den Regeln unterworfen sein, die der neutrale Staat zur Beschränkung des Aufenthalts der Kriegsschiffe kriegsführender Staaten erlassen hat.

Wenn die Amerikanische Regierung ihrer Neutralitätspflicht dadurch zu genügen glaubt, daß sie die Zulassung bewaffneter Rauffahrteischiffe auf die lediglich zur Verteidigung eingerichteten Schiffe beschränkt, so muß darauf hingewiesen werden, daß es für den kriegsmäßigen Charakter eines Schiffes auf den Unterschied zwischen Angriffswaffen und Verteidigungswaffen nicht ankommt, daß vielmehr die Bestimmung des Schiffes zu kriegerischer Betätigung irgendwelcher Art entscheidend ist. Ueberdies bieten Beschränkungen im Umfang der Bewaffnung keine Gewähr dafür, daß derart bewaffnete Schiffe nicht doch gegebenenfalls zu Angriffszwecken verwendet werden.

Eine weitere Anlage zu der Denkschrift bringt genaue Angaben über neunzehn Fälle, in denen feindliche Rauffahrteischiffe auf deutsche oder österreichisch-ungarische Unterseeboote feuerten, ohne angegriffen zu sein, zum Teil unter falscher neutraler Flagge. In weiteren Beilagen werden die amtlichen Anweisungen der englischen Admiralität über die Geschütze der bewaffneten Rauffahrteischiffe wiedergegeben. Bemerkenswert ist bei diesen Anweisungen die immer erneute Betonung ihrer geheimen Natur. Wir beschränken uns auf die Wiedergabe eines einzigen von den auf dem englischen Dampfer „Woodfield“ vorgefundenen

### Geheimbefehlen:

Vertraulich.

Nr. 291.

Unter keinen Umständen darf dieses Schriftstück in die Hände des Feindes fallen.

Dieses Schriftstück dient zur persönlichen Information des Kapitäns. Es darf nicht abgeschrieben werden und ist, wenn nicht unmittelbar im Gebrauch, sicher an einem Orte aufzubewahren, wo es jeden Augenblick vernichtet werden kann.

Diejenigen Teile, die sich auf eine unmittelbar bevorstehende Tätigkeit beziehen, dürfen mündlich den in Betracht kommenden Offizieren mitgeteilt werden. April 1915.

Anweisungen, betreffend Unterseeboote, herausgegeben für Schiffe, die zu Verteidigungszwecken bewaffnet sind.

1) Zu Verteidigungszwecken bewaffnete Schiffe sollen im allgemeinen die Anweisungen für gewöhnliche Rauffahrteischiffe befolgen.

2) In Gewässern, die durch Unterseeboote gefährdet sind, sollen die Geschütze in steter Bereitschaft gehalten werden.

3) Wenn bei Tage ein Unterseeboot ein Schiff offensichtlich verfolgt und wenn dem Kapitän augenscheinlich ist, daß es feindliche Absichten hat, so soll das verfolgte Schiff zu seiner Verteidigung das Feuer eröffnen, auch wenn das Unterseeboot noch keine entschiedenen feindlichen Handlung, wie z. B. Abfeuern eines Geschützes oder Torpedos, begangen hat.

4) In Anbetracht der großen Schwierigkeit der Unterscheidung von Freund und Feind bei Nacht soll nach Eintritt der Dunkel-



Zur Lage

F.B. Die Gegensätze im Innern unseres Landes spigen sich immer mehr zu und lassen jeden aufrichtigen Schweizer mit banger Sorge in die Zukunft blicken. Dank den von Tag zu Tag heftiger einlegenden Hejereien in der Presse, in den Versammlungen und ihren Resolutionen und in der öffentlichen und privaten Diskussion hat sich unserer welschen Eidgenossen eine Aufregung bemächtigt, deren Folgen je länger je schwerer zutage treten. Es scheint, daß man in gewissen Kreisen alle Besinnung und jedes Verständnis für die gegenwärtige und zukünftige Lage unseres Landes verloren hat. Vorgänge, wie die Ausschreitungen in Lausanne, wie die Resolution einer frommen christlichen Vereinigung — der Union chrétienne de Boudry —, welche unsre Soldaten ganz offen zur Meuterei auffordert, und wie die stete Beschuldigung aller derjenigen Mitbürger, die in dieses wüste Lärmen nicht mit-einstimmen, es sei ihnen mit der Neutralität nicht ernst, ließen sich sonst nicht erklären.

Man verhehle sich nicht, daß auch in der deutschen Schweiz, die sonst derartige Ausbrüche des welschen Temperamentes ruhiger zu nehmen pflegt, die Empörung über dieses Treiben und die Sorge wegen der daraus entstehenden Folgen nachgerade derart gewachsen sind, daß wir heute wohl vor der ernstesten Krise stehen, die unser Land seit der Gründung des neuen Bundes durchgemacht hat, und daß so rasch als möglich Mittel und Wege zur Verständigung gefunden werden müssen, um die Gefahr schwerer Ereignisse zu beseitigen.

Das was wohl auch der Grund, warum der Bundesrat von sich aus die Einberufung der Bundesversammlung vor dem festgesetzten Zeitpunkt, immerhin aber nach dem Urteilspruch in der Oberstenaffäre, in Aussicht genommen hat, um den Vertretern des Schweizervolkes klar und offen Bericht zu geben und Rechenschaft abzulegen über seine Maßnahmen und über die Lage des Landes. Niemand wird in diesem Entschlusse ein Zeichen der Schwäche erblicken können, und es ist zuzugeben, daß bei einigem guten Willen eine ruhige und offene gegenseitige Aussprache geeignet ist, die Gemüter zu beruhigen.

Um die traurigen Vorkommnisse zu entschuldigen und zu beschönigen, beruft man sich immer und immer wieder auf die Oberstenaffäre, und man scheut sich nicht, für das strafbare Verhalten der beiden Offiziere nicht nur den General und den Bundesrat, sondern auch die ganze deutsche Schweiz verantwortlich zu machen, wie wenn die böse Tat mit ihrem Einverständnis begangen worden wäre und ihre Billigung fände. Dagegen muß ein für allemal mit Entrüstung protestiert werden. Die Empörung über das Verhalten der beiden Offiziere ist in der deutschen Schweiz mindestens so ehrlich wie bei den Welschen, und jedermann ist der Meinung, daß sie, mag das Urteil ausfallen wie es will, aus unserer Armee verjähren müssen. Aber mit der gleichen Bestimmtheit müssen wir es ablehnen, daß diese vereinzelte Affäre mit dem neutralitätswidrigen Verhalten eines Teiles der Welschschweizer in Zusammenhang gebracht wird, und daß man die beiden Offiziere aufhängt, bevor ihre Schuld durch gerichtliches Urteil festgestellt ist. Das würde direkt zur Anarchie führen, denn gerade für die Demokratie sind Gesetz und Recht das notwendigste Lebenselement.

Es ist auch dringend nötig, sich über die Bedeutung der Postulate, die von den verschiedenen Seiten an die Bundesversammlung gestellt werden, klar zu werden und zu denselben und den anderweitigen Vorschlägen rechtzeitig Stellung zu nehmen.

Von einer Beschränkung der dem Bundesrat zu Beginn des Krieges erteilten Vollmachten kann gerade im heutigen ernstesten Zeitpunkt, der eine feste und entschlossene Hand für die Existenz und für die Erhaltung des wirtschaftlichen Lebens der Schweiz zur absoluten Notwendigkeit macht, keine Rede sein.

Das Schweizervolk hat bis dahin dem Bundesrate angesichts der Energie und Umsicht, mit der er während dieses entsetzlichen Krieges die Interessen des Landes gewahrt hat, das vollste Vertrauen entgegengebracht und wird das auch weiter tun. Eine Beschränkung seiner Befugnisse bedeutet gerade heute nichts anderes als das Zugeständnis, daß die Be-

hörde dieses unbedingte Vertrauen nicht mehr verdiene und nicht mehr beiste, und dafür ist die überaus große Mehrheit des Schweizervolkes und seiner Vertreter nicht zu haben. Das muß mit aller Bestimmtheit schon heute erklärt werden, und jeder einsichtige Schweizerbürger muß mit Entrüstung gegen die künstliche Heje protestieren, mit der man von gewisser Seite dieses Vertrauen zu untergraben sucht.

Man verlangt im weitem die Abberufung des Generals und die direkte Unterstellung der militärischen Maßnahmen unter den Chef des Militärdepartementes und den Bundesrat.

Die einen wollen den General abberufen und ihn durch einen andern höhern Offizier ersetzen, trotzdem der Bundesrat, der für diese Abberufung einzig zuständig ist, öffentlich erklärt hat, daß er keinerlei Veranlassung zu einer solchen Maßnahme habe. Auch sie wäre nur gerechtfertigt, wenn der General seine Machtbefugnisse mißbraucht hätte, oder wenn das strafbare Verhalten der beiden Offiziere mit seiner Kenntnis und Einwilligung erfolgt wäre, wessen er ja von gewissen Leuten ohne den geringsten Grund ganz offen beschuldigt wird. Niemand hat bis jetzt die geringste Tatsache anführen können, die eine so infame Beschuldigung rechtfertigen könnte; man bezweckt damit ganz offenbar nur, auch dem General gegenüber im ganzen Lande herum und in der Armee die Saat des Mißtrauens zu säen.

Die andern halten ein Oberkommando für den Zustand der bewaffneten Neutralität überhaupt für unnötig. Bedenken sie nicht, daß gerade heute, wo die Kriegslage namentlich an der Westfront eine so gespannte ist, kein Mensch die Garantie dafür übernehmen kann, daß wir nicht in wenigen Wochen unsere Neutralität mit der Waffe in der Hand zu wahren haben werden, daß von einem Tag auf den andern der ganze Ernst des Krieges direkt an uns herantreten kann, und wie unsere Armee für diesen Ernstfall ohne einheitliche, sachkundige energische Führung dastehen würde.

Will man dem Bundesrat, dem man ja von der gleichen Seite, die derartige Postulate aufstellt, das gleiche Mißtrauen entgegenbringt, zu all seiner verantwortungsvollen außerordentlichen Arbeit auch noch die Verantwortlichkeit für alle militärischen Maßnahmen aufbürden, trotzdem jeder einsichtige Mensch sich sagen muß, daß es ihm unmöglich ist, auch dieser neuen Aufgabe gerecht zu werden. Die Geschichte und die gegenwärtigen Kriegereignisse beweisen ja aufs allerdeutlichste, daß ein politischer Kriegsrat das allerschlimmste Hindernis für den militärischen Erfolg bildet, und man begreift um so weniger, daß auch nach dieser Richtung die Vorgänge, die sich in Frankreich abspielen, in unser Land gerade in einem Moment hineingetragen werden sollen, wo dort alle Einseitigen mit aller Entschiedenheit derartige Postulate von der Hand weisen.

Auch diese Postulate müssen daher rundweg abgelehnt werden. Sie können unmöglich von Leuten ausgehen, welche die Interessen unseres Landes und die Erhaltung seiner Selbstständigkeit und Unabhängigkeit in allererster Linie im Auge haben.

Man wird sich auch darüber klar werden müssen, in welchem Umfange und in welcher Art und Weise alle diese Dinge in der Bundesversammlung zur Erörterung gelangen sollen. Denn das müssen sich diejenigen Eidgenossen, die heute das große Wort führen und sich als die einzigen wahren Hüter der Freiheit ausspielen, gesagt sein lassen, daß, wenn man einmal gezwungen wird, unserer Empörung über das ganze Treiben und seine Folgen Ausdruck zu geben, das mit aller Gründlichkeit geschehen wird, damit dem ganzen Schweizervolk einmal die Augen darüber geöffnet werden, auf welcher Seite die Schuld an der heutigen unhaltbar gewordenen innern Lage unseres Landes liegt.

Ob eine derartige Erörterung geeignet ist, Beruhigung zu bringen, ob damit nicht die Gefahr vergrößert und direkt Del ins Feuer geschüttet und ob damit nicht mindestens die gegenseitige Entfremdung verstärkt wird, mag jeder aufrichtige Patriot selbst beurteilen.

Es gibt nur ein Mittel, dieser äußerst ernstesten Lage Herr zu werden, und dieses Mittel liegt nicht in der Berufung auf die absolute individuelle Freiheit, alles zu tun und

alles zu sagen, was einem gefällt; es liegt nicht in der absoluten Wahrung der verfassungsmäßigen individuellen Rechte und in der blinden fanatischen Parteinahme für diese oder jene der kriegsführenden Mächte. Dieses Mittel liegt einzig in einer festen entschlossenen Hand, die in diesen Stürmen das Steuerruder führt und zu der wir alle das vollste Vertrauen haben, es liegt in dem bestimmten Willen jedes Schweizerbürgers, in diesen ernstesten Zeiten nur als Schweizer sich zu fühlen, alle persönlichen Wünsche, Sympathien und Antipathien hintanzusetzen, die Opfer, die das Vaterland uns auferlegt, willig auf sich zu nehmen und sein Denken und Handeln nur dem Vaterlande zu widmen, es liegt endlich in dem engen Zusammenfluß aller verständigen und patriotisch gesinnten Männer, und deren gibt es in allen Teilen der Schweiz glücklicherweise noch genug, in dem festen Entschlusse, bei jeder Gelegenheit und an jedem Orte ihren Mitbürgern klar zu machen und ans Herz zu legen, daß es heute für uns Schweizerbürger nur ein Ziel gibt, unser liebes Vaterland unverzehrt einer bessern Zukunft entgegenzuführen.



## Die Bedrängnis Griechenlands

Das Vertrauensvotum der Kammer

Gestern fand in der griechischen Kammer die angekündigte Verhandlung über die auswärtige Politik der Regierung statt. Ministerpräsident Stuludis verlas eine Erklärung der Regierung, die darauf hinweist, daß das Volk die Bedrängnis, in der sich das Land befindet, mutig ertragen werde. Griechenland wolle seine Kräfte unerschrocken erhalten zur Wahrung der nationalen Interessen. Diese Politik habe die Billigung des Volkes erhalten und werde fortgesetzt werden. Als ein Abgeordneter in der Debatte Einwendungen dagegen erhob, gab Sunaris noch einige weitere Erklärungen. Hervorzuheben ist daraus, daß die Regierung die Mobilisation aufrecht erhalten werde, bis sich Anzeichen ergeben, die eine Demobilisation möglich machen werden. Die Neutralität würde nur dann aufgegeben, wenn die Landesinteressen es verlangen. Mit 266 von 272 Stimmen wurde darauf eine Tagesordnung angenommen, die der Regierung das Vertrauen der Kammer ausdrückt.

Es ist daran zu erinnern, daß die Benizelisten in der Kammer nicht vertreten sind, sondern daß dort nur Sunaristen, Rhallisten, Theotokisten und Dimitrakopolisten sitzen, so genannt nach ihren Führern. Die große Mehrheit fiel bei den Wahlen den Sunaristen zu, etwa 230 bis 240 Sitze. Die Voraussetzung der Agentur Havas, Sunaris werde in der gegenwärtigen Kammer Sitzung die Mehrheit nicht mehr haben, erfüllte sich nicht. Wohl wurde zum Präsidenten der Kammer der Bruder des verstorbenen ehemaligen Ministerpräsidenten Theotokis gewählt, aber er steht keineswegs im Zeichen der Gegnerschaft der Regierungspolitik. Die Stimmzahl, die sich in der Kammer auf diese Politik vereinigte, zeigt, daß nicht nur die Sunaristen, sondern auch die übrigen Gruppen, mit Ausnahme einiger Abgeordneten, für die Regierung sich erklärten. Daraus ist die Folgerung zu ziehen, daß Griechenland die bewaffnete Neutralität aufrecht erhalten will, so lange ihm dies möglich ist, mit andern Worten: Griechenland wartet, wie Rumänien.

Mit der nämlichen Post erhalten wir zwei Briefe unseres Athener Korrespondenten, von denen der erste am Tage nach dem griechischen Neujahr, nach unserer Zeitrechnung am 14. Januar, geschrieben wurde, der andere vier Tage später. Diese Briefe geben ein anschauliches Bild von der Bedrängnis des Landes, von der der Ministerpräsident in der Kammer gesprochen hat.

Athen, 14. Januar 1916.

Die Tage um den Jahreswechsel haben Griechenland allerlei Ueberraschungen wenig angenehmer Art gebracht, welche nicht verfehlt haben, dem griechischen Volke den Rest von Optimismus über die zu erwartenden Bescherungen des kommenden Jahres gründlich zu durchsäern. Kaum ein Tag vergeht, ohne daß die Regierung irgend einen „Protest“ von Stapel lassen muß, und der Wigbold, welcher behauptete, das orthodoxe Griechenland gehe mit liegenden Fahnen ins „protestantische“ Lager über, hat trotz der ernsten Lage seine Lacher gefunden.

Die Vorgänge in Mazedonien mit der Verhaftung der Konjulen sind bekannt oder vielmehr schon verzährt, wenn man das Tempo der Ereignisse kennzeichnen will! Auch die periodisch wiederkehrenden Proteste betreffend die Zurückhaltung der griechischen Getreide- und Kohlenhülle brauchen kaum erwähnt zu werden, denn sie werden so lange andauern, als die Entente es für nötig findet, dem Lande die Annehmlichkeiten einer Hungerperiode, verbunden mit Mangel an Kohle für die Schifffahrt, für die Erzeugung von Elektrizität und Gas lebendig vor Augen zu halten. Schon vor Wochen wurde den Konsumenten von Elektrizität und Gas die größte Sparsamkeit anempfohlen und heute wird sie ihnen, soweit sie nicht schon befolgt wurde, einfach auferlegt. In den ehemals so hellstrahlenden Hauptstraßen und Hauptplätzen Athens blinzeln jetzt abends einige melancholische Gaslaternen auf die noch melancholischeren wegsichtiger der eleganten Athenerinnen, welche sich um ihre besten Stunden betrogen sehen, denn bei mangelndem Licht sind bekanntlich alle Ragen grau.

Die Kohlenvorräte für Elektrizität und Gas sind zusammenschmolzen und werden bald erschöpft sein, wenn nicht das Marineministerium mit seinem Notstod aushilft. Auch die übrigen Bedarfsartikel aller Art werden sehr knapp, tagtäglich unerschwinglicher im Preise

und fehlen teilweise schon ganz, da die Einfuhr unterbunden ist. So fehlt auf dem diesjährigen Weihnachts- und Neujahrstische manches, das man nur ungern entbehrt, und heute, nach den Festtagen, sind die Magazine vieler langjähriger Ladenhüter ledig.

Die Ueberraschungen folgten sich Schlag auf Schlag. Zuerst traf die Nachricht von der Besetzung Korju durch die französische Flotte ein. Einen Tag später, wohl infolge der Unterbrechung der telegraphischen Verbindungen durch die Alliierten, kam die Kunde von der Sprengung der großen Eisenbahnbrücke bei Demir-Hissar durch die englisch-französischen Truppen, wobei nur knapp ein Zusammenstoß mit den griechischen Truppen vermieden wurde. Dann kamen weitere Hiobsbotchaften. Die französisch-englische Flotte kreuzte vor Kreta, vor Zante und Kapalla und habe Offiziere und kleinere Mannschafsdetachements an Land gesetzt. Zu den Tatsachen kamen natürlich noch Uebertreibungen hinzu, so zum Beispiel sollte auch Patras schon besetzt sein!

Die offiziellen Bekannmachungen haben dann allerdings die Tatsachen festgestellt und die Presse neuerdings mit der Wiedergabe verschiedener Protestnoten bereichert. Die diplomatischen Vertreter der Alliierten gaben der Regierung eine Erklärung ab, worin sie die Notwendigkeit der Besetzung Korju begründeten. Es wird darin betont, daß die verbündeten Regierungen es als eine Pflicht der Humanität betrachten, die heroische, serbische Armee vor Hungersnot und Auflösung an der albanischen Küste zu beschützen. Das rascheste und günstigste Mittel hiezu habe sich in der Unterbringung dieser Truppen auf der Insel Korju, welche den Serben verbündeten Griechen angehöre, geboten. Es handle sich dabei in keiner Weise um eine Besetzung.

So kam es, daß der sonst so geräuschvolle Sylvesternachmittag und Abend unter dem schweren Druke der Ereignisse lang- und langsam verlief. Während die Regierungspresse die Schale ihres Zornes auf den Bierbottchen gosh, betonte die Benizelistenpresse, Griechenland ernte jetzt, was eine unsäugige und vertragsbrüchige Regierung gesät habe. Am Sylvestereabend wurde der Redaktor der „Nea Hellas“ (benizelistisch) in einer Nebenstraße von einem Trupp Soldaten mit Bajonetten geschlagen mit der Bemerkung, das sei für die Beschimpfung des Königs, des Generals Dusmanis und für seine anglophilen Artikel. Wenn man auch solche Vorkommnisse nicht überschätzen darf, so muß doch gesagt werden, daß die Aufregung hüben und drüben auf dem Siedepunkte angelangt war.

Der erste Januar machte dagegen schon wieder ein weit freundlicheres Gesicht. Bei strahlendem, blauem Frühlingswetter sand der gewohnte, farbenprächtige Aufzug des Hofes, der diplomatischen Vertreter sämtlicher Staaten, der Regierung, der militärischen und zivilen Würdenträger zum Tedeum in die Kathedrale statt. Hinter dem Truppenspalier hatte sich eine zahlreiche, festtägliche Menge eingestellt, welche den König und seine Familie im Verein mit den Truppen lebhaft atlamierten. Umfassende polizeiliche Sicherheitsmaßnahmen waren in Anbetracht der politischen Lage getroffen worden, um etwaige Ruhestörungen zu verhindern. Nach der kirchlichen Feier sand im Festsale des königlichen Palais der übliche Neujahrsempfang statt. Und abends donnerten vom Areiopag die Kanonen in die frühlinggrüne, attische Ebene hinaus, als ich auf der Akropolis stand und den farbenprächtigen Sonnenuntergang bestaunte, den Byron also besingt:

„Langsam versinkt, im Scheiden doppelt schön  
Die Sonne westlich von Morea's Höh'n  
Nicht wie im Norden, fahlen Angesichts,  
Rein, wolkenlos, ein Brand lebendigen Lichts!  
Schon küßt der Berge Schatten Finsternis  
Dein glorreich Meer, unssterblich Salamis!“

18. Januar.

Ueber die Sprengung der 192 Meter langen Brücke von Demir-Hissar wird aus Ceres folgende amtliche Mitteilung gemacht: Montag den 10. Januar, morgens sechs Uhr, kamen zwei französische Kompanien per Eisenbahn von Saloniki vor der großen Eisenbahnbrücke in Demir-Hissar an und zeigten der griechischen Garnison an, daß sie die Absicht hätten, die Brücke zu sprengen. Der Kommandant der Division von Ceres wurde telegraphisch benachrichtigt. Derselbe gab den Truppen von Demir-Hissar den Befehl, sich unverzüglich an Ort und Stelle zu begeben und die Sprengung der Brücke um jeden Preis zu verhindern. Kurz nachher trafen weitere englisch-französische Truppen ein und erklärten der Brückenwache, daß ihr Befehl bindend und jeder Widerstand unnützlich sei, da ringsum Geschütze und Mitrailleusen aufgestellt seien. Bevor die Truppen von Demir-Hissar Stelle sein konnten, war die Brücke schon die Luft gesflogen. Auch die ganze Di-

von Ceres hatte bereits Befehl erhalten, sich in aller Eile samt der Artillerie nach Demir-Hissar zu begeben, mußte aber unterwegs auf die Nachricht der erfolgten Sprengung wieder zurückberufen werden. Eine in der Nähe der Eisenbahnbrücke befindliche Holzbrücke, welche von den französischen Truppen in Brand gesetzt wurde, konnte den letzten Nachrichten zufolge gerettet werden; dagegen seien alle übrigen Brücken zwischen Demir-Hissar und Doiran gesprengt.

General Moskopoulos, der von der griechischen Regierung beauftragt war, beim General Sarrail gegen die Zerstörung der Brücke zu protestieren, wurde ziemlich kühl aufgenommen. General Sarrail betonte, daß die Verbündeten zum Saube gegen einen Platanenangriff zu ihrem Vorgehen gezwungen waren, und als Moskopoulos hierauf erwiderte, daß ein Angriff von dieser Seite wegen der Unwesenheit griechischer Truppen nicht zu befürchten sei, mußte er sich jagen lassen, die offizielle Erklärung des griechischen Generalstabs, wonach sich die griechische Armee im Falle des Einmarsches entente-feindlicher Truppen zurückziehen werde, erweise diese Bemerkung als hinfällig.

Den heutigen Nachrichten aus Saloniki zufolge scheint man dort überzeugt zu sein, daß der deutsch-österreichische Angriff unmöglich in nächster Zeit erfolgen könne, da gerade durch die Sprengung der Brücke von Demir-Hissar der ohnehin schwere Anmarsch und hauptsächlich der Transport einer so starken Artillerie, wie sie für den Angriff auf das nun stark befestigte Lager notwendig, noch bedeutend erschwert worden sei.

Anlässlich des Neujahrstages (a. St.) richtete der Kriegsminister, General Jannakias einen Tagesbefehl an die Truppen, in welchem er nach der Uebermittlung seiner Wünsche folgendes ausführt: „Soldat wie Ihr und Euer Waisengefährte, verstehe ich die Prüfungen, welche Eure Seele in dieser kritischen Zeit des nationalen Lebens aushält. Wehrt bei Fuß müßt Ihr als Wächter des größern Griechenlands untätig die Beschwerden der Mobilisation ertragen. Ihr wäret dies nicht gewohnt, ich weiß es. Aber heute ist es notwendig durch Eure Geduld und Disziplin, durch Eure Ergebenheit und Euren Glauben gegenüber dem König zu beweisen, daß die Helden von Sarantaporon, Kilkis und Bizani die neuen Entbehrungen misachten und gehorjam und klug bleiben bis zu dem Tage, wo Euer oberster Chef befiehlt: „Vorwärts!“

Athen beherbergt nun auch eine große Anzahl serbischer Flüchtlinge, Männer, Frauen und Kinder, welche Haus und Hof verlassen und vielfach auch ihre nächsten Angehörigen auf der unfähig leidensvollen Flucht durch das rauhe, winterliche Mazedonien verloren haben. Es war herzbewegend, diese schwergeprüften, vaterlandslosen Leute ankommen zu sehen, erschöpft und dürrig gekleidet nach einem Ansl suchend. Auch König Peter, der Vielgeprüfte, ist von Saloniki hernach Alt-Griechenland ins Bad Ediplo auf der Insel Euböa gekommen, um dort sein schwer erschütterte Gesundheit wieder zu festigen.



Denkschrift der deutschen Regierung über die Behandlung bewaffneter Rauffahrteischiffe.

Denkschrift der deutschen Regierung über die Behandlung bewaffneter Rauffahrteischiffe.

In der 'Norddeutschen Allgemeinen Zeitung' ist gestern abend eine Denkschrift der deutschen Regierung über die Behandlung bewaffneter Rauffahrteischiffe veröffentlicht worden...

I.

1. Schon vor Ausbruch des gegenwärtigen Krieges hatte die Britische Regierung englischen Reedereien Gelegenheit gegeben, ihre Rauffahrteischiffe mit Geschützen zu armieren...

2. Die englischen Reedereien sind der Aufforderung der Admiralität bereitwillig nachgekommen. So konnte der Präsident der Royal Mail Steam Packet Company Sir Owen Phillips den Aktionären seiner Gesellschaft bereits im Mai 1913 mitteilen...

3. In der Tat stellten bald nach Ausbruch des Krieges deutsche Kreuzer fest, daß englische Liniendampfer bewaffnet waren. Beispielsweise trug der Dampfer 'La Correntina' der Houlder-Linie in Liverpool, der am 7. Oktober 1914 von dem deutschen Hilfskreuzer 'Kronprinz Wilhelm' ausgebracht wurde...

II.

1. Was den völkerrechtlichen Charakter bewaffneter Rauffahrteischiffe betrifft, so hat die Britische Regierung für die eigenen Rauffahrteischiffe den Standpunkt eingenommen, daß solche Schiffe so lange den Charakter von friedlichen Handelsschiffen behalten, als sie die Waffen nur zu Verteidigungszwecken führen...

2. Die Deutsche Regierung hat keinen Zweifel, daß ein Rauffahrteischiff durch die Armierung mit Geschützen Kriegsmäßigen Charakter erhält, und zwar ohne Unterschied, ob die Geschütze nur der Verteidigung oder auch dem Angriff dienen sollen...

3. Die neutralen Mächte haben sich zum Teil der britischen Auffassung angeschlossen und demgemäß bewaffneten Rauffahrteischiffen der Kriegführenden Mächte den Aufenthalt in ihren Häfen und Reedereien ohne die Beschränkungen gestattet...

III.

1. Im Laufe des Krieges wurde die Bewaffnung englischer Rauffahrteischiffe immer allgemeiner durchgeführt. Aus den Berichten der deutschen Seestreitkräfte wurden zahlreiche Fälle bekannt, in denen englische Rauffahrteischiffe nicht nur den deutschen Kriegsschiffen bewaffneten Widerstand entgegensetzten...

fahrteischiffe beschränkt, vielmehr von den Rauffahrteischiffen der Verbündeten Englands nachgeahmt wird.

2. Die Aufklärung für das geschilderte Vorgehen der bewaffneten englischen Rauffahrteischiffe enthalten die in den Anlagen 5 bis 12 photographisch wiedergegebenen geheimen Anweisungen der britischen Admiralität, die von deutschen Seestreitkräften auf weggenommenen Schiffen gefunden worden sind...

- a) Die Regeln für die Benutzung und die sorgfältige Instandhaltung der Bewaffnung von Rauffahrteischiffen, die zu Verteidigungszwecken bewaffnet sind...
b) Die Anweisungen, betreffend Unterseeboote, herausgegeben für Schiffe, die zu Verteidigungszwecken bewaffnet sind...

In allen diesen Befehlen, die sich nicht etwa nur auf die Seekriegszone um England beziehen, sondern in ihrem Geltungsbereich unbeschränkt sind...

3. Hiernach ist festgestellt, daß die bewaffneten englischen Rauffahrteischiffe den amtlichen Auftrag haben, die deutschen Unterseeboote überall, wo sie in ihre Nähe gelangen, heimtückisch zu überfallen...

IV.

1. Unter den vorstehend dargelegten Umständen haben feindliche Rauffahrteischiffe, die mit Geschützen bewaffnet sind, kein Recht mehr darauf, als friedliche Handelsschiffe angesehen zu werden...

2. Die Deutsche Regierung gibt den neutralen Mächten von dieser Sachlage Kenntnis, damit sie ihre Angehörigen warnen können, weiterhin ihre Person oder ihr Vermögen bewaffneten Rauffahrteischiffen der mit dem Deutschen Reiche im Kriege befindlichen Mächte anzuvertrauen...

Berlin, den 8. Februar 1916.

handel folgt wohlbelannten Seestraßen, auf denen fast überall der Schiffsraum der britischen Handelsmarine bei weitem vorherrscht. Unsere Dampfer in regelmässiger Fahrt mit Nahrungsmitteln und unsere Schiffe mit Rohstoffen, die diesen Seehandelsstraßen folgen, würden in gewissem Umfange fremden bewaffneten und in der beschriebenen Weise ausgerüsteten Schiffen begegnen...

Auf diese Sachlage die Aufmerksamkeit der Needer zu lenken, hat sich die Admiralität genötigt gesehen. Wir haben uns für berechtigt gehalten, ihnen die Gefahr für Leben und Eigentum auseinanderzusetzen, die entstehen würde, wenn ihre Schiffe vollständig unfähig wären, gegen irgendeinen Angriff Widerstand zu leisten...

Anlage 2.

Auszug aus der amtlichen Veröffentlichung des Staatsdepartements der Vereinigten Staaten von Amerika.

„European War No. 2, Diplomatic Correspondence with Belligerent Governments relating to Neutral Rights and Duties“. S. 41.

(Uebersetzung.)

Der Britische Botschafter an den Staatssekretär, Nr. 280.

Britische Botschaft, Washington, den 25. August 1914.

Mein Herr: Mit Beziehung auf Herrn Barclays Notiz Nr. 252 und Nr. 259 vom 4. und 9. August, die den von Seiner Majestät Regierung in der Frage der bewaffneten Handelsschiffe eingenommenen Standpunkt völlig aufklären, und im Hinblick darauf, daß eine Anzahl bewaffneter britischer Handelsschiffe demnächst die Häfen der Vereinigten Staaten von Amerika aufsuchen werden...

Ich bin zugleich von Seiner Majestät Erstem Staatssekretär für die auswärtigen Angelegenheiten mit Befehl versehen worden, der Regierung der Vereinigten Staaten die weitestgehenden Versicherungen zu geben, daß britische Handelsschiffe niemals zu Angriffszwecken verwendet werden, daß sie ausschließlich dem friedlichen Handel dienen und nur zur Verteidigung bewaffnet sind...

Ich habe usw.

Cecil Spring-Rice.

Anlage 3.

Aufzeichnung der Deutschen Regierung betreffend die Behandlung bewaffneter Rauffahrteischiffe in neutralen Häfen, vom 13. Oktober 1914.

Nach einer amtlichen Mitteilung der 'Westminster Gazette' vom 21. September 1914 hat das Staatsdepartement in Washington die Entscheidung getroffen, daß Schiffe einer kriegsführenden Macht, die mit Bewaffnung und Munition versehen sind, gleichwohl in amerikanischen Häfen als Rauffahrteischiffe behandelt werden sollen, sofern die Bewaffnung aus-

Erklärung des Ersten Lords der Admiralität, Winston Churchill, in der Sitzung des britischen Unterhauses vom 26. März 1913.

(Parliamentary Debates, Official Report, 3rd Session of the 30th Parliament, House of Commons, 1913 Bd. 1 S. 1776 bis 1777.)

(Uebersetzung.)

Ich werde mich nun zu einer Seite des Handelsbuches, die besondere Beachtung verdient. Auf der zweiten Haager Konferenz und der Londoner Konferenz wurde es klar, daß einige Großmächte sich das Recht vorbehalten haben, Handelsschiffe in Kreuzer umzuwandeln, und zwar nicht nur in den eigenen Häfen, sondern auch, wenn nötig, auf hoher See...

Anlage 1.



Militärisch erdienen im Anfang des Krieges Stanfreich als die hilfsbedürftige Macht, zu deren Schutz England einbringen zu müssen

# Feuilleton.

## Deutsche Gelehrte über England.

Offener Brief an Prof. Alois Brandl.  
Von Prof. Dr. Alois Brandl.  
Berlin, im Januar.

Sehr geehrter Herr Amtsgenosse!  
Im Morgenblatt der „Zeit“ vom 24. November v. J. haben Sie es im Aufschub „Deutsche Gelehrte über England“ unethisch und psychologisch kaum zu beargenennen, daß gerade die Analfisten unieres Volkes vielfach die schärfsten Töne gegen das Engländer-tum anschlagen. Sie rügen solch „unnatürliche Wort“ auf den Gegenstand der eigenen Studien, und stellen ihr eine Ruhe gegenüber, die fast mehr als philologisch ist.

Das Mästel ist einfach zu lösen. Wer englische Sprachgeschichte treibt, weiß am genauesten, wie brudermörderlich dieser Krieg der Briten gegen die Deutschen ist, denn niederdeutsch im ganzen Kern ist die Sprache, die Volksdichtung, die Stammesart des Inselvolkes seit fast anderthalb Jahrtausenden gewesen. Wer mit Remington und seinen Nachfolgern vertraut ist, hat eine Menge der schönsten Dichterworte über Westfalenliebe, Brüderlichkeit und Friedenswünschten im Gedächtnis, die

\*) Wir geben dieser interessanten Erwiderung des bekannten Berliner Anglisten Prof. Dr. Alois Brandl auf die im Feuilleton der „Zeit“ vom 24. November v. J. erschienenen Ausführungen des Münchener Anglisten Prof. Dr. F. W. Koerfer um so lieber Raum, als auch unter geschäfter Mitarbeit Prof. Koerfer gleichzeitig Gelegenheit nimmt, die Polemik durch ein Schlußwort zu Ende zu führen. D. P.

Noch dem Zusammenbruch der englischen Politik auf dem Balkan übernahm Frankreich dessen Regierung inwischen auf den tatkräftigen

alle jänmerlich verleugnet wurden, als Sir Edward Grey unter dem Beifall seiner gebildeten Mitbürger uns den Krieg erklärte. Für die Verbreitung britischer Reden zu leben, wie es der Anglist doch tut, und zum Lohn dafür die wildesten Reden und Laten gegen alles Deutsche zu ernten, das ist ein verwünschtes Schicksal, bei dem es nicht leicht ohne herabstieflische abgeht.

Dazu kommt, daß der Anglist in der Regel ein gesteigertes Nationalgefühl hat, weil dies in vielhöftriger und engerer Verührung mit den imperialistischen Söhnen Albions fast täglich verlest wurde. Da wurde man gelobt: „Sie verdienen ein Engländer zu sein.“ Da wurde man belächelt: „Die Deutschen entwickeln immer mehr unvereinbare Eigenschaften.“

Wald ging es gegen die Unmoral Goethes los, bald gegen die Grubelei Kants. Eine deutsche Ansichtskarte für einen Penn necke beim besten englischen Freund einen Seufzer, wenn „Made in Germany“ darauf stand. Jedes deutsche Schiff auf dem Weltmeer galt als Serausforderung. Kamern meine Studierenden nach Emdenburg zum Ferienkurs, wo die Deutschen weitaus die zahlreichste Galmation bildeten, so hieß es beim offiziellen Empfangsabend zuerst: „Willkommen uniere lieben Brüder von der Entente, die Kinder des schönen Frankreich, die herrlichen Franzosen!“ usw.; dann: „Willkommen die prächtigen Landsleute Dantes!“ — vielleicht zwei oder drei Italiener pflegten zu erscheinen —, ganz am Schluß erst folgte ein knappes, kurzes: „Willkommen auch die Deutschen!“ Natürlich kehrten die jungen Leute als glühende Patrioten zurück, hängten Osmard-Bilder selbst in engli-

### Nichts Neues. Oberste Beeresetzung.

schön Seminaren aus, und begrüßten im Hörsaal jede Humanitätschwärmeret eines britischen Dichters, die zufällig gelesen wurde, mit Scharren. In Vision hatten sie erst ihr deutsches Herz voll auf entbedt. Sollte das anders sein? Sätten sie mehr Liebe zum Fach entwickeln sollen als zum Vaterland? In dem Tage, wo die deutschen Anglisten in diesen Fehler verfielen, mußte man die Universitätsprofessuren dieses Gegenstandes in Lektorate und Werk-Schulen verwandeln und die Pflege der englischen Literaturgeschichte den Germanisten überweisen. Zuerst unter Volk und keine Lebensnotwendigkeiten; dann erst die Liebe zum „schönen Fach“!

Wenn Sie, verehrter Herr Amtsgenosse, auf die Bezausnung des Klassischen Philologen für die Altertumskunde verweisen, so trifft die Parallele nicht zu. Keine Griechen steigen mehr aus dem Grab, um uniere Gracien mit diplomatischer, journalistischer und militärischer Freundschaft totzuschlagen. Deshalb ist und bleibt die Altertumskunde neutraler Boden. Der Anglist hat den Vorteil und den Nachteil, durch sein Studium mit dem nationalen Ringen der Gegenwart aufs engste verknüpft zu sein: da muß er auch je nach der Parleinahme der Engländer ein herzhafte Einfinden für oder gegen sie haben und haben dürfen.

Sie sehen, das Tun der Anglisten leidet durchaus nicht an dem Selbstwiderbruch, den Sie uns zuschreiben. Mander von uns hat auch seit Jahren in der Doffentlichkeit die warnende Stimme erhoben. Man hat uns aber nicht gehört. Ein Mitglied Schrey eigenen Fakultät, Prof. Schmid, hat vor einem Jahre im Schafspeare-Jahrbuch gezeigt, daß selbst ein so

schmückten Strafen hatte eine dicke Menschenmenge aufstellung genommen, die den verbandelten Herrscher mit warmen Zitrusen begrüßte.

deutschfreundlicher Engländer wie Herford sich allmählich für Viktor Hugo und das „Melische Zwielsch“ begeistert, bis er das germanische Wesen gar nicht mehr verstand. Wie kräftig hat der Gernowitzer Professor Leon Kellner in seiner „Geschichte der viktorianischen Dichtung“ 1909 die bibelfromme Masse von Kiplings imperialistischen Mäberghinnen gerissen! Die Beispiele ließen sich häufen. Ich will nicht über den Anspruch der Philosophen urteilen, alle anderen Studienfächer kontrollieren zu dürfen; aber ausnahmsweise dürfte weinfastens in englischen Dingen auch einmal der Anglist etwas Gehör verdienen.

Kürzten Sie nicht, daß der Zweig der englischen Philologie am großen Baume der deutschen Wissenschaft in der Zukunft verdorren wird, wenn seine Vertreter jetzt den Engländern nicht Wüdtlinge machen? Schon seit Jahrzehnten sind wir gewöhnt, für uniere Arbeit in England ein sehr mäßiges Entgegenkommen zu finden. Schreibt ein Partier über einen britischen Autor eine leichte Klauerei, so wird sie an der Theme mit Bewunderung und herzlicher Dankbarkeit besprochen; selten erreicht deutsche Arbeit drüben mehr als ein Murren über den „unvermeidlichen“ Eindringling. Vielleicht werden wir fortan auch auf englischen Bibliotheken Abweilung erfahren; aber glücklicherweise ist fast schon alles Material von Belang aus Handschriften und Originaldrucken herausgegeben. Der Bezug zu dieser Verarbeitung und schöneren Darstellung wird logischerweise wirken. Wir können warten, bis der Engländer daran geht, die zerfallenen Säden der Vorlesergemeinschaft wieder anaufzuheben. Nur ihm nicht nachhaken!



13. II. 1916

## Die Regierung gegen das Abgeordnetenhaus.

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ schreibt:

Zu dem heute veröffentlichten Beschluß des Staatshaushalts-Ausschusses des Hauses der Abgeordneten über die Verhandlungen mit Amerika und die Führung des Krieges zur See haben wir folgendes zu bemerken:

Es ist erklärlich, daß die Kommission das Bedürfnis empfunden hat, in so ernster Zeit die alle Deutschen bewegenden Fragen des Krieges und der auswärtigen Politik in ihrem Schoße vertraulich zu erörtern. Die gegen den ausdrücklichen Einspruch eines Vertreters der königlichen Staatsregierung beschlossene Veröffentlichung indessen wird und muß den Eindruck erwecken, als habe die Kommission eine Einwirkung auf Fragen der auswärtigen Politik und die Anwendung bestimmter Kriegsmittel ausüben wollen.

Diese Veröffentlichung zwingt uns festzustellen: Die Leitung der auswärtigen Politik und der Kriegsführung ist ausschließlich verfassungsmäßiges Recht des Deutschen Kaisers. Während die Oberste Heeresleitung parlamentarischen Einflüssen überhaupt nicht unterliegen kann, gehört die parlamentarische Behandlung auswärtiger Fragen vor das Forum des Reichstags.

Der Reichskanzler, der heute früh aus dem Großen Hauptquartier zurückgekehrt ist, wird, wie wir hören, in seiner Antwort an den Präsidenten des Abgeordnetenhauses diesen Standpunkt zur Geltung bringen.

Diese gereizte Zurechtweisung des Hauptausschusses des Abgeordnetenhauses durch das Regierungsblatt ist offenbar ab irato erfolgt und schon um deswillen bedauerlich. Man fragt sich erstaunt, welche staatliche Notwendigkeit vorlag, einen von dem Staatshaushaltsausschusse des preußischen Abgeordnetenhauses, also des größten und wichtigsten deutschen Parlamentes neben dem Reichstage, in geziemender Form und nach ernster Beratung aus vaterländischer Sorge heraus vorgetragenen Auffassung in solcher Weise öffentlich zu begegnen.

Wem soll es nützen? Daß das preußische Abgeordnetenhaus nicht daran denkt, die verfassungsmäßigen Rechte des Kaisers und Königs anzutasten, weiß jedes Kind. Warum also die Kampfstellung, die im Auslande nur Mißdeutungen erfahren kann? Dient es dem Burgfrieden, dient es der Stimmung im Lande, wenn dem preußischen Landtage, der doch wahrhaftig in dieser schweren Zeit seine Aufgaben mit hingebendem Patriotismus erfüllt hat, eine öffentliche Rüge erteilt wird, wenn ihm vor Inland und Ausland klar gemacht wird, daß er zu bewilligen und den Mund zu halten hat? Die von der Regierung herbeigeführte strenge Gebundenheit der öffentlichen Meinung, über deren Zweckmäßigkeit, Nützlichkeit oder Schädlichkeit man sehr verschiedener Meinung sein kann, wird, wie die Aussprachen im Reichstage und in den Landtagen gezeigt haben, ganz allgemein als sehr drückend und vielfach als stimmungsmordend empfunden; um so mehr sollte man sich hüten, den Bogen zu überspannen. Eine solche Ueberspannung des Bogens aber sehen wir in der öffentlichen Zurückweisung des vom Haushaltsausschuß ausgesprochenen Wunsches nach einem uneingeschränkten und dadurch voll wirksamen Unterseebootkriege. Mag sein, daß die „Nordd. Allg. Ztg.“ dem Buchstaben nach das formale Recht auf ihrer Seite hat. Darauf kommt es aber in diesen Tagen der Entscheidung über unseres Volkes Schicksal, über die Gestaltung des Schlupfkampfes dieses ungeheuerlichsten aller Kriege, gar nicht an; sondern auf das moralische Recht. Und das moralische Recht der Volksvertretung des preußischen Staates in solcher Stunde der Regierung ihre Meinungen und Wünsche kundzugeben, sollte ihrfüglich nicht bestritten werden. Wir können auch in der Form der Willenskundgebung des Haushaltsausschusses des Abgeordnetenhauses keinen Anhalt finden, der die Regierung hätte zwingen müssen, dem Abgeordnetenhaus eine öffentliche Belehrung über die verfassungsmäßigen Rechte des Deutschen Kaisers und über den Schutz der Obersten Heeresleitung vor parlamentarischen



### Zur Kriegslage

Die Lage im Westen zwischen La Bassée und Arras und südlich der Somme. Schüsse auf Belfort. Die Lage im Osten und die Frage nach Offensivabsichten. Hinter den Fronten. Die Entwicklung des Krieges. Saloniki, Durazzo und Balona. Stellungskämpfe in Mesopotamien. Ein Gefecht in der Nordsee.

Die äußerlich sichtbare Lage hat sich in den letzten Tagen kaum verändert, oder doch keine neuen Richtlinien erkennen lassen. Im Westen hält die ausgesprochene Kampfstätigkeit an. Lebhafteste Teilangriffe zeugen auf beiden Seiten von dem Bestreben, die Stellungen in einzelnen Abschnitten zu verbessern. Dabei ist die Initiative mehr auf Seiten der Deutschen, die allerdings in einem Hauptkampfraum, zwischen La Bassée und Arras, nur deshalb angriffsweise tätig sind, weil sie den Gewinn, den die Franzosen in der Septemberoffensive davongetragen haben, stückweise wieder an sich bringen müssen. Das ist ihnen im Abschnitt Vimy zum großen Teil gelungen, doch konnte ihr Gegenangriff Neuville noch nicht erreichen. Am 9. Februar meldete der deutsche Generalstab, daß die erste französische Linie westlich von Vimy in einer Ausdehnung von 800 Metern genommen worden sei. Es handelt sich um die französischen Gräben zwischen dem Pachtgut La Folie und dem Dorfe Neuville, also um eine Vorstellung von Neuville. Neuville selbst ist auch heute noch in französischem Besitz.

Ob die Deutschen darauf ausgehen, Neuville und La Targette zurückzuerobern und damit die Straße Arras-Souchez bis auf das Teilstück von Ecuzie wieder in die Gewalt zu bekommen, kann man dahingestellt sein lassen, da ihnen zunächst wohl nur darum zu tun war, das Hügelland von Vimy-Thelus durch Zurückeroberung der westlichen Abdachung wieder fester in die Hand zu bekommen. Bekanntlich handelt es sich um die Schlüsselstellung zu der großen Niederung, in der Douai liegt. Solange indes die Lage an der Lorettöhöhe noch unsicher ist, wird in diesem Abschnitt immer noch von einem gewissen Druck auf die deutschen Linien gesprochen werden können, der sich nur deshalb nicht stärker geltend machen kann, weil jetzt südlich davon die Franzosen in eine ungünstige Lage gebracht wurden und nördlich davon die Engländer den bei Sulluch in der Septemberoffensive erlängten Bodengewinn alsbald wieder ausgeben mußten. Zweifellos ist der Abschnitt La Bassée-Arras heute noch wie im Oktober 1914 einer der umkämpfsten der ganzen riesenhaften Front; er hat für die Engländer und Franzosen Bedeutung als Ausfallstellung in der Richtung Lille-Lens-Douai und muß daher von den Deutschen aktiv verteidigt werden. Südlich der Somme, wo die Front umgekehrt zugunsten der Deutschen offensiv wirkt, versuchen die Franzosen im Raume Frise die verlorenen Gräben wieder zu gewinnen, doch scheinen die Aktionen nur von geringeren Kräften gespeist zu werden.

In der Champagne, den Argonnen und zwischen Maas und Mosel sowie im nördlichen Abschnitt der Vogesenfront sind lebhafteste Minen- und Artilleriekämpfe im Gange, die aber ebenfalls nur auf kleine Vorstöße hinauslaufen. Belfort soll von schwersten deutschen Kalibern mit einigen Granaten erreicht worden sein. Da es sich um eine Entfernung von ungefähr 30 Kilometern vom Geschützstand bis zum Ziel handelt, ist in der Tat anzunehmen, daß hier einige der riesigen Langrohre aufgestellt gefunden haben, die schon an der Iserfront wirkten und ihre Geschosse bis Dünkirchen warfen. Im ganzen ist die Tätigkeit und mit ihr die Spannung im Westen seit Wochen in unaufhörlicher Steigerung begriffen, und wir haben alle Ursache, die Entwicklung genau zu verfolgen.

Große Bewegungen an der Westfront werden sich erst dann wahrnehmen lassen, wenn die Verschiebungen im Aufmarschgebiet vollständig abgewickelt sind. Dabei ist zu berücksichtigen, daß es sich um ungeheure Räume und Entfernungen handelt und daß die Jahreszeit noch nicht so weit fortgeschritten ist, daß man mit einiger Sicherheit auf gutgangbare Straßen rechnen kann. Das kann sich von einem Tag zum andern ändern. Unzweifelhaft sind an der Westfront Nachschübe von so beträchtlichem Umfang erfolgt, daß es sich um viel mehr als um den notwendigen Ersatz handeln muß.

Die leghin gemachte Bemerkung, daß überall Offensivabsichten gewittert werden, erfährt jetzt eine ergänzende Bestätigung durch Betrachtungen, welche der „Rufli Invalide“ anstellt. Darin wird ausgeführt, daß die deutschen und österreichisch-ungarischen Truppen an der Ostfront weit über das normale Maß verstärkt worden seien und daß man mit einer neuen großen Offensive derselben rechnen müsse. Es ist bemerkenswert und in gewissem Sinne auch kennzeichnend, daß selbst die Russen eine Offensive beim Gegner suchen. Das läßt den Schluß zu, daß man im russischen Heerlager die deutsch-österreichischen Streitkräfte und ihren Angriffsgeist sehr hoch einschätzt und sich auf die Möglichkeit angestrengtester Defensivgefechte macht. Wie weit man durch die Fruchtlosigkeit der gewaltigen Durchbruchversuche zwischen Dnjestr und Pruth und die daraus folgende Depression bei diesen Feststellungen beeinflusst wird, entzieht sich der Beurteilung. Unverkennbar aber ist auf österreichischer Seite seit der glücklichen und mühsam durchgeführten Verteidigung am Südsügel das Selbstvertrauen außerordentlich gestärkt worden, obwohl sie am Dnjestr immer noch sehr auf der Hut sein müssen und die Russen überall rege sind.

Daß eine deutsch-österreichische Offensive im Osten noch wertvolle Angriffsziele fände, die bereits im Programm der im September 1915 stillgelegten großen Offensive standen, bedarf keiner Erläuterung mehr. So lange Riga, Dünaburg, Minsk und Kiew nicht erreicht sind, ist die volle letzte Auswirkung der vorjährigen Offensive nicht erfolgt, obwohl man sich gegenwärtig halten muß, daß die jetzt westlich dieser Plätze verlaufende Kampflinie dem strategischen Bedürfnisse der Mittelmächte bis jetzt vollständig genügt hat. Ob das auch künftig der Fall sein wird, hängt von Verhältnissen ab, die sich noch nicht übersehen lassen. Gelöst wird an der Ostfront trotz des Erlöschens der Offensive Zwanows überall, aber womöglich in noch kleineren Verbänden als im Westen, Teilhandlungen, die die Front in Atem halten und Vorboten größerer Bewegungen sein könnten.

Unterdessen ist die Verwaltung der von den Deutschen und Oesterreichern besetzten russischen Gebiete in einer Weise ausgebaut worden, die bereits feste organische Formen angenommen hat. Dadurch wird die Kampffront enger und fester an die zentralgelegene Operationsbasis angeschlossen, und es ist nicht zu viel gesagt, wenn man behauptet, daß die deutschen und österreichischen Armeen trotz der Hinausrückung des Kriegsschauplatzes über Weichsel und Bug heute in unmittelbarer Verbindung mit ihren Kraftquellen stehen. Da das auch für die Westfront gilt, so wird die strategische Lage der Zentralmächte dadurch bedeutend erleichtert, eine Tatsache, die im Kriege für den Innenstehenden, aber zur Expansion Genötigten von größter Bedeutung ist. Die Außenstehenden, die seit Jahresfrist nicht mehr in der Lage waren, den ihnen von der Natur dieses Krieges auferlegten konzentrischen Angriff gegen die Mittelmächte durchzuführen, müssen heute damit rechnen, daß der Gegner sich im Laufe dieser Zeit ein Wirtschaftsgebiet geschaffen hat, das von Lille bis Wilna organisch erschlossen und verbunden ist. Sind die Mittelmächte imstande, die so weit hinausgerückten Fronten zu halten und mit mobilen Kräften zu speisen, so ist die Aufgabe, sie durch eine Art passiver Belagerung auszuhungern, heute unendlich schwerer geworden und muß als unmöglich bezeichnet werden, wenn man hinzunimmt, daß auch die Italiener gefesselt stehen und die Verbindung von Belgrad nach Konstantinopel sichergestellt worden ist. Es ist daher wohl begründet, daß die militärischen Leiter der Entente wieder mehr und mehr auf den Offensivgedanken und damit auf die Durchführung des konzentrischen Angriffes zurückkommen. Dabei müssen sie sich aber von Tag zu Tag mehr bewußt werden, wie gefährlich, ja verderblich es für sie war, Serbien nicht rechtzeitig mit allen irgendwie verfügbaren Kräften zu Hilfe zu eilen, statt sich an den Dardanellen zu verbeißen.

Man begreift es daher, daß der Viererband auf die Behauptung Salonikis so großen Wert legt, einen Wert, der militärisch aber erst durch den Erfolg bestimmt würde, der in Saloniki oder von Saloniki aus erkämpft wird. So lange in Saloniki 200 bis 250,000 Mann gefesselt stehen, ohne mehr zu tun, als unbekannte gegnerische Kräfte zu binden, während sich in Albanien die österreichisch-bulgarische Offensive auswirkt, ist die militärische

Bewertung von Saloniki sehr gering. Das würde sich erst ändern, wenn Saloniki entweder zu einer mit starken Kräften erfolglos angegriffenen Verteidigungsbasis wird oder Sarraill eine zahlreiche Armee in Bewegung setzt, um in strategischer Verbindung mit anderen im Westen oder Nordosten auftretenden Streitkräften angriffsweise vorzugehen. Dazu fehlen noch die militärischen und gewisse politische Voraussetzungen.

In Albanien hat sich die operative Entwicklung in den bereits in der letzten Betrachtung skizzierten Bahnen bewegt; die Oesterreicher haben das Ismital überschritten, Presa erreicht und werden inzwischen wohl die Côte 234 und den Abstieg nach Bazar Sjal, 10 Kilometer nordöstlich Durazzo erstritten haben. Ob die in Durazzo stehenden italienisch-serbischen Kräfte und die Gefolgsleute Essad Paschas den Kampf annehmen oder nach Balona ausweichen (auch Korsu winkt als Ziel), wird schon aus den nächsten Meldungen zu erkennen sein.

Es liegt die Vermutung nahe, daß Italien inzwischen neue Streitkräfte für Albanien bereitgestellt hat, vielleicht ungenügend, da sich Cadorna der gespannten Lage an der italienischen Front ohne Zweifel bewußt ist, aber dem Druck politischer Notwendigkeit gehorchend, dem es sich nicht entziehen konnte. Die 25 bis 30,000 Mann Bataggis auf 100,000 Streiter zu bringen und bewegungsfähig zu machen, wird allerdings sehr schwer sein, da Balona keine eigentliche Operationsbasis, sondern ein ausgelegter Posten ist. Wie weit die Bulgaren aus der Richtung Elbasan gekommen sind, ist nicht ersichtlich.

Auch auf den asiatischen Kriegsschauplätzen sind die Bewegungskämpfe im Erstarken begriffen. An der Kaukasusfront tummeln sich zwar noch russische Flügelskolonnen östlich und westlich von Erzerum, Erzerum selbst aber hat der russischen Offensive Halt geboten. Auch zwischen Samadana und Kangowert ist der Fluß der Operationen ins Stocken gekommen. Da die Russen die Angreifer sind, wird die strategische Lage dadurch wieder zugunsten der Türken erleichtert. Eine interessante Feststellung über die Kämpfe in Mesopotamien ist am 5. Februar im englischen Unterhaus erfolgt. Dort wurde mitgeteilt, daß die Division Townshend am 1. Februar schon 55 Tage in Kut-el-Amara ausgeharrt habe. Diese Angabe bestätigt nachträglich die von mir am 14. Dezember vertretene Auffassung, daß Townshend in Kut-el-Amara zerniert sei und auf Entsatz warten müsse. Mittlerweile ist der Tigris wieder gefallen, die Schlammablagerungen härten sich, und die vereinigten Entsatzkolonnen unter Percy Lake könnten ihre Vorrückung rittlings des Flusses wieder aufnehmen, wenn nicht auch hier Stellungskämpfe Platz gegriffen hätten. Die Türken haben die Engländer, die zur Umfassung ansetzten, wiederholt gezwungen, die Umfassungsbewegung in einen Stirnangriff auf starke Grabenstellungen zu verwandeln. Zuletzt am 21. Januar bei El-Hanna, wo der Angreifer bei tapfer vorgebrachten Stürmen über die Sandebene schwer litt, ohne den Feind zum weichen zu bringen. Es ist anzunehmen, daß die Versuche, Townshend zu entsetzen, trotzdem nicht aufgegeben werden. Townshend selbst scheint viel verwundet und Kranke bei sich zu haben und dadurch in seinen Bewegungen gehindert zu sein.

In der Nordsee sind leichte englische und deutsche Seestreitkräfte an der Doggerbank aufeinandergestoßen. Die deutschen Torpedoboote brachten einen englischen Kreuzer zum Sinken. Der Name „Arabis“ fehlt indes in den Listen der britischen Kriegsflotte; es ist eher anzunehmen, daß es sich um den Zerstörer „Arabis“ handelt.

H. St.



Expedition: Sffingerstraße 1

656 Telefon 656

Inserate: Saasenstein & Fogler

Postkontokonto 111/227

des Postvereins: halbjährlich Fr. 24.50, vierteljährlich Fr. 12.25, Jahrsab-Zusendung. Man abonniert direkt bei der Expedition Postanweisung. — Insertionspreis für die Schweiz 25 Cts. die für das Ausland 30 Cts. Bekanntheitspreis Fr. 1 die Petitzeile — und deren Filialen im In- und Auslande

### Die Verschärfung des Seekrieges

Bewaffnete Schiffe sind Kriegsschiffe

Die deutsche Regierung hat, wie bereits gemeldet, eine ausführliche Denkschrift an die diplomatischen Vertreter der neutralen Mächte in Berlin gerichtet, worin an Hand eines umfangreichen Materials der an die deutschen Seestreitkräfte gerichtete Befehl begründet wird, feindliche Kauffahrteischiffe, die mit Geschützen bewaffnet sind, vom 29. Februar an als Kriegführende zu behandeln. Die Denkschrift erinnert daran, daß schon vor Ausbruch des Krieges die britische Regierung englischen Reedereien Gelegenheit gegeben habe, ihre Kauffahrteischiffe mit Geschützen zu armieren und daß die englischen Reedereien der Aufforderung der Admiralität bereitwillig nachgekommen seien. Im Laufe des Krieges wurde die Bewaffnung englischer Kauffahrteischiffe immer allgemeiner durchgeführt und dieses Verfahren wurde von den Verbündeten Englands nachgeahmt. Die deutsche Denkschrift bezeichnet es auf Grund abgegangener geheimer Anweisungen der britischen Admiralität als klargestellt, „daß die bewaffneten englischen Kauffahrteischiffe den amtlichen Auftrag haben, die deutschen Unterseeboote überall, wo sie in ihre Nähe gelangen, heimtückisch zu überfallen, also rücksichtslos gegen sie Krieg zu führen“. Einem solchen Überfall wird der Untergang Weddigens und seines Unterseebootes zugeschrieben.

Zur Abwehr solcher Angriffe sollen nun, wie eingangs erwähnt, deutscherseits bewaffnete Kauffahrteischiffe der mit Deutschland Krieg führenden Staaten als Kriegsschiffe behandelt werden. Die gleiche Maßnahme hat auch die österreichisch-ungarische Regierung getroffen.

Diese durch die britische Kriegführung hervorgerufenen Maßnahmen bedeuten eine abermalige Verschärfung des Seekrieges, die aber von den Neutralen kaum wird beanstandet werden können. Den neutralen Staaten wird übrigens durch die Verfügung Rechnung getragen, daß der Befehl, bewaffnete Handelsschiffe als Kriegsschiffe zu behandeln, erst vom 29. Februar an in Kraft tritt, damit die neutralen Regierungen ihre Angehörigen warnen können, weiterhin ihre Person oder ihr Vermögen bewaffneten Kauffahrteischiffen der mit den Mittelmächten im Kriege stehenden Mächte anzuvertrauen.

Die neuen von Deutschland und Oesterreich-Ungarn erlassenen Bestimmungen für den Seekrieg fallen zeitlich mit der Beilegung des Streites zwischen Deutschland und Amerika wegen der Versenkung der „Lusitania“ zusammen. Zwar fehlt bis zur Stunde noch die amtliche Bestätigung von der Annahme des letzten und endgültigen deutschen Vorschlags zur Lösung der „Lusitania“-Angelegenheit durch die amerikanische Regierung. Indessen scheint außer Zweifel zu stehen, daß eine Verständigung erzielt ist oder doch nahe bevorsteht. Die deutsche Regierung hat zwar die Forderung der amerikanischen Regierung an Deutschland, daß das Verfahren des Kommandanten des Unterseebootes, das die „Lusitania“ versenkte, als rechtswidrig erklärt werde, abgelehnt, ist aber in andern Punkten entgegengekommen. Sie soll z. B., wie man bestimmt glaubt annehmen zu dürfen, Entschädigungen für die amerikanischen Opfer der „Lusitania“ zugestanden haben. In einer Unterredung, die der deutsche Reichskanzler dem Berliner Berichterstatter der „New York World“, Karl von Wiegand, gewährt hat, erklärte Herr v. Bethmann-Hollweg das Verlangen der amerikanischen Regierung als eine unmögliche Demütigung: „Ich habe“, sagte der Reichskanzler, „in dieser ganzen Angelegenheit einen weiten, veröhnlichen Sinn gezeigt, um die herzlichen, freundschaftlichen Beziehungen zu den Vereinigten Staaten zu erhalten. Ich bin bereit gewesen und bleibe es, Amerika alles zuzugestehen, was Deutschland billigerweise in der Behauptung der Grundsätze der Gerechtigkeit und seiner Ehre zugestehen kann. Allein ich vermag einer Demütigung Deutschlands und des deutschen Volkes nicht zuzustimmen. Ich kann mir die Waffe der Unterseeboote nicht aus der Hand reißen lassen.“

Der Befehl an die deutschen Seestreitkräfte, bewaffnete feindliche Handelsschiffe vom 29. Februar an als Kriegsschiffe zu behandeln, ist eine Bestätigung dieses Entschlusses. Der Unterseebootkrieg wird vom Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Befehls an in verstärktem und verschärftem Maße wieder einsehen. Als

1916

30/4



## Serbien und Montenegro

Von einem Serben, der mit der serbischen Armee sein Land verlassen hat

Der montenegrinische General Jowo Becir hat Äußerungen über Serbien und Montenegro getan, die in der „Neuen Freien Presse“ veröffentlicht und durch den Telegraphen verbreitet wurden, so daß sie gleichen Tages auch im „Bund“ erschienen. Der General sagte unter anderm, daß Serbien bei Kriegsausbruch daran dachte, Montenegro zu vernichten, um die Vereinigung aller Serben unter Serbien durchführen zu können, und daß König Nikita das Land verlassen hatte, weil er für sein Leben fürchtete, da Serbien den Fall des Lowzens benützte, um noch mehr gegen König und Dynastie zu hegen. Diese Äußerungen des Generals müssen landesfremden Lesern unverständlich und den landeskundigen ein wenig übertrieben erscheinen.

Fangen wir beim Lowzen an. Einem jeden, besonders einem Offizier, mußte es gleich klar sein, daß sich diese Position nur bis zu einem energischen Angriff seitens der Oesterreicher halten kann. Die Gebirgskette war schon damals verloren, als man die ausgemusterten französischen Kanonen aus dem Jahre 1870 hinausschleppte. Nicht die Montenegriner, sondern die Mächte des Bierverbandes haben ihn stillschweigend den Zentralmächten ausgeliefert.

Was die Wahrnehmungen Becirs im serbischen Hauptquartier anbelangt, sind dieselben soweit stichhaltig, als eine gewisse Rivalität zwischen beiden Staaten wirklich besteht und gegenwärtig noch zugespitzt erscheint.

Wirft man einen Blick in die Entwicklungsgeschichte der beiden Länder, so wird man gleich gewahr, wie verschiedene geographische und politische Lebensbedingungen auf die Angehörigen eines und desselben Volkes im Laufe der Zeit entzweierend einwirken können. Die Montenegriner, als Nachkommen der spärlichen Ueberreste des zerplitterten serbischen Kaiserreiches, waren seit dem vierzehnten Jahrhundert, selbst nach der Katastrophe auf dem Amjelsfelde, die einzigen Hüter der Ueberlieferung des einstigen Ruhmes und der Macht des Serbenvolkes. Die mühevollsten Anstrengungen der Türken, die den ganzen Balkan beherrschten, prallten an dem zähen Widerstand des kleinen Bergvolkes ab. Jahrhundertlang fristeten sie unter den schwersten Bedingungen ihr kümmerliches Dasein, so daß einer ihrer Herrscher, Bischof Peter II., sich zu dem Vorschlag veranlaßt sah, mit dem ganzen Volke nach Rußland auszuwandern.

Diese ständige Kampfbereitschaft beanspruchte auch eine entsprechende Staats- und Verwaltungseinrichtung, die auch jetzt noch, trotz der Einführung des Parlamentarismus, von den veränderten Verhältnissen nicht ganz verdrängt werden konnte. Sie war und blieb eine aristokratische, besonders da auch Rußland, um eine sichere Stellung am Balkan zu haben, dahin seinen Einfluß ausübte, daß nur die Frauen Schulbildung bekamen und im Institut von Cetinje russifiziert wurden, die Männer dagegen größtenteils ungeschult blieben.

Wer Montenegro nicht von diesem geschichtlichen Standpunkt aus betrachtet und beurteilt, der wird einen Montenegriner, besonders außerhalb der Grenzen seines Vaterlandes, in seinem Tun und Lassen nicht verstehen.

Die fünfhundertjährige Oberherrschaft der Türken in Serbien, die wenig Unterschied zwischen den einzelnen der unterjochten Rajah zuließ, machte aus dem Volke eine Masse ohne Familienüberlieferung und gesellschaftliche Rangstufen, wie sie durch eigene hervorragende Leistungen oder durch diejenigen der Vorfahren entstehen. Einmal befreit, schlug Serbien den Weg zum Demokratismus ein, der sich manchmal durch Seitenpfade zum Anarchismus verleiten ließ. Die Montenegriner sind Krieger geblieben, deren unzeitgemäßer Romantizismus von den Landwirten und Ausfuhrhändlern in Serbien nicht nach Gebühr gewürdigt wurde. Daß dies zu keiner aufrichtigen Freundschaft führt, ist selbstverständlich. Dazu kommen noch die dynastischen Zwistigkeiten, die von bedeutendem Einfluß waren. Die Thronbesteigung des Fürsten Nikolaus fällt in die Zeit des Aufblühens der serbischen Romantik in der einstigen serbischen Wojwodenschaft in Ungarn, unter dem Einflusse der gleichnamigen literarischen Bewegung in Deutschland und der damaligen allgemeinen politischen Lage in Westeuropa. Die serbischen Romantiker konnten nicht in Serbien, das damals ein Refugialeszent war, ihre Ideale verwirklichen und wandten die suchenden Blicke Montenegro zu, besonders dem jungen Herrscher, der selbst in seinen Mußestunden dichtete. Cetinje wurde zum serbischen Weimar, denn der junge Fürst wußte den bedeutendsten unter den serbischen Romantikern seine kleine Residenz wohnlich zu machen.

In der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts schien es eine Zeitlang, als ob es Montenegro beschieden sei, die Rolle Piemonts in der Geschichte der Serben zu spielen. Unter dem damaligen serbischen Herrscher

dem Märtyrer Mihajlo Obrenovic und Fürsten Nikolaus bestand, wie verlautet, ein Abkommen, daß letzterer dem erstern auf dem Thron folgen sollte, falls Mihajlo ohne Nachfolger bliebe. König Milan war schon anderer Ansicht, er schätzte sich und sein Land höher ein. Oesterreich-Ungarn und Rußland griffen schützend ein. Peter Karagjorgewic heiratete die älteste Tochter des Fürsten von Montenegro und so entstand zwischen den beiden Staaten eine Kluft, die nichts mehr zu überbrücken imstande war. Man versuchte zwar noch einmal, eine Verständigung herbeizuzaubern als König Alexander nach Cetinje kam mit dem Plane, die Prinzessin Xenia zu freien. Die Sache klappte aber gleich zu Anfang ab, weil Rußland viel sinker war: Draga Maschin war schon früher dem König durch seine Mutter zugehalten worden.

Während man in Serbien Jahrzehnte die ganze Volkskraft und das Ansehen des Staates in innerpolitischen Reibereien vergeudete, war der Herrscher von Montenegro bemüht, Verbindungen mit den europäischen Fürstentümern anzuknüpfen, was ihm dank der Schönheit seiner Töchter, die sich nachher mehr diplomatische Gewandtheit bewiesen als die Söhne, glänzend gelang. Belgrad dagegen lieferte um jene Zeit der serbenfeindlichen Presse soviel Anlaß zur Kritik, daß das ganze Ansehen bei dem unbefreiten Serbentum gefährdet wurde. Man sah sich also genötigt, eine Ablenkung dafür zu suchen und so begann die Prestekampagne gegen das Cetinjer Herrscherhaus und sein Oberhaupt, die sich jenseits erneuerte, wenn man in Belgrad etwas zu vertuschen hatte. Damit sei nicht behauptet, daß Montenegro in bezug auf seine innerpolitischen Verhältnisse nicht manche Kritik verdiente. Die Art aber, wie dieselbe von Seiten Serbiens geübt wurde, brachte der allgemeinen allserbischen Sache mehr Schaden als Nutzen.

König Nikolaus ist zwar ein Autokrat in mancher Beziehung, ist aber auch eine zugängliche Natur, welche einen guten Rat nicht abzuschlagen pflegt; es hängt nur von der Art ab, wie derselbe vorgebracht wird.

Der Krieg 1912, der anscheinend in seinem Anfang veröhnend wirkte, endete in seinem weiteren Verlauf mit größerer Entzweidung, weil die besser ausgebildeten, in jeder Beziehung zeitgemäß vorgeschrittenen Serben aus Serbien sich nicht auf der Höhe zu halten vermochten, um ihre Ueberlegenheit die armen enttäuschten Montenegriner nicht fühlen zu lassen, so daß diese sich erniedrigt und gekränkt fühlten.

Es ist nun zu hoffen, daß das gleiche harte Schicksal, das die beiden Länder im gegenwärtigen Kriege betroffen, in beiden Staaten Änderungen herbeiführen und die Gegensätze mildern werde.

Daß Serbien in einer für das ganze Serbentum so lummervollen Zeit nach dem Leben des montenegrinischen Königs und seiner Familie trachtete, ist eine übertriebene Behauptung des Generals Becir.



## Zur Kriegslage

Kämpfe auf allen Fronten. Die strategische Lage in Albanien. Tirana und Elbasan. Der erste österreichisch-italienische Zusammenstoß in Albanien. Gesteigerte Tätigkeit an der Westfront. Kämpfe im Artois, südlich der Somme, an der Aisne, in der Champagne und in den Vogesen. Gesetzt dicht an unserer Grenze. An der Ostfront. Gesetze am Strypa- und Dnjestr-Abchnitt. Ein Fort von Erzerum gefallen? Die Vorgänge zur See. Minensucher oder Kreuzer? „Suffren“ oder „Admiral Charner“?

Aus der Menge kleiner Aktionen, die auf allen Kriegsschauplätzen im Gange sind und von einer ständig wachsenden Spannung Zeugnis ablegen, die vielleicht nicht überall nach ihrer symptomatischen Bedeutung eingeschätzt wird, heben sich die Vorgänge auf dem albanischen Kriegsschauplatz scharf hervor, da sie ausgesprochene strategische Züge aufweisen. Die Österreicher haben Tirana, den Herrschaftssitz Essads, die Bulgaren Elbasan besetzt. Das heißt nichts anderes, als daß jetzt den Italienern und den auf sie zurückfallenden serbischen und albanischen Kontingenten die Stunde schlägt, in der sie alles zu verteidigen haben. Ob Italien zwei Divisionen oder fünf Armeekorps in Albanien stehen hat, wird sich nun bald an den Operationen erkennen lassen; wie dem aber auch sei, eins ist gewiß, Italien spielt jetzt an der albanischen Küste um viel höheren Einsatz, als es selbst vor kurzer Zeit noch glaubte. Italiens Offensivfeldzug am Jonjo ist in einem Stellungskrieg erstarrt, der nach italienischem Bericht nichts mehr anderes bezwecken kann, als österreichische Kräfte zu binden. Nun steht es vor der Notwendigkeit, in Albanien einer österreichischen Offensive die Spitze bieten zu müssen. Der erste Zusammenstoß ist erfolgt. Italienische Vortruppen haben die Höhen westlich Tirana angegriffen, zu denen sich die Österreicher aus dem fruchtbaren Gelände des von Obstplantagen umgebenen Tirana vorgearbeitet hatten, und wurden abgewiesen. Handelt es sich um einen etwas verspäteten Versuch, den konzentrischen Angriff auf Durazzo auf der Radiallinie Tirana-Durazzo zu unterbinden, um der Besatzung Luft zu machen und den Rückzug freizuhalten, oder ist ein Gegenangriff der Italiener mit offensten Zielen im Gange? Wahrscheinlicher ist das erstere. Wie stark die Italiener waren, wird nicht gesagt, ob sie durch energisches Zupacken Zeitgewinn erlängten haben, wird die Entwicklung lehren. Auf der nördlicheren Radiallinie Presa-Durazzo sind die Österreicher unterdessen dicht an die Stadt herangekommen, die Brücke von Bazar Sajt und das Gelände westlich davon sind wohl bald überschritten, die Vortruppen stehen wahrscheinlich schon an der Lagune, welche Durazzos bester Schutz ist. Die Truppen des Generals Köves sind also planmäßig im Vorrücken und es ist anzunehmen, daß die Österreicher nach den schlimmen Erfahrungen ihres ersten Serbenseldzuges und nach den guten Erfahrungen der großen Balkanoffensive streng darauf Bedacht nehmen, ihre rückwärtigen Verbindungen zu sichern und ihren Nachschub in Ordnung zu halten, damit sie nicht Gefahr laufen, im unwegsamen Lande, weit von ihrer Operationsbasis und dicht vor ihrem Operationsziel von überlegenen Kräften angefallen und in Teilen geschlagen zu werden. Unter diesem Gesichtspunkte betrachtet, gewinnt die Besetzung Elbasans durch die Bulgaren, die am 12. Februar stattgefunden hat und nun zuverlässig gemeldet wird, besondere Bedeutung. Der konzentrische Angriff auf Durazzo wird dadurch in der linken Flanke stark abgestützt und zugleich gegen Valona eine Flankenstellung gewonnen. Ob es Batazzi gelingt, seine Kräfte nach vorwärts zu vereinigen, ist trotz des Treffens bei Tirana zweifelhaft. Ueber die Tatkraft und die Operationsfähigkeit des italienischen Führers werden die nächsten Tage weitere Aufklärung bringen.

An der Westfront versteifen sich die Gefechte fortgesetzt, und zwar sind jetzt in allen Frontabschnitten Aktionen nachweisbar, teils Minenkämpfe, die auf wochen- und monatelangen Vorbereitungen ruhen, teils Artillerie- und Infanterieaktionen. In den meisten Fällen scheint die Initiative bei den Deutschen zu liegen, der Gegenangriff bei den Alliierten. Am unbeweglichsten steht die Front in Flandern, am heftigsten sind die Kämpfe im nächst südlichen Abschnitt von Artois, wo die Ausbau-

chung der französischen Front zwischen Souchez und Ecurie nahezu vollständig verschwunden ist. Von St. Laurent besitzen die Franzosen nach der Erstürmung von fünf Häusern nur noch einige Keller des Westteils. Südlich der Somme versuchen sie die ihnen entrisenen Grabenstellungen im Abschnitt von Trise südwestlich wieder an sich zu bringen; Trise, die kleine Höhe von Trise und das südlich anschließende Birkenwäldchen sind im Besitz der Deutschen.

Auch an der Aisne wird es wieder lebhafter. Auf dem alten Kampfgebiet von Croux-Culfies suchen die Deutschen sich vollends an Soissons heranzuarbeiten. In der Champagne wechseln Stöße und Gegenstöße in der blutgetränkten Gegend zwischen Tahure und St. Marie-a-Py. Nach den deutschen Meldungen sind dort französische Stellungen südlich von St. Marie-a-Py, nach den französischen deutsche Stellungen östlich von den Maisons de Champagne verloren gegangen. Es handelt sich um kleine Verschiebungen, die nach der deutschen Meldung vom 14. Febr. eher zu Ungunsten der Franzosen ausgefallen sind, da diese nun auch nordwestlich von Tahure Gräben verloren haben. Die Kämpfe schieben sich langsam wieder in südwestlicher Richtung vor gegen die früheren ersten deutschen Linien und haben die Straße Tahure-Somme-Py wahrscheinlich schon überschritten. Die Deutschen erstreben die Beherrschung der Vormarschstraßen.

Zwischen Maas und Mosel wird gesprengt, in Lothringen und in den Vogesen ist man vom Artillerieduell zu Infanterieangriffen übergegangen. Es werden Grabenkämpfe im Abschnitt St. Die, bei Lusse und unmittelbar an unserer Grenze am Lorgabchnitt und zwar bei Obersept gemeldet, wo seit langer Zeit zum erstenmal Infanterieaktionen vor sich gehen. Die Deutschen melden hier die Annahme einer kleinen Grabenstellung, non die Franzosen den größeren Teil zurückerobert haben wollen.

An der Ostfront herrscht ebenfalls rege Tätigkeit. Die Russen melden die Eroberung von Schanzwerken nordwestlich Larnopol und bei Uziesko am Dnjestr, die Österreicher wollen die Schanze von Cebrow nordwestlich Larnopol geräumt und im Nachtangriff die russische Besatzung wieder hinausgeworfen haben. Es handelt sich offenbar um örtliche Kämpfe, die an Stelle der großen russischen Offensive getreten sind. Hinter der besarabischen Front sind immer noch große Verschiebungen im Gange.

An der Kaukasusfront melden die Russen einen Erfolg, der von Bedeutung werden könnte, wenn es sich tatsächlich um die Eroberung einer Außenfeste von Erzerum handeln sollte, da damit in Hocharmenien eine operative Entscheidung näher gerückt würde. Es ist aber noch Zurückhaltung bis zum Eintreffen von Gegenmeldungen am Platze. Am Tigris scheint die Lage unverändert zu sein.

Auch über die lebhaften Vorgänge zur See, die in den letzten Tagen gemeldet wurden, sind noch keine übereinstimmenden Meldungen zu verzeichnen. Da im Seekrieg sowohl die Abschätzung der dem Gegner zugefügten Verluste bei Nachtgefechten sehr schwierig ist, als auch mit Grund erlittene Verluste verschwiegen werden, muß man sich hüten, absolut bindende Schlüsse zu ziehen. So betrachten wir auch heute noch das Nachtgefecht an der Doggerbank im Licht von Meldung und Gegenmeldung, wonach die Deutschen zwei moderne Kreuzer versenkt haben, die in den englischen Listen noch nicht figurieren, also einem verbesserten C-Typus von etwa 3800 Tonnen angehören müßten, während die Engländer nun den Verlust eines Minensuchers behaupten.

An der syrischen Küste, wo Frankreichs Prestige im Spiele ist, hat ein deutsches Torpedoboot einen französischen Panzer versenkt, der nach deutschem Bericht das alte Linienschiff „Suffren“, nach französischem der ganz veraltete Panzerkreuzer „Admiral Charner“ gewesen sein soll. Der „Suffren“ (13,700 Tonnen) ist ein dekoratives, mit hohen Aufbauten und dickem Gefechtsmast ausgestattetes Schiff und hat einen schwachen Boden, konnte also wohl einem Torpedoschuß auf den ersten Anhieb erliegen. Der „Admiral Charner“ ist ein Veteran aus dem Jahre 1893 und verdrängt nur 4800 Tonnen. Auch hier also ein Unterschied in den Größenverhältnissen, der die Meldungen weit auseinandergehen läßt.



15. 11. 1916

## Die jetzige Kriegslage.

Ein Vortrag des Abgeordneten General a. D. Ath. v. Guggenberg.

Der Bürgerverein in Mauer bei Wien veranstaltete kürzlich einen Vortragsabend in Kuhns Parkcafé, bei dem Reichsratsabgeordneter Generalmajor a. D. Athanas v. Guggenberg über die Kriegslage sprach. Unter den zahlreichen Besuchern des Vortragsabends bemerkte man u. a.: Landtagsabgeordneten Kern, die Majore Haslinger und Albrich, Oberleutnant Reindlich, Steueramtsdirektor Adamietz, kaiserlicher Rat Alois, Oberkontrollor Hubalek, Baumeister Kernast, Dr. Parilits, Oberlehrer Glaser, die Fabrikanten Saha und Schuhmeister, komm. Direktor Watzl, Ingenieur Swoboda u. v. a. Die Karten hatte in unergiebiger Weise die Firma Freitag und Berndt beige stellt.

Nach der Eröffnung durch Adjunkt M. Klieber führte Herr General v. Guggenberg aus: „Ich beginne mit dem französischen Kriegsschauplatz. Hier hat ja der eigentliche Weltkrieg begonnen, hier wurden die ersten gewaltigen Schlagen geführt, hier kam es zum Vorstoß der Deutschen gegen Paris mit den mächtigen Schlachten in Belgien, bei Metz, Longwy, Maubeuge, dann zum Rückzug des rechten deutschen Flügels in gesicherte Stellungen, in eine Front, die von der Nordsee bis an die Schweizer Grenze sich ausdehnt. Hier steht nun der Krieg schon seit September 1914 stille. Alles, was sich hier ereignet, knüpft sich immer an dieselben Orte und Namen. 21.600 Quadratkilometer Frankreichs, mit fast ganz Belgien, sind in den Händen der Deutschen, Gebiete, die äußerst reich sind an Bodenschätzen, Industrie und somit auch an Menschen. Die Franzosen haben wiederholt versucht, die eiserne Mauer der Deutschen zu durchbrechen und dem Feinde das wertvolle Pfand zu entreißen. Nicht weniger als drei Offensiven haben sie unternommen, von denen jede Tausenden und Abertausenden das Leben kostete. Die letzte und größte wurde mit einer Streitmacht von einer Million Mann durchgeführt, wobei 5000 Geschütze den Angriff vorbereiteten. Aber die Wand der deutschen Armee war nicht zu durchbrechen. Wenn es den Franzosen gelang, an einer kleinen Stelle durchzubrechen, bald waren sie wieder vertrieben und als die drei Wochen des gewaltigen Ringens vorüber waren, hatten die Franzosen 200.000 Mann geopfert und mußten einsehen, daß ihre Mühe vergebens war und auch in Zukunft vergebens sein wird. Sie haben bereits ihre Siebzehnjährigen an die Front geschickt und können keine Macht mehr sammeln, die der der letzten Offensive gleichkommt, geschweige denn Aussicht auf Erfolg gewährt. Wir haben also von dieser Seite keine Gefahr mehr zu erwarten.“

In Rußland liegen die Dinge jetzt ebenso wie in Frankreich. Seit dem 2. Mai wurden die Russen in viermonatigem Siegeslaufe von unseren Verbündeten aus Galizien und Polen vertrieben, nachdem ihre hartnäckigen Massenangriffe in den Karpaten während der Ditterschlacht zerfallen waren. Diese Offensive gegen Rußland ist von einer derartigen Größe gewesen und hat den Russen solche Verluste gebracht, daß sie nur schwer wieder ihre Kräfte sammeln werden können. Im Raume von Bohnia bis Lemberg allein wurden 400.000 Russen gefangen, 500 Geschütze und 800 Maschinengewehre erbeutet. Im ganzen sind bereits vielleicht 2.000.000 Russen gefangen, 2.000.000 sind tot und verwundet. Wir wissen, daß vier Millionen für Rußlands Einwohnerzahl nichts sind, wohl aber wissen wir, daß Rußland in absehbarer Zeit kaum wieder sein Heer auf die Beine bringen können, weil für dieses Reich der Materialmangel nahezu unüberwindlich ist. Zur Zeit steht allein die sibirische Bahn zur Verfügung, mit welcher Rußland in Verbindung mit dem Auslande steht. Und diese Bahn kann wahrlich kein solches Heer verpacken. Und die eigene Industrie? Die größten Industriegebiete Rußlands haben ja die Verbündeten besetzt. Die eiserne Mauer der Verbündeten, die sich von der Duna über Binsl durch die Simbise zum Sereth und der Strypa zieht, ist für die Russen ebenso undurchbrechbar wie die Front in Frankreich und die Versuche, sie zu durchstoßen, sind sämtlich läglich gescheitert. Dreimal glaubten die Russen bei Dubno durchkommen zu können, aber nach fabelhaften Verlusten mußten sie sich doch mit ihren bisher innegehabten Stellungen begnügen.

Wenn ich vom italienischen Kriegsschauplatz spreche, so muß ich zuerst feststellen, daß der Krieg zu einer Zeit erklärt wurde, als die Russengefahr bereits die Kräfte überschritten hatte. Die Italiener kamen zu spät. Und das war ein großes Glück für uns. Wir konnten dem Feinde bereits gewappnet entgegentreten. Hätten die Italiener früher begonnen, so wäre es für uns sehr schlecht gestanden. Südtirol war zu Beginn des Weltkrieges fast ganz von Truppen entblößt und am unteren Isonzo standen insgesamt, wie ich erfahren habe, nur wenige Bataillone. Die Italiener kamen aber noch einmal zu spät. Sie erklärten am 23. Mai den Krieg, ließen aber noch einmal zwei Wochen verstreichen, ehe sie die Feindseligkeiten begannen. Wir konnten uns in der Zeit noch prächtig verschanzen und unterdessen auch im unbewehrten Tirol die Standschützen ausbilden, die an die Grenze geworfen wurden, um den Feind aufzuhalten und sich in glänzender Weise bewährten. Uebrigens fand der erste italienische Angriff in Tirol erst im Juli statt. Dabei haben die Italiener fast an der ganzen Front, abgesehen vom feindlichen Feuer, noch die Schwierigkeit des Geländes zu überwinden. Nur an zwei Stellen konnten sie ihre Hebermacht ausnützen: am Isonzo und beim Plateau von Savarone. Doch an diesen Stellen erlegt die unvergleichliche Tapferkeit unserer Truppen die Zahl der Streiter.

Dreimal haben die Italiener versucht, ihren Spaziergang nach Wien zu beginnen. Mit Heldenmut sind sie gegen unsere Stellungen gerannt in drei sich stets vergrößernden Offensiven. Ja, zum Schluß stand der größte Teil der eineinhalb Millionen starken italienischen Armee vor unserer Isonzostellung. Mit Verzweiflung stürmten Hunderttausende gegen die Berge von Doberdo und Görz;

Alles war umsonst. Unsere Truppen wiesen stets die Stürme mit heldenhafter Ruhe ab und nun, nach einer halben Million Verluste, hebt Italien vor einer Offensive gegen sein eigenes Land.

Am aktuellsten ist zur Zeit der Balkankriegsschauplatz. Als im Oktober die Offensive gegen Serbien begann, da fragten sich viele: Haben wir nicht schon genug Kriegsschauplätze? Wozu noch einer? Die Gründe zu der Offensive sind aber sehr einleuchtend: Der Munitionsmangel der Türkei war schon sehr bedenklich geworden. Es war ja auch leicht zu erklären. Da Rumänien keine Munition durchließ, war die Türkei auf eigene Erzeugung angewiesen. Wenn aber weder Frankreich noch England allein ihre Munition zu erzeugen vermochten, so konnte man dies von der Türkei noch viel weniger erwarten. Es mußte also etwas geschehen, um den Türken, die sich als erste uns angegeschlossen hatten, beizuspringen. Und das konnte nur geschehen, indem man Serbien niederwarf. Es hatten sich also zwei Armeen unter General Köpck und Feldmarschall von Gallwitz an der serbischen Donaugrenze vereinigt, Bulgarien wurde gewonnen und erklärte einige Tage nach Beginn der Operationen gegen Serbien an dieses den Krieg. Außerdem hatten wir in Bosnien eine Kräftegruppe bereitgestellt und beurlaubt von Biograd aus die Gegner. So sahen sich diese von drei Weltgegenden aus angegriffen und wußten nichts Besseres zu tun, als sich vor der Hebermacht zurückzuziehen. Ihr tägliches Ende kennen wir.

Die Bulgaren hatten indessen einen Schachzug durch Mazedonien unternommen und dadurch die Verbindung zwischen den Serben und den Rettungstruppen der Entente unmöglich gemacht. Nach längerem Stillstand der Operationen wurde auch Montenegro gedemütigt und nun stehen unsere Truppen in Albanien, entschlossen, hier gegen den Feind vorzugehen, der uns die Adria verschließen möchte. Schon stehen die Bularen bei Skopje und wenn die Italiener nicht freiwillig das Feld räumen, dürfte es bald zum Kampfe kommen. Die am 2. Oktober in Saloniki gelandeten Entente-Truppen haben sich unterdessen daselbst fest eingerichtet, nahmen aber auf die Ereignisse in Serbien nicht den geringsten Einfluß. Sie rückten 50 bis 60 Kilometer nach Norden, doch da wendeten die Bulgaren die Front, vertrieben die Franzosen und Engländer von dem serbischen und bulgarischen Gebiet, um erst an der griechischen Grenze Halt zu machen. Es wäre ein Leichtes gewesen, gleich die Feinde zu der Zeit ins Meer zu werfen, doch hielt man sich zurück, um nicht vielleicht Griechenland herauszufordern. Die Engländer freuen sich der Ruhe und glauben durch eine gewaltige Befestigung Saloniki, das Ausfallstor in die Levante, für immer ihrem Besitze einverleiben zu können, doch die Aktionen der Mittelmächte lassen sich durch nichts beirren. Vorerst galt es Gallipoli vom Feinde zu säubern. Hier hatten sich die Türken in glänzender Art durch drei Vierteljahre des übermächtigen Angriffes erwehrt. Eine Flotte versenkter Panzer ruht vor dem Hellespont; hunderttausend Gräber gefallener Franzosen und Engländer wurden auf der schmalen Landzunge geschaufelt. Die stolzen Divisionen, die ganze ungeheure Flotte, die Beherrscherin der Meere, haben es nicht zustande gebracht, ins Marmarameer vorzudringen, und als die Verbindung zwischen Oesterreich und der Türkei hergestellt war, als die ersten Geschütze unserer Armee auf Gallipoli donnerten, da brachen die letzten Stützen englischer Herrschaft am thrakischen Chersones zusammen und damit auch die Hoffnung, von dieser Seite dem russischen Riesen wieder Leben zuzuführen.

Nun haben die Engländer um den Suezkanal Angst bekommen. Schon vor einem Jahre hatten die Türken eine Armee dorthin gezogen. Doch sie mußte wieder zurückgezogen werden, um die Verteidigung der Hauptstadt zu übernehmen. Indessen haben die Engländer ihre Stellung am Suezkanal sehr stark befestigt. Augenblicklich wird es kaum möglich sein, sie von dort zu vertreiben, da die Bahn zu diesem Kriegsschauplatz noch nicht ganz fertiggestellt ist. Es fehlt noch ein Stück Verbindung in Kleinasien-Syrien, während die Strecke von Palästina bis Sinai von Meiner Pascha vor kurzer Zeit vollendet worden ist. Wenn aber die Bahn ganz ausgebaut ist, dann werden auch die Festungen am Suezkanal unserer Artillerie kaum widerstehen können.

Von den anderen Kampfesstätten der Türkei ist die Kaukasus- und Trakfront zu erwähnen; beide sind wegen der geringen Kräfte, die dort beteiligt sind, kaum von Wichtigkeit. Von einiger Bedeutung in handelspolitischer Beziehung mögen die Kämpfe in Mesopotamien wohl sein, weil sich von dort, die aussichtsreichsten Verbindungen mit Indien über den Persischen Meerbusen anbahnen lassen. Niemals wird es aber dort zu größeren militärischen Machtentfaltungen kommen.

Wenn wir also die Lage zusammenfassen, so ergibt sich für uns ein glänzendes Bild. An allen Fronten unbefiegt, an vielen als Sieger treten wir der Zukunft entgegen. Was wird sie uns bringen? Mit einem müssen wir uns abfinden: Ausland und England sind zurzeit für uns unangreifbar. Wir müssen also dort zugreifen, wo es möglich ist.

Aber bei allem Jaunter, den uns der Krieg gebracht hat, haben wir doch auch tröstende Wahrnehmungen gemacht. Das ist: das frohe Erwachen unseres Vaterlandes und des Oesterreichertums und die Erkenntnis, daß unsere Soldaten die heldenmütigsten, die opferfreudigsten der Welt sind. Es ist ja auch klar, unsern Geist leitet nicht Herrschsucht, nicht Heimtücke und Falschheit, sondern einzig die heilige Liebe zur Heimat, zu unserem schönen Oesterreich. Aus diesem Bewußtsein heraus hat sich der Heldensinn unserer Armee entwickelt und solche Wunder vollbracht. Und, wir dürfen es uns nicht verhehlen, der Segen Gottes war immer mit uns! Ihm sei Dank und Preis und unserer Armee ein fröhliches Heil! Mit rauschendem Beifall schloß der Redner. Adjunkt Klieber dankte dem Referenten und schloß nach kurzer Debatte den Vortragsabend.



17. II. 1916

## Deutschlands Kriegsziel / Von Houston Stewart Chamberlain.

(Schluß.)

Ueber England ins Klare zu kommen, ist für den Deutschen nicht leicht. Die Unwissenheit des Volkes läßt sich mit der russischen vergleichen; namentlich aber spottet die Unbildung der „gebildeten“ Stände aller Beschreibung; dagegen ist — im genauen Gegensatz zu Rußland — der Charakter außerordentlich entwickelt: das feste Selbstvertrauen, die Lust zu selbständigem Handeln, die Anlage, durch bloße Willenskraft sich Behorsam zu erzwingen. Der Engländer besitzt die wunderbare Kunst, auch aus dem, was ihn beschränkt, Kraft zu schöpfen; daher das Abgerundete, Auf sich selbst Gestellte. Wohin bei Mißleitung und Mißbrauch dieser Gaben ein Volk kommt, sehen wir jetzt; doch die Kraft selbst ist einmal da, sie betätigt sich auf der ganzen Erdoberfläche. Ein einziges Mittel gibt es, sie in Schranken zu weisen: ihr gegenüber muß sich eine andere Willenskraft aufrichten, eine gewaltige Kraft, gegen welche die englische überall anrennt und sich die Knochen bricht. Jede tatsächliche Leistung nötigt dem Engländer unbedingte Hochachtung ab; da er aber rein geistige Leistungen nicht zu erkennen vermag, so müssen es handgreifliche sein. Die Leistungen Deutschlands in Technik, Industrie und Handel hat England so hoch einzuschätzen gewußt, daß es kein Heil für sich sah außer in der völligen Vernichtung des Nachbarn. Wenn ich Verständnis für einen bitteren Scherz voraussetzen darf, so will ich sagen: England bekriegt Deutschland aus Hochachtung. Die Franzosen befeuert einzig Rachsucht; die stupide Vändergier der Moskowiter verschluckt jede Beute mit gleichem Appetit; die Engländer dagegen heßt der Reiz: sie wittern den Rivalen und fürchten ihn. Nicht mit Unrecht war der Engländer gewohnt, sich als Herr der Welt zu fühlen. Dieses Gefühl beruhte nicht — jedenfalls nicht in erster Reihe — auf der Anzahl der mittelbar und unmittelbar angegliederten Geviertmeilen und der fast an die halbe Milliarde reichenden Menschenschar, die sich zur englischen Oberhoheit bekennt, vielmehr auf dem Bewußtsein der inneren Kraft, der Kraft des Willens, die einem kleinen Inselvolk die Unterjochung eines Drittels der gesamten Menschheit möglich gemacht hat. Im Verhältnis zum Reich ist selbst die englische Flotte klein. Diese Herrschaft Britanniens ist auf innerer Grundfesten aufgebaut gewesen: auf Stoßkraft und Haltekraft des Willens, auf Fleiß, auf kühnem Wagegeist, auf rücksichtsloser Konsequenz. Der Engländer ist vor keiner Grausamkeit, vor keiner Unmoralität zurückgeschreckt, ist aber auch selber vor keinem Wagnis, vor keinem Tode zurückgebebt; es gab nichts, was er nicht wagte; Jünglinge von einigen zwanzig Jahren haben — als bestellte „Berater“ asiatischer Fürsten — allein unter Millionen „Farbiger“, von Haß und Mordsucht rings umgeben, ganze Reiche verwaltet, umgestaltet, und nach und nach unter englische Hererrschaft gebracht. . . . Dies nur als Andeutung und Beispiel. Ueber diese englische Welt-herrschaft mag man denken wie man will — ich meinerseits halte sie für grundunsittlich und darum verderblich, außerdem aber überhaupt für veraltet und daher der Zukunft, in die wir im zwanzigsten Jahrhundert eintreten, nicht angemessen noch gewachsen — immerhin ist folgendes sicher: über eine so un-

erhörte Entwicklung der kosmischen Gewalt, genannt „Mensch“, vermag einzig eine noch mächtigere Entwicklung derselben Gewalt zu siegen, und das wird nur eine sein können, bei der das charakteristische Organ des Menschen — der Geist — nach allen Seiten tiefere Wurzeln geschlagen hat und insofgebeßen sich üppiger entfaltet. Ohne Willen läßt sich bei uns Menschen nichts machen; einem ebenso starken Willen wie dem seinen, gepaart mit reiferem Geiste, muß der Engländer notwendig unterliegen.

Damit glaube ich das Kriegsziel, was England betrifft, in seiner Tiefe erfasst und deutlich genug bezeichnet zu haben.

Hier erleben wir aber traurige Dinge, geeignet, das Vertrauen auf die Zukunft des Deutschland zu erschüttern; denn gerade am Willen, am Glauben, an dem Bewußtsein, daß der Geist weitaus die gewaltigste Gewalt auf Erden ist, fehlt es in Deutschland vielfach. Ich schlage z. B. eine Flugschrift von Franz v. Liszt auf aus der Reihe „Zwischen Krieg und Frieden“ und finde da die These, Deutschland sei keine Weltmacht und könne es nie werden, sondern müsse sich damit abfinden, für alle Zeiten bescheiden hinter England, Rußland und den Vereinigten Staaten einherzumarschieren. Es heißt da wörtlich:

„Wir werden gut tun, uns diese Tatsache immer und immer wieder vor Augen zu halten!“ Da soll mir nur einer sagen, wozu Deutschland eigentlich Krieg führt und Hunderttausende seiner Söhne aufopfert! Um den Preis eines solchen Bekenntnisses schließt England gleich morgen den Frieden, nimmt Deutschland unter seine schützenden Flügel und kehrt sich ohne Zaudern gegen Rußland und Frankreich. Wenn Deutschland sich nicht bewußt ist, von Gott eine Weltmission überkommen zu haben, wenn Deutschland so wenig Vertrauen auf die unüberwindliche Macht seiner Organisations- und Leistungsfähigkeit setzt, wenn es sich nicht getraut, mehr und anderes zu leisten als das kleine, weltbeherrschende Inselvölkchen geleistet hat, wenn es mit Franz v. Liszt — und unter Mißachtung aller Lehren der Weltgeschichte — die Bedeutung der Völker nach Geviertkilometern und Kopfszahl einschätzt, da freilich ist nichts zu wollen, nichts zu hoffen, und es war eine verbrecherische Torheit, den Krieg aufzunehmen, anstatt sich von vornherein den „Weltmächten“ England und Rußland gehorsam unterzuordnen, wobei die von einem ordentlichen Universitätsprofessor tek und groß-schnauzig regierte dritte Weltmacht ohne Zweifel ihre Vermittlung gern angeboten hätte. Mit solchen Kläglichkeiten wird man freilich nicht weit kommen. Zwischen Deutschland und England steht heute die Sache so: entweder du oder ich. Sagt der Deutsche „du“, so ist's aus mit dem Deutschland — für immer; England kennt keine Rücksichten. In Wirklichkeit besitzt aber Deutschland die Mittel, „ich“ zu sagen und „ich“ durchzusetzen: dies ist sein Kriegsziel. Nicht im entferntesten denke ich hierbei an eine zu erstrebende Zertrümmerung des britischen Weltreiches und dergleichen; selbst wenn Deutschland zu dergleichen Unternehmungen gewappnet wäre, so lägen sie weder in seinem praktischen Interesse, noch in der Richtlinie seiner Ideale; davon ist gar keine Rede.

Was eben geschehen muß, ist die siegreiche Behauptung von Deutschlands Willen gegen Englands Willen; Englands Arroganz muß gebrochen werden, gedemütigt; England muß anerkennen, daß Deutschland ihm überlegen ist. Dies kann nicht mittelbar, sondern muß unmittelbar geschehen; und ich weiß: es ist möglich und der Sieg ist sicher. Von dem Augenblick an wird ein Umschwung auf der ganzen Welt stattfinden und Deutschland wird sehr schnell — vielleicht in weniger als einem Jahrhundert — die ausschlaggebende Weltmacht werden, Hüter und Hort des Weltfriedens. Niemand darf fragen, wie lange der Krieg dauern wird; es geht ja um alle Zukunft. Doch soviel ist sicher: je rücksichtsloser, um so kürzer wird er sein, um so menschlicher. Der Engländer war nie zaghaft; ist es der Deutsche heute, so ist er verloren; bleibt er blind für das, was auf dem Spiele steht, so unterliegt er. Dahingegen die rücksichtslose Entfaltung aller vorhandenen Machtmittel, die unumwundene Bekenntnis zu dem spezifisch deutschen, unenglischen und antienglischen Staats- und Lebensideal, das rücksichtslose Durchsetzen desselben auf allen Gebieten mit der Zeit auch die Engländer gewinnen und sie zu Freunden Deutschlands umschaffen wird. Infolge der augenblicklichen Weltlage und aller politisch-sozialen Verhältnisse ist das noch stark vertretene germanische Element in England unterdrückt, irreführt, mundtot gemacht; siegt das deutsche Ideal, so findet auch dort gewiß eine Umwälzung statt. Was uns allen als Kriegsziel hier vorschweben sollte, hat Goethe buchstäblich genau bezeichnet:

Und gedächte jeder wie ich, so stünde die Macht auf  
Begen die Macht, und wir erstreuten uns alle des Friedens.

Als ich vorhin einem Freunde vorstehende Ausführungen über Deutschlands dreifältiges Kriegsziel in der Skizze vorgelesen hatte, rief er aus: „Sie haben Recht! Wo aber erblicken Sie den deutschen Staatsmann, der einer solchen Aufgabe gewachsen wäre?“ Da stand ich schweigend auf, holte den abgegriffenen 63. Band der Erlanger Lutherausgabe vom Bücherbrett herunter, schlug die mir wohlvertraute Seite 356 auf und las: „Über es gehört dazu ein trefflicher Mann, der ein Löwenherz habe, unerschrocken die Wahrheit zu schreiben . . .“ Nicht allein nur die Wahrheit zu „schreiben“ und zu reden, zu allermeist um sie in die Tat umzusetzen, dazu gehört freilich ein trefflicher Mann, der ein Löwenherz hat. Wie viele solcher Männer Deutschland besitzt, hat uns der Krieg von neuem offenbart: in den feindlichen Armeen ist nicht ein einziger Mann von Bedeutung sichtbar geworden; im deutschen Heere dagegen stand an jedem Orte, wo die Gelegenheit seiner bedurfte, sofort der rechte Held da; nur wenige hatten glänzende Stellen bekleidet, doch sobald die Not rief, traten sie aus dem Schatten schlichter Pflichterfüllung und vollbrachten unsterbliche Taten. Ebenso sind die Staatsmänner gewiß vorhanden; es muß nur erst die Not allgemein empfunden werden. Das oberste Kriegsziel wird erreicht sein, sobald Deutschlands Not den trefflichen Mann geschaffen haben wird, den unerschrockenen und unerschreckbaren, mit dem Löwenherz.



## Volkswirtschaft.

### Englands „Krieg nach dem Kriege“.

Von L. Leonhard.

Wien, 16. Februar.

Trotz aller gegenteiligen Behauptungen spüren es die Engländer in allen Knochen, daß sie den Krieg nicht gewinnen werden. Selbst eine „Remis“ würde die britische Volkspsychologie als keine gewonnene Partie betrachten. So wird es denn nötig, schon jetzt alle Hebel in Bewegung zu setzen, um Deutschland und seinen „Vasallenstaaten“, wie man in Albion uns, Bulgarien und die Türkei bezeichnet, die Freuden eines Sieges in Bitterkeit zu wandeln, den militärischen Triumph durch ein wirtschaftliches Fiasko zu „erdrosseln“. Befamiliat ist vor kurzem in London mit außerordentlichem Tam-Tam die „Anti-German League“ begründet worden, um nach Friedensschluß (Friede — welcher Hohn in solcher Auffassung!) die Zentralstaaten wirtschaftlich zu drücken, zu demütigen, zu boykottieren, ja zu zertreten! Dieses Bedürfnis wird andererseits auch durch die grenzenlose Angst vor den Mittelmächten jetzt diktiert, und zu wiederholten Malen haben ja Asquith und Bunciman im Unterhause auf furcht- und neiderfüllte Fragen Auskunft erteilen müssen, die ihnen gewiß viel Kopfzerbrechen und Unbehagen verursacht hat. „Der Krieg nach dem Kriege“ wird immer mehr zum neuen Schlagwort und scheint sich als kein übles Ablenkungsmittel von der so erfolglosen Gegenwart, vom Bankrott aller Aushungerungspläne zu erweisen.

Ein solcher Geist offenbart sich ganz besonders in „Kelly's Monthly Trade Review“. Diese in London erscheinende angefehene und einflussreiche Monatschrift betrachtet es nunmehr als ihre höchste und vornehmste Aufgabe, Old England schon jetzt, während des Krieges, zu dem Handelskrieg nach dem Kriege gegen die Zentralmächte mit allen Mitteln anzustacheln. Sie versucht gewissermaßen schon heute, gewaltige Schlachten vorzubereiten und dafür die denkbar schwersten Geschütze aufzustellen. Die Äußerungen in ihrem Januarheft sind so bezeichnend, daß sie — zumindest auszugsweise — festgenagelt werden müssen. Sonnenklar lassen sie erkennen, daß dieser Krieg von Seiten Albions ein ausgesprochener Konkurrenzkampf ist. Deutschland muß umgebracht werden, erst im militärischen Sinne, und nach dem Friedensschlusse, der natürlich weitaus zugunsten der westumspannenden Britannia ausfällt, wirtschaftlich. Gleichzeitig aber taucht ein neues, höchwichtiges Moment auf. Albion entdeckt zu seinem peinlichsten Unbehagen, daß, nachdem es nach unjäglichen Mühen den deutschen Konkurrenten endlich abgeschlachtet, ein neuer Gegner auf den Plan tritt, um ihm den Siegesrausch und Siegesnügen zu vergällen. Auf dem erhofften und ersehnten Leichnam des Riesen Germany pflanzt sich triumphierend — Onkel Sam auf und erfreut sich, Englands Handelsaussichten zu bedrohen! Nach der Niederschmetterung Deutschlands und dem Siege leuchtendster Humanität über die finstere Barbarei ist es Amerikas Konkurrenzmacht, vor der „the old country“ zu beben und zu zittern anhebt!

„Kelly's Monthly Trade Review“ erklärt, die am 30. November 1915 unterzeichnete Vereinbarung zwischen der britischen, französischen, italienischen, japanischen und russischen Regierung, keinen Separatfrieden zu schließen, genüge noch lange nicht. Das Abkommen zeige zwar den festen Willen der fünf Mächte, den Krieg zu gewinnen (1), aber nicht minder nötig sei es, Deutschland auch auf dem Weltmarkt aufs Haupt zu schlagen, und der Krieg würde vergeblich sein, wenn gleichzeitig Deutschlands Handel nicht gänzlich lahmgelegt, „erdrosselt“ würde. Nur dadurch könnte man seine zukünftige Kriegsmacht „verkrüppeln“ (1). Diese Ansicht stimmt vollkommen mit dem Tenor der englischen Tagespresse überein. Hiezu tritt das folgende Verlangen eines führenden Londoner Blattes: „Wir fordern, daß die weltberühmte, ausgezeichnete Qualität britischer Waren, unsere so hochgeschätzten, gradsinigen Geschäftsmethoden durch einen modernen Handelsbetrieb, durch eine moderne finanzielle Ausrichtung und Finanzgebarung und besonders durch ein weitgehendes Zollabkommen mit unseren Alliierten unterstützt und gefördert werden.“ Ohne oder nur mit einem beschränkten Handel könne nun Deutschland keinen Wohlstand anhäufen. Und es liege im Interesse der Alliierten, Deutschland zur Verarmung zu bringen. Hieron hänge in erster Linie das zukünftige Wohl und Wehe Großbritanniens ab.

Allerdings ist man sich bereits heute der immensen Schwierigkeiten einer Einigung allein zwischen England, dem Mutterlande, und den englischen Kolonien Indien, Kanada, Südafrika, Australien usw. bewußt. Zahllose neue Verträge nicht nur zwischen dem Mutterlande und den Kolonien, sondern auch zwischen den Kolonien untereinander werden nötig sein. Dazu gesellen sich die Abkommen jeder einzelnen Kolonie mit jeder einzelnen alliierten Macht. Hiebei müssen geradezu unabsehbare Sonderinteressen gründlichst in Erwägung gezogen und nach Möglichkeit berücksichtigt werden — wieder ein immens schwieriges Beginnen. Dennoch stellt die führende Londoner Handelspresse im Augenblick die folgenden drei Forderungen als „die eine große kommerzielle Aufgabe des Jahres 1916“ auf:

1. Vorzugszölle für jedes einzelne zum British Empire gehörende Besitztum.
2. Reziprozität zwischen den verschiedenen unter dem Namen „Alliierten“ verbündeten Nationen.
3. Eine „feindliche Zollmauer“ gegen Englands Feinde.
4. Ein „System mäßiger Zölle“ zwischen den Alliierten und den Neutralen.

Es stünden hierbei England, Rußland, Frankreich, Italien, Belgien, Portugal (1), Serbien und Montenegro (1) gegen Deutschland, Oesterreich-Ungarn, Bulgarien, die Türkei, ferner gegen die Vereinigten Staaten und die übrigen neutralen Länder. Die Scheidung in „Amerika“ und die „übrigen neutralen Länder“, ihre Betrachtung als Gegner, trotzdem sie mit einem „System mäßiger Zölle“ begünstigt werden sollen, ist überaus bezeichnend. Noch bezeichnender jedoch ist die Forderung in „Kelly's Monthly Trade Review“, daß London nach dem Kriege nicht nur neuerlich der finanzielle und kommerzielle Mittelpunkt der Welt werden, sondern daß es dann an den zwei Milliarden Livres Sterling des Welthandels mit dem weitaus höchsten Betrage beteiligt sein müsse, mit einem weitaus höheren als seinem Umsatz von nur einer Milliarde vor dem Kriege! Trotz Amerikas Absichten müsse London das internationale Finanzzentrum und das Clearinghaus der Welt bleiben (1).

Da England, behaupten die Finanzkreise weiter, seine Alliierten mit Geld und Material außerordentlich unterstützt hat, so müssen auch die Einfuhrzölle der alliierten Staaten auf britische Produkte allerseits herabgesetzt werden, während die Einfuhr von Waren aus Deutschland und seinen „Vasallenstaaten“ durch hohe Zölle von Seiten aller Alliierten ganz besonders erschwert werden soll. Dieser vorsorglichen Schlaueit Englands kann man unmöglich den Respekt versagen. Alles für sich, Kisenexport nach den Staaten der Alliierten. Verhinderung jeglichen Imports von Seiten der Mittelmächte nicht nur nach dem britischen Reiche, sondern auch in die Länder seiner Verbündeten. Die Verbündeten sind dann mehr oder weniger auf Albion angewiesen. Die Mittelmächte aber ersticken sozusagen in ihren eigenen Fabriken, die sie nicht an den Mann zu bringen vermögen. Die Londoner Presse ist von diesem Plane so begeistert, daß führende Blätter sofortige Maßnahmen fordern, wodurch „unmittelbar nach Unterzeichnung des Friedens die Alliierten eine Mauer von Schutzzöllen aufrichten, die die Zentralmächte unmöglich übersteigen können“.

Den Feststellungen der genannten Monatschrift zufolge setzte Deutschland im Handel mit England allein jährlich 80 Millionen Livres Sterling um, wozu außer vielen anderen Kolonien 5 Millionen mit Indien, 2 Millionen mit Ägypten, 22 Millionen mit Südafrika, 750.000 mit Britisch-Westafrika, 438 Millionen mit Australien und 27 Millionen mit Kanada kommen. Oesterreich-Ungarn setzte mit England selbst 10 Millionen Livres Sterling und außer vielen anderen Kolonien mit Indien 25 Millionen und mit Ägypten 13 Millionen um. Es würde sich also glänzend lohnen, diese gewaltige Konkurrenz aus dem Feld zu schlagen. Aber die britischen Handelskreise, die diese gefährliche Konkurrenz vernichten wollen, scheinen ihre englischen Geschäftsleute und nicht minder die der „Alliierten“ gründlich zu kennen. In „Kelly's Trade Review“ heißt es diesbezüglich wörtlich: „Die deutschfeindlichen Gefühle, gesteigert durch Deutschlands entsetzliche Grausamkeiten, werden viel dazu beitragen, die Handelstendenzen zugunsten der Alliierten zu beeinflussen. Aber es ist nicht weise, sich in Geschäftssachen zu sehr auf Gefühle zu verlassen.“ Daher müsse der Stier gleich jetzt bei den Hörnern gepackt werden. Deutschland führe in gewaltigen Mengen Rohmaterialien ein. Diese dürfe man ihm unter keiner Bedingung liefern, damit es keine Fabrikate erzeugen und verkaufen könne. Dadurch wieder würde Deutschlands „Erholung“ außerordentlich verzögert werden. Je mehr Rohstoffe England an Deutschland verkaufen würde, umso weniger Fabrikate könnte England an Deutschland absetzen. Nun aber fordern die Mitglieder der „Anti-German League“ zweierlei: Erstens dürften keine Fabrikate der Zentralmächte nach Großbritannien herein, d. h. enorm hohe Schutzzölle müßten dies verhindern; und zweitens würde gleichzeitig Albion die Mittelstaaten zwingen, seine, d. i. Albions Fabrikate ohne Schutz Zoll hereinzulassen! Diese unerhörten „Friedensziele“ sind so recht ein Produkt echt britischen Größenwahnes, des echt britischen, unverfälschten Snobismus. Denn ganz abgesehen davon, daß nicht die Regierung in Downing Street die Friedensbedingungen diktiert wird, ist wohl noch nie ein besiegter Gegner so gedemütigt worden, daß man ihm einerseits mit den raffiniertesten Mitteln der Weltgeschichte jede, oder wenigstens die wesentlichste Ausfuhr abschnitt, und ihm andererseits seine Eigenindustrie gänzlich zertrat, indem man ihn wieder mit den denkbar raffiniertesten Mitteln zwang, ausländische Fabrikate hemmungslos zu seinem sicheren Ruin hereinzulassen! Es ist also nicht genug, daß Albion militärisch wider uns eine ganze Welt in Waffen aufrief. In seiner ungeheuerlichen Konkurrenz- und Rachsucht soll der Krieg über den Frieden hinaus fortgesetzt, ja noch viel erbitterter weitergejocht werden! Die Verschrobenheit und Versteiegenheit britischer Haßgefühle hat hier einen schwindelnden Höhepunkt erreicht, nicht minder aber der englische Snobismus, der sich darin voll trauriger Lächerlichkeit offenbart. Sein wirtschaftlicher Standpunkt erinnert lebhaft an die Aufteilung und Verfügung deutscher, österreichisch-ungarischer und türkischer Länder gleich zu Beginn des Krieges.

Die größte Schwierigkeit jedoch, das Mutterland und die britischen Kolonien zum gemeinsamen wirtschaftlichen Kampfe gegen die Zentralmächte nach Friedensschluß aufzurufen, erblickt man schon jetzt in der Rivalität der einzelnen Kolonien untereinander, in der Rivalität zwischen England und den Kolonien, und in der Rivalität zwischen den Kolonien und den jetzigen Alliierten. Es mangle aber im Augenblick nicht an vielem „guten Willen“, und die Kolonien hätten seit Beginn des Krieges einen derart glühenden Patriotismus an den Tag gelegt und die britische Regierung auch durch die Tat nach besten Kräften unterstützt, daß der Zusammenschluß

gelingen werde. Deshalb müsse man sofort mit aller Energie an die Bildung eines geeigneten, einflussreichen Sachverständigen-Komitees aus führenden Kaufleuten und Fabrikanten schreiten, und dieses Komitee müsse von der Regierung auf jede Weise tatkräftig unterstützt und gefördert werden. Es müsse sich aus Repräsentanten des Mutterlandes, der Kolonien und sonstigen überseeischen Besitzungen zusammensetzen, und mit den Vertretern der Regierung und ähnlichen Komitees aller übrigen alliierten Staaten in fortwährender Verbindung stehen. Diese Komitees müßten dann auch bei den Friedensunterhandlungen von den betreffenden Regierungen nicht nur zu Rate gezogen werden, sondern auch Stimmen haben. Schon jetzt schließe sich Deutschland zu wirtschaftlichen Zwecken mit seinen Verbündeten furchtbar mächtig zusammen, es möge England und den Alliierten zum Beispiel dienen! Seltsam; nicht nur militärisch, auch wirtschaftlich wird der verhasste „Barbar“ und anfangs verhöhrte Gegner als leuchtendes, nachahmenswertes Muster aufgestellt!

(Ein Schlusssatz folgt.)



# Rundschau

Politik  
aller Stände



ert), durch  
ang unter  
uh gebiete,  
Pfenning.  
10 Pfenning

Anzeigenpreise: Grundpreis der 6gespaltenen Kleinzeile oder deren  
Raum im Morgenblatt 60 Pfenning (Stellengruppe 30 Pfenning) die  
Zeile, im Abendblatt sowie in der Montagsausgabe 75 Pfenning die  
Zeile. Reklamen: Die 3gespaltenen Zeile 2,50 Mark.  
Verlag der Täglichen Rundschau G. m. b. H. in Berlin SW. 68.

36. Jahrgang

## U-Bootverband besetzt. eingegenommen.

### Englands Amerikapolitik und der U-Boot-Krieg.

Von Dr. Paul Rohrbach. \*)

1.

In der englischen Presse wird die Verständigung zwischen Deutschland und Amerika über den „Lusitania“-Fall als bevorstehend behandelt. An sich wäre das noch kein Argument, den Fall in der Tat als erledigt anzusehen, aber die letzten Nachrichten aus Amerika führen in dieselbe Richtung, und auch die Andeutungen unserer Behörden lassen die Einigung erwarten. Kommt es tatsächlich zu einer solchen, so würde sich fragen, ob die englische Politik damit einen Misserfolg erlitten hat oder ob, wie manche in Deutschland glauben, England gerade dadurch an das Ziel seiner Bemühungen gelangte. So sonderbar es klingt, man kann in der Tat die Frage stellen, ob der amerikanisch-deutsche Krieg oder der amerikanisch-deutsche Frieden für England erwünschter ist. Kommt es nämlich zum Krieg, so wäre die Folge, daß die Unterseebootschiffe von uns viel rücksichtsloser gehandhabt werden könnten, als wenn der Frieden zwischen uns und den Amerikanern erhalten bleibt. Umgekehrt würden im letzteren Falle unsere Zusicherungen Amerika gegenüber uns die bekannten Rücksichten auferlegen.

Für die Beurteilung der Frage, ob wir der Beilegung des Konflikts mit Amerika uns freuen sollen oder nicht, wird es wichtig sein festzustellen, mit welchen Hoffnungen und Befürchtungen England bisher die amerikanisch-deutschen Verhandlungen begleitet hat. Daraus wird sich zeigen, ob England in der Tat die Fortdauer der amerikanisch-deutschen „Neutralität“ und die gemilderte Form des U-Boot-Krieges, die es von ihr erwartet, als das ihm vorteilhaftere diplomatische Ergebnis betrachten würde, oder ob es sich größeren Nutzen von einem amerikanisch-deutschen Kriege trotz der damit verbundenen erhöhten U-Boot-Gefahr versprechen würde.

Die Vertreter einer bestimmten politisch-militärischen Richtung bei uns machen sich Sorge darüber, unsere Politik laufe Gefahr, aus diplomatischen Gründen ein militärisches Machtmittel nicht voll auszunutzen. Von dieser Seite wird stets aufs neue mit ebenso großer Aufrichtigkeit wie Wärme der Beweis versucht, England wolle uns die Verständigung mit Amerika zur Erleichterung seiner eigenen maritimen Lage ablisten. Demgegenüber wollen wir im folgenden unternehmen, den Gegenbeweis zu liefern, daß alle Zeugnisse dafür sprechen: England wünscht den amerikanisch-deutschen Krieg, statt ihn zu fürchten. Dabei sind wir uns selber klar, daß Englands Meinung über die Nützlichkeit oder Schädlichkeit einer amerikanisch-deutschen Verständigung für die Entschliehungen unserer Staatsmänner zwar ein wichtiger, aber kein ausschlaggebender Faktor ist, denn England ist weniger als wir im Besitze der marinetchnischen Unterlagen, um danach beurteilen zu können, was es bei einem hemmungslosen U-Boot-Kriege zu befürchten hätte. Trotzdem ist es wichtig, über die englischen Wünsche Klarheit zu haben.

Den Ausgang unserer Erörterung muß die Wilsonsche Note an Deutschland vom 24. Juli 1915 bilden. Sie kam der englischen Presse ganz unerwartet, und während deren Äußerungen über Fragen auswärtiger Politik heute gut diszipliniert sind, gerieten die Zeitungen damals in direkt-

\*) Wir geben den inhaltsreichen und erwägenswerten Ausführungen des bekannten Politikers Raum, ohne uns seiner Auffassung anschließen zu können. Wir teilen nach wie vor die Sorge, daß unsere Politik Gefahr läuft, „aus diplomatischen Gründen ein militärisches Machtmittel nicht voll auszunutzen“ und daß Amerika die Verhandlungen hinzieht, um England den Unterseeboot-Handelskrieg zu ersparen. Sollte sich der heute von der „Frankf. Jtg.“ gemeldete Aufschub der Torpedierung bewaffneter Rauffahrtsschiffe bis zum 1. April wirklich bestätigen, so würden wir darin eine Bestätigung unserer Ansichten sehen. Rohrbach bringt der amerikanischen Diplomatie größeres Vertrauen entgegen, als wir es zu tun vermögen; die nächste Woche schon muß die Probe auf das Exempel liefern. Jedenfalls werden die materialreichen, wertvollen Darlegungen des Verfassers zur Klärung der Frage beitragen.  
Die Schrift. der „Täglichen Rundschau“.



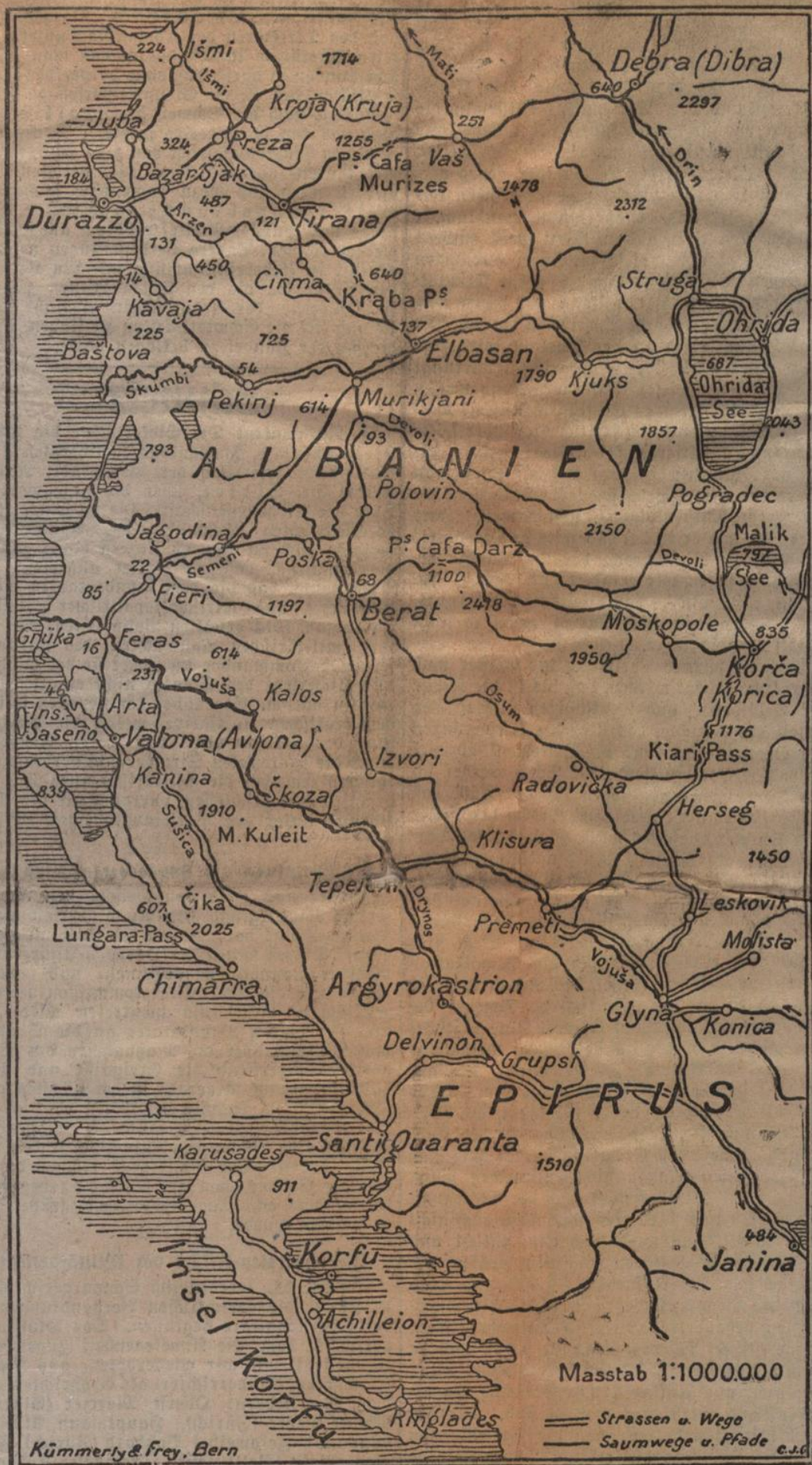
### Zur Kriegslage

Nach der Eroberung von Erzerum. Die Lage in Albanien (mit Karte). Die Oesterreicher in Kavaja. Die Serben auf Korfu. Im Operationsraum von Saloniki. Der Eindring von der Eroberung Erzerums. Die Lage an der Front. Der Angriff auf Ostafrika. Deutscher Angriff bei Ipern. Verschiebungen der Russen. Ausblick.

Zwei Feldzüge werden jetzt mit Erfolg angriffsweise geführt, und zwar der Feldzug der Russen im Kaukasus und Armenien, der die Eroberung von Erzerum zur Folge gehabt hat — die Entwicklung ist gestern dargestellt worden, — und der Feldzug der Oesterreicher und Bulgaren in Albanien. Die Operationen in Albanien waren am 16. Februar soweit zu übersehen, daß man die konzentrische Offensive von Juba und Bazar Sajt gegen Durazzo verlegen konnte. Nun trifft die Meldung ein, daß die dritte Angriffskolonne, die sich von Südwesten her bewegte, Kavaja erreicht habe. Aus unserer Kartenskizze ist ersichtlich, in welchem Maße die Verteidigung von Durazzo dadurch bedroht wird. Schützt sie im Norden noch die Lagune vor unmittelbarer Annäherung des Feindes, so muß sie nun im Süden, abgesehen von den Geländehindernissen, auf die Flotte zurückgreifen, die in der Lage ist, die Straße Kavaja-Durazzo ein Stück weit mit dem Feuer ihrer Geschütze zu bestreichen. Es bleibt abzuwarten, ob die Streitkräfte, die noch in Durazzo versammelt stehen, sich zu einer verzweifelten Verteidigung der Stadt vorbereiten, oder ob sie vorziehen, sich einzuschiffen. Ein Durchbruch nach Süden zu Lande wird kaum noch möglich sein. Die Offensive gegen Valona liegt noch im Dunklen. Es ist klar, daß die Operationen gegen Durazzo weiter vorgeschritten sein müssen, ehe der Angriff auf Valona angelegt werden kann. Bekannt ist nur, daß bulgarische Kräfte gegen Fieri vorgezogen sind und dadurch die Hand auf die Verbindungen Valonas mit dem Norden gelegt haben.

Valona selbst ist zur Verteidigung wohl geeignet, da es von jäh ansteigenden Höhen umgeben ist, die einen Fortsgürtel ersetzen. Durazzo und Valona sind Defensivbasen. Durazzo hatte diesen Charakter von jeher, Valona war von den Italienern zuerst als Stützpunkt an der albanischen Küste betrachtet worden; es zur Offensivbasis zu machen, um von dort rechtzeitig gegen Berat und Ohrida vorzudringen, haben weder Zeit noch Kräfte gereicht. Auf Korfu soll inzwischen die serbische Armee neu gebildet worden sein. Daß noch anscheinliche Reste serbischer Mannschaften und der wehrfähigen serbischen Bevölkerung in die albanischen Berge gekommen sind, ist als sicher anzunehmen; auch ist die Neuausrüstung der Truppe durch die Entente nicht in Zweifel zu ziehen; dagegen kann man über Stärke und Gliederung des Refugianten-Heeres skeptischer denken, und ich möchte ihre Streiterzahl bis zum Beweise des Gegenteils auf etwa 50.000 bis 60.000 Mann setzen. Auch das ist jedoch ein gewisser Einfluß auf die Lage, und da diese brave kleine Armee offenbar vollständig zur Verfügung der Entente steht, so kann sie, falls sie bereits marschfähig ist, nach Belieben verwendet werden. Die Frage, ob die Truppen an der albanischen Küste, sei es in Santi Quaranta, sei es bei Valona, ausgeschifft, oder nach Saloniki verbracht werden, wird wohl von militärischen und politischen Erwägungen abhängen, die noch nicht zu einer Entscheidung geführt haben. Das griechische Problem liegt ja immer noch ungelöst.

In und vor Saloniki ist die Lage unverändert. Die gewaltsamen Erkundungen der Verteidiger haben eher aufgehört. Dafür ist man um so eifriger mit dem Ausbau der besetzten Stellungen beschäftigt und hat nun auch — etwas spät — für eine Sicherung der linken Flanke zu sorgen begonnen. Französische Vortruppen sind über den Wardar gegangen, vermutlich um in der Richtung Boden a Befestigungen anzulegen. Die linke Flanke des Operationsraumes von Saloniki ist nicht so gut zu bedenken wie die rechte, welche durch die Halbinsel Chalkidike und den Golf von Orfano sichergestellt wird. Zwar kann die linke Flanke durch Verlängerung der Verteidigungslinie nach Westen vor kurz angelegter Umfassung bewahrt werden, eine von Monastir über Florina-Banica angelegte strategische Umgehung aber könnte der Verteidigung sehr unangenehm werden und fände schließlich nur an



die erste Linie der englischen Verteidigung eine Strecke weit eingedrückt hat. Im Osten sind immer noch Verschiebungen hinter der russischen Front im Gange, die sich sowohl am rechten als auch am linken Flügel nachweisen lassen. Mit dem kommenden Frühling und einer Auftrübung der Wege werden sich gewaltige Entscheidungen im Osten wie im Westen, sei es von Seiten der Zentralmächte, sei es von Seiten der Entente, wohl nicht mehr länger umgehen lassen. H. St.

den großen Sümpfen nordöstlich Karafieri ein starkes natürliches Hindernis. Bei allen Operationen in und aus der Richtung Monastir kommt es indes auf die Haltung Griechenlands an, da immer noch zweifelhaft ist, wo jetzt eigentlich die Demarkationslinie läuft, die das von der griechischen Armee besetzte neutrale Gebiet von Sarrails Operationsgebiet scheidet. Die Frage, ob ein Angriff auf Saloniki unmittelbar bevorsteht, läßt sich nicht beantworten, doch legt die Entwicklung der Operationen in Albanien den Gedanken nahe, daß zuerst der albanische Feldzug beendet werden soll. Der Militärkritiker des „Temps“ versucht inzwischen immer wieder Saloniki in eine Offensivbasis umzuwandeln, indem er Sarraill zum Angriff treibt, bis jetzt aber keine Gegenliebe gefunden. Die Verteidigungsstärke Salonikis zu erhöhen, ist vorläufig Sarraills vornehmste Sorge.

Daß die Meldung von der Eroberung Erzerums im nahen Orient moralischen Eindruck machen wird, ist nicht zu bezweifeln. Ueber den Fortgang der Operationen in Armenien verlautet noch nichts Neues, doch hat der vollständige Durchbruch des türkischen Zentrums voraussichtlich den Rückzug der Türken auf beiden Flügeln zur Folge. Wie gestern bereits ausgeführt, müssen sie die zurückliegende Linie Trapezunt-Erzingian-Diarbekr unter allen Umständen behaupten. Auch von

der Front ist keine Nachricht mehr gekommen. Türkische Irreguläre scheinen dort die englischen Verbindungslinien bis Korna erheblich zu bedrohen und durch Uebersälle zu wirken. Der Entschluß von Kutele-Amara ist jedenfalls noch nicht vollzogen, die Operationen noch in der Schwebe.

Nachdem die Verteidigung von Kamerun unter dem Druck des konzentrischen Angriffs englischer, französischer und belgischer Kräfte aufgegeben worden ist, und die Reste der deutschen Schutztruppe nach spanisch Guinea ausgewichen sind, haben Engländer und Belgier einen umfassenden Angriff auf Deutsch-Ostafrika begonnen. Dazu sind starke indische und südafrikanische Kräfte bereitgestellt worden. An Stelle des plötzlich wieder zurückgetretenen Generals Smith-Dorrien soll der Burenführer Smuts den Oberbefehl übernommen haben. Die Lage der Deutschen in Ostafrika ist noch nicht gefährdet. Sie haben bis jetzt den Feind noch an der Peripherie festgehalten und ihm neuerdings bei Salaita eine Schluppe beigebracht, wie aus einer englischen amtlichen Meldung hervorgeht. Dabei haben Indier und Südafrikaner Verluste gehabt.

Auf den großen europäischen Kriegsschauplätzen hält die rege Geschäftstätigkeit an. Im Westen spricht dafür ein deutscher Teilangriff südöstlich Ipern, der



## Zur Kriegslage.

(Von unserem militärischen Mitarbeiter.)

## Der Kriegsrat von Paris. — Deutsche Angriffe im Westen. — Die übrigen Fronten.

18. Februar.

Die Geschichte aller Zeiten zeigt dem kritischen Beobachter den schwachen Punkt jeder Koalition der liegt da, wo die Interessen der einzelnen Koalitionsglieder die gemeinsam eingehaltene Richtung verlassen und wo jedes Einzelinteresse, sei es nun politisch oder strategisch, seinen eigenen Weg geht. Die führenden Männer der Entente haben diese Gefahr deutlich erkannt, nicht nur in der Eigenschaft als theoretisches Problem, sondern in ihrem tatsächlichen Vorgehen im praktischen Fall des gegenwärtigen Krieges. Schon im Herbst 1915 wies Briand darauf hin, daß eine einheitliche Leitung aller Kräfte der Entente notwendig sei. Der gleiche Gedanke veranlaßte die Schaffung eines obersten Entente-Kriegsrats in Paris und die Reise Briands nach dem noch in etwas losem Zusammenhang mit den übrigen Verbündeten stehenden Italien. Der Stillest Frankreich wurde dadurch gebührend, daß in Aussicht genommen wurde, bei Bestimmung der Oberleitung einen Franzosen als Höchstkommandierenden zu wählen. Paris wird durch diese Zusage, wie schon durch die Anwesenheit des Kriegsrats in seinen Mauern zum intellektuellen Mittelpunkt der Entente. Wenigstens vor der Welt! Und das genügt den Franzosen, daß es, wie mit Sicherheit anzunehmen ist, dazu kommen wird, daß Frankreich nichts anderes zu tun bekommt, als die politischen Wünsche Englands militärisch auszuführen, das steht zwischen den Zeilen dieser Abmachung geschrieben, unlesbar allerdings, für jeden, den der Haß oder die Angst, die Eitelkeit oder der persönliche Gewinn blind gemacht haben. Es wird also in Frankreich nur wenige Leute geben, die im neuen Kriegsrat etwas anderes sehen, als eine in jeder Hinsicht vorzügliche Einrichtung.

Wenn wir hier die Sachlage nur militärisch betrachten, so muß uns die Einheitlichkeit der Leitung als etwas ganz Natürliches erscheinen. Wir dürfen aber nicht etwa soweit gehen, zu glauben, daß mit der Einrichtung eines operativen Zentralbureaus nun diese Einheitlichkeit auch in hohem Maße geschaffen sei. Wir wollen ganz davon absehen, daß eine operative Einheitlichkeit ohne politische Einheitlichkeit nicht denkbar ist und wollen nur daran erinnern, was England unter politischer Einheitlichkeit versteht: Wenn alle das tun, was England will.

Der gemeinsame Kriegsrat wird einen Kriegsplan auszuarbeiten haben. Welche Fülle von Reibungsmöglichkeiten, von Verdrüsslichkeiten! Es werden eine Reihe von Fragen zu lösen sein, deren Lösung weit über die Vollmachten der einzelnen Mitglieder hinaus reicht. Es werden dann vor endgültiger Abstimmung die Instruktionen der Regierungen einzuholen sein — womit dann der Beweis geliefert ist, daß auch dieser Kriegsrat mit Wasser kocht. Zudem ist es eine kriegspsychologisch begründete Tatsache, daß eine Versammlung von Verantwortlichen in ihren Entschlüssen ängstlicher ist, als ein Einzelner. Schon in der Möglichkeit, den Plan jedes Mitglieds des Rates zu korrigieren, liegt die Entstehung von Kompromißentschlüssen begründet, also von Entschlüssen, die im Kriege am allerwenigsten taugen, weil sie des gewaltigen Elements eines rücksichtslosen Willens ermangeln. Ein ganzer Entschluß kann nur von einem gefaßt werden. Eine Versammlung wird immer das Risiko, das jedem Entschlusse inneohnt, zu hoch bewerten und aus dieser Bewertung heraus, in der verständlichen Absicht, das Risiko zu mildern, dem Entschlusse die schlagende Kraft nehmen. Dazu kommt noch eine Erfahrung, die Napoleon einst so wichtig in die Worte kleidete: „Lieber einen schlechten General, als zwei gute.“ Im Kriege kommt es nicht so sehr auf die absolute Vollständigkeit des Bedachten, als viel mehr darauf an, daß ein vernünftiger Gedanke mit höchster Energie in die Tat umgesetzt wird.

Wir Deutsche haben demnach keinerlei Veranlassung, in dieser neuen Einrichtung der Entente etwa einen Wendepunkt ihrer Kriegsführung zu erblicken oder gar eine Erschwerung unserer strategischen Gesamtlage zu befürchten.

Briand sagte bei einem Festmahle: „Bei unseren Feinden (den Zentralmächten) ist die Koordination durch die Bedingungen der Geographie gegeben, sozusagen aufgezwungen. Im Lager der Alliierten kann sie nur das Ergebnis

einer höheren Inspiration und eines überlegten Willens sein, der sich seiner Pflichten im Dienste des edelsten Ideals bewußt ist.“ Wenn wir einerseits etwas mehr als nur die geographische Zwangslage für die Einheitlichkeit der Zentralmächte beanspruchen, so können wir andererseits ohne Ueberhebung oder allzu großem Optimismus behaupten, daß die „höhere Inspiration“ noch keinem Kriegsrat der Jahrtausende zu Eigen war, also auch dem Kriegsrat von Paris fehlen wird, und daß die Motive „des edelsten Ideals“ den Alliierten in dem Maße klar werden, in dem sie Gelegenheit haben, mit den Vertretern Englands gewissermaßen Schreibtisch an Schreibtisch zu arbeiten. Diese militärischen Erkenntnisse können wir in aller Ruhe bei unseren Feinden abwarten. Einstweilen hat der Kriegsrat schon seine erste „Tat“ getan, indem er Griechenland ankündigte, daß er die Befehle aller griechischen Eisenbahn- und Telegraphenstationen in Thessalien und Morea durch Ententetruppen angeordnet habe. Nachgerade geht die Behandlung Griechenlands über das mit der Würde eines souveränen Staates zu Vereinbarende hinaus.

Unsere Antwort auf die Vereinheitlichung der gegnerischen Leitung wird am wirkungsvollsten im Schlachtfeld bestehen. Sobald wir zu einer machtvollen Offensive schreiten, sei es vor Salonik, im Westen oder in Rußland, bringen wir den Kriegsrat in die allergrößte Verlegenheit, denn wir zwingen ihn, das zu tun, was ihm am schwersten fällt: zu handeln. Sind die Interessen in ruhigeren Zeiten ohne Schwierigkeit zu vereinen, so flattern sie in dem Augenblick auseinander, wo einer der Interessenten ins Herz getroffen wird und ganz naturgemäß seine eigene Rettung allen „Idealen“ vorzieht.

Unsere lokalen Angriffe im Artois, in Flandern, an der Somme und in der Champagne haben in Frankreich eine gewisse Nervosität erzeugt, die gewaltiger Beruhigungsmittel bedurfte. Der innere Grund dieser Nervosität war zweifellos die Furcht vor einer deutschen Offensive im Westen, als deren Vorläufer die in den Tagesberichten der letzten Zeit erwähnten Frontverbesserungen, die uns in der großen Mehrzahl gelungen sind, betrachtet wurden. Das Moment der Unsicherheit mag augenblicklich in der französischen Heeresleitung unangenehme Gefühle auslösen. Denn es ist ganz unmöglich für den Feind, diese deutschen lokalen Angriffe in ihren strategischen Motiven zu deuten. Sie können in der Tat kampftaktische Vorbereitungen für einen großen Durchbruch sein, sie können ebensogut aber auch Verbesserungen unserer Defensivstellungen bedeuten und schließlich können sie demonstrativen Charakter haben, um das Interesse von wichtigeren Punkten der Front, oder vielleicht von anderen Kriegsschauplätzen abzulenken. Diese Unsicherheit über die Absichten der deutschen Führung ist ein mächtiger Faktor in der strategischen Rechnung. Das deutsche Volk muß in der klaren Erkenntnis, wie wichtig diese Unsicherheit beim Feinde ist, sich geduldig damit abfinden, daß es selbst auch nichts weiß von dem, was kommen wird. Es darf sich mit dem erfrischenden Bewußtsein trösten, daß unsere Armeen im West, Ost und Süd materiell und moralisch in der Lage sind, jede Aufgabe, die ihnen gestellt wird, zu lösen. Und es darf gewiß sein, daß Aufgaben sich ergeben werden, die uns auf dem Wege zum Siege ein gutes Stück weiterbringen werden.

Zu den einzelnen Kampfhandlungen an der Westfront kann noch Folgendes bemerkt werden. Wie sehr die Feinde die Vorbereitungen für einen deutschen Durchbruch als Tatsache annehmen, beweist auch die Beschickung von Lille durch die Engländer. Sie wollen damit offenbar Referenzen an Material und Truppen vernichten. Daß sie, ohne diesen Zweck zu erreichen, die schöne französische Stadt in Trümmer legen, werden die Franzosen am allermeisten zu bedauern haben. Die Franzosen machen es allerdings selbst nicht besser. Sie richteten durch ihre Beschickung von Lens nur ihren eigenen Leuten Schaden an. In Latentreisen werden taktische Unternehmungen oft als Durchbruchversuche aufgefaßt, so etwa als wenn man gewissermaßen überall an die Türen klopfet und da dann eintritt, wo die Türe am schlechtesten verriegelt ist. Das ist doch nicht so. Natürlich ergeben diese taktischen Zusammenstöße wichtige Kenntnisse über den Feind, die durch Flieger allein nicht übermittelt werden könnten, aber ein Angriff in 500 Meter oder 1000 Meter oder selbst 2000 Meter Front kann nicht als taktische Einleitung eines Durchbruchs gedacht sein, der operative Freiheit verschaffen soll. Dazu sind viel größere angreifende Fronten nötig. Bei Larnow-Gorlice haben, um dies klassische Durchbruchbeispiel anzuführen, rund 80 Kilometer Front angreifend sich in Bewegung gesetzt und schon am Abend des ersten Tages waren 16 Kilometer der russischen Frontlänge durchbrochen.

Bei der Beurteilung der Nachrichten über die tatsächlichen Vorgänge ist es, wie hier beiläufig bemerkt sei, für unsere Leser, welche die vom W. A. B. herausgegebenen, auch in der „Frankfurter Zeitung“ abgedruckten Frontkarten zur Orientierung benutzen, notwendig zu wissen, daß die „mögliche Frontlinie“ an mehreren Stellen leider nicht richtig eingezeichnet ist. Zum Beispiel läuft in der Champagne die französische Front in Wirklichkeit von Nordwesten her auf Tahure, von da an etwas nach Südosten, biegt aber dann wieder nach Nordosten und geht östlich von Reims de Champagne in Richtung auf Villedieu sur Tourbe. Anders ließe sich die Meldung des Deutschen Großen Hauptquartiers nicht erklären, daß am 13. Februar zwei feindliche Angriffe n o r d w e s t l i c h von Massiges scheiterten und daß die Franzosen einen Teil unseres Grabens ö s t l i c h Reims de Champagne besetzt hätten.

Unsere Feinde gefallen sich darin, zu behaupten, daß unsere Geländegewinne nichts zu bedeuten hätten. Das Verhalten der Engländer, die am 15. Februar dreimal und am 17. ein viertes Mal die von uns eroberte Stellung südöstlich von Ypern (vermutlich bei Zillebete) unter sehr schweren Verlusten angriffen, struft diese Behauptungen Lügen. Wenn der Verlust dieser Stellung nicht sehr heftig empfunden worden wäre, hätten die Engländer sicher ihre Truppen geschont.

In Bezug auf die übrigen Kriegsschauplätze ist nichts Neues zu sagen. Es kann hier auf die Artikel „Der Vormarsch auf Balona“ in Nr. 45 Abendblatt und „Ergerum gefallen“ in Nr. 48 zweites Morgenblatt hingewiesen werden. Ob eine erneute größere Offensive der Russen gegen die ostgalizische Front und gegen Pflanzler-Baltin im Entstehen begriffen ist, wofür einige Anzeichen sprechen, läßt sich noch nicht sagen. Nur so viel ist vielleicht möglich zu behaupten, daß für die Russen, wenn sie überhaupt wieder offensiv werden wollen und können, an dieser Stelle dieselbe Erwägung für einen Angriff sprechen würde, wie schon früher: Rumänien! F. C. E.



## Englands Amerikapolitik und der U-Boot-Krieg.

Von Dr. Paul Rohrbach.

2.

Das Examen der englischen Presse ergibt, daß nicht die amerikanisch-deutsche Verständigung und in ihrem Geleit ein gemilderter U-Boot-Krieg den wahren Wünschen der englischen Politik entspricht, sondern trotz der damit verbundenen Verschärfung des deutschen U-Boot-Krieges der amerikanisch-deutsche Krieg. Es entsteht immer die Frage, ob England den Ausgleich zwischen Amerika und Deutschland nur darum zu hintertreiben sucht, weil es sich von dem Eingreifen Amerikas in den Krieg auf jeden Fall so große Vorteile verspricht, daß dadurch die erhöhte Schädigung durch unsere Unterseeboote wettgemacht wird — oder ob England ein neutrales und mit Deutschland veröhntes Amerika besonders fürchten zu müssen glaubt.

Eine Antwort hierauf können wir daraus ableiten, daß Grey in seiner Rede vom 22. Februar 1915, und nach ihm die gesamte liberale Presse im Gegensatz zur konservativen, Englands völkerrechtswidrige Maßnahmen als eine bloße Repressalie gegen den angeblich völkerrechtswidrigen U-Boot-Krieg Deutschlands hingestellt und dadurch zu rechtfertigen versucht hat.

Wer Repressalien ausübt, kann das nur so lange tun, wie der Zustand, gegen den er sich wendet, besteht; ist der Grund für die Repressalie nicht mehr vorhanden, so muß von Rechts wegen auch die Repressalie selbst fortfallen, und das ganz besonders, wenn nicht nur der Feind, sondern auch die Neutralen unter ihr zu leiden haben. Das trifft ausgesprochenemassen für das Verhältnis von England, Deutschland, Amerika und den Neutralen im gegenwärtigen Seehandelkrieg zu. Die Kriegsgeschichte des „Manchester Guardian“ hat es am 22. Dezember 1915 unter der Überschrift „Repressalien — ein Ausweg aus dem Dilemma“ offen ausgesprochen: England hätte bei der Absperrung vom Seehandel, die es über Deutschland verhängte, den Neutralen kaum das zumuten können, was es ihnen tatsächlich zugemutet hat, wenn es nicht seine Maßnahmen als Repressalien gegen den „völkerrechtswidrigen“ U-Boot-Krieg Deutschlands hätte darstellen können.

Diese englische Charakterisierung der deutschen Seekriegsführung bedarf aber, um den Neutralen als gültig aufzulegen zu werden, der Gegenzeichnung der Vereinigten Staaten. Wir finden eine direkte Bestätigung dafür in einer Äußerung des „Manchester Guardian“ vom 22. Juli 1915. Am Tage vorher war im Unterhause mitgeteilt worden, Amerika würde im Gegensatz zu seiner früheren Auffassung bewaffnete Handelsschiffe in seinen Häfen wie gewöhnliche Handelsschiffe behandeln. Hierzu sagte die Zeitung: Diese große Erleichterung von amerikanischer Seite wäre England nur darum gewährt, weil Amerika die Methode der deutschen Unterseeboote nicht für Krieg, sondern für Seeräuberei hielte.

Hier also haben wir das Hauptmotiv dafür, daß England so großen Wert auf das Nichtzustandekommen des amerikanisch-deutschen Ausgleichs legt, und dies Motiv erklärt uns auch, warum die englische Presse, wie im Juli 1915, so auch jetzt wiederum unhöflich mit dem Präsidenten Wilson verfährt. Würden die Vereinigten Staaten durch eine Verständigung mit uns den U-Boot-Krieg nach ihrer Auffassung legalisieren, so würde damit der englische Handelskrieg in seinen scheinbaren Rechtsgrundlagen vernichtet werden. Sobald Amerika und Deutschland einig sind, müßte die englische Regierung den Neutralen gegenüber vollständig auf das liberale Argument verzichten: Die Belästigung des neutralen Handels sei nur durch die unvermeidlichen Repressalien gegen die deutsche „Ungefährlichkeit“ bedingt. Dann bliebe nur die Beweisführung der englischen Konservativen übrig: Rücksichtsloser Gebrauch der Seemacht ist gute alte englische



## Der deutsche Arbeiter und der Krieg.

„Die Erfahrungen der Kriegszeit lehren, daß es am die Lebensfähigkeit der kapitalistischen Produktionsweise doch noch um einige Grad besser bestellt ist, als manche prophezeiende Theoretiker (in der Sozialdemokratie) glauben.“ Dieses Zugeständnis aus Kreisen der freien Gewerkschaften war unlängst in einem Gewerkschaftsblatt zu lesen. Es ist eine der Folgerungen aus der Prüfung der Frage, was für die deutsche Arbeiterschaft mit dem Ausgang des Krieges auf dem Spiele steht, und was für ein Schicksal der deutschen Arbeiterschaft beschieden sein würde, wenn die Pläne der Feinde Deutschlands in Erfüllung gingen. Auch in den freien, sozialdemokratischen Gewerkschaften, die vor dem Beginn des Krieges rund 2 1/2 Millionen Mitglieder zählten, ist man zur Überzeugung gekommen, daß dieser Krieg am letzten Ende ein Wirtschaftskrieg ist, und daß deshalb gerade der deutsche Arbeiter durchhalten muß bis zu einem Frieden, der unsere wirtschaftliche Zukunft sichert. Die freien Gewerkschaften denken nicht im entferntesten daran, etwa zum Streik zu greifen und, wie in der Sitzung des preussischen Abgeordnetenhauses vom 17. Februar der Abgeordnete Hofer, der „Agrarier“ der sozialdemokratischen Minderheit um Liebknecht, im Widerspruch mit den Anschauungen der freien Gewerkschaften, behauptete, den Burgfrieden zu zerbrechen. Im Gegenteil: Führer großer Verbände der freien Gewerkschaften haben der Arbeiterschaft ganz andere Richtlinien in einem kürzlich veröffentlichten „Gewerkschaftlichen Kriegsbuch“ vorgezeichnet. Das Werk „Arbeiterinteressen und Kriegsergebnisse“ ist von dem Redakteur des Korrespondenzblattes der Generalkommission der freien Gewerkschaften, Wilhelm Jansson, herausgegeben. 16 Führer freier Gewerkschaften bringen in diesem Buch den Nachweis, daß die wirtschaftlichen und sozialen Interessen der deutschen Arbeiter mit dem Bestande des Deutschen Reiches, mit der Sicherung seiner wirtschaftlichen Entwicklung und mit dem Erfolg der deutschen Waffen aufs innigste verbunden sind. Das Buch ist eine unzweideutige Erklärung, daß auch dieser Teil der deutschen Arbeiterschaft das Festhalten an der Politik des 14. August 1914 für unbedingt notwendig hält, und zugleich eine ebenso unzweideutige Absage an die Theoretiker der Sozialdemokratischen Partei, welche durch die blinkenden Farngläser eines von der Theorie erkannenen Vorkriegsstandes diese Frage der Lebensinteressen der deutschen Arbeiterschaft betrachten.

Über Kapitalismus und Sozialpolitik bringt Robert Schmidt, der Leiter der sozialpolitischen Abteilung der Generalkommission der freien Gewerkschaften, eine grundlegende Einleitung des Buches. Sein Gedankengang ist der: Von der wirtschaftlichen Lage nach dem Kriege wird die Fortführung der deutschen Sozialpolitik abhängen. Ein Sieg der deutschen Waffen wird das Wirtschaftsleben bald wieder stärken, dagegen würde ein Mißerfolg der deutschen Waffen die wirtschaftliche Entwicklung stark hemmen und rückwirkend die Lage und die Lebenshaltung der deutschen Arbeiterschaft sehr ungünstig beeinflussen. Die Strömung in der deutschen Sozialdemokratie, welche aus einem wirtschaftlichen Zusammenbruch eine politische Neugestaltung erwartet, ist einer unfruchtbaren Spekulation verfallen, und ganz mit Unrecht betrachtet diese Strömung die Bestrebungen, welche auf eine Festigung der industriellen Entwicklung hinausgehen, als ein Abweichen von dem proletarischen Klassenkampf. Die Arbeiterschaft darf sich nicht berauschen an den Verströmungen auf einen baldigen Zusammenbruch des Kapitalismus, sondern sie muß den mühevollen Weg wählen, das Interesse an den langsamen Aufstieg der Arbeiterklasse zu fesseln. Nach dem Krieg werden alle Kräfte in der Arbeiterbewegung zum Aufbau bereit sein müssen. Robert Schmidt meint schließlich vom Standpunkt der Arbeiterinteressen aus, daß die Zukunft hoffnungslos sein würde, wenn dieser Krieg mit der Zertrümmerung Deutschlands endete. Dieselbe Ansicht vertritt der Arbeiterssekretär Wissell, der den zweiten Beitrag über die Arbeiterversicherung liefert. Er ruft der Arbeiterschaft zu: „Wehe den deutschen Arbeitern, wenn wir nicht Sieger bleiben! Es geht auch um die Existenz der deutschen Arbeiterversicherung.“ Wissell prüft von seinem Standpunkt aus und im Anschluß an die grundlegenden Gedanken Robert Schmidts die deutschen Arbeiterversicherungsgesetze nach Vorzügen und Mängeln. Das Ergebnis dieser Prüfung ist ein anderes als die bekannte wegwerfende Kritik der radikalen Sozialdemokratie. Wissell kommt zu dem Schluß, daß einen schlechten Tausch der deutsche Arbeiter machen würde, der seine Staatszugehörigkeit vertauschen müßte. Was die deutschen Arbeiter an Versicherungseinrichtungen besäßen, sei in vielen Punkten ausbaufähig und ausbaubedürftig, aber das könne nicht abhalten, ihren hohen Segen für die Arbeiterschaft und das ganze Volk anzuerkennen. Der Ausbau und die Weiterentwicklung der Arbeiterversicherung sei aber nur möglich, wenn ihre Grundlage, das unverehrte Deutsche Reich und das blühende Wirtschaftsleben, erhalten bleibe. In dreizehn Beiträgen wird durch Gewerkschaftsführer an den Verhältnissen verschiedener In-

dustriezweige untersucht, inwieweit bei den tatsächlich gegebenen Verhältnissen die Interessen der deutschen Arbeiter mit dem Kriegsergebnis zusammenhängen. Diese Untersuchungen erstrecken sich auf das Baugewerbe, die Bergwerks- und Hüttenindustrie, die chemische Industrie, das graphische Gewerbe, die Holzindustrie, die keramische Industrie, die Lederindustrie, die Metallindustrie, die Nahrungsmittelindustrie, die Bekleidungsindustrie, die Steinindustrie, die Textilindustrie und das Transportgewerbe. Zur Kennzeichnung des Geistes, der durch dieses Buch in die Reihen der Arbeiterschaft dringen soll, seien einige Stellen aus dem Beitrag über die chemische Industrie herausgegriffen:

Es ist seit Kriegsausbruch öfter und nachdrücklicher als früher auch in der Arbeiterpresse betont worden, daß die Interessen der Arbeiter mit denen der Unternehmer unter gewissen Umständen bis zu einem bestimmten Punkte parallel laufen. Nicht nur die Unternehmer, sondern auch die Arbeiter sind daran interessiert, daß die industrielle Gütererzeugung aufrechterhalten und erweitert wird, und nicht durch den Mangel an Rohstoffen, an Absatz, an Kapital oder aus andern Gründen ins Stocken gerät. Die Unternehmer haben dieses Interesse, um sich die Rentabilität ihres Kapitals, die Arbeiter, um sich die Wertungsmöglichkeit ihrer Arbeitskraft zu sichern. Im Rahmen unserer heutigen Wirtschaftsordnung ist das Gedeihen unserer Industrie nun einmal eine der ersten Voraussetzungen für den sozialen und allgemein kulturellen Aufstieg der Arbeiterklasse. Haben die Arbeiter der chemischen Industrie durchaus kein besonderes Interesse daran, daß den Unternehmern ihre überaus hohe Gewinnrate unter allen Umständen erhalten wird, so müssen sie es gleichwohl weit abweisen, um etwa den englischen Plänen Erfolg zu wünschen. Die Arbeiterschaft der chemischen Industrie Deutschlands kann eine Steigerung ihrer Löhne nicht erhoffen von einer Niederlage Deutschlands und einer damit verbundenen Schwächung der deutschen Industrie, sondern nur nach einem Frieden, der die Lebens- und Entwicklungsbedingungen des deutschen Erwerbslebens sichert.

Durch alle Teile des Werkes zieht der Gedanke: Die Grundlage der Entwicklungsbedingungen für das deutsche Erwerbsleben ist die Erhaltung des Deutschen Reiches und die Gewährleistung ungehinderten freien Wettbewerbs, und die Entwicklungsfreiheit, die England Deutschland nicht gönnt, muß jetzt Deutschland sich erkämpfen; was wir brauchen, ist freies Handelsrecht und freies Meer. Im letzten Teil des Buches geht der Herausgeber Jansson auf die besondern gewerkschaftlichen Interessen ein und findet, daß die Politik der Sozialdemokratie während des Krieges, wie sie am 4. August 1914 eingeleitet worden sei, den Interessen und Wünschen der freien Gewerkschaften voll und ganz gerecht werde; eine Politik im Sinne der Minderheit der sozialdemokratischen Fraktion würde vom Standpunkt der freien Gewerkschaften aus Selbstmord bedeuten haben. Jansson schließt mit einer Übersicht der Aufgaben und Ziele der Arbeiterbewegung nach dem Kriege, Aufgaben, deren Durchführung wieder in erster Linie von dem Kriegsergebnis abhängig ist. Daß die Durchführung dieser Aufgaben wieder mit wirtschaftlichen und sozialen Kämpfen verknüpft sein wird, darüber wird an andern Stellen des Buches kein Zweifel gelassen, aber diese Gewerkschaftsführer sagen, daß sie diese kommenden innern Kämpfe in einem siegreichen Deutschland mit größerem Erfolge führen könnten, als in einem von den Feinden besiegten oder gar zerstörtesten Deutschland. Danach würde es also eine irrtümliche Auffassung sein, wenn man aus diesem Buche die Hoffnung auf das Hereinbrechen einer wirtschaftsfriedlichen Zeit nach dem Kriege entnehmen wollte. Mit nüchternen Auffassung und mit möglichst strengem Festhalten an dem Boden der tatsächlichen Verhältnisse bemühen sich alle Mitarbeiter dieses Buches, ihre Untersuchungen durchzuführen, aber nicht jeder kann die sozialdemokratische Haut ganz abstreifen. So entsteht auch das Zukunftsbild in einem Beitrage, daß im deutschen Reichsgebiet, das vollständig erhalten werden müsse, die Arbeiterschaft eine Zukunft aufbauen wolle und müsse, in welcher die privatkapitalistischen vor den gemeinwirtschaftlich-sozialistischen Interessen kapituliert hätten.

Auch das äußere Kriegsziel wird in dem Buche mehrmals gestreift. Robert Schmidt sagt in dem einleitenden Beitrag: „Unser Hoffen und Sehnen ist auf den Frieden gerichtet, aber auch auf ein Deutschland, das seiner Feinde sich erwehren kann.“ Hue weist in seinem Beitrag aus der Bergwerks- und Hüttenindustrie mit besonderem Nachdruck darauf hin, daß mit einem Verluste Oberschlesiens auch unsere größte Kohlenreserve verloren wäre, und daß der Verlust von Elsaß-Lothringen unserer Eisen- und Stahlindustrie einen tödlichen Stoß versetzen würde, und bemerkt dann: „Zur Sicherung unserer wirtschaftlichen Zukunft brauchen wir keine Herauschiebung unserer Reichsgrenzen, die uns erstens auch schon großindustriell durchsättigte Gebiete und zweitens die dauernde Feindschaft von Völkern einbringt, mit denen wir unsern stärksten Austauschhandel treiben.“ Auch hier ist mehr der Sozialdemokrat denn der Gewerkschaftler zur Geltung gekommen. Diese Frage hat übrigens dazu geführt, daß auch ein alter Gewerkschaftsführer sich der Minderheit der Zwanzig angeschlossen hat. Der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Horn, ein alter Führer im Verband der Glasarbeiter, hatte am 21. Dezember v. J. gegen

die Kriegskredite gestimmt und war dann aus gewerkschaftlichen Kreisen des Disziplinbruchs bestraft worden. Horn verteidigte sich gegen diesen Vorwurf mit der Begründung, daß mittlerweile die „Eroberungspläne einflussreicher wirtschaftlicher Verbände“ immer schärfer in die Erscheinung getreten seien. Die Regierung habe sich dagegen nicht bestimmt abweisend verhalten, und darum habe er zum Einspruch gegen solche Pläne gegen die Kriegskredite sich erklärt. Gegen diese Einwände Horns wurde aus gewerkschaftlichen Kreisen in der Bergarbeiterzeitung geltend gemacht, daß die Reichsregierung sich niemals zu den „Eroberungsplänen der Wirtschaftsverbände“ bekannt habe, und daß Horn sich in der Bewertung der Bedeutung dieser Pläne täusche. Der Krieg sei eine Angelegenheit aller Volksgenossen ohne Unterschied der Parteistellung, und sein baldiger, die Zukunft Deutschlands nicht gefährdender Abschluß werde von allen ersehnt. Dieses Ziel sei durch einmütiges Zusammenhalten am ehesten erreicht. Dieser Zwischenfall darf nicht übersehen werden, wenn man in dem Janssonschen Buch auch den wenigen zerstreuten Erklärungen über die äußeren Kriegsziele in dieser Richtung nachgeht. Jansson selbst hat übrigens, wie schon erwähnt, in dem Schlussartikel eine Politik im Sinne der sozialdemokratischen Minderheit als gleichbedeutend mit Selbstmord bezeichnet.

Als Widerlegung der Politik der sozialdemokratischen Minderheit ist das Janssonsche Buch eine erfreuliche Erscheinung, auch als Zeugnis dafür, daß selbst in den Reihen der sozialdemokratischen Arbeiterschaft Führer sich zu der Überzeugung bekennen: wir müssen eine kräftige, blühende Industrie und freie wirtschaftliche Entwicklung haben. Das Buch ist eine ernste Mahnung an das ganze Volk, nicht bloß an die Arbeiterschaft, durchzuhalten bis zu einem vollen Sieg der deutschen Waffen. Die Bedeutung des Buches liegt aber auch in der Zukunft. Man muß abwarten, wie weit die Gewerkschaftsführer ihre in diesem Werk begründeten Anschauungen innerhalb der Sozialdemokratischen Partei zur Geltung bringen können, und wie weit es ihnen möglich sein wird, mit diesen Anschauungen innerhalb der Sozialdemokratischen Partei, mit der die freien Gewerkschaften parlamentarisch verbunden bleiben, die Gesetzgebung und vor allem die wirtschaftliche und sozialpolitische Entwicklung zu beeinflussen. Das Janssonsche Buch ist eine Verteidigung der Politik der Mehrheit der sozialdemokratischen Fraktion, aber der Gärungsprozess im sozialdemokratischen Lager muß erst noch weiter sich entwickeln, ehe man die Stärke der Massen hinter der Minderheit übersehen kann. Auch aus dem Janssonschen Buch darf man nicht schließen, daß eine trennende, unüberbrückbare Spaltung im sozialdemokratischen Lager bevorstehe; der Faktoren, die schließlich alle Gruppen zusammenhalten, sind zu viele und bedeutende. Nicht der letzte dieser Faktoren ist der Klassenkampf, und auf den grundsätzlichen Klassenkampf haben die freien Gewerkschaften auch in dem Janssonschen Werke, das sonst soviel Erfreuliches jedem Gegner des Klassenkampfes bietet, keineswegs verzichtet. Das kann aber nicht von der Anerkennung abhalten, daß diese Rundgebung der sechzehn Gewerkschaftsführer auch für des Deutschen Reiches Sicherheit und Entwicklungsfreiheit kämpfen will und dazu die geistige und körperliche Kraft des deutschen Arbeiters zu wecken sucht. In den leitenden Kreisen der christlich organisierten Arbeiter hat diese Rundgebung freundliche Aufnahme gefunden. Auch in den christlichen Arbeitervereinen und Gewerkschaften wie in allen übrigen wirtschaftlichen Arbeitnehmerverbänden herrscht der ausgesprochene Wille des Durchhaltens bis zu einem vollen endgültigen Erfolg der deutschen Waffen und zu einem ehrenvollen Frieden. Darin ist die deutsche Arbeiterschaft einig.



## Zur Kriegslage

Uebersicht. Die Entwicklung im Westen. Gewalttame Frontverbesserungen der Deutschen im Abschnitt La Bassée-Arras, südlich der Somme, in der Champagne, im Largabschnitt, an Yper und Maas. Englisch-französische Gegenangriffe. Die Lage an der Südfront. Italienische Einberufungen. Der albanische Feldzug. Die Zernierung von Durazzo. Konzentrischer Vormarsch auf Durazzo-Balona. Die Kontingente der Entente auf Korsu. Die Lage an der Kaukasusfront. Rückzug der türkischen Flügelsgruppen. Die Neubildung der strategischen Lage in Armenien.

Die Entwicklung folgt immer noch den seit geraumer Zeit gültigen Gesetzen. Im Westen rege Geschäftstätigkeit lokalen Charakters, im Osten allgemeine Erkundungen und Vorbereitungen, die sich noch nicht deuten lassen, an der italienischen Front vollständiger Uebergang der Italiener zur Defensiv-, in Albanien planmäßige Fortführung des österreichischen Angriffsfeldzuges, im Raume Saloniki Verstärkung der Defensivbasis und Beharren der bulgarischen und deutschen Kräfte in den besetzten Grenzstellungen, an der Kaukasusfront Ausbeutung der bei Erzerum von den Russen erlangten Erfolge und an der Trakfront Verstärkung des Stellungskrieges um Kut-el-Amara, gleichzeitig aber eifrige Verstärkung der englischen Entschlätze, um General Townshend endlich zu erlösen.

An der Westfront hält die deutsche Initiative an. Fortgesetzt und planmäßig sucht die deutsche Heeresleitung die Front in allen Abschnitten zu verbessern, und ich möchte annehmen, daß dabei nach einem großzügigen, durchgearbeiteten Plan verfahren wird, in welchem sämtliche zu erzielenden Teilerfolge verzeichnet stehen, deren Summierung eine beträchtliche Verstärkung der deutschen Linien, sei es nun in Erwartung der englisch-französischen Offensive, sei es zur Vorbereitung einer großen deutschen Angriffsbewegung, bezweckt. Seit die deutsche Artillerie die Türme von Neuport niedergelegt und damit dem Gegner den Einblick in die deutsche Dünenstellung unmöglich gemacht und die britische Flotte wichtiger Landmarken beraubt hat, ist die gewalttame Frontverbesserung fast Tag für Tag zu verfolgen und nachzuweisen. Am deutlichsten sprach sie sich im Abschnitt La Bassée-Arras aus, wo bekanntlich die Hügelstellung von Vimy-Thélus durch Vortragen der ersten deutschen Linie über La Folie in der Richtung auf Neuville gesichert wurde. Südlich der Somme wurde durch das Vorschieben der deutschen Front auf Frise und das Birkenwäldchen südlich davon eine Verbesserung erzielt und in der Champagne die Straße Tahure-Somme-Py wiedergewonnen. Dicht an unserer Grenze haben die Deutschen durch Vorschieben einiger Gräben im Largabschnitt ähnliche Zwecke erreicht. Nun kommt die Nachricht, daß sie auch im Raume Ypern wieder angelegt haben und sowohl nördlich als südöstlich von Ypern in die ersten englischen Grabenstellungen eingebrochen sind. Auch hier läßt sich nachweisen, daß bestimmte scharumgrenzte Ziele verfolgt werden. So läßt sich von der südöstlich Ypern ins Werk gesetzten Unternehmung sagen, daß sie den Zweck hatte, die Engländer in die Seemulde von Zillebeele hinabzudrücken. Wie es scheint, ist das zum Teil gelungen. Die Ueberhöhung des Gegners ist nicht nur von großem taktischem Vorteil (die Deutschen stehen hier auf dem bekannten 60 Meter-Hügel und den etwas flacher streichenden, vorgeschobenen Bodenwellen), sondern für diesen auch deshalb sehr unangenehm, weil ihm nun das Regen- und Grundwasser von selbst zuläuft und seine Gräben unhaltbar zu machen droht.

Neuerdings haben deutsche Angriffe im Abschnitt La Bassée-Arras östlich von Souchez Raum gewonnen und den Franzosen eine Grabenstellung vor dem Trümmerhaufen von Souchez entziffen. Bedeutungsvoll ist ein am 22. Februar gemeldeter Angriff im Maasabschnitt, wo die Deutschen zum erstenmal südlich Consenvoye angriffen, also an der Stelle, wo sie rittlings des Flusses stehen und ihre Front sich von der Woivre zum Argonnerwald hinüberzieht. Hier haben sie bei dem knapp drei Kilometer südöstlich Consenvoye gelegenen Brabant nach starker Artillerievorbereitung den Abschnitt Haumont-Brabant auf dem rechten Maasufer angegriffen und die erste Linie der feindlichen Stellung genommen. Die

Franzosen verloren das Gehölz von Haumont an der Straße nach Damvillers und stehen jetzt im Abschnitt Consenvoye-Haumont dichter an die Maas gepreßt (Brabant liegt in der Luftlinie 13 Kilometer nördlich Verdun).

In Paris scheint man zuerst hinter den kräftigen Anläufen weitreichende Operationen mit unmittelbarer operativer Auswirkung gesucht zu haben, bis man sich davon überzeugte, daß es sich noch nicht um einen Durchbruch handelte. Engländer und Franzosen sind mittlerweile zu Gegenangriffen geschritten, die da und dort verlorene Grabenstücke zurückholten, im ganzen aber ohne größeren Nachdruck geblieben sind. Sehr lebhaft war die Tätigkeit der Flieger und zwar auf beiden Seiten, wobei wohl die Erkundung die Hauptsache war. Am 21. Februar haben die Luftkämpfe den Deutschen nach französischer Meldung große Verluste gebracht. Fünf Flugzeuge und ein Zeppelin, der erste, der während der Ueberfliegung der feindlichen Linien vom Artilleriefeuer gefaßt werden konnte, sind verloren gegangen. Es ist anzunehmen, daß der Rückfall der Witterung sich im Westen wieder stärker geltend macht, wenn auch Teilaktionen an der Tagesordnung bleiben dürften, bis von dieser oder jener Seite das Ganze losgelassen wird. Die Planmäßigkeit des einheitlich geregelten deutschen Vorgehens, das abschnittsweise zu ansehnlichen Erfolgen führt, ist das charakteristische Merkmal der Lage im Westen.

Der Vorstoß österreichischer Flieger nach Mailand ist das hervorsteckendste Merkmal der strategischen Lage an der Südfront, die jetzt vollständig erstarrt liegt. Wie es scheint, hat der Raid, der den Fabriken und dem Güterbahnhof von Mailand galt, in beschränktem Maße sein Ziel erreicht, wenn auch, wie leider stets bei Luftangriffen, die Zivilbevölkerung in Mitleidenschaft gezogen wurde. Solange man nicht weiß, ob Cadorna dem politischen Druck nachgegeben und eine größere Expeditionarmee für den Balkan zur Verfügung gestellt hat, ist es müßig, die Lage am Isonzo und im Trentino noch einmal zu erörtern. Die Einberufung neuer Heeresklassen in Italien läßt darauf schließen, daß eine Verstärkung des Heeres in jedem Falle notwendig ist.

Der albanische Feldzug geht den Gong, der leicht genug vorzuzeichnen war. Dieß sich am 16. Februar sagen, daß der konzentrische Angriff der Oesterreicher auf Durazzo der Vereinigung der auf den Straßen Preza-Durazzo und Tirana-Durazzo nahe gekommen und das Ausweichen der Verteidiger zu Lande in südlicher Richtung schon sehr stark in Frage gestellt sei, so konnte man bereits am 19. Februar feststellen, daß mit der Erreichung von Kavaja die Straße nach Süden vollends abgeschnitten und die Verteidiger gezwungen waren, auf die Flotte zurückzugreifen, um die Verteidigung zu fristen oder sich dem geworfenen Neg zu entziehen. Heute wissen wir, daß die nach Kavaja gelangten, von österreichischen Kadern zusammengehaltenen albanischen Streitkräfte bis ans Meer vorgestoßen sind. Sie haben den Abschnitt des Darciflusses bei Punkt 14 erreicht. Die Verteidiger von Durazzo sind also jetzt zwischen dem Arzenfluß und Kavaja eingeklemmt und werden in den letzten Vorstellungen an den Straßen Durazzo-Kavaja, Durazzo-Bazar-Seil und Durazzo-Zuba bedrängt. Der Kreis um Durazzo ist geschlossen. Stehen die Bulgaren oder österreichisch-albanische Streitkräfte im Skumbital bei Pefinj und im Semental bei Jagodina oder Fieri, so wird die Pressung bereits auf der ganzen Küstenstraße Durazzo-Balona so stark, daß von Bewegungsfreiheit der Verteidiger dieser Uferlandschaft kaum noch die Rede sein kann. Sicher ist, daß nunmehr Berat, einer der wenigen größeren Orte und Wegnoten Albaniens, in den Händen österreichisch-albanischer Streitkräfte ist, die sich damit der einzigen größeren Nord-Süd-Verbindung Mittelalbaniens bemächtigt haben. Der Angriff auf Durazzo wird, wenn die Verteidiger ausharren, mit schwerer Artillerie zu unternehmen sein, die wohl noch nicht herangebracht werden konnte.

Auf Korsu ist man eifrig mit der Gliederung der serbischen und vielleicht auch mit der Ausschiffung italienischer Kontingente beschäftigt. Während der „Temps“ die Serben auf mindestens 100,000 Mann bezifferte, gibt Wesnitich nach dem „Rjetsch“ jetzt die Zahl auf 70,000 Mann an. Ich habe daher noch keinen Grund, die serbische Streiterzahl auf mehr als 50,000—60,000 Mann zu schätzen, wie dies in der letzten Betrachtung geschehen ist.

An der Kaukasusfront vollzieht sich die Entwicklung, die durch die Eroberung Erzerums gegeben ist, wie vorauszusehen war. Daß der vollständige Durchbruch des türkischen Zentrums, wie wir schrieben, voraussichtlich den Rückzug der Türken auf beiden Flügeln zur Folge haben werde, beginnt Tatsache zu werden. Die Russen melden bereits die Einnahme von Rusch, was wohl so zu deuten ist, daß der türkische rechte Flügel nun vom Wanssee nach Westen ausweicht. Auch der linke Flügel hat sich teils unter russischem Druck, teils infolge des Durchbruches des Zentrums zurückgebogen. Die russische Meldung vom 22. Februar gibt die Front hier hinter dem Bejufluß an, der westlich Witse, etwa halbwegs Batum-Trapezunt (Luftlinie 170 Kilometer) ins Schwarze Meer mündet.

Die strategische Auswirkung des russischen Erfolges ist also noch sehr begrenzt, und die Türken besitzen noch sehr wohl die Möglichkeit, die bereits wiederholt bezeichnete Linie Trapezunt-Erzingian-Diarbekr zu behaupten und von dort aus mit Verstärkungen wieder zum Gegenangriff überzugehen. Zunächst wird es sich für sie darum handeln, ihre Truppen aus dem Gebirge von Erzerum herauszuziehen und neu zu gruppieren. Da sehr viele Irreguläre auf türkischer Seite gekämpft haben, lassen die bis jetzt gegebenen Verlustziffern noch keinen Schluß auf die Absplitterung der regulären türkischen Armee zu, und da der Platz nicht zerniert war, sondern nur um vorgehobene Stellungen gekämpft wurde, die Fügelkolonnen aber ihre Bewegungsfreiheit behalten hatten, so ist anzunehmen, daß eine Waffenstreckung größerer Verbände nicht stattgefunden hat. Zunächst wird sich der russische Erfolg wohl in Persien geltend machen, weil die dort eingeleitete langgestielte Operation nun in der rechten Flanke sichergestellt ist. Die weitere Entwicklung hängt von den türkischen Gegenmaßnahmen ab.

H. St.



## Der U-Krieg gegen bewaffnete Handelsschiffe.

N Berlin, 22. Febr. In einer Ansprache an die Vertreter amerikanischer Zeitungen, die jetzt im Wortlaut vorliegt, hat der Staatssekretär Lansing am 16. Februar seine Ansicht über die deutsche Denkschrift über die Bewaffnung englischer Handelsschiffe erläutert. Diese Denkschrift hat ihm damals mit ihren Anlagen nicht im Wortlaut vorgelegen, aber er hat sie gleichwohl abgelehnt und rechnet damit, daß die Verbandsmächte den von ihm ihnen unterbreiteten Vorschlag über die Entwaffnung von Handelsschiffen ablehnen werden. Dann wird sich die amerikanische Regierung dabei beruhigen und annehmen, daß die Handelsschiffe nur zu Verteidigungszwecken bewaffnet werden, und sie wird daher auch von einer Warnung an die Amerikaner, auf solchen Schiffen zu reisen, absehen. Dafür gedenkt die amerikanische Regierung die deutsche Regierung zu einer Erklärung aufzufordern, wie sie bewaffnete von unbewaffneten Schiffen zu unterscheiden beabsichtigt. Wie schon gesagt, lagen der Wortlaut der Denkschrift und vor allem ihre Anlagen dem Staatssekretär Lansing in dem Augenblick, als er diese Ausführungen machte, nicht vor, und es ist nicht unmöglich, daß wenn die amerikanische Regierung erst den Wortlaut der Denkschrift mit ihren Anlagen in ihren Händen hat, sie sich eines anderen besinnen und einsehen wird, daß die englischen Handelsschiffe nicht zur Verteidigung, sondern zu Angriffszwecken bewaffnet sind. Die „Kreuzzeitung“ hält diese Auffassung jedoch für „reichlich optimistisch“ und bemerkt:

Auch ein noch so kurzer telegraphischer Auszug wird den springenden Punkt, daß England seine Handelsschiffe zu angrieffweiserem Vorgehen anhält, nicht übergangen haben. Ueberdies zeigt die ganze Ansprache so deutlich das Bestreben, Schädigungen von den Vierverbandsmächten fernzuhalten, daß wir nicht glauben, dies Bestreben werde durch noch so schlagende deutsche Argumente irgendwie gestört werden. Das System der „Schutzengel“ wird also weiter angewendet und ausgebildet werden, und sobald die Ankündigung unserer Denkschrift verwirklicht wird, wird es demgemäß auch zu diplomatischen Auseinandersetzungen mit Amerika kommen. Es erscheint uns zwecklos und töricht, vor dieser Sachlage die Augen verschließen zu wollen.

New York, 23. Febr. (Priv.-Tel.) Nach allen Anzeichen ist es offenbar, daß die letzte Mitteilung der deutschen Regierung in der „Lusitania“-Frage die amerikanische Regierung völlig befriedigt hat, soweit es sich um die „Lusitania“-Frage im besonderen handelt. Zu der deutschen Ankündigung bezüglich der bewaffneten Handelsschiffe kann die amerikanische Regierung erst Stellung nehmen, wenn die Belege zu der deutschen Ankündigung angekommen sind und die Alliierten auf den amerikanischen Vorschlag eines modus vivendi geantwortet haben.

Die „Evening Post“ berichtet aus Washington: Die amerikanische Regierung teilte allen ihren Botschaftern im Auslande mit, daß sie die deutsche Ansicht nicht anerkennen könne, nach der Handelsschiffe, die zur Verteidigung bewaffnet seien, Kriegsschiffe sind und daher Angriffen ohne vorherige Warnung ausgesetzt sein sollen. Eine Denkschrift, die die Ansicht Wilsons und Lansing wieder gibt, ist an die diplomatischen Vertreter Amerikas telegraphiert worden, nicht, um von ihnen formell irgend einer Regierung unterbreitet zu werden, sondern um ihnen die Richtlinien bei etwaigen Besprechungen über die amerikanische Auffassung zu geben.

Die Associated Press meldet aus Washington: Senator Stone, der Vorsitzende des Ausschusses für Auswärtige Angelegenheiten, hat im Senat angekündigt, daß er in der nächsten Woche über die Beziehungen der Vereinigten Staaten zu den auswärtigen Mächten, die im Kriege stehen eine Erklärung abgeben und zu der jüngst gehaltenen Rede des früheren Senators Root über die auswärtige Politik der Regierung einige Bemerkungen machen würde. Stone sagte, er halte die Frage der bewaffneten Handelsschiffe für eine strittige, die der Senat ausführlich, nicht in parteiischer Weise besprechen sollte, mit der Absicht, festzustellen, „was eine weise und gerechte Politik der gegenwärtigen Regierung im Interesse des Völkerrechts und strikter Neutralität sein solle“.

t Haag, 23. Febr. (Priv.-Tel., zens. Krft.) Die „Daily Mail“ zerbricht sich in einem Artikel den Kopf darüber, wie der neue Unterseeboottypus aussehen müsse, den Deutschland nunmehr in Wirksamkeit gestellt habe.



24. / II. 1916.

Der Krieg und das spanische Volk.

Donnerstag, 21. Februar 1916

**Zeitung**

704

**Gelehrten Sachen**

monatlich 2 M. 70 Pf. bei täglich zweimaliger freier Zustellung. 50 Pf. oder vierteljährlich 7 M. 50 Pf. ausschließlich Bestellgebühr. — Morgenausgabe 60 Pf., Abend- und Montags-Ausgabe 70 Pf., Stellenauch gegen Jahrespreis. — Anzeigenannahme: Kochstraße 22/26, in Ullstein-Fillialen. Fernsprech-Zentrale Ullstein & Co., bis 11850, 15280, 15281 bis 15289. Amt Zentrum 8689 und 8690.

Verantwortlich für die Redaktion (mit Ausnahme des Handelsteils)  
H. Bachmann in Berlin.

**bei Tarnopol.****Der Krieg und das Spanische Volk**

Von

Dr. Manuel de Montolin in Barcelona.

Vor dem gegenwärtigen Kriege waren die Spanier sehr gezücht, die eine genaue und klare Vorstellung von Deutschland und seiner Kultur hatten. In unserm Lande ist es ja leider immer nur das nach Frankreich gelegene Fenster gewesen, das unserm Blick geöffnet war. Weitauß der größte Teil der gebildeten Spanier beherrschte einzig das Französische, während es nur eine kleine Anzahl war, die des Englischen oder Deutschen so weit mächtig war, daß sie an den Quellen einer anderen fremden Kultur hätte trinken können, als an der französischen. So kam es, daß die Kreise unserer Intelligenz von Deutschland nur wußten, was ihnen durch die französische Literatur, Kritik und Wissenschaft vorgelegt wurde. Der französische Geist hat immer in einer alles Fremde ausschließenden Betrachtung seiner selbst gelebt und hat sich stets unfähig erwiesen, ausländische Eigenart, und besonders deutsche, vorurteilslos zu sehen. Die charakteristische Masseneigenschaft des Franzosen ist ein radikaler Subjektivismus, der ihn physische Erscheinungen, die nicht von ihm selbst erlebt sind, nicht erfassen läßt. Der französische Geist hat sich niemals durch seine Anteilnahme an dem „andern“ ausgezeichnet.

Um das Gesagte zu beweisen, genügt es, an die vollständige Unkenntnis der Franzosen über spanisches Wesen und Leben und unsere Art und Weise zu erinnern, obwohl wir doch ihre Nachbarn sind und obwohl die Beziehungen zwischen beiden Ländern sehr rege sind. Die Franzosen sind es gewesen, die, zu unserem Schaden, in ganz Europa uns als das Land der Straßenräuber, der Schmuggler, der Stierkämpfer und ihrer Geliebten, als das Land des Tamburins und, was noch schlimmer ist, als das klassische Land der Unduldsamkeit und des Fanatismus hingestellt haben. Es ist nicht zu verwundern, daß dank so vorzüglicher Zwischenträger so viele Jahre verstrichen sind, ehe Europa auf die Regungen starken, modernen Lebens und auf die Anzeichen wirtschaftlicher und geistiger Gesundung, die seit einigen Jahrzehnten in unserm Vaterlande zu bemerken ist, aufmerksam wurde. Besonders wir Catalanen können es unserm Nachbar nicht verzeihen, daß er mit so übelwollender Hartnäckigkeit und während so langer Jahre das Problem Catalonien und seine vornehmen Ziele und Ideale ignoriert hat, Ideale, die dem Wunsche entsprangen, ganz Spanien zu neuem Leben zu erwecken und aus ihm ein starkes, fleißiges, reiches und geachtetes Volkswesen zu machen.

Es ist deswegen nicht zu verwundern, daß Frankreichs Schüler, die Intellektuellen Spaniens, die einzig und allein an dessen Lehren glauben, so unvollkommene und irriige Auffassungen von dem Staatswesen und der Kultur des gehäßten Rivalen Deutschland haben, dem unsere französischen Nachbarn systematisch die Anerkennung seiner unbestreitbaren Ueberlegenheit verweigern. Die wenigen, die wir, überzeugt von der Mangelhaftigkeit der französischen Kultur, zwischen unserm Land und Deutschland vermitteln, und die wir aus innerster Eingebung die absolute Ueberlegenheit der deutschen Kultur erkannt haben, hatten kein anderes Mittel, als mutig über die jahrhundertalte Kluft zu springen, die die französische Kultur zwischen uns und die Wirklichkeit des neuen Europa gestellt hatte, und uns zu entschließen, an den Quellen der deutschen Kultur selbst zu trinken. So begann die Auswanderung der staatlich unterstützten akademischen Jünger der Wissenschaft nach Deutschland, die an deutschen Schulen, Kliniken und Universitäten ihre geistige Erziehung vervollständigten, was ihnen alle Werke wissenschaftlicher Verallgemeinerung, wovon die geistige Kultur Frankreichs so viele hat, nicht in dem Maße, wie sie es wünschten, bieten konnten. Obgleich dieser Zug der spanischen Jugend nach Deutschland nicht so stark war, wie es zu wünschen gewesen wäre, so hat er doch genügt, eine neue intellektuelle Generation zu bilden, die die größte und zuverlässigste Aussicht auf eine baldige und glänzende Wiedergeburt der spanischen Kultur verkörpert.



24. II. 1916

# Iden-Blatt

Waltung:  
Schuler-  
nten in-

jährlich  
jährlich

einmal  
seen.

mit militärischer Beilage

## Die Vedette.

Bezugspreise für Oesterreich-Ungarn: Täglich einmalige Postversendung: Jährlich K 42.40; halbjährlich K 21.20; vierteljährlich K 10.60; monatlich K 8.60. Täglich zweimalige Postversendung: Jährlich K 50.40; halbjährlich K 25.20; vierteljährlich K 12.60; monatlich K 4.20.

Bezugspreise für das Ausland: Vierteljährlich bei direktem Bezug unter Kreuzband: Für Deutschland K 15.—, für alle anderen Länder K 19.80. Bei den Postämtern: in Deutschland 9 Mk. 35 Pf.; in der Schweiz 11 Frk. 65 Cent.; Italien 11 Frk. 15 Cent.; Serbien 13 Frk. 10 Cent.; Bulgarien 12 Frk. 50 Cent.; Rumänien 12 Lei 50 Bani; Aegypten 550% Milliemes; Rußland 4 Rub. 5 Kop.

Fernsprech-Nummern: Schriftleitung 389. 6532. Haupt-Verwaltung 3669, Versandstelle 1024, Druckerei 3668.

ien, Donnerstag den 24. Februar 1916

70. Jahrg.

### Die Duma-Beratung.

#### Rede des Ministerpräsidenten Stürmer.

St. Petersburg, 22. Februar. Nach seiner Ansprache erteilte Präsident Rodzianko dem Ministerpräsidenten Stürmer das Wort. Dieser betonte die Schwierigkeit der Lage und stellte den unerschütterlichen Entschluß der Regierung fest, den Kampf in inniger Solidarität mit den Alliierten bis zum entscheidenden Siegfortzusetzen. Die Regierung sei sicher, darin mit der Duma übereinstimmen. Der Krieg, sagte der Ministerpräsident, überraschte Rußland in einem Augenblicke, wo seine innere Reorganisation kaum begonnen hatte. Die Reorganisationsarbeit kam gezwungenermaßen zum Stehen. Die Aufmerksamkeit der Regierung und der Gesellschaft mußte sich darauf richten, für die Notwendigkeiten unserer außerordentlich ausgedehnten Front zu sorgen. Die Regierung fährt fort, auf den Patriotismus der Bevölkerung zu rechnen. Stürmer forderte das Haus auf, sich die Schwächen und Fehler nicht zu verhehlen, sondern zugleich seine Bemühungen zu vereinigen und nur an die Zukunft zu denken, die zweifellos eine glänzende sein werde. Stürmer wies auf die Veränderung des wirtschaftlichen und des politischen Lebens Rußlands hin. Die Bande, die auf den Sitten des Landes beruhen, sind durch die Bande der wirtschaftlichen Interessen ersetzt. Diese Veränderungen machen es notwendig, mit der größten Vorsicht vorzugehen. Die Regierung würde strafbar sein, die ins Blaue hinein handelte, wo die Lage die sorgfältigste Umsicht erheischt. Arbeit, Enthaltensamkeit und Sieg, das soll jetzt die Grundlage unseres nationalen Denkens bilden. Vor allem soll die kirchliche Gemeinde nach dem religiösen und sozialen Bedürfnissen des Volkes geändert werden. Dann kommt die Aenderung der ländlichen Gemeinden entsprechend den Bedingungen des modernen Lebens, die sich gleichfalls geändert haben und die Arbeiten der Gesetzgebung sowie die Aufmerksamkeit der Regierung und der gesetzgebenden Körperschaften auf sich lenken.

Redner wiederholte die Erklärungen der Regierung über die Einigkeit des Volkes, die nationale Auferstehung und das brüderliche polnische Volk, das sein edles Blut im Kampf gegen den ewigen Feind der Slawen vergießt, und betont sodann, daß der Etat sowie die dringenden Verteidigungsmaßnahmen ohne Aufschub erörtert werden müssen.

Stürmer führte weiter aus, die Regierung wisse wohl, daß in der Duma Meinungsverschiedenheiten be-

stehen; ohne sich in eine eingehende Kritik dieser Meinungen einzulassen, verpflichtet sich die Regierung, von jetzt an sämtliche Meinungen bei der Bearbeitung der Gesetzesvorlagen in Betracht zu ziehen. Sie legte auch großes Gewicht auf die beiden Kammern zustehende Gesetzesinitiative und befürwortete eindringlich, daß die Duma sich durch Vaterlandsliebe leiten lasse in Fällen, wo Parteileidenschaft sie verleiten würden, ihren Gefühlen nachzugeben zum Schaden der Staatsinteressen.

Stürmer kündigte an, daß die Regierung den Minister des Innern beauftragt habe, drei der Initiative der Duma entspringende Gesetzesanträge zu bearbeiten, und zwar die Gesetzesanträge betreffend die kleinen landwirtschaftlichen Gemeinden, betreffend allgemeine Reformen der städtischen Satute und betreffend die Einführung von Semstvos in Sibirien.

Der Ministerpräsident schloß mit der Aufforderung an die Duma, dem Beispiele der Söhne und Brüder zu folgen, die die Bewunderung der Welt durch den ruhigen Mut hervorriefen, dieser Helden, die das Feuer des Feindes aushalten, ohne sich durch irgendwelche innere Streitigkeiten irreführen zu lassen. Er erinnerte an den kaiserlichen Erlaß an die Land- und Seestreitkräfte, welcher verkündet, daß ohne einen entscheidenden Sieg das geliebte Vaterland weder seine Unabhängigkeit noch sein Recht auf Arbeit und Reichtum zur Geltung bringen und sichern könnte.

#### Marineminister Grigorowitsch.

ebenfalls von einstimmigem Beifall begrüßt, wies darauf hin, daß der besondere Charakter des Seekrieges die strengste Bewahrung des Geheimnisses erfordere, und beschränkte sich auf die Mitteilung, daß die halbtägige Flotte um einige Torpedoboote und große Unterseeboote, die Schwarze Meer-Flotte außer um neue Unterseeboote auch noch um ein zweites Linienschiff vermehrt wird. Letzteres würde ebenso wie erstere vor dem festgesetzten Termin fertiggestellt.

Darauf folgte die schon gemeldete Rede des Ministers des Außern Sazonow.

#### Erklärung des fortschrittlichen Blocks.

Nach diesem verlas das Duma-Mitglied Schildowitsch eine Erklärung des fortschrittlichen Blocks, der sich aus folgenden Parteien zusammensetzt: Fortschrittliche Nationalisten, Zentrum, Semstwo-Oktobristen, Duma-Oktobristen, Progressisten und Kadetten. Der Redner erklärte, daß die vom Präsidenten der Duma gegenüber den heroischen Verteidigern des Vaterlandes ausgesprochenen Gefühle auch die seinigen seien. Das Vaterland ehre das Gedächtnis der gefallenen Helden und sei von der festen Gewiß-

heit durchdrungen, daß ihre Opfer Früchte tragen werden. Der von ihnen gebahnte Weg werde bis zum Ende verfolgt werden. (Beifall.) Der gegenwärtige Kampf werde die Frage lösen, ob die friedlichen Beziehungen der Völker auf den Grundsätzen der Unverletzlichkeit der Verträge und der Freiheit der Nationalitäten wieder hergestellt werden oder ob die deutschen Ansprüche allgemeine Geltung gewinnen. Jeder Gedanke an einen vorzeitigen Frieden, der auf Grund provisorischer und unsicherer Kompromisse geschlossen würde, müsse mit Entrüstung zurückgewiesen werden. (Beifall.) Rußland, das zu seinen Verbündeten Vertrauen hat, ist bereit zu einem langen Kampfe, dessen Dauer das Gewissen des Landes nur festigt, da die Notwendigkeit, alle Kräfte besser zu organisieren und auszunutzen, den Krieg wirklich volkstümlich macht. Vor einem halben Jahre schuf das Bewußtsein dieser bringenden Notwendigkeit eine vom ganzen Lande unterstützte Majorität in der Duma; indessen wurde die Gründung eines Bundes der nationalen Verteidigung, woran die ganze Nation teilnehmen sollte, durch die unerwartete Vertagung der Duma unterbrochen. In Untermis der gebieterischen Bedürfnisse der Konzentration der Anstrengungen der Nation widersehte sich die Regierung dem einigen Gedanken des ganzen Landes. Der allgemeine Wille des Volkes, Vertrauen in seine Regierung setzen zu können, wurde boshafter Weise als ein Kampf um die Macht ausgelegt. Die Einberufung der Kammer wurde zweimal aufgeschoben. Die nationalen Kräfte wurden in unfruchtbarer Weise genutzt. Der demoralisierende Einfluß von Gleichgültigkeit lähmte den großen nationalen Schwung. Die Unfähigkeit der Behörden zerstört das Wirtschaftsleben des Landes und hindert die Ausbeutung seiner Reichtümer. Der Mangel an Voraussicht in den willkürlichen Maßnahmen der ordentlichen und außerordentlichen Behörden, die Unordnung in dem Anlauf der Lebensmittel, die maßlose Preissteigerung der notwendigsten Waren, der Mißbrauch der Gewalt, die Unterschleife, alles schuf das Bild einer durch den wahren Stand der Dinge keineswegs gerechtfertigten Not.

Die Unmöglichkeit, die Aufgabe auszuführen, die die Regierung auf sich genommen hatte, erfuhr dieser Lage durch den Rücktritt Goremjins, der für die verhängnisvollen Folgen der Taktik der Zwietracht verantwortlich ist, eine indirekte Bestätigung. Die Majorität ist weiterhin der Ansicht, daß die Bildung einer fähigen, durch das Vertrauen des Landes starken Regierung, die bereit ist, radikal das gegenwärtige Verfahren der Verwaltung zu



Expedition: Essingerstraße 1  
656 Telefon 656Inserat: Haasenstein & Vogler  
Postfachkonto 111327

in des Voltvereins: halbjährlich Fr. 24.50, vierteljährlich Fr. 12.25,  
Kuzband-Zulassung. Man abonniert direkt bei der Expedition  
Postanweisung. — Subskriptionspreis für die Schweiz 25 Cts. die  
für das Ausland 30 Cts. Bekanntheitspreis Fr. 1 die Petitzeile —  
und deren Filialen im In- und Auslande

**Parlament, Regierung und Oberkommando in Frankreich**

(Von unserem Korrespondenten)

Paris, 19. Februar.

Am Freitag ist es in der Kammer wieder zu einer Debatte gekommen, die die alte Frage des Verhältnisses von Regierung und Oberkommando berührte und nicht löste. Der Deputierte Abel Ferry, der bis im letzten November der Regierung angehörte, hatte der Kammer einen Beschlussantrag unterbreitet, dessen sofortige Besprechung die Armeekommission besürwortete. Der Antrag lautete: „Die Kammer lädt die Regierung ein, ihr Kontrollrecht über alle mobilisierten nationalen Kräfte zur Geltung zu bringen.“ Der Antragsteller möchte, daß die Regierung ihr Kontrollrecht wie in der Zone des Innern, so auch in der Armeezone ausübe. Wenn die Einheitlichkeit der Aktion zwischen Verbündeten nötig sei, so sei sie in den einzelnen Staaten nicht minder wünschenswert. Die Regierung müsse aus einem von der Kammer ausgesprochenen Wunsche die nötige Autorität schöpfen, um mit gewissen Gewohnheiten zu brechen und alle ihre Kontrollrechte auszuüben.

Ein Blick auf den von Abel Ferry ausgearbeiteten Bericht gibt einen Begriff von den Gedanken und Wünschen des Antragstellers und der mit ihm einigen Armeekommission. Ferry stellt sich auf den Boden der Verfassung, die das Kontrollrecht der Regierung festlegt. Seit anderthalb Jahren bemühe man sich, die Frage zu umgehen, statt sie zu lösen. Und Ferry führt die Fälle an, die im Parlament am meisten Aufsehen erregen und es zur Ueberzeugung gebracht haben, daß zwischen der Zone des Innern und der Armeezone eine Schranke aufgerichtet ist, die verschwinden muß. So hat der Unterstaatssekretär für das Gesundheitswesen nicht die Macht, in der Armeezone Inspektionen vornehmen zu lassen oder einen Arzt der Armeezone unter seiner Verantwortung zur Rechenschaft zu ziehen. Parlamentarischen Kontrollkommissionen ist es vorgekommen, daß ihnen in der Armeezone Hindernisse in den Weg gelegt wurden. Der Unterstaatssekretär für Artillerie gehe wohl manchmal in die Armeezone, aber ohne Autorisation, man möchte fast sagen als Einbrecher. „Diese Lage nötigt das Oberkommando, ein Verwaltungsgeschäft zu besorgen, für das es nicht vorbereitet ist und hindert es, sein Kriegsgeschäft zu verrichten.“ Ferry führt das Uebel daher, daß der Artikel 2 des Felddienstreglements zu engherzig angewendet werde, der einen Bewegungskrieg und keinen Stellungskrieg ins Auge fasse. Die Regierung könne dem Uebelstand nicht abhelfen, wenn ihr das Parlament nicht helfe und die nötige Autorität gebe.

Das Reglement der französischen Kammer verlangt, daß bei der Besprechung eines dergleichen Antrages auf Diskussion nur der Antragsteller und die Regierung zum Wort kommen. Ministerpräsident Briand sprach im Namen der Regierung. Er lehnte die sofortige Diskussion des Antrages ab und gab seine Gründe dafür an. Eine Debatte über diesen Punkt könne nur die Autorität der Regierung herabmindern, die schon diesbezügliche Beschlüsse gefaßt habe, die den Gefühlen der Kammer entsprächen. Den Kammeren komme im Kriege eine große Rolle zu; sie und ihre Kommissionen hätten wertvolle Dienste geleistet. Aber besonders in Kriegszeiten müsse die Grenze gewahrt werden, die die Trennung der Gewalten bezeichne. Keine Regierung könne eine Einladung annehmen, ihre Kontrolle auszuüben, ihre Pflicht zu tun. Briand suchte darzutun, daß die parlamentarische Kontrolle wirksam sei; schon hätten 92 parlamentarische Delegierte die Front besucht. Allerdings habe es hin und wieder Reibungen gegeben. Die Ausführungen des Berichtes Ferry seien sehr hinfällig, da die Regierung seither das Kontrollrecht der Unterstaatssekretäre im Kriegsministerium geregelt habe. Auch die übrigen Schwierigkeiten könnten so geregelt werden, daß die Autorität der Militärs nicht betroffen werde und die Kontrolle der Nation, die über allem stehe, so vor sich gehe, wie es die Kammer wünsche. Zwischen Regierung und Parlament müsse ein engeres und herzlicheres Zusammenarbeiten zustandekommen. Das Parlament dürfe seinen Gegnern keinen Anlaß zur Kritik geben. Eine neue Debatte, die nur zur Wiederholung der Zwischenfälle vor einem Monat führen könne, sei zwecklos. Jedenfalls würde diese Regierung, wenn Diskussion beschlossen würde, nicht mehr auf ihrem Platze sein.



24. II. 1916

Dr. Max Baumbach

Tägliche Rundschau

Donnerstag, 24. Februar 1916

Zensurdebatte im Abgeordnetenhaus.

Gefennzeichenen brüllen vor Mut. Aber das Haus jubelt; was Freiherr v. Zedlitz gesagt hat, ist ihm in der Tat aus der Seele gesprochen...

werden. Ansprachen des Obersten Kriegsherrn wurden zurückgehalten. Die Entschuldigungen, die man zugunsten der Zensur anführt, beweisen mir nur, daß das Gesetz veraltet ist.

14. Sitzung. Mittwoch, den 23. Februar.

Zweite Beratung des Haushaltsplans. (Achter Tag.)

Belagerungszustand, Pressefreiheit, Pressenaufsicht.

Abg. v. d. Osten (kons., fortfahrend): Die Zensur kann in dieser Zeit nicht entbehrt werden. Bei der Beurteilung ihrer Wirkungen muß man alle kleinsten Gesichtspunkte, alle Einzelheiten ausschalten und den Blick aufs Ganze richten.

Parteilichkeit kann man der Zensur nicht vorwerfen. Ihre Sonne scheint über Flau- und Scharfmacher. Wenn man selbst der „Christlichen Freiheit“ Traubs, einem evangelischen Sonntagsblatt, in mehreren Fällen nicht erlaubte, anderweit erschienene Aufsätze oder Angriffe, ohne jeden Zusatz, nachzudrucken...

Abg. Bacmeister (nl.): Die Aufhebung des Belagerungszustandes lehnen wir ab. Auffallend war es, daß in dem Augenblick, wo wir über die Zensur sprechen, Herr Stull nach der Polizei ruft, nach einer zweiten Verhörung.

Wirkung der Suggestion

genügend berücksichtigt? Leider nein! Man soll aber solche Machtfaktoren nicht unterschätzen. Wie Bismarck es verstanden hat, aus der Chamade eine Fanfare zu machen, so sollte auch unsere Regierung diese Kräfte nützen.

trotz Liebknecht und Theodor Wolff eine große Zeit ist, ist nicht der gegebene Augenblick, zu prüfen, wie es der Abg. Ströbel getan hat, wer mit seinen Theorien in der Vergangenheit Recht gehabt hat.

Abg. Weinhausen (fortf. Sp.): Alle übrigen Parteien des Hauses und darüber hinaus auch der weitaus größte Teil der Sozialdemokraten werden sich durch die Ausführungen des Abg. Ströbel tief verletzt gefühlt haben.

Bei der Zensur werden ganz zweifellos politische Tendenzen verfolgt, trotz der Systemlosigkeit, die sie im allgemeinen zeigt. Auch sonst ist über manches zu klagen.

eine neue Politik der Veröhnung

kommen. Gott sei Dank ist die Einheit des Volkes in einer Weise gekommen, wie sie niemand von Ihnen (zu der Rechten) vorausgesehen hatte.

Artikel von Heinrich Cioch.

dem Vorsitzenden des Alldeutschen Verbandes, der gänzlich un-militärisch war, sich aber in anderen Richtungen bewegte als die Politik des Reichstanzlers, sollte nicht nachgedruckt werden.

Auch wir müssen über die Zensur klagen.

Ihre Anwendung sollte auf die allernotwendigsten Fälle beschränkt werden. Wir stimmen den Ausschlußanträgen zu mit Ausnahme der Nummer 2, die verlangt, daß die Erörterung der allgemeinen Richtlinien unserer Friedensziele tunlichst freigegeben werde.

Grenzen der Verantwortlichkeit des Reichstanzlers

dargelegt. Verfassungsmäßig mag das sehr zutreffend gewesen sein. Aber warum soll nicht der Reichstanzler, warum soll nicht Herr v. Jagow ebenso wie der Minister des Innern seine Zensurmaßnahmen vertreten?

Unsumme von Verärgerung

wegen der Ablehnung der Verantwortung gegen eine Persönlichkeit richten, die wir unter allen Umständen gegen eine derartige politische Inanspruchnahme und Verächtlichung schützen wollen.



# W M G

er Zeitung.)

ummer 40, 41, 42, 43.

## Preis der Anzeigen

Kolonialzeile 60 J. Abendbl. 75 J.  
Reklamen. 42. - Abendbl. 42.50.  
Familienanzeigen. 41. - Platz- u.  
Daten-Vorschriften ohne Verbind-  
lichkeit. - Anzeigen nehmen an:  
Unsere Expeditionen in Frankfurt  
a. M.: Gr. Eschenheimerstr. 33/37.  
Malz: Schillerpl. 3. Berlin: Mauer-  
straße 16/18. Breslau: Waisen-  
hausstr. 25. München: Perusastr. 6.  
Osnabrück: Biebricherstr. 34. Sten-  
gart: Poststraße 7. Zürich: Nord-  
straße 62. Uns. übrig. Agentur:  
u. d. Annonc.-Exped. Ferner in  
New York: 20 Broad Street.  
Verlag u. Druck der Frankfurter  
Sozialist.-Druckerei G. m. b. H.  
Postcheckkonto Frankfurt (Main) 4436.

## Japans Stunde.

In unserem Artikel vom 15. ds. Mts. (Zweites Morgenblatt) haben wir die militärische Lage geschildert, die der Aufstand in China geschaffen hat. Nun hat dieses Ereignis noch eine andere Seite, die sehr viel ungünstigere Perspektiven eröffnet, nämlich die politischen Meldungen, die über Petersburg zu uns gelangt sind, lassen erkennen, daß die Gefahr einer japanischen Einmischung China bedroht. Die Kokuminto, die Partei der Radikalen, die früher Okuma sehr nahe stand und deren Wünsche der Ministerpräsident auch jetzt noch berücksichtigen muß, um die mächtige Seihulaj im Schach halten zu können, hat, Nachrichten zufolge, ein Einschreiten der japanischen Regierung in China gefordert, und von anderer japanischer Seite wird in Anbetracht der angeblichen Gefährdung japanischen Eigentums im Aufstandsgebiet die Anerkennung der Aufständischen als kriegführende Partei verlangt. Was eine militärische Intervention anbetrifft, so dürfte diese bei der gegenwärtigen Kampflage kaum möglich sein, da die Stätten der organisierten Aufstände weit von der Küste entfernt sind. Der Gedanke, daß Japan die Auführer als kriegführende Partei anerkennen wird, um eine Handhabe zum politischen Einschreiten zu haben, liegt hingegen nahe. So hatten auch die Mächte während der ersten Revolution gehandelt, und da nach formalem Völkerrecht Auführer als kriegführende Partei anerkannt werden dürfen, wenn der Aufstand die Formen eines öffentlichen Bürgerkrieges angenommen hat, so würde Japan scheinbar, auf einem durch internationales Recht und Präzedenzfälle sanktionierten Boden stehen, wenn es den Revolutionären von Yunnan, die in dem von ihnen besetzten Gebiet eine verantwortliche Regierungsorganisation geschaffen zu haben scheinen, den Charakter von Kriegführenden zuerkennet. Auf dem Boden der Politik müßte eine derartige Handlung Japans jedoch als ein unfreundlicher Akt bezeichnet werden, da nach den bestehenden völkerrechtlichen Anschauungen die einzige Berechtigung für die Anerkennung von Insurgenten aus dem Umstand erwachsen kann, daß die eigenen Rechte und Interessen des fremden Staates derart betroffen werden, daß eine Regelung seiner Beziehungen zu beiden Parteien notwendig wird. Dies ist in Yunnan und den von den Revolutionären besetzten Gebieten von Szechuan keineswegs der Fall, denn in diesen Landesteilen sind Japans Interessen äußerst gering.

Auf Völkerrecht und politische Berechtigung kommt es Japan ja auch gar nicht an. Japans Ernbezeit ist gekommen, und das japanische Volk verlangt von seiner Regierung, daß sie die sich bietenden Gelegenheiten in vollem Maße ausnützt. Das Kabinett Okuma hat sich soundsooft als Hüter des ostasiatischen Friedens aufgespielt, es hat es für nötig befunden, gegen die Ausführung der monarchistischen Männe Chinas Einwand zu erheben, angeblich um Unruhen in China zu verhindern, es hat sich dabei eine höfliche, aber nicht mißzuverstehende Zurechtweisung von der Regierung Yuan Shih-kais zugezogen, die vor dem japanischen Parlament zu verbergen sich Ischi vergeblich bemüht hat. Jetzt sind als Folge der monarchischen Bewegung Aufstände in China ausgebrochen, und obgleich diese nie Lebenskraft gewonnen hätten, wenn sie nicht in Japan wurzelten und ihnen nicht erst der von Japan verlangte Aufschub Zeit zur Entfaltung gegeben hätte, so würde das gegenwärtige japanische Ministerium angesichts der starken Opposition kaum vor der Volksvertretung bestehen können, wenn es jetzt nicht von Worten zu Taten überginge.

Japan hat China gegenüber freie Bahn. Die Völker Europas sind völlig durch den großen Krieg in Anspruch genommen, und Amerika hat ganz vergessen, daß es sich ehemals für die Integrität Chinas verbürgt hat. Dies nicht allein. England, das bisher die Vormacht in Ostasien war, hat diese ausdrücklich zugunsten Japans aufgegeben. Der 28. Oktober, der Tag, an dem sich der englische Gesandte in Peking trotz seiner Eigenschaft als langjähriger Doyen des diplomatischen Korps im Gefolge eines niedriger gestellten japanischen Geschäftsträgers zum Waidchiaoju begab, um den englischen Interessen entgegen China die Rückkehr zur Monarchie zu verbieten, bedeutet einen Wendepunkt in der Geschichte Ostasiens, wie auch die Note, in der der englische Botschafter in Tokio im Auftrage Greys Okuma versicherte, daß Großbritannien nicht in Verhandlungen mit China außer im Benehmen mit Japan eintreten werde, ein Dokument von grundlegender politischer Bedeutung ist. England hat auf eine eigene Politik in China verzichtet und Japan zum Mandatar der Entente in Ostasien gemacht. Die „Frankfurter Zeitung“ hat schon in einem früheren Artikel (26. Jan. 2. M.-Bl.) festgestellt, daß tatsächlich Abmachungen bestehen, in denen England ausdrücklich Japan die Vormachtstellung



## Zur Kriegslage

Von Erzerum nach Verdun. Vahmlegen nicht Abtasten. Festung und Feldheer. Der Nordostsektor von Verdun. Der Einbruch in die erste und die Eroberung der zweiten Linie. Die Nordostfront im Flankenschuss? Ueber Angriffe und Verteidigung von festen Stützpunkten im Kordon und Grabenstellungen. Die äußere Verteidigungslinie von Durazzo eingedrückt. Rückzug auf die Schiffe? Vom militärischen Balkanproblem. Bulgarische „Rückstellungen“. Bulgarien und Rumänien.

Auf zwei Kriegsschauplätzen ist in den letzten Tagen die Offensive der Zentralmächte so stark zum Ausdruck gelangt, daß sie wieder bestimmend auf die Betrachtung und Bewertung der allgemeinen Lage wirkt. Während die strategische Auswirkung der Eroberung Erzerums durch die Russen aus engen Grenzen noch nicht herausgewachsen ist, beschäftigen die Angriffe der Deutschen im Raume Verdun und die Einschließung Durazzos durch die österreichisch-albanischen Streitkräfte das Interesse in höherem Maße, als dies der Fall Erzerums tun konnte. Es wäre aber verkehrt, die Operationen der Russen in Armenien darüber zu vernachlässigen. Sichtbar geworden sind sie noch nicht, und ich möchte mich damit begnügen, festzustellen, daß die an dieser Stelle vertretene Auffassung von der Entwicklung der russischen Offensive in Transkaukasien, dem Zentrumsdurchbruch auf der Linie Kars-Köperik-Erzerum und den Diversionen auf den Flügeln nun durch die „Nowoje Wremja“ bestätigt wird. Ein ausführlicher militärischer Bericht dieses Blattes zeichnet die Entwicklung auf Grund direkter Mitteilungen nach, und es ist ausdrücklich zu erwähnen, daß der russische Militärkritiker sich dabei vor starker Übertreibung und einer strategischen Ueberschätzung des russischen Erfolges gehütet hat. Im übrigen sei auf die Betrachtung vom 23. Februar verwiesen, die die Auswirkung des russischen Erfolges an der Küste des Schwarzen Meeres und in Persien abgrenzte und von der Entwicklung noch nicht überholt erscheint.

Die Angriffe der Deutschen an der Westfront haben sich im Raume Verdun nun so stark ausgesprochen, daß man auf den Gedanken kommen könnte, es sei hier bereits eine große Offensive in Gestalt eines gewaltigen Angriffes dieser französischen Lagerfestung im Gange, wenn nicht die allgemeine Entwicklung zur Vorsicht mahnte. Unverkennbar aber haben die im Laufe der letzten Wochen sich immer wieder erneuernden und immer wieder andere Frontabschnitte bearbeitenden Teilangriffe der Deutschen in ihrer Summierung viel mehr zu bedeuten als ein Abtasten der Front. Sie sind nach unserer Auffassung auch nicht als Diversionen zu betrachten, sondern stellen, wie bereits ausgeführt, eine wohlüberlegte, sorgesehete Kriegshandlung dar, die bestimmt ist, die deutschen Stellungen auf der ganzen Linie zu verbessern, ihnen überall den Charakter von Ausfallstellungen zu geben und die mobile Verteidigung des Gegners lahmzulegen. Letzteres gilt ganz besonders von der Tätigkeit, die die Deutschen jetzt an dem eisernen Achsenpunkt der französischen Front bei Verdun entfalten.

Mit starken Kräften und der sicheren Methodik, die alle deutschen Unternehmungen auszeichnet, ist der Nordostsektor von Verdun angegriffen worden. Nicht etwa schon die eigentliche Festungsfront, sondern das weit vorgeschobene Netz von Feldbefestigungen, in welchem die französische Feldarmee dem Feinde die Annäherung an die Festung verwehrt, die ohne diese mobilen Kräfte und den sichern Einbau in die Kampflinie längst das Schicksal Maubeuges geteilt hätte. Wie das Heer die Festung schützt, so stützt diese das Heer. In dieser Wechselwirkung zeigt sich auch heute noch die Bedeutung fester Plätze, und es ist daher von größtem Interesse, das Angriffsverfahren der Deutschen auf diese gepanzerte Stelle der französischen Front zu verfolgen. Die Franzosen haben hier in weitem Umschwung sämtliche Orte innerhalb der Linie Consenvoye-Azannes-Fromezen in die Verteidigung einbezogen und haben in den letzten Tagen beinahe ein Duzend davon verloren.

Zunächst hat der Angriff den Zweck, die Nordostfront Verduns enger einzukreisen und die Franzosen aus den Dörfern der Nordwestecke ganz auf die Côtes de Meuse zu drängen. Dadurch werden die rückwärtigen Verbindungen

der Deutschen, besonders die Längsverbindungen hinter der Front, bedeutend gestärkt und gesichert. Bekanntlich hat die deutsche Heeresleitung auf die Sicherung dieser Verbindungen den größten Wert gelegt und z. B. hinter ihrer Front bei Verdun ein strategisches Eisenbahnenetz geschaffen, das von St. Mihiel über Vigneulles nach Thiaucourt, von dort auf alter Spur nach Consans und weiter nach Spincourt, von dort neugestaltet nach Dun an der Maas zieht, diese überschreitet und nach Montfaucon führt, wo die Argonnenfront anschließt.

Die Operationen der letzten Tage haben nun zuerst zur Eindrückung der ersten Linie der mobilen Verteidigung zwischen Consenvoye und Etain geführt. Es ist dabei eine so starke Pressung erreicht worden, daß die Franzosen gezwungen wurden, auf eine Linie zurückzugehen, welche nur noch knapp zwölf Kilometer vom Festungskern entfernt ist. Sie haben die Orte Brabant, Haumont und Samognieuz ergeben müssen, die als Nordzugänge zu der Maasschleife nordwestlich von Verdun gelten können, sie wurden aus den nordöstlich anschließenden Wäldern von Haumont, Caures, Bawille und Herbebois vertrieben und haben damit nicht nur Bewegungsfreiheit und die Kontrolle über die Straße Damvillers-Azannes-Etain, sondern auch wertvolles Vorgelände verloren, dessen Behauptung den Deutschen gestatten würde, den Artillerieangriff auf die Nordfront zu eröffnen. Natürlich nicht auf die inneren Werke, wohl aber auf die Feste Douaumont und die südlich Ornes gelegenen Forts Bezonvaux und Baug-devant-Damloup. Diese sind vielleicht heute schon aus nordwestlicher Richtung durch Flankenschuss schwerer Kaliber zu fassen, während die Verteidiger das östlich gelegene Vorgelände bis Fromezey noch behaupten. Ob sie dieses räumen, muß die Entwicklung lehren. Die letzte deutsche Meldung läßt erkennen, daß auch die zweite Linie genommen wurde und die Maasschleife mit Champ-Neuville, die Zugänge Beaumont und Morfont zum Louvemont zurück ist östlich davon, dann dieser selbst und infolgedessen auch das flankierte Ornes und Les Chambrettes in deutsche Hände gefallen sind. Das ist nicht der Fall, wenn eine Festung und zwar wie in diesem Falle ein Platz, der als Schulterpunkt zwei Flanken schützt und einen wichtigen Flußabschnitt deckt, in Gefahr gerät. Diesen kann man nicht ein Stück zurückrücken wie eine Grabenstellung, sondern bleibt in ihm an die Stelle gebannt. Der Angriff ist scheinbar ungleich schwieriger, im Erfolgsfalle aber ungleich lohnender und als Erfolg kann schon die Lähmung seiner mobilen Verteidigung gelten. Verdun hat in diesen Tagen die Kontrolle der Verbindung Etain-Dun vollständig verloren. Punkt 388 (Douaumont), der Kulminationspunkt der Nordfront, liegt bereits in der ersten Linie, die Straße von Ornes nach Charny an der Maas liegt unter deutschem Feuer.

Der Geländegewinn der Franzosen in der Champagne war viel bedeutender als der der Deutschen vor Verdun, aber von geringerem Wert, da sie sich nicht an ein Kernwerk und einen Achsenpunkt heranarbeiten, sondern nur eine Feldbefestigung nach der andern anschnitten konnten und die Elastizität der feindlichen Linien in der Tiefe unbegrenzt erschien.

Damit ist nicht gesagt, daß Verdun schon selbst in Gefahr sei, aber sein Aktionsradius ist bedeutend eingeengt und dürfte im Nordostsektor zehn Kilometer nicht mehr überschreiten. Ausdrücklich sei betont, daß auch diese Offensive nicht für sich zu betrachten ist, sondern im Rahmen der gesamten Entwicklung analysiert werden muß, die jetzt im Westen wieder zu einer Reihe kleinerer Explosionen von der Mosel bis zur Lure führt hat. Eine unmittelbare operative Auswirkung der verschiedenen deutschen Teilangriffe ist noch nicht zu erwarten. Jeden Tag aber kann auf Grund der dabei gewonnenen Ergebnisse eine durchgreifende Operation oder Konteroperation angelegt werden, die früher oder später ja doch einmal kommen muß. Der transitorische Moment, in dem dieser Übergang erfolgt, ist während der Aktion selbst schwer zu erkennen, und man muß sich hüten, die Entwicklung vorwegzunehmen.

Während die Deutschen im Osten noch stillliegen und ihre Offensivkraft im Westen erproben, halten die Deutschen im Osten und an der italienischen Front den Gegner fest, und führen ihren albanischen Angriff

feldzug mit verhältnismäßig geringen Kräften, aber in ausgezeichnetem Zusammenwirken ihrer Verbände dem Ende zu. Die äußere Verteidigungslinie von Durazzo ist eingedrückt. Da es wirklich schon gelungen ist, schweres Geschütz heranzuschaffen, so ist die Widerstandskraft Durazzos nur noch nach Tagen einzuschätzen, und es wird den Verteidigern nichts anderes übrig bleiben, als den Rückzug auf ihre Schiffe anzutreten. Unterdessen ist Balona von seinen Verbindungen mit Mittel- und Nordalbanien abgeschnitten worden. Der Platz selbst besitzt gute Verhältnisse auf den ihn umgebenden Bergen und eine geschütztere See als Durazzo, ist also sehr verteidigungsfähig.

Da über die Stärke und Tätigkeit der bestimmt bis Elbasan, vielleicht auch schon an den Unterlauf des Sameniflusses gelangten Bulgaren nichts bekannt ist, läßt sich nicht sagen, ob der konzentrische Angriff auf Balona ebenfalls schon in die Wege geleitet ist. In welchem Maße eine etwa vorhandene Zurückhaltung der Bulgaren durch politische Rücksichten oder durch militärische Erwägungen — letztere wären an das Problem Saloniki zu knüpfen — bedingt wird, entzieht sich einer Erörterung. Es sei nur kurz darauf hingewiesen, daß, wie wir seit der Eröffnung der großen Balkanoffensive immer wieder betont haben, die strategischen Verhältnisse dort erst rein militärisch beurteilt werden können, wenn über die Stellungnahme Griechenlands und Rumäniens kein Zweifel mehr möglich ist. Soweit ist es noch nicht, obgleich ich zu der Auffassung neige, daß die Bulgaren in ihrer militärischen Rechnung bereits für alle Fälle gewisse Rückstellungen vorgenommen haben.

Die Entwicklung wird lehren, ob es Sarajewo glückt, die stark ausgebaute Defensivbasis von Saloniki zur Offensivbasis zu machen und zum Angriff zu schreiten. Da ein einseitiger Angriff sich schwerlich operativ auswirken würde, ist anzunehmen, daß dieser entweder erfolgt, wenn man dies in der bulgarischen Nordflanke stehenden Rumäniens sicher geworden ist oder die bestimmte Erwartung hat, Rumänien dadurch zum Eintritt in den Krieg auf Seiten der Entente zu bewegen.

Das militärische Balkanproblem wird heute mehr als je von der Lösung des rumänischen Rätsels bestimmt. Da sich Bulgarien und Rumänien gegenseitig in der Flanke stehen und in beiden Ländern politische Aspirationen zur Lösung drängen, ist das Balkanproblem heute brennender als je. Gerade die Stille, die vor Saloniki herrscht, ist kennzeichnend für die ungeheure Spannung, die jetzt auf dem Balkan der Entladung wartet und vielleicht mit Ueberraschungen geschwängert ist.

H. St.



## Englands Amerikapolitik und der U-Boot-Krieg.

Von Professor Dr. Dietrich Schäfer.

Unter diesem Titel brachte die „Tägliche Rundschau“ in Nr. 90 und 92 einen Artikel von Dr. Paul Rohrbach, der den Nachweis versuchte, daß England eine deutsch-amerikanische Verständigung mehr fürchte als einen deutsch-amerikanischen Krieg. Paul Rohrbach hat als Verfasser einen Namen; was er schreibt, wird nicht nur gelesen, sondern auch geglaubt. Dazu weiß jeder, der seine publizistische Tätigkeit während des Krieges, wie auch schon vor dem Kriege mit einiger Aufmerksamkeit verfolgt hat, daß er nicht allein Ansichten vorträgt, die von ihm gehegt werden. Es möchte daher angezeigt sein, trotz aller Ablehnung, die seine Ausführungen gleich in Nr. 93 durch den Schriftleiter der Zeitung erfahren haben, noch einmal auf sie zurückzukommen. Zahlreichen Lesern des Blattes, die an ihnen Anstoß genommen haben oder gar durch sie in ihrer Auffassung beirrt worden sind, wird das willkommen sein. Schon die Fragestellung gibt Anlaß zu Bedenken. Es ist für uns nicht gleichgültig, was England wünscht oder fürchtet; aber es ist keineswegs in erster Linie entscheidend. Wir haben vor allem zu fragen, was Deutschland paßt, was ihm England gegenüber den obersten Vorteil im Kriegsführen sichern kann, Freiheit des Handelns, Bestimmung des Kampfplatzes. Und da kann es nur eine Antwort geben: Das, was neben der schärfsten Ausnutzung aller sonstiger Waffen zu Lande und zu Wasser die Gegner am sichersten und raschesten zur Nachgiebigkeit zwingt. Das aber ist die nachdrückliche Führung des U-Boot-Krieges, so nachdrücklich, wie sie nur irgend im Bereich der Möglichkeit liegt.

Klar liegt es vor jedermanns Augen, daß England das Rückgrat der Gegnerschaft ist. Es ist gleichgültig, ob man es für den Anstifter des Krieges hält; es ist, seitdem er begonnen hat, der Kitt des Vier- oder Fünfverbandes gewesen und geliebt. Kann man diesem Kitt seine Bindekraft nehmen, so ist der Bau gelockert. Das ist aber erreichbar.

England beherrscht die Meere. Es muß das, wenn es in seiner bisherigen Geltung bestehen will. Es kann ohne das die weit zerstreuten Teile seines Riesenreiches nicht zu geschlossener Macht zusammenfassen. Das Herz des Reiches hört auf zu schlagen, wenn das nicht mehr möglich ist. Nahrungsmittel und Rohstoffe müssen England unausgesetzt zugeführt werden können, wenn es Lebenskraft behalten soll, insbesondere jene. Rohrbach hat in seinem Artikel Äußerungen englischer Organe von politischer Tragweite in ausgiebigster Weise herangezogen. Für uns verdienen doch vor allem diejenigen Beachtung, die über die wirtschaftliche Lage des Landes Auskunft geben.

Jedermann weiß, daß England in Friedenszeiten stets nur für einen beschränkten Zeitraum Nahrungsmittel für seine Bevölkerung vorrätig hat. Die eigene Erzeugung deckt ja nur einen winzigen Teil des Bedarfs, er muß ganz überwiegend durch Zufuhr von außen gedeckt werden. Je nach der Jahreszeit wechseln die Vorräte; im allgemeinen decken sie nicht das Erfordernis eines Vierteljahres; etwa zehn Wochen gelten als der durchschnittliche Zeitraum. Dieser, man könnte sagen, eiserne Bestand, ist gegenwärtig nach allem, was sich darüber feststellen läßt, fast auf die Hälfte herabgesunken. Der Mangel an Frachtraum, der doch wesentlich mit durch den U-Boot-Krieg veranlaßt wurde, hat ihn herabgedrückt. Man steht aber dicht vor einer neuen Einfuhrperiode. Die Ernten der südlichen Hemisphäre sind eingebracht; sie liegen zur Verschiffung bereit, vor allem der argentinische Weizen. Auf ihn ist England zurzeit ganz besonders angewiesen, da weder die Vereinigten Staaten noch Kanada gegenwärtig nennenswerte neue Vorräte liefern können. Vor kurzem verbreiteten die englischen Blätter die Nachricht, daß die in südamerikanischen Häfen liegenden deutschen Schiffe planten, in See zu stechen. Es ist eine der üblichen Verdächtigungen, in deren Erfindung die Engländer ja ebenso geschickt wie strupellos sind. Sie bietet eine vortreffliche Handhabe, sich der Schiffe zu bemächtigen auf der Begründung, daß man sie nicht zur Verfügung des Feindes kommen lassen dürfe, was ja in Wirklichkeit ganz ausgeschlossen ist. Eine Wiederholung des Koppen-